



MANFRED BOSCH

DER AUS DEUTSCHER NACHKRIEGSZEIT
SÜDBADEN 1945–1950
NEUBEGINN



Im Verlag des
SÜDKURIER



In der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts stellt das Jahr 1945 den bisher vielleicht wichtigsten Einschnitt dar. Das „Dritte Reich“ war zerschlagen, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und der Krieg waren zu Ende. Dennoch lebten viele Deutsche in einem Zwiespalt, war doch ihre Befreiung durch die Siegermächte eine Folge des verlorenen Krieges und der Neubeginn durch die sich daraus ergebenden schwerwiegenden Probleme geprägt, die u. a. existentieller Natur waren, wie z. B. die katastrophale Ernährungssituation und die Wohnungsnot.

Dies am Beispiel Südbadens zu dokumentieren ist eines der Ziele des vorliegenden Buches. Erstmals werden die politisch-sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Südbaden umfassend dargestellt, vom Einmarsch der französischen Besatzungstruppen an bis 1950, dem Jahr, in dem die unmittelbare Nachkriegszeit nach Währungsreform und Gründung der Bundesrepublik abgeschlossen war.

„Der Neubeginn“ versteht sich als thematische Weiterführung des ebenfalls im Verlag des SÜDKURIER erschienenen Buches „Als die Freiheit unterging“ (1985), das sich mit Verweigerung, Widerstand und Verfolgung während des „Dritten Reiches“ befaßt und für das der Autor Manfred Bosch 1985 den Alemannischen Literaturpreis erhielt.

Auch bei „Der Neubeginn“ handelt es sich um eine aus Quellen erarbeitete Dokumentation, die anhand vielfältiger Zeugnisse wie Archivalien, Zeitungsbeiträge, Passagen aus bisher wenig bekannten literarischen Werken, privater Aufzeichnungen, Befragungen von Zeitzeugen und Fotomaterial ein wirklichkeitsgetreues Bild Südbadens nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnet.

Aus dem Inhalt: Leben und Alltag unter der Besatzung · Zerstörung und Wiederaufbau · Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel · Arbeit und Wirtschaft · Welches Deutschland soll es sein? Wiederherstellung der Politik und politischer Neubeginn · Flüchtlinge und Kriegsgefangene · Kultur · Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Einbandvorderseite

Französische Truppen rücken am 25. April 1945 in Waldshut ein (oben).
Trümmerfrauen bei der Arbeit (unten).

Einbandrückseite

Eine Schülerspeisung in Überlingen im Jahre 1947.

ISBN 3 87799 079 7

© SÜDKURIER GmbH Konstanz 1988

Gesamtherstellung:
Druckerei und Verlagsanstalt Konstanz GmbH
Konstanz Am Fischmarkt

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Inhalt

Vorwort.....	7
Leben und Alltag unter der Besatzung.....	9
Zerstörung und Wiederaufbau.....	54
Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.....	87
Arbeit und Wirtschaft.....	132
Welches Deutschland soll es sein? Demokratisierung und politischer Neubeginn . .	173
Flüchtlinge und Kriegsgefangene.....	221
Kultur	258
Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.....	304
Anhang.....	343
Editorische Notiz.....	343
Abkürzungen	344
Ungedruckte Quellen	345
Gedruckte Quellen.....	346
Literaturverzeichnis	347
Sachregister	349
Ortsregister.....	358
Personenregister	362
Foto- und Dokumentennachweis	367

Vorwort

In der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts stellt das Jahr 1945 die bisher vielleicht wichtigste Zäsur dar. Hitlers Reich, im Pathos und Überschwang nationalistischer Verblendung grosszügig auf die Dauer von tausend Jahren berechnet, war zerschlagen, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu Ende. In den grossen Städten der Welt tanzten die Menschen vor Freude auf den Strassen, während Thomas Mann im Exil in sein Tagebuch notierte, wie bitter doch der Jubel der Welt sei, der der Niederlage des eigenen Volkes gelte.

Es mag in jenen Tagen auch in Deutschland viel Erleichterung aufgekommen sein über das Ende der Naziherrschaft; aber der Zwiespalt, dem Thomas Mann Ausdruck gab, zeigte sich auch in der Bevölkerung. Mehr noch: Umfragen von 1951 ergaben, dass 70% der Befragten Deutschlands dunkelste Zeit nicht im Nationalsozialismus, sondern in den Jahren 1945 bis 1948 erblickten. Dieses Ergebnis wird heute, zumal bei Angehörigen der jüngeren Generation, angesichts der Schrecken von Naziterror und Krieg, Verwunderung auslösen. Die Beschäftigung mit der deutschen Nachkriegszeit bedeutet nicht zuletzt, sich mit solchen offenkundigen Widersprüchen auseinanderzusetzen, sie verstehen zu wollen, ohne sie zu billigen.

Gerade in der französischen Besatzungszone hatte die Bevölkerung mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen: nirgends war die Ernährungssituation so schlecht wie hier, keine andere Besatzungsmacht liess sich mit der Reorganisation des öffentlichen Lebens, einer deutschen Verwaltung, der «Wiederzulassung von Politik» so lange Zeit, und in keiner anderen westlichen Zone rief die Besatzung solche Verbitterung hervor. Zur katastrophalen Versorgungslage kamen, wie überall sonst, Besatzungswillkür und Umerziehung, das Problem der Bewältigung des Zurückliegenden und der Verlust fast aller «direkten Möglichkeiten». «Sei gegrüsst, 1946», spottete der Kabarettist Werner Finck zur Jahreswende 1945/46 über dieses Leben aus zweiter Hand, «du hast eine angenehme Lizenznummer!»

Doch der Leser wird in diesem Buch keinen Anlass finden, die französische Besatzung als Fortsetzung nazistischer Unterdrückung unter anderen Vorzeichen nachzuerleben. Die Formulierung des in solchen Situationen stets erfindungsreichen Volksmundes «Herr, gib uns das Fünfte Reich, das Vierte sieht dem Dritten gleich!» mag dem zeitgeschichtlich Interessierten ein prägnanter Beleg für die Stimmungslage der Bevölkerung sein – als Modell, dem eine Darstellung jener Zeit folgen dürfte, verbietet es sich: die Bewertung der französischen Besatzungspolitik hat stets vor dem Hintergrund der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen wenige Jahre zuvor zu erfolgen.

«Der Neubeginn» versteht sich als Fortsetzung der 1985 erschienenen zeitgeschichtlichen Doku-

mentation «Als die Freiheit unterging», die sich mit wichtigen Ausschnitten nationalsozialistischer Wirklichkeit am Beispiel Südbadens befasst. Was schon für jenen Band formuliert worden war, gilt auch hier: eine ganze Reihe allgemeiner und auch regionaler Darstellungen berücksichtigt Südbaden entweder überhaupt nicht oder nur am Rande. Daraus ergab sich der Anstoss, diese erste, aus Quellen erarbeitete Dokumentation der Jahre 1945 bis 1950 für Südbaden zu versuchen.

Ungewohnt mag dem Leser vielleicht der gewählte Zeitraum von 1945 bis 1950 erscheinen, benutzen vergleichbare Darstellungen doch meist die Währungsreform (Juni 1948) oder die Gründung der Bundesrepublik (Mai 1949) als Abschluss. Auch die naheliegende zeitliche Eingrenzung 1945 bis 1952/53 wurde nicht gewählt, weil sich damit der Akzent auf die gesellschaftliche und politische Realität des «Landes Baden» verschoben hätte – im Vordergrund stand aber weniger dieses selbst in seiner nur etwa achtjährigen Dauer als vielmehr die unmittelbare Nachkriegszeit (wenn auch im regionalen Ausschnitt Südbaden). Dagegen erschien es dem Autor sinnvoll, Darstellung und Dokumente über 1948 bzw. 1949 hinaus bis zu dem Punkt weiterzuführen, da die politischen und sozialen Weichenstellungen «gegriffen» und die gesellschaftliche Entwicklung sich deutlich konsolidiert hatte.

Im Gegensatz zum ersten Band über Verweigerung, Widerstand und Verfolgung während des Dritten Reiches in Südbaden drängte sich die territoriale Eingrenzung bei «Der Neubeginn» förmlich auf. Denn Südbaden – das Land zwischen Bodensee und Rastatt – bildete eine wirtschaftlich und sozial ziemlich homogene Verwaltungseinheit und war neben Rheinland-Pfalz, Saar und Württemberg-Hohenzollern als «Land Baden» eines der vier selbständigen Länder innerhalb der französischen Zone Deutschlands.

Leider musste sich der Autor auf Quellenmaterial aus deutschen Archiven beschränken – nach wie vor sind die französischen Archive dem historisch interessierten Benutzer nicht zugänglich. Dennoch beansprucht dieses Buch, ein ebenso vielschichtiges wie repräsentatives Bild jener Zeit zu geben. Dazu gehört auch der Versuch, den Alltag mit den Überlebensstrategien der Menschen einzubeziehen und ihm durch eine angemessene Bebilderung bzw. Ausstattung mit Dokumenten Anschaulichkeit zu verleihen. Auch diesmal muss für die zeitbedingte schlechte Qualität mancher Fotos um Verständnis gebeten werden. Hinweise auf die Behandlung der Dokumente, der Personennamen und zur Zitierweise finden sich wiederum in der «Editorischen Notiz» am Ende des Bandes.

Rheinfelden, im Januar 1988 *Manfred Bosch*

Leben und Alltag unter der Besetzung

«Wir kommen als Sieger, nicht als Unterdrücker. Unsere Besatzungstruppen werden die Aufgabe haben, den Nationalismus und den deutschen Militarismus zu vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Partei zu brechen, die Partei und ihre Gliederungen zu beseitigen, ihre Einrichtungen aufzulösen. Wir werden den deutschen Militarismus, der so oft die Welt ins Unglück stürzte, bis zur Wurzel ausrotten, die Verantwortlichen in Militär und Partei für Verbrechen und Grausamkeiten durch ordentliche Gerichte ihrer gerechten Strafe zuführen.» Mit diesen Worten verkündeten die Alliierten im Mai 1945 in der «Proclamation No. 1» ihre Besatzungsziele. Die Gemeinsamkeit der alliierten Erklärung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dahinter recht heterogene Ziele verbargen – zu unterschiedlich waren Ausgangslage und deutschlandpolitische Interessen der Siegermächte. Im Gegensatz zu den USA, deren Territorium vom Kriegsgeschehen unberührt geblieben war, im Gegensatz zu Grossbritannien, das die Deutschen unter grossen Verlusten von einer Invasion hatte abhalten können, und im Unterschied zur Sowjetunion schliesslich, die der Zusammenfassung all ihrer Kräfte bedurft hatte, um den Krieg in sein Ursprungsland zurückzutragen, war Frankreich nach seiner blitzartigen Niederlage im Sommer 1940 vier Jahre lang zum Teil besetzt gewesen, zum Teil von einem zur Kollaboration mit dem deutschen Sieger bereiten System im Sinne deutscher Interessen verwaltet worden. Damit war Frankreich zum dritten Mal innerhalb von nur 70 Jahren in einen Krieg mit Deutschland verwickelt worden – nun wollte es sich verständlicherweise ein für allemal dieser Gefahr an seiner Ostgrenze entledigen – womöglich durch eine Politik hegemonialer Stärke gegenüber Deutschland, dessen Wiederherstellung als Reich es unter keinen Umständen mehr zulassen wollte.

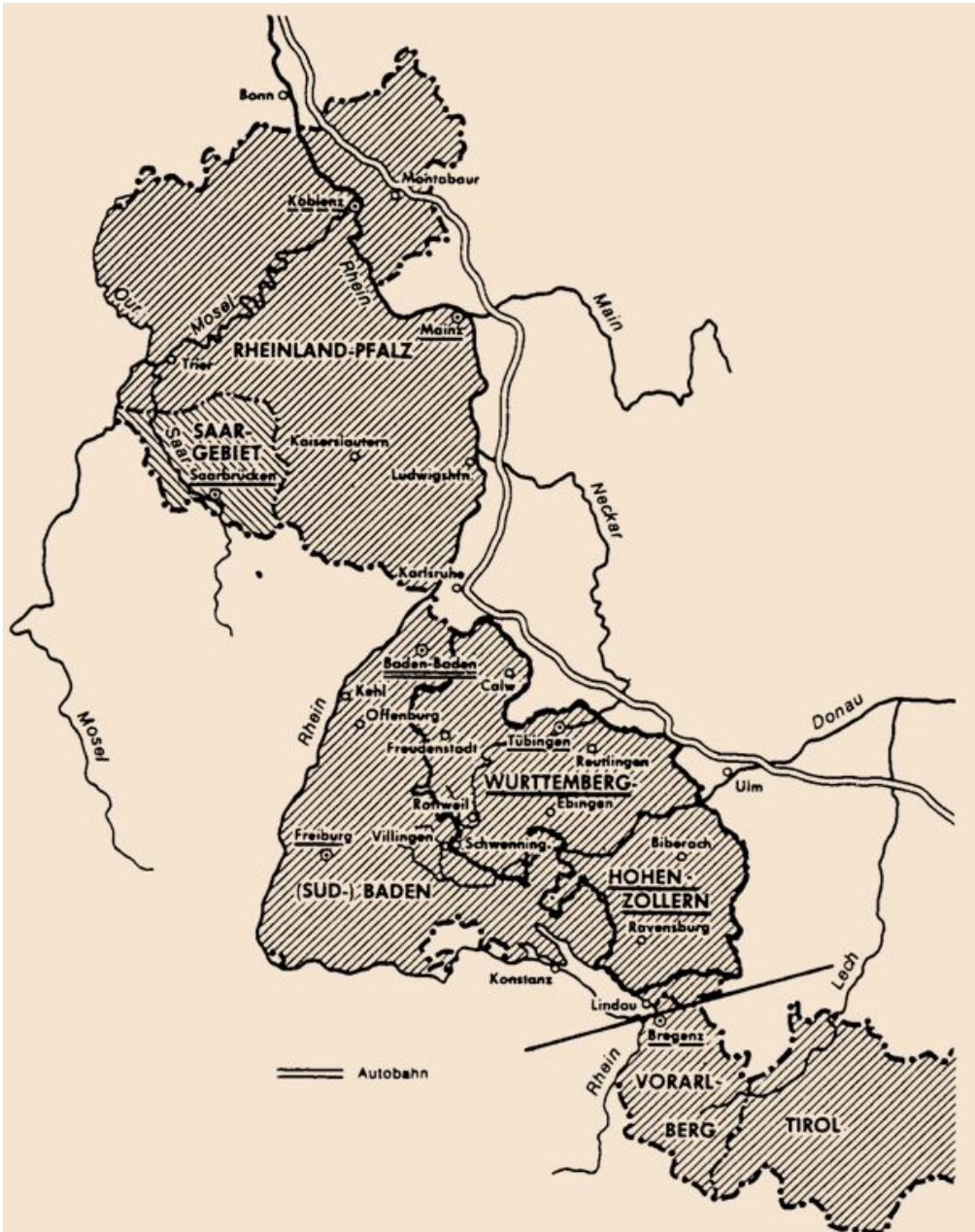
So bindend und verbindend der oben geäusserte Wille zur Verhinderung einer erneuten deutschen Aggression unter den Alliierten wirkte – die Vorstellungen Frankreichs in Bezug auf die Zukunft Deutschlands und das deutsch-französische Verhältnis waren in ganz besonderem Masse von einem starken Sicherheitsbedürfnis bestimmt und bewegten sich, so wenig präzise sie im Einzelnen waren, zwischen der Föderalisierung Deutschlands ohne eine starke Zentralgewalt und der langfristigen Kontrolle durch eine wiedererstandene westeuropäische Hegemonialmacht Frankreich, zwischen der inneren Demokratisierung Deutschlands und der Heranziehung seiner Ressourcen zum Wiederaufbau Frankreichs bzw. dessen Festigung als Grossmacht. Dass diese Ziele höchst widersprüchlich waren, sollte die Geschichte der französischen Besatzungspolitik und das Schicksal der französisch besetzten Zone noch zur Genüge zeigen. Jedenfalls gab sich Frankreich nicht mit einer territorialen Reduzierung Deutschlands im Osten zufrieden, sondern erstrebte auch an der eigenen Ostgrenze weitgehende sicherheitspolitische Ver-

änderungen: de Gaulle erhob anfangs Anspruch auf das gesamte linke Rheinufer, das Land Baden sollte eine Art Sicherheitsglacis zwischen Deutschland und Frankreich bilden und das Ruhrgebiet ein internationales Statut erhalten.

Diese massiven Hegemoniebestrebungen, die im Gegensatz zur Deutschlandpolitik der übrigen Besatzungsmächte standen, entsprachen auch kaum den tatsächlichen Machtverhältnissen in Europa der Nachkriegszeit. Frankreich war am Ende des Zweiten Weltkrieges durch vier Jahre brutaler Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik wirtschaftlich ein ausgeblutetes Land, dessen Volksvermögen zu einem Drittel durch den Krieg vernichtet war; militärisch war es eine dritt-rangige Macht, die das Besatzungsjoch nicht aus eigener Kraft abzustreifen vermocht hatte und auf vorwiegend amerikanische Unterstützung angewiesen war. Eine selbständige Besatzungsmacht zu werden und damit Mitwirkung im Alliierten Kontrollrat am Schicksal Deutschlands zu erlangen erschien de Gaulle dennoch nicht nur unerlässlich, sondern geradezu als Verkörperung höchster nationaler Interessen, obwohl seine provisorische Regierung erst im Oktober 1944 die Anerkennung der Alliierten gefunden hatte. Noch auf der Konferenz von Quebec im September 1944 war eine französische Besatzungszone nicht vorgesehen; hätte sich die damals angestrebte Aufteilung Deutschlands durchgesetzt, so wäre Südbaden den Amerikanern zugefallen – was die Bevölkerung Südbadens wohl gern vorgezogen hätte, obgleich gerade im Bildungsbürgertum starke französische Affinitäten festzustellen waren. Erst im Februar 1945 wurde Frankreich auf der Konferenz von Jalta eine eigene Zone zugestanden, nachdem sich insbesondere Churchill für eine Aufnahme Frankreichs in den Kreis der Siegermächte stark gemacht hatte.

Frankreich indes wollte nicht als «Siegermacht ohne Sieg» erscheinen; ein militärischer Beitrag zur Niederwerfung Deutschlands war darüber hinaus eine Sache des nationalen Prestiges und diente nicht zuletzt der Wiederherstellung des lädierten Selbstvertrauens, nachdem das Land erst vier Jahre zuvor in nur sechs Wochen überrannt worden war. Deshalb versuchte Frankreich nach seiner Befreiung im November 1944 forciert Anteil an der militärischen Niederwerfung Deutschlands zu gewinnen. «Ich erachtete es als meine Aufgabe», schrieb de Gaulle in seinen Memoiren, «dafür Sorge zu tragen, dass der Beitrag der französischen Armee, ihr relativer Anteil am Sieg und der Umfang des Territoriums, das sie erobern können würde, gross genug seien, damit Frankreich sich in den Debatten und bei den Entscheidungen, die auf die kriegerischen Auseinandersetzungen folgen würden, behaupten könne» (zitiert nach Vaillant, S. 9). So befahl de Gaulle Ende März 1945 dem Oberbefehlshaber der 1. französischen Armee, de Lattre de Tassigny, rechts des Rheins eine französische Besatzungszone zu erobern und sogar Stuttgart einzunehmen, ohne sich durch einen Protest der Amerikaner beirren zu lassen. «Den möglichen Vorhaltungen der Amerikaner», so de Gaulle an de Lattre de Tassigny in einem Telegramm, «werden Sie erwidern, dass Sie von Ihrer Regierung den Befehl erhalten haben, das von Ihren Truppen eroberte Territorium besetzt zu halten und zu verwalten, bis die französische Besatzungszone durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen festgelegt worden ist.» (Ebd., S. 9.)

Dieses französische Vorpreschen machte eine Arrondierung der Zonen notwendig, in deren Verlauf sich die Amerikaner weigerten, dem Wunsch der Franzosen nach einer Einbeziehung



Die Länder der französischen Besatzungszone in Westdeutschland und Westösterreich zwischen 1945 und 1952.



Auch an der Ecke zur Merianstraße ein trauriges Bild mit ausgeblasenen Ruinen



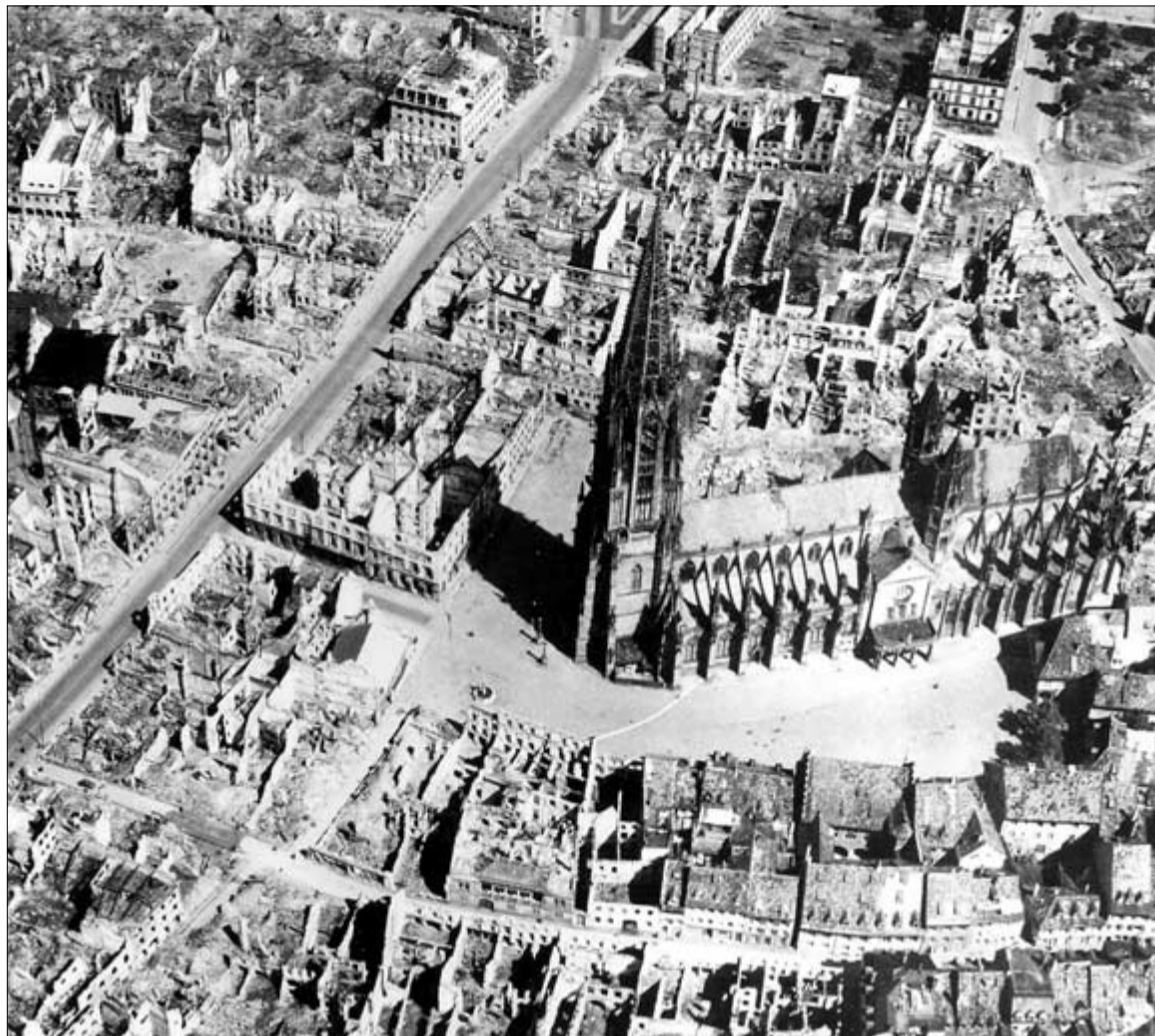
Das Foto zeigt vom Garten aus die Ruine des St. Josefskrankenhauses nach dem Angriff.



Den südlichen Münsterplatz nach dem Bombenangriff zeigt dieses undatierte Foto, links zu sehen ist der Georgsbrunnen.



Blick aus der südwestlichen Altstadt über den Peterhof aufs Münster nach dem Angriff vom 27. November 1944



Das Luftbild der Innenstadt zeigt die gewaltige Zerstörung auf beiden Seiten der Kaiser-Joseph-Straße (links). Komplet vernichtet wurde das Kornhaus, schwer beschädigt der Basler Hof. Nur der östliche Teil der Schusterstraße (unten rechts) wurde teilweise verschont. (Foto: Stadtarchiv)



Noch Jahre nach Kriegsende versperrten Trümmer die Nußmannstraße. Nur Trampelpfade schlängelten sich durch die Schuttberge (Foto: Stadtarchiv, Röbbcke)

Heute vor 60 Jahren:

Tausende Spreng- und Brandbomben verwüsteten am 27. 11. 1944 die Stadt

Der Sirenenvoralarm, der um 19.48 Uhr ertönte, wurde von den meisten Menschen tragischerweise nicht ernst genommen. Denn zu viele Warnungen dieser Art in den letzten Monaten hatten sich später als Fehlalarme entpuppt. Und so befanden sich die meisten Freiburgerinnen und Freiburger daheim beim Abendessen oder in Gaststätten und Cafés, und auch die Kinos waren gut besucht. Doch zehn Minuten später, um 19.58 Uhr des 27. November 1944, war es dann zu spät, die Luftschutzkeller im Schlossberg aufzusuchen. Binnen zwanzig Minuten verwandelte die britische „Bomber-Group No.1“ mit 292 Flugzeugen und 59 Maschinen der

„8th Pathfinder Group“ die Schneise zwischen Lehen, Betzenhausen, der Mooswaldsiedlung und der Innenstadt in ein Inferno. Der dichte Teppich aus Brand- und Sprengbomben legte vor allem die nordwestlichen Teile der Altstadt sowie die Bereiche rund um die Bahnanlagen in Schutt und Asche. Fast 2800 Menschen, darunter vor allem Frauen, Kinder und Alte, kamen unter den zusammenbrechenden Häusern oder in den Feuersbrüsten um, 4200 wurden verletzt und 11000 obdachlos. Weil viele Leichen nicht zu identifizieren waren, wurden die meisten Toten in dem anonymen Massengrab auf dem Hauptfriedhof beigelegt. Noch zehn Jahre später

galten fast hundert Personen als vermisst. Rund ein Fünftel des Freiburger Gebäudebestands fiel dem Angriff zum Opfer, darunter auch zahlreiche Kirchen und denkmalgeschützte Privatgebäude.

Die „Operation Tigerfish“ war eine Antwort der Royal Air Force auf die Luftangriffe der Nazis gegen die britische Bevölkerung, sowie auf den am 18. Februar 1943 von Propagandaminister Joseph Goebbels ausgerufenen und von vielen Deutschen begeistert gefeierten „totalen Krieg“. Das Luftkriegskonzept der Briten nahm nun nicht mehr nur militärischer Ziele ins Visier, sondern zielte auch darauf ab, die Infrastruktur Deutschlands

zu zerstören und die Moral der Zivilbevölkerung zu untergraben. Am „Area Bombing“, also dem Abwurf sehr vieler Brand- und Sprengbomben in kurzer Zeit, beteiligte sich ab 1943 auch die US-Luftwaffe. Lübeck, Rostock, Köln, Hamburg und Düsseldorf waren die ersten Ziele solch systematischen Flächenbombardements. Später folgten Freiburg, Heilbronn, Nürnberg, Mainz, Paderborn, Magdeburg, Potsdam und Dresden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen Militärhistoriker zu dem Schluss, dass das Flächenbombardement deutscher Städte nicht entscheidend für den weiteren Kriegsverlauf war.

Veranstaltungen zum 60. Jahrestag

Fotoausstellung: „Operation Tigerfish“ bis 9. 12.

Stadtarchiv, Salzstraße 18

Mo bis Fr 8.00 bis 16.00 Uhr

Ausstellung: „Luftschutz tut Not“ bis 26.12.

Museum für Stadtgeschichte

Di bis So von 10.00 bis 17.00 Uhr

Film: „Bomben auf Freiburg“ So, 28.11.

Kandelhof 11.00 Uhr

Ausstellung: „Bildzeichen des Gedenkens“ bis 17.12.

Rathausfoyer

Mo bis Do von 8.00 bis 17.30 Uhr

Fr von 8.00 bis 16.00 Uhr

„Gedenkgottesdienst“ Sa, 27. 11. Münster 18.30 Uhr

Oratorium: „De Curru Igneo“ Sa, 27. 11.

Martinskirche Rathauspl. 20.00 Uhr

Vortrag: „Wie haben Frauen den Krieg an der Heimatfront erlebt?“ Mo, 29.11.

Historisches Kaufhaus 19.00 Uhr

„Medienausstellung“ Di, 30.11., bis Sa, 4.12.

Stadtbibliothek am Münsterplatz



Schwer getroffen wurde auch das Alte Rathaus, das nach dem Krieg detailgetreu wieder aufgebaut wurde (Foto: Stadtarchiv)



„Alles lebt, wohnt bei Glatt Sandfangweg 1“ – Nachricht an einer Trümmerwand in der Rosastraße von überlebenden Bewohnern (Foto: Stadtarchiv)



1664 Opfer wurden im Gemeinschaftsgrab auf dem Hauptfriedhof beigelegt (Foto: Stadtarchiv)



Das Erzbischöfliche Palais am Münsterplatz wurde schwer getroffen und stürzte einige Tage später ein. Nur gering beschädigt wurde das Münster (Foto: Stadtarchiv, K. Müller)

Auch die Außenbezirke wurden nicht verschont, wie die Aufnahme von der Mooswaldsiedlung zeigt, die in den 30er Jahren errichtet wurde (Foto: Stadtarchiv, M. Herrmann)



Die Nähe zu den Eisenbahnstrecken, die auch Ziel des Angriffs waren, wurde den Gebäuden rund um den Tennenbacher Platz zum Verhängnis (Foto: Stadtarchiv, M. Herrmann)



des früheren Landes Baden in ein Sicherheitsglacis zu entsprechen, so dass die Franzosen sich in das Gebiet südwestlich der Autobahn Karlsruhe-Ulm zurückziehen und die beiden Städte Karlsruhe und Stuttgart räumen mussten. Nachdem die Grenzen im Frühsommer 1945 schliesslich festgelegt worden waren, umfasste die französisch besetzte Zone mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem nunmehr als «Land Baden» bezeichneten Südbaden sowie Württemberg-Hohenzollern und dem Kreis Lindau eine Fläche von knapp 43'000 qkm oder 12% des Gebietes der vier Besatzungszonen. Ihre Bevölkerungszahl lag bei 5,9 Millionen, von denen 1,2 Millionen in Südbaden lebten. Nach Fläche und Bevölkerungszahl war die französisch besetzte Zone somit die kleinste der vier Zonen:

Britische Zone	97 714 qkm	27,4%	22,8 Mio.
Amerikanische Zone	107 461 qkm	30,1%	16,7 Mio.
Französische Zone	42 814 qkm	12,0%	5,9 Mio.
Russische Zone	107 805 qkm	30,2%	17,3 Mio.
Berlin	884 qkm	0,3%	3,2 Mio.
zusammen	356 678 qkm	100,0%	65,9 Mio.

Nach Harmssen, S. 77.

Nach Räumung der Städte Karlsruhe und Stuttgart war die französisch besetzte Zone ein grossstadtares Gebiet, überwiegend geprägt von Landwirtschaft und Kleinindustrie – mit Ludwigshafen wies die Zone lediglich eine Grossstadt auf, zugleich Sitz der einzig nennenswerten Grossindustrie.

Die Praxis zeigte schon bald, dass die Besetzung Deutschlands durch französische Truppen ohne angemessene materielle und konzeptionelle Vorbereitung angetreten wurde. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die die Besetzung schon seit 1942 vorbereitet hatten, waren die Defizite der französischen Planung aufgrund des späten Aufrückens Frankreichs in den Kreis der Sieger- und Kontrollratsmächte unübersehbar. Zwar hatte man in Frankreich nach der Befreiung von Paris etwa 8'000 Personen in zweimonatigen Lehrgängen auf ihre Funktion als Besatzer trainiert und mit der «Mission Militaire pour les Affaires Allemandes» (MMAA) sowie der «Administration Militaire Française en Allemagne» (AMFA) die beiden Kerninstitutionen des späteren französischen Besatzungswesens gegründet; aber ebenso wie bei der Versorgung der französischen Armee im Endstadium des Krieges hatte man auch hier auf amerikanische Hilfe und Vorarbeit zurückgreifen müssen, insbesondere auf die Richtlinien der «Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force» (SHAEF), deren einstweilige Weitergeltung die «Ordonnance d'Occupation Nr. 1» in ihrem einzigen Artikel anordnete. Die oberste Autorität in der französisch besetzten Zone wurde das «Commandement en Chef Français

Im Tagesbefehl Nr. 9 gibt General de Lattre de Tassigny die Unterzeichnung der Akte der Kapitulation des Deutschen Reiches bekannt.

Erste französische Armee „RHEIN und DONAU“

Tagesbefehl Nr. 9

**Offiziere,
Unteroffiziere,
Corporale und Soldaten
der ersten französischen Armee!**

Der Tag des Sieges ist angebrochen.

Mit Stolz kann ich in BERLIN im Namen FRANKREICHS, in euerm Namen, die feierliche Akte der Kapitulation Deutschlands unterzeichnen.

Würdig des Vertrauens unseres obersten Chefs, des Generals de GAULLE, des Befreiers unseres Landes, habt ihr durch euere Anstrengungen, euere Hingabe, euere Heldentum, dem Vaterlande seine Stellung und seine Größe zurückgegeben.

Brüderlich vereint mit den Soldaten der Resistance, Seite an Seite mit unseren alliierten Kameraden, habt ihr den Feind, wo er euch auch begegnete, zermalm.

Im Herzen Deutschlands hallen euere Fahnen.

Euere Siege sind die Marksteine auf dem Wege der Wiederaufrichtung Frankreichs.

Von ganzem Herzen sage ich euch dafür Dank. Ihr dürft mit Recht auf euch, auf euere Taten stolz sein.

Lasst uns stets in Ehrfurcht unserer Toten gedenken. Als edle Gefährten blieben sie auf dem Feld der Ehre und sanken dahin in Opfertod und Ruhm, wie unsere Füsilierten und Martyrer, damit wieder anlerstehe: FRANKREICH!

Feiern wollen wir euern Sieg: als Maiensieg, als strahlenden Frühlingssieg, der unserm FRANKREICH Jugend, Stärke und Hoffnungsfreude zurückgibt.

SIEGGEKRÖNTE SOLDATEN! Das neue Heldenlied, das euch das Vaterland verdankt, wird man dereinst euere Kinder lehren!

BERLIN, den 9. Mai 1945.

LE GENERAL D'ARMEE DE LATTRE DE TASSIGNY

Commandant en Chef la Première Armée Française

J. de LATTRE

en Allemagne» unter General Pierre Koenig in Baden-Baden am 28. Juli 1945. Dieses «Commandement» umfasste vier Bereiche: das Oberkommando über die Besatzungstruppen, die französische Gruppe beim Kontrollrat in Berlin, die französische Militärregierung in Berlin und in der Hauptsache das «Gouvernement Militaire en Zone Française d'Occupation» (G.M.Z.F.O.). Zunächst von Emile Laffon geleitet, nahm die Militärregierung mit ihren Abteilungen für Verwaltungsangelegenheiten, Wirtschaft und Finanzen, Justiz, Kultur, öffentliche Bildung, Information, Gesundheit, Arbeit und Vertriebene bzw. Flüchtlinge ihre Tätigkeit auf. Dieser Generalverwaltung der französischen Zone unterstanden auf Länderebene die «Délégations Supérieures» mit Sitz in den Hauptstädten der Länder – für Südbaden seit dem 10. Juli 1945 in Freiburg. Nächstkleinere Einheit waren die sich aus mehreren Kreisen (wie zum Beispiel Konstanz, Säckingen, Waldshut, Villingen, Überlingen, Donaueschingen und Stockach) zusammensetzenden Bezirke mit ihren «Délégations de District». Die Verwaltungen vor Ort schliesslich bildeten die den Bezirksverwaltungen unterstellten 19 Land- und zwei Stadtkreisverwaltungen («Délégations de Cercle») sowie die örtlichen Militärregierungen.

Dieses Besatzungsschema behielten die Franzosen bis 1949 bei – im Gegensatz zu den Amerikanern, die bereits Mitte 1946 ihre Präsenz in den Landkreisen stark reduzierten und sich nach der Stuttgarter Rede Byrnes' und der darin sich abzeichnenden deutschlandpolitischen Wende mehr und mehr auf eine «Kontrolle im Grossen und Ganzen» einstellten. Dies entsprach den französischen Sicherheitsinteressen, aber auch der Absicht einer Deutschlandpolitik, die möglichst grosse Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten vorsah. Auf deutscher Seite wurden damit nicht nur länderübergreifende, die gesamte französische Zone umfassende Formen der Interessenorganisation blockiert; der Separatismus der französischen Besatzungspolitik zeigte sich auch in der Schaffung von drei verschiedenen Länderregierungen, denen weder in ihrem engsten Bereich und schon gar nicht über dessen Grenzen hinaus viel Spielraum blieb. Dies zumindest bis 1948, als die Franzosen mit ihrer separatistischen Deutschlandpolitik endgültig in Konflikt gerieten mit der Aussenpolitik der anderen Westmächte und aufgrund ihrer Abhängigkeit von amerikanischer Wirtschaftshilfe auch in diesem Punkt zur Anpassung gezwungen wurden. Und nicht zuletzt passte es ins Bild solch weitgehender Kontrollabsichten und letztlich provinzialistischer Deutschlandpläne, dass die Besatzung auf lange Dauer angelegt war, hatten die Franzosen doch in ihrem eigenen Land infolge bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen ein deutliches Beispiel vor Augen, wie langwierig politische Veränderungen und ideologische Umerziehungsprozesse sind.

Was die Franzosen bei ihrem Einmarsch in Deutschland vorfanden, war ein sehr uneinheitliches Bild. SS, SA, Polizei und Partei hatten aufgehört zu existieren, der gigantische Apparat der Massenbeeinflussung hatte sich im Zuge der allgemeinen Desorganisation aufgelöst, und durch das Einstellen aller Zeitungen geriet die Bevölkerung in eine «Steinzeit völliger Informationslosigkeit» (Schwarzmaier, S. 141). Auf der Ebene von Kommunen und Landkreisen bestanden jedoch vielfach noch funktionierende Verwaltungen. Eine Zusammenarbeit mit belasteten Beamten und Kommunalpolitikern war fast immer ausgeschlossen; mitunter aber wurden Verwaltungsspitzen, wie beispielsweise in Freiburg, die noch von den früheren Machthabern kurz vor dem sich abzeichnenden

Zusammenbruch das undankbare Geschäft des Verwalters einer Konkursmasse zugeschoben bekommen hatten, von der Besatzungsmacht bestätigt. Im Allgemeinen jedoch bestimmten die Besatzungsgruppen neue Bürgermeister, wobei sie sich, sofern sie nicht über Personallisten verfügten, vielfach von örtlichen Autoritäten wie Pfarrern oder anderen integren Persönlichkeiten beraten liessen. Diese Vertrauensleute der Franzosen hatten mit den Besatzungsoffizieren zu verhandeln – das heisst, im Wesentlichen deren Befehle und Anordnungen entgegenzunehmen, wobei ihr Spielraum meist sehr klein war und sich im Allgemeinen auf die Erfüllung französischer Ansprüche sowie die Aufgabenbereiche erstreckte, die von den Notwendigkeiten der Stunde bestimmt waren. Diese erheischten die notdürftige Aufrechterhaltung der öffentlichen Versorgung (mit Nahrungsmitteln, Brennmaterial, Wasser, Gas und Licht) und der Sicherung der öffentlichen Ordnung (Schutz vor Plünderungen, Selbstjustiz usw.), den Abbau von Kriegsmassnahmen und die Fürsorge für bestimmte Personenkreise (Zivilgefangene, Kinder, Frauen, Alte). Gewöhnlich ergingen zu diesen Bereichen und Aufgaben Anordnungen der örtlichen Militärregierungen oder der Landkreisregierung, die die Vertrauensleute der Franzosen an die Bevölkerung weiterzugeben hatten. Wo Deutsche in diesen Wochen etwa die Illusion der Eroberung eigener Zuständigkeiten oder Entscheidungsspielräume entwickelten, mussten sie meist sehr schnell erfahren, dass diese im Konzept der Sieger nicht vorgesehen waren.

Im Übrigen galt es, den weitgesteckten Sach- und Dienstleistungsanforderungen der Besatzer nachzukommen, was oft genug bedeutete, vor fast unlösbaren Aufgaben zu stehen, zumal die Franzosen auf schwierige Beschaffungsverhältnisse wenig Rücksicht nahmen. Bis in den Hochsommer hinein war die Tätigkeit der unteren deutschen Verwaltungsstellen so durch Not-, Beschaffungsmassnahmen und -anforderungen charakterisiert, die der notdürftigen Aufrechterhaltung eines reduzierten öffentlichen Lebens dienten. In der ersten Besatzungszeit waren es neben den örtlichen Verwaltungen vor allem die Landkreise, die sich als relativ intakte Verwaltungsgrössen bewährten – sie waren der Rahmen, innerhalb dessen sich eine langsame Reorganisation des öffentlichen Lebens vollzog. Dabei war gerade die Arbeit der Landräte wie der Bürgermeister weder populär – bestand sie doch vornehmlich in der Weitergabe des Drucks der französischen Besatzung an die Bevölkerung – noch besonders dankbar: die Interessen der Bevölkerung und der Besatzungsmacht waren zu verschieden, als dass sich beide hätten miteinander immer vereinbaren lassen, und so standen Bürgermeister und Landräte oft genug mit einem Bein im Gefängnis. Insbesondere das äussernde Requisitionswesen war ein Bereich dauernder Interessengegensätze, gegen die allenfalls – nutzlose – Eingaben möglich waren, nicht aber wirkliche Einsprüche. Zusammen mit anderen Übergriffen, Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten bildeten die sogenannten wilden Requisitionen (das sind solche ohne Quittung oder Anrechnung auf ein deutsches Leistungskonto) bis in den Herbst 1945 hinein ein vom «Recht des Siegers» geprägtes Klima, das nicht allein für deutsche Vorbehalte gegenüber den «Befreiern» sorgte, sondern darüber hinaus die angekündigte Demokratisierung ähnlich schwer belastete wie die spätere unglückliche Praxis der Entnazifizierung.

Aber auch nachdem das Gouvernement Militaire Anfang September 1945 von Baden-Baden aus seine Tätigkeit aufgenommen hatte und die erste Phase der Besatzungswillkür allmählich einer harten, doch zunehmend verbindlicher geregelten Besatzungspraxis wich, blieb die französische

Besatzungspolitik widersprüchlich genug, um sich im Alltag drückend bemerkbar zu machen. Gerade die Mehrheit der unpolitisch Denkenden, aber auch die Unbelehrbaren, die wenig Neigung besaßen, die Besatzungsrealität als «postwendende Antwort» (Henke, in: Scharf/Schröder, S. 53) auf den deutschen Besatzungsterror in Frankreich zu erkennen, glaubten darin eine Fortsetzung des alten Unrechts unter neuer Flagge zu erkennen. Noch grösser aber dürfte die Enttäuschung derjenigen gewesen sein, die aus antifaschistischer und demokratischer Perspektive sich eine Besatzungspraxis gewünscht und sie nicht selten selbst herbeizuführen versucht hatten, die die aufzubauende Demokratie einer breiten Bevölkerung als einzige Alternative verständlich gemacht hätte. Die vernichtendste Kritik jedoch hat die französische Besatzungsrealität aus dem eigenen Land erfahren: Als Ende Mai 1946 eine parlamentarische Untersuchungskommission der Kritik an den Missständen in der französischen Zone und der Besatzungsverwaltung nachging, stellte sie mangelnde Koordination und das Fehlen einer «politique concertée» (aufeinander abgestimmte Politik) fest, hatte allenthalben den Eindruck von «incohérence et du désordre» (Zusammenhanglosigkeit und Unordnung) und kritisierte die grosse Zahl von «anciens serviteurs du régime de Vichy et de Pétain» (frühere Anhänger der Vichy-Regierung und Pétains; zitiert nach Henke, S. 184f.), die in Frankreich kaum eine Anstellung erhalten hätten. Das festgestellte Ausmass an Konfusion, so die Kritik ausserdem, schade der Autorität der Besatzungsmacht und sei den französischen Interessen abträglich. Eine Zehn-Punkte-Resolution mit Reformforderungen fand Ende April 1946 zwar die einstimmige Billigung der Assemblée Constituante, blieb jedoch ohne nennenswerte Konsequenzen.

Führt man die von verschiedenen Seiten geübte Kritik an der Besatzungspraxis auf ihren Ursprung zurück, so ist er zweifellos in den Widersprüchen der französischen Deutschlandkonzeption zu suchen. Den Nazismus in allen gesellschaftlichen Bereichen zu brechen und einen Prozess der Demokratisierung in Gang zu setzen war erklärtes Ziel der französischen Deutschlandpolitik, aber als Hauptziel der Besatzungspolitik hat die Geschichtswissenschaft die wirtschaftliche Ausnutzung der Zonenwirtschaft für den Wiederaufbau Frankreichs herausgearbeitet. Die Deutschen in den Kreis der freien und demokratischen Völker zurückzuführen hatte die so oft bewunderte französische Kulturpolitik versprochen, aber die französische Besatzungspolitik zeigte sich von einem Überlegenheits- und Sendungsbewusstsein infiziert, das Alfred Grosser als «pharisaïsme de la rééducation» charakterisiert hat; die französische Besatzung propagierte demokratische Verfassungen, hielt sich jedoch mit den daraus abzuleitenden Verlagerungen politischer Kompetenz an deutsche Stellen und der Zulassung deutscher Selbstverwaltung auf Länder- wie Zonenebene auffallend zurück. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass auch die Militärregierung keine monolithische Institution war, sondern im Gegenteil in zentralen Fragen von massiven Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet war. So hatte etwa der Chef der G.M.Z.F.O., Emile Laffon, eben jene – von den beiden Landesregierungen vermischte – Verantwortlichkeit den Länderparlamenten anstatt der Militärregierung gegenüber gefordert, sich aber gegenüber dem de Gaulle-Vertrauten General Koenig nicht durchzusetzen vermocht, weshalb Laffon am 14. November 1947 demissionierte. Dieser Konflikt war lediglich ein Ausdruck der Spannungen, wie sie die gesamte Besatzungsrealität durchzogen. Angelegt wa-

ren sie in den sachlichen Differenzen zwischen den Pariser Ministerien und dem Baden-Badener Oberkommando, ihre Basis wiederum war die Heterogenität der personellen und politischen Zusammensetzung der Besatzungskräfte. Im Wesentlichen nämlich bestand das Besatzungspersonal aus Truppenoffizieren der teildemobilisierten Streitkräfte, aber auch aus Vertragsfachleuten, die oft gute Deutschlandkenner waren, und nicht zuletzt aus ehemaligen Vichy-Anhängern, die man aus Frankreich abgeschoben hatte. Auf deutscher Seite boten sich unter solchen Voraussetzungen manche Ansatzpunkte zur Erweiterung von Handlungs- und Einfluss-Spielräumen sowie Chancen zur Geltendmachung deutscher Interessen, zumal die streng zentralistisch erscheinende Verwaltungshierarchie der Besatzungsmacht durchaus nicht einbahnig war und Improvisation gerade auf den unteren Ebenen zuliess.

Wie das Beispiel der Abhaltung einer vorbereitenden sozialdemokratischen Landesdelegiertenkonferenz in Freiburg noch vor Zulassung der Parteien belegt, zeichnete sich die französische Militärregierung mitunter auch durch eine Tendenz zu individualistischen und pragmatischen Lösungen aus: Man hatte von dem beabsichtigten Zusammentreffen in einem Nebengebäude der Adelhauser Schule Gouverneur Pène informiert, der einen Offizier als Beobachter hinschickte, was Kontrolle ebenso einschloss wie den Schutz des Treffens gegenüber der französischen Geheimpolizei, der Sûreté. Das insbesondere zu Beginn recht gespannte Verhältnis zwischen Militärregierung und deutschen Stellen wich mit den Jahren in manchen Belangen einer «Zusammenarbeit» und vermehrtem französischem Entgegenkommen, wo es nicht um zentrale Punkte ging. So waren schliesslich der «Omnipotenz der Sieger» – dies zumal auf Dauer – nicht nur vom Mach- und Durchsetzbaren her Grenzen gesetzt; es gingen von ihnen schliesslich auch wichtige Impulse aus, die einen Prozess der Annäherung und des Ausgleichs einleiteten und damit wichtige Voraussetzungen dafür bildeten, dass die deutsch-französische Erbfeindschaft allmählich überwunden wurde und heute endgültig der Geschichte angehört.

Südbaden – das nachmalige «Land Baden» in der französischen Besatzungszone – wurde in der Zeit vom 13./14. April 1945 (Einmarsch der französischen Truppen in Rastatt bzw. Baden-Baden) bis zum 28. April 1945 (Einmarsch in Konstanz) erobert und besetzt. In jedem Dorf und jeder Stadt endete der Krieg auf seine Weise, aber überall löste sein Ende Aufatmen aus. Doch die Befreiung vom Nationalsozialismus wurde nicht überall auch als eine solche empfunden, das grosse Wort kam selten auf in der Trivialität des Alltags und im Erleben der Willkür, wie sie mit der Eroberung eines Landes durch feindliche Truppen nun einmal verbunden ist. Die «Stunde des Siegers» hatte geschlagen – was würde nun werden? Die Hoffnungen und Befürchtungen spiegeln sich in vier Texten aus verschiedenen Blickwinkeln und Teilen des Landes: romanhaft und zugleich distanziert bei Oelfken und Flake, nüchtern beobachtet bei Welte und dem Pfarrer von St. Märgen.

Der Krieg ist über uns hinweggerollt. Die Panzerwagen stehen vor Nussdorf. Drüben auf dem Bodanrücken [!] wird gekämpft. Flieger kreisen über uns, fegen mit

ohrenbetäubendem Lärm dicht über die Oberfläche des Sees und stürzen sich nach Osten, wo in Bregenz und Lindau Widerstand geleistet wird. Hier in unserem Städtchen beziehen die siegreichen Franzosen Quartier, die Fremdenlegionäre, die Marokkaner und die Algerier. Ein seltsames Gefühl, nach so viel Jahren des Abgeschlossenenseins wieder fremde Leute zu hören, eine andere Art zu rufen, zu pfeifen und zu singen. Seit wann ist hier nicht mehr gesungen worden? Seit wann hat man keinen Ton freiheitliebender Äusserung des Gemüts mehr gehört?

Er pfeift vor sich hin, der junge Südfranzose. Den Revolver spielerisch in der Hand, betritt er das Wohnzimmer. Er sieht uns kaum an. Er spitzt den Mund und tritt unbekümmert an den kleinen, elektrischen Ofen, auf dem wir unsere Speisen zu kochen pflegen. Er betastet die Verbindungsschnur und sieht herausfordernd auf Julia, die mir gegenüber neben Hans Reisinger auf dem Sofa sitzt. Wir unterhalten uns weiter. Wir sprachen gerade über Walt Whitman, bevor der Sieger den Raum betrat. Nun kommt er an den Tisch, ergreift Julias Handtasche und leert ihren ganzen Inhalt aus: die Lebensmittelkarten, Geld, das er achtlos auf den Tisch wirft, eine kleine Achatdose, in der er Kostbares vermutet. Es rollen auch einige von Julias Beruhigungsspielen heraus, die er gelangweilt wieder zurückwirft. Sein siegesbewusstes Auftreten wird durch unsere sachliche Frage, ob er etwas suche, gedämpft. Er weiss nicht, dass uns die bedrohliche Handhabung der Pistole gar nicht kränkt. Er weiss nicht, bis zu welchem Ausmass unser persönlicher Mut durch diese Jahre hindurch, die wir nun überstanden haben, angewachsen ist.

Julia murmelt mir in der Unterhaltung zu, dass nebenan im «*maison suisse*» das Radio nicht abgegeben worden sei und dass wir vielleicht morgen schon hören würden, ob endlich eine Gesamtkapitulation erfolgt sei. Bei der Erwähnung von «*maison suisse*» wird der Franzose plötzlich unsicher. Er wirft die Tasche auf den Tisch und entschuldigt sich: «*J'ai l'habitude!*» Wir bleiben gelassen.

«*D'où venez-vous, monsieur?*»

Er kommt aus Marseille. Er sieht uns mit funkelnden Augen an. Ja, aus Marseille, wo er im Vorzimmer sitzen und warten musste, bis deutsche Offiziere seine Schwester missbraucht hatten; aus Marseille, wo die Deutschen Vieux Port in die Luft sprengten, so dass sich seine Kameraden nicht mehr verstecken konnten.

Er hantiert schon wieder mit dem Revolver. Er will uns zeigen, wie die Deutschen gehaust haben.

«*C'est une maison suisse ici?*»

Ich antworte mit einer Gegenfrage: «*C'est défendu de visiter une maison suisse?*»

Er verlässt mit rollenden Augen das Zimmer: «*Excusez, j'ai l'habitude!*» entschuldigt er sich noch einmal. [...]

Es ist heute der 8. Mai 1945. Wir sitzen im Gartenzimmer des unversehrten Hauses und lauschen dem Radio. P. S., der holländische Führer der hiesigen Widerstandsbewegung, hat uns heute Mittag aufgefordert, wir sollten um drei Uhr den englischen Sender hören. So sitzen wir hier zusammengeweht aus den vier Himmelsrichtungen: W. W. aus Bremen, der im Gefängnis sass, weil er tapfer seinen Mann stand, E. D., der als verantwortlicher Polizeipräsident, solange es ihm möglich war, den Aufstieg der Braunen hemmte, um dann zwölf Jahre lang auf diesen Tag zu warten; Flüchtlinge aus Wien, Flüchtlinge aus Berlin. Alles Menschen, mit denen Julia und ich dieselben Hoffnungen teilen und dieselben Sorgen um die Zukunft. Wir kennen und verstehen uns ohne viel Erklärungen; das kam in den letzten Jahren oft vor. Über Radio London hören wir drei Schläge von Saint Paul. Dann vernehmen wir:

Jodl hat als Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet. Es geschah im Hauptquartier General Eisenhowers in Reims. Heute Nacht um 12 Uhr 1 Minute hören sämtliche Kriegshandlungen auf. Wer dann noch kämpft, stellt sich ausserhalb der Kriegsgesetze. Churchill ist nur mit Anstrengung zu verstehen. Nach ihm erklärt de Gaulle: «La guerre est finie! La guerre est gagnée! L'ennemi allemand vient de capituler! L'Allemagne a battue! Aaaaah! Vive la France!»

Aus: Tami Oelfken, *Fahrt durch das Chaos. Logbuch von Mai 1939 bis Mai 1945*, Überlingen 1946, S. 413ff.

Und dann tauchten französische Soldaten auf, in der Herrenstrasse, in der Konviktstrasse, überall. Endlich war es soweit. Das war die weltgeschichtliche Wende für uns Freiburger. Sie kam in banaler Form in unsere Ecke. Wir hatten ja auch keine Zeit, weltgeschichtliche Betrachtungen anzustellen, dafür gab es viel zu viel zu tun in der nächsten Nähe, vor unserer Nase, und viel elementarere Probleme. Aber niemand, der es nicht erlebt hat, wird nachempfinden können, was es in der darauffolgenden Nacht für uns bedeutete, ruhig zu Bett gehen zu können. Das war schon sehr lange nicht mehr der Fall gewesen. Denn immer hatten uns, seit vielen Wochen und seit vielen Monaten, die nächtlichen Alarme aufgeschreckt, die Flugzeuge, die Bomben. Immer waren wir grosse Teile der Nacht, und manchmal die ganze Nacht hindurch, im Keller. Und nun konnten wir auf einmal uns ruhig zur Ruhe legen vom Abend bis zum Morgen. So still kam die neue Zeit, die neue Welt. Am nächsten Tag hat der Erzbischof, schnellentschlossen wie er immer war, sofort Beziehungen angeknüpft zur französischen Kommandantur. Diese war damals in einem schnell beschlagnahmten Gasthof am Münsterplatz. Dass der Erzbischof dort erschien und dort sofort eine positive Beziehung anknüpfte, zeigte, dass dieser Mann die einzige Autorität auf deutscher Seite war, die an diesem Tag

und an den folgenden Tagen in Freiburg noch etwas galt. Viele andere Autoritäten waren wie ein Spuk verschwunden.

In den folgenden Tagen ging es uns dann aber mehr und mehr unter die Haut, was es bedeutete, dass ein totales Herrschaftssystem von einer Stunde zur anderen verschwunden war und dass das neue sich noch nicht etabliert hatte. Es begann damit, dass wir merkten, dass in einem Vakuum an Macht auf einmal auch der Eigentumsbegriff und der Begriff der persönlichen Ehre und viele ähnliche zu Boden fallen. Es gab also viele Enttäuschungen. Natürlich hatten wir die französischen Soldaten als Befreier begrüsst. Aber dann zeigte sich schnell, dass auch sie keine Engel waren. Sie waren ja auch arm und ausgehungert. Und etwas wie ein Recht gab es in dieser Stunde und in diesen Tagen nur für den Sieger. [...] Gewiss ging vieles nach der alten Regel: Aug um Aug, Zahn um Zahn. Gewiss erinnerten manche neuen Schrecken an die alten Schrecken. Aber etwas Entscheidendes war nun doch anders geworden. Diese neuen Schrecken mässigten sich mit der Zeit, während die alten Schrecken mit der Zeit immer weitergewachsen waren.

Aus: *Das Ende, das ein Anfang war. Die letzten Tage des Dritten Reiches*, Freiburg 1981, S. 116-118.

Benno wurde im Verlauf des Nachmittags als Kundschafter ausgeschiedt: konnte man die Strassen betreten, was teilte der Okkupant als erstes den Einwohnern mit? Nach einer Stunde kehrte er zurück und berichtete. Die Plätze waren mit Tanks gefüllt, die Geschäfte geschlossen; die Leute wurden nicht gehindert; ein Anschlag befahl, um sieben Uhr abends in den Häusern zu sein.

Daraufhin trat die Familie Derwiller den Heimweg an. Mertens bestand darauf, dass Benno die Mutter begleitete; zum mindesten in den ersten Tagen würde er ihr nützen. Er selbst und Lily konnten immer bei Ursula essen.

Der junge Unteroffizier erschien wieder; er wünschte für sich und drei seiner Leute Quartier. Er sagte, sie würden am Waldrand ein Flakgeschütz bedienen, tagsüber dort liegen, nur nachts in der Wohnung weilen. Lily rückte zwei Betten zusammen, auch die Nachbarn nahmen Mannschaften auf. Am Abend nahte ein deutscher Flieger, es begann ein wildes Schiessen. Der Flieger war längst entschwinden, aber der Höllenlärm ging weiter. Mertens erkundigte sich nach dem Grund: es mache ihnen Spass, zu feuern, es seien junge Burschen, die mit der Munition nicht zu sparen brauchten, wurde erwidert.

Am nächsten Morgen ging Mertens durch die Stadt. Wie sehr hatte das Bild sich verändert. Durch die Allee zogen Kabylen. Sie schritten hintereinander, und jeder hielt sein Saumtier am Zügel. Nichts als die Sanddünen fehlten dem biblischen, dem orientalischen Eindruck.

In die Gassen einbiegend, sah er Schwarze, die aus einem Milchgeschäft kamen. In der linken hielten sie fünf, sechs Pakete Butter, mit der rechten führten sie das siebente an den Mund. Die Händler mit Zigarren, photographischen Artikeln, Schuhen und Wollsachen mussten daran glauben. Befreite Inder beteiligten sich, und auch die einheimische Bevölkerung.

Mertens begegnete seinem Unteroffizier und fragte ihn, ob die Stadt zur Plünderung freigegeben sei.

«Was wollen Sie», meinte der junge Mann, «Sie wissen vielleicht nicht, wie es in unseren Städten zugegangen ist. Wir wenigstens erschossen keine Frauen und Kinder. Sehen Sie, gestern befreiten wir ein Lager, worin einige Tausend französische Zivilisten seit Wochen gefangen gehalten wurden. Wir erblickten ausgemergelte Gestalten, die nur noch wandelnde Skelette waren. Sie können sich denken, mit welchen Gefühlen die Truppe in die erste unversehrte Stadt einrückt – es wäre nicht erstaunlich, wenn sie ärger hauste. Es gehen ein paar Pfund Butter darauf, was weiter?»

Damit tauchte das Motiv auf, das er in den nächsten Wochen so oft vernehmen sollte: das der Vergeltung. Er begriff, dass es seine Zeit hatte. Man würde durch einen Stationenweg gehen.

Aus: Otto Flake, *Old Man*. Roman, Kassel 1947, S. 177f.

Bericht des katholischen Pfarrers von St. Märgen:

Am Dienstag, 24. April, nachmittags 3 Uhr etwa, fuhr ein kleines Auto mit Antenne ein; ein Offizier mit einigen Soldaten stieg aus. Er wurde vom Bürgermeister, Ratschreiber, und auch vom Ortschaftsfarrer und Pfarrvikar empfangen. Im Gefolge kam auch ein grösserer Lastwagen mit Polen, die sämtlich in Uniform steckten. Es waren unsere bisherigen polnischen Landarbeiter. Der Offizier erklärte: St. Märgen ist jetzt unter der Gewalt der französischen militärischen Regierung. Alle Waffen, Schiess-, Hieb- und Stichwaffen samt Munition müssen sofort auf dem Rathaus abgegeben werden; desgleichen auch die Photoapparate. Die männlichen Einwohner von 16 bis 65 Jahren müssen sich sofort einfinden mit Schaufeln, Pickeln und anderen Grabwerkzeugen, um die Strassensprengungen im Wagensteig und beim Luxhof in Ordnung zu bringen. Bis zum anderen Morgen früh 6 Uhr muss eine passierbare Strassenbreite von 3 Metern geschaffen sein! Um 5 Uhr abends zogen die einzelnen Kommandos bereits ab. Sie hatten die ganze Nacht zu schanzen und auszufüllen, um nur notdürftig die Sprengtrichter zu schliessen und die Strassen passierbar zu machen. Dass die Leute nicht in rosiger Stimmung waren, lässt sich denken. Sie holten auch den Ortsgruppenleiter und andere Parteiangehörige, Volkssturmführer etc. herbei; dieselben bekamen wahrhaft keine Schmeichelworte zu hören.

Mittwoch, den 25. April: Die auf diesen Tag fällige St. Markusprozession musste



Am 25. April 1945 rückten französische Truppen in Waldshut ein. Das Bild zeigt die Kaiserstrasse in Waldshut, am linken Rand eine weisse Fahne.

ausfallen, beziehungsweise wurde in der Kirche abgehalten, mit Allerheiligen-Litanei und Bittamt. Bald darauf, etwa um 9 Uhr, zogen die französischen Truppen ein. Es waren zum grössten Teil Kolonialtruppen, ehemalige Maquis, Partisanen, die in das französische Heer eingereiht waren. Die 1. Armee! Grosse Panzerwagen rollten über den Kapfenberg und auf den Strassen von St. Peter und Wagensteig her. Der ganze Ort war im Nu überschwemmt mit französischem Militär. Gleich begann auch schon das Plündern. Die Hühner wurden fast restlos abgeschossen, soweit sie nicht in sicherem Versteck waren. Auf Motor- und Fahrräder waren sie besonders scharf. Stallhasen, Kleinvieh wurde abgeschlachtet; die Wohnungen durchsucht; besonders hatten sie es auf Goldschmuck und Uhren abgesehen. Manche Armbanduhr, Ringe etc. wurden als «Siegerpreis» abgenommen. Es war gefährlich, irgendwelchen Schmuck zu tragen. Auch Weisszeug und Wäscheartikel wurden geraubt, Porzellan und Möbel zerschlagen. Die Mädchen und Frauen hielten sich am ersten Tage versteckt. Viele waren in der Kirche. Weiterhin wurde der ganze Wildbestand in den Wäldern, die Forellen in den Bächen, vielfach mit Handgranaten vernichtet. Manchen Leuten, bei denen die Soldaten

einquartiert waren, wurden Möbel, Uhren und Geschirr sinnlos zerschlagen. Tagelang hörte man es schiessen und knallen in den Wäldern. Alles Zerstörungsfimmel. Das Pfarrhaus wurde verschont. Dagegen drangen die Voleure in die Pfarrscheune ein. Zerstörten im Stall so manche Möbel und Geschirrkisten, die vom Pfarrer von Freiburger Flüchtlingen aufbewahrt wurden. Auch wertvolle Koffer derselben wurden erbrochen und ihres Inhaltes teilweise beraubt. So ging es in den ersten Tagen zu. Doch kann man wenigstens sagen, dass Schändungen von Frauen und Mädchen kaum vorgekommen sind.

Aus: Hermann Riedel, *Halt! Schweizer Grenze! Das Ende des Zweiten Weltkrieges im Südschwarzwald und am Hochrhein in dokumentarischen Berichten deutscher, französischer und Schweizer Beteiligten und Betroffener*, Konstanz 1983, S. 262 f.

Durch den entschiedenen Hinweis auf die Verbrechen des Nationalsozialismus versucht das Vorwort der Schrift eines kleinen Singener Verlags den Einwohnern der französischen Zone das rechte Verhältnis zur Besatzungsmacht zu vermitteln.

Zwei Monate sind vergangen, seit die ersten Panzer der siegreichen französischen Armeen durch unsere südbadischen Städte und Dörfer rollten. Und – so seltsam es auch klingen mag – erst mit dem Einzug der fremden Armeen können wir seit 12 Jahren endlich wieder frei atmen und unsere Meinung sagen, denn der Naziterror ist gebrochen, die Gestapo und SS-Banden mit all ihrem Denunziantentum und ihren Spitzeln sind auf der Flucht oder bereits in Verwahrung. Keiner darf seiner gerechten Strafe entgehen.

Mögen heute noch so viele dem tausendfachen Mörder Göring nacheifern und den Harmlosen spielen, sie werden sich von ihrer Blutschuld und der Schande, die sie über unser deutsches Volk brachten, nicht reinwaschen können, den zahllosen Opfern aus allen Völkern, sowie den deutschen Antifaschisten, die in den Folterhöhlen der Nazis gelitten haben oder zu Tode gequält wurden, sind wir es schuldig, nicht eher zu ruhen, bis die Verbrecher ihrer gerechten Strafe zugeführt sind.

Ungläubig stehen oft Leute vor den Bildern von Leichenhaufen abgemagerter Skelette. Diese stummen Zeugen der Nazibarbarei sind aber nur kleine Ausschnitte der furchtbaren Verbrechen, die von den Nazis im Namen Deutschlands begangen wurden. Wir dürfen davor die Augen nicht verschliessen. Jeder muss sich ganz bewusstwerden, in welchen Abgrund unsäglicher Leiden und Verbrechen Hitler Deutschland gestürzt hat und welche Schande er durch die schamlosen Verbrechen in den besetzten Ländern auf unser Volk geladen hat.

Diese Broschüre möge ein kleiner Beitrag dazu sein. Die Beweise, die durch sie geliefert werden, sollen dazu beitragen, ein richtiges, verständnisvolles Verhalten

zu den Besatzungstruppen zu finden, deren Waffentaten wir unsere Befreiung vom Nazijoch zu danken haben.

Gleichzeitig soll sie eine ernste Mahnung an alle Menschen in unserem Volke sein: eine Mahnung daran, dass wir nach Kräften wieder gutzumachen haben, was Hitler und die Seinen verschuldeten, ohne dass wir imstande waren, diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten; eine Mahnung daran, dass Umkehr, gründlich und entschlossen, Umkehr und radikale Säuberung vom Ungeist des Nazitums bitter notwendig sind, damit unser Volk gesunde und unsere Heimat bald wieder, frei von der Schmach der vergangenen 12 Jahre, den Weg zur Familie der Nationen finde in wahren Frieden und der wirklichen demokratischen Freiheit!

Aus: *Die Hölle von Maidanek*, Singen 1945, S. 3f.

In Konstanz tauchten im Mai 1945 französische Plakate auf, die die vollkommene Zerstörung namentlich genannter Strassenzüge für den Fall androhten, dass auch nur ein einziger Plakatanschlag der französischen Militärregierung beschädigt oder abgerissen würde (Vaillant, S. 73). Ebenfalls für die Beschädigung von Plakaten, auf denen ehemalige Nazis aufgefordert wurden, sich zu stellen, wurden noch im Überlingen des Jahres 1948 Kollektivstrafen angedroht (Staatsarchiv Freiburg, LRA Überlingen, P 108 219/4/2). Solche Strafandrohungen, die sich von Sprache und Massnahmen der Nazis nur graduell abhoben, erschwerten die Entstehung der Demokratie und untergruben die Position jener Deutschen, die mit der Militärregierung vertrauensvoll Zusammenarbeiten wollten. Sie mussten sich nun von den Unbelehrbaren hämisch sagen lassen: Seht, das sind eure Befreier! Die Bekanntmachungen der Besatzungsmacht enthielten überall die gleichen Mitteilungen und Forderungen: Bekanntgabe eines neuen Bürgermeisters, Aufforderung zur Abgabe von Radios, Fotoapparaten und Parteiuniformen, Festlegung von Sperrstunden, Verbot der Benützung von Fahrrädern, Anordnungen für Wehrmachtsangehörige, Regelung der Melde- und Grusspflicht, Stellung von Geiseln. Es war das Gesicht des Nachkriegs, der noch kein Friede war.

Der Bürgermeister

Überlingen (Bodensee), 3. Mai 1945

Anordnung Nr. 5.

Sämtliche Anschriften u. Zeichen usw., die sich auf den Werwolf oder den Nat.-Soz. beziehen, sind von den Hausbesitzern binnen 1 Stunde zu entfernen.

Das Haus, an dem noch eine Anschrift oder dgl. gefunden wird, wird in die Luft gesprengt, der Besitzer, sowie der Bürgermeister werden in ein Konzentrationslager gebracht.

Der Bürgermeister

Aus: Oswald Burger u.a., *Nationalsozialismus in Überlingen und Umgebung*, Friedrichshafen 1984, S. 255.

Anordnung!

Die französische Besatzungsmacht trifft nachstehende Anordnungen:

1. Zwischen 19 Uhr abends und 7 Uhr früh darf sich niemand außerhalb des Hauses aufhalten.
2. Bis Freitag, den 27. April 1945, mittags 12 Uhr, müssen sämtliche Schuß-, Hieb- und Stichwaffen – einschließlich Jagdgewehren – nebst Munition bei den Polizeirevieren abgeliefert werden, ebenso die Radio- und Photo-Apparate.

Die abgegebenen Sachen sind durch die Angaben des Eigentümers und seiner Wohnung zu kennzeichnen.

Jeder Haushaltsvorstand ist für die in seinem Haushalt gefundenen Waffen und Munition verantwortlich.

3. Radfahren ist verboten, ebenso privater Kraftwagen- und Motorrad-Verkehr.
4. Telefongespräche sind nur im Ortsnetz Konstanz zugelassen. Ferngespräche sind verboten. Jeder Telefonverkehr wird auf den Inhalt der Gespräche überwacht.
5. Jede feindselige Handlung gegen die Besatzungsmacht zieht schwerste Folgen nach sich, z. B.:

Verhängung der Todesstrafe,
Erschießung von Geiseln,
Niederbrennen von Gebäuden, aus denen geschossen worden ist,
oder auch Niederbrennen der Umgebung von Häusern, aus denen geschossen worden ist.

Konstanz, den 26. April 1945.

Der Oberst und Stadtkommandant.

Ville de Constance

AVIS

Il est porté à la connaissance de la population de Constance que toute lacération d'affiches du Gouvernement Militaire entrainera l'incendie d'un quartier de la ville.

Par ordre du Bourgmestre.

Stadt Konstanz

Bekanntmachung

Es wird der Bevölkerung der Stadt Konstanz mitgeteilt, daß, falls eines der von der Militärregierung ange-schlagenen Plakate beschädigt oder zerrissen wird, ein Stadtviertel von Konstanz sofort niedergebrannt wird.

Im Auftrage des Bürgermeisters.

Armée Française

Avis

1. La commune de Singen (Hohentwiel) se trouve dès à présent sous le contrôle du Gouvernement Militaire en Allemagne.
2. Monsieur Dr. Bernhard Dietrich est provisoirement Maire de la commune de Singen (Hohentwiel).
3. Les armes, les munitions, postes de radio, appareils de photo, appareils de téléphone, jumelles, drapeaux de la Wehrmacht, uniformes du Parti et insignes de grade doivent être déposés à la mairie.
4. L'attention de la population sera attirée sur le contenu des affiches.
5. De 20 heures à 7 heures couvre-feu. Jusqu'à nouvel ordre il est interdit de quitter la commune.
L'emploi des bicyclettes est interdit. Les infractions seront punies d'une amende de 50 RM. et de la confiscation de la bicyclette.
6. Les hommes âgés de 15 à 55 ans inclus devront se présenter le 7 mai jusqu'à 19 heures pour être resensés sous la responsabilité du maire.
7. Les soldats de la Wehrmacht doivent être désignés immédiatement. Sinon la commune se verra frappée d'une amende de 500'000 RM. Les habitants qui dissimulent les ressortissants de la Wehrmacht seront fusillés.
8. Dans chaque maison une liste des personnes y habitants est à établir avec nom, prénom et date de naissance.
9. Tous les non Allemands devront se faire porter sur une liste à établir par le maire. (Place où l'on se présente: 7. mai jusqu'à 19 heures à la mairie).
10. La population devra saluer les officiers des troupes alliés.
11. Le maire désigné se mettra en liaison avec le commandant d'armes afin de fournir la main d'oeuvre journalière nécessaire à la vie de la troupe.
12. Il désignera une liste de 30 otages choisis parmi les notabilités du pays destinés à répondre de tout attentat commis contre les troupes alliés.

Le commandant du Gouvernement militaire
de la ville.

Quelle: Stadtarchiv Singen, IX/166.

Aufrufe an die Bevölkerung ergingen auch von deutscher Seite. Der Bürgermeisterstellvertreter von Schopfheim warnte eine Woche nach dem Einmarsch der Franzosen vor unüberlegten Handlungen (Selbstmorden) und forderte dazu auf, der Zukunft mutig ins Gesicht zu sehen. («Man kann sein Leben nur einmal wegwerfen»; zitiert nach: Markgräfler Tagblatt, Schopfheim, 8. Mai 1985.) Der Landrat von Müllheim nutzte die Gelegenheit des Jahreswechsels 1945/1946 zu einem Appell an die Einwohner, die tiefste Krise Deutschlands zu meistern und nicht der

Anordnung!

Die französische Besatzungsmacht trifft nachstehende Anordnungen:

1. Zwischen 19 Uhr abends und 7 Uhr früh darf sich niemand außerhalb des Hauses aufhalten.
2. Bis Freitag, den 27. April 1945, mittags 12 Uhr, müssen sämtliche Schuß-, Hieb- und Stichwaffen – einschließlich Jagdgewehren – nebst Munition bei den Polizeirevieren abgeliefert werden, ebenso die Radio- und Photo-Apparate.

Die abgegebenen Sachen sind durch die Angaben des Eigentümers und seiner Wohnung zu kennzeichnen.

Jeder Haushaltsvorstand ist für die in seinem Haushalt gefundenen Waffen und Munition verantwortlich.

3. Radfahren ist verboten, ebenso privater Kraftwagen- und Motorrad-Verkehr.
4. Telefongespräche sind nur im Ortsnetz Konstanz zugelassen. Ferngespräche sind verboten. Jeder Telefonverkehr wird auf den Inhalt der Gespräche überwacht.
5. Jede feindselige Handlung gegen die Besatzungsmacht zieht schwerste Folgen nach sich, z. B.:

Verhängung der Todesstrafe,
Erschießung von Geiseln,
Niederbrennen von Gebäuden, aus denen geschossen worden ist,
oder auch Niederbrennen der Umgebung von Häusern, aus denen geschossen worden ist.

Konstanz, den 26. April 1945.

Der Oberst und Stadtkommandant.

Ville de Constance

AVIS

Il est porté à la connaissance de la population de Constance que toute lacération d'affiches du Gouvernement Militaire entrainera l'incendie d'un quartier de la ville.

Par ordre du Bourgmestre.

Stadt Konstanz

Bekanntmachung

Es wird der Bevölkerung der Stadt Konstanz mitgeteilt, daß, falls eines der von der Militärregierung ange-schlagenen Plakate beschädigt oder zerrissen wird, ein Stadtviertel von Konstanz sofort niedergebrannt wird.

Im Auftrage des Bürgermeisters.

An die Bevölkerung des Kreises Müllheim!

Das Jahr 1945, das dunkelste Jahr deutscher Geschichte, ist zu Ende gegangen. Ein einziger Lichtstrahl hat es erhellt: der Untergang des dritten Reiches. Sonst ist alles grau in grau. Noch ist die Morgenröte eines Aufstiegs nicht zu erkennen. Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung machen sich breit; materielle und geistige Nöte dehnen sich aus. Ein übler Geist der Zwietracht geht um.

An die Verantwortlichen der öffentlichen Dienste, an die Landwirte, an die Erwerbstätigen, an die Heimatlosen, die Armen und Bedrängten richte ich aus Anlaß des Jahreswechsels die Bitte: laßt Eure Herzen nicht müde werden! Vertraut der Militärregierung, vertraut dem Herrn Delegierten des Kreises, der mir erklärt hat, er sei gesonnen, sein Amt mit Strenge, aber mit unbeugsamer Gerechtigkeit zu führen.

Vertraut der Kreisverwaltung! Nichts liegt ihr, dessen dürft Ihr versichert sein, mehr am Herzen, als die Linderung der Härten dieser Übergangszeit.

Vertraut Eurer eigenen Kraft! Vertraut schließlich dem heilsamen Ablauf der Zeit und tragt das Unvermeidliche mit Würde!

Eine Mahnung rufe ich denen zu, die es angeht:

Laßt ab von der unseligen Angeberei, dieser verächtlichen Gepflogenheit

einer überwundenen Zeit! Ueberlaßt die Bereinigung des Volkskörpers der Militärregierung und den von ihr bestimmten deutschen Behörden. Einfach und klar sind ihre Grundsätze: unerbittliche Strenge gegen die Schuldigen! Aber Nachsicht gegen die Mitläufer; sie müssen vollwertige Mitglieder des künftigen Volksstaates werden.

Seid ein einig Volk von Brüdern!

Und nun vorwärts mit ungebrochenem Mut und gedrängter Kraft ins neue Jahr! Hoffnung wird nicht zu Schanden werden!

MÜLLHEIM, den 31. Dezember 1945

Der Landrat.

MÜLLHEIM 5718 1945, MÜLLHEIM.

Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung zu verfallen. Um den Abbau negativer Erscheinungen wie Angeberei und Denunziation bemüht, sprach er das Problem der notwendigen gesellschaftlichen Selbstreinigung an und warb um Vertrauen gegenüber der Militärregierung.

Das richtige Verhältnis zur Besatzungsmacht schloss für die Franzosen stets auch korrekte formale Verhaltensweisen gegenüber ihren Vertretern mit ein. Konnte man in den teilweise unangemessenen Reaktionen der französischen Besatzer anfangs noch ein Moment der Unsicherheit erblicken, ob sich gegen die Besatzung nicht doch noch Widerstand regen würde (Werwolf), so ging es nun um eine Regelung der äusseren Formen, wie man den neuen Herren zu begegnen hatte. Dabei fällt auf, dass die Besatzungsmacht immer wieder zu übertrieben erscheinenden Ehrenbezeugungen Zuflucht nahm. Als am 26. Juli 1945 General de Lattre de Tassigny Offenburg passierte, musste Bürgermeister Hess die Bevölkerung auffordern, die Bürgersteige zu benützen und den General zu grüssen. Am 2. Oktober 1945 stellte die französische Ortskommandantur Konstanz fest, dass Deutsche beim Betreten der von Franzosen beschlagnahmten Häuser wiederholt auf Treppen und im Flur nicht den Hut abgenommen hätten: «Diese Fehler gegen die elementarsten Höflichkeitsformen sollten sich nicht wiederholen» (Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Faszikel 1403). In Singen hatte Bürgermeister Dietrich am 3. August 1945 Anlass, im Namen des Singener Stadtkommandanten «die männliche Bevölkerung von Stadt und Land erneut an die *Grusspflicht* gegenüber den *Offizieren* der französischen Armee» zu erinnern. Künftig würden «Strafen verhängt und sofort vollstreckt werden, wenn die Anordnung nicht befolgt wird. Ich erwarte von der Bevölkerung, dass künftighin kein Anlass mehr zu Beanstandungen gegeben wird» (Stadtarchiv Singen, IX/166). Sicherlich entspricht das Geforderte nicht gerade dem alemannischen Naturell, und eine Anordnung des Lörracher Landrats Moericke, auf französischen Wunsch sei die Trikolore zu grüssen, trägt in Anspielung auf Gesslers Hut auch den handschriftlichen Vermerk «Wilhelm Teil!». Dennoch gab es wohl für die badische Bevölkerung eher das Problem, woran man denn die französischen Offiziere erkenne:

Karl G[...]
Herrenstrasse 34
Lörrach

Lörrach, den 31. Mai 1945

Herrn
Bürgermeister J. Pfeffer
Lörrach
Rathaus

In den nachfolgenden Ausführungen erlaube ich mir, Sie auf einiges aufmerksam zu machen in der Annahme, dass Sie vielleicht in der Lage sind, der Bevölkerung einige entsprechende Hinweise zukommen zu lassen.

In dem Mitteilungsblatt Nr. 2 vom 28. ds. Mts. wird wiederholt darauf hingewie-

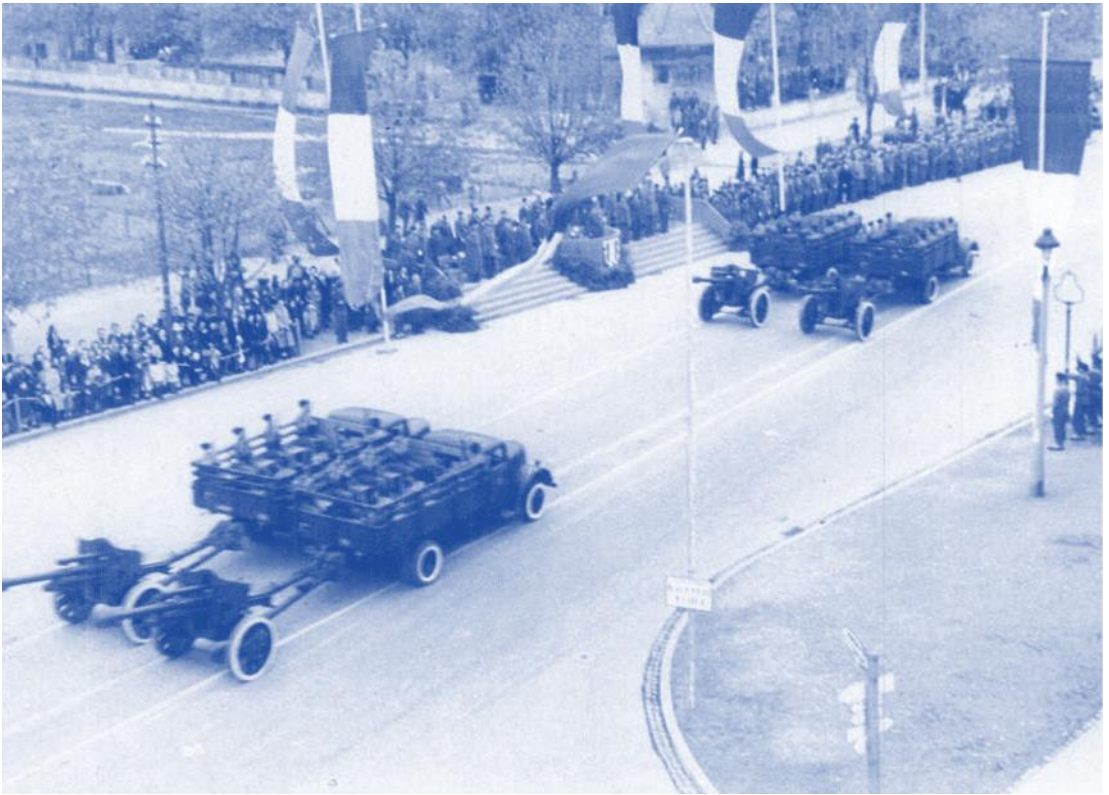
sen, dass man die höheren Offiziere vom Major aufwärts grüssen möchte. Ich habe nun seit der ersten Aufforderung dazu schon vielfach die Frage gehört, woran erkennt man den französischen Offiziersgrad. Wie ich den Eindruck habe, ist die Bevölkerung wille[n]s, den gewünschten Gruss zu entbieten, aber da sie die Offiziersgrade nicht kennt, grüsst sie eben nicht, da sie nicht jeden einzelnen Mann grüssen möchte. Z.B. heute war ich mit meinem Freund, Herrn Otto H[...], wohnhaft Bergstrasse, vor der kath. Kirche, als ein frz. Offizier vorüberging. Ich grüsste und mein Freund auch. Er bemerkte mir aber dann, an was ich erkannt habe, dass dies ein höherer Offizier sei. Ich musste ihm aber antworten, dass ich nicht wüsste, welchen Grad er besitze, aber dem Aussehen und der Haltung nach und weil er noch 4 goldene Quertressen über die Achselstücke hatte, nähme ich an, dass er einen höheren Grad innehave, und dann sei ich der Ansicht, lieber einmal mehr als zuwenig zu grüssen. Er bemerkte mir dann noch, es sei eben ungeschickt, dass die Bevölkerung beim französischen Offizier den Grad nicht erkennen könne, während es man beim deutschen Offizier schon von Weitem erken[n]en könne. Vielleicht können Sie im nächsten Mitteilungsblatt einen entsprechenden Hinweis machen. Wenn der Gruss befohlen wird, dürfte der freundschaftliche Zweck nicht mehr richtig erfasst werden. [...]

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Mitteilungen dienlich zu sein und zeichne

mit Hochachtung
[Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 0264/1 (737).

Zu den übertriebenen Forderungen nach Ehrenbezeugung gehörte nicht nur ein Triumphbogen, den alle Einwohner Muggenbrunn zwischen 15 und 60 Jahren aus Anlass des Besuchs eines französischen Generals im dortigen französischen Ferienlager errichten mussten (Friedrich Kuhn, Monatsbericht vom August 1946; Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, vorläufige Faszikelnummer 266), sondern auch der Aufruf an die Bevölkerung der Stadt Singen, aus Anlass eines hohen militärischen Besuchs im Juli 1947 die «Strassen, Plätze und Gehwege» in einen «tadellosen sauberen Zustand zu versetzen» (Stadtarchiv Singen, IX/176). Weil die Bevölkerung der gleichzeitig befohlenen Beflaggung angeblich nur unzureichend nachgekommen sei, erliess das Bürgermeisteramt auf Anordnung der örtlichen Militärregierung Strafmassnahmen. Die Drohung mit KZ-Haft noch Mitte 1947 zeigt, dass es sich bei solchen Massnahmen keineswegs nur um Verirrungen der ersten Besatzungswochen handelte. Wieviel anders hatte da doch der Anschlag der Singener Militärregierung vom 13. Juli 1945 geklungen, mit dem der «Kommandant des Platzes Singen [...] die Bevölkerung der Stadt» eingeladen hatte, an den «aus Anlass des Nationalfeiertages stattfindenden Veranstaltungen der Besatzungsmacht teilzunehmen» (Stadtarchiv Singen, IX/166).



Französische Truppenparade auf dem St.-Gebhard-Platz in Konstanz.

Bekanntmachung

Die Militärregierung hat wegen mangelnder Beflagung der privaten Gebäude gelegentlich des Besuchs einer hohen militärischen Persönlichkeit am Freitag, den 25. Juli 1947 folgende

Anordnungen

erlassen:

- 1.) Die Scheffelhalle ist für jegliche deutsche Veranstaltungen für die Dauer eines Monats gesperrt, ebenso der Platz vor und um die Halle, bis auf neue Anweisung.
- 2.) Das Städt. Aachbad ist für die Dauer eines Monats für Deutsche gesperrt.
- 3.) Der Tennisplatz beim Stadtgarten darf durch die deutsche Bevölkerung nicht betreten werden.
- 4.) Der Festplatz am Stadtgarten, der z. Zt. als Militärübungsplatz in Anspruch genommen ist, ist für die deutsche Bevölkerung gesperrt. Der Militärübungsplatz umfasst das Gelände von der Gottmadingerstrasse bis zum Tennisplatz, einschliesslich des an der Aach entlangführenden Fusswegs.

Die gesperrten Anlagen sind durch Plakate erkenntlich gemacht.

Jede Zuwiderhandelnde Person wird bestraft:

- 1.) bei der 1. Meldung: mit 48 Stunden Haft bei einem Glas Wasser,
- 2.) bei der 2. Meldung: Erscheinen vor dem Gericht,
- 3.) bei der 3. Meldung: Konzentrationslager.

Kinder unter 12 Jahren werden 12 Stunden eingesperrt.

Um die Bevölkerung vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, wird dringend gebeten, die Anordnung genauestens zu beachten. Kinder sollen durch die Eltern entsprechend angewiesen werden.

Singen (Hohentwiel), den 26. Juli 1947.

Bürgermeisteramt

In Vertretung gez. K[...]

Quelle: Stadtarchiv Singen, IX/176.

Wie ein kurz zuvor geschehener Fall zeigt, hatten die Franzosen mitunter durchaus Anlass, am guten Willen der deutschen Bevölkerung zu zweifeln. Durch seine Erklärung versuchte der Oberbürgermeister von Freiburg, mögliche schlimme Folgen oder Strafen abzuwenden:

Erklärung

In der Nacht vom 16. auf 17. Februar 1947 wurde die Barriere des «Basler-Hofs» in der Baslerstrasse beschädigt und die französische Fahne der Unteroffiziersmesse heruntergerissen und zerrissen. Die Französische Militärregierung hat durch Herrn Commandant Müller angeordnet, dass ab 22.2.1947, abends 20 Uhr bis morgens 8 Uhr, für die Dauer von 8 Tagen jeweils eine Zivilwache vor dem «Basler-Hof» zu stehen hat.

Der Militärbefehl wurde in der Weise durchgeführt, dass ehemalige Nazis in der Umgebung des «Basler-Hofs» und der Baslerstrasse vom Statistischen Amt listenmässig festgestellt und auf Grund eines Wacheplans und einer Verfügung des Oberbürgermeisters verpflichtet wurden, eine Stunde lang zu einer festbestimmten Zeit Wache zu halten.

Herr Commandant Müller hat mir mitgeteilt, dass die Französische Truppenkommandantur zunächst schwerste Massnahmen in Aussicht genommen habe, dann aber mit Rücksicht darauf, dass es sich bei dem Vorfall um den ersten schweren Zwischenfall seit der Besetzung handelt, bereit war, Milde walten zu lassen. Im Wiederholungsfalle müsste, wie auch Herr Lt.-Colonel Marcellin in feierlicher Weise zum Ausdruck brachte, unerbittlich streng vorgegangen werden. Stadtrat und Öffentlichkeit mögen von diesem Entschlusse unterrichtet werden.

Ich habe der Militärregierung offiziell die Entschuldigung der Stadtverwaltung ausgesprochen und dabei bemerkt, dass der überwiegendste Teil der Freiburger Bevölkerung von dieser Bubentat innerlich abrückt und mit ihr nichts zu tun haben will. Solche unüberlegten oder überlegten Streiche, die im Schutze der Dunkelheit der Nacht und der Anonymität begangen werden, sind vom Standpunkte aller wohlwollend Gesinnter [!] nicht nur feige Spitzbübereien, sondern leider auch geeignet, alle inneren und äusseren Fortschritte in der Überwindung des Kriegselends und aller seiner Nachwirkungen in Frage zu stellen. [...]

Freiburg (Breisgau), 11. April 1947

Quelle: Stadtarchiv Freiburg, C 5/39.

Ähnlich wie in der SBZ kam es auch in der französischen Zone zu Übergriffen und Willkürakten, wilden Requisitionen, Gewalttätigkeiten und Vergewaltigungen durch Angehörige der Besatzungsarmee. Es gab kaum eine Gemeinde, die in solchen Angelegenheiten nicht Eingaben und Beschwerden verfasst hätte. Die meisten dieser Delikte und Verbrechen geschahen zweifellos in der unmittelbaren Nachkriegszeit, zum Zeitpunkt des Einmarsches der französischen Truppen und während der folgenden Wochen und Monate. Wie in Lörrach waren öfter marokkanische Soldaten beteiligt, was das Schreckensbild von den «Negerhorden» zu bestätigen schien, das die Nazis zur Verstärkung der längst sinnlos gewordenen Verteidigungsanstrengungen bis zuletzt kräftig bemüht hatten.

Der Bürgermeister der Kreishauptstadt Lörrach

Lörrach, den 25.7.1945

Gesch. Z.:H. P/H

Au Commandement d'Armes
Lörrach

Es werden folgende Klagen bei mir vorgebracht:

Marokkanische Soldaten kommen während des Tages in Häuser und stellen fest, wo Frauen allein sind.

Während der Nacht kommen sie dann, 2 oder 3 zusammen, und verlangen gewaltsam Einlass. Bei Nichtöffnen verführen sie einen Spektakel, dass ganze Strassenzüge geweckt werden. So war es z.B. heute Nacht in dem westlichen Stadtteil in der Wölblinstrasse, im Gartenweg und Wieseweg. Wir bitten ebenso höflich wie dringend, hier Abhilfe schaffen zu wollen, da in der ganzen Bevölkerung eine ungeheure Unruhe entstanden ist.

[Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 741/0264.



Spahis (Reitersoldaten aus Frankreichs nordafrikanischen Kolonialgebieten) in Konstanz, Kreuzlinger Strasse / Ecke Hütlinstrasse.

Von einem der zahlreichen Willkürakte berichtet der Anklageantrag eines Landwirts der kleinen Gemeinde Indlekofen im Kreis Waldshut. Zunächst wird geschildert, wie eine Gruppe französischer Soldaten (begleitet von einem Offizier und einer Dolmetscherin) am 30. Juli 1945 versuchte, dem Bauern ein Schwein abzupressen. Als dieser jedoch die Herausgabe verweigerte und sich dabei auf die ausdrückliche Anordnung der Waldshuter Kommandantur berufen konnte, kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Soldaten ihrem Verlangen mit Pistolen und der Androhung von Haft Nachdruck zu verleihen suchten. Schliesslich zog die französische Gruppe unverrichteter Dinge ab, um kurz darauf wiederzukommen und den Bauern zur französischen Polizeikommandantur nach Waldshut zu bringen.

**Der Bürgermeister
der Gemeinde Indlekofen
Kreis Waldshut**

Indlekofen, den 5. Aug. 45.

Anklageantrag

des Bürgermeisters und Landwirtes Peter Sch [...] von Indlekofen über die Miss-handlungen von [durch!] franz. Soldaten am 30. Juli 1945.

Der franz. Offizier machte bei der Polizei seine Angaben, alles auf französisch, so dass ich nichts davon verstehen konnte. Anschliessend wurde ich auch vernommen. Ich sollte Angaben machen, welche mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmten, was ich allerdings nicht tat. Daraufhin trat der vernehmende Polizeibeamte auf mich zu und schlug mich mit der Hand ins Gesicht. Nun sollte ich das Protokoll unterschreiben, was ich ebenfalls nicht tat, da ich ja nicht französisch lesen konnte. Man hat mich dann wieder angeschrieen [!] und beschimpft, musste mit dem Gesicht gegen die Wand, längere Zeit stillstehen, ich wurde herumgestossen und auf die Finger geschlagen. Nach einiger Zeit durfte ich wieder mich umwenden, und dann war der Offizier und das Fräulein (Dolmetscherin) wieder weggegangen. Ich musste dann etwa 2-3 Stunden warten. Um 21.00 Uhr brachte auch der gleiche Offizier meinen Sohn zur franz. Polizeikommandantur. Mein Sohn wurde ebenfalls verhört und hat das Protokoll unterschrieben. Zu der selben Zeit befahl mir dieser franz. Offizier mich auf einen Stuhl zu setzen und im gleichen Moment zog er mir den Stuhl weg, so dass ich auf den Boden fiel. Durch den Aufschlag habe ich mir das Rückgrat verstaucht, so dass ich einige Tage fast nicht mehr laufen konnte. Anschliessend hat man uns beide ins Amtsgefängnis Waldshut eingeliefert. Auf dem Wege dahin und auch im Gefängnis hat man uns gestossen. Mein Sohn wurde ausserdem von einem franz. Soldaten im Gefängnis mit einer Maschinenpistole auf die Zehen geschlagen. Ich habe mich im Amtsgefängnis zwei aufeinanderfolgende Tage zum Arzt gemeldet we-

gen meinen starken Schmerzen im Becken und Rückgrat, aber vom Amtsgefängnis hat man mir jeden Besuch beim Arzt untersagt.

Nach 3-tägiger Haft wurden wir wieder aus dem Amtsgefängnis entlassen. Der franz. Gerichtsoffizier Oberleutnant Scherer hat uns mit seinem Personenwagen wieder nach Indlekofen gefahren und hat uns gleichzeitig gesagt, dass wir ganz und gar richtig gehandelt hätten, und er könne uns nur mit Recht zusprechen. Falls wieder einmal so ein Fall vorkäme, so sollen wir genauso verfahren. Ausserdem hätten wir das Recht auf Einreichung eines Anklageantrages über den Landrat.

Damit in Zukunft solche unangenehmen Fälle nicht mehr vorkommen, bitte ich von der franz. Kommandantur sowie vom Herrn Landrat die nötige Unterstützung, so dass die Ernährungslage der Besatzungstruppen und der Bevölkerung des Landkreises Waldshut weiterhin gesichert bleibt.

Der Bürgermeister:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Fasz. 1402.

Anders als Amerikaner und Briten versorgten sich die Franzosen aus ihrer Zone, darüber hinaus sollten hohe Reparationen die eigenen, während der deutschen Besatzung erlittenen Verluste wieder wettmachen. So war das Requisitionswesen in der französisch besetzten Zone besonders ausgeprägt. Nach der ersten Zeit, in der wilde Requisitionen – also ohne Quittung und Anrechnung auf ein Leistungskonto – an der Tagesordnung waren, richteten die Bürgermeister und Landräte im Einvernehmen mit den Abteilungsleitern der Militärregierung in jedem Landkreis Requisitionsämter ein. Deren Aufgaben waren in der «Gazette Officielle Nr. 5» vom 25. 7. 1945 festgelegt: «Diesem Amt liegt als erste Aufgabe ob, gegen vorläufige Empfangsbescheinigung und mit dem Ziele weiterer Bearbeitung dieser Sachen alle ‚Beschlagnahmescheine‘, ‚Requisitionsbefehle‘ und ‚Quittungen für requirierte Leistungen‘ zusammenzufassen, die durch alliierte Militärbehörden an Personen gegeben wurden, die in dem Kreis wohnen und die irgendwelche Güter geliefert haben, ohne dafür sofortige Bezahlung zu erhalten.» Durch den Übergang der Requisitionsverwaltung in deutsche Hände war es möglich, unbillige Härten durch Verteilung der Requisitionslasten zu vermeiden, dennoch stellten die Anforderungen der Besatzungsmacht Ämter und Bevölkerung auf eine harte Probe. Ein Bericht vom Requisitionsamt Lörrach:

In der heutigen Lage des durch die Schuld des Nationalsozialismus zerstörten und in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung um ein Jahrhundert zurückgeworfenen Deutschlands bildet das Wort Requisitionen wohl überall in Deutschland, und insbesondere in den Städten, eine grosse Sorge der Bürgermeister, bei

denen die Requisitionsaufträge eingehen, und denen die Beschaffung der gewünschten Gegenstände obliegt. Denn, wenn die Stadtoberhäupter auch auf der einen Seite ohne jede Einschränkung anerkennen, dass die Forderungen der Requirierenden berechtigt sind und deshalb befriedigt werden müssen, so ist die Erledigung dieser Aufträge, die zu Anfang der Besatzungszeit ohne grössere Schwierigkeiten vor sich gehen konnte, mit der Zeit, auch bei loyalster Einstellung und bestem Willen, doch recht schwierig geworden, und sie wird es täglich immer mehr. [...]

Zu Anfang der Besatzungszeit waren wir in Lörrach immerhin in der relativ guten Lage, vom Krieg fast verschont geblieben zu sein. Zwar war naturgemäss auch bei uns der während der 5½ Kriegsjahre stattgefundene grosse Ausverkauf Deutschlands, bei dem es nicht möglich gewesen war, neue Waren zu beschaffen, empfindlich fühlbar; [...] aber den Anforderungen der Besatzungsbehörden konnten wir trotzdem ohne besondere Schwierigkeiten gerecht werden, weil die Stadt, ihre Geschäfte und Wohnungen so gut wie heil geblieben waren, so dass wir aus den Geschäften selbst und erforderlichenfalls aus Privatbesitz die benötigten Gegenstände erhalten konnten, wobei wir dem zweifellos gerechtfertigten allgemeinen Grundsatz folgten, dass frühere Anhänger der NSDAP und ihrer Gliederungen in erster Linie die Verpflichtung hätten, aus ihren Vorräten die von der Besatzungstruppe gewünschten Gegenstände zur Verfügung zu stellen. Der seit Beginn der Besetzung dreimal erfolgte Wechsel der Besatzungstruppe hat inzwischen die Lage fühlbar schwieriger gestaltet, weil erst seit der Besetzung durch die derzeitigen Truppen bei jeder Requisition die förmliche Zusicherung gegeben wird, dass die Gegenstände beim Weggang der Truppen an Ort und Stelle verbleiben werden, während sie früher von den dreimal abgerückten Truppen jeweils fast ausnahmslos mitgenommen worden sind. Es war demnach bereits viermal eine Erfüllung der Requisitionsforderungen erforderlich.

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 0265/2 (748).

Hier einige Zahlen, die das Ausmass der erfolgten Requisitionen belegen:

Im August 1945 waren in Konstanz 110 Häuser mit 310 Wohnungen und zusätzlich 76 Wohnungen in Mietshäusern requiriert. Hinzu kamen 400 beschlagnahmte Einzelzimmer. Der Bürgermeister von Radolfzell stellte am 29. September 1945 fest, dass sich «nach der beim Platzoffizier eingeholten Information 2'800 Angehörige der Besatzungsmacht dahier befinden. Beinahe die Hälfte des heutigen Bevölkerungsstandes stellen also Ortsfremde dar» (Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Faszikel 1402). Bürgermeister Löhle von Überlingen nannte am 24. November 1945 9'994 Einwohner, davon 1'800 Evakuierte und zirka 1'200 Angehörige der französischen Besatzungsmacht. Von Beginn der Besetzung bis Ende Juli seien es gar 2'200 gewesen. Die Requisitionsleistungen der Stadt hätten sich inzwischen auf eine halbe Million RM

summiert, die Requisitionen ohne Schein gar auf 2,2 Millionen RM. In der etwa 20'000 Einwohner zählenden Stadt Offenburg betrug die durchschnittliche Belegungsstärke mit Besatzungstruppen zwischen 6'000 und 7'000 Mann, zeitweise noch darüber. In Villingen waren es 5'000, in Lahr 2'400 Mann Besatzung. In Baden-Baden schliesslich wurde die Zahl der Besatzungsangehörigen noch 1950 auf rund 20'000 veranschlagt. Die Requisitionsämter mussten zeitweise Aushilfen einstellen, um die anfallenden Leistungen abzuwickeln. Viele Städte und Gemeinden sahen sich am Ende ihrer Leistungsfähigkeit.

Der Oberbürgermeister des Stadtkreises Konstanz

Zentral-Requisitionsstelle

Konstanz, den 30. Januar 1946

An den
Herrn Landeskommissär
Konstanz
Rheingasse 20

Das Requisitionsamt der Stadt Konstanz ist im Augenblick in Folge nicht mehr erfüllbarer Requisitionsforderungen in eine Zwangslage gekommen. Täglich werden massenhaft Gegenstände von uns gefordert, die wir, ohne auf den Besitz von Nichtparteigenossen zurückzugreifen, nicht mehr beschaffen können. Die persönlichen Bedrohungen der einzelnen Beamten durch franz. Militärpersonen haben ein Ausmass angenommen, dass diese Auftritte für die Nerven der zuständigen Sachbearbeiter nicht mehr tragbar sind. Jeder Appell an Vernunft und Einsicht wird durch Bedrohung mit Einsperren quittiert.

Den einzigen Ausweg, wenigstens teilweise aus den Schwierigkeiten herauszukommen, sehe ich darin, dass die Requisitionsforderungen vorerst einmal mindestens $\frac{2}{3}$ auf den Landkreis Konstanz abgewälzt werden können. In Anwesenheit des Herrn Dr. Assfäller [richtig: Astfäller] wurde diese Möglichkeit mit dem Herrn Capitaine Bérengier beim Detachement H besprochen und von französischer Seite aus befohlen. Nunmehr müsste evtl, mit Ihrer gütigen Unterstützung ein Weg gefunden werden, wie und nach welchen Gesichtspunkten die geforderten Gegenstände in den Landgemeinden requiriert werden könnten. [...]

Wir haben bereits einmal auf Grund einer vorliegenden Verfügung des Herrn Capitaine Droin vom Detachement H eine Requisitionsfahrt mit unserem Fahrzeug nach Wallhausen durchgeführt. Die Ortsbürgermeister wehren sich jedoch verständlicherweise dagegen, einer Anweisung der Militärregierung Folge zu leisten, ohne gleichzeitig einen entsprechenden Auftrag von Ihnen vorliegen zu haben. Zur Zeit werden wiederum Fahrräder gebraucht, die wir aus dem Stadtgebiet, auf Grund der bereits zurückliegenden Massenrequisitionen, nicht mehr beschaffen

können. Die noch fehlenden 25 Fahrräder muss ich nunmehr innerhalb des Landkreises requirieren lassen, und zwar auf Anordnung wiederum des Herrn Capitaine Bérengier vom Detachement H. Für morgen ist daher unter Zuhilfenahme eines grossen französischen Fahrzeuges eine weitere Requisition von Fahrrädern in den Orten Allensbach und Hegne vorgesehen. Ich bitte Sie in diesem Falle doch die beiden zuständigen Bürgermeister möglichst telefonisch zu unterrichten, dass diese Aktion mit Ihrem Wissen und mit Ihrer Einwilligung geschieht. [...]

Im Auftrag:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Fasz. 1402.

Besonders hart trafen die Bevölkerung Wohnungsrequisitionen (vergleiche hierzu auch das Kapitel «Zerstörung und Wiederaufbau»). Ihnen musste in aller Regel innerhalb kürzester Fristen entsprochen werden, Wohnungen mussten von ihren Inhabern oft innerhalb von Stunden unter Zurücklassung des Hausrates geräumt werden. Im Folgenden zwei Stimmungs- und Zustandsberichte aus Lörrach und Villingen.

Friedrich Kuhn, Monatsbericht vom 13. April 1948:

[...] Ich habe mir sagen lassen, dass in Frankreich viele Beamtenfrauen einem Verdienst nachgehen, in Deutschland aber halten sie sich ein Dienstmädchen und spielen die Madame. Dazu gehört noch, dass die besten Wohnungen gerade recht sind. Manchmal darf auch der Kühlschrank nicht fehlen. Wenn begehrenswerte Einrichtungsstücke fehlen, müssen sie von der Stadtverwaltung in einem deutschen Haushalt requiriert werden. Dabei weiss man doch, dass die französische Bevölkerung im Allgemeinen in ihren Wohnungsansprüchen sehr bescheiden ist. In dem Finanzprogramm der Regierung Schumann ist der Abbau von 150 Beamten vorgesehen. Es hat den Anschein, dass diese Entlastung des französischen Staatshaushaltes in dieser Art durchgeführt wird, dass man diese überflüssigen Beamten in die französische Besatzungszone versetzt. Es hat sehr böses Blut erregt, dass in allen grösseren Orten im Laufe der Monate Februar und März überall Dutzende von Wohnungen für zugezogene Besatzungsfamilien geräumt werden mussten. In Fahrnau z.B. mussten 35 Wohnungen und 40 Einzelzimmer innerhalb von 2 Tagen geräumt werden. In Rheinfeldern je 30 Wohnungen und Zimmer im Februar und März; ähnliche Zahlen erfahre ich auch von Lörrach und Schopfheim. Die deutschen Familien können schauen, wo sie unterkommen. Sie müssen ihre Möbel und ihre Wäsche zurücklassen. Dabei kommt es gelegentlich gar nicht darauf an, dass auch ausgesprochene Nazigegner in dieser Art auf die Strasse ge-

setzt werden. Mit welcher Rücksichtslosigkeit manchmal dabei verfahren wird, dafür hier ein Beispiel: Ein Musiklehrer musste seine Wohnung räumen. Er bat um die Genehmigung, seinen Flügel mitnehmen zu dürfen, den er als Musiklehrer braucht. Der neue Wohnungsinhaber, ein höherer Offizier, der mit dem Instrument nichts anfangen kann, erklärt, er könne den Flügel nicht herausgeben, er gehöre zur Einrichtung des Zimmers, ohne diesen sähe dieses aus wie ein Stall. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, vorläufige Nr. 266.

**An das
Bad. Ministerium des Innern
– Franz. Besatzungsgebiet –
Freiburg/Brsg.**

7. August 1947

Bezug: Erlass vom 20. Dezember 1945 Nr. 11633.
Betr.: Stimmungsbericht.

Der Krieg ist schon über zwei Jahre zu Ende. Die Bevölkerung ist aber kaum je einmal durch Beschlagnahmungen von Wohnungen, Wäsche, Möbelstücken usw. beunruhigt worden, wie zur Zeit. So sind z.B. in Villingen neuerdings wieder über 80 Wohnungen der Besatzungsmacht zur Verfügung zu stellen. Das Bürgermeisteramt und das Landratsamt sind durch diese Massnahme so stark in Anspruch genommen, dass die Erledigung der übrigen Geschäfte dadurch stark beeinträchtigt wurde. Der Bürgermeister von Triberg berichtet kürzlich, dass er eine grosse Anzahl Sessel, Schreibtische und sonstige Einrichtungsgegenstände aufbringen solle. Dies sei ihm jedoch unmöglich, nachdem in den letzten zwei Jahren fast alle irgendwie entbehrlichen Gegenstände dieser Art abgegeben werden mussten. Auch hier musste der Landrat eingreifen, um durch Verteilung der Lasten auf verschiedene weitere Gemeinden das Aufbringungsoll einigermaßen erfüllen zu können. [...]

Da in den Städten eine Beschlagnahme kaum mehr möglich war, mussten vor allem die Landgemeinden zur Aufbringung herangezogen werden. Durch die angeordneten Zwangsmassnahmen zur Durchführung der Wäscheabgabe wurde die Stimmung der Landbevölkerung in wachsendem Masse gereizter. Nach Ansicht der Bevölkerung sollten diese Zwangsmassnahmen doch einmal aufhören, zumal ja fast die gesamte Produktion den Besatzungsbehörden zur Verfügung stehe. Es müsse daher möglich sein, den Bedarf der französischen Zivilbevölkerung aus der laufenden Produktion an Wäsche und Haushaltsartikeln etc. zu decken. Geschähe dies, so würde tatsächlich viel Unzufriedenheit vermieden und unsere Bestrebungen auf Anbahnung freundnachbarlicher Beziehungen mit Frankreich, die wir aus politischen und wirtschaftlichen Gründen als

sehr notwendig erachten, gefördert werden. Die oben geschilderten Massnahmen werfen uns aber immer wieder um Monate in unserer Arbeit zurück.

Wir stellen anheim, die Militärregierung bei passender Gelegenheit auf die ungünstige Stimmung hinzuweisen, die durch die fortgesetzte Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungseinrichtungen hervorgerufen wird.

Landratsamt

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia Fasz. 1120 (225/4/8).

Die aufgrund rücksichtsloser Requisitionen und enormer Reparationsleistungen bestehende schlechte Versorgungslage der Bevölkerung wurde durch die prekäre Ernährungssituation noch verschärft. Auf diesem Gebiet kam den Leuten der Unterschied zur Besatzungsmacht besonders schmerzlich zu Bewusstsein und führte verständlicherweise zu starken Ressentiments. So standen zum Beispiel im Frühjahr 1948 deutschen Normalverbrauchern 200g Fleisch *im Monat* zur Verfügung, während es für einen Besatzungsangehörigen 225g *am Tag* gab. In welcher Weise das arrogante Verhalten Einzelner die Stimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht insgesamt anheizte, zeigt folgender Vorfall aus Lörrach.

**An das
Gouvernement militaire
Lörrach**

Gesch.Z.:H.P/H

19.7.1945

Es ist von zuverlässiger Seite beobachtet worden, dass ein Soldat bei der Firma Koch, Käsegeschäft, Eier geholt und diese Eier sofort am Randstein des Gehweges aufgeschlagen hat, um sie dem Hund hinzuwerfen. Es ist begreiflich, dass die Passanten, die Zeuge dieses Vorfalles waren, sich innerlich empörten, sich aber natürlich nicht getrauten, dem Soldaten etwas zu sagen. Ich halte mich für verpflichtet, dieses Vorkommnis dem hohen Gouvernement zur Anzeige zu bringen.

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, Akt. Nr. 739.

Durch die katastrophale materielle Situation bei gleichzeitiger krasser Bevorzugung der Besatzungsangehörigen erlitt nicht nur die Glaubwürdigkeit der Demokratie Schaden, in deren Namen diese Dinge zu geschehen schienen, sondern auch die politische Lernbereitschaft der Deutschen. Auch auf alliierter Seite war man sich vereinzelt über die Sachlage im Klaren; so etwa Victor Gollancz, der im Zusammenhang mit einer Butter-Sonderzuteilung an britische Besatzungsangehörige dafür plädierte, der Bevölkerung genug zu essen zu geben, keine Häuser zu beschlagnahmen, die Bürgerrechte zu wahren und so der Demokratie in Deutschland eine Chance zu geben.

Das war wie mit Engellsungen gesprochen, doch war die Zeit – vor allem in der französischen Besatzungszone – dafür noch nicht reif. Südbaden wurde von den Franzosen vielfach als weithin intakt erlebt, da unmittelbare Kriegsschäden sich in Grenzen hielten (siehe das Kapitel «Zerstörung und Wiederaufbau»). Vorerst galt es, einen Ausgleich der im eigenen Land entstandenen Schäden zu erzielen – auch auf Kosten von Wiederaufbau und wirtschaftlicher Gesundung der besetzten Gebiete, verbunden mit Versöhnung und demokratischer Neuorientierung der Bevölkerung, wie der folgende Stimmungsbericht deutlich zeigt. In diesem Punkt bestand auch ein gravierender Unterschied zu den anderen westlichen Besatzungsmächten. Die Einsicht, frühere Fehler (wie die alliierte Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg) nicht zu wiederholen und dadurch zumindest in ihren Zonen sichere Voraussetzungen für eine dauerhafte Demokratie zu schaffen, war in angloamerikanischen Regierungskreisen durchaus verbreitet (von der kurzen Episode des Morgenthau-Plans einmal abgesehen).

Offenburg, den 15.7.1947

**An den
Herrn Chef der französischen Sicherheitspolizei in Offenburg**

Betrifft: Politischer Stimmungsbericht für die Zeit vom 1.-15.7.1947 Bezug: Befehl des Herrn Chef der französischen Sicherheitspolizei beim Gouvernement Militaire in Offenburg.

Die Stimmung der Bevölkerung im Landkreis Offenburg ist auch in den letzten 2 Wochen sehr pessimistisch und nahezu auf dem Nullpunkt angelangt. Auffällig ist, dass sich die Bevölkerung in den letzten Wochen ganz besonders mit dem Verhalten der Besatzungsmacht und hauptsächlich deren Familien beschäftigt. Man hat weniger etwas gegen die französischen Soldaten einzuwenden als gegen deren Angehörige. Mit einer gewissen Bitterkeit spricht man von dem Verhalten einiger Angehöriger von Besatzungsmitgliedern, die durch ihr Verhalten allgemeines Ärgernis erregen. Man spricht weiter allgemein davon, dass die Besatzungsmacht und deren Angehörigen [!] ernährungspolitisch gesehen in der heutigen schweren Notzeit zu üppig noch leben würden, obwohl ein Grossteil der deutschen Bevölkerung dem Verhungern nahe ist. In sarkastischer Weise zieht man Vergleiche mit der christlichen Nächstenliebe, die in Frankreich zu Hause sein soll, von der jedoch in Deutschland nichts zu spüren sei. Man spricht heute allgemein in der Bevölkerung nicht mehr von den Verbrechen des Nationalsozialismus, sondern von den Fehlern der Alliierten. Ich hatte Gelegenheit mich in den letzten Wochen zwanglos mit führenden kommunistischen Kreisen zu unterhalten, wobei ich feststellen konnte, dass diese mit einer erstaunlichen Erbitterung daran Anstoss nehmen, dass zu viele französische Familien sich im französischen

Besatzungsgebiet aufhalten würden. Mit tiefem Bedauern stellt man in politisch- und religiös führenden Kreisen fest, dass heute schon wieder nach 2jähriger Besatzung in der deutschen Bevölkerung und hauptsächlich in der deutschen Jugend der Rachegeanke verankert wird. Viele Personen dieser genannten Kreise wollen sich heute darüber klar sein, dass der Zeitpunkt einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland endgültig vorüber sei, und dass Frankreich die Chancen einer Verständigung geflissentlich sabotiert hat. Bezüglich der heutigen katastrophalen Ernährungslage ist man in links gerichteten Kreisen der Überzeugung, dass bei einem weiteren Absinken der Ernährungslage in den kommenden Monaten, hauptsächlich in der Arbeiterschaft, mit Unruhen zu rechnen ist. Besonderen Gesprächsstoff löste auch die angebliche Verhaftung des Staatskommissars für Ernährung Dichtei aus. Trotzdem sich Dichtei in den letzten Wochen bei der Bevölkerung durch seine Massnahmen etwas unpopulär gemacht hat, konnte man deutlich feststellen, dass heute viele Bevölkerungsschichten sympathisierend sich mit Dichtei auf eine Stufe stellen, weil er angeblich die deutschen Interessen gewahrt haben soll, was angeblich zu seiner Verhaftung geführt habe.

[Unterschrift] Gendarmerie-
Kommissär u. Kreisführer

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Offenburg, Generalia P 14 U 58/2/5.

Der Schriftsteller Alfred Döblin, seit Ende 1945 in Baden-Baden als Lektor und Zensor tätig, konstatiert bei aller Bemühung um Verstehen gegenseitige Distanz und Fremdheit.

Ich sah nach wenigen Wochen deutlich: Befreier und Befreite standen sich hier im Lande vielleicht wie Sieger und Besiegte gegenüber, aber noch immer zugleich als Feinde. Ich habe mich bemüht, denn ich sah den Schaden, Franzosen und Deutsche nebeneinander zu setzen und zueinander zu führen. Das war unsere allgemeine Tendenz. Wir versuchten es jeder auf seine Weise, von welchem Zentrum auch immer. Ich versuchte diese unmittelbare persönliche Annäherung, indem ich, wie man es auch anderswo tat, Gesellschaftsabende veranstaltete, wo sich Franzosen und Deutsche trafen. Die Einladungen waren persönlich. Man hatte das Foyer des Kleinen Theaters zur Verfügung. Es war eine deutsch-französische Gesellschaft, die einlud. Da gruppierte man sich um kleine Tische. Belegte Brote und Wein wurden serviert. Es wurden auch Ansprachen gehalten, freundliche, begrüßende. Es wurde auch Musik gemacht, einmal spielte die berühmte Pianistin Monique Haas, es war eine Freude und konnte die Herzen bewegen. Nichts hier von

Politik. Aber es wurde bald sichtbar und unter den Teilnehmern sprach es sich rasch herum, dass eine wirkliche Berührung doch nicht stattfand. Es stand eben ein Etwas zwischen den beiden Gruppen. Da war einmal der Turmbau von Babel, die Fremdheit der Sprachen. Und dann die Situation, sie drückte. Man mühte sich, aber man kam nicht weiter. Es standen mir und meinen Helfern auch nur kleine Mittel zur Verfügung, und wir konnten das Experiment nicht lange weitertreiben. Der zündende Funke blieb aus, man kam nicht zueinander.

Wie konnte man die Türen öffnen? Man stiess auf Mauern rechts und links. Andere Stellen wollten tiefer bohren und das Übel an der Wurzel angreifen. Sie wollten das Schulwesen reformieren. Das war dringend nötig. Man brachte neue Lesebücher heraus, die besten Autoren, Klassiker, gute Einführungen. Zu einem Goethebändchen, ‚die Campagne um Mainz⁴, schrieb ich selber die Einführung. Nun wurden diese Lesebücher an die Schulen gegeben. Das war gut. Aber es war ein Tropfen auf heissen Stein. Denn wer lehrte an den Schulen, und wer sollte lernen? Es lehrten eigentlich immer die alten Lehrer oder die mit der alten Mentalität. Es hatte sich anderswo rausgestellt, dass es eigentlich unmöglich war, wirklich zu entnazifizieren. Die Lehrer blieben wie das übrige Volk, was sie waren und wie sie waren. So rasch schaltet man nicht um. Gewiss, die grössten Nazischlagworte legte man beiseite, die Fassade war nicht mehr möglich, jedenfalls nicht jetzt, während der Besatzungszeit. Aber in sehr vielen brannte natürlich der Hass und die Rachsucht weiter. Man war ein geschlagenes Volk, nachdem man eben ganz Europa beherrscht hatte, und es sorgten viele im Land dafür, dass die schlimmen alten Dinge, auch das Gefühl der Niederlage lebendig blieb. Auf einem Hügel der Stadt in einer Villa sass schon vor der Nazizeit und den Krieg hindurch ein bekannter Schriftsteller, den man wohl fortschrittlich nennen kann. Er war der erste Schriftsteller, den ich nach meiner Rückkehr persönlich aufsuchte und mit dem ich mich unterhielt. An seinem Tisch sassen andere Intellektuelle. Man hörte nichts von ‚Befreiung‘. Man sprach von den Franzosen nur als von den ‚Okkupanten‘.

Aus: Alfred Döblin, *Autobiographische Schriften und letzte Aufzeichnungen*, Frankfurt / Wien / Zürich 1978, S. 492 f.

Noch kein Garant für die Verständigung, aber doch Voraussetzung gegenseitigen besseren Verständnisses sind die überall landauf-landab angebotenen Französischkurse. Das Motiv hierzu ist angesiedelt im weiten Bereich von verbesserter Alltagskommunikation, vereinfachter Verständigung und kultureller Begegnung (vgl. Abbildung S. 46).

Zu den ersten Massnahmen der Besatzungsmacht hatte die Verhängung von Ausgangssperren gehört. In Stockach bestand sie von 19 Uhr bis 7 Uhr, in Singen begann sie eine Stunde später. Nach einiger Zeit wurden diese Bestimmungen gelockert; im Mai 1946 dauerte die Sperrfrist im Allgemeinen noch von 0 Uhr bis 4 Uhr, ausgenommen die beiden Stadtkreise Baden-Baden und Freiburg, wo man sich bis morgens 5 Uhr nicht auf der Strasse sehen lassen durfte. Zur Ein-

AVIS

Donnant suite au désir exprimé par de nombreuses personnes civiles allemandes d'apprendre le français ou de parfaire les connaissances déjà apprises, le Gouvernement Militaire envisage la création de cours de français pour la population civile allemande de Lahr.

Suivant les besoins, des cours de niveaux différents (débutants, moyens, et au possible même avancés) seront organisés.

Les adultes désireux de suivre l'un de ces cours qui fonctionneront à partir du 20 novembre, les mardi et vendredi de 19 H. 30 à 21 H. au 2^{ème} étage, aile est de la Friedrichschule, sont invités à se présenter le jour de l'ouverture aux fins d'inscription et de participation immédiate.

Une cotisation minime sera prélevée par participant pour la durée des Cours.

Lahr, le 15 novembre 1945 Le Landrat

Bekanntmachung

Zahlreiche Deutsche haben den Wunsch ausgesprochen, die französische Sprache zu erlernen bezw. die vorhandenen Kenntnisse zu vervollständigen. Daraufhin hat die Militärregierung beschlossen, französische Sprachkurse in Lahr einzurichten.

Nach Bedarf werden Kurse mit verschiedenen Klassen (Anfänger, Fortgeschrittene) gebildet.

Die Erwachsenen, welche an einem dieser Kurse, die am 20. 11. 1945 beginnen, teilnehmen wollen, werden gebeten, sich am Dienstag und Freitag von 19.30—21.00 Uhr im 2. Stock, östlicher Flügel der Friedrichschule einzufinden und dort sich einschreiben zu lassen.

Ein kleiner Beitrag wird von den Teilnehmern für die Dauer des Kurses erhoben werden.

Lahr, den 15. November 1945 Der Landrat

schränkung der Bewegungsfreiheit gehörten auch räumliche Einschränkungen. Entlang der gesamten Grenze zu Frankreich und zur Schweiz bestand ein 5 km breiter Streifen, für den eigene Zufahrtswege ausgewiesen waren, die «Zone interdite». Für sie galt die Aufhebung der Sperrstundenregelung vom 24. Dezember 1946 nicht (wohl aber für die innerhalb dieser Zone gelegenen Amtsstädte Konstanz, Singen, Waldshut, Säckingen und Lörrach). Zum Betreten dieser Zone war ein Laissez-passer erforderlich. Zusätzlich bestanden Nachtbenutzungsverbote für deutsche Kraftfahrzeuge; Ärzte, Geistliche und Angehörige anderer Berufe konnten jedoch eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Auch für den Reiseverkehr bestanden weitgehende Beschränkungen. Von einer Zone in die andere zu gelangen war lange Zeit unmöglich, und für Übertretungen gab es empfindliche Strafen. Personen mit gültigem Wohnsitz in der französischen Zone konnten ab August 1948 erstmals wieder die britische und die amerikanische Zone aufsuchen. Besonders brisant war die Position deutscher Ämter und Stellen, die als Schaltstellen zwischen Besatzungsmacht und deutscher Bevölkerung fungierten: beiden Interessen gerecht zu werden schloss sich oft gegenseitig aus. Wie schnell man zum Opfer solcher Interessenkollisionen werden konnte, belegt das Beispiel des Landrats Otto Moericke. Als bei der schlechtversorgten Lörracher Bevölkerung starke Erregung über die Beschlagnahme einer Fettlieferung aufkam und angeblich Aufläufe und Zusammenstöße zu befürchten waren, entschloss sich Moericke nach Beratung mit dem Ernährungsausschuss kurzerhand zur Verteilung des Fetts an die deutsche Bevölkerung – und landete dafür im Gefängnis (zunächst in Lörrach, dann in Freiburg). Der Fall bewies einmal mehr, dass deutsche Stellen und Amtsinhaber lediglich «des agents d'exécution des autorités d'occupation» (Schwarzmaier, S. 362) waren.

Trotz aller Beschäftigung, trotz der täglichen Besuche, an die ich mit tiefer Dankbarkeit denke, war diese Zeit der Freiheitsbeschränkung und des ungewissen Ausgangs doch auf die Dauer recht bedrückend. Waren es doch am Ende über drei Viertel Jahr, bis ich frei wurde. Im Gegensatz zu dem untersuchungsführenden Kapitän war der französische Staatsanwalt ein Deutschenhasser. Er legte die Akten über meinen Fall einfach auf die Seite und tat nichts. Als Mutter einmal zu ihm ging und ihn um Erledigung bat, erwiderte er: «Ihr Mann hat das Vertrauen Frankreichs missbraucht, er gehört für zehn Jahre ins Gefängnis; er soll froh sein, dass er überhaupt noch lebt.» Auch dem Rechtsanwalt, den ich nehmen musste, gelang es nicht, die Sache vorwärts zu treiben. Erst als der Staatsanwalt versetzt worden war, nahm sein Nachfolger die Akten zur Hand und erhob Anklage. Zur Verhandlung vor dem Militärgericht wurde ich, nach französischer Vorschrift, an einen

← Von der Besatzungsmacht angebotene Sprachkurse hatten einen zweifachen Effekt: Sie trugen zu besserer Verständigung bei und erleichterten dadurch die Verwaltungsabwicklung; langfristig waren sie Voraussetzung für eine Annäherung als künftige Nachbarn. In Lahr wurde französischer Sprachunterricht bereits im Herbst 1945 angeboten.

einen anderen Angeklagten gefesselt, vorgeführt. So ging ich zur Strassenbahn. Bekannte, die mich so sahen, grüssten besonders achtungsvoll. Im Gerichtssaal sassen unter den Zuschauern einige meiner Töchter. Das Gericht bestand aus einem Obersten, einem Major und einem Hauptmann. Der Vorsitz liess mich nicht so lange reden, als ich wollte. Ich sprach deutsch, ein Dolmetscher übersetzte. Mein Anwalt las seine Ausführungen französisch. Es waren Zeugen geladen, darunter meine erwähnten Gegner und ein französischer Verwaltungsoffizier, ein Lehrer, der ganz von diesen eingeseift war. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und blieb so lange, dass mein Anwalt meinte: «Sie werden sicher freigesprochen.» «Niemals», erwiderte ich, «wenn die französische Justiz einen Landrat zehn Monate in Untersuchungshaft hält, wird dieser bestimmt zu mindestens zehn Monaten verurteilt, sonst hätte sich ja die Justiz eine Blösse gegeben.» Endlich kam der Gerichtshof wieder herein, alles erhob sich, und der Oberst verkündete: «Die Entscheidung des Gerichts wird in einer Woche verkündet. Der Angeklagte wird auf freien Fuss gesetzt.» Das Gericht hatte sich nicht einigen können. Wie ich erfuhr, wollten die beiden Beisitzer mich freisprechen, der Oberst widersprach.

Schon wollte der französische Gendarm mich wieder fesseln, aber ich erklärte: ich bin frei, ich gehe nur ungefesselt mit Ihnen zurück, um meine Entlassungspapiere zu holen. Die Verhandlung war auf den frühen Vormittag angesetzt gewesen, erst am späten Nachmittag war mein Fall drangekommen: für meinen Mitangeklagten, den Leiter des Ernährungsamts, waren erst am Nachmittag Handfesseln zu beschaffen gewesen!

Das Büro im Gefängnis war bereits geschlossen. Man wollte mich in eine Zelle einweisen. Ich protestierte; ich sei frei und würde ins Diakonissenhaus zurückkehren. Wenn sie wollten, könnten sie mich ja hinüberbegleiten. Das geschah. Am nächsten Morgen bekam ich meine Entlassungspapiere im Gefängnis und konnte nach Hause. [...]

Bis zur Verkündung des Urteils hatte, wie ich nicht anders erwartete, der Oberst die Beisitzer zu seiner Auffassung gewonnen. Ich wurde wegen «Ungehorsams» zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, 10 Monate galten durch die Untersuchungshaft als verbüsst, der Rest wurde auf Wohlverhalten (surcis) gestundet.

Mein Mitangeklagter, der Leiter des Ernährungsamts, war zu einigen Monaten verurteilt worden. Ich empfahl ihm, der nur auf Weisung des Ernährungsausschusses gehandelt hat, Revision einzulegen. Vor dem Obergericht in Rastatt wurde dann seine Strafe sehr herabgesetzt. Die lange Untersuchungshaft im Gefängnis konnte ihm niemand mehr abnehmen. Lange Zeit danach erhielt ich eines Tages eine Aufforderung der französischen Justizkasse, 20 Mark Geldstrafe zu bezahlen, wozu ich vom Gericht in Rastatt verurteilt worden sei. Ich antwortete,

dass mir davon gar nichts bekannt sei. Meine Strafe, wurde ich aufgeklärt, sei vom Gericht in Rastatt (ohne meinen Antrag!) auf drei Monate herabgesetzt, gleichzeitig sei ich zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Ich musste lachen, war aber zugleich – natürlich im Spass – empört, dass sie einen Landrat nur einer so kleinen Geldstrafe würdigten.

Aus: Otto Moericke, *Erinnerungen*. Hrsg. von Helmut Maurer, Sigmaringen 1985, S. 118ff.

In einem Brief, der für viele Einwohner Lörrachs zu sprechen vorgibt, wird die starke Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens der Stadt kritisiert; durch Vergleich mit den anderen Zonen wird versucht, auf indirektem Wege die Franzosen in Zugzwang zu bringen. Das Schreiben ist zugleich ein tastender Versuch im Umgang mit Behörden, deren Abhängigkeitsgrad von Weisungen der Militärregierung man noch nicht einzuschätzen gelernt hatte. Die Anonymität schützte vor einem eventuellen Zugriff und erlaubte bei aller Mässigung doch einen fordernden Ton.

**An den
Herrn Landrat
Lörrach**

Lörrach, 12. September 1945

Sehr geehrter Herr Landrat!

Laut Radio München wurde dieser Tage in Augsburg, unter Mithilfe der Besatzungsbehörde, ein Tanzlokal, verbunden mit einem Variete Theater für die Bevölkerung von Augsburg und Umgebung eröffnet und dem Betrieb übergeben.

Es stellt dies ja kein welterschütterndes Ereignis dar, aber es beweist dieser Vorgang – neben vielen anderen ähnlichen Beispielen –, dass sowohl die Amerikaner als auch die Engländer den Geist der Zeit, den Geist allmählicher Befriedung verstehen wollen und auch verstehen.

Diese Völker sind bemüht dem geschlagenen, durch den Nationalsozialismus zerstörten deutschen Volk zu helfen und dazu beizutragen, dass die Deutschen ihrer Zonen nach und nach wieder etwas Lebensmut gewinnen. Durch Theater, Konzerte usw. soll das schwere Los der Bürgerschaft im Rahmen des Möglichen erleichtert werden.

Sollen wieder normale Zeiten kommen, dann müssen auch diese Hilfsmittel dazu beitragen.

Nur auf diesem Wege guten Willens kann die Völkerversöhnung nach und nach Wirklichkeit werden.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, und ein gutes Wort findet einen guten Ort!

Und was geschieht dagegen in der französischen Zone? Z.B. in der Kreis-Haupt-

stadt Lörrach, auf diesem oder jenem Gebiet kultureller oder freundschaftlicher Natur?

Ein Beispiel!

Noch nicht eines der vorhandenen Lichtspieltheater ist wieder eröffnet, und für den Ohrenschauss[!] der Musikliebhaber sollen wohl an Stelle von Konzerten die Darbietungen und die Gesänge der Marokkaner dienen!

Dass fast alle Lörracher Gaststätten und auch Privathäuser den Franzosen als Popottes* dienen oder sonstwie reserviert sind, sei nur nebenbei bemerkt. Ob dies nötig, ist eine andere Frage.

In den von den Engländern und Amerikanern, ja selbst den Russen besetzten Gebieten, wird mit Hochdruck an der Wiedereröffnung der Schulen gearbeitet, und mit Erfolg.

Hier in Lörrach dienen alle Schulen den Truppen der Besatzung als Kasernen, und die Kinder hungern auf den Strassen herum, auch die grösseren Jahrgänge. Wohin soll dies führen?

Sieht auch die Besatzungsbehörde nicht ein, dass dies unhaltbare Zustände sind, deren schleunigste Abhilfe dringend erforderlich ist? Am einfachsten durch Abtransport der zu vielen Besatzungstruppen, insbesondere der Afrikaner, welche ja – laut Mitteilung des französischen Kriegsministers – bereits restlos wieder in Südfrankreich kaserniert sein sollen!

Ohne mehr oder weniger sanften Druck der lokalen deutschen Stellen auf die doch sicherlich nicht ganz verständnislosen hohen Offiziere der französischen Besatzung wird Abhilfe und Besserung nicht erreicht werden.

Der noch immer bestehende lästige Passagierscheinzwang, welcher den Geschäftsverkehr sowie jeden Verkehr überhaupt stark knebelt, sollte endlich auch für diese Ecke Badens fallen. Viel Arbeit würde allen in Frage kommenden Stellen erspart, und von der Bevölkerung würde diese Geste warm begrüsst und auch anerkannt.

Es darf der Bevölkerung nicht verargt werden, wenn sie nicht glauben kann, dass auf den geschilderten und auch auf anderen Gebieten von den die Bürgerschaft betreuenden Stellen stets mit dem erforderlichen Nachdruck und Zähigkeit vorgegangen wird, und zwar so lange gearbeitet wird, bis ein Erfolg erzielt wurde.

Die Schwierigkeiten werden unsererseits nicht unterschätzt, aber sie müssen eben überwunden werden im Interesse der Bevölkerung, welche durch den Krieg so viel Schweres erduldet hat und noch erdulden muss.

Wir bitten dringend um weitgehendste Unterstützung und benützen diesen Weg, weil es zur Zeit ja keine andere Möglichkeit gibt, das Ohr der verantwortlichen Stellen bzw. Behörden zu erreichen.

Im Voraus besten Dank.

Viele Einwohner von Lörrach

* richtig: Popotes = Kantine, Verpflegungsstätte Quelle: Stadtarchiv Lörrach, 0264/5 (1144).

Auf welche Konfliktquellen das mangelnde Vertrauen zwischen Besatzung und Zivilverwaltung zurückgeht, hat der Lörracher Bürgermeister im Sommer 1945 mit einem scheidenden Colonel zu erörtern versucht. Mit einer sich stark am Europagedanken orientierenden Entwicklung erhoffte er sich für die Zukunft ein besseres Verhältnis zu Frankreich.

Notizen

aus der Besprechung mit Ms. Colonel Cede in Lörrach vor seinem Weggang aus hiesiger Stadt; am 19. 7. 45:

Als Bürgermeister hiesiger Stadt glaube ich zum Ausdruck bringen zu dürfen, dass das mangelnde Vertrauen der französischen Besatzungsbehörden zu den örtlichen zivilen Dienststellen und der Bevölkerung selbst immer wieder fühlbar ist, obwohl hierzu bestimmt kein Grund vorhanden ist.

Man habe einerseits das Entgegenkommen in Bezug auf die Bemessung der Ausgehzeit dankbar anerkannt, jedoch werde das Verhalten einzelner Truppenangehöriger hinsichtlich ihres Eindringens in die Häuser, Beschlagnahme von Wohnraum und Zumutungen an die Wohnungsinhaber (Wäschebehandlung, Kochen usw.) im Zusammenhang mit mitgebrachten Frauenspersonen als grosse Last empfunden.

Frage: Ist das Ihre persönliche Ansicht lediglich, oder ist das eine allgemeine Auffassung der Bevölkerung?

Antwort: Da weite Kreise von den geschilderten Massnahmen betroffen sind, ist meine Ansicht wohl eine Wiedergabe der Gedanken der Bevölkerung.

Colonel: Ich teile diese Ansicht.

Ich erklärte: Ich bitte dringend darum, dass Sie diese Mitteilungen bei den zuständigen französischen Behörden und zuständigen militärischen Dienststellen in Frankreich zur Sprache bringen, gleichzeitig mit dem Anfügen, dass auch die Drosselung der Bevölkerung in wirtschaftlicher und ernährungspolitischer Hinsicht zu einem totalen Unglück, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa werden könnte.

Es kann nicht davon die Rede sein, dass das deutsche Volk einen dauernden Hass in sich trage gegen Frankreich, sondern wenn man dem deutschen Volke Bewegungsmöglichkeiten zur Arbeit und zu einer vernünftigen Ernährungsgrundlage lässt, es sehr ernsthaft in ein freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich treten möchte. Die Herstellung eines guten Einvernehmens auf der Grundlage eines Vertrauensverhältnisses liege nicht so sehr am deutschen Volke, als an den Militärbehörden Frankreichs, zumal beide Länder den Krieg verloren haben und sie jetzt Ursache hätten, sich zu gemeinsamer Arbeit die Hand zu reichen.

Ich stellte noch fest, dass sich die Stadtverwaltung und ihre Bevölkerung bis jetzt

Mühe gegeben hätten, den Gesetzen und Verordnungen der Militärregierung Geltung und Achtung zu verschaffen.

Colonel Cede versprach, die Mitteilungen, deren Berechtigung er nicht abstreiten könne, an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

zur Beglaubigung:
[Unterschrift]
Bürgermeister

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 0264/2 (739)

Grund zu besonderer Enttäuschung hatten jene entschiedenen Demokraten, die – während des Nationalsozialismus nicht selten verfolgt – im Kurs der Franzosen und der Besatzungspolitik manch unheilvolle Elemente der gerade überwundenen Diktatur und eine Belastung für den demokratischen Neubeginn sahen. Mit der nachfolgenden Begründung stellte der Lörracher Kreisschulrat Friedrich Kuhn seine Tätigkeit als Berichterstatter für die französische Militärregierung ein.

Friedrich Kuhn, Monatsbericht vom 13. April 1948:

Es soll in diesem Zusammenhang überhaupt die Frage aufgeworfen werden, welchen Sinn es vom deutschen Standpunkt aus haben kann, solche Monatsberichte vorzulegen. Es ist bekannt, dass die Militärregierung im Jahre 1945 an zahlreiche Deutsche mit dem Ersuchen herantrat, ihr zu berichten über die Stimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Besatzung und den von ihr getroffenen Massnahmen. Dieses Verfahren erschien vielen von uns zwar etwas anrühlich, denn in genau derselben Art versuchten in der Nazizeit Partei und SD die Stimmung zu erforschen.

Trotz grundsätzlicher Bedenken waren 1945 viele erprobte Nazigeegner gerne bereit, die Militärregierung in der von ihr gewünschten Form zu beraten, um auf diesem Wege die Ausschreitungen, die nun einmal bei jeder Besatzung vorkommen, zu vermindern und zur Normalisierung der Verhältnisse beizutragen. In dieser Hoffnung sahen wir uns leider gründlich getäuscht. Gewiss sind die massiven Ausschreitungen, die in den ersten Monaten nach Kriegsende vorkamen, verschwunden. Die Überfälle von Marokkanern auf Frauen gibt es nicht mehr, da keine farbigen Truppen mehr bei uns sind. Auch die Beutezüge einzelner französischer Soldaten oder Raubüberfälle von Ausländern auf einsam liegende Bauernhöfe, willkürliche Verhaftungen am laufenden Band, Fälle von schweren Misshandlungen usw. kommen heute nicht mehr vor. Anstelle dieser groben Ausschreitungen ist jedoch ein verfeinertes System der Überwachung und Ausnützung des deutschen Volkes getreten. [...]

Kein Wunder, dass unter solchen Verhältnissen jegliche Lust und Begeisterung zur Erstattung von Stimmungsberichten geschwunden ist. Es drängte sich die Frage auf, ob es sich noch lohne, Zeit und Mühe für solche Vorlagen aufzuwenden, da ein Erfolg doch nicht zu erkennen ist. Soweit mir bekannt ist, sind es nur noch ganz wenige Leute, die solche Stimmungsberichte erstatten. Auch ich habe mir schon wiederholt die Frage vorgelegt, ob ich mir noch weiterhin diese Mühe machen oder mich mit allgemeinen Bemerkungen begnügen solle. Wenn ich es für richtiger gehalten habe, weiterhin solche eingehenden Berichte zu geben, dann vor allem deshalb, weil es für mich ein psychologisches Bedürfnis ist, mir auf solche Art den Arger und die Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge von der Seele zu schreiben. Ferner bin ich der Auffassung, dass die Geschichte einmal ein vernichtendes Urteil fällen wird über die verfehlte Politik, die man gegenüber Deutschland in den Jahren nach dem Krieg betrieben hat. [...]

Es liegt mir durchaus fern, auf die Franzosen zu schimpfen. Ich weiss genau, wie sich die Deutschen in Frankreich verhalten haben. Ich erhebe meine Bedenken im Hinblick auf meine Verantwortung gegenüber der deutschen Jugend. Die Fälle, die ich angeführt habe, stellen nur einen Bruchteil von denen dar, die mir zur Kenntnis gekommen sind; unsere Jugend sieht das alles, und sie macht sich ihre eigenen Gedanken über unsere «Befreiung», über Demokratie und Völkerverständigung. Wir Vertreter dieser Weltanschauung stehen auf verlorenem Posten, wenn die Verhältnisse sich nicht bald und gründlich ändern. Es wird sich die Frage aufwerfen, ob wir unsere Ämter nicht zugunsten der umgeschulten HJ-Führer aufgeben.

Ich habe immer den Satz bekämpft: «Und es soll am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.» Ich glaube aber auch nicht, dass Europa am französischen Wesen, wie es uns unter dem Regiment der Militärregierung vor Augen tritt, genesen kann.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, vorläufige Nr. 266.

Zerstörung und Wiederaufbau

In der Länderstatistik des kriegszerstörten Wohnraumbestandes nimmt Baden vor Württemberg/Hohenzollern mit 20,4% (andere Quellen nennen 20,9%) den vorletzten Platz ein. Damit gehört das «Land Baden» zu den von Kriegszerstörungen am meisten verschonten Gebieten Deutschlands. Insbesondere die Bewohner entlang der deutsch-schweizerischen Grenze konnten sich in relativer Sicherheit wiegen, obwohl auch ihnen das schwere Bombardement Freiburgs am 27. November 1944 einen Schock versetzt hatte. Dennoch war das weithin agrarische Südbaden weder von seiner Rüstungsproduktion noch von besonders wichtigen Verkehrsknotenpunkten her – sieht man vom Rheintal einmal ab – eine «erste Adresse für alliierte Bomber» gewesen. Wie der Zerstörungsgrad der Wohnhäuser hielt sich auch der der Eisenbahn in Grenzen; von den 1079 Schienenkilometern des badischen Eisenbahnnetzes waren unter 10% (94 km) zerstört, von den 1309 Eisenbahnbrücken 122. Auch die Kampfplage der deutschen Truppen bei der Einnahme Südbadens zwischen dem 9. und 28. April 1945 war bereits so aussichtslos, dass die meisten Städte kampfflos übergeben werden konnten und die lokalen Kampfhandlungen keine besonders gravierenden Zerstörungen mehr verursachten.

In 8 der 21 südbadischen Stadt- und Landkreise lag der Anteil der leicht, schwer *und* total zerstörten Häuser unter 5%, in weiteren 4 Stadt- und Landkreisen zwischen 5 und 10% und in allen übrigen ausser Freiburg unter 20%. Nächst Freiburg mit 74,5% zerstörten Häusern litten die Kreise Offenburg (17,7%), Lahr (16,8%), Kehl (15,9%), Villingen (15,2%), Freiburg-Land (12,4%) und Emmendingen (10,9%) sowie Bühl (9,9%) am stärksten unter Zerstörungen. Insgesamt waren in Südbaden 31'934 Wohngebäude mit 59'854 Wohnungen zerstört, davon 20'562 Wohngebäude mit 39'792 Wohnungen (zusammen 13,6%) leicht und «nur» 6'949 Wohngebäude mit 12'713 Wohnungen (zusammen 4,4%) total (vergleiche hierzu Tabelle der Kriegsschäden an Gebäuden und Wohnungen im Land Baden, S. 55). Stark in Mitleidenschaft gezogen waren auch eine Reihe kleinerer Orte und Städte, die – wie Breisach, Rheinweiler oder Neuenburg – aufgrund ihrer Lage dem direkten Beschuss von französischer Seite ausgesetzt waren. Wertmässig beliefen sich die Kriegsschäden an Gebäuden und Wohnungen auf 278 Millionen RM nach dem Preisindex von 1914; die Baupreise von 1948 zugrunde gelegt, ergab sich ein Gebäudeschaden von knapp 700 Millionen RM (nach zwischen 1947 und 1949 von der Badischen Gebäudeversicherung angestellten Berechnungen).

Zur Bewältigung der notwendigen Wiederaufbauarbeit sowie der durch die Wohnraumzerstörung verursachten Wohnungsnot stand eine ganze Reihe Wege und Massnahmen offen, die sich gegenseitig nicht ausschlossen: Städte wie Freiburg, die besonders von der Wohnraumnot betroffen waren, erliessen strenge Zuzugsbeschränkungen; Not- und Behelfsquartiere wurden als

Möglichkeit der Massenunterbringung genutzt; der Barackenbau wurde forciert. Im Bereich der Wiederinstandsetzung hatte die Reparatur wenig beschädigter Gebäude Vorrang, vor allem, um einem weiteren witterungsbedingten Verfall vorzubeugen und weil sie am schnellsten und leichtesten wieder Wohnraum zur Verfügung stellten. Dagegen kam bis zur Währungsreform ein nennenswerter Neubau nicht zustande. Wie sehr es dafür an – streng rationiertem – Baumaterial fehlte, lässt sich aus einem Bericht an die Militärregierung vom 2. Quartal 1948 entnehmen, wonach von den im Verlauf der letzten zehn Monate eingereichten Baugesuchen aller Art nur ein ganz kleiner Teil genehmigt werden konnte; darüber hinaus war auch der Baumaschinenmarkt dezimiert und veraltet, qualifizierte Fachkräfte fehlten vielfach, weil sie sich noch in Gefangenschaft befanden bzw. im Krieg gefallen waren. Ein weiteres Handicap für einen zügigen Wiederaufbau lag im geringen Leistungsvermögen der Arbeitskräfte, das im Zuge der katastrophalen Ernährungssituation bis auf ein Drittel des Vorkriegsniveaus absank. Schliesslich existierte auch keine politische Zentralgewalt, die für eine geordnete und systematische Wiederaufbauarbeit die Voraussetzungen hätte schaffen und über die starren Zonengrenzen hinweg koordinieren können. So aber lag die Bauwirtschaft darnieder, weil es zu wenig Kohle und Stahl gab, und wo es sie gab, konnte das Material wegen fehlender Transportmöglichkeiten nicht herange-

Kriegsschäden an Gebäuden und Wohnungen im Land Baden – französisch besetztes Gebiet

Kreis	total beschädigt			schwer beschädigt			leicht beschädigt			insgesamt		
	Wohn- geb.	Whgn.	% der Whgn.	Wohn- geb.	Whgn.	% der Whgn.	Wohn- geb.	Whgn.	% der Whgn.	Wohn- geb.	Whgn.	% der Whgn. 1939
Donauessingen	334	533	4,6	321	511	4,4	1 804	2 870	25,0	2 459	3 914	34,0
Konstanz Stadt	ohne Schäden											
Konstanz Land	75	146	0,9	73	177	1,1	211	266	1,6	359	589	3,6
Säckingen	21	33	0,3	15	25	0,2	131	221	2,0	167	279	2,5
Stockach	27	44	0,5	44	40	0,5	31	48	0,6	102	132	1,6
Überlingen	13	23	0,2	16	23	0,2	16	28	0,3	45	74	0,7
Villingen	51	97	0,9	53	138	1,2	919	1 450	13,1	1 023	1 685	15,2
Waldshut	21	25	0,2	12	31	0,3	19	29	0,3	52	85	0,8
Emmendingen	405	523	2,7	303	403	2,1	1 092	1 225	6,3	1 800	2 151	10,9
Freiburg Stadt	2 094	5 142	17,7	417	1 316	4,5	4 552	15 425	52,2	7 063	21 883	74,5
Freiburg Land	451	612	4,5	145	239	1,8	739	827	6,1	1 335	1 678	12,4
Kehl	248	297	3,1	235	282	3,0	838	934	9,8	1 321	1 513	15,9
Lahr	313	570	3,4	491	569	3,4	1 562	1 708	10,1	2 366	2 847	16,8
Lörrach	232	268	3,1	138	164	0,7	707	1 086	4,6	1 077	1 518	6,5
Müllheim	414	520	5,3	170	237	2,4	761	929	9,5	1 345	1 686	1,8
Neustadt	29	53	0,6	14	37	0,5	106	229	2,7	149	319	3,8
Offenburg	186	412	2,2	282	239	1,3	1 154	2 556	13,7	1 622	3 207	17,7
Wolfach	89	164	1,6	33	72	0,7	450	621	6,2	572	857	8,5
Baden-Baden	46	60	0,9	54	80	1,3	60	120	1,9	160	260	4,0
Bühl	211	283	1,8	355	611	4,0	424	636	4,1	990	1 530	9,9
Rastatt	1 689	2 908	1,4	1 252	2 155	10,0	4 986	8 584	39,9	9 727	13 647	6,3
Baden total	6 949	12 713	4,4	4 423	7 349	2,5	20 562	39 792	13,6	31 934	59 854	20,4

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Zug. 1979/82, Fasz. 1431.

schaffen werden. So ist es leicht verständlich, dass Baustoffe besonders beliebte Schwarzmarktartikel waren – Nägel und Dachpappe beispielsweise waren besonders begehrt und kaum zu bekommen. Wozu die unzureichenden materiellen und arbeitskräftemässigen Ressourcen bis zur Währungsreform reichten, waren höchstens die Wiederinstandsetzung eines Teils der leicht- und mittelschwer beschädigten Wohngebäude und öffentlichen Einrichtungen, die innerstädtischen Aufräum- und Entrümmerungsarbeiten und erste Massnahmen zur Wohnraumgewinnung durch Wohnungsteilungen oder den Ausbau von Dach- und Kellerräumen – womit durch relativ geringen Aufwand noch der grösste Effekt in der Wohnraumschaffung zu erzielen war. Unter solchen Voraussetzungen galt Wohnraum nicht länger als eine private, sondern als soziale Angelegenheit, und an die Stelle des freien Marktes trat die Wohnungsbewirtschaftung (Wohnungszwangswirtschaft). Die Bewirtschaftung des Wohnraumes war umso notwendiger, als durch die vernachlässigte Bautätigkeit während des Nationalsozialismus ein grosser Nachholbedarf entstanden war und der vorhandene Wohnraum durch die Invasion der Besatzungstruppen samt ihren Familien weiter in Anspruch genommen wurde, ganz zu schweigen von dem Wohnungsbedarf, der durch die – gegenüber den anderen Zonen wesentlich verspäteten – Ankunft von Zehntausenden von Flüchtlingen eintrat.

Doch nicht erst die Wiederaufbauarbeiten stellten die kriegsbetroffenen Städte und Gemeinden vor grosse Probleme, sondern bereits die Entrümmerungs- und Trümmerverwertungsarbeiten. Mit besonderer Dringlichkeit stellte sich das Problem selbstverständlich in Freiburg, wo man sich vor einem Trümmerberg von rund zehn Millionen cbm Schutt sah. Während weniger stark zerstörte Städte wie Singen mit der zwangsweisen Heranziehung von Arbeitskräften zur Trümmerbeseitigung und Strassenräumung keine sehr positiven Erfahrungen machten, konnte eine so in Mitleidenschaft gezogene Stadt wie Freiburg letztlich auf ähnliche Massnahmen nicht verzichten.

Im Frühjahr 1947 wurde ein Badisches Staatskommissariat für den Wiederaufbau gegründet, das nun auf Landesebene die Voraussetzungen für eine systematisch geplante und koordinierte Wiederaufbauleistung schuf. Nachdem bis dahin im Wesentlichen die grundlegenden personellen und materiellen Voraussetzungen für einen effektiven Wiederaufbau gefehlt hatten, kann man etwa seit der Gründung dieses staatlichen Wiederaufbaukommissariats von Ansätzen zu einem programmgemässen Wiederaufbau sprechen, weil nun die Ressourcen planvoll erfasst, von der Bauwirtschaft eingesetzt und auch die notwendigen Vorkehrungen für eine Ankurbelung der Baustoffindustrie koordiniert werden konnten. Die Erfahrungen der planenden und verwalenden Stellen bei dieser Aufbauarbeit fanden Eingang in ein Aufbaugesetz, das am 25. November 1949 von der badischen Landesregierung erlassen wurde. Die juristischen und ökonomischen Grundsätze des weiteren Aufbaus, die hier zusammengefasst waren, wurden zur Grundlage einer Wiederaufbauentwicklung, die allerdings durch einen währungsreformbedingten, plötzlichen Kapitalmangel zu erliegen drohte. Welche Wirkungen der Einschnitt der Währungsreform im Bereich der Bauwirtschaft hatte, ist knapp am Beispiel des Landkreises Freiburg in einem Situationsbericht zusammengefasst: «Mit Inkrafttreten der Währungsreform konnten Personen, die seither in anderen Berufen tätig waren, im Baugewerbe eingesetzt werden. [...] Obwohl die

Baustoffversorgung im Allgemeinen etwas besser geworden ist, konnten die Wiederaufbauarbeiten nicht wesentlich beschleunigt werden, weil durch die Währungsreform vielfach die Geldmittel fehlten» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Freiburg, Zugang 1972/7, P.9 Nr. 57).

In dieser Situation war vor allem die öffentliche Hand gefordert, die jedoch zunächst nur in sehr beschränktem Umfang Mittel zur Verfügung stellen konnte. Eine gewisse finanzielle Grundlage wurde immerhin durch das im Februar 1949 beschlossene Landesgesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich und zur Förderung des Wohnungsbaus, dann durch das Soforthilfegesetz vom September 1949 gelegt. Letzteres legte die Verwendung eines Teils des Aufkommens aus der Sozialhilfeabgabe für die Wohnungsbauförderung zugunsten besonders geschädigter Personenkreise fest. Die seit der Währungsreform eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und die damit verbundene Stabilisierung der Wirtschaftslage kamen gegen Ende unseres Betrachtungszeitraums voll zum Tragen. Parallel dazu waren mehr und mehr städtebauliche und landesplanerische Bemühungen entwickelt worden, womit die Voraussetzungen für einen zügigen Wohnungsneubau geschaffen wurden, der nun, nach Behebung der grössten Wohnungsschäden, in den Vordergrund trat. Denn nichts war bei der bis ca. 1950 anhaltenden starken Beanspruchung deutscher Wohnungen durch französische Besatzungsangehörige und vor allem einem ungehemmt fließenden Flüchtlingsstrom dringender als die Schaffung neuen Wohnraums, waren doch die Unterbringungsmöglichkeiten im vorhandenen Wohnraum längst erschöpft und der Wohnungsbedarf grösser denn je. Anfang der fünfziger Jahre berichteten die Zeitungen von einer katastrophalen Situation, bei der die Benützung einer Küche durch drei Familien keine Seltenheit und durch zwei Familien etwas vollkommen Normales war. Wohnflächenberechnungen pro Person kommen für diese Zeit auf nur wenige Quadratmeter; ein eigenes Zimmer zu haben war ein besonderer Glücksfall. Diese Situation stellte an die Wohnungsämter der Orte und Kreise denn auch grösste Anforderungen, wobei die Wohnungsämter in ihrer Tätigkeit von Wohnungskommissionen unterstützt wurden, deren paritätische Besetzung mit Vertretern aus Stadtrat, Mieter- und Vermieterkreisen und mit Heimatvertriebenen nicht nur die Bemühung um Objektivität und gerechte Verteilung der Lasten und Opfer zum Ausdruck brachte, sondern auch die gemeinsame und solidarische Willensanstrengung zur Bewältigung der Probleme. Entsprechend dem Landeswohnungsgesetz vom April 1949, dessen § 1 den Wohnungsbehörden die Bewirtschaftung des Wohnraums übertragen hatte, oblag diesen neben der Wohnraumbeschlagnahme und der Mietpreisüberwachung die Erfassung, Bewertung und Verteilung der vorhandenen Wohnräume nach besonderen sozialen Kriterien, wobei die Landkreisämter die Gebäudebestände systematisch auf unterbelegten Wohnraum durchsuchten und die Wohnungskommissionen sich nur in strittigen Fällen einschalteten. Zur besonderen Aufgabe der Wohnungskommissionen aber, die allein über die Vergabe freiwerdenden Wohnraums entschieden, gehörte die Unterbringung der nach einem gewissen Schlüssel zugewiesenen Flüchtlinge, die in den seltensten Fällen sofort untergebracht werden konnten und oft zunächst in Massen- und Behelfsquartieren wie Schulen, Turnhallen oder Wirtshausäulen untergebracht werden mussten. Indem die Wohnungskommissionen eine Art Bindeglied zwischen Ämtern und Einwohnern darstellten, war es möglich, amtlich-bürokratischen Schematismus zu vermeiden

und durch die genaue Kenntnis der Verhältnisse viele Konflikte vor Ort zu lindern oder zu vermeiden, wengleich dies die Anwendung von Zwangsmitteln nicht überflüssig machte.
Die untenstehende, nach Landkreisen gegliederte Tabelle zur Wohnbevölkerung Südbadens

Die Wohnbevölkerung am 29.10.1946 und am 17.5.1939 nach Kreisen

Kreis	Wohnbevölkerung 29. 10. 1946			Wohnbevölkerung 17. 5. 1939 (Gebietsstand 29. 10. 1946)		
	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.
1. Donaueschingen	48 718	21 522	27 196	51 169	26 688	24 481
2. Konstanz						
früherer Stadtkreis Konstanz	39 286	16 529	22 757	37 700	18 102	19 598
früherer Landkreis Konstanz	70 254	30 928	39 326	68 223	32 952	35 271
3. Säckingen	43 489	19 102	24 387	43 649	21 333	22 316
4. Stockach	36 622	16 157	20 465	36 216	18 087	18 129
5. Überlingen	47 102	20 993	26 109	43 327	21 559	21 768
6. Villingen	52 877	23 188	29 689	53 960	26 871	27 089
7. Waldshut	47 422	20 938	26 484	46 070	22 611	23 459
8. Emmendingen	79 181	34 102	45 079	80 938	38 767	42 171
9. Freiburg						
früherer Stadtkreis Freiburg	93 075	39 478	53 597	110 110	51 078	59 032
früherer Landkreis Freiburg	58 594	25 922	32 672	59 214	29 573	29 641
10. Kehl	39 096	17 137	21 959	50 883	27 135	23 748
11. Lahr	62 881	26 597	36 284	66 727	32 555	34 172
12. Lörrach	91 258	39 876	51 382	95 353	46 325	49 028
13. Müllheim	40 810	17 574	23 236	42 622	21 268	21 354
14. Neustadt	35 849	15 922	19 927	33 299	15 942	17 357
15. Offenburg	74 103	31 369	42 734	74 375	35 300	39 075
16. Wolfach	42 116	18 286	23 830	42 076	20 275	21 801
17. Bühl	65 101	28 275	36 826	68 402	33 663	34 739
18. Rastatt						
früherer Stadtkreis Baden-Baden	32 434	12 788	19 646	33 166	15 102	18 064
früherer Landkreis Rastatt	81 774	35 395	46 379	92 217	46 988	45 229
zusammen	1 182 042	512 078	669 964	1 229 696	602 174	627 522
Zivilinternierte, Kriegs- gefangene, Flüchtlinge	8 799	8 679	120			
UNRRA	7 015	4 938	2 077			
Gesamtbevölkerung	1 197 856	525 695	672 161			

Quelle: Statistisches Landesamt Freiburg, Endgültige Ergebnisse der Volkszählung in Baden vom 29. Oktober 1946.

weist, sieht man einmal von dem für Nachkriegszeiten stets typischen «weiblichen Bevölkerungsüberhang» ab, keine grösseren Abweichungen auf – Hinweis darauf, dass Südbaden von den kriegsbedingten demographischen Verschiebungen nicht allzusehr tangiert worden war. Auffallend, wie sich die Bevölkerungszunahme auf die südlichen, vor allem entlang der Schweizer Grenze gelegenen Landkreise konzentrierte (Überlingen, Konstanz-Stadt und Konstanz-Land, Stockach, Säckingen, Neustadt) – gewiss auch ein Indiz dafür, dass man sich hier relativ sicher fühlte.

Solche äusseren Kontinuitäten – wie relative Bevölkerungsstabilität und intakte Stammbevölkerung – gehörten zu den Voraussetzungen einer Erfahrungsbildung, wonach es «schlimm eigentlich erst *nach* dem Kriege wurde». Neben der Ernährung und Versorgung mit Bedarfsgütern lässt sich dies nirgends so deutlich ablesen wie an der Wohnungsfrage, die sich auch in intakten Städten wegen der starken Belegung mit Besatzungstruppen bereits im Sommer 1945 zuspitzte. Im folgenden Auszüge aus einem amtlichen Schreiben vom 19. August 1945 an das Gouvernement Militaire Waldshut:

An das Waldshut, den 15. August 1945 Gouvernement Militaire.

Waldshut

Die kleine Stadt Waldshut hat, verglichen mit anderen Städten, eine so grosse Besetzung, dass auf 4-5 Einwohner ein Soldat der Besatzungsmacht kommt. [...] Als Folge der starken Belegung mit Truppen ist auch die Lage auf dem Wohnungsmarkt äusserst angespannt. Waldshut hatte schon vor dem Kriege eine ausgesprochene Wohnungsnot. Während dem Kriege konnte nicht gebaut werden, und es zogen dazu viele Waldshuter Familien, die anderwärts ausgebombt wurden, wieder in ihre Heimatstadt Waldshut zurück. Die Freimachung einer grossen Anzahl von Häuser [!] für Zwecke der Besatzungsmacht hat diese Wohnungsnot noch erheblich verschlimmert. Es wird mir auch gemeldet, dass einzelne Herren an mehreren Orten Wohnungen haben. Wenn eine Möglichkeit dazu besteht, diese vielen Quartiere einzuschränken und die beschlagnahmten Häuser, die teils nur von wenigen Personen benützt werden, besser auszunützen, so könnten Sie des Dankes der Bevölkerung gewiss sein.

Es gibt wohl noch einzelne Häuser oder Wohnungen, die vom Standpunkt der Bevölkerung und im eigenen Interesse der Besatzungsmacht noch freigemacht werden könnten. Die Bewohner dieser Häuser, vielfach alleinstehende Frauen und politisch stark belastete Personen, haben es verstanden, Offiziere der Besatzungsmacht ins Quartier zu nehmen, die dann meist Bescheinigungen ausstellen, dass die betreffenden Häuser nicht beschlagnahmt werden dürfen und Requisitionen dort nicht erlaubt sind. Es kann nicht im Interesse der Besatzungsmacht liegen,

würdelosen Frauen und politisch belasteten Personen Schutz zu gewähren. Gerade dieser Punkt hat schon sehr viel böses Blut erzeugt, und es muss leider oft eine vollständig unbelastete Familie für diese Sorte Leute, deren weitere Kennzeichnung ich mir wohl ersparen darf, notleiden.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut, Generalia P 59 231/2/2.

Manches Stadtoberhaupt jener Zeit befand sich in einem Zwiespalt: als verlängerter Arm der Besatzungsmacht war es dieser zur Loyalität verpflichtet, auf der anderen Seite erwartete die deutsche Bevölkerung die Wahrung und Berücksichtigung ihrer Interessen. Daher die seltsame Verhaltenheit so mancher Proteste gegen Anordnungen und Verfügungen der Besatzungsmacht. Fehlende Rücksicht auf deutsche Belange führte nicht allein zu Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses, sondern auch zu Verbitterung und Apathie. In den meisten Städten Südbadens nahm sich die Beanspruchung von Gebäuden durch die Besatzungsmacht wohnungsmindernder aus als die Kriegszerstörungen. In Donaueschingen bewirkte beides zusammen eine Behinderung im Aufbau einer neuen Landkreisverwaltung. Dislozierte Verwaltungen bewirkten zusätzliche Hindernisse beim Wiederaufbau. Dazu ein Lagebericht über die Zerstörung im Landkreis Donaueschingen:

Der Landrat

Donaueschingen, den 11.8.45

An das Ministerium des Innern in Karlsruhe

Die Lage in den Landkreisen

Die Wiederaufnahme des Dienstbetriebes beim Landratsamt in Donaueschingen nach Einzug der Besatzungstruppen litt ausserordentlich unter der Tatsache, dass durch den am 22. II. 45 erfolgten Angriff auf die Stadt das Amtsgebäude des Landrats vollständig zerstört wurde. Sämtliche übrigen Gebäude, die dem Landkreis gehören, waren durch die Besatzungstruppen belegt. Nur durch das Entgegenkommen der Fürstlich Fürstenbergischen Verwaltung konnte eine notdürftige Unterkunft im Fürstlichen Kammergebäude bezogen werden.

Die Landkreisselbstverwaltung war im Februar infolge der anhaltenden Fliegerangriffe nach Bräunlingen ausgewichen. Ihr Dienstgebäude ist noch heute durch die Besatzungstruppe belegt. Erst dieser Tage gelang es, in der ehemaligen Kreisleitung notdürftige Geschäftsräume für die Landkreisselbstverwaltung einzurichten. Die Zerstörungen durch Fliegerangriffe und Kampfhandlungen im Kreis Donaueschingen sind teilweise recht beträchtlich. Während der Westteil des Landkreises nur unwesentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde, sind in der Baar erhebliche Zerstörungen zu verzeichnen. Am schwersten wurden die Stadt Donau-

eschingen und die Gemeinden Behla, Fützen, Hüfingen, Ippingen, Pfohren, Sunthausen, Wolterdingen und Zimmern mitgenommen. Die Gemeinde Zimmern wurde zu $\frac{2}{3}$ zerstört.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Fasz. 2345.

Welch dramatische Verschlechterung die Wohnungssituation durch Zerstörung und Beschlagnahme erfuhr, belegt nachfolgende Aufstellung des Singener Stadtbauamtes. Besonders drastisch erscheint die Reduzierung der vor dem Kriege zur Verfügung stehenden Wohnfläche von 7,7 auf nur mehr 5,7 qm pro Kopf.

Die Stadt Singen a. H. hatte im Jahre 1938 rd. 18'100 Einwohner. Nach einer Zählung im Januar 1946 sind festgestellt worden:

18'600 Einwohner
 1'000 vorübergehend Anwesende
 230 Ausländer (Polen)

Die Bevölkerungszahl vermehrte sich um $9\frac{1}{2}\%$.

5'100 Haushaltungen in 2'219 Wohngebäuden sind im Jahre 1938 gezählt [worden]. Bei einer Nachzählung im Januar 1946 sind 5'330 Haushaltungen gezählt worden, d. s. rd. 4% mehr wie im Jahre 1938.

Es ist festgestellt worden, dass in Singen 12'700 Wohnräume mit rd. 140'000 qm Wohnfläche vorhanden waren, d. s. also 7,7 qm pro Kopf der Bevölkerung.

Durch Bombenschaden sind:

84 Wohngebäude total oder über 50% des Bauwertes,

40 Wohngebäude mit mehr als 25% des Bauwertes,

86 Wohngebäude mit weniger als 25% des Bauwertes,

210 Wohngebäude zerstört oder beschädigt worden, das sind also fast 10% aller Wohngebäude.

Für die Besatzungsbehörden und für die Unrra* sind an Wohngebäuden, Zimmer[!] bis 1.10.46 zur Verfügung gestellt:

45 Einfamilienhäuser, 139 Wohnungen	mit 980 Wohnräumen =	16'980 qm Wohnfl.,
	145 Einzelzimmer	2'000 qm Wohnfl.,
	85 Hotelzimmer	1'400 qm Wohnfl.,
für Ausländer	<u>150 Einzelzimmer</u>	<u>2'100 qm Wohnfl.</u>
	1'360 Wohnräume =	22'480 qm Wohnfl.,
Ausfall durch Bo.Schäden	<u>920 Wohnräume =</u>	<u>11'100 qm Wohnfl.,</u>
Ausfall insgesamt	2280 Wohnräume =	33'580 qm Wohnfl.

Der Abgang an Wohnungen beträgt somit nahezu 25% der vordem verfügbaren

Wohnflächen, so dass am 1.10.46 auf den Kopf der Bevölkerung noch rd. 5,7 qm Wohnfläche zur Verfügung stehen.

Singen (Htwl.), den 29. Okt. 1946

Stadtbauamt:
[Unterschrift]

⁸¹ UNRRA; vgl. Abkürzungsverzeichnis Quelle: Stadtarchiv Singen, II 1/288.

Zur Bewältigung der Entrümmung wie auch der Wiederaufbauarbeit bedurfte es vor allem eines massierten Einsatzes zahlreicher Arbeitskräfte. Sie standen jedoch nur bedingt zur Verfügung. Teilweise erwies sich auch die Bauhandwerkerschaft als wenig verantwortungsbewusst; sie folgte nicht den Prioritäten einer effektiven Wohnrauminstandsetzung, sondern arbeitete lieber auf dem Lande für Naturalien und Tauschartikel. Um dem Mangel an Hilfskräften für einen zügigen Aufbau abzuwehren, riefen die Städte mit unterschiedlichem Erfolg und unterschiedlichen Erfahrungen die Bevölkerung zur Mithilfe auf. Während Städte wie Villingen wie im folgenden Aufruf auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzten, versuchte man es in Singen und vor allem in Freiburg mit seinem ungleich höheren Zerstörungsgrad durch einen Appell an das Verantwortungsbewusstsein *und* mit Zwangsverpflichtung. Das Freiburger Wiederaufbaubüro konnte sich dabei auf ein Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 11. September 1945 stützen, das eine zwangsweise Heranziehung von Arbeitskräften, wie sie auch die Verordnung zur «Sicherung des Arbeitskräftebedarfs vom Oktober 1938» vorsah, für «unbedenklich auch unter den heutigen Verhältnissen» befand.

Aufruf

an die Einwohner der Stadt Freiburg zur Mitarbeit bei der Schutträumung und beim Wiederaufbau.

Schon seit Beendigung des Krieges sind in unserer so schwer heimgesuchten Stadt viele Kräfte am Werk, um wenigstens die vordringlichsten Aufgaben zu meistern. Vieles ist schon geschaffen worden: u.a. sind alle wichtigen Strassen wenigstens behelfsmässig aufgeräumt, alle Wohngebiete sind wieder mit Wasser, Gas und Strom versorgt, tausende Berufstätige bringt die Stadt. Strassenbahn täglich zu den Arbeitsstätten und zurück. Aber noch unermessliche Arbeit ist zu leisten, bis der von uns allen so sehnlichst erwünschte Wiederaufbau beginnen kann. Da gilt es vor allem, sobald als möglich planmässig die Trümmer und die Schuttmassen wegzuräumen; sie bilden eine ständige Seuchengefahr für die Bevölkerung und stehen dem künftigen Wiederaufbau der Häuser im Wege. Noch brauchbare Baureste, Baumaterialien und sonstige verschüttete Werte müssen vor völliger Vernichtung geschützt werden; die Grünanlagen der Stadt, die der Erholung der Bürger dienen, und die verwüsteten Friedhöfe, auf denen unsere Vorfahren

Bürger Villingens

Deutschland blutet aus tausend Wunden.
Städte und Dörfer sind in ungeheurem Maße zerstört.

**Wir Villingen gehören zu den Glücklichen,
deren Stadt noch lebt und arbeitet!**

Gering sind unsere Kriegsschäden.
Diese gilt es zu beseitigen

damit der alte Ruf Villingens als schöne und saubere Stadt aufs neue entsteht. Bürger Villingens, wir rufen Euch auf, insbesondere die ehem. Mitglieder der NSDAP. und deren Organisationen.

hilft alle mit
durch freiwilligen Arbeitseinsatz!

So erspart Ihr Euch den Zwang.

**Meldestellen in allen Betrieben und bei der Bezugseinstelle, Zimmer 2,
schriftlich oder mündlich.**

Wer glaubt, durch irgendwelche Behinderung Aufräumarbeiten nicht verrichten zu können, soll einen angemessenen finanziellen Beitrag leisten. Dieser Beitrag dient zur guten Entlohnung der bei der Aufräumung eingesetzten Arbeitskräfte.

Meldeschluss: 15. Mai 1946.

Villingen, den 7. Mai 1946.

der Bürgermeister: Hartmann.

Schwarzwälder Tagblatt, Villingen 2000.

Aufruf des provisorischen Bürgermeisters von Villingen zur Beseitigung der Kriegsschäden.

und Gefallenen ruhen, müssen wieder hergerichtet werden. Mit den augenblicklich zur Verfügung stehenden Arbeitskräften sind diese Aufgaben nicht zu meistern. Wir haben keine Hilfe von aussen her zu erwarten, wir müssen uns selbst helfen! Ich rufe deshalb alle arbeitsfähigen männlichen Einwohner der Stadt vom 16. bis 60. und alle weiblichen vom 16. bis 45. Lebensjahr auf, sich alsbald zum Ehrendienst bei den unten genannten Stellen zu melden. Die Arbeiten sind so mannigfaltig, die Arbeitszeit so kurz, der Arbeitsplatz so nahe, dass sich niemand der Mitarbeit entziehen wird. Wo Strassen aufzuräumen sind, werden zuerst die dort wohnenden Männer und Frauen eingesetzt. Betrieben, Behörden und Privatpersonen kann das Wiederaufbaubüro auf Antrag gestatten, nach Weisung der städtischen Bauleitung zunächst ihre eigenen Grundstücke durch ihre Bediensteten und Angehörigen unter Anrechnung auf die zu leistende Gemeinschaftsarbeit selbst aufzuräumen. Wer mitarbeitet, ist gegen Unfall versichert; wer auf Verdienst angewiesen ist, erhält auf Antrag seinen Lohn. Allen, die ihrem Ehrendienst nachgekommen sind, stellt das Wiederaufbaubüro auf Antrag eine Bescheinigung hierüber aus. Als Mindestleistung zur Erlangung dieser Bescheinigung werden gefordert:

1. Von vollbeschäftigten politisch nicht belasteten Personen 7 Arbeitstage
2. Von nicht oder nicht vollbeschäftigten, politisch nicht belasteten Personen 14 Arbeitstage
3. Von vollbeschäftigten Angehörigen der NSDAP und ihren Gliederungen 21 Arbeitstage
4. Von nicht oder nicht vollbeschäftigten Angehörigen der NSDAP und ihren Gliederungen 28 Arbeitstage

[...]

Freiburg i. Br., 12. Juni 1946.

Der Oberbürgermeister.

Die unterzeichneten Vorstände der politischen Parteien Freiburgs und der Gewerkschaften begrüßen den Aufruf des Oberbürgermeisters und Stadtrats und schliessen sich ihm vorbehaltlos an. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, dass die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung sich an dem notwendigen Aufbauwerk unserer Heimatstadt beteiligen wird.

Für die Christlich-Soziale Volkspartei: Benz

Für die Sozialistische Partei: Geiler

Für die Demokratische Volkspartei: Goldschagg

Für die Kommunistische Partei: Müller

Für die Gewerkschaften: Kappes.

Aus: «Badische Zeitung», 18. 6. 1946.

Freiburg war die einzige Stadt des Landes Baden, für die sich das Problem Neuaufbau oder Wiederaufbau stellte. Von den über 9'000 Wohngebäuden mit knapp 30'000 Wohnungen waren 2'100 beziehungsweise 6'050 völlig zerstört, 5'250 beziehungsweise 1'670 schwer beschädigt. Infolge der starken Beschlagnahme von Wohnungen für französische Besatzungstruppen stieg die Zahl der Wohnungssuchenden trotz laufender Instandsetzungen im Herbst 1946 auf rund 4'000. Die Bereitstellung eines ausreichenden Freiwilligenkontingents und einer effektiven Stamarbeiterschaft bereitete in Freiburg stets grösste Probleme. Mit § 17 Absatz 4 der «Badischen Gemeindeordnung» vom 25. März 1947 erhielten die Behörden dann endlich eine weniger problematische Rechtsgrundlage für die Zwangsverpflichtung von Gemeindebürgern, als die Verordnung von 1938 sie darstellte. Anlässlich einer Ausstellung über die geleistete Wiederaufbauarbeit stellte der Freiburger Oberbürgermeister Hoffmann am 23. April 1947 das Zurückbleiben Freiburgs vor allem auf dem Gebiete der Trümmerbeseitigung gegenüber vergleichbaren Städten fest. Dies war freilich auch durch die relativ späte Bombardierung Freiburgs Ende 1944 bedingt, als für nennenswerte Aufräumarbeit weder Hilfsmittel noch Hilfskräfte mehr zur Verfügung standen. So waren bei Kriegsende gerade erst die Hauptstrassen für einbahnigen Verkehr geräumt, und die 15 Monate bis Sommer 1946 wurden im Wesentlichen für die Enttrümmerung der Strassen ausserhalb des Totalschadensgebietes und der Nebenstrassen benötigt.

Betr. Mitarbeit der Freiburger Bevölkerung bei der Trümmerbeseitigung

Die Ausstellung im Kaufhaussaal gab uns Gelegenheit, den Behörden, Betrieben und der Bürgerschaft einen Einblick in die Arbeit der Stadt auf dem Gebiete des Wiederaufbaus und der Stadtplanung zu gewähren. [...] Bei Aussprache mit Besuchern der Ausstellung aus anderen Städten der französischen und amerikanischen Zone konnten wir feststellen, dass Freiburg wohl auf dem Gebiete der Planung mit an der Spitze steht, dass wir aber auf anderen Gebieten, vor allem bei der Trümmerbeseitigung, von anderen mit Freiburg vergleichbaren Städten weit überflügelt werden. Wir haben zwar auch auf diesem Gebiete die *allererdenklichsten* Anstrengungen gemacht und können uns, was Organisation und Gerätebeschaffung anbelangt, mit anderen Städten durchaus messen. Unsere Bemühungen blieben aber bisher ohne praktischen Erfolg, weil es noch nicht gelungen ist, wenigstens etwa 150 Stamarbeiter und 400-500 freiwillige Arbeitskräfte täglich für die Trümmerbeseitigung zu gewinnen. Wir hatten gehofft, aus dem Interniertenlager 150 Mann zugeteilt zu bekommen, unsere Anträge wurden aber bisher leider abgelehnt.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Freiburg, Zug. 1972/7, Nr. 56 P 9.

Arbeitsleistungen im Wiederaufbauprogramm wurden auch dadurch gesichert, dass die Vergabe von Studienplätzen an die Absolvierung von Arbeitseinsätzen gebunden war. Eine Studentin aus Baden-Baden berichtet in einer Zeitung ihrer unzerstörten Heimatstadt, welche Erfahrungen sie bei Aufräumungs- und Entrümmungsarbeiten in Freiburg gemacht hat.

Zwischen Freiburg und Baden-Baden

Meinen Arbeitseinsatz habe ich für dieses Semester auch hinter mir: 56 Stunden Bauarbeit. Ich habe Steine geklopft, d.h. von alten Ziegelsteinen den Mörtel entfernt, um sie wieder brauchbar zu machen. Am Abend des ersten Tages konnte ich meine Hand nicht mehr gerade biegen, weil ich noch nie einen ganzen Tag lang einen Hammer geschwungen hatte, aber zum Schluss gings dann leidlich, und unser Polier stellte fest, dass ich das Backsteinputzen jetzt könne. Es ist der erste Arbeitseinsatz, um den ich mich nicht gedrückt habe. Vielleicht sogar aus Prinzip: denn diese Arbeiten müssen sein, und wer soll sie machen, wenn nicht wir, die wir (egal, wieviel Jahre wir zählen) die Jugend genannt werden. Am Westwall habe ich aus denselben Gründen nicht «geschipp»: Ich war restlos überzeugt von der Sinnlosigkeit dieser Arbeiten. [...]

Denen aber, die mit mitleidigem Lächeln behaupten: da kommt ja doch nichts dabei heraus, kann ich jetzt aus Erfahrung sagen: es kommt etwas dabei heraus. Rein praktisch: die Mauer, die aus den von unserem Trupp geputzten Ziegeln gebaut wurde, haben wir entstehen sehen, und wir sahen im Geiste viele andere Mauern entstehen, wir wussten in diesen Tagen: wir bauen auf. Und das ist doch das Entscheidende in der heutigen Zeit: Der Wille zum Aufbau.

Wenn man hier die Trümmerfelder sieht, könnte man verzagen. Man kann sich nicht vorstellen, dass da wieder einmal Menschen wohnen sollen. Man denkt nur schauernd: hier haben einmal Menschen gewohnt; man sieht auf den Trümmern mitten in der Stadt Grabkreuze, mit Blumen geschmückt; man sieht hinunter in zweistöckige Keller, die glatt durchschlagen wurden. Und dann kommt einem eigentlich erst zum Bewusstsein, welch ungeheuren Dusel man hatte, dass man diese sechs Jahre des Grauens lebend überstanden hat. Und von da ist es eigentlich nur ein Schritt bis zu der Erkenntnis, dass diese Tatsache auch eine Verpflichtung bedeutet.

Aus: «Badener Tagblatt», 29. Juni 1946.

Neben personellen und maschinellen Engpässen (kaum Facharbeiter und wenig Hilfskräfte, veralteter bzw. dezimierter Baumaschinenbestand) stellte die Knappheit an Baustoffen sowie aufbaunotwendigen Bedarfsgütern das dritte grosse Hemmnis für einen zügigen Wiederaufbau dar.



Studentinnen bei Aufräumarbeiten im Institutsviertel Freiburgs.

Mit der «Wirtschaftlichen Anordnung Nr. 4», bekanntgegeben in der ersten Nummer des Amtsblatts der Militärregierung vom 6. Juni 1945, war jede Benützung von Baumaterialvorräten ohne vorherige Genehmigung generell verboten worden; Sammelanträge der Gemeinden konnten an das Militärgouvernement in Freiburg gerichtet werden. Doch längst nicht alle Baustoffe waren für Wiederaufbauzwecke verfügbar, so dass Gemeinden und Kreise vorwiegend selbst Einfallsreichtum und Unternehmungsgeist beweisen mussten. Ein Bericht für den Kreis Lahr stellt die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus vor dem Hintergrund der schwerwiegenden Materialkrise dar.

Nach vorsichtigen Schätzungen beträgt die Zahl der vollkommen und schwer beschädigten Gebäude [im Kreis Lahr] 600. Dies bedeutet einen Ausfall von rd. 500

Wohnungen. 3'000 mittelschwer und leicht beschädigte Gebäude gezählt. 1'800 Wohnungen befinden sich darunter, die in Mitleidenschaft gezogen sind.

Erfreulicherweise haben viele Eigentümer nicht zugewartet, sondern im Wege der Selbsthilfe mit der Instandsetzung begonnen. Dadurch wurde rund ein Drittel der beschädigten Wohnungen wiederhergestellt.

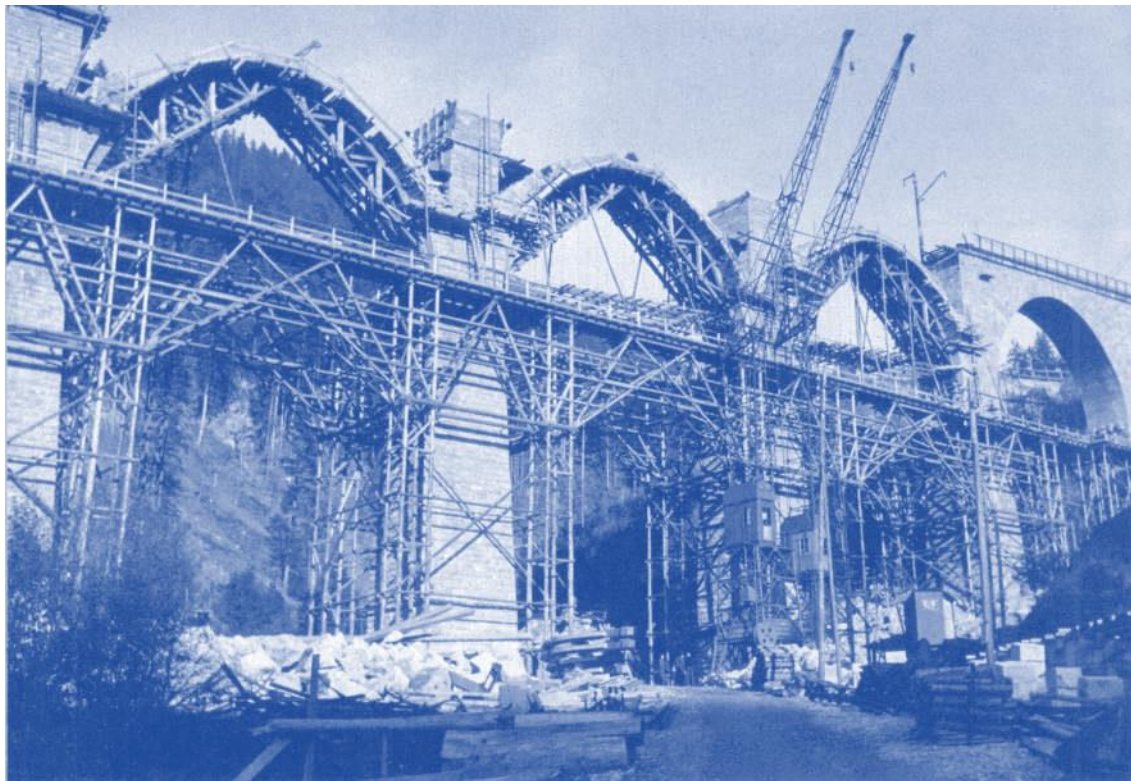
Die Frage des Wiederaufbaus ist noch nicht geregelt. Es ist sicher, dass bei der Zuteilung von Baustoffen andere Kreise und Städte, welche erheblich stärkere Zerstörungen aufweisen, zuvor berücksichtigt werden. Die Materialbeschaffung selbst ist durchaus nicht leicht und leidet z. Zt. stark unter dem Waggonmangel. Schon seit einiger Zeit werden mit den massgebenden Stellen Verhandlungen geführt, um die wichtigsten Baustoffe wie Backsteine, Ziegel, Kalk, Zement, Gips, Glas, Holz, Eisen u. dergl. zu erhalten. Die Zuteilungen müssen sich nach dem Schadensumfang und dem Grade der wirtschaftlichen Bedeutung richten. Einige Baustoffe, wie Kalk, Zement und Gips wurden bereits zugewiesen, wenn auch in bescheidenem Masse. Damit ist der erste Schritt getan, und es bestehen berechnete Hoffnungen für eine günstige Entwicklung.

Wehrmacht und Volkssturm haben mit sinnlosen Massnahmen versucht, die Alliierten aufzuhalten, so z.B. auch durch Brückensprengungen. Im Landkreis wurden 21 kleinere und grössere Brücken auf diese Weise zerstört. Hiervon konnten 9 Notbrücken bereits wieder dem Verkehr übergeben werden, 3 Notbrücken werden demnächst fertiggestellt. Schwierig gestaltet sich auch hier die Materialbeschaffung. Allein eine etwa 21m lange vernichtete Brücke auf Gemarkung Rust bedeutet für die Bauern einen Umweg von 12 Kilometern zu einem Feld von rd. 100 ha Grösse.

Von den 164 Industriebetrieben im Landkreis Lahr wurden 21 durch Kriegseinwirkung beschädigt. Im Durchschnitt beträgt der Stand der Beschäftigung etwa 20-45%; die kleineren und mittleren Zigarrenfabriken, die jetzt erst wieder zu arbeiten beginnen, sind bei dieser Zahl nicht berücksichtigt. Die Industriebetriebe leiden allmählich unter Rohstoffmangel. Diesem wird mit allen Mitteln entgegen gearbeitet. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr; Militär- und Kriegssachen, die Verhältnisse des Kreises Lahr nach den Kriegseinwirkungen.

Der folgende Rechenschaftsbericht des Singener Stadtbaumeisters an den Bürgermeister der Stadt beschreibt zusammenfassend die mühsamen Anfänge der Reorganisation des Bauamtes, das fehlende Verständnis von Seiten mancher Bewohner und Handwerker für die dringenden Erfordernisse des Wiederaufbaus, aber auch das eigene Lavieren am Rande des Erlaubten (Beschaffung auf dem Kompensationswege) und gelegentliche Kompetenzüberschreitungen, damit sich überhaupt etwas bewegte.



Der beeindruckende Ravenna-Viadukt über das Höllental war im April 1945 von der Wehrmacht gesprengt worden. 60 zur Sühneleistung abkommandierte Kriegsgefangene bauten ihn 1947/1948 wieder auf, wobei neue Sprengkammern nicht vergessen wurden.

Stadtbauamt

Singen (Hohentwiel), 30. September 1946

Abt. Pf./He.

Bericht an den Herrn Bürgermeister.

Wir beginnen einen Bericht über die Tätigkeit des Bauamts aus der Zeit, da dieses durch den Druck der Verhältnisse zu einer initiativlosen Verwaltungsstelle gemacht worden ist. Die städt. Betriebe, «der Bauhof», war ausgepumpt. Es fehlte sowohl an Leuten, an Materialien, an Werkzeugen und anderem mehr. Ein Gross-
teil der schaffenden Kräfte vom Bauamt und vom Bauhof war noch in den Gefangenenlagern.

Grosse Aufgaben waren übergenug vorhanden. Die letzten Tage des Krieges brachten dazu noch viele Zerstörungen an öffentlichen und privaten Einrichtungen.

Die Besatzungen rückten an, und unter deren Druck wurde dem Bauhof fast Unmögliches aufgebürdet.

Das Handwerk und dessen Betriebe waren nahezu aufgelöst und gaben zunächst wenig Hilfe.

An Stelle der Zwangsleistungen ist dann die Arbeitspflicht ins Leben gerufen worden; sie fand wenig Verständnis, und mit grossen Mühen kam sie in Gang.

Die Räumungsarbeiten wurden wieder begonnen.

Für den Ausbau der zerstörten Entwässerungskanäle, für Wiederherstellung der Wasserleitungen und Gasleitungen ist aus orts[an]sässigen Unternehmen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden. Ein massierter Einsatz wurde aber nie ermöglicht, weil die Aufgaben für die indessen entstandenen Militärstellen sich mehrten, so dass zeitweilig der gesamte vorhandene Leistungsapparat zum Herrichten von Unterkünften, Aufstellen von Baracken, Tribünen und hundert anderen Dingen eingesetzt werden musste.

Die Rückkehrer mehrten sich. Auch einzelne Herren vom Stabe des Bauamtes fanden sich wieder ein. Die Handwerker wurden gesammelt. Wir fingen an, die Aufgaben zu verteilen, sie fachlich und sachlich zu führen. Das «Bauamt» konnte die Führung wieder an sich nehmen, was umsomehr wichtig war, als 80% und mehr aller Leistungen und damit die Kosten für Anforderungen der Militärregierung auf Rechnung der Stadtverwaltung gingen. [...]

Eine Hauptsorge und ein wesentlicher Bestandteil im Aufgabenkreis des Bauamtes wurde und blieb die Beschaffung von Materialien, also die der Baustoffe aller Art; dazu die Ergänzung der Geräte und der Werkzeuge, die ja die Voraussetzung jeder Leistung bilden. [...]

Wir mussten handeln, da die Zeit kein Verhandeln mehr zuließ. Wir mussten also den Weg suchen, den die Werkbetriebe seit Langem beschritten haben. Diese waren uns aber weit voraus. Wir konnten auch nichts bieten als unsere Not. Es gelang uns aber, zu überzeugen, und mit ganz ganz kleinen Erfolgen fingen wir an, uns zu bescheiden.

Wir nutzten jede Gelegenheit und fanden die wesentlichste Unterstützung durch Holzlieferungen. Damit öffneten sich uns neue Perspektiven und fanden damit endlich den Boden für einen realen Beginn. Es ging bergauf – machmal auch wieder bergab, zumal ein wesentlicher Teil der gesammelten Baustoffe für uns unproduktiv verloren ging.

Wir waren aber unermüdlich besorgt, den Bestand wieder aufzufüllen und ihn zu mehren. Dadurch bekamen wir eine Handhabe, wichtige Baustoffe gegen noch wichtigere auszutauschen. Wir begaben uns also mit Wissen und mit Einverständnis des Bürgermeisters und des Gemeindegremiums in das Gebiet der Kompensationen und erhielten, als Beispiel, für Holz Glas und anderes mehr.

So konnten wir nun beginnen und den geschädigten Bürgern greifbare Hilfe bieten.

Wir beschafften trotz widrigsten Transportverhältnissen und anderen Erschwernissen Kalk – Cement – Gips – Nägel – Dachpfannen usw. – alles von den hundert

Dingen, die zum Bauen gehören. Wir haben richtig vorausgeschaut. Mit den wieder in Gang gebrachten amtlichen Stellen wurden kleine Erleichterungen, aber neue Erschwernisse ins Land getragen. Wir liessen uns aber nicht stören, trotz vielen Anklagen und Verdächtigungen. Wir glaubten unser Tun einer guten Sache gebracht zu haben, was auch unsere Absicht war.

Das Bauamt konnte einen wesentlichen Beitrag zu einer fast reibungslosen Abwicklung der Bauaufgabe für die Besatzungsbehörden leisten. Damit konnten wir auch von diesen Stellen des öfteren deren Unterstützung in der Beschaffung von Materialien erhalten.

Unser Hauptaugenmerk lenkten wir jetzt langsam aber sicher auf die Abstellung der zivilen Fliegerschäden, trotzdem unsere Willen[!] durch amtliche Bestimmungen im Laufe der Zeit arg beschnitten worden sind. Das Bauvolumen wurde auf RM 500,- für eine Schadenstelle festgesetzt – ein Betrag, der unter den gegebenen Verhältnissen äusserst gering ist. [...]

Quelle: Stadtarchiv Singen II 1/288.

Um die Gemeinden und Kreise beim notwendigen Aufbau zu unterstützen, richtete das Badische Staatskommissariat für den Wiederaufbau mit Sitz in Freiburg sogenannte «Wiederaufbauausschüsse» ein. Durch enges Zusammenwirken der betroffenen Personenkreise mit den planenden und ausführenden Aufbaugruppen sowie deren Anbindung ans Badische Staatskommissariat sollte ein systematischer Wiederaufbau nach einheitlichen Gesichtspunkten ermöglicht werden. Jeden Monat verfasste der Freiburger Oberbaudirektor einen Rapport über die abgeschlossenen Wiederaufbauarbeiten. Hier der erste Teil eines solchen Berichts für August 1948, betreffend die Wiederinstandsetzungsarbeiten an städtischen Einrichtungen.

Freiburg i. Brsg., den 1. Sept. 1948

Kurzbericht

des Wiederaufbaubüros der Stadt Freiburg i. Breisgau über den Fortgang der Wiederaufbauarbeiten innerhalb seines Aufgabengebietes im Monat August 1948.

1. Tätigkeit der städt. Ämter und Werke

Elektr. Werk:

Hochspannungskabel vom Kaufhaus (Münsterplatz) nach dem Schwabentor neu verlegt.

Beseitigung von 81 Störungen im Stadtgebiet. Anschluss der Holzhäuser in der Mooswalsiedlung in Angriff genommen.

Überholung verschiedener Transformatorenstationen. Strassenbeleuchtung in der

Oberwihre und dem Waldseegebiet instandgesetzt. Arbeiten werden noch fortgesetzt.

Gas- u. Wasserwerk:

Laufende Rohrinstandsetzungsarbeiten. Reparaturen an beschädigten Gas- und Wasserzählern.

Fuhrpark:

Innenausbau der 4 am Elefantenweg erstellten Holzhäuser bis auf Malerund Tapezierarbeiten fertiggestellt. Bau der Kanalisation zu $\frac{2}{3}$ durchgeführt. Arbeiten am Werkstattgebäude weiter betrieben.

Heizungsabteilung:

Heizung für die 4. Baracke auf der Hochallee fertiggestellt, dadurch Gesamtanlage betriebsfertig.

In der Kyburg (Spruchkammer) Kesselmontage beendet.

In den Kammerspielen Änderungen an der Heizanlage vorgenommen.

Im Krematorium auf dem Friedhof Verbrennungsofen instandgesetzt.

Im alten Rathaus Heizkörper geborgen und instandgesetzt.

Ferner laufende Reparaturen an den Heizanlagen der städt. Gebäude ausgeführt.

Stadt. Strassenbahn:

Laufende Instandsetzungsarbeiten an den Gleiszonen sowie der Motorwagen und Omnibusse weitergeführt.

Tiefbauamt:

5 weitere Tiefkanäle instandgesetzt. 5 weitere in Angriff genommen.

Trümmerbeseitigung:

Bei einer durchschnittlichen Zahl von täglich 200 Stammarbeitern und 7 sonstigen Hilfskräften (Selbstberger etc.) wurden folgende Leistungen erzielt:

- a) Sicherungsmassnahmen: Einsturzgefahr an 13 Gebäuden beseitigt, anfallende Baurümmer aufgeräumt und abtransportiert.
- b) Strassenräumung: Restlicher Schutt in der Bertoldstrasse sowie am Treppenaufgang von der Hugstetter- nach der Stefan-Meier-Strasse beseitigt.
- c) Grundstücksräumung: Räumungen in der Weber-, Kaiser-Josef- und Salzstrasse fortgesetzt. Feuerlöschteich in Haslach eingeebnet. Mit der Einebnung des Panzergrabens im Stühlinger begonnen.
- d) Trümmerverwertung: An Materialien wurden geborgen bzw. aufbereitet:

Backsteine 68'950 Stück

Sand 4,5 cbm

Splitt 27,0 cbm

Bruchsteine 51,5 cbm

T-Träger 1'200 kg

Schrott Meldung der Fa. Roeder liegt noch nicht vor.

Die Gesamtmenge an beseitigtem Trümmerschutt betrug im Monat August 1948 7'512 cbm.

Die Gesamtzahl der von der Arbeitsgemeinschaft Ohmes, Fröhlich und Terrachemie auf dem Karlsplatz hergestellten Ziegelsplittsteine betrug 85'000 Stück.

Quelle: Stadtarchiv Freiburg, C5/3154.

Mit Schreiben vom 19. Juni 1946 verfügte das Ministerium des Innern, dass die zugeteilten Baustoffkontingente «vorläufig nur für die vordringlichsten Instandsetzungen von Kriegsschäden an Wohn- und öffentlichen Gebäuden sowie an landwirtschaftlichen Gebäuden zu verwenden» seien. Es könnten zur Zeit nur die leichter beschädigten Gebäude mit weniger als 25% Schaden instand gesetzt werden und nur insoweit, als dies für eine provisorische Benützung unbedingt erforderlich sei. Schönheitsreparaturen hätten auf jeden Fall zu unterbleiben. So sinnvoll diese Anordnung zur Gewinnung möglichst vielen Wohnraums mit möglichst geringen Mitteln war – die von den Bombenschäden am meisten Geschädigten kamen dabei besonders schlecht weg. Sie mussten nicht nur auf Instandsetzungsarbeiten an den eigenen Häusern verzichten, sondern auch noch verwendbares Trümmermaterial zur Verwendung bei leichtgeschädigten Häusern bereitstellen. Um ihre Probleme in wirksamerer Weise zu vertreten, gründeten die Fliegergeschädigten Badens einen eigenen Verband. Auf ihrer Mitgliederversammlung im Sommer 1947 formulierten sie ihre Ansprüche in einer Entschliessung.

Bund der Fliegergeschädigten in Baden

Union des Sinistrés du Pays de Bade

Entschliessung

[gefasst auf der Mitgliederversammlung in Freiburg am 7. Juni 1947]

1. Die Versammlung stellt mit lebhaftem Bedauern fest, dass die Nöte und Schwierigkeiten der Fliegergeschädigten und Evacuierten weder bei den Behörden noch in der Presse oder bei der nichtbetroffenen Bevölkerung die nötige Beachtung finden. Im Interesse der sozialen Gerechtigkeit und des Bürgerfriedens fordert sie Schutz vor Ausbeutung, Willkür und Rücksichtslosigkeit und, dass Fliegerschädigte und Evacuierte bevorzugt berücksichtigt werden. Alle Behörden, insbesondere die Wirtschaftsämter, sind anzuweisen, das schwere Los dieser Kreise nach Möglichkeit und besten Kräften zu erleichtern.
2. Die Versammlung fordert die unverzügliche Durchführung eines Gesetzes über Erfassung, Schaffung und Zurverfügungstellung von Hausrat und lebensnotwendigen Gegenständen. Sie wünscht, dass Mieten oder Kaufpreise hierfür im Bedürftigkeitsfalle aus öffentlichen Mitteln vorgeschossen und in allen Fällen Mieten, Kaufpreise oder Vorschüsse auf die künftige Entschädigung im

- Lastenausgleich angerechnet werden. Ebenso kann die Möbelabgabe auf den künftigen Lastenausgleich angerechnet werden.
3. Die Versammlung fordert, dass in den Wohnungs- und Wirtschaftsausschüssen der Bund der Fliegergeschädigten vertreten ist und bei der Nachprüfung der Wohnräume, die Belange der Fliegergeschädigten und Evacuierten, sowohl für Räume wie für Einrichtungsgegenstände vorangestellt und auch auf die Zurverfügungstellung ungenützten Hausrats in entsprechender Form Bedacht genommen werden muss.
 4. Als vordringliche Aufgabe fordert die Versammlung die sofortige Wiederinstandsetzung von Wohnraum und Werkstätten. Unter keinen Umständen und Ausnahmen darf Wohnraum zu Büro- oder Verwaltungszwecken benutzt oder umgebaut werden. Der Wohnraum-Ausbau sowie die Rückführung zweckentfremdeten Raumes ist in jeder Weise zu fördern und mit allen Mitteln zu betreiben. Durch Entrümmerung anfallendes wie neuwertiges Baumaterial darf nur zum Wohnraum- und Werkstatt-Ausbau und zur Existenz-Sicherung Total-Geschädigter verwendet werden. Die Fliegergeschädigten erwarten, dass in allen Orten, die durch Kriegseinwirkung besonders gelitten haben, diese Forderungen beachtet und nachdrücklich erfüllt werden.
 5. Solange lebensnotwendige und der Existenzhaltung dienende Güter in nur geringem Ausmass hergestellt werden können oder als Reserven und Ausweichlager verfügbar [sind], sind diese ausschliesslich den Fliegergeschädigten und evacuierten Kriegsgeschädigten vorzubehalten und mittels einer im Land Baden, frz. Zone, gültigen, die Bedarfsnorm festlegende Bezugskarte, nur an Geschädigte auszugeben.
 6. Die heute auf vielen Gebieten noch vorhandenen Härten gegenüber den Geschädigten müssen durch geeignete Massnahmen entsprechend den Vorschlägen des Bundes beseitigt werden.
 7. Die Versammlung richtet an die zuständigen deutschen Stellen und an die Militärregierung die dringliche Bitte, durch Vermögens- sowie Schadensfeststellung in sozial gerechter Weise den Lastenausgleich vorzubereiten und zu sichern.

Bund der Fliegergeschädigten in Baden

Vorsitzender
[Unterschrift]

Schriftführer
[Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Singen, II 1/293.

Auch wenn die Voraussetzungen für einen eigentlichen Wiederaufbau vor der Währungsreform noch nicht gegeben waren, so entstanden doch ab 1947 grundsätzliche Diskussionen darüber, wie in Zukunft gebaut werden und welche städtebaulichen und städteplanerischen Leitlinien da-

bei beachtet werden sollten. Das folgende Exposé aus dem Stadtbauamt Singen nimmt einige der grundlegenden Elemente vorweg, denen der ab 1950 verstärkt einsetzende Neubau von Wohnungen dann verpflichtet war: die Normierung von Wohnungen, die Konzentration auf den Massenbau und den Verzicht auf eine eigentliche Lenkung der Bauwirtschaft.

Anden
Herrn Bürgermeister Diez
Singen/H.
Pf./He.

9. Januar 1947

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für die Beschaffung von Wohnraum, oder besser gesagt zur Herstellung von Wohnungen, möchte ich Ihnen einige techn. Ausführungen anzeigen, die für die Durchführung der kommenden Massnahmen überlegungswert sind. [. . .]

Wir müssen annehmen, dass die überwiegende Zahl der Hausbesitzer einen weiteren Ausbau der brachliegenden oder für Nebenzwecke dienenden Nutzflächen nicht wünscht. Sie stellen sich einem Zuzug weiterer Mitbewohner entgegen, was in manchen Fällen zu verstehen ist. Wir können uns aber mit solchen Meinungsäusserungen nicht zufrieden geben und müssen nun überlegen, was wir machen können. Meines Erachtens fehlt z. Zt. eine rechtliche Grundlage, die uns die Durchführung dieser Massnahmen ermöglicht. Wir müssen dann auch die Kostenfrage ventilieren, denn eine Rendite der angewandten Baukosten wird sich durch die Mieteinnahmen nicht ermöglichen lassen. Wir müssen also von vornherein einen Kostenzuschuss einbringen und diese Ausgleichmittel rechtzeitig zur Verfügung stellen. [. . .]

Was nun wichtig ist, um überhaupt die Durchführung solcher Massnahmen zum Erfolg zu führen, ist die scharfe Zusammenfassung aller vorhandenen Arbeitskräfte. Diese Grundlage müssen wir also jetzt schon herstellen und sie wird nicht leicht sein. Der Grossteil der Handwerksbetriebe lehnt die Übernahme solcher Arbeiten zur Zeit ab. Ihre Ausflüchte sind ja bekannt (Prioritätsaufträge). Es ist also nicht immer der Mangel an Arbeitskräften schuld, sondern die Verzettlung dieser Leistungen, die der heutigen soz. Not keineswegs Rechnung trägt.

Wir müssen also diese Kreise zur Einsicht erziehen und gegebenenfalls Mittel suchen, die sie zu diesen Leistungen zwingen kann. Ich möchte vorschlagen, dass in nächster Zeit die Handwerker, Baustoffhändler und Architekten zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen werden, in der die Wichtigkeit der Massnahme klar vor Augen geführt wird. [. . .]

Wir wollen uns von vornherein vor einer übermässigen Lenkung der Bauwirt-

schaft hüten. Diese Lenkung verspricht ebensowenig einen Erfolg wie die jetzt durchgeführten amtlichen Baustoffzuteilungen und vor allem deren Methoden. Diese Einrichtungen sind nichts anderes als wirtschaftliche Lähmungen und [es] ist vor allem die Art ihrer Anwendung scharf zu bekämpfen. Wir müssen an allen Stellen, die uns übergeordnet sind, den Misserfolg dieser amtl.[ichen] Lenkungen und Bevormundungen anzeigen und vortragen.

Die umfassendste und daher die ausgiebigste Massnahme für die Beschaffung von Wohnraum ist selbstverständlich der Neubau von Wohnungen. Dazu fehlen uns z. Zt. die hauptsächlichsten Baustoffe. Wir haben aber vordem eine Reihe grundlegender Massnahmen durchzuführen, die erst einen Wiederaufbau der Schadensgebiete gestatten. Vor allem ist nun eine Sondierung des erforderl. Bautyps rechtzeitig zu veranlassen, weil wir ja heute gut und doch billig bauen müssen. Um eine Normung kommen wir also nicht herum. Wir müssen dann auch überlegen, wer der Träger der ganzen Aufgabe sein wird, denn ein Einzelner kann und wird nicht bauen. Auch müssen wir uns endlich freimachen von dem Gedanken, dass Einzelhäuser eine ideale Lösung der Wohnungsnot bringen würden. Die Kosten für die Erstellung dieser sind heute nicht mehr tragbar. Auch sind die Unterhaltungskosten derart, dass sie auf die Dauer von finanziell schwächeren Besitzern nicht getragen werden können. [. .]

[Handzeichen]

Quelle: Stadtarchiv Singen II 1/293.

Aus der Art der Zerstörung Freiburgs heraus wurden grundlegende Überlegungen über den Wiederaufbau der Stadt entwickelt. Die Planungsbehörden entschieden sich für einen historischen Wiederaufbau, der sich «baukünstlerisch weitgehend an die Freiburger Tradition» (Bruecher, S. 78) hielt. Grundlage und Ausgangspunkt war nach einem «Bericht über den Wiederaufbau in Freiburg nach dem Stand vom 1. September 1946» von Oberbürgermeister Hoffmann ein Generalplan, der «alle Planungen für den eigentlichen Wiederaufbau mit denjenigen der Stadterweiterung zu einer organischen Einheit zusammenfasst, sich mit allen dabei auftretenden baulichen, technischen, wirtschaftlichen, finanziellen, rechtlichen und kulturellen Aufgaben auseinandersetzt und eine geordnete Stadtentwicklung für die kommenden Jahrzehnte sicherstellt» (Bruecher, S. 77). Die vorausschauende Städteplanung aus heutiger Sicht und Bewertung:

Auch wenn eine Million Kubikmeter Trümmerschutt in Freiburg, Erbe des 2. Weltkrieges, zu einem beachtlichen Teil schon vor der Währungsreform von 4'000 freiwilligen Helfern in brauchbar und nicht mehr verwertbar sortiert oder beseitigt worden war, stand die eigentliche Wiederaufbauarbeit Anfang der fünf-

ziger Jahre erst vor der Tür. 286'000 Quadratmeter Gewerberaum waren zerstört oder fehlten, nur 17 von 28 Schulen und 8 von 18 Krankenhäusern standen noch, und grosse Bauwerke waren ab- oder ausgebrannt, so das Stadttheater, die Festhalle am Stadtgarten, die Martins- und Universitätskirche, die Ludwigskirche, die Kapelle auf dem Alten Friedhof, das Kornhaus, das Erzbischöfliche Palais am Münsterplatz, das Grossherzogliche Palais und das Deutschordenshaus in der Salzstrasse, das Alte Rathaus mit der Gerichtslaube und viele schöne Bürgerhäuser vergangener Jahrhunderte. Um auf den weitgehend von Trümmerschutt befreiten Grundstücken Gebäude und Häuser sinnvoll und funktionstüchtig wieder aufbauen zu können, dabei sowohl dem Zähringer Grundriss als auch den Verkehrsverhältnissen Rechnung tragend, war es notwendig, Grundstücke zu bilden, die nach Lage, Form und Grösse für die bauliche oder sonstige Nutzung zweckmässig waren.

Waren die alten Grundstücke hierfür zu gross, zu klein oder für einen zweckmässigen Aufbau nicht geeignet, mussten sie nach Grösse, Lage und Zuschnitt verändert und an die Erfordernisse und Bedürfnisse der Wiederaufbauplanung angepasst werden. Dies geschah entweder durch freiwillige Grundstückstauschverhandlungen der beteiligten Eigentümer oder in einem förmlichen Umlegungsverfahren. Voraussetzung für ein solches Umlegungsverfahren war ein rechtsgültiger Bebauungsplan. [. . .] Mit am schwierigsten bei der Arbeit der Umlegungsbehörde war das psychologische Moment zu bewältigen; die meisten Grundstückseigentümer zeigten wenig Bereitschaft, die Umlegung zu unterstützen; manche versuchten, sich mit allen Kräften gegen die vorgesehenen Massnahmen zu wehren. Heute ist kaum noch zu ermesen, mit welchen Schwierigkeiten die Verantwortlichen und die Sachbearbeiter der Umlegungsverfahren in jener Zeit zu kämpfen hatten. So mussten zum Beispiel für einzelne Blöcke immer wieder neue, für einen Block sogar 17(!) Neuordnungsvorschläge erarbeitet werden. [. . .]

Grundsätze für die Umlegung der Freiburger Altstadt, die heute zwar zu aller Zufriedenheit verwirklicht sind, waren: Das alte Stadtbild von Freiburg mit dem typischen Grundriss einer Zähringerstadt sollte erhalten, die alten Strassenzüge mit dem noch vorhandenen wertvollen Kanal- und Leitungsnetz beibehalten und dennoch notwendige Strassenverbreiterungen vorgenommen werden.

Aus: Alfred Weis, Wolfgang Klug, *Das Ordnen eines Trümmerhaufens*, Freiburg o.J., S. 4ff.

Das Ausmass der Wohnungsbewirtschaftung macht die folgende Verhaltensanleitung deutlich, die die Gemeinde Öflingen im Kreis Säckingen als Merkblatt herausgab.

Die Wohnungsnot

ist riesengross. Die Beschaffung von Wohnraum ist mit eine der vordringlichsten Aufgaben. Die stetig anrollenden Flüchtlingstransporte und die Pflicht zur Aufnahme dieser Personen und Familien zwingen uns, der Lösung der Wohnraumfrage innerhalb der Gemeinde Öflingen unsere besondere Aufmerksamkeit und Beachtung zu schenken.

Nach den Bestimmungen des Wohnungsgesetzes können die deutschen Behörden zum Zwecke der Vermehrung des vorhandenen Wohnraumes in ihrem Amtsbe-
reich

- a) zweckentfremdete Wohnräume ihrem ursprünglichen Zweck wieder zuführen;
- b) einen Wohnungstausch anordnen, wenn dies eine bessere Verteilung des Wohnraumes bedeutet;
- c) vorhandenen Wohnraum um- oder auszubauen, wenn dadurch eine wirksamere Ausnutzung desselben erzielt wird;
- d) an Häusern dringende Reparaturen und in Gemeinden, in denen der Wohnraumdurchschnitt pro Person unter 4 qm liegt, auch umfassendere Arbeiten vornehmen.

Die zuständigen deutschen Behörden können jeden zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Wohnraum erfassen.

Die Erfassung erfolgt durch Zustellung einer schriftlichen Mitteilung an den Hauseigentümer und den jeweiligen Inhaber des Wohnraumes. Falls dies praktisch nicht durchführbar ist, kann die Erfassung durch Anschlag der schriftlichen Mitteilung an einer deutlich sichtbaren Stelle des zu erfassenden Wohnraumes erfolgen.

Der Betroffene kann innerhalb einer Frist von 7 Tagen nach Zustellung oder Anschlag der Mitteilung Beschwerde bei der Wohnungsbehörde einlegen, welche die Erfassung angeordnet hat. Falls diese Behörde der Beschwerde nicht abhilft, muss sie dieselbe der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorlegen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Im Vollzug des obengenannten Wohnungsgesetzes des Alliierten Kontrollrates (Artikel 1) wird hiermit ausserdem das ausdrückliche Verbot erlassen, über Wohnraum in der Gemeinde ohne Zustimmung des Bürgermeisteramtes zu verfügen. Zuwiderhandlungen werden bestraft und ausserdem wird der vorherige Zustand mit Zwang wiederhergestellt.

Um der Wohnungsnot in etwa zu steuern und Raum für die noch zu erwartenden Flüchtlingsfamilien zu schaffen, wird daher vom Gemeinderat folgende Lösung getroffen:

1. Durchsicht sämtlicher Wohnungen auf Unterbelegung und namentliche Festlegung der Fälle, in denen dies zutrifft.
2. Durchsicht sämtlicher Häuser auf die Möglichkeit der Schaffung von Woh-

nungen durch den Einbau einer Küche etc. Namentliche Festlegung der einzelnen Objekte, die ohne grossen Kostenaufwand errichtet werden können.

Z.B. Anbau einer Küche zu bereits vorhandenen 1 oder 2 Mansardenzimmern.

3. Namentliche Festlegung der einzelnen Objekte, bei denen mit grösseren Mitteln ein Dachwohnungsausbaue möglich ist.

(Vollständiger Ausbau eines Dachstockes.) [. .]

Finanzierung

Nach Möglichkeit soll der Hauseigentümer die gesamte Finanzierung übernehmen. Ist dies nicht möglich, bitten wir zu überprüfen, mit welchen Teilbeträgen der Hauseigentümer sich mitbeteiligen kann. Die ungefähren Kosten des Bauprogrammes werden von der vorgenannten Kommission näher festgelegt. Stehen von Seiten des Hauseigentümers keinerlei Mittel zur Verfügung und sind von Seiten eines Wohnungsinteressenten, der die betreffende Wohnung dann auch tatsächlich zugewiesen erhält, ebenfalls keine Mittel zu erhalten, wird die Herrichtung der Wohnung von der Gemeinde finanziert. Erfolgt der Ausbau voll oder mit Teilmitteln von Seiten der Gemeinde, ist die Miete solange an die Gemeindekasse abzuführen, bis das Darlehen, das zinslos abgegeben wird, abgedeckt ist. [. .]

Das Bürgermeisteramt:

[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Säckingen, Generalia Fasz. P 23 69/1/1.

Die Beschlagnahme von Wohnraum war keine Lösung auf Dauer. Eine solche konnte allein durch massenhaften Bau neuer Wohnungen erreicht werden. Die Währungsreform schuf dafür die Voraussetzungen, wengleich sie mit der anderen Hand wieder zu nehmen schien, was sie mit der einen gegeben hatte: der privaten Hand jedenfalls verblieb durch den als unsozial empfundenen Währungsschnitt so gut wie kein Geld mehr zum Bauen. Wohnungsbaugesetze wie das Badische Landesgesetz über eine staatliche Wohnbauförderung vom 27. Mai 1949 bedachten deshalb den sozialen Wohnungsbau mit besonderer Priorität und förderten ihn durch Zuschüsse und Darlehen an Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Seine drei Voraussetzungen – begrenzte Wohnfläche, festgelegter Mietsatz und Wohnungsvergabe innerhalb nicht zu tief angesetzter Einkommensgrenzen – bilden bis heute die (wenn auch nicht unangetasteten) Grundsätze öffentlich geförderten Wohnungsbaus.

Diese Wohnungsbauförderung entwickelte sich aus bescheidensten Anfängen heraus. Noch bevor das vom Badischen Landtag beschlossene «Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich» mit der erwarteten Bereitstellung von zwei Millionen DM wirksam werden konnte, stellte die Badische Landeskreditanstalt im Frühjahr 1949 einen Betrag in gleicher Höhe

zur Verfügung. Um mit ihm eine gewisse Breitenstreuung zu erreichen, wurden die einzelnen Darlehensbeträge auf maximal 5'000 DM festgesetzt, wobei ein Förderungsobjekt mindestens zwei Zimmer mit Küche haben musste. Wie wenig damit zu erreichen war, mag aus der Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Landkreise hervorgehen. Es erhielten:

Stadt Freiburg	DM 750 000
Landkreis Donaueschingen	DM 100 000
Landkreis Emmendingen	DM 100 000
Landkreis Freiburg	DM 150 000
Landkreis Kehl	DM 150 000
Landkreis Lörrach	DM 100 000
Landkreis Müllheim	DM 100 000
Landkreis Rastatt	DM 300 000
(davon die Stadt Rastatt	DM 150 000)
übrige Stadt- und Landkreise	DM 350 000

Neben der allgemeinen Wohnungsbauförderung stand immer wieder der Flüchtlingswohnungsbau im Vordergrund, so auch im Landeswohnungsbauprogramm für 1950. Auch hier bestanden Richtlinien für Gemeinden und Wohnungsbausträger:

Landratsamt Freiburg

Freiburg i. Br., 9. Mai 1950

Abt. 11/14

Landeswohnungsbauprogramm 1950:
– Finanzierung des Flüchtlingswohnungsbaues.

An die Bürgermeisterämter des Landkreises!

Bei der Planung ist grundsätzlich davon auszugehen, dass nur dort Wohnungen erstellt werden dürfen, wo die aufzunehmenden Heimatvertriebenen für dauernd angesiedelt werden können, d.h. dort, wo Arbeitsplätze vorhanden sind oder geschaffen werden können, bzw. von wo aus die Arbeitsstätten in täglichem «Nahpendlerverkehr» erreicht werden können. Unter keinen Umständen dürfen Wohnungen an Orten erstellt werden, wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, auch wenn dort vorübergehend Heimatvertriebene untergebracht werden müssen. Es ist daher nicht angängig, die zur Verfügung gestellten Mittel unterschiedlos auf die Gemeinden nach der Zahl der von diesen aufzunehmenden Heimatvertriebenen zu verteilen. Bei der Planung ist auch zu beachten, dass erfahrungsgemäss ein Teil der Flüchtlinge sehr bald in die Städte oder in andere Gemeinden, die Industriestandorte sind, einsickert; diese Stadt- und Landgemeinden sind daher bei der Aufteilung der Mittel besonders zu berücksichtigen, wobei auch die bisher

schon erfolgte Zuwanderung in einem gewissen Umfang in Rechnung gestellt werden kann. [. .]

Die vorstehenden Ausführungen lassen erkennen, dass den Gemeinden bei Durchführung der Wohnungsbeschaffung für die Heimatvertriebenen eine grosse Verantwortung obliegt. Wir ersuchen nunmehr, anhand der jetzt gegebenen Grundsätze, mit dem Gemeinderat sich über die Inanspruchnahme von Mitteln schlüssig zu werden, zumal zweifellos eine erhebliche Anzahl der Gemeinden industriell oder verkehrsmässig so gelagert sind, dass den Heimatvertriebenen die Möglichkeit geboten ist, an ihrem Wohnort oder von ihrem Wohnort aus Arbeit und Brot zu finden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden sich der Aufnahme von Flüchtlingen keineswegs dadurch entziehen können, dass sie von der Inanspruchnahme der im vorstehenden behandelten Kredite zur Wohnungsbeschaffung für die Heimatvertriebenen Abstand nehmen. Der Kontingentverteilungsausschuss, in dem die Städte, die Landgemeinden und die Landkreise vertreten sind, hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass, wenn festgestellt werden müsste, dass das Flüchtlingswohnungsbauprogramm nicht überall mit der notwendigen Beschleunigung und Nachhaltigkeit in Angriff genommen oder gefördert wird, eine andere Verteilung der Kredite erfolgt, ohne dass dadurch die Verpflichtung der Städte und Kreise zur Aufnahme der festgelegten Zahl von Flüchtlingen berührt würde. [. .]

Quelle: Stadtarchiv Freiburg, Landratsamt Freiburg, Generalia P13 U 20/1/2.

Die Bereitschaft zu Bau- und Umbaumaassnahmen war weder auf privater noch auf öffentlicher Seite besonders ausgebildet; hier hatte die Währungsreform für Kapitalmangel gesorgt, ausserdem erschien, wo Geld vorhanden war, die Rendite durch Miete nicht sehr verlockend – dort war die Finanzlage durch die laufenden Anforderungen an Requisitionen und Leistungen für die Besatzung, für die sozialen Ausgaben und bereits geleisteten Wohnungsbau so ausgeschöpft, dass weitere Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr freigemacht werden konnten.

Trotz der Kapitalknappheit der Hausbesitzer und der Anspannung der öffentlichen Haushalte sind die bis Ende 1949 erfolgten Wiederaufbauleistungen beachtlich. Die nachfolgende Aufstellung belegt darüber hinaus die Richtigkeit der gesetzten Wiederinstandsetzungspriorität bei den leicht zerstörten Häusern und Wohnungen – waren zum angegebenen Zeitpunkt doch rund 80% von ihnen wieder instand gesetzt. Hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt die Baukapazitäten schwerpunktmässig auf die Wiederinstandsetzung gerichtet, so konnten sie sich nun in Richtung Wiederaufbau schwer zerstörter Gebäude und, je mehr, desto stärker, auf den Neubau richten.

Samstag, 21. Juni 1947 11-18 Uhr

Sonntag, 22. Juni 1947 11-18 Uhr

„Michelhalle“
Offenburg

BAUSPAREN



... und dann besser leben
IM EIGENEN HEIM

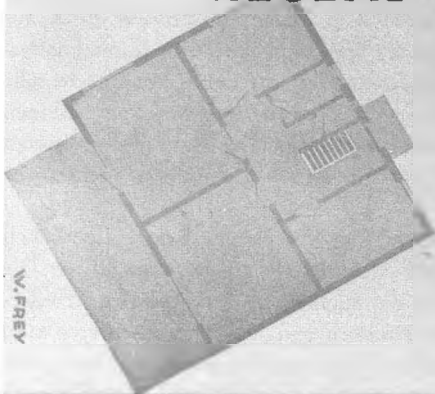
Ihr sehnlichster Wunsch kann erfüllt
werden. Wir finanzieren Ihren

NEUBAU WIEDERAUFBAU UMBAU

Statt Miete, Rückzahlung in bequemen,
wirtschaftlich tragbaren Tilgungsraten.
Unkündbare 11. Hypothek zu mäßigen
Zinsen. ■ Auch bei wenig Eigenkapital in
geeigneten Fällen

*Sofortfinanzierung
ohne Wartezeit.*

Verlangen Sie kostenlos unsere Auf-
klärungsschriften oder unverbindliche
persönliche Beratung durch



W.FREY

SÜDDEUTSCHE BAUSPAR-KREDIT A.G.

SINGEN/HOHENTWIEL



Bereits Mitte 1947 wird die Idee des Bausparens wieder popularisiert.

Der Bauerfolg in den Jahren 1945 bis einschliesslich 1949

a) Schäden an Wohnungen und Wiederaufbau von 1945 bis 31. Dezember 1949

	Schadenstand 1945	Wiederaufbau bis 31.12.1949	Stand der Schäden am 1.1. 1950
total zerstörte Wohnungen (über 50%)	12 713	3 301	9 412
teilzerstörte Wohnungen (bis 50%)	7 349	6 243	1 106
leichtbeschädigte Wohnungen (bis 20%)	39 792	39 000	792
Insgesamt	59 854	48 544	11 310

b) Schäden an sonstigen Hochbauten und Wiederaufbau 1945 bis 31. Dezember 1949

Gebäudeart	Stand 1945 zer- stört bzw. be- schädigt	bis 31.12.1949 wiederaufgebaut	Restbestand Schäden 1.1.1950
Landwirtschaftliche Gebäude	35 162	30 583	4 579
Gebäude des Handels und Gewerbes	14 039	11 455	2 584
Industriegebäude	4 634	4 047	587
Öffentliche Gebäude	4 392	3 579	813
Kirchen und Pfarrhäuser	1 015	936	79
Insgesamt	59 242	50 600	8 642

Quelle: Ministerialblatt der Landesregierung von Baden, Ausgabe A, 1. Jg. (1950) Nr. 16 vom 30. August 1950.

Die Voraussetzungen der Wohnungsbewirtschaftung blieben bis weit in die fünfziger Jahre und darüber hinaus bestehen, auch wenn bald der frei finanzierte Wohnungsbau immer mehr an Bedeutung gewann und mit den Jahren seine Fassade immer mehr jene zwar nicht unbedingt repräsentative, aber eben doch unübersehbare Realität verdeckte, wie sie der abschliessende Bericht der Notgemeinschaft Villingen für das Frühjahr 1950 eindrucksvoll beschreibt.

«Notgemeinschaft» Villingen, den 25. April 1950

Denkschrift zu den Erhebungsbogen, zur Aufnahme in die Liste der Wohnungssuchenden.

Bei Durchlesen der Erhebungsbogen blutet in warmen[!] Mitempfinden das Herz angesichts der grossen seelischen und materiellen Not, die aus ihnen zu uns spricht. In dem Bewusstsein, nur wenigen wirklich Entlastung in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung bringen zu können, empfinden wir die ganze Hilflosigkeit unseres geknebelten Volkes gegenüber den schlimmen Folgen des verlorenen Krieges besonders in der Beschlagnahme von Privatwohnungen und der grausamen Vertreibung der Bewohner aus denselben noch jetzt, nach 5 Jahren nach Kriegsschluss. Dabei hiess es: «spätestens in einem 16 Jahr wird Ihre Wohnung frei.» Und keine öffentliche Stelle hat sich der Betroffenen angenommen, bis wir uns organisiert haben. Aber wir wollen den Mut nicht sinken lassen, sondern einer dem anderen helfen. Schon das Bewusstsein innerhalb unserer Notgemeinschaft, in Teilnahme zusammenzugehören, stärkt uns in Zuversicht auf eine bessere Zukunft. Wir wollen alles in Voraussicht Mögliche tun, um im gegebenen Augenblick bereit zu sein, daher ist die Ausfüllung der Erhebungsbogen für unsere Kartei wichtig. Solange es in der Stadt noch Familien gibt, die über ihren gesamten Wohnraum verfügen, ohne die Verlustopfer an Sachwerten, Gesundheit und Leben wie wir, müssen wir auf Abhilfe der schlimmsten Not dringen!

Wir bitten den Herrn Bürgermeister, im Namen der Betroffenen zur nochmaligen Überprüfung der Wohnungen Vertreter unserer Notgemeinschaft heranzuziehen! Die Verbitterung in unseren Kreisen wird sich legen, wenn Sie wissen, dass aus unserem Kreis heraus die nichtbeschlagnahmten Wohnungen auf ihre evtl. Unterbelegung überprüft werden. Wir werden unbeeinflusst in Sachlichkeit vorgehen, und wir sind gewiss, dass wir noch Raum schaffen zur Linderung besonders krasser Notfälle. Wir appellieren aber auch an das menschliche Verstehen unserer Mitbürger, unsere Forderungen freundlich und objektiv aufzunehmen und in christlicher Nächstenliebe unsere Bemühungen freiwillig zu unterstützen eingedenk dessen, dass wir keine «Hergeloffenen» sind, sondern Deutsche, die auch für sie die Opfer tragen, und nicht zu den schlechtesten Steuerzahlern gehören.

Aus der Fülle der eingegangenen Bogen greifen wir einige Notfälle als Beispiel heraus: eine alte Mutter, selbst Kriegswitwe schreibt:

«Bewohne eine Mansarde von 9 qm mit Küchenbenützung bei einer anderen Familie. Meine Mansarde ist so klein, dass nicht mal einmal ein 2ter Stuhl für meinen heimgekehrten Sohn Platz hat. Er hat den ganzen Krieg draussen mitgemacht, 4 Jahre in russischer Gefangenschaft gelitten und für die Heimat Reparationsarbeiten unter den unmenschlichsten Bedingungen geleistet. Es dürfte wohl der ein-

zige Fall sein, dass ein Russlandheimkehrer nicht bei seinen Angehörigen wohnen kann, weil kein Platz da ist, um ein Bett aufzustellen. Dabei heisst es ausdrücklich in einem Mitteilungsblatt des Landkreises Villingen v. 30.10.48, dass der in Anspruch genommene Wohnraum von Kriegsgefangenen ausdrücklich wieder aufzuheben ist, wenn diese aus der Gefangenschaft zurückkehren ...»

Oder: «Meine beiden Töchter im Alter von 21 u. 17 Jahren müssen mit meinem 15jähr. Sohn in einem Raum schlafen...»

«Meine Familie schläft in der jetzigen Wohnung zu 6 Personen in einem Zimmer von 17,5 qm. Die Aufstellung eines weiteren Bettes ist nicht möglich. Das Zimmer ist nicht heizbar.

«Für die geliehenen sehr alten Möbel muss ich monatlich DM 75,- bezahlen, während ich für meine gesamte Habe in der beschlagnahmten Wohnung lediglich DM 46,50 erhalte. Dabei bin ich Kriegsverletzter mit Amputation des rechten Armes – Lungensteckschuss – 3 Splitter...»

«Für die 3köpfige Familie ist nur 1 Bett und 1 Matratze vorhanden. Frau leidend. Ein 3. Bett kann wegen Platzmangel nicht aufgestellt werden. Ich selbst muss deshalb auswärts wohnen und kann mich nur übers Wochenende bei meiner Familie aufhalten ...»

Neben dem Gefühlsbetonten schälen sich sachlich folgende Ergebnisse heraus: die meisten wollen abwarten bis sie in ihre eigenen Wohnungen wieder kommen. Zur Einrichtung von Neuwohnungen fehlen die Möbel und das Geld zur Anschaffung.

Folgerung: Es müssen unbedingt Wohnungen für die Besatzung erstellt werden, wie dies vom Bund auch bereits eingeleitet ist.

Ein Teil will nicht abwarten, sondern fordert Zuweisung von Neuwohnungen.

Folgerung: diese müssen in die Liste der Wohnungssuchenden beim städtischen Wohnungsamt aufgenommen werden und bei Verteilung der Neuwohnungen bevorzugt berücksichtigt werden.

An die Bundesregierung ist wegen Bewilligung von weiteren Mitteln heranzutreten und Sonderregelung nötig.

Einige wollen selbst bauen, um aus der Bedrängnis heraus zu kommen.

Folgerung: Ihnen sollen dieselben Kreditzuschüsse und Vergünstigungen gewährt werden wie den Flüchtlingen. Wir bitten die Baulustigen, sich an die Herren Architekten unserer Notgemeinschaft zu wenden, die ihnen mit Rat selbstlos zu helfen gewillt sind.

Viele Alte, Kranke, Schwerkriegsbeschädigte und Heimkehrer, die sich in grosser Bedrängnis befinden, und deren Not wir geprüft haben, kommen auf die Dringlichkeitsliste der Wohnungssuchenden. Wir danken der Leitung für ihre gegebene Zusage! In gemeinsamer Arbeit mit ihr wollen [wir] unser Möglichstes einsetzen, um diese unverschuldete, aufgezwungene soziale Not zu lindern.

Die «Notgemeinschaft» überreicht Herrn Landrat Dr. Astfäller und Herrn Bürger-

meister Nägele je eine Abschrift dieser Denkschrift über die Erhebungsbogen der Besatzungsverdrängten und erwartet vertrauensvoll ihre Unterstützung zur Behebung der Not, um deren Zusage wir baldigst bitten. Eine Liste der einzelnen Wünsche hoffen wir in 14 Tagen fertiggestellt zu haben.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, 1565, 225/5/6.

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Wen immer man befragen wird, der die Nachkriegszeit halbwegs bewusst miterlebt hat: er wird den Hunger als eine seiner einschneidendsten Erfahrungen, seine Überwindung als eine der am deutlichsten erinnerten Hoffnungen bezeichnen. Von allen Bedürfnissen des Menschen ist der Hunger am elementarsten und macht sich unerbittlich und unaufschiebbar geltend. Noch vor der Sicherung von Wohnraum und vor allen anderen Aufbauleistungen war deshalb die Sicherstellung der Ernährung die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der Nachkriegszeit.

Wenn man die Entwicklung des pro Kopf und Tag zur Verfügung stehenden Kalorienwertes seit Beginn des Krieges und über die vierziger Jahre hinweg verfolgt, ergibt sich ein kontinuierlicher Abwärtsverlauf (1939/40: 2'400 Kalorien; 1943/44: 2'000; 1944/45: 1'700; 1946/47: ca. 1'000 Kalorien und weniger; 1948: ca. 1'200), dessen absolute Tiefstwerte in den Jahren 1946/47 liegen. Die Verspätung dieser Ernährungskatastrophe hatte mehrere Gründe. Zum einen war die nationalsozialistische Führung – vor allem in den letzten Jahren des Krieges – fast ängstlich darauf bedacht gewesen, eine ähnliche Versorgungskrise wie 1917/18 zu vermeiden. Aus Hunger resultierende Unzufriedenheit oder gar Widerstand sollten unter allen Umständen verhindert werden. Dies hatte denn auch zu einer beträchtlichen Anhäufung von Vorräten geführt, die allerdings zum Grossteil aus der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete stammten.

Zum zweiten war die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges sich ankündigende Ernährungskatastrophe keine rein deutsche, sondern eine weltweite Erscheinung – auch in Ost-, Südost- und Westeuropa und in Asien hungerten Millionen Menschen. 1945 war die Nahrungsproduktion weltweit unter Bedarf gesunken; gegenüber der Produktion von 1934/38 betrug sie noch 63%, bei Brotgetreide 70%, bei Reis 85%, bei Ölen und Fetten 77% und bei Zucker 74%. Vor dem Krieg hatte sich Deutschland zu etwa 80% aus der eigenen Produktion ernähren können, nun aber war mit den Gebietsverlusten im Osten ein Viertel der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Anbaufläche verlorengegangen, während es eine nahezu gleichstarke Bevölkerung zu ernähren galt – mit Ernten, deren Ertrag durch die Kriegseinwirkungen auf etwa die Hälfte des Vorkriegsstandes zusammengeschrumpft waren. Die Indexzahlen der Bodenproduktion (1934/38 = 100) betragen für 1945 noch 70, für 1946 noch 65 und für 1947 lediglich noch 45 – dies war die bis dahin schlechteste Ernte des gesamten Jahrhunderts. Hinzu kamen weitere sich gegenseitig überlagernde und bedingende Faktoren: die Böden – 1945/46 standen der Landwirtschaft nur noch 10% des normalen Bedarfs an Kali, Stickstoff und Phosphorsäure zur Verfügung – waren ausgemergelt, der Maschinenpark veraltet und unzureichend, Arbeitstiere waren nur zu astronomischen Preisen zu beschaffen, es herrschte Mangel an Saatgut und sonstigen Be-

triebsmitteln; Schädlingsbekämpfungsmittel standen nicht im erforderlichen Ausmass zur Verfügung, und nicht zuletzt machte sich auch der Ausfall qualifizierter Arbeitskräfte durch die noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Bauern bemerkbar. Die einquartierten Flüchtlings-Hilfskräfte stellten oft keinen oder keinen vollwertigen Ersatz für jene dar, weil sie vielfach nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich kamen.

Zu diesen an sich schon sehr negativen Voraussetzungen kam noch hinzu, dass die Versorgung der Besatzer mit Lebensmitteln dem Lande ebenfalls aufgebürdet wurde; mehr noch, die Franzosen trachteten danach, über diese Ansprüche hinaus auch im Nahrungsmittelbereich die systematische Ausplünderung, deren sich Nazideutschland während vier Besatzungsjahren schuldig gemacht hatte, zu kompensieren. Beschlagnahmen und Requisitionen, die nachziehenden Familien des Besatzungspersonals und ihre ungleich höheren Verpflegungs- und Versorgungsansprüche, die Tatsache, dass auch der französische Sektor Berlins sowie das Saarland von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen der französischen Zone mitversorgt werden mussten – all diese Punkte lassen die Belastungen erahnen, die der ohnehin in ihrer landwirtschaftlichen und lebensmittelproduzierenden Kapazität schwer angeschlagenen französischen Zone durch das Besatzungssystem zusätzlich auferlegt wurden. Ausserdem konnte das ökonomisch selbst am Boden liegende Frankreich nur 50 bis 60% seines Nahrungsmittelbedarfs aus eigener Produktion decken und versuchte verständlicherweise, die für Lebensmittelimporte notwendigen Devisen durch möglichst hohe Entnahmen aus seiner Zone gering zu halten. In Zahlen ausgedrückt: 1946 mussten über 14'000 Tonnen Schlachtvieh, über 5'000 Tonnen Obst und fast 6'000 Tonnen Gemüse an die Besatzungsmacht geliefert werden; in Prozenten ausgedrückt: im März 1946 beispielsweise mussten 20% der Fleisch-, 40% der Käse- und 10 bis 13% der Butterproduktion sowie 20% der Eier für die Besatzungsmacht aufgebracht werden – gerade jener besonders eiweissreichen und knappen Lebensmittel, deren die deutsche Bevölkerung selbst so dringend bedurft hätte. Auf den einzelnen Verbraucher umgelegt, bedeuteten diese Abgaben eine Minderung der deutschen Pro-Kopf-Kalorienrate um durchschnittlich 176 Kalorien oder 10 bis 15%. Noch gravierender waren die Einschnitte in der Versorgungslage auf anderen Gebieten, zum Beispiel dem nächst der Ernährung so wichtigen Sektor der Bekleidung. Hier standen der deutschen Bevölkerung aufgrund des niedrigen Produktionsniveaus und wegen hoher Lieferauflagen an die Franzosen für Leder und Textilien gerade noch 0,6% bzw. 2,5% des Bedarfs an Kleiderstoffen und Schuhen von 1936 zur Verfügung. Diese Entnahmen aus der laufenden landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion liessen nur noch sehr wenig auf den deutschen Markt gelangen und dauerten bis Ende September 1948. Nach Berechnungen des Instituts für Besatzungsfragen betrugen sie für 1945 214,6 Millionen RM, 1946 236,4 Millionen RM, 1947 175,0 Millionen RM und im 1. Quartal 1948 57 Millionen RM. Diese Entnahmen wirkten sich im Ernährungsbereich umso gravierender aus, als die Reparationen im industriearmen Baden sich stark an der landwirtschaftlichen Produktion orientierten.

Was unter solchen Vorzeichen blieb, war auf selten der Erzeuger ein streng geregeltes Bewirtschaftungssystem, das die möglichst vollständige Erfassung des gesamten landwirtschaftlichen

Die Versorgungsbevölkerung im März 1948 nach Verbraucherkategorien

Kreis	Normal- verbraucher	Teilselbst- versorger	Vollselbst- versorger	Gemein- schaftsver- pfligte	Versor- gungs- bevölkerung insgesamt (ohne Ausländer)	Auslän- der
1. Donaueschingen	26 028	6 726	15 649	1 492	49 895	189
2. Konstanz früherer Stadtkreis Konstanz	37 038	595	404	1 810	39 847	610
früherer Landkreis Konstanz	49 873	4 736	15 407	2 069	72 085	507
3. Säckingen	28 747	7 415	7 573	1 421	45 156	536
4. Stockach	17 073	2 404	18 319	685	38 481	237
5. Überlingen	25 527	2 654	18 770	1 330	48 281	296
6. Villingen	37 443	5 842	9 524	2 024	54 833	309
7. Waldshut	26 645	4 085	17 296	1 219	49 245	484
8. Emmendingen	45 178	12 365	21 649	1 626	80 818	412
9. Freiburg früherer Stadtkreis Freiburg	88 937	783	758	7 123	97 601	1 395
früherer Landkreis Freiburg	23 532	11 310	23 653	418	58 913	278
10. Kehl	18 997	5 282	14 916	495	39 690	271
11. Lahr	38 025	9 284	16 334	2 332	65 975	233
12. Lörrach	69 762	10 996	11 032	2 902	94 692	1 387
13. Müllheim	23 420	6 689	11 025	1 462	42 596	258
14. Neustadt	19 013	9 404	6 301	2 610	37 328	305
15. Offenburg	48 911	11 284	14 265	2 709	77 169	301
16. Wolfach	23 590	10 000	8 686	890	43 166	152
17. Bühl	36 936	12 866	14 312	2 931	67 045	294
18. Rastatt früherer Stadtkreis Baden-Baden	32 120	1 095	11	2 261	35 487	480
früherer Landkreis Rastatt	62 159	14 424	6 368	1 288	84 239	561
zusammen	778 954	150 239	252 252	41 097	1 222 542	9 495
In % der Versorgungs- bevölkerung	63,7	12,3	20,6	3,4	100,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Baden, Endgültige Ergebnisse der Volkszählung in Baden vom 29. Oktober 1946, Freiburg o. J., S. 12.

Ertrags anstrebte, auf der Seite der Verbraucher ein Rationierungssystem, das eine möglichst gleichmässige Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ermöglichte. Bei der Bewirtschaftung der Ressourcen und der Vorräte bediente man sich eines Systems, das sich bereits seit Mitte der dreissiger Jahre für die Kontingentierung knapper Rohstoffe bewährt hatte und das während des Krieges auch auf Konsumgüter und nach und nach auf alle Lebensmittel ausgedehnt worden war. Die Verbraucher erhielten Lebensmittelkarten von jeweils vierwöchiger Geltungsdauer, deren Abschnitte für jeweils aufgerufene variable Mengen bestimmter Artikel zu gleichbleibenden Preisen gut waren – vorausgesetzt, es gab diese Artikel überhaupt. Die gesamte Bevölkerung wurde zu diesem Zweck in (bäuerliche) Selbst- und Teilselbstversorger sowie in Normalverbraucher eingeteilt; die erste Gruppe bedurfte der Zuteilungen nicht, sondern bekam sie von ihrem Ablieferungssoll abgezogen, bei den Teilselbstversorgern wurde für den Bereich ihrer Eigenversorgung ebenso verfahren, während die Normalverbraucher von den Zuteilungen abhängig waren. Die Normalverbraucher stellten den grössten Teil der Bevölkerung – sie umfassten von den rund 6 Millionen Einwohnern der französisch besetzten Zone rund 3,3 Millionen. Im Land Baden mit seinen 1,223 Millionen Einwohnern (Stand: März 1948) sah die prozentuale Verteilung dieser Gruppen fast gleich aus; auch hier machten die Selbst- (20,6%) und Teilselbstversorger (12,3%) zusammen ziemlich genau ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus (32,9%). Es liegt auf der Hand, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen von den Auswirkungen der Ernährungskrise unterschiedlich hart betroffen waren. Die Hauptlast der Krise trugen zweifel-

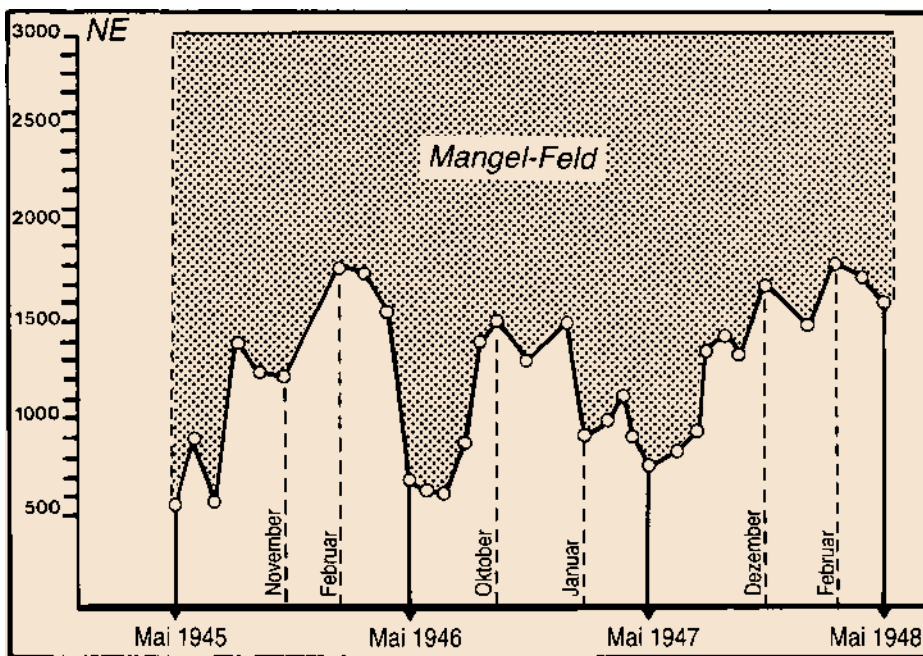
Prozentuale Anteile der Besetzung, der Exporte und der einheimischen Bevölkerung (ohne Selbstversorger) an den in Baden erfassten wichtigen Nahrungs- und Genussmitteln

Lebensmittel	1945			1946			1947			1948(1.Qu.)		
	Besatzung	Exporte	Bevölkerung	Besatzung	Exporte	Bevölkerung	Besatzung	Exporte	Bevölkerung	Besatzung	Exporte	Bevölkerung
Fleisch und Schlachtvieh	63	1	36	54	10	36	37	12	51	36	13	51
Butter	40	8	52	21	21	58	24	11	65	27	1	72
Eier	96	–	4	42	1	57	22	–	78	16	–	84
Rahm	100	–	–	100	–	–	100	–	–	100	–	–
Milch	?	10	90	12	10	78	13	9	78	12	8	80
Käse	66	–	34	4	–	96	4	–	96	5	–	95
Obst	50	?	50	22	19	59	20	4	76	25	2	73
Wein	?	?	?	57	2	41	56	19	25	31	5	64
Branntwein	100	–	–	100	–	–	46	54	–	100	–	–

Anmerkung: Für die mit «?» bezeichneten Posten liegen zuverlässige Angaben nicht vor.

Quelle: Badisches Ministerium der Finanzen, Zwangsleistungen des Landes Baden aufgrund von Anordnungen der Besatzungsmacht, Stand: 31. März 1948, Freiburg, Oktober 1948.

Graphische Darstellung zum biologischen Wert der Ernährung 1945-1948



An dieser «Hungerkurve» lassen sich die zwischen Mai 1945 und Mai 1948 in der französisch besetzten Zone Badens verteilten Lebensmittel nach ihrem Kalorienwert genau ablesen. Bei 3'000 Kalorien pro Tag und Person hätte eine normale Ernährung gelegen. Die Tiefpunkte der Zuteilungen dieser drei Jahre (600 Kalorien) lagen jeweils in den Monaten vor der neuen Ernte; die Maximalwerte (1'800 Kalorien) zwischen Dezember und Februar.

los die Normalverbraucher, die viel weniger als die Selbst- und Teilselbstversorger in der Lage waren, ihren Kalorienbedarf aus eigener Produktion zu decken, und unter den Normalverbrauchern wiederum waren es Kranke und Invalide, Alte und Ausgebombte, Kinderreiche und alleinstehende Mütter, die unter dem Nahrungsmittelmangel besonders zu leiden hatten. Auch war die städtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen im Nachteil.

In den ersten Nachkriegsmonaten standen noch Lebensmittel aus Beständen des Handels und des Grosshandels, aus Heeresbeständen und bäuerlichen Lieferungen zur Verfügung, zum Teil hatte auch die Bevölkerung selbst noch kleinere Vorräte, oder man hatte sich bei den zahlreichen Plünderungen in den Tagen des Zusammenbruchs noch mit solchen eindecken können. Jedenfalls war die Versorgung der Bevölkerung bis in den Herbst 1945 hinein im Allgemeinen nicht ernsthaft gefährdet. Eine drastische Verschlechterung zeichnete sich aber für den Winter 1945/46 ab, zumal unterbrochene Transportwege, fehlende Transportmöglichkeiten und die Abgrenzung der Zonen untereinander noch verschärfend hinzukamen. Als besonders gravie-

rend stellte sich die Ernährungssituation jeweils in den Monaten vor einer neuen Ernte heraus, wenn die Vorräte aus der vorangehenden Ernte zu Ende gingen und die neue Ernte noch nicht verfügbar war. Deutlich lassen sich diese besonders kritischen Zeiten an der graphischen Darstellung der Hungerkurve ablesen (siehe S. 91).

Während des ersten tiefen Einbruchs in dieser Skala, im Mai/Juni/Juli 1946, sank die zur Verfügung stehende Kalorienmenge auf knapp 600 Kalorien ab – etwa ein Viertel dessen, was von internationalen Ernährungskommissionen als ausreichende und gesunde Ernährung festgesetzt wurde. Für einzelne Gebiete wie Freiburg oder das Kinzigtal wurde dieser unterste Satz auch schon für den Sommer 1945 angegeben. Dabei schnitt die französische Zone aufgrund der Ernährung der Besatzungsarmee aus der Zone selbst und der sonstigen französischen Entnahmen von allen Zonen am schlechtesten ab; Mitte 1946 standen in der amerikanischen Zone 1'330 Kalorien, in der russischen 1083, in der britischen 1050 und in der französischen Zone offiziell 900, in Wirklichkeit jedoch noch weniger, zur Verfügung, wie überhaupt die veröffentlichten Soll-Kaloriensätze meist nicht wirklich ausgegeben wurden. Die 1'500 Kalorien beispielsweise, die der Kontrollrat als Minimum für notwendig erachtete, wurden in der französischen Zone erst Ende 1947 erreicht. Bis 1948 gab es hier nie mehr als 200 g Brot pro Kopf der Bevölkerung täglich; erst 1948 erhöhte sich diese Ration auf 300g. Eine fühlbare Verbesserung der Situation bedeutete die Einstellung der Lebensmittelentnahmen durch Frankreich am 30. September 1948 – der tägliche Kaloriensatz stieg dadurch auf durchschnittlich 1'800. Ab Herbst 1948 schliesslich mussten Kartoffeln, die während der gesamten Nachkriegszeit die Hauptbasis der Ernährung ausmachten, nicht mehr rationiert werden, und 1949 war die Hungersnot im Wesentlichen überwunden. Besser weggekommen waren von Anfang an lediglich Arbeiter der sogenannten Prioritätsbetriebe, jener Unternehmen also, die für den französischen Export arbeiteten – ihnen waren zur Aufrechterhaltung der vollen Arbeitskraft Sondervergünstigungen und Zulagen gewährt worden.

Dass sich die Ernährungssituation nicht schon früher durch erhöhte Produktivität der Landwirtschaft verbessern liess, hatte einen seiner Gründe auch im angewandten Planungs- und Abgabesystem, das keine Mindest- oder Höchstabgabegrenzen kannte und so wenig Bereitschaft zu erhöhter Produktion weckte, war doch die gesamte Ernte bis auf den Eigenbedarf (bei Kartoffeln 30 kg pro Jahr und Kopf) und das Saatgut ablieferungspflichtig. Auch die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die auf einem viel zu niedrigen Kriegsniveau festgeschrieben waren, riefen kaum vermehrte Anstrengungen der Bauern hervor, zumal das Ablieferungssystem nicht ganz ohne jene Zwangsmassnahmen wie Keller- und Lagerraumdurchsuchungen und Beschlagnahme von Butterfässern und Zentrifugen auskam, die man den Bauern immer wieder androhte. Das Zuteilungs- und Versorgungssystem erforderte zu seiner Bewältigung einen eigenen bürokratischen Apparat, der vor allem die Ernährungsämter in den Kreisen und Orten umfasste und mit seinen Bezugsscheinstellen jedes Dorf erfasste. Bis zum Sommer 1945 waren die örtlichen Ernährungsämter mit der Bewältigung der Situation auf sich allein gestellt, dann wurden die Aufgaben von Landkreisorganen übernommen; 1946 schliesslich trat ein Landesernährungsamt hinzu, das die Nahrungsproduktion kontrollierte, Anbaupläne insbesondere für Kartoffeln und

Brotgetreide entwickelte, sich um die Verbesserung der Ernten bemühte und die Lebensmittelbestände und Ernten verwaltete. Ausserdem war das Ernährungsgefälle zwischen den mehr agrarisch und mehr städtisch geprägten Landesteilen – in Baden nicht sehr ausgeprägt, aber dennoch vorhanden – Anlass für die Gründung eines Zentralausschusses für Ernährung in der französisch besetzten Zone mit Sitz in Baden-Baden. Ihm oblag der Ausgleich der produzierten Mengen zur Sicherstellung einer gleichmässigen, flächendeckenden Lebensmittelversorgung.

Dennoch entstand infolge der Ungleichgewichte und Versorgungsgefälle beträchtliche Unzufriedenheit; vor allem gegenüber dem ebenfalls französisch besetzten Württemberg-Hohenzollern kam es immer wieder zu Animositäten – psychologisch verständlich: wer hungert, verfällt leicht dem Argwohn, der Nachbar hungere ein bisschen weniger. So kam es zeitweise an der Grenze zu Württemberg tatsächlich zur Aufstellung von Patrouillen, die die Verschiebung badischer Erzeugnisse ins «Ausland» verhindern sollten.

Neben dem offiziellen Zuteilungssystem, das die Lebensmittel über Bezugsscheine an die Verbraucher brachte, gab es ein inoffizielles. Die Ernährungssituation war zu katastrophal, als dass die Menschen die Ernährung allein der Sorge von Ämtern hätten überlassen können. Besonders in den Monaten vor einer neuen Ernte waren sie darauf angewiesen, sich die zum Überleben notwendige Nahrung auf eigene Faust zu beschaffen. Schwarzmarkt und «Hamstern» sind bis heute Begriffe, die in diesem Zusammenhang in lebendiger Erinnerung geblieben sind; auch waren Felddiebstähle an der Tagesordnung, sofern nicht recht beträchtliche Feldhüterkolonnen, zum Teil mit Hunden, über die Ernten wachten. Der Schwarzmarkt, der sich nicht allein auf den Erwerb von Nahrungsmitteln beschränkte, sondern nach Waren ganz allgemein verlangte, war vor allem eine städtische Erscheinung, die magisch anzog, was behördlicher Kontrolle entging und sich als tauschbare Mangelware unter der Hand besonderer Nachfrage erfreute. Da Verbrauchsgüter auf normalem Wege durch Kauf oder Zuteilung ohnehin kaum erhältlich waren und der Schwarzmarkt sie noch weiter dezimierte, war er illegal und – sofern er als Regulativ für eine hungernde Bevölkerung gelten konnte – dennoch geduldet, zumal diese Praktiken einen Umfang erreicht hatten, dass eine Strafverfolgung kaum aussichtsreich erschien. «Dieses ganze Tausch- und Kompensationssystem spielt sich in aller Öffentlichkeit ab», urteilte der Leiter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in der britischen Zone, «so dass es von weiten Kreisen als absolut ordnungsgemäss und korrekt angesehen wird» (Kiessmann, S. 49). Es gibt auch für Südbaden zahlreiche Belege dafür, dass selbst offizielle Stellen wie Stadtverwaltungen usw. sich an solchen Geschäften beteiligten; so beschwerte sich beispielsweise das Radolfzeller Ernährungsamt schon im Juni 1945 über Vorkommnisse dieser Art und bat den Landeskommissär darum, «im Rahmen Ihrer Zuständigkeit anzuordnen, dass gegen diesen behördlich sanktionierten Tauschhandel aufs Schärfste vorgeschritten wird. Wenn schon Bürgermeister in dieser Weise vorgehen, so kann dieses schlechte Beispiel von der freien Wirtschaft nicht ausbleiben» (Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Generalia 1133). Eine kriminelle Dimension erreichte der Schwarzhandel allerdings dort, wo beträchtliche Mengen von Nahrungsmitteln der allgemeinen Verfügung entzogen wurden und aus der Not der Zeit Kapital geschlagen wurde. Eine Abart des Kompensierens, des Warentauschens, war der sogenannte graue Markt: da man

für Geld fast nichts kaufen konnte, forderten die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes in produzierten Waren. Die für Südbaden jedoch typischste Form des Zuerwerbs war das Hamstern durch Tausch oder Betteln bei Bauern. Der durchschnittliche tägliche Kaloriensatz, der pro Person zu den offiziell zugeteilten Mengen dadurch hinzuerworben wurde, ist für die Bizone auf rund 200 geschätzt worden – für die französisch besetzte Zone dürfte er noch höher gelegen haben. Besonders geschätzt waren als Tauschmittel Schuhe und Textilien, die bei der schweren bäuerlichen Arbeit einem besonderen Verschleiss ausgesetzt waren und deren Nichtzuteilung die Bauern immer wieder rügten.

Während der Ausnützung von Kleinstanbauflächen zur Selbstversorgung meist enge Grenzen gesetzt waren – so zogen zum Beispiel viele Raucher ihren Tabak selbst –, stiessen in die Ernährungs- und Versorgungslücken bald auch zahlreiche Hilfsorganisationen wie zum Beispiel CARE (Cooperation for American Remittances to Europe) aus den Vereinigten Staaten oder etwa die Schweizer Hilfsaktionen, die dem Gedanken der humanitären Hilfe und der Nachbarschaftshilfe entsprangen. Schliesslich muss auch die umfangreiche Hilfstätigkeit der freien und kirchlichen Wohlfahrtsverbände erwähnt werden, deren Unterstützung zusammen mit den ausländischen Hilfs- und Sachlieferungen der Situation manche Härte nahm und vor allem auch durch das Beispiel menschlicher Solidarität Nahrung anderer, nicht minder wichtiger Art bot. Die Tätigkeit dieser Hilfsorganisationen wie die vielfältigen ausländischen Hilfen, wie zum Beispiel die Schülerspeisungen, hielten bis zum Beginn der fünfziger Jahre an, wobei die Notwendigkeit der Versorgung mit Lebensmitteln eine immer weniger bedeutende Rolle spielte. Im Sommer 1949 gab es in Freiburg bereits wieder die erste Magermilch in beliebigen Mengen, und ab Januar 1950 fiel die Bewirtschaftung der letzten Lebensmittel. Damit hörte auch die Arbeit der Kartenstellen wieder auf – eine Ära war zu Ende gegangen.

Beschlagnahmen der Besatzungsmacht, aber auch Plünderungen grossen Stils dezimierten die bei Kriegsende durchaus noch vorhandenen Lagerbestände und erschwerten so die Ernährungs- und Versorgungslage. In einer Aufstellung für die Stadtverwaltung Lörrach gaben Geschäftsleute, deren Lager geplündert worden waren, ihre Schäden zum Ausgleich durch die Stadt bekannt.

Plünderungen in Geschäften

Verschiedene Geschäfte stellen dem Herrn Bürgermeister vertraulich zusammen, was sie für Verluste durch Plündern gehabt haben. Das Material ist natürlich längst nicht vollständig. Manche haben das absichtlich nicht aufgeführt, andere, wie Schupp, Kaisers Kaffeegeschäft und Gottlieb, sind fast geleert. Wieder in anderen, wie im Schuhhaus Mayer, war die Ware fast ausverkauft. Manche blieben so gut wie verschont.

Das Wenigste gehört in unsere Aufstellung der Leistungen für die Besatzungs-

truppen. Es waren ja leider ausser ausländischen Arbeitern und Frauen (meist Polen) auch Deutsche vertreten!

Einige grosse Gegenstände (Autos, Büromöbel), die Uhren und Goldwaren und diejenigen Lebensmittel, die Truppen allein geholt haben, gehörten eigentlich zu den Leistungen Lörrachs für die Besatzung. Sicher auch grosse Weinmengen.

Verluste haben z. B. gehabt:

Die Verbrauchergenossenschaft Lörrach	99 258,49 RM
Feinkost Klipfel	779,43
Hugenschmidt Lebensmittel	183,80
Löwenapotheke Medikamente gestohlen	324,35
Goldwaren und Uhren bei Jaudas	14 000
Klauser	2 773
Pfister-Muchenberger	2 403,15
Vortisch Damen- und Herrenbekleidung	1 195,34
Textilwaren und Wäsche	15 000
Kaufhaus Richter Spinnstoffe und Haushaltswaren	110 126,25
Kilian Stoffe	29 000
Thoma Stoffe	504
Willmann Stoffe u. dgl.	7 850
Unmuth Schuhe	<u>25 000</u>
	308 395

Verschiedene Ankäufe der Besatzungstruppen verknappen weiter unsere kleinen Vorräte, z.B. in Schuhen, Spinnstoffen.

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 0264/5 (1144).

Uhren und Schnaps gegen Seefische und Marinaden: vornehmlich so wurden seit Sommer 1945 Nahrungsmittel aus anderen Zonen beschafft. Wenn es korrekt zugegangen wäre, hätte ein Antrag zum An- beziehungsweise Verkauf an die Waren-clearingstelle bei der Wirtschaftskammer Baden gerichtet werden müssen, die die Angelegenheit in Zusammenarbeit mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium durchgeführt hätte (oder eventuell auch nicht). Jedenfalls waren Tauschgeschäfte sowohl seitens der Industrie- und Gewerbekammern wie seitens der Bürgermeister und Landräte ausdrücklich verboten. Von einem unerträglichen Umfang, den der «verbotene und strafbare Tauschhandel seit der Besetzung angenommen hat», berichtete das Ernährungsamt Radolfzell schon am 26. Juni 1945 an den Landeskommissär Konstanz. So habe beispielsweise der Bürgermeister von Bad Dürkheim die Ausfuhr von Salz aus der staatlichen Saline von der Lieferung von Nahrungsmitteln aller Art abhängig gemacht, und in Hagnau werde die Lieferung von Kirschen an die Bezirksabgabestelle von der Gegenlieferung anderer Lebensmittel abhängig gemacht. Eine kriminelle Note erhielten solche Geschäfte freilich im Bereich der auf

private Bereicherung abgestellten Warenverschiebung. Gegen sie richtete der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden eine Aktion: «Unsere Protestaktion richtet sich [...] gegen den ungleich gedeckten Tisch», heisst es in der begleitenden Resolution vom 29. Januar 1948. «Es ist falsch, wenn gesagt wird, das ganze deutsche Volk hungert. Es gibt Kreise unseres Volkes, die die Not noch nicht zu spüren bekommen haben. Das sind die Schieber, Schwarz- und Schleichhändler sowie die grosse Zahl derjenigen, die durch Kompensation in der Lage sind, sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Hungern tun allein die ehrlich und anständig denkenden Menschen, die Tag für Tag zur Arbeit gehen und treu und brav ihre Pflicht erfüllen. Sie haben weder Zeit noch Geld und auch keine Tauschobjekte». (Scherer/Schaaf, S. 636)

Martin Oberle O.H.G.

Gegr. 1841

**Lebensmittel-Grosshandlung, Kaffeerösterei
Villingen/Schwarzwald**

An den

Herrn Landrat
Villingen

Villingen (Schw.), den 29.12.1945

Betr.: Beschaffung von Seefischen und Marinaden.

Mit Bezugnahme auf die gestrige Besprechung bestätigen wir unsererseits die mit Herrn H[...], Sigmaringen, getroffene Vereinbarung.

Gegen Besorgung von:

14 Herren-Taschenuhren

5 Damen-Armbanduhren

5 Herren-Armbanduhren mögl. guter Qualität

16 Feuerzeuge

50/1 Flaschen Kirschwasser

vermittelt Herr H[...], Sigmaringen, beim Fischamt Bremerhaven die Gegenlieferung von:

2 Waggon à je 6'000 kg frische Seefische

und je 1'000 kg Marinaden

im Wert von zusammen RM 11'000.–

Die Lieferung erfolgt an unsere Adresse, die Verteilung nach Anweisung des zuständigen Ernährungsamtes.

Aus diesen Geschäften steht Herrn H[...] eine Maklerprovision von 12% zu, die Grosshandelsspanne beträgt 30%.

Die Anlieferung der unsererseits zu stellenden Gegenstände erfolgt unsererseits in Sigmaringen gegen Vorlage der Duplikat-Frachtbriefe über die vom Fischamt Bremerhaven benötigten ersten Ladungen Holz. Zeitpunkt ca. 10. bis 14. Januar.



Konsumartikel wie Zigaretten gab es vor der Währungsreform nur auf dem Schwarzmarkt zu kaufen.

Wir bitten höflichst, die betreffenden Gegenstände im Verlauf der nächsten Woche für uns vermitteln zu wollen.

Herrn H [...] haben wir inzwischen gleichlautend schriftlich verständigt.

Hochachtungsvoll !
Oberle

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 401, 225/3/8.

Neben die eigenen Ernährungsprobleme trat die Versorgungslast der Besitzer, deren Ansprüche von den Kreisernährungsämtern im Auftrag des Badischen Staatskommissariats für Ernährung in Freiburg an die Bürgermeister des Kreisgebietes übermittelt wurden. Dabei waren nicht nur die monatlichen Stückzahlen der geforderten Tiere angegeben, sondern auch deren Mindestgewichte und die Schlachtwertklassen (AA, A für die Besatzung, C blieb der deutschen Bevölkerung vorbehalten). Die Eingriffe in den Schlachtviehbestand waren teilweise so gravierend, dass der Zivilbevölkerung die vorgesehenen Zuteilungsmengen an Fleisch nicht ausgegeben werden konnten, um die Viehbestände zu schonen. Dagegen wies die französische Militärregierung aus-

drücklich auf eine strikte Einhaltung der Umlagen hin und drohte für den Fall der Nichteinhaltung Strafen für die Verantwortlichen an. Landwirte, die eine Abgabe der umgelegten Mengen verweigerten, waren durch den Bürgermeister anzuzeigen; ausserdem konnte die Gendarmerie die Abgabe erzwingen. Der restlosen Erfassung und Überwachung der Nahrungsmittelbestände bei den Bauern dienten Kontrollen sowohl deutscher als auch französischer Kommissionen. Die Unterschiede in den Vorratsschätzungen bildeten einen ständigen Streitpunkt zwischen Bauern und deutschen Stellen.

Der Landrat des Landkreises Stockach

Stockach, den 7. Januar 1947

L An das Bad. Ministerium des Innern in Freiburg i. Br.

Allgemeiner Monatsbericht

[...] Der Landkreis Stockach ist als Überschussgebiet für landwirtschaftliche Produkte im vergangenen Vierteljahr wiederholt einer scharfen Auskämmung und Überprüfung unterzogen worden. Französische Kommissionen untersuchen laufend von Radolfzell aus die einzelnen Landgemeinden. Von deutscher Seite wurden alle Ortschaften unter Hinzuziehung der Ortspfarrer und von Vertretern der Gewerkschaften von überörtlichen Kommissionen überprüft. Es war ein ebenso schwieriges wie undankbares Unterfangen, da bei der nachweislich schlechten Kartoffelernte das Auflagesoll für die meisten Gemeinden viel zu hoch gegriffen war und daher auch nicht erfüllt werden konnte. Die summarische Überprüfung durch die französischen Kommissionen, die aus den Untersuchungsergebnissen von wenigen Gehöften den Bestand der Gemeinde errechneten, hat oft zu Ergebnissen geführt, die weit über die vorhandenen Bestände hinausreichen. So hat eine französische Kommission aus einigen Kellerbegehungen in Volkertshausen für die Gemeinde einen Bestand an Kartoffeln von 138,5 to errechnet, während eine genaue und vollständige deutsche Überprüfung in dieser von Kleinbauern und Arbeitern bewohnten Gemeinde nur einen Bestand von 19,6 to ergab. Im Allgemeinen muss festgestellt werden, dass die Bauernschaft mit wenigen Ausnahmen, die eine polizeiliche Hilfe nötig machte, Verständnis für die getroffenen Massnahmen zeigte und ihrer Abgabepflicht in weitgehendstem Masse nachkam. Es muss aber bemerkt werden, dass die Kartoffelaktion in unserem Landkreis nicht in der Höhe des Auflagesolls erfüllt werden kann, ohne auch das Saatgut restlos zu erfassen.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz 2345.



Lebensmittelgeschäft in Konstanz um 1946.

Zu keinem Zeitpunkt waren die aufgerufenen Zuteilungen etwas anderes als Rationen auf dem Papier: die Zuteilungsmengen wurden in der Praxis kaum wirklich erreicht. Bereits im Herbst 1945 begann sich die Ernährungskrise zuzuspitzen. Die Lebensmittelrationen für die 7. Zuteilungsperiode (1.-30. November 1945):

[...] Für den Monat November kann zunächst eine erfreuliche Tatsache mitgeteilt werden: Die Brotration ist erhöht worden und zwar erhalten Normalverbraucher über 18 Jahre in den kommenden 30 Tagen insgesamt 9'000 Gramm Brot, das sind 300 Gramm pro Tag. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, dass an Stelle von je 100 Gramm Brot je 75 Gramm Nahrungsmittel bezogen werden können. Dadurch ist eine grössere Tauschmöglichkeit zwischen Brot, Mehl und Nahrungsmittel gegeben, die vor allen Dingen von alten Personen begrüsst werden wird. An Fleisch erhalten die Normalverbraucher in diesem Monat 400 Gramm zugeteilt, an Käse 90 Gramm und an Quark ebenfalls 90 Gramm. Bei Kaffeersatz tritt eine kleine Erhöhung gegenüber dem Vormonat ein.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass mit dem Monat November für diejeni-

gen Haushaltungen, die sich ihren Wintervorrat an Kartoffeln zugelegt haben, der Verbrauch aus diesem Vorrat beginnt. Deshalb erhalten von jetzt ab nur noch diejenigen Verbraucher Kartoffel, die aus irgendeinem Grund keinen Wintervorrat besitzen. Aufgerufen sind für diese nicht bevorrateten Verbraucher im Monat November 15 Kilo Kartoffel.

Die Ausgabe von Fett wird vom Monat November ab jeweils erst nach einem entsprechenden Aufruf erfolgen. Dadurch soll eine gerechte, gleichmässige und gleichzeitige Belieferung für alle Verbraucher erreicht werden. Der Aufruf wird erst dann erfolgen, wenn die benötigte Verteilungsmenge in den Ladengeschäften wirklich vorhanden ist. Die Kleinabschnitte für Fett berechtigten dagegen vorläufig zur Verwendung in den Gaststätten.

Von den übrigen Verbrauchergruppen erhalten: Kinder von 0-3 Jahren 6'000 Gramm Brot, 500 Gramm Nahrungsmittel und 3'000 Gramm Kartoffel. Nach längerer Pause ist für die Kleinstkinder dieses Mal auch wieder Fett vorgesehen. Dazu kommen noch täglich $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch. Für die Kinder von 3-6 Jahren werden ausgegeben: 8'250 Gramm Brot, Fett nach Aufruf, je 90 Gramm Käse und Quark, 6'000 Gramm Kartoffel und 14 Liter Vollmilch pro Tag. Jugendliche von 6-10 Jahren bekommen: 10'500 Gramm Brot, 400 Gramm Fleisch, Fett nach Aufruf, je 90 Gramm Käse und Quark, 10'000 Gramm Kartoffel und 125 Gramm Kaffeeersatz. Für Jugendliche von 10-18 Jahren sind vorgesehen: 12'000 Gramm Brot, 600 Gramm Fleisch, Fett nach Aufruf, je 90 Gramm Käse und Quark, 13'000 Gramm Kartoffel und 125 Gramm Kaffeeersatz. Die Zusatzkarte für Schwerarbeiter enthält 3'000 Gramm Brot, 300 Gramm Fleisch und Fett nach Aufruf, sowie 6'000 Gramm Kartoffel; die Zusatzkarte für stillende und werdende Mütter enthält Fett nach Aufruf und täglich 14 Liter Vollmilch. Die Brotkarte für Selbstversorger sieht für den Monat November 12'000 Gramm vor.

Aus: «Südkurier», 2. November 1945.

Ein Jahr völlig unzureichender Ernährung lässt unweigerlich gesundheitliche Konsequenzen erkennen. In einem als Gutachten verwendeten Bericht stellt ein Freiburger Medizinprofessor die physiologischen Folgen dieser ausgesprochenen Hungerernährung dar, die seit Winter 1945 in Südbaden typisch war.

Bericht II

Die Ernährungslage in Freiburg (Kinder und Erwachsene) im Mai 1946

Die jedem Badener derzeit zugeteilte tägliche Kalorienzahl ist auf 1'000 Kalorien festgesetzt. Dies stellt gerade heute in dreifacher Beziehung eine ausgesprochene Hungerernährung dar.

- I) Sind durch die Société des nations in Genf im Jahre 1936 auf Grund gewissenhaftester Untersuchungen hierzu folgende Minimalwerte für arbeitende Menschen festgestellt worden: Nur die Kinder unterhalb 3 Jahren können mit 1'000 Kalorien am Tag auskommen; in höheren Altersklassen steigt die notwendige tägliche Kalorienzahl schnell über beispielsweise 1'200 Kalorien beim 3-5 Jahre alten Kleinkind und weiter auf 1920 Kalorien beim 9-11 Jahre alten Schulkind, um dann erst allmählich die 2'400 Tageskalorien für den nicht arbeitenden Erwachsenen zu erreichen.

Bei lebhafterer Bewegung – wie sie ja für das Kind selbstverständlich ist – oder für Arbeit müssen noch zusätzliche Kalorien bewilligt werden. Somit sind – schon nach dieser rein kalorischen Betrachtungsweise – alle Badener (Kinder wie Erwachsene) von ihrem 3. Lebensjahr ab, zum mindesten in den unteren Altersklassen, einer Unterernährung, späterhin einer richtigen Hungerernährung ausgesetzt.

- II) Weiterhin sind die uns bewilligten 1'000 Kalorien ja eigentlich nur ein Symbol, das erst durch die Art der Nahrungsbausteine Wirklichkeit wird. Unserer hauptsächlich durch Brot und Kartoffeln dargestellten Ernährung fehlen bekanntlich die notwendigen Mengen an Eiweiss und Fettarten sowie Öle, an Mineralien und Vitaminen; zudem fehlen vielen die Kartoffeln mehr oder weniger ganz. [...]

- III) Zu all diesem zeigt aber eine – in meinen bisherigen Gutachten höchstens angedeutete – und doch ausserordentlich wesentliche Betrachtungsweise, dass gerade heute eine gekennzeichnete Ernährung besonders gefährlich ist, sie wird ja nicht einer – zum mindesten im vergangenen Jahr – ausreichend ernährten Bevölkerung vorgeschrieben, sondern einer Bevölkerung, die schon während der ganzen vorangegangenen Zeit unterernährt und dabei überanstrengt war. [...]

Diese Untersuchungen ergaben, dass bei diesen Erwachsenen 2'000 Kalorien täglich, also das Doppelte der uns bewilligten Kalorienzahl, nicht ausreichen, um eine nachweisliche Wiederherstellung zu erreichen; dies gelingt erst durch 4'000 Tageskalorien, die während mehrerer Monate gegeben sein und zudem eine Kost darstellen müssen, die genügend reich an den schon mehrfach genannten Bestandteilen ist.

Abschliessend stelle ich fest: Die der badischen Bevölkerung jeder Altersklasse derzeit vorgeschriebenen 1'000 Kalorien betragende Tageskost stellt eine sie im höchsten Grade gefährdende Hungerdiät dar, denn sie wäre nicht einmal für vorher Vollernährte ausreichend. Sie gewährt bei unserer, schon deutlich Hungerzeichen aufweisenden Bevölkerung nur etwa Pi dessen, was nötig wäre, um sie körperlich, seelisch und geistig, ja sogar zu ihrer politischen Regenerierung ausreichend zu ernähren.

Dies gilt nicht nur ihrer zu geringen Kalorienzahl wegen – die ja nicht einmal den Hungerstoffwechsel (etwa 1'500 Kalorien) deckt – so dass sie zur ständigen weiteren Einschmelzung eigenen Körpergewebes führt, sondern vor allem ist sie an den Eiweiss- und Fettarten sowie an Ölen, Mineralsubstanzen und Vitaminen insuffizient.

Alle diejenigen, die keine oder zu wenig Kartoffeln haben, erhalten nicht einmal diese 1'000 Hunger-Kalorien.

Prof. Dr. C. Noeggerath
Direktor der Univ.-Kinderklinik

Quelle: Ortsarchiv Nussbach bei Oberkirch, unverzeichneter Bestand.

Eine zusätzliche Versorgungsquelle stellte das Hamsterwesen dar. Da es für die meisten zum reinen Überleben gehörte, schritten die Behörden gegen diese Form der Selbsterhaltung nicht allzu konsequent ein. Kontrollen richteten sich besonders gegen den «zügellosen Hamsterverkehr», der in seinen ärgsten Auswüchsen beschnitten werden sollte. Meist jedoch trafen, wie das erste Dokument zeigt, solche Razzien die Falschen. Im Weiteren ein amtlicher Stimmungsbericht aus dem Klettgau über das Hamstern und Erinnerungen eines Ortenauers an die Ernährungssituation nach 1945.

Und wieder ein Bühler Zwetschgentanz

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel, so hatte er diesmal eingesetzt, der Bühler Zwetschgentanz. In den Strassen zum Bahnhof standen am Freitag Gruppen von Menschen erregt beisammen und gaben dem Unmut und der Empörung beredten Ausdruck. Was war los? Die Polizei nimmt am Bahnhof alles Obst ab, so lautete die Antwort. Richtig, vor dem Bahnhof stand ein kleiner Lkw, und aus dem Bahnhofsgebäude heraus schleppten durch weisse Armbinden gekennzeichnete Männer Spankorb um Spankorb, Koffer um Koffer. Beauftragte des Staatskommissariats für Ernährung waren aus Freiburg gekommen und machten, wie am Tage vorher in Steinbach, Jagd auf alles, was nach einem Spankorb aussah, oder auf Koffer, in denen sich Obst vermuten liess. An der Sperre stand gar ein Mann und hatte ein scharfes Augenmerk auf Hand- und Aktentaschen.

Selbstgelesene Heidelbeeren verfielen der Beschlagnahmung genauso wie Zwetschgen oder Pflaumen, Äpfel oder Beeren. Die Expressgutaufbewahrungsstelle wurde durchkämmt, der Wagen auf dem Bahnsteig, der des Zugs zum Verladen harnte, wurde durchkämmt. Koffer, Spankörbe mit und ohne Riemen, Schachteln, sie wanderten alle auf den kleinen Lkw vor dem Bahnhofsgebäude. Der Bahnhofsvorstand stand in der Wartehalle und machte vorsichtig und bescheiden darauf aufmerksam, dass er keine Bescheinigung in Händen habe, wonach die Entnahme von Gepäckstücken aus dem Bahnhofsanwesen gestattet sei. Der Lenker des Beschlagnahmetrupps entgegnete, dass die Bahn widerrechtlich Obst zum Versand angenommen habe, weshalb eine Beschlagnahme gerechtfertigt sei. [...] Der Einwand der betroffenen Leute, dass die Mitnahme des Körbchens doch gestattet sei, verhalte ungehört. Tatsächlich hat das Innenministerium gestattet, pro Kopf 8 kg Obst mitzunehmen, das Staatskommissariat hingegen war anderer Ansicht. [...] Tatsache ist, dass diese Massnahme mal wieder die Kleinen erwischt, diejenigen, die glücklich darüber wären, dass sie den sehnsüchtig daheim Harrenden nun einmal mit einem Körbchen Obst aufwarten könnten, diejenigen, die z.T. erhebliche Strecken und Wege zurückgelegt hatten, die unter Schweiß und Mühen einen Spankorb Zwetschgen oder Pflaumen ergattert hatten und nun enttäuscht sich rücksichtslos und einsichtslos um den Preis der Mühe gebracht sahen.

Abgerackerte Arbeiter, verhärmte Frauen, alte und junge Menschen standen fassungslos, Hoffnungslosigkeit in ihrem Blick, und sahen dem Lkw nach, der mit 15 Zentnern beschlagnahmtem Obst davonfuhr. [. . .] Die Gerechtigkeit ist blind. Sie sah deshalb nicht den riesengrossen Lastwagen mit dem württembergischen Nummernschild, der hochbepackt mit Spankörben in aller Ruhe seinen Weg zog, von niemandem kontrolliert. Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen.

Aus: «Bühler Tagblatt», 22. Juni 1947.

Stimmungsbericht der Gemeinde Dettighofen

August 1946

[. . .] In der letzten Zeit mehren sich die Felddiebstähle, wobei vor allem Kartoffeln und Gemüse entwendet werden. Man befürchtet hier, dass in der nächsten Zeit diese Diebstähle noch mehr überhand nehmen. Das Hamsterunwesen wird sich kaum abstellen lassen, vor allem, da es schwer ist, zwischen den wirklich Bedürftigen und denjenigen zu unterscheiden, die mit den erhamsterten Waren weiter Geschäfte machen. Alle klagen mit bewegten Tönen den Bauern ihr Leid, Frauen mit Tränen in den Augen und Kinder – die immer häufiger zum Organisieren geschickt werden – flehen um Lebensmittel. Schliesslich lässt sich jeder immer wieder erweichen und gibt etwas, worunter

aber letzten Endes diejenigen leiden müssen, die keine Zeit oder Gelegenheit haben, aufs Land zu fahren.

[Unterschrift]
Bürgermeister

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut, Generalia P 59 231/2/2.

Nahrungssorgen in der Ortenau

Hans Heid, ein Lehrer von Lautenbach, hat Sonette geschrieben. Er hat viel für die Heimatgeschichte geleistet, die Heimatbeilage der Renchtäler Zeitung herausgegeben und die Kunstgeschichte der Lautenbacher Kirche erforscht. Dieser Lehrer hat seine Sonette, die er selbst hatte drucken lassen, in der Rohirschmühle zu Müllen gegen ein oder zwei Pfund Mehl eingetauscht. Poesie gegen Nahrungsmittel!

In Oberkirch gab es einen Landarzt. Wenn der zu seinen Patienten ging, um Hausbesuche zu machen, hatte er einen Rucksack dabei und fuhr mit dem Fahrrad. Die Leute nannten ihn nur den «Rucksackdoktor». Er hatte halt auch drei Kinder daheim und nichts zu essen.

Nach Nussbach kamen Pfälzer, die Zwiebeln anboten und um etwas Obst oder ein bisschen Mehl baten. Ich habe Theaterstücke geschrieben und mit der Katholischen Jugend aufgeführt, wo diese Situation vorkommt: «Ich komm von Pirmasens, ich hab Zwiebele. Habt er ke Aier?» Zwiebeln gab es wiederum bei uns nicht. Das bekannteste Fremdwort war damals das Wort «kompensieren». [. . .]

In Offenburg wurde ein Hamstererzug von französischen Soldaten gefilzt. Alle Zuginsassen mussten sich auf den Bahnsteig legen, damals sind Leute aus der britischen Zone auf die Insel Reichenau gefahren, um ein paar gelbe Rüben zu holen, alles war jetzt umsonst. In den Zügen war kein Licht, und in den Waggons war keine heilgebliebene Fensterscheibe mehr, teilweise waren die Züge mit Brettern zugenagelt. Die Leute von Triburg fuhren ins Ried, um in Marlen oder anderen Ortschaften Kraut einzutauschen. In Triburg standen die Franzosen und haben den Hamsterern alles abgenommen. Wenn die deutschen Eisenbahner auf Draht waren, dann hielten sie den Zug bereits in Gremmelsbach an und liessen die Leute durch die Wälder heimlaufen.

Die Leute rösteten als Ersatz für Bohnenkaffee Erbsen, auch geröstete Eicheln dienten als Kaffeersatz, ebenso wie die im Herbst ausgepressten Weintrauben. In der freien Natur wurden alle möglichen Teekräuter gesammelt, mein Vater musste, bevor er in seiner Bäckerei backen konnte, jeden Tag in den Wald gehen und nach einem dünnen Ast Ausschau halten. Ursache der Lebensmittelknappheit waren die Zuteilungen der Besatzungsmacht. Angeblich ging es den Franzosen

drüben auch nicht besser, weil die Deutschen alles weggefressen hätten, was auch nicht stimmte. Zwar wurde in Nussbach in einzelnen Fällen auch schwarzgeschlachtet. Aber es verging ja kaum ein Tag, an dem nicht Vertreter des Ernährungsamtes in Offenburg zusammen mit Franzosen die Ställe durchkämmt hätten. Der Busam in Nussbach gab oft das letzte Kalb her, damit sie nicht der armen Frau Lamadé das letzte Stück Vieh aus dem Stall herausholten.

Etwa vier Wochen vor der Währungsreform begann sich die Lage zu entspannen. Jetzt konnte man auch wieder mal ein Viertel Wein bekommen. Nach der Währungsreform war es sogar möglich, eine Wurst im Gasthaus zu kriegen.

Nach: Tonbandinterview mit Carl Benz, 1979, Ortsarchiv Nussbach.

Das Hamstern vollzog sich meist auf dem Wege des Tauschhandels: entbehrliche Haushalts- und Einrichtungsgegenstände wechselten gegen Nahrungsmittel den Besitzer. Obwohl das Badische Staatskommissariat immer wieder auf die Weitergeltung der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 27. August 1939 aufmerksam machte (wonach es den Erzeugern untersagt war, Obst und Gemüse unmittelbar an die Verbraucher weiterzugeben), waren Übertretungen dieser Verordnung nicht zu verhindern: die Bauern waren ebenfalls auf Tauschhandel angewiesen.

Auch das Jahr 1947 brachte in der Ernährungssituation keine Verbesserung, im Gegenteil. Im Juli 1947 wurden beispielsweise im Kreis Müllheim nur noch Lebensmittel von täglich 741 Kalorien ausgegeben. Dieser Wert betrug gerade ein Viertel der nach internationalen Untersuchungen festgestellten Mindestmenge. Die folgenden Berichte spiegeln die Zuspitzung der Lage wider.

Der Landrat

Villingen, den 14. Januar 1947

An das
Badische Ministerium des Innern
– Franz. Besatzungsgebiet –
Freiburg/Brsg.

Betr.: Stimmungsbericht.
Bezug: Erlass vom 20.12.1945, Nr. 11 633.

Ernährungslage:
Wie in den Vormonaten konnten auch im Dezember die vorgesehenen Lebensmittelrationen nicht zur Verteilung kommen. Statt 325 gr. Fett konnten nur 125 gr. ausgegeben werden. Gerade diese Massnahme und das Ausbleiben der vorgesehenen Weihnachtzuteilung verbitterte die Bevölkerung, da es ihr dadurch un-

möglich gemacht wurde, das Weihnachtsfest durch eine bessere Verpflegung aus dem Einerlei des Alltages herauszuheben. Ein Teil der Weihnachtzuteilung und 100 gr. Öl anstelle von 125 gr. Fett für Dezember kamen Anfang Januar zur Verteilung. Der Wein ist noch nicht hier angekommen.

Im Monat Dezember kamen unter Einrechnung der Anfang Januar ausgegebenen Weihnachtssonderzuteilung zur Ausgabe:

6 200 gr. Brot
540 gr. Fleisch
125 gr. Fett
250 gr. Teigwaren
600 gr. Zucker
250 gr. Maismehl
12 500 gr. Kartoffeln

Die tägliche Lebensmittelration des Normalverbrauchers entsprach damit im Dezember nach ärztlicher Berechnung 1025 Kalorien. [. . .]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz 2345.

Der Landrat

Villingen, den 14. April 1947

1. An das

Bad. Ministerium des Innern – Franz. Besatzungsgebiet – Freiburg/Breisgau

Betr.: Stimmungsbericht.

Bezug: Erlass vom 20.12.1943 Nr. 11633.

Ernährungslage.

Von ärztlicher Seite wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Mensch täglich mindestens 2'000 Kalorien zu sich nehmen muss, um leistungsfähig zu bleiben. Seit Monaten beträgt der Kaloriensatz der Normalverbraucher täglich jedoch nur 1'000. Bei der Berechnung der Kalorien sind vollwertige Nahrungsmittel zugrunde gelegt. Die zugewiesenen Lebensmittel sind aber oft von minderwertiger Qualität. So kamen z.B. im Monat März 1947 Linsen zur Verteilung, die nach den Vorschriften des Lebensmittelgesetzes mindestens als verdorben zu bezeichnen gewesen wären. In normalen Zeiten hätte ein Lebensmittelhändler bestraft werden müssen, der derartig minderwertige Linsen verkauft hätte. Die Linsen waren von Steinen, Unkrautsamen, Stroh usw. durchsetzt, sie waren zum grössten Teil von Ungeziefer ausgefressen, so dass nur die Schalen übrigblieben. Ausserdem waren sie von einer grösseren Anzahl von Käfern belebt. Die Bevölkerung sprach von «Linsen mit Geflügel». Angesichts unserer Ernährungslage ist

dies sehr bedauerlich, dass solche Lebensmittel zur Verteilung kommen. Man kann es den Verbrauchern nicht verdenken, wenn sie über eine derartige Zuteilung erregt sind und Ersatz hierfür verlangen. Denn ein grosser Teil der Bevölkerung konnte es trotz des Hungers nicht überwinden, dieses ekelerregende Nahrungsmittel zu geniessen. Dabei können wir es uns bei der herrschenden Kartoffelknappheit nicht leisten, auf irgendein zugewiesenes Lebensmittel zu verzichten. Wohl verschafft sich ein Teil der Bevölkerung auf reelle und unreelle Art zusätzlich Lebensmittel, der grösste Teil der Bevölkerung ist aber auf die Zuteilungen allein angewiesen. Tagtäglich begibt sich ein riesiger Strom ausgemergelter und hungriger Menschen auf das Land und bittelt stückweise die Kartoffeln und tassenweise die Milch bei den Bauern auf dem Land. Diese können sich der Menschen kaum erwehren. Die Städter bringen von ihrem Hausrat und ihrer Kleidung Stück für Stück den Bauern und tauschen dafür Lebensmittel ein. Dadurch sinkt die Abgabe landwirtschaftlicher Erzeugnisse immer mehr. Die bejammernswerte Not der Städter zwingt die Bauern zur Verletzung ihrer Abgabepflicht. Wenn trotz der jahrelangen Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskraft in seelischer und körperlicher Hinsicht und trotz der grossen Entbehrungen an Nahrung und Kleidern gesundheitliche Schäden in grösserem Umfange noch nicht eingetreten sind, so ist dies sicherlich nur auf den zähen Lebenswillen der Bevölkerung zurückzuführen. [. .]

Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 1120, 225/4/8.

Landratsamt

Müllheim, den 24. Juli 1947

An die
Militärregierung in Müllheim

Betrifft: Monatsbericht
lère Partie – Interieur

I – Situation Générale.

Das beherrschende Problem ist nach wie vor die kritische Ernährungslage. Die Bevölkerung versucht sich zusätzliche Nahrungsmittel durch Beerenlesen und Pilzesammeln zu verschaffen. Während der Getreideernte wird das Auflesen der liegengebliebenen Ähren in grossem Umfang betrieben. Die Ernteaussichten sind nicht gut. Die grosse Trockenheit hat besonders dem Getreideanbau grossen Schaden zugefügt. Das Stroh ist kurz geblieben. Die Hitze liess die Ähren nicht zum vollen Auswachsen gedeihen. Ausserdem steht das Getreide vielfach sehr schütter.

Die Getreideanbauflächen und die voraussichtlichen Ertragnisse wurden durch ei-

ne gemischte Kommission geschätzt. Die Ergebnisse wurden dann von einem französischen Kontrolloffizier anerkannt. Es ist deshalb zu hoffen, dass für die Getreideablieferung eine gerechte und den jeweiligen Erträgen angepasste Umlegung erzielt werden wird.

Die grosse Trockenheit hat auch eine zum Teil katastrophale Futterknappheit zur Folge gehabt. Besonders in den Gebieten des Rheinvorlandes muss heute schon das geringe Heuertragnis verfüttert werden. Es ist noch nicht abzusehen, ob und auf welche Weise einem katastrophalen Futtermangel abgeholfen werden kann. Grosse Sorge bereiten die zahlreichen Felddiebstähle, besonders auf den Gemarkungen Müllheim und Hülhelheim. Die betroffenen Landwirte sehen sich um ihre Bemühungen gebracht und fordern von den deutschen Behörden wirkungsvolle Abhilfe, wenn man von ihnen verlange, dass sie ihren Ablieferungsverpflichtungen nachkommen sollen. Es zeigt sich auch hier, dass da, wo die Bürgermeister einen entsprechenden Selbstschutz organisiert haben, Felddiebstähle weitgehend verhindert werden können, wie z. ss. in Raitbach im Kreis Lörrach, wo der Bürgermeister jede Nacht mit 30 Feldhütern und 13 Hunden die Gemarkung bewachen lässt. Er geniesst allerdings den Vorteil, dass in seiner Gegend keine nicht-deutschen Bewohner sind, gegen die den deutschen Behörden ein Einschreiten nicht erlaubt ist. Es würde in der ganzen Bevölkerung mit Erleichterung begrüsst werden, wenn die Besatzungsmacht bei der Verhinderung von Felddiebstählen ihren Einfluss und ihre Mithilfe gewähren würde.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Müllheim, Zug. 1977/29 Nr 77.

Angesichts der düsteren Stimmung und in Erwartung eines strengen Winters wurden vom «Südkurier» Menschen verschiedener sozialer Herkunft nach den Aussichten für die kommenden Monate befragt.

Wie kommen wir über den Winter?

Gespräche mit Menschen im Alltag

W. H. Nur noch Tage trennen uns vom offiziellen Winterbeginn. Angesichts der düsteren Vorhersagen für einen strengen Winter haben wir Männer und Frauen auf der Strasse, in der Eisenbahn und auf dem Bodenseeschiff nach ihrer Meinung über den Winter 1947/48 befragt. Sie erzählen uns von ihren Sorgen und Ängsten um die nächsten Monate, die nach der Auffassung vieler die «grausamsten» werden sollen.

«Schon Schlimmeres dagewesen»

Auf dem Frühschiff Konstanz-Friedrichshafen treffen wir einen 28jährigen

Kriegsversehrten, der in Immenstaad seine letzten Äpfel zu erstehen gedenkt. «Wie ich über den Winter komme? Sehen Sie, ich bin einschliesslich meiner Gefangenschaft fast vier Jahre in Russland gewesen, darunter auch im «Eisbeinwinter» 1941/42. Ich habe Frieren und Hunger kennengelernt und trotzdem den Glauben und die Hoffnung nicht verloren. Ob ich Angst habe? Nein! Die Zeiten waren schon schlimmer für mich, so damals, als ich glücklich sein musste, in der Gefangenschaft in M. mit klammen Fingern einen Kanten gefrorenes Brot aus dem Komposthaufen kratzen zu können. Vergessen werde ich nie, wie wir im Frühjahr zur «Vitaminbereicherung» Gras und Wegerich gekocht haben. Ich habe «draussen» gelernt, wie man durchkommt. Leicht ist es freilich nicht, heute auf ehrliche Weise durchzukommen.»

«Frieren ist schlimmer als hungern»

Er nennt mich «junger Mann»; ich schätze ihn auf siebzig. In der «guten alten Zeit» hatte er in Friedrichshafen ein gutgehendes Geschäft, einen satten Magen und keine kalten Beine. Inzwischen ist der alte Herr zweimal ausgebombt worden. Jetzt wohnt er unter einem ausgeflickten Dach bei einer fünfköpfigen Familie, deren Ernährer vermisst ist. «Die Wirtin sorgt rührend für mich und lässt mich bei dem Wenigen, was sie hat, nicht verhungern. Weil wir im letzten Winter kaum Holz bekamen, hat sie sich immer wieder auf dem Bahnhof Kohlen besorgt. Aber das war doch Notwehr oder eine Art Mundraub. Da habe ich jeden Morgen gebetet, der liebe Gott möge ihr das verzeihen. Schliesslich hat sie doch nur aus Nächstenliebe so gehandelt, denn wissen Sie, frieren ist entsetzlich, schlimmer als hungern. Gottlob, für diesen Winter haben wir etwas mehr Holz; überhaupt scheint diesmal alles besser organisiert zu sein. Ob das Holz für uns alle den ganzen Winter reichen wird, wissen wir heute noch nicht.»

«Mir graut's vor dem ersten Tauwetter»

Frau D. in Lindau ist Ostflüchtling. Früher war sie Damenschneiderin, hatte einen Mann und zwei Kinder; seit drei Jahren hat sie nichts mehr von ihnen gehört. So ist sie ganz auf sich angewiesen und verdient sich hin und wieder ein paar zusätzliche Kalorien durch Schneidern. Am liebsten arbeite sie bei französischen Familien. «Grosse Nahrungssorgen habe ich keine. Ich bin nicht wählerisch und froh, wenn ich satt werde. Als Schneiderin kann ich mir noch aus Flickern etwas zusammennähen, nur die Schuhe machen mir grösste Sorge. Im Sommer bin ich in Hausschuhen oder in Holzsandalen zu meinen Kunden gegangen, um mein einziges Paar Schuhe zu schonen. Das waren einmal derbe Sportschuhe, aber in drei Jahren sind sie vollkommen ausgelaufen und halten keinen Tropfen mehr. Mir graut's vor dem ersten Tauwetter; für mich war die lange Trockenheit ein Glück. Da ich keine Schuhe zugewiesen bekomme, will ich versuchen, auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Was kosten sie bei Ihnen in Konstanz?»

Bekanntmachung

Am 9. August 1945 wird als gemeinnützige Einrichtung für die Bevölkerung von Offenburg und Umgebung eine

Umtauschstelle des **Offenburger Einzelhandels**

Hauptstraße 88 (Ladenlokal Jos. Faist Nachf.) eröffnet.

Umtauschzeiten:

Jeden Dienstag und Donnerstag von 8—12 Uhr.

Es können getauscht werden:

- 1. Schuhe:** Alle Größen und Sorten
- 2. Textilwaren:** Anzüge, Kleider, Mäntel, Wäsche, Teppiche usw.
- 3. Haushaltwaren:** Alle im Haushalt benötigten Artikel
- 4. Sonstige Waren:** Maschinen, Elektrogeräte, Musikinstrumente, Möbel usw.

Diese Einrichtung soll der größten Not unserer Mitbürger abhelfen; es soll getan werden, was möglich ist.

Alle Einzelheiten erfahren Sie in den Umtauschzeiten im Ladenlokal oder durch Aushang dort.

Offenburg, den 1. August 1945.

Der Bürgermeister: Hess

Als Mittel gegen den Schwarzmarkt und als Selbsthilfeeinrichtung der Bevölkerung wurden Umtauschstellen für Waren aller Art eingerichtet. In Offenburg übernahm der Einzelhandel die Initiative.

«Ich habe vorgesorgt»

«Arbeiten, nee! Bei so wenig Essen? Ick werde det schon schaffen!» sagt ein gutgenährter Mann von Ende vierzig, der mir im Zuge erzählt, dass er schon im Kriege einen Herzfehler hatte. Seit Monaten sei er krank geschrieben. «Nahrungssorgen hab' ick keene, vasteehste? Jestern z.B. brachte ick meener Luise einen janzen Kringel Wurst und 'n Pfund Butta und sagte: «Da, Luise, soliste ooch nich leben wie 'n Hund, iss dich man satt, ich hab' schon. Zigaretten hab' ick ooch und an Kartoffeln mangelt's nich. Herz, wat bejehrste noch?» Wie ich aus dem Gespräch heraushören konnte, ist mein Gegenüber Kompagnon von «Hans», der immer wieder erwähnt wird und denen das Geld aus dunklen Kanälen zuzufließen scheint. Ich weiss nicht, mir wurde es irgendwie eng und ungemütlich von wegen dieser Kontraste.

«Der liebe Gott wird uns schon helfen»

Vater und Mutter H. sind alte Leute. Er war Eisenbahnbeamter und hat vierzig Jahre Dienst hinter sich. Für sie ist dies die zweite Hungerperiode ihres Lebens, was aber nicht heisst, dass sie sich deshalb leichter damit abfinden. Ihr Gärtchen ist ihnen eine gute Hilfe, es wirft gerade so viel ab, dass sie für den Winter etwas Gemüse einschlagen konnten. Der Mann ging trotz seiner siebzig den ganzen Sommer über in den Wald, und so hoffen die alten Leutchen, gut vorgesorgt zu haben. Ausserdem bekommen sie ihr «Altersholz» und rechnen mit dem versprochenen Sack Kohlen. Manchmal bekommen sie von einer Base auf dem Land ein Säckchen Hafergrütze und ein Pfündchen Mehl. Sie leben bescheiden und sind zuversichtlich und dankbar, dass sie nichts durch den Krieg verloren haben. Ein Dutzendschicksal. «Der liebe Gott wird schon weiterhelfen», meint das Mütterchen und glaubt, mit diesem Winter werde der Tiefstand überwunden sein.

Ich habe noch viele Meinungen gehört, optimistische wie pessimistische, verzweifelte wie hoffende. Allen gemeinsam ist aber die nicht wegzuleugnende Sorge um ein Minimum an Nahrung und Wärme. Auffallend stark war aber bei den meisten der entschlossene Wille, sich trotz Hunger und Kälte nicht unterkriegen zu lassen.

Aus: «Städtkurier», 28. November 1947.

Zur Vermeidung der schlimmsten Härten richteten die Wohlfahrtsverbände Volksküchen ein, wie auch in Offenburg – hier im Verein mit den politischen Parteien.

Einrichtung einer Volksküche in Offenburg.

An die freien Wohlfahrtsverbände: Caritas, Innere Mission und Arbeiterwohlfahrt,
an die Gewerkschaften,
an die vier zugelassenen Parteien: BCSV, SPD, DP und KP, an die Stadtverwaltung Offenburg

Um die grosse Not im kommenden Winter für diejenigen Kreise zu mildern, die nicht in der Lage sind, sich zusätzlich zu versorgen, wurde vom Badischen Hilfswerk die Einrichtung einer Volksküche angeregt. Das Badische Hilfswerk war sich hierbei von vornherein darüber im Klaren, dass es mit seinen Hilfskräften allein nicht in der Lage wäre, den Betrieb einer Volksküche durchzuführen, sondern dass hierzu die Mitarbeit der anderen Wohlfahrtsorganisationen, also der Caritas, der Inneren Mission und der Arbeiterwohlfahrt, sowie die Unterstützung der Gewerkschaften und aller zugelassenen Parteien erforderlich ist, damit das Ziel durch ein Gemeinschaftswerk unter Mitarbeit aller interessierter Stellen erreicht werden kann.

In der vom Badischen Hilfswerk einberufenen Sitzung vom 20.8.47 wurden durch die beauftragten Vertreter obiger Wohlfahrtsorganisationen, sowie der Gewerkschaften und der Parteien die Notwendigkeit der Errichtung einer Volksküche anerkannt. Man war auch mit der Leitung der Küche durch das Badische Hilfswerk grundsätzlich einverstanden und sagte, soweit möglich, die Mitarbeit zu. [. . .]
Bezüglich der Zulassung des Personenkreises wird Folgendes vorgeschlagen: Der Zulassungskreis soll zunächst niedergehalten werden. Eine Erweiterung des Personenkreises ist leichter durchzuführen als die Personenzahl noch niedriger zu beschränken. Grundsätzlich zugelassen sind:

1. Alle Personen über 70 Jahre, soweit sie nicht dem Haushalt ihrer Kinder usw. angehören.
2. Familien mit Kindern (Kinderzahl wäre erforderlichenfalls noch zu begrenzen, zum Beispiel ab 3 Kinder aufwärts) ohne eigene Kochgelegenheit, also Flüchtlinge, Ausgebombte, Zwangsgeräumte, Wohnungslose.
3. Kinderreiche Familien bei Erkrankung der Eltern.
4. Auswärtige Normalverbraucher als Ernährer kinderreicher Familien, soweit keine Teilnahme an einer Werkküche möglich ist.

Die nach diesen Richtlinien zugelassenen Interessenten melden sich bei ihren Wohlfahrtsorganisationen. Diese prüfen die Anträge und leiten sie dem Verwaltungsrat weiter, der über die Zulassung entscheidet. Von einer bürokratischen Prüfung wird Abstand genommen und die Befürwortung voll und ganz in das

pflichtgemässe Ermessen der betreffenden Wohlfahrtsorganisation gestellt. Grundsätzlich werden jedoch asoziale Personen nicht zugelassen. [. . .]

Wir bitten nun, diese Vorschläge zu prüfen und Ihre Stellungnahme baldigst uns zuleiten zu wollen unter Bestätigung Ihres Vertreters und Nennung des Stellvertreters.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Kreisvorsitzende:

Dr. Joachim

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Offenburg, Generalia P 102, U 62/2/6.

In einem gemeinsamen Aufruf appellierten die Landesvorstände der vier zugelassenen Parteien im November 1946 an das Verantwortungsbewusstsein der Landwirte, angesichts der katastrophalen Ernährungssituation mit der Bevölkerung das Letzte zu teilen.

Die vier Parteien an die Bauern

Ihr seid der Kern unseres Volkes. Von dem Ertragnis Eurer schweren Arbeit müssen auch Euere Enkel, Kinder und Verwandten leben: Die Arbeiter, Handwerker und Beamten. Sie brauchen Euch, Ihr braucht sie. Denn Ihr wollt Ordnung in unserem Land. Ihr kennt die Not in den kleinen und grösseren Städten und seid bereit zu helfen. Aber nicht alle unter Euch denken so rechtlich, wie es sich gehört. Sie liefern an Schwarzhändler, sie treiben Schindluder mit der Not und tauschen wucherisch, sie lassen eher die Gottesgaben verkommen, als dass sie ihrer Ablieferungspflicht nachkommen.

Ihr wisst, es ist höchste Zeit, dass die Kartoffeln in die Keller kommen, in die vielfach eingestürzten Keller, in denen sich die Städter mit Müh und Not einen Kartoffelerschlag aus dem in den Trümmern herumliegenden Holz zusammengezimmert haben. Schon ist bald Mitte November, und noch sind die Keller leer. Lasst uns nicht verhungern!

Denkt an die Kinder, an deren Sterben Ihr Euch mitschuldig macht. Denkt an die alten Leute, die nichts zu essen haben, wenn Ihr versagt.

Denkt an die arbeitenden Menschen in Stadt und Land, an die Hausfrauen und Mütter, die nicht wissen, wie sie den Hunger der Ihren stillen sollen. Ihr seid klug genug zu wissen, dass einmal auch wieder andere Zeiten kommen, wo Ihr auf die Hilfe der Gemeinschaft rechnet. Wir wissen, dass Ihr in diesem Jahr nicht vom Überfluss abgeben könnt, sondern von einer sehr ungleichmässigen und teilweise schlechten Kartoffelernte. Aber wenn Ihr den guten Willen habt, kann es trotz der unserem Land auferlegten Abgaben reichen, wenn auch knapp. Unmöglich ist nur

eins, dass Ihr zuseht, wie Menschen verhungern, ohne dass Ihr – sei es auch Euer Letztes – mit ihnen teilt. Wir vertrauen auf Euere Einsicht und auf Euer Verantwortungsbewusstsein. Wir hoffen, dass Ihr den neuen Staat, den Ihr mit aufbauen wollt, nicht von vornherein sabotiert. Badische Bauern, lasst uns nicht im Stich. Verzweiflung ist ein böser Ratgeber. Erzeuger und Verbraucher sind aufeinander angewiesen, sie müssen in der Not erst recht Zusammenhalten. Badische Bauern, hört unseren gemeinsamen Ruf, ehe es zu spät ist. Im Namen der Landesvorstände aller vier Parteien:

Die Vorsitzenden:
Wohleb Martzloff Waeldin Eckert

Aus: «Der neue Tag», 9. November 1946.

Um dem Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung in der äusserst schwierigen Lage mit Anregungen und Wünschen aus der Verbraucherschaft zur Seite zu stehen, wurde in Freiburg auf Initiative der Gewerkschaften, die sich als Sprecher der hungernden Bevölkerung verstanden, als beratende Körperschaft ein Landesernährungsausschuss gegründet. Entsprechend wurden auf Kreisebene Kreisernährungsausschüsse angeregt, um dem Landesernährungsausschuss die Lage vor Ort zur Kenntnis zu bringen.

Angesichts der deprimierenden Lage wuchs die Bereitschaft der «Basis», sich bemerkbar zu machen: Erklärungen, Forderungen, Resolutionen und Denkschriften waren angesichts des Ernstes der Situation an der Tagesordnung.

Hungersnot in Südbaden

Freiburg, 24. Juni 1946

Die verantwortlichen deutschen Behörden haben wiederholt der französischen Militärregierung ihre Sorgen und Nöte wegen der Entwicklung der Ernährungsverhältnisse in der französischen Zone des Landes Baden unterbreitet.

Wir dürfen hier vor allem auf die grundlegende Denkschrift hinweisen, die am 30. 8. 45 der Militärregierung vorgelegt wurde.

Unsere Befürchtungen haben sich leider als richtig erwiesen; die Ernährungslage der Bevölkerung in Südbaden ist nunmehr an einem kritischen Wendepunkt angelangt und hat innerhalb der städtischen Bevölkerung den Charakter einer Hungersnot angenommen.

Selbstkritisch stellen wir fest, dass es den deutschen Stellen nicht möglich war, die Verhältnisse zu ändern.

Da eine Änderung dieser Lage aus eigener Kraft nicht vor dem Hereinbringen der Getreide- und Kartoffelernte möglich ist, sind viele Tausende von Menschen von schwersten gesundheitlichen Schädigungen, ja vom Hungertod bedroht, wenn

nicht unverzüglich für die Übergangszeit eine entscheidende Änderung in der Ernährungspolitik eintritt und unverzüglich Hilfe von aussen kommt.

Angesichts dieser überaus ernsten Situation würden die politischen Parteien und Gewerkschaften des Landes Baden, die christlichen Kirchen, wie auch die israelitische Gemeinde ihre Pflichten gegenüber der Militärregierung wie auch gegenüber der von ihr vertretenen Bevölkerung auf das Gröblichste verletzen, wenn sie nicht in letzter Stunde ihre Stimme erheben würden. Im Gegensatz zu den anderen westlichen Besetzungszonen hat die südbadische Bevölkerung seit 12 Monaten täglich im Durchschnitt rund 1'000 Kalorien zugeteilt erhalten und befindet sich daher seit Langem in einem ausgehungerten Zustande.

Die derzeitige offizielle Kalorienmenge beträgt in Südbaden 1097 Kalorien. In dieser Menge sind für die Monatsperiode 13,8 kg Kartoffeln einbegriffen, was auf den Tag etwa 385 Kalorien ausmachen würde. Tatsächlich konnte einem grossen Teil der städtischen Bevölkerung die für die Einkellerung vorgesehene Kartoffelmenge nicht zugeteilt werden, ferner hat der grosse Teil der Bevölkerung die volle Zuteilung der vorgesehenen Kartoffeln im Laufe der Wintermonate angreifen und verzehren müssen, weil die zugeteilten Lebensmittel bei Weitem nicht genügte. Für weite Teile der Bevölkerung stehen daher rund nur folgende zugeteilte Lebensmittel täglich zur Verfügung

200 g Brot	= 470 Kalorien
15 g Fleisch	= 25 Kalorien
10 g Butter	= 80 Kalorien
7 g Käse	= <u>25</u> Kalorien
	600 Kalorien

Selbst wenn zu dieser Kaloriensumme noch, wie amtlich berechnet, 114 Kalorien für Gemüse und sonstige kleine Zuwendungen berechnet werden, ergibt dies immer nur eine Endsumme von rund 700 Kalorien. Diese Kalorienmenge ist nicht nur mengenmässig, sondern auch qualitativ unzureichend wegen des Mangels an Eiweiss und Fett. Diese Zuteilungen müssen notwendig zu Siechtum und Hungertod führen.

Anlässlich der immer wieder erhobenen Vorstellungen wurden der Militärregierung ausführliche Gutachten der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg vorgelegt. Aus diesen Gutachten geht Folgendes hervor:

In den Kliniken werden bereits zahlreiche Fälle von Hungerödemen behandelt. Die Sterblichkeit der Kinder bis zu einem Jahr ist von 5 auf 18,8% gestiegen. Der Fettgehalt der Muttermilch ist von 3,5-5 auf 2% in einigen Fällen auf 0,5% gefallen. Die Untergewichte bei Kindern nehmen gefahrdrohende Formen an. Die Augenkroflose bei Kindern hat sich während der letzten 2 Monate in der Freiburger Augenklinik verdreifacht. Die Augentuberkulose ist kaum noch heilbar. In diesem

Jahre sind 25 mal mehr Typhusfälle wie im Jahre 1944 festgestellt worden. Krankheiten, wie Darmverschlingungen infolge weitgehenden Schwundes des Bauchfettes und Kinderskorbut infolge einseitiger Ernährung, wie auch Hautkrankheiten, schwere Furunkulose, vor allem Krätze, mehren sich in erschreckendem Ausmasse. Die Widerstandslosigkeit der Kranken zeigt sich am deutlichsten in der Verlangsamung der Kallusbildung bei Knochenbrüchen. Während früher die Kallusbildung in 7 Wochen erfolgte, sind heute 10 bis 12 Wochen notwendig. Das südbadische Land steht in Gefahr, bei Ausbruch von Seuchen ein Infektionsherd für Europa zu werden.

Die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der werktätigen Bevölkerung kommt mehr und mehr zum Erliegen. Auch die staatlichen und gemeindlichen Verwaltungsorganisationen verlieren ihre Leistungsfähigkeit.

Die politische Auswirkung der vorliegenden Ernährungskatastrophe ist verheerend.

Die politischen Parteien und Gewerkschaften bekennen sich aus dem gegenwärtigen Anlass abermals und feierlichst zu einem demokratischen Aufbau des deutschen Volkes, zu einer ehrlichen und dauerhaften Verständigung mit allen Völkern und zu loyaler Zusammenarbeit mit der Militärregierung.

Die politischen Parteien und Gewerkschaften sehen es nach wie vor als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, den äusserlich zerschlagenen Nationalsozialismus auch geistig zu überwinden und endgültig zu vernichten. Diese Absichten der politischen Parteien und Gewerkschaften werden jedoch auf das Schwerste beeinträchtigt, ja zur völligen Erfolgslosigkeit verurteilt, wenn die bestehende Ernährungskatastrophe nicht unverzüglich eine durchgreifende Änderung erfährt.

Eine dem Hungern ausgelieferte Volksmasse ist kein gesunder Boden auf dem ein neues demokratisches Gemeinwesen aufgebaut werden kann. [. . .]

Die Landesvorsitzenden der politischen Parteien
die Gewerkschaften die Kirchen
die Israelitische Gemeinde

Quelle: Ortsarchiv Nussbach bei Oberkirch; unverzeichneter Bestand.

Denkschrift

[. . .] Es ist in erster Linie die Frage zu klären, ob die gesamte Lebensmittelproduktion der französisch besetzten Zone Badens ausreicht, um einerseits die Ansprüche der Besatzungsmacht zu erfüllen und zugleich die Ernährung der badischen Bevölkerung in zufriedenstellender Weise – wobei vom Alliierten Kontrollrat als Existenzminimum eine Kalorienzahl von 1‘500 vorgeschrieben ist – sicherzustellen.

Falls dies nicht möglich ist, wie dies der Fall zu sein scheint, ist die weitere Frage zu prüfen, ob die fehlende Lebensmittelquote durch Einfuhr mittels des durch Export erzielten Devisenaufkommens beschafft werden kann. (Z.B. Wein und Tabak aus unserer Zone gegen Nahrungsmittel, Kartoffeln usw. aus anderen Zonen.) Oder aber man müsste ernsthaft überlegen, ob man sich nicht, wie dies zur Zeit in der englischen Zone anscheinend mit Erfolg geschieht, mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit für die sonst dem Hunger erliegende badische Bevölkerung wenden will, ein Appell, der unter Umständen umso mehr Aussicht hat, Gehör zu finden, weil in diesem Jahr nach zuverlässigen Berichten aus dem Ausland in manchen Ländern, besonders in Amerika, Weltrekordernten eingebracht wurden, wie sie seit Menschengedenken nicht mehr zu verzeichnen waren. Wir sind überzeugt, dass die französische Militärregierung ein solches Unternehmen, falls die zuständigen badischen Behörden ihr dieses Anliegen mit der nötigen Offenheit und Eindringlichkeit vortragen, nicht weniger loyal und tatkräftig unterstützen werden, wie die englische Regierung es ihrerseits tut.

Es kann doch gewiss nicht im Interesse der zuständigen Stellen gelegen sein, dass die Bevölkerung der französisch besetzten Zone Badens andauernd das Empfinden haben muss, dass sie ernährungsmässig wesentlich schlechter gestellt ist, als die der beiden andern westlichen Zonen. Noch viel weniger kann es im Interesse des Aufbaues eines demokratischen Staatswesens gelegen sein, wenn allmählich geradezu eine verzweifelte Stimmung unter der Bevölkerung um sich greift, die zu schlimmsten Befürchtungen Anlass gibt. Wir fühlen uns eingedenk unserer schweren Verantwortung, die wir als Bürger in einem demokratischen Staat haben, im Innersten verpflichtet, unsere zuständigen Behörden auf dieses gefährliche Stimmungsbarometer hinzuweisen, ehe die weitere Entwicklung eine bedauerliche Richtung annimmt. [. . .]

Für die 4 Parteien zeichnen:

1. BCSV gez. A. Ehrlacher
2. SP gez. Braun
3. DP gez. H. Ulmann
4. KP gez. Jakobi

Für die Gewerkschaft Breisach:
gez. Wachenheim

Die Gemeinderäte:

1. gez. Dr. Loewe
2. gez. Ichterz
3. gez. C. Willig
4. gez. Hermann Haag
5. gez. H. Ulmann
6. gez. Braun
7. gez. A. Ehrlacher

Breisach a/Rh., den 14. November 1946

Zur Beurkundung:
Der Bürgermeister:
[Unterschrift]

Der Bürgermeister [ohne Datum] der Stadt Triberg

Jahrelang, seit 1939 bis zur Stunde, wurden die für die Lebensmittelversorgung verantwortlichen staatlichen Dienststellen und Wirtschaftsämter des Landes Baden über die Sonderlage Tribergs mündlich und schriftlich, persönlich und durch Beauftragte des Bürgermeisters unterrichtet. Jahrelang, bis zur Stunde hat der Bürgermeister alle diese Stellen auf die Lage Tribergs als Stadt ohne jegliche Selbstversorgung, ohne jedes versorgende Hinterland, dafür aber mit einem für Obst und Gartenbau – Gemüsebau denkbar ungünstigen Waldgebirgsklima, aber immer ohne Erfolg, hingewiesen.

Günstigstenfalles ein wohlwollendes überlegenes Lächeln mit Verabreichung des in all den Jahren bis zum Überdruß immer wieder erteilten Hoftröstes «Man kann nur das verteilen, was man hat» war letzten Endes der Erfolg. Niemand nahm sich auch nur in etwa die Mühe, unsern hundertfältig berechtigten, mit Tatsachen belegten Vorstellungen auch nur ein einziges Mal prüfend näher zu treten. Man hielt es wohl nicht für notwendig, «denn man kannte ja Triberg und seine Lage». Ich erinnere nur an die Winterkellerversorgung 1945/46. Kein Obst, kein Wintergemüse, kein Sauerkraut, wirklich nichts im Haus und im Keller. Die Selbstversorgung Tribergs aus dem Rheintal im Herbst vorigen Jahres war durch Beschlagnahme unterbunden, dafür aber kamen die Schwaben des Nachbargrenzlandes und holten, was sie brauchten, im Rheintal. Nichts und noch einmal nichts, äusser den Zuteilungen des Landesernährungsamtes Südbaden, hatte man zum Leben. Schweizer Spenden gingen jedoch an die im Rheintal, mitten im Obst- und Gemüseland sitzenden Gemeinden im Monat April und Mai dieses Jahres.

Im Weihnachtsmonat 1945 wurden dafür – es wird dies für die betroffenen Zeitgenossen ewig der Glanzpunkt der Versorgung in der Nachkriegszeit sein – 50 Gramm: in Worten: Fünfzig Gramm Fett an die Bevölkerung des Kreises Villingen ausgegeben, während man in dem benachbarten Schwäbischen Landkreis Rottweil ein Vielfaches dieser Menge an Fett und dazu noch eine namhafte Schweizer spende an Fett pro Kopf verteilte. Andere südbadische Kreise gaben von sich aus eine Zulage [...].

Diejenigen selbstverständlich, deren Kalorienbedarf weniger auf Berufsarbeit produktiven oder anderen unentbehrlichen Einschlags basiert, waren selbstverständlich besser versorgt. Für sie waren diese 50 Gramm Fettzuteilung des Dezember 1945 nur ein Kuriosum, das mit gut organisierter Zusatzselbstversorgung oder dank sonstigen bargeldlosen Beziehungen unschwer und darum mit Gleichmut ertragen werden konnte. Die amtlicherseits uns gegebene Aufklärung ergab lediglich nur das eine, dass andere Landkreise sich schlauer eingestellt hatten und

liess die Empfindung zurück, dass auch im Landkreis Villingen die 50 Gramm Fettzuteilung Weihnachten 1945 für manche auch nur eine historische Angelegenheit war. Dabei hat man heute noch das Empfinden und macht immer wieder die Erfahrung, dass sich das Bedürfnis zu helfen lediglich in der Kritik angeblich mangelhafter Initiative Tribergs manifestiert, das ist eine Kritik, die aus vollem Magen gesprochen, bei den Hungrigen bekanntlich umso überzeugender einschlägt. Ja noch mehr. Man bemüht sich, den Stimmungsrekord zum Dezember 1945 im August 1946 nochmals zu erreichen; denn bis zur Stunde hat man im August 1946 im Landkreis Villingen 62,5 Gramm Fett ausgegeben. Seit April [gibt es] in den meisten, seit Juli dieses Jahres in allen Haushaltungen Tribergs keine Kartoffeln mehr. Ein für unsere Gebirgslage empfindlich kalter Regensommer und obendrein in diesem Jahre wieder kein Gemüse, kein Obst, kein Mehl, keine Nahrungsmittel, kein Zucker, kein Fett.

Das Bezirkskrankenhaus hat mit 100 Insassen nur noch für zwei Tage Lebensmittel. Das Altersheim mit 28 Insassen ebenso. Es droht nicht mehr eine Katastrophe, das ist eine Katastrophe.

Es ist nach all dem Vorgeschilderten kein Wunder, dass infolge dieser zwangsläufigen Unterernährung, dieses systematischen Dauerhungerns ein Zerfall der Kräfte der Bevölkerung in einem geradezu erschreckenden Masse eingetreten ist. Der Hunger schreit den Menschen aus dem Gesicht; denn zum Schreien haben diese Menschen selbst bald keine Kraft und keine Stimme mehr. Tagtäglich wird mir gemeldet, dass Leute an ihrem Arbeitsplatz ausfallen, geschweige davon, dass die 6-Tage-Arbeitswoche nicht mehr eingehalten wird, einmal weil die Menschen nicht mehr 6 Tage arbeiten können und zum anderen an einem der Wochentage auf Nahrungssuche gehen müssen. [...]

Eine Stimmung herrscht darum in der Bevölkerung, an der man mit dem besten Willen nicht vorübergehen kann. Da sind schöne Worte und guter Rat wirklich am Ende. Die Tat – die helfende Tat – die schnelle Hilfe, zuvor aber die Einsicht der massgebenden regierenden verantwortlichen Stellen, sind das Gebot der Stunde.

Die in Abschrift anliegenden Entschliessungen der Arbeiterschaft der Schwarzwälder Metallwarenfabrik L. Schwer & Co. Triberg und der Firma Jahresuhrenfabrik G.m.b.H., Aug. Schatz & Söhne, Triberg, erhärten als eindeutige Belege meine voranstehenden Ausführungen.

Ich bitte dringend und zum letzten Male, Tribergs Sonderlage zu berücksichtigen, Vertröstungen oder gar wieder Kritik zurückzustellen und umgehend der Not und dem bestehenden Ernährungselend in Triberg abzuhelfen.

Der Bürgermeister:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Generalia Fasz. 1133.

Die Menschen waren am Ende. Sowohl Unternehmer als auch Betriebsräte bestätigten, dass sich nicht nur die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte ständig erhöhe, sondern dass auch Fälle von Erschöpfung in erschreckendem Masse zunähmen. Hinzu kam noch, dass – wie es in einem Stimmungsbericht ans Ministerium des Innern aus dem Landkreis Villingen vom 11. September 1947 hiess – «die Betriebe gezwungen seien, den Arbeitern zur Beschaffung von zusätzlichen Lebensmitteln Freizeit zu gewähren. [. . .] Ausserdem seien verschiedene Betriebe gezwungen gewesen, während der Heu-, Beeren- und Getreideernte den Betrieb vorübergehend zu schliessen, weil die Belegschaften sich durch die Mithilfe in der Landwirtschaft zusätzlich Lebensmittel beschaffen wollten und der grösste Teil der Belegschaft nicht mehr zur Arbeit erschien.»

Auch die demoralisierende Wirkung der Nahrungs- und Versorgungskrise auf die Jugend gehört zu den immer wiederkehrenden Klagepunkten der Stimmungsberichte. Im Folgenden wird deutlich, wie sehr das Fehlen geeigneter Kleidung, besonders von Schuhen, und die Notwendigkeit, Kinder als Nahrungsbeschaffer einzusetzen, einem geordneten Schulbetrieb im Wege standen. Ein Polizeihauptwachmeister hat die Eltern schulsäumiger Kinder nach den Gründen ihres Fernbleibens befragt:

Lahr, den 27. Mai 1946.

Die für den Schulbesuch verantwortlichen Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der in angeschlossenem Schreiben aufgeführten Schüler gaben an:

1. Elsa K[...], geb. M[...]: «Meine Kinder haben alle keine Schuhe, und seit einigen Wochen müssen sie jeden Tag aufs Land und Kartoffeln holen. Wenn ich sie morgens fortschicke, kommen sie gegen Abend nach Hause und haben nur einen Rucksack voll Kartoffeln, die wir dann am darauffolgenden Tag benötigen. Ich habe 9 Kinder, und mein Mann ist vermisst. Ich selbst habe auch keine Schuhe mehr, sonst würde ich die Kartoffeln beiholen. Aus diesem Grunde konnte ich sie nicht zum Schulunterricht schicken.»
2. Frieda B[...]: «Ich bin seit Dezember 1945 krank und lag 7 Wochen im Krankenhaus. Schuhe hat mein Sohn auch nicht, so dass ich ihn in den kalten Monaten auch nicht zum Schulunterricht hätte schicken können. Mein Sohn war dann einige Wochen bei fremden Leuten. Als ich im März vom Krankenhaus zurückkam, ging ich mit ihm in die Schule. Da mein Sohn in der ersten Klasse ist, sagte dann der Lehrer Fröhlich zu mir: ‚Es hat jetzt keinen Wert mehr, gehen sie mit ihrem Sohn nach Hause und schicken sie ihn im Spätjahr in die Schule/« [...]»
6. W[...] Otto: «Mein Sohn Karl hat erst den Schulunterricht versäumt, seit wir keine Kartoffeln mehr haben. Er muss jeden Tag aufs Land und Kartoffeln holen, dass ich für meine 8köpfige Familie etwas zu essen habe. Er bekommt nie mehr als einen Rucksack voll zusammen. Ich selbst bin Lungekrank[!] und kann noch nicht arbeiten. Meine Frau kann nicht aufs Land gehen und Kartoffel-

- feldn holen, weil sie fast den ganzen Tag Zeitungen austragen muss, damit wir auch einen Verdienst haben. Ich bekomme nämlich kein Krankengeld, weil ich seit meiner Entlassung aus der Gefangenschaft noch keine Arbeit aufnehmen konnte. Mein Sohn wird ja sowieso in nächster Zeit aus der Schule entlassen.»
7. S[...] Adolf: «Mein Enkelkind Martha G[...] ist sehr schwächlich, daher haben wir sie auch 1 Jahr in der Schule zurückstellen lassen. Sie sollen den Kindern mehr zu essen geben, dann können sie auch die Schule besuchen. Ausserdem hat mein Enkelkind auch keine Schuhe.»
 8. S[...] Emma: «Meine Tochter Anneliese hatte seit Schulbeginn einen Ausschlag am Kopf, weshalb ich sie von der Schule ferngehalten habe. Sie besucht seit 14 Tagen wieder die Schule. Mein Sohn Fritz muss jeden Tag für Kartoffeln sorgen, er kommt ja sowieso in nächster Zeit aus der Schule.»

Schlussbericht:

Gegen 15 der im Schreiben des Schulamtes angeführten Erziehungsberechtigten wurden Strafanzeigen vorgelegt. Gegen Werner W[...] wird, sobald er von der Reise zurückkehrt, Strafanzeige vorgelegt. Die Ehefrau W[...] konnte ebenfalls nicht gehört werden, da sie sich von ihrem Mann getrennt hat und mit der Tochter Eugenie nach Ulm verzogen ist. Einen Sohn Paul hat Werner W[...] nicht, es muss daher ein Irrtum vorliegen.

Q[...] Agnes und ihre Mutter sind von hier nach Wangen verzogen und sind auch polizeilich abgemeldet. Strafanzeigen gegen R[...], M[...], S[...] und B [...] konnten nicht vorgelegt werden, da ihnen die strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte. Bei den Schülern Edgar M[...] und Egon S[...] haben es auser [!] den Eltern auch die Mitschüler bestätigt, dass sie den Schulunterricht regelmässig besucht haben. Es ist daher anzunehmen, dass dem Lehrer W[...] ein Irrtum unterlaufen ist.

[Unterschrift]
Pol. Hauptwachtmeister

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr, Generalia Bd. 7.

Tragendes Element der Versorgung waren neben dem Brot vor allem die Kartoffeln. Ihre Verfügbarkeit wurde zum Index der Nachkriegsernährung. Welche Schwierigkeiten die Versorgung mit Kartoffeln machte und vor allem welcher Zuständigkeitswirrwarr eine effektive Versorgung behinderte, geht aus dem Erfahrungsbericht eines Kreisernährungsausschuss-Mitglieds hervor.

Zur Kartoffel-Versorgung 1946/47

Durch den Herrn Landrat wurde ich mit Schreiben vom 7. 10. 1946 als Vertreter der Industrie in den Kreisernährungs-Ausschuss berufen. Eine erste Sitzung fand am 9. Oktober 1946 statt, in welcher die katastrophale Lage bezüglich der Kartoffelversorgung für den Winter 1946/47 behandelt wurde. Die Kreise Donaueschingen und Waldshut sollen für die Versorgung des Kreises Lörrach mit eingeschaltet werden, dessen Bedarf mit 12'000 Tonnen (ohne Selbstversorger) beziffert wird. Hiervon sollten 3'000 to vom Kreis Lörrach selbst aufgebracht werden, speziell für die Stadt Lörrach (21'000 Einwohner), der Rest von 9'000 to soll, wie erwähnt, aus den Kreisen Donaueschingen und Waldshut beigeschafft werden. Donaueschingen hat sich jedoch ausserstande erklärt, während Waldshut 3-4'000 to eingekellert hat, die eventuell freigegeben werden können.

Ich nahm hierauf anlässlich der ander[n]tags stattfindenden Eröffnungssitzung der Industrie- und Handelskammer Veranlassung, auf die katastrophale Ernährungslage hinzuweisen mit dem gleichzeitigen Ersuchen, einen Ausschuss zu bilden, dem sowohl Vertreter der Textilindustrie, der chemischen und der Lederindustrie u.a. angehören sollten, um auf diese Weise die gesamte Industrie des Wiesen- und Rheintales für eine etwaige Kompensation mobil zu machen. Es wurde hierauf innerhalb der Kammerbesprechungen mit der gesamten, dort vertretenen Industrie verhandelt, und man war sich einig, dass man wohl gewisse Quantitäten zur Verfügung stellen könnte, jedoch nur mit Genehmigung seitens der zuständigen Sectionen in Badenweiler und Baden-Baden. Es wurde jedoch gleichzeitig der Standpunkt vertreten, dass man innerhalb der französischen Zone keine Kompensationen geben sollte, sondern dass die Bauern in ihrem Kreise ihrer Ablieferungspflicht nachkommen müssten. Es könnte sich also lediglich darum handeln, aus der amerikanischen Zone aus den Überschussgebieten Kartoffeln auf dem Kompensationswege zu beschaffen. Die gesamte, bei der Kammer vertretene Industrie erklärte sich bereit, Waren im Betrage von ca. RM 400'000,- aufzubringen, um evtl. einen Zuschuss im Werte von ca. RM 2'000'000,- an Kartoffeln damit zu kompensieren.

Nachdem dieses Ergebnis vorlag, beschritt ich alsdann den offiziellen Weg, indem ich bei der zuständigen französischen Stelle in Badenweiler (Section Textile) wegen Freigabe vorsprach. Es wurde mir jedoch dort erklärt, dass man es grundsätzlich nicht verantworten könne, eine derartige Déblockage zu bewilligen (bei der Textilindustrie würde es sich um Waren im Werte von RM 100'000 handeln). Im Übrigen würden ihnen auch die nötigen Unterlagen fehlen. Um diese grundsätzliche Frage speziell wegen der Kartoffel-Versorgung zu klären, sei einzig Herr Colonel Tobler in Freiburg in der Lage, mich zu orientieren.

Ich habe daraufhin am Dienstag, den 22. Oktober, Herrn Colonel Tobler meine

Aufwartung gemacht, der mir in liebenswürdigster Weise eine Unterredung gewährte. Im Verlauf der Aussprache machte mich Herr Colonel darauf aufmerksam, dass

1. innerhalb der französischen Zone eine Kompensation grundsätzlich nicht in Frage käme,
2. die Frage der Kompensation in der amerikanischen Zone ebenfalls für schwierig, jedoch nicht aussichtslos, erachtet wird, sofern die Verhältnisse dazu zwingen würden.

Herr Colonel Tobler ist aber der Auffassung, dass die Kartoffeln nicht nur zu 50 kg pro Kopf (des Normalverbrauchers) vorhanden sind, sondern nach den Errechnungen der französischen Stellen zu mindestens 180 kg. Er sei der Ansicht, dass die Ernährungsämter auf alle Fälle mit allem Nachdruck darauf hinwirken müssten, dass das Ablieferungs-Soll nochmals überprüft wird, und dass diejenigen Quantitäten, die in den Gemeinden bereits zugesagt sind, wenn sie auch das Ablieferungs-Soll noch nicht erreichen, unbedingt einmal verteilt werden sollen. Es wurde mir auch anheimgestellt, noch mit anderen französischen Wirtschafts-Offizieren zu sprechen, was ich auch tat, und wobei mir noch verschiedene Hinweise gegeben wurden.

Lörrach, den 31. Oktober 1946

gez. [Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, IX/47.

So wie man die Bauern zunächst als Hauptträger der Lebensmittelversorgung hofiert und an sie appelliert hatte, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung im Überlebenskampf eines ganzen Volkes ernst zu nehmen, so verlassen mussten sie sich vorkommen, wenn es um eine angemessene Interessenvertretung ging. Der folgende Auszug aus einem Stimmungsbericht aus dem Kreis Villingen belegt, dass die Preise, zu denen die Bauern ihre Erzeugnisse abgeben mussten, den Aufwand kaum lohnten. Dazu war noch der Viehbestand durch jahrelangen Raubbau auf ein Niveau gesunken, das keine Rendite mehr versprach. Mehreinnahmen waren allein noch zu erzielen durch den Anbau von Saat- statt Brotgetreide und Saat- statt Speisekartoffeln sowie Futtersaatgut.

Monatsbericht 1.-31. Dezember 1948 vom 5. Januar 1949:

Infolge der Erhöhung der Arbeitslöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter waren viele Betriebe im Hochschwarzwald genötigt, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, oder aber die alten Löhne beizubehalten, was vielfach zur Folge hatte, vor allem in den grösseren Betrieben, dass die Arbeitskräfte kündigten und nach der Stadt abwanderten. Die Versorgung der Hochschwarzwaldbetriebe mit Arbeitskräften wird im kommenden Frühjahr die grössten Schwierigkeiten

L 11 BADEN 506	A 4 11 Febr.	A 3 11 Febr.	A 2 11 Febr.	A 1 11 Febr.	L 11 BADEN 406	A 4 11 Jan.	A 3 11 Jan.	A 2 11 Jan.	A 1 11 Jan.		
L 11 BADEN 507	A 5 11 Febr.	B 3 11 Febr.	B 2 11 Febr.	B 1 11 Febr.	L 11 BADEN 407	A 5 11 Jan.	B 3 11 Jan.	B 2 11 Jan.	B 1 11 Jan.		
L 11 BADEN 508	H 11 Febr.	B 4 11 Febr.	T 36 11 Febr.	T 35 11 Febr.	L 11 BADEN 408	D* 11 Jan.	B 4 11 Jan.	T 2 11 Jan.	T 1 11 Jan.		
Bundes- republik Deutschland LEA BADEN E 135 Erwachsene ab 16 Jahre Februar 1950	100 g W- Brot 11 Febr.	100 g W- Brot 11 Febr.	G 11 Febr.	500 g W-Brot 11 Febr. 6	500 g W-Brot 11 Febr. 5	Bundes- republik Deutschland LEA BADEN E 134 Erwachsene ab 16 Jahre Januar 1950	100 g W- Brot 11 Jan.	100 g W- Brot 11 Jan.	C* 11 Jan.	500 g W-Brot 11 Jan. 2	500 g W-Bro 11 Jan.
FETT R 11 11 Febr.	BU 23 11 Febr.	BU 22 11 Febr.	125 g Butter 11 Febr. 17	FETT S 11 11 Febr.	250g Fett C 11 11 Febr.	250g Fett B 11 11 Febr.	250g Fett A 11 11 Febr.	FETT R 11 11 Jan.	Bu 6 11 Jan.	Bu 5 11 Jan.	125 g Butter 11 Jan. 1
11	15 11 Febr.	500 g Zucker 11 Febr. 13	500 g Zucker 11 Febr. 12	3 11 Jan.	500 g Zucker 11 Jan. 2	500 g Zucker 11 Jan.	Z 11 BADEN 503	Z 11 BADEN 505	Fleisch 27 11 Febr.	Fleisch 11 26 11 Febr.	Fleisch 25 11 Febr.
Z 11 BADEN 502	Z 11 BADEN 504	Fleisch 11 23 11 Febr.	125 g FLEISCH 11 Febr. 13b	125 g FLEISCH 11 Febr. 13a	Z 11 BADEN 403	Z 11 BADEN 405	Fleisch 7 11 11 Jan.	Fleisch 6 11 11 Jan.	Fleisch 5 11 11 Jan.	Z 11 BADEN 402	Z 11 BADEN 404
Z 11 BADEN 501	Fleisch 22 11 Febr.	125 g FLEISCH 11 Febr. 12b	125 g FLEISCH 11 Febr. 12a	Z 11 BADEN 401	Fleisch 4 11 11 Jan.	Fleisch 125 g FLEISCH 11 Jan. 2b	Fleisch 125 g FLEISCH 11 Jan. 2	Fleisch 3 11 11 Jan.	125 g FLEISCH 11 Jan. 1b	125 g FLEISCH 11 Jan. 1	

Eine der letzten Lebensmittelkarten des Landesernährungsamtes (LEA) Baden.

bereiten, und das Fehlen der Arbeitskräfte trägt nicht dazu bei, eine Produktivitätssteigerung zu erreichen. Solange die Preisschere zu Ungunsten des Landwirts sich auswirkt und zudem noch eine Vermehrung der Landflucht überall bei uns festgestellt werden kann, ist mit einer Anbauausweitung und Ertragssteigerung niemals zu rechnen. Es besteht demnach die Forderung, endlich für eine vernünftige Preisgestaltung Sorge zu tragen, um überhaupt die Lebensexistenz des Hochschwarzwaldbauern noch auf eine ertragbare Höhe zu bringen.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Zug. 1979/82 Nr. 784.

Ende 1948 war die Hungerkatastrophe in der französischen Besatzungszone im Allgemeinen überwunden. Ausschlaggebend waren zwei Gründe: einmal die am 20. 6. 1948 in allen drei Westzonen verkündete Währungsreform, zum anderen die im Oktober 1948 beendeten Nahrungsmittelentnahmen der Besatzungsbehörden.

Bereits für November 1948 liessen sich wieder 2'000 Kalorien pro Tag errechnen.

Nach über zehn Jahren ging schliesslich die Ara der Lebensmittelbewirtschaftung zu Ende: Anfang 1950 wurden die Bezugsscheine und Zuteilungskarten sukzessive abgeschafft. Eine «lyrische Vollzugsmeldung» und eine fasnächtliche Anzeige verliehen der Hoffnung Ausdruck, dass nun auch die Zeit der Ernährungs- und Wirtschaftsämter endgültig vorbei sein möge.

Das Kartenspiel hat ausgespielt, was kaum ein Mensch für möglich hielt. Die Butter frei, der Zucker frei, Nur zwanzig Pfennig für ein Ei!

Selbst Schlagrahm gibt es markenlos, wonach die Sehnsucht riesengross, und jeder, der sich's leisten kann, isst sich nun dicke Backen an.

Erstaunt fragt sich der Pessimist, was in den Staat gefahren ist, hat er mit einemal bemerkt, dass ihn nur der liebt, den er stärkt?

Was macht nun dieser arme Staat mit seinem Riesenapparat?
Bleib' still, o Pessimist, und warte,
das steht auf einer and'ren Karte!

Aus: «Südkurier», 26. Januar 1950.

Anzeige zur Fasnacht 1949:

Schmerzlicher Vorwurf

Allen hoffnungslosen Normal-, Voll-, Teil-, Halbtteil-, Viertelteil-, Achtelteil-Undsoweiterteilbesorgten die schmerzliche Nachricht, daß unsere allseits be- und verkannten

Ernährungs- und Wirtschaftsämter

noch nicht ihren sich immer mehr bemerkbar machenden Alterserscheinungen erlegen sind.

Der Ersatzkaffee und die Suppenerzeugnisse für das Totenmahl sind bereits für einen Aufruf vorgesehen.

Der Oberkalorienbedarfsträger

Aus: «Badische Närrische Nachrichten», Offenburg, 26. Hornung 1949.

Ein Blick auf die Aufbauleistungen im Ernährungssektor im Jahre 1949 lässt erkennen, dass der Anschluss an den Vorkriegsstandard gleichwohl noch nicht erreicht war. Immerhin konnten die Gesamterträge gegenüber 1946 in allen wesentlichen Bereichen wirkungsvoll gesteigert werden.

Übersicht über die Anbauflächen und Erträge 1935 bis 1949:

	Anbaufläche in ha			Erträge je ha		
	1935/38 ha	1946 ha	1949 ha	1935/38 dz	1946 dz	1949 dz
Roggen	21 983	12 674	16 373	16,0	9,0	18,7
Weizen, Spelz	37 168	26 819	27 091	19,2	10,0	20,1
Menggetreide	12 867	6 409	8 638	17,4	10,0	19,3
Gerste	26 028	15 377	18 712	18,0	12,8	19,0
Hafer	25 229	16 321	17 333	17,6	15,9	15,0
Kartoffeln	38 885	24 537	25 034	168,5	116,0	155,9
Zuckerrüben	183	152	176	283,6	220,0	250,0
Tabak	1 929	1 392	1 683	26,0	19,3	31,0
Reben	8 365	6 036	5 621	3000 Ltr.	2050 Ltr.	1681 Ltr.

	Gesamtertrag		
	1935/38 to	1946 to	1949 to
Roggen	35 172	11 406	30 732
Weizen, Spelz	71 363	26 819	54 507
Menggetreide	22 388	6 409	16 689
Gerste	46 850	19 683	35 553
Hafer	44 403	26 000	26 000
Kartoffeln	655 212	324 915	396 100
Zuckerrüben	5 190	3 344	4 400
Tabak	5 015	2 688	5 212
Reben	--	--	--

Aus: Die wirtschaftlichen Wiederaufbauleistungen des Landes Baden von 1945 bis zur Gegenwart, in: Ministerialblatt der Landesregierung von Baden – Ausgabe A, Freiburg 1. Jg. (1950), Nr. 16 vom 30.8., S. 165.

Auch eine Betrachtung der Betriebsmittel in der landwirtschaftlichen Aufbaubilanz zeigt eine deutliche Tendenz zur Normalisierung.

Die Leistung der badischen Landwirtschaft war unmittelbar nach dem Kriege durch den Mangel an den notwendigen Zugtierbeständen stark behindert. Auch hier gelang es – vor allem bei Pferden –, wieder den normalen Stand annähernd zu erreichen. Wenn der Zugochsenbestand 1945 höher war als 1938, so ist dies darauf zurückzuführen, dass die Zugochsen damals nicht nur an die Stelle der fehlenden Pferde traten, sondern auch die durch die geringe Kraftstoffzuteilung in ihrem Einsatz beschränkten Zugmaschinen zu ersetzen hatten. Im Zuge der Mechanisierung konnte ihre Zahl wieder vermindert werden.

Die Ausstattung der badischen Landwirtschaft mit Ackerschleppern hat bedeutende Fortschritte gemacht. Die Zunahme bis zum Jahre 1948 betrug 25% des Standes von 1945. Bis Ende 1949 hatte sich der Bestand auf 135% des Ausgangsbestandes nach dem Kriege erhöht. Der Ackerschlepperbestand zu Beginn des Krieges kann mit rund 2'000 Stück angenommen werden, die aber durch Kriegsschadensverluste und Verschleiss zu Ende des Krieges auf 1'773 Stück abgesunken waren. [...] 1945 bestand in Baden kaum mehr eine Erzeugung von anerkanntem Saatgut. Es war daher erforderlich, einen vollkommenen Neuaufbau vorzunehmen. Dabei wurden von Jahr zu Jahr beachtliche Fortschritte erzielt. Im Jahre 1949 konnten bereits

2'865 dz anerkanntes Winterroggen-Saatgut,

6'610 dz anerkanntes Winterweizen-Saatgut,

2'309 dz anerkanntes Sommergersten-Saatgut,

991 dz anerkanntes Hafer-Saatgut erzielt werden. [...]

Aus: *Die wirtschaftlichen Wiederaufbauleistungen des Landes Baden von 1945 bis zur Gegenwart*, in: Ministerialblatt der Landesregierung von Baden – Ausgabe A, Freiburg, 1. Jg. (1950), Nr. 16 vom 30. 8., S. 155.

Ein Kapitel über Ernährung in der Nachkriegszeit wäre unvollständig, würde in ihm nicht auch der ausländischen Hilfs- und Spendenaktionen gedacht, die der badischen Bevölkerung zugeflossen sind. Bereits bei Kriegsende waren für Südwestdeutschland sondierende Vorbereitungen für Schweizer Hilfsaktionen im Geist des Nachbarschaftsgedankens angelaufen. So verpflichteten sich beispielsweise die Basler Katholiken zu einer Patenschaftsaktion für Freiburg. Ende 1945 wurde Deutschland in die Hilfe der «Schweizerpende für die Kriegsgeschädigten» aufgenommen. Auf diesem Wege kamen vor allem Lebensmittel, Kleidung, Hausrat, Medikamente und Lesestoff herein, zusätzlich wurden über 50'000 Kinder zu Erholungsaufenthalten in die Schweiz geholt. An die «Schweizerhilfe» konnten durch deutsche Krankenhäuser Wunschlisten mit den am meisten benötigten Hilfsmitteln gerichtet werden; von dieser Hilfe mit zum Teil lebensrettenden und nur auf diesem Wege erhältlichen Mitteln profitierten beispielsweise Krankenhäuser in Donaueschingen, Villingen, Geisingen, Tuttlingen und anderswo.

Hilfe leisteten auch Schweden und der Vatikan. Besondere Bedeutung für die Spenden- und



Eine Schülerspeisung in Überlingen im Jahre 1947. Suppenaktionen und Schülerspeisungen gehörten zu den dankbar angenommenen Hilfeleistungen der Schweiz.

Hilfsgüterverteilung erlangte Freiburg als Zentrale der Deutschen Caritas. Die umfangreichsten Spenden erreichten das Land jedoch aus den USA. Einzelspendern bot sich CARE (Committee for American Remittances to Europe) an; ihre Pakete wurden durch die öffentlichen Sparkassen verteilt. Für die Liebesgaben der amerikanischen Schwesterorganisation richtete der Caritas-Verband in der französisch besetzten Zone/Land Baden Hauptlager in Freiburg, Donaueschingen, Konstanz und Rastatt ein. Schon Anfang Dezember 1945 gründete Caritas-Präsident Benedikt Kreuz in der Freiburger Zentrale die Abteilung «Caritas – Vertriebene und Flüchtlinge», die ab 1947 verstärkte Bemühungen um Eingliederung, Sesshaftmachung, Wohnungs- und Berufsvermittlung dieses Personenkreises unternahm. Ein eigener Caritas-Suchdienst beschäftigte zeitweise über hundert Mitarbeiter.

Schweizerisches Grünes Kreuz Sektion Deutschland e.V.
Lörrach (Baden)

An den Knaben (Mädchen)

Lörrach

«Liebe ist Quell der wahren Heimat!
Wenn jeder Mensch dem Anderen
in seinem Herzen eine solche
Heimat gibt, dann sind wir
Gott nahe und haben Frieden.»

(K.J. Brändli)

Liebes Kind!

Gewiss wartest Du schon sehnsüchtig auf das schöne Weihnachtsfest, für das Du so
allerhand Wünsche in Deinem Herzchen hegst.

Wenn wir Dir auch nicht alles erfüllen können, so freuen wir uns doch sehr, dass es uns
möglich ist, dieses Jahr wieder eine Weihnachtsbescherung vorzubereiten für Dich und
noch viele andere Kinder.

Das eine oder andere Kind war schon 1948 und 1949 in unserem Kreis eingeschlossen,
und wenn Du nun in diesem Jahr zum ersten Mal zu uns kommen kannst, so sollst Du
wissen, dass wir es guten Menschen verdanken, wenn wir auch für Dich etwas auf den
Gabentisch legen können.

Wir laden dich daher herzlich ein,
am Samstag, den 23. Dezember 1950,
nachmittags 15 Uhr
im Storchensaal Lörrach

in Begleitung Deiner Mutter, Pflegemutter oder Stellvertreter pünktlich zu erscheinen
und diese Einladung mitzubringen.

Dieser Nachmittag soll Dir und Deinen lieben Angehörigen ein frohes, weihnachtliches
und heimatliches Gefühl vermitteln und Dich stets daran erinnern, dass es immer wieder
Menschen gibt, die helfen, Freude in die Herzen zu tragen.

Wir grüssen Dich herzlich!

Lörrach, im Dezember 1950.

SCHWEIZERISCHES GRÜNES KREUZ –
Sektion Deutschland e.V. –
Der Präsident: Karl Joh. Brändli

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, HA 4303 (1921).

Neben der organisierten Hilfe gab es auch Formen völlig spontaner Hilfe. An ein Beispiel erinnert der frühere Schaffhauser Stadtpräsident Walther Bringolf in seinen Memoiren:

[...] Was ich zuvor für die Flüchtlinge in unserem Lande getan hatte, das übertrug sich jetzt rein menschlich auch auf das benachbarte Deutschland, das in Not war. Wir gaben unsere Aluminiumdrähte vom Elektrizitätswerk nach Singen, wir gaben soundso viele Glühbirnen nach Singen oder Radolfzell, wir schickten aus den Beständen unseres passiven Luftschutzes Medikamente, Verbandstoff und anderes Sanitätsmaterial in die Spitäler von Singen oder Konstanz. Einmal gelang es mir, einen ganzen Eisenbahnwaggon Kartoffeln ohne grosse Zollschwierigkeiten dem Spital in Singen zuzuleiten, das sich in einer verzweifelten Notlage befand. Damals suchte mich der evangelische Pfarrer in Begleitung eines Arztes auf, um mich davon in Kenntnis zu setzen und gleichzeitig um Unterstützung mit Nahrungsmitteln, besonders Kartoffeln, zu bitten. Ich erkundigte mich daraufhin bei der Landwirtschaftlichen Genossenschaft und erfuhr, dass im Güterbahnhof Schaffhausen gerade ein Waggon mit tschechoslowakischen Kartoffeln eingetroffen sei. Die Genossenschaft war bereit, diesen Waggon sofort weiterzugeben, wenn sie dafür die Ausfuhrbewilligung von der Oberzolldirektion in Bern erhalte. Ich setzte mich direkt mit Bundesrat Enrico Celio in Verbindung, mit dem ich solche Dinge besprechen konnte und der dafür auch zuständig war. Natürlich konnte er nicht ohne Weiteres die Bewilligung erteilen, aber am Ende unseres Gespräches hatte ich ihn so weit, dass er erklärte: «Gut, Sie können sich auf mich berufen, aber Sie tragen die Verantwortung mit mir zusammen.» Das genügte mir, und der Waggon tschechoslowakischer Kartoffeln rollte direkt von Schaffhausen nach Singen, so dass der verzweifelten Lage innerhalb 24 Stunden abgeholfen werden konnte. Die Stadt Singen hat sich dadurch dankbar gezeigt, dass sie der Stadt Schaffhausen ein prachtvolles Glasfenster schenkte, eine Komposition von Otto Dix. Sie stellt den heiligen Martin dar, wie er seinen Mantel mit den Armen teilt, und trägt die Inschrift: «In der Not wart Ihr uns Freunde.»

Aus: Walther Bringolf, *Mein Leben. Weg und Umweg eines Schweizer Sozialdemokraten*, Zürich, o.J., S. 414f.

Eine weniger materiell als moralisch bemerkenswerte Hilfe stellten die Pakete der badischen Heimathilfe dar – aufgebracht von badischen Auswanderern, Exilanten und Emigranten.

Badische Heimat-Hilfe
Greater New York and New Jersey

An das
Buergermeisteramt
der Stadt Loerrach, Loerrach/Baden.

Sehr geehrter Herr Buergermeister!

West New York, New Jersey
den 26. Juni 1948

Im Auftrag der «Badischen Heimat-Hilfe von Gross-New York und New Jersey» habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass wir am 21. Juni an das Buergermeisteramt in Loerrach zugunsten Ihres Staedtischen Krankenhauses die folgenden Lebensmittel haben zum Versand bringen lassen:

150 Ibs. Weizenmehl	[ca. 68 kg]
40 Ibs. Zucker	[ca. 18 kg]
22 Ibs. Margarine	[ca. 10 kg]
16 Ibs. geroestetenKaffee	[ca. 7 kg]

Diese Spende ist moeglich gemacht worden durch freiwillige Beitraege aus den Kreisen der hiesigen badischen Landsleute. Wir wuerden uns freuen, wenn Sie fuer ihre Weiterleitung an Ihr Staedtisches Krankenhaus und die unentgeltliche Verteilung dort besorgt sein wuerden.

An der Groesse der Not in der deutschen Heimat gemessen, sind wir uns darueber klar, dass unsere Zuwendung als bescheiden angesehen werden muss; wenn wir aber hier anfragen, dass wir zu gleicher Zeit an 22 andere Staedte der badischen Heimat nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl ebenfalls Lebensmittel zum Versand brachten, vertrauen wir doch darauf, dass sie – als Teil unseres Liebeswerkes – mithelfen mag, den Mut und die Kraft und das Vertrauen auf eine bessere Zukunft zu beleben.

Wir hoffen und wuenschen, dass Alles wohlbehalten in Ihre Haende gelangt. Im Namen der hiesigen Badener sende ich Ihnen und Ihren Mitbuergern in Loerrach die besten Wuensche und begruesse Sie in

Landsmannschaftlicher Verbundenheit
Badische Heimat-Hilfe
Greater New York and New Jersey
(Gottfried Bertsch)
Sekretär

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, IX/49.

Arbeit und Wirtschaft

Im Gegensatz zum dichter besiedelten und stärker industrialisierten, indes amerikanisch besetzten Nordbaden war Südbaden – also das «Land Baden» – ein weithin agrarisch bestimmtes Gebiet, für das sowohl im landwirtschaftlichen wie im industriellen Bereich der Klein- und Mittelbetrieb charakteristisch war. 1948 arbeiteten 60% der Industriearbeiter in Betrieben mit unter 200 Beschäftigten. 30% aller Erwerbspersonen arbeiteten in der Industrie, mehr als 42% in Landwirtschaft und Forsten, 12% im öffentlichen Dienst sowie in privaten Dienstleistungsbereichen, 11% lebten von Handel und Verkehr.

Zu diesen strukturellen Gegebenheiten trugen nach dem Ersten Weltkrieg auch die Bestimmungen des Versailler Vertrages bei, nach denen in einem 50 km breiten Streifen entlang der französischen Grenze der Ausbau von Rüstungs- und verwandter Industrien untersagt war (was dann freilich auch einen geringeren Zerstörungsgrad im Zweiten Weltkrieg bedingte).

Neben dieser Ausgangslage war es die französische Besatzungspolitik, die das Gesicht der südbadischen Nachkriegswirtschaft prägte. Sie spiegelte in besonderer Weise die deutschlandpolitischen Interessen Frankreichs wider, wie sie sich aus dessen militärischer Niederlage im Sommer 1940 und der anschliessenden Besetzung durch deutsche Truppen ergaben – waren doch Frankreich Zerstörungen und laufende Kosten von geschätzten 40 Milliarden Dollar entstanden; allein für die Besatzung vom Juni 1940 bis September 1944 berechneten die Deutschen Frankreich Besatzungskosten von 31,6 Milliarden RM. So war es für das gegen Ende des Krieges wirtschaftlich ausgebeutete und selbst am Boden liegende Frankreich aus doppeltem Grund naheliegend, eine eigene Besatzungszone anzustreben: einmal aus sicherheitspolitischen Gründen – Frankreich glaubte so seinen Einfluss auf Nachkriegsdeutschland dokumentieren und seine Wiedererstehung als Reich verhindern zu können –, dann aber auch aus finanziellen und ökonomischen Gründen im Sinne eines wirtschaftlichen Faustpfandes. Daraus resultierte eine Besatzungspraxis, die eine Föderalisierung Deutschlands ohne Zentralgewalt und nennenswertes Wirtschaftspotential anstrebte und zum andern eine Wiedergutmachung der Kriegs- und Besatzungsschäden und -kosten ermöglichte.

Nun sahen die Potsdamer Beschlüsse mit der völligen Abrüstung Deutschlands auch die Ausschaltung seines industriellen Kriegspotentials vor und strebten die Organisierung des Wirtschaftslebens auf der Grundlage der Landwirtschaft und einer Friedensindustrie an, forderten die Beseitigung von Monopolen und erlegten Deutschland die Verpflichtung auf, in grösstmöglichem Ausmass für die den Völkern und Nationen zugefügten Verluste und Leiden Ausgleich zu schaffen – freilich wurde dabei zunächst von Deutschland und später von den drei Westzonen als Wirtschafts*einheit* ausgegangen. Diese Voraussetzung war es, zu der die französischen Si-

cherheitsinteressen scheinbar im Widerspruch standen und die Frankreich die alliierte Deutschlandpolitik bis 1948 obstruieren liess. Schon lange zuvor war Frankreich mit seiner Deutschlandpolitik in die Isolation geraten, die 1947 – mit der Schaffung der Bizone – auch ihren wirtschaftspolitischen Ausdruck fand und schliesslich in dem Masse aufgegeben werden musste, wie Frankreich zur Ankurbelung seiner Wirtschaft selbst der amerikanischen Kreditflut bedurfte. Damit geriet es freilich in amerikanische Abhängigkeit und erkaufte sich seine wirtschaftlichen Aufbauhilfen mit der Zustimmung zur Westintegration der drei Westzonen, die im Zeichen weltpolitisch veränderter Konstellationen unumgänglich schien. Diese Konzessionen fielen Frankreich indes umso leichter, als mit der sich abzeichnenden Spaltung Deutschlands eine elementare Voraussetzung dafür erfüllt war, dass Deutschland nicht wieder als Reich in den alten Grenzen erstehen würde.

Den auf Ausgleich der eigenen immensen Schäden abgestellten Interessen Frankreichs kam die französische Zone als kleinste, bevölkerungs- und industrieärmste der vier Zonen nur bedingt entgegen. Sieht man einmal vom Saarland ab, das 1948 ökonomisch an Frankreich angeschlossen wurde, besass die grossstadtarne französische Zone mit Ludwigshafen nur ein einziges grossindustrielles Zentrum, das den weitgehenden Reparationsforderungen Frankreichs hätte entsprechen können. Deshalb orientierten sich die französischen Wiedergutmachungsforderungen notgedrungen am Holzreichtum Badens, der landwirtschaftlichen Produktion der Zone (um den Preis einer dramatischen Verschärfung der ohnehin bestehenden Hungerkrise) und erst an letzter Stelle am maschinellen Anlagevermögen der Industrie (Demontage).

Um die immense wirtschaftliche Belastung ermassen zu können, muss das geringe Produktionsniveau Badens in Betracht gezogen werden, das – gemessen am Stand von 1936 – allenfalls bei 40% lag. Dieser niedrige Stand war bedingt durch

- den eklatanten Mangel an Rohstoffen,
- die fast völlige Abschnürung der Zone vom übrigen deutschen Wirtschaftsgebiet,
- erschwerte Transportbedingungen,
- das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte,
- bürokratische Hemmnisse und
- eine dramatische Verschärfung der Ernährungslage.

Obgleich beim Einmarsch der Franzosen noch Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren auf fast allen Gebieten vorhanden waren, gingen die meisten Vorräte im Laufe des Jahres 1945 zur Neige. Aus Mangel an Kohle, damals Voraussetzung für die meisten industriellen Produktionen, mussten bereits 1945, aber auch noch 1947 Produktionsstätten stillgelegt werden, vor allem textil- und metallverarbeitende Betriebe (etwa Giessereien) und chemische Fabriken. Auch die von der französischen Militärregierung pauschal zur Verfügung gestellten und von deutschen Stellen nach bestimmten Schlüsseln verteilten Energiekontingente waren zu gering, so dass auch sie die Produktion hemmten, wie etwa beim Zementwerk Kleinkems. Teils wurden Verkehrswege in die Demontage einbezogen – so das zweite Gleis der Oberrheinstrecke zwischen Denzlingen und Offenburg –, und das Arbeitskräftepotential besass nicht das notwendige Niveau, vor allem in der Landwirtschaft und bei Facharbeitern. Die restriktive Zuwanderungspolitik tat ihr Übriges, um das Produktionsniveau der französischen Zone unter das von

1939 zurücksacken zu lassen. Eines der wichtigsten Hindernisse für eine ausreichende Produktion lag schliesslich in der Unterernährung. Sie war, da die Militärregierung ihre Reparationsforderungen nicht allein auf Industrie und Forstwirtschaft beschränkte, durch umfangreiche Lebensmittel- und Erntebeschlagnahmen mitbedingt und drückte das Arbeits- und Leistungsvermögen teilweise auf ein Drittel des Normalstandes (vergleiche auch das Kapitel «Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel»). Kalorienwerte von 1'000 und weniger pro Monat riefen Schwäche- und Erschöpfungszustände hervor, die nicht nur an keine geordneten Arbeitsverhältnisse mehr denken liessen, sondern auch die Abwesenheit vieler Arbeiter vom Arbeitsplatz zur Beschaffung zusätzlicher Nahrungsmittel überlebensnotwendig machten. Und natürlich stellten auch die Maschinenentnahmen schwerwiegende Eingriffe in die industrielle Leistungsfähigkeit der badischen Wirtschaft dar.

Trotz dieser Situation orientierten sich die – durchaus berechtigten – Wiedergutmachungsforderungen in Form von umfangreichen Requisitionen und Reparationen, Demontagen und Exportprogrammen nicht am wirtschaftlich und menschlich Vertretbaren, sondern einseitig an den französischen Wiederaufbaubedürfnissen und Entschädigungsansprüchen, so dass die Entnahmeaktionen aus einer so kleinen Zone den Charakter einer wirtschaftlichen Ausbeutung und Plünderung annehmen mussten, die nicht nur die erbittertsten Kommentare der Zeit gefunden haben, sondern auch von der zeitgeschichtlichen Forschung entsprechend beurteilt werden. So spricht beispielsweise Werner Abeishauser von der «Dominanz des Reparationsdenkens» (Scharf/Schröder, S. 113), andere, wie Klaus Dietmar Henke, von der absoluten Priorität des wirtschaftlichen Ausbeutungsprogramms. Zu solchen Urteilen tragen nicht allein quantitative Aspekte des Reparationsdenkens bei, sondern mehr noch der völkerrechtlich problematische Modus und vor allem jene innere Widersprüchlichkeit, die zwischen dem französischen Anspruch auf Demokratisierung Deutschlands bzw. der französischen Zone und der quasikolonialen Abhängigkeit bestand, mit der die Zone das wirtschaftliche Wiedergutmachungsprogramm über sich ergehen lassen musste. Selten wird diese Widersprüchlichkeit so deutlich wie in der Feststellung des britischen Generalkonsuls, der in einer Bilanz über drei Jahre französischer Wirtschaftspolitik schrieb: «Wir glauben, dass die Franzosen versuchen, ihre im Krieg erlittenen Verluste so schnell wie möglich aus ihrer Zone zu ersetzen. Unser einziger Kommentar dazu ist, dass der Versuch, aus einem Gebiet dieser Grösse und dieser Ressourcen auch nur entfernt das herauszuholen, was die Franzosen während der deutschen Besatzung ihres Landes verloren zu haben behaupten, vom juristischen Standpunkt aus zu rechtfertigen sein mag, aus ökonomischer Perspektive aber nur zur völligen Verwüstung der französischen Zone führen kann» (Scharf/Schröder, S. 82).

Um ihre Reparations- und Besatzungspolitik verwirklichen zu können, unterstellten die Franzosen durch Verordnung Nr. 5 vom 4. September 1945 die gesamte Wirtschaft der Kontrolle der Militärregierung. Bevor am Sitz der militärischen Hauptverwaltung in Baden-Baden eine eigene zentrale Wirtschaftsverwaltung eingerichtet wurde, lag die Wirtschaftshoheit praktisch bei den Militärregierungen der Kreise und Distrikte, die ab Frühsommer 1945 zunächst die Beschlagnahme und Inventarisierung sämtlicher Vorrats- und Warenlager bei Industrie, Gross- und Einzelhandel verfügten und diese dann – mit Ausnahme der Rüstungsindustrie – ermächtigten, die

Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Kontrolle der französischen Militärregierung über Führung und Neuzulassung von Betrieben bestand bis 1949. Die Oberaufsicht erstreckte sich auch auf sämtliche Rohstoffe und Waren sowie deren Verteilung, das heisst, es waren bei den zuständigen Verwaltungsstellen der Militärregierung Freigabebescheine für Rohstoffe, für die auf jeder Stufe der Fertigung «blockierten» Waren und für deren Verteilung einzuholen – ein Verfahren, das nicht allein einen unablässigen Papierkrieg und zeitlichen Verzug bedeutete, sondern auch eine effektive betriebliche Organisation behinderte. Eingriffe in die wirtschaftlichen Abläufe gab es auch in Form von Produktionslenkung, Produktionsauflagen und -beschränkungen; so wurden beispielsweise im Sommer 1945 Dringlichkeitsstufen für Fertigungsbereiche eingeführt, die folgende Prioritäten vorsahen:

- a) Betriebe, die für Landwirtschaft und Ernährung sowie Gesundheit produzierten, ferner Baracken herstellten;
- b) Textil- und Holzprodukte; Textilwaren und Holzvergaser;
- c) Papier und chemische Industrie, Bauwesen;
- d) sonstige Industrie.

Die weitreichendste wirtschaftliche Kontroll- und Lenkungsmassnahme hatte sich die Militärregierung jedoch mit der Möglichkeit des direkten Eingriffs vorbehalten. So gab es eine ganze Industrie, die ausschliesslich für den französischen Markt produzierte, die sogenannten Prioritätsbetriebe. Ihnen standen bevorzugt Rohstoffe zur Verfügung, die für andere Unternehmen eingeführten Arbeitszeitbeschränkungen (zum Teil nur 18 Wochenstunden) galten für die Arbeiter der Prioritätsbetriebe nicht (Mitte 1947 ein Personenkreis von rund 100'000 Personen in der gesamten französischen Zone); ausserdem wurden die Arbeiter von Prioritätsbetrieben mit Sonderzulagen und tauschgeeigneten Gebrauchsgütern ausgestattet, um die Leistung auf hohem Niveau zu halten. Diese Zulagen sorgten nicht nur für soziale Unzufriedenheit, sondern bewirkten auch, dass andere Unternehmen ständig versuchten, ebenfalls den Status von Prioritätsbetrieben zu erlangen.

Über die Produktion der Prioritätsbetriebe hinaus waren die sogenannten Entnahmen aus der laufenden Produktion für die französische Besatzung beziehungsweise den Export bestimmt. Die Folge dieser Entnahmen war, dass Freigaben aufgrund des geringen Produktionsniveaus zugunsten der deutschen Bevölkerung in verhältnismässig geringem und völlig ungenügendem Umfang erfolgten und der Handel – sieht man einmal von Lebensmittelgeschäften ab – aufgrund des allgemeinen Warenmangels keine nennenswerten Umsätze erzielte.

Eine weitere, politisch motivierte Form der Kontrolle des Wirtschaftslebens war die Zwangsverwaltung (Sequestrierung) von Betrieben, insbesondere solcher, die sich der Unterstützung des Nationalsozialismus und seiner finanziellen Förderung, aber auch der Verschleppung, Versklavung oder gar Ermordung von Fremdarbeitern oder KZ-Insassen schuldig gemacht hatten. Zwangsverwaltungsmaßnahmen waren in den Bestimmungen des Alliierten Kontrollrats als Konsequenz aus der Machtübernahme des Nationalsozialismus und im Sinne einer Begrenzung wirtschaftlicher Machtkonzentration ausdrücklich vorgesehen. Nach Rudolf Laufer (Scharf/Schröder, S. 143) betrafen diese Massnahmen in Südbaden folgende bizonalen Unternehmen:

drei Betriebe der Degussa, die Hausacher Mannesmann-Stahlblechbau AG, die Baden-Badener Reemtsma-Niederlassung sowie zwei Unternehmen der Energiewirtschaft. An innerzonalen Unternehmen wurden dekartelliert: die Rheinschiffahrt, die Kohleabsatzorganisationen sowie das Tank- und Verkaufstellennetz des Benzin-Benzol-Vertriebs Bochum. Doch das Beispiel der Elektrochemischen Werke Rheinfelden, Teil der früheren IG-Farben und 1948 an eine französisch-deutsche Aktiengesellschaft verpachtet, deren Kapital sich zu 70% in französischer Hand befand, zeigte, dass die französische Entflechtungspolitik weniger eine politisch motivierte Zerschlagung wirtschaftlicher Macht- und Monopolstellungen beabsichtigte, als «vielmehr unter dem Deckmantel der Dekartellierung den Einfluss Frankreichs auf die Wirtschaft seiner Zone zu zementieren» (Scharf/Schröder, S. 143) bestrebt war. Diese französischen Beteiligungen erklären dann auch den relativ geringen Demontierungsgrad der betreffenden Betriebe.

Negativ wirkte sich schliesslich auch das Exportmonopol der französischen Militärregierung aus, die ausserdem die Preishoheit innehatte. Damit bestimmte das *Officomex* (Office du Commerce Extérieur), über das der gesamte Export abgewickelt wurde, nicht nur Art und Umfang der Ausfuhrleistungen, sondern auch den Preis der exportierten Waren, wobei dessen niedriges Niveau die umfangreichen Lieferungen nach Frankreich auf dem Wiedergutmachungs-Leistungskonto nicht angemessen zu Buche schlagen liess. Gleichzeitig entgingen der Zone die für den Import von Lebensmitteln so wichtigen Devisen. Nicht ohne Grund sah das badische Wirtschaftsministerium die Zone Ende 1947 auf einen allmählichen wirtschaftlichen Ausverkauf zutreiben (Scharf/Schröder, S. 145). Dies umso mehr, als nach einer alliierten Vereinbarung Exporte nur zu 80% bezahlt zu werden brauchten, und diese gingen nun einmal in der Hauptsache nach Frankreich: 1945/46 zu 89%, 1947 zu 83% und 1948 immerhin noch zu 72%. Ausserdem galt das niedrige Preisniveau für die Waren der französischen Zone auch für den langsam an Bedeutung gewinnenden Handel mit der Bizone, in der die Preishoheit längst wieder in deutsche Hände übergegangen war.

Die Befürchtungen im badischen Wirtschaftsministerium bezüglich eines Zusammenbruchs der badischen Wirtschaft beruhten aber noch auf etwas anderem: im Herbst 1947 veröffentlichten die französischen Besatzungsbehörden die Liste der zu demontierenden Betriebe. Die heftigen Reaktionen auf diese Demontagepläne, die im Rücktritt nicht nur der badischen, sondern auch der württembergisch-hohenzollerischen Regierung gipfelten, lassen sich jedoch nur verstehen, wenn man in Betracht zieht, dass die Zone zum Zeitpunkt dieser Bekanntgabe bereits zwei grosse Demontagewellen hinter sich hatte. Das Land Baden war, «was den Maschinenpark anbetraf, bereits bis aufs Hemd ausgezogen», stellte der badische Wirtschaftsminister Lais am 5.8. 1948 fest. In der Tat hatte gleich nach dem Einmarsch eine grosse Maschinen- und Produktentnahme begonnen, deren Werte auf keinem Leistungskonto auftauchten, da alles bis zum 1. September 1945 Requirierte und Demontierte unter «Kriegsbeute» lief. (Die amerikanischen Besetzer hatten den 6. Juni 1945 als letzten Tag für diese Regelung festgesetzt.) Eine zweite Welle an Demontagen lief bis 23. Juni 1946, der als Stichtag für die Beendigung der sogenannten unilateralen Demontagen galt; aber auch darüber hinaus fanden Demontagen statt. In diese Phase fiel die Entnahme von rund 20'000 (vor allem metallverarbeitenden) Maschinen, über deren Wert

sehr unterschiedliche Angaben gemacht wurden. Als die französischen Behörden nun im Herbst 1947 die offizielle Liste mit 62 zur Demontage vorgesehenen Betrieben veröffentlichten, zeigte es sich, dass insbesondere der Raum Schwarzwald/Baar stark betroffen war (Villingen, St. Georgen, Furtwangen, Blumberg und andere Orte mit ihrem Schwerpunkt auf feinmechanischer, optischer, Uhren- und Werkzeugmaschinenindustrie). Insgesamt hatte die französische Zone eine etwa doppelt so hohe Demontagelast wie die Bizone zu tragen (die Amerikaner verfügten bereits im Mai 1946 einen Demontagestopp), wodurch Baden nur wenig unter dem für die sowjetisch besetzte Zone geschätzten Demontageniveau lag. Der Gesamtwert der Entnahmen dürfte sich nach Berechnungen des Instituts für Besatzungsfragen auf annähernd 1 Mrd. DM bis zum Zeitpunkt der Währungsreform belaufen. Gleichwohl erwiesen sich die zeitgenössischen Einschätzungen der Demontage und ihre befürchteten Folgen als überzogen, so verständlich sie aus der Situation der Zeit heraus, das heisst nach einem verlorenen Krieg und angesichts eines zerstörten Landes waren. «Wenn die Demontage wirklich in diesem Masse durchgeführt würde», rechnete der «Südkurier» am 6. August 1948 vor, «bedeutet dies eine Verminderung der Friedenskapazität bei der Werkzeugmaschinen-Industrie um 90%, der Uhrenindustrie um 70 bis 80% und der feinmechanischen Industrie um 60%.» Und die Regierung des von den Demontageplänen gleichermaßen betroffenen Südwürttemberg erklärte: «Die nunmehr der Regierung gegebenen Demontagebefehle setzen im Verein mit den angekündigten finanziellen Auflagen nach all den Entnahmen und Belastungen früherer Jahre auf den verschiedensten Sachgebieten das Volk dieses Landes ausserstande, die Güter zu erzeugen, deren es zur Fristung eines menschenwürdigen Lebens bedarf» («Südkurier», 10. August 1948).

In Wirklichkeit hatten die Demontagen «auch in den späten vierziger Jahren ökonomisch eine viel geringere Bedeutung, als aus zeitgenössischer Perspektive erkennbar war» (Klessmann, S. 46), ja es stellt sich die Frage, ob die Demontage neben dem unbestreitbaren temporären wirtschaftlichen Lähmungseffekt letztlich nicht einen entscheidenden Modernisierungsschub beim Wiederaufbau bewirkte. Einig jedenfalls war man sich in der Einschätzung des Wertes der demontierten Maschinen für die Siegermächte. «Es ist uns bekannt», hiess es beispielsweise in einer Denkschrift der Villingen Rundfunkindustrie von 1947/48, «dass die Demontage von Betrieben an sich keine ökonomische Form von Reparationsleistungen sein kann. In unserem Falle ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Rundfunkindustrie um ein Gebiet handelt, das technisch und konstruktiv völlig im Fluss ist. Bis die von uns für die Reparationen zur Verfügung zu stellenden Maschinen und Einrichtungen an anderer Stelle aufgebaut und in Betrieb genommen sind, wird die technische Entwicklung über unsere Konstruktionen hinweggeschritten sein. Dem Schaden, den unser Werk durch die Demontage der Rundfunkfertigung erleidet, und der 100% beträgt, steht nur ein ganz geringer Nutzeffekt für den Empfänger der Maschinen und Einrichtungen gegenüber.»

In einem anderen Punkt jedoch war die Einschätzung der südwürttembergischen Regierung durchaus realistisch: Seit Herbst 1947 blieb die Wirtschaftsentwicklung der französischen Zone hinter der der Bizone zurück – Folge einer um Re-Investitionen wenig besorgten Reparationspolitik gegenüber einer Zone, deren Wirtschaftskraft schnell erlahmt wäre, hätte Frankreich

nicht notgedrungen sein wirtschaftliches und politisches Konzept zugunsten einer mit Marshall-Plan-Geldern erkaufte Westintegration revidiert, denn «die Fortsetzung der Politik der versteckten Reparationen und des wirtschaftlichen Faustpfandes stand spätestens seit Mitte 1947 im offenen Gegensatz zur amerikanischen Deutschlandpolitik» (Scharf/Schröder, S. 139).

Die amerikanischen Überlegungen, die dem Marshall-Plan zugrunde lagen, waren teils wirtschaftlicher, teils politischer Natur. Die Amerikaner erkannten sehr bald, dass «unser wirtschaftliches Selbstinteresse eng mit dem Schicksal Europas verbunden ist. Der amerikanische Handel mit Europa ist für die amerikanische Wirtschaft immer ein Faktor von überragender Bedeutung gewesen. Ein fortschreitender Verfall in der Produktions- und Kaufkraft von 270 Millionen Menschen in West- und Mitteleuropa würde eine mächtige Rückwirkung auf den amerikanischen Wohlstand ausüben» (Gebhardt, S. 263 f.). Die wirtschaftliche Gesundung Europas lag also ganz im eigenen Interesse der USA und bekam im Rahmen der gegen die sowjetische Expansion gerichteten Politik des «Containment» (Eindämmung) auch ein starkes politisches Gewicht.

Nach dem Scheitern des Treffens aller deutschen Ministerpräsidenten in München (Juni 1947) und dem Eklat zwischen den Westmächten und der Sowjetunion auf der Londoner Sechsmächtekonferenz (Februar 1948) wurden die Weichen für eine wirtschaftliche und staatliche Sonderentwicklung in den westlichen und der sowjetischen Besatzungszone endgültig gestellt. Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 war nur noch die logische Folge dieser Entwicklung, die zum Kalten Krieg eskalierte und an deren Endpunkt nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern ganz Europas lag.

Mit dem Tage der Währungsreform trat an die Stelle der Reichsmark die Deutsche Mark. Jeder Westzonenbewohner erhielt einen Kopfbetrag von zunächst 40 DM und zwei Monate später zusätzlich von 20 DM; Firmen bekamen pro Beschäftigte ebenfalls 60 DM. Alte Schulden wurden im Verhältnis 10:1 abgewertet, Schuldner also von 90% ihrer Verbindlichkeiten befreit, während Sparkonten im Verhältnis 100 RM zu 6,50 DM umgestellt wurden. Wie ungerecht dieser Währungsschnitt die Masse der vielen kleinen Sparer behandelte, zeigt eine Berechnung der Vermögensabwertung anhand von etwa 90% aller Aktiengesellschaften: deren Vermögen, am 20. Juni 1948 noch auf 12,03 Milliarden RM lautend, war am Tag darauf nur 16% weniger wert, nämlich immer noch 10,11 Milliarden DM. Zahlreiche Konzerne stellten ihr Aktienkapital gar 1:1, 1:2 oder 1:3 um. Dem stand eine Abwertung des gesamten Sparvermögens von geschätzten 45 Milliarden RM auf 2,2 Milliarden DM gegenüber – ein Verhältnis, das die gewaltige Umverteilung des westdeutschen Nationaleinkommens zugunsten der Sachwert- und Produktionsmittelbesitzer verdeutlicht. Die eigentlichen Verlierer indes waren die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung, die ihre in den Nachkriegsjahren zwangsläufig gesparten Gelder (zu kaufen gab es ja nichts) mit einem Schlag radikal entwertet sahen. Die Arbeiter hatten drei Jahre lang umsonst – oder besser: für ihr blosses Überleben – gearbeitet: am 21. Juni 1948 standen sie nur mit ihrer Kopfprämie da. Dagegen wurden Löhne, Gehälter, Mieten, Pachtzinsen und Renten im Verhältnis 1:1 ausgezahlt.

Mit der Währungsreform fielen auch Bewirtschaftung und 90% aller Preisvorschriften, so dass nun durch die erhöhte Nachfrage ein Preisanstieg einsetzte, der erst Anfang 1950 zum Stillstand

kam und auch in Südbaden zu sozialen Unruhen und Protestdemonstrationen führte. Die aus diesem Preisanstieg resultierenden Gewinne, der Erlös für die in Erwartung einer Währungsreform lange vorher gehorteten Waren (am Tage der Währungsreform gab es plötzlich alles zu kaufen), aber auch Hoffnung und neues Vertrauen in Arbeit und Wirtschaft führten im jetzt vereinigten Wirtschaftsgebiet der drei Westzonen zu einem steilen Aufschwung, der als deutsches Wirtschaftswunder in die Geschichte eingehen sollte. Allerdings macht eine kritische Betrachtung der damaligen Zeit deutlich, dass es sich bei der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft keineswegs um jene so oft beschworene Schicksalsgemeinschaft gehandelt hat, in der angesichts vorgeblich gleicher Startchancen alle bei «Null» angingen.

Bis zur Einrichtung einer eigenen Wirtschaftsverwaltung innerhalb der Militärregierung fehlten einheitliche Bestimmungen und Richtlinien zur Organisation des Wirtschaftslebens. Initiativen und Anordnungen gingen in dieser Zeit noch weitgehend von den Kreisregierungen der französischen Besatzung aus. Noch aus der Zeit der Besetzung Karlsruhes durch die Franzosen stammt folgendes Schreiben des Wirtschaftsbeauftragten der Militärregierung.

Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister

Karlsruhe, den 26. Juni 1945

Betriebsschliessungen

1. An die Wirtschaftskammer Karlsruhe

Aus einigen Landratsbezirken wird mir berichtet, dass neuerdings durch die Industrie- und Handelskammern, durch die Wirtschaftsämter und andere Stellen Betriebsschliessungen in grösserem Umfange erwogen und z.T. auch durchgeführt werden.

Die Betriebsschliessung hat in der jüngsten Vergangenheit zu schweren Verärgerungen bei der Bevölkerung geführt und oft in unverantwortlicher Weise Existenzen vernichtet, die aus eigener Kraft sich sonst hätten durchhalten können.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Zeit der zwangsweisen Schliessung von Betrieben grundsätzlich vorüber ist, soweit es sich nicht um Betriebe handelt, die ausschliesslich für Rüstungszwecke gearbeitet haben. Es steht zu befürchten, dass durch die übersteigerte Rüstungsproduktion und allein schon durch deren jetzige automatische Stilllegung eine Arbeitslosigkeit von nicht geahntem Umfang eintreten wird. Es muss daher das Bestreben aller berufenen Stellen sein, auch diese Wirtschaftsbetriebe sobald als möglich auf Friedensproduktion umzustellen, um dadurch ein unsagbares Elend für die werktätige Bevölkerung zu vermeiden. Es wird nicht verkannt, dass

manche Betriebe mangels Rohmaterial zu Betriebsschliessungen genötigt sein werden. Ich muss es aber ablehnen, hier noch behördlicherseits das Übel zu vergrössern. Ich habe die Überzeugung, dass jeder Betriebsinhaber am besten die Mittel und Wege selbst sucht und findet, um seinen Betrieb weiterzuführen. [. . .] Ich bitte Sie, Ihre Zweigstellen in diesem Sinne zu verständigen und sie gleichzeitig anzuweisen, in Zweifelsfällen meine Entscheidung einzuholen, für die ich zuvor mit der französischen Militärregierung Fühlung nehmen werde. Abgesehen von der Absicht, dem einzelnen Betriebsinhaber soweit als möglich die freie Entschliessung zu wahren, leitet mich bei dieser Anordnung auch der Gedanke, dass die ohnehin schon stark geschwächte Steuerkraft des Landes Baden und seiner Betriebe in keiner Weise weiter gemindert werden darf; ich erwarte eher eine Betriebserweiterung. [. . .]

Von der Militärregierung mit der Leitung beauftragt:
Dr. Bund

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut-Tiengen, Generalia 235/2/4.

Die erwünschte Weiterführung von Betrieben stiess in den einzelnen Branchen auf Schwierigkeiten, die anhand eines Berichts aus dem Bezirk Waldshut deutlich werden. Für den Bereich des Arbeitsamtes Villingen belegt ein Bericht für September 1945 darüber hinaus die uneinheitliche Situation der Beschäftigungslage. Einer erstaunlich hohen Zahl offener Stellen (782) stand die doppelte Anzahl an Arbeitslosen (1574) gegenüber.

Der Landrat Waldshut

Waldshut, den 12.11.1945

An das
2. Büro
35. Infanterieregiment
Waldshut

Betreff: Wirtschaftslage

[...] Die Zustände in der Industrie haben bewirkt, dass sowohl an Fertigwaren wie auch an Rohstoffen noch erhebliche Mengen vorhanden waren, als die Besetzung durch die französischen Truppen erfolgte. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Industriefirmen nach der Besetzung von der ihnen durch die Militär-Regierung gegebenen Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit Gebrauch machen konnten. Dies hat überall dort mit Erfolg geschehen können, wo Kohlen, an welchen es durchwegs fehlte, durch die Militär-Regierung zugewiesen wurden, z.B. Lonza-Werke, Papierfabrik Albbrock. Im Übrigen haben sich die Firmen

überlegt, wie sie einmal mit den vorhandenen Rohstoffbeständen möglichst lange Zeit durchhalten können und wie sie andererseits die vorhandenen Halbfabrikate zur Weiterbeschäftigung ihrer Arbeitskräfte ausnutzen können. So sind die Seidenwebereien und die Zwirnereien mit einem kleinen Teil ihrer Kapazität in Betrieb gegangen und werden voraussichtlich den Winter über die Arbeit durchhalten können, vorausgesetzt, dass der Mindestbedarf an Brennstoffen für Raumheizung zugeteilt werden kann. Die Firmen der Metallindustrie, z.B. Aluminiumwalzwerk Wutöschingen, Chr. Mann, Waldshut, Gebr. Scharpf, Waldshut, haben eine Umstellung der Produktion zur Herstellung von Artikeln für den Bedarf der Bevölkerung vollzogen und verarbeiten hierbei die bei ihnen noch lagernden Rohstoffe und Halbfabrikate.

Weitere Gruppen von Industriefirmen, die der Baustoffindustrie angehören, arbeiten teils voll zufolge von Aufträgen der Militär-Regierung, teils warten sie auf Kohlenzuteilung, um die Produktion wieder aufnehmen zu können. [. . .]

Alle Industriefirmen geben sich die grösste Mühe, die Produktion im Gange zu halten oder zu erhöhen. Die Erfolge können aber nur sehr begrenzt sein, solange der Verkehr mit den anderen Besatzungszonen zum Zwecke der Hereinbringung von Rohstoffen nicht wieder frei ist.

Das Handwerk ist überall arbeitsbereit, kann aber wegen Materialmangel nur sehr wenig an den ihm obliegenden Aufgaben ausführen. Es wäre unbedingt notwendig, dass die nötigen Mengen an Baumaterialien (Kalk, Zement, Gips, Ziegel, Holz) von der Militär-Regierung freigegeben werden, um die Schäden an den Gebäuden zu beseitigen und weitere Schäden abzuwenden. Besonders vordringlich ist auch die Freigabe von Leder für Reparaturen von Schuhen, um die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung zu erhalten.

Der Handel liegt, soweit er dem Bedarf der Bekleidung der Bevölkerung dient, vollkommen darnieder. Es wäre notwendig, dass die Militär-Regierung Gewebe für den dringendsten Bedarf der Bevölkerung besonders für Kinder und Arbeiter freigibt. An Bemühungen des Handels und des Handwerks, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, fehlt es nicht, wie die in die Tausende gehenden Anträge um Freigabe von Waren aus diesen Kreisen beweisen.

Wie gesagt, wird die ganze Wirtschaft des Kreises von einem starken Aufbauwillen getragen. Sie wird hierbei gelenkt und unterstützt von den deutschen Dienststellen wie Landrat und Handelskammer. Nach Sachlage sind aber die Hindernisse, die dem Erfolg entgegenstehen, nur durch Massnahmen der Militär-Regierung zu beseitigen.

Der Landrat
[Unterschrift]

Bericht über die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Arbeitsamtsbezirk Villingen im Monat September 1945

[. . .] Um eine Handhabe zur Erfassung des gesamten für einen möglichen und gegebenenfalls sofortigen Arbeitseinsatz in Frage stehenden Personenkreises zu bekommen, ist angeordnet worden, dass alle Männer im Alter von 14-60 Jahren und alle Frauen im Alter von 15-45 Jahren, letztere soweit sie ledig oder alleinstehend sind, sich beim Arbeitsamt zu melden und zur Kontrolle zu stellen haben. Ohne entsprechenden Eintrag in der Kontrollkarte erfolgt keine Abgabe von Lebensmittellkarten. Nun sind aber die Einsatzbedingungen und -möglichkeiten sehr verschieden. Die Bezirke der Nebenstellen Donaueschingen, Furtwangen und St. Georgen weisen einerseits die niedrigsten Zahlen an offenen Stellen, dagegen aber die höchsten Ziffern an Arbeitslosen auf, während in den Bezirken des Hauptamtes und der Nebenstelle Triberg das Verhältnis ein umgekehrtes ist. Gewiss liessen sich unter Anwendung von Druck hier und dort einige wenige Arbeitskräfte herauspressen; aber das Ergebnis steht in keinem Verhältnis zu den genannten Zahlen. Andererseits werden von den meisten der so registrierten Arbeitslosen Einwände in persönlicher, gesundheitlicher und beruflicher Hinsicht geltend gemacht, die nicht ohne Weiteres unbeachtet bleiben können. Unter den Gezählten befinden sich ausserdem alle die, denen aus sonstigen Gründen (Kriegsversehrte, Invaliden usw.) eine geeignete Beschäftigung nicht nachgewiesen werden kann. Da weiterhin auch keine Möglichkeit besteht, im Wege des bezirklichen bzw. überbezirklichen Ausgleichs eine Änderung zu schaffen, wird die erwähnte Zahl der Arbeitslosen in der Folgezeit wohl kaum eine Senkung erfahren. [. . .]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 285, 225/3/6.

Der Zusammenschluss von 16 Einzelgewerkschaften zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) erfolgte erst 1949, während sich Industrie- und Handelskammern unmittelbar nach Kriegsende wieder neu bildeten. Sie standen den einzelnen Militärregierungen als beratende Organe zur Verfügung. Aus den vorhandenen Akten lässt sich eine Kontinuität ablesen, die höchstens durch personelle Veränderungen an der Spitze unterbrochen wurde, vor allem bei den Interessenverbänden der Industrie. 1949/50 entstanden die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Auch in Konstanz reorganisierte sich die Handwerkskammer, wie die meisten regionalen Wirtschaftsverbände, bereits drei Monate nach Kriegsende.

An die
Innungen des Kammerbezirks
Konstanz

Betr.: Die Leitung der Handwerks-Innungen im Kammerbezirk Konstanz.

Durch die politische Umwälzung und im Zuge der Aufhebung der Kreishandwerkerschaften, welche als Parteistellen nicht mehr bestehen konnten und durften, ist es auch notwendig geworden, die Innungen unter eine neue Leitung zu stellen. Da z. Zt. aus politischen und verkehrstechnischen Gründen keine Innungsversammlungen und Obermeisterwahlen möglich sind, sollte baldmöglich[ichst] eine politisch unbelastete Persönlichkeit, welche auch das entsprechende fachliche und persönliche Ansehen besitzt, mit der vorläufigen Wahrnehmung und Leitung der Innungsgeschäfte betraut werden. Grundsätzlich muss daran festgehalten werden, dass Mitglieder der NSDAP., welche vor dem 1. 5. 1937 der Partei angehört haben, ebenso von vornherein auszuschneiden haben, wie die Amtsträger der Partei und ihren Gliederungen, welche unter die Bestimmungen über die Beschränkung in der Verwaltung ihres Vermögens fallen. [...]

Der Präsident:
[Unterschrift]

Der geschäftsführende Syndicus:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Konstanz, Generalia P 14, 231/1/5.

Das aus den Zeiten des Manchestertums berüchtigte Trucksystem – Bezahlung des Lohns oder eines Teils davon in produzierten Waren – kam unter den Bedingungen der stark auf Tausch ausgerichteten Nachkriegswirtschaft notgedrungen zu neuen Ehren, diesmal zum Vorteil der so entlohnten Arbeiter. «Wird einem Arbeitssuchenden vom Arbeitsvermittler ein Arbeitsplatz angeboten», resümierte das Arbeitsamt Villingen im Monatsbericht vom April 1948 seine Erfahrungen, «so ist dessen erste Frage: ‚Was bietet der Betrieb, welche Zulagekarte wird gewährt und wie lange ist die Arbeitszeit?‘ Erst in zweiter Linie sind die Arbeitsbedingungen usw. akut. Dies ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass der Erlös aus den gewährten Produktionsgütern oft das bis 10fache des erzielten Wochenlohnes beträgt [...]» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 285 225/3/6). Doch dieses System hatte auch Nachteile, wie das Schreiben aus Lörracher Industriekreisen und der nachfolgende Auszug aus einem Lage- und Stimmungsbericht des Landwirtschaftsamtes Villingen belegen.

An den Herrn
Bürgermeister der Stadt Lörrach
Lörrach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

[...] Eine Anzahl Industriefirmen haben sich aufgrund vorliegender Spezialaufträge von der Militärregierung die Genehmigung geben lassen, ihr Personal bis zu einem gewissen Umfang in Naturalien (soviel uns bekannt ist, handelt es sich vor allem um Textilien) entlohnen zu dürfen. Gegen eine solche Regelung wird, da bei der Bevölkerung ohne jeden Zweifel grosser Mangel an Textilien herrscht, auf den ersten Blick nichts einzuwenden sein. Den Begünstigten ist eine derartige Zuwendung sehr wohl zu gönnen. Bei auch nur oberflächlicher Überprüfung wird man aber zugeben müssen, dass diesem System bedenkliche Mängel anhaften. Obwohl die Empfänger der Textilien für diese sicherlich gute Verwendung hätten, werden sie aber es bestimmt vorziehen, bei der Landbevölkerung damit zu hausieren und die im Augenblick wichtigeren Lebensmittel einzutauschen versuchen.

Ganz abgesehen davon, dass auf diese Art und Weise die Grundlagen für einen unerwünschten Tausch- und Schwarzhandel geschaffen werden, hat diese Methode der Warenverteilung noch andere Mängel. Einmal wird dadurch unter der Arbeiterschaft viel Unruhe verursacht. Es ist ganz klar, dass die Arbeiter, die zufällig in Betrieben beschäftigt sind, in denen keine Möglichkeit besteht, solche Naturalien zu erhalten, sich mit Recht stark benachteiligt fühlen. Die Folgen der Unzufriedenheit sind: Vorwürfe an die Betriebsleitungen, Arbeitsunlust usw.

Zum andern sei darauf hingewiesen, dass bei einem solchen Vorgehen in der Warenverteilung der eigentliche Verteiler, der Einzelhändler vollkommen ausgeschaltet wird. Die Steuern, die derartige Geschäfte bisher bezahlt haben, werden dem Staat gerade in dem Augenblick, wo er solche Mittel dringend benötigen wird, nicht mehr zufließen.

Schliesslich sei noch auf die unzähligen Staats-, Gemeindebeamten und Arbeiter hingewiesen, die bei einer solchen Regelung der Warenverteilung nie die Möglichkeit haben werden, sich irgendwelche Dinge zu beschaffen.

Von der arbeitenden Bevölkerung, im speziellen von Arbeiterinnen mit Kindern, wird immer wieder über das Anstehen vor allen möglichen Verkaufslökalen geklagt. Wenn die Leute nach Feierabend etwas kaufen wollen, sind die Geschäfte entweder ausverkauft (durch Personen, die sich zu jeder Tageszeit und auch beliebig lange Zeit anstellen können) oder bereits geschlossen. In solchen Fällen

bleibt der arbeitenden Frau nichts anderes übrig, als sich von ihrem Betrieb beurlauben zu lassen, um auf diese Weise die notwendige Zeit für ihre Einkäufe zu erhalten. Das geht sogar so weit, dass viele den Standpunkt vertreten, höchstens 4 Wochentage arbeiten zu können. Die übrigen Tage würden zum Heranschaffen von Lebensmitteln, Obst, Gemüse, Holz usw. benötigt. Wenn der Urlaub nicht gewährt wird, bleiben die Betroffenen einfach unentschuldig von der Arbeit weg. In solchen Fällen ist das Zureden vollkommen zwecklos. Die in diesem Zusammenhang sich immer breiter machende Disziplinlosigkeit hat bereits unhaltbare Formen angenommen. Wir stellen uns deshalb die Frage: Gibt es eine Möglichkeit, für den beschriebenen Personenkreis (vor allem werktätigen Frauen) reservierte Einkaufsstellen zu errichten oder bei bestehenden Geschäften gewisse Tagesstunden festzulegen, während deren nur die erwähnten Kunden, die selbstverständlich mit Ausweisen versehen sein müssten, bedient werden dürfen? [...] Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Gewebe G.m.b.H.
[Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Lörrach, IX/47.

Landwirtschaftsamt Villingen

Villingen/Schw., den 15. April 1947

Betr. Monatsbericht vom 15. IIL-15. IV. 47

[...] Allgemeines:

In der ländlichen Bevölkerung ist eine allgemeine Verärgerung, da festgestellt werden kann, dass Industriebetriebe des Kreises auf dem Kompensationswege landwirtschaftliche Betriebsmittel, wie Dünger, Kleesämereien, landwirtschaftliche Geräte usw., erhalten, die sie an ihre Betriebsangehörigen abgeben, die diese jedoch nicht benötigen, sondern in Tausch gegen Lebensmittel an Landwirte wieder zu veräußern versuchen. Nachdem sämtliche landwirtschaftlichen Betriebsmittel Mangelware darstellen und die Landwirte dringend auf die Beschaffung sowohl von zusätzlichem Dünger, Kleie, Luzerne-Saatgut, usw., angewiesen sind, sind sie wohl oder übel genötigt, gegen entsprechende Tauschware die Ware wieder einzutauschen. So wird u.a. berichtet, dass die Schuhfabrik Reinhard Heinzmann, Mönchweiler, im Austausch gegen Holzschuhe 2 Waggon Kali erhalten hat, die sie an ihre Gefolgschaft verteilte, die jedoch in den meisten Fällen die Düngermengen für ihre eigenen Bedürfnisse nicht benötigten und somit gegen Nahrungsmittel bei den Landwirten wieder einzutauschen versuchen. Die Genossenschaft Mönchweiler hat in derselben Zeitspanne nur 230 Ztr. Kali über den

normalen Weg für ihre Landwirtschaft zugeteilt erhalten. Die Bauern weisen mit Recht darauf hin, dass, falls dies so weitergehe, die Ablieferungsmoral im Laufe der Zeit noch mehr sinken werde.

Derartige Beispiele könnten laufend gemeldet werden, doch sind die Verhältnisse nicht nur im Bezirk Villingen, sondern auch anderwärts genau dieselben. Wohl ist der Bezirk für zusätzliche Betriebsmittel, die der Landwirtschaft zugutekommen, sehr dankbar, aber ander[er]seits müsste doch versucht werden, dass nicht über das Kompensationsgeschäft, sondern über die normal vorgeschriebene Zuteilung derartige Betriebsmittel der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 784, 225/4/3.

Leonore Mayer-Katz, während des Nationalsozialismus als «Mischling 1. Grades» rassistisch verfolgt, musste, um der drohenden Demontage ihres Familienunternehmens zuvorzukommen, dessen Leitung übernehmen. Die couragierte Frau, die als Dolmetscherin bei der Baden-Badener Stadtverwaltung zu den Frauen der ersten Stunde gehörte und Erfahrung im Umgang mit den französischen Besitzern hatte, verstand es auch hier, ihre Interessen mit Geduld und Beharrlichkeit gegen den Wirrwarr der französischen Kompetenzen und Verordnungen durchzusetzen.

Es war um die Monatswende November/Dezember 1945. Die Tage waren trüb, und ich kam gegen Abend nach Hause. Da erwartete mich in meiner Wohnung meine Grossmutter, Seniorin unserer fast 250 Jahre alten Familienfirma in Gernsbach. Der Betrieb besass in allen vier Besatzungszonen und in Österreich Holzimprägnierwerke zur Erzeugung von Telegrafmasten und Eisenbahnschwellen sowie Sägewerke. In Gernsbach und dem 6 km entfernten Weisenbach unterhielt man neben Sägewerken Zweigbetriebe, in Gernsbach eine Erzeugung von Baracken und Holz-Fertighäusern, in Weisenbach eine Spezialfabrik zur Erzeugung von Bierglasuntersetzern.

Sie berichtete, dass mit den Werken in der britischen und amerikanischen Zone kaum, mit den Werken in der russischen Besatzungszone und in Österreich überhaupt kein Kontakt bestehe, in Kehl herrsche Sonderstatut (die Stadt wurde erst viel später freigegeben, das Werk lag still), aber die Murgtalwerke seien in Betrieb, die Produktion von den Franzosen beschlagnahmt. Der Leiter der beiden Murgtalbetriebe sei zwar politisch unbelastet, aber er komme aufgrund seiner polternden Art und der mangelnden Sprachkenntnisse mit den Franzosen nicht zu-

recht. Man müsse Demontage der Werke befürchten, wenn ich nicht bereit sei, nach Gernsbach zu kommen und das Verhältnis zu den Franzosen zu bessern. [...] Die Problematik, die die kritische Situation im Verhältnis zu den Franzosen hervorgerufen hatte, lag in der Tatsache der vollen Bewirtschaftung und Beschlagnahme aller Produkte. Vom Holz im Wald bis zu jedem Stück, das unser Werk verliess, gab es Freigabescheine, aber die einzelnen Unterabteilungen der «Section Industries Diverses» bekämpften sich! Man kümmerte sich nicht darum, ob wir starkes Rundholz für Bohlen aus dem Wald bekamen oder schwache Stämme, sondern man erteilte durch französische Dienststellen ganz einfach Freigabescheine. Statt Bohlen aus Starkholz sollten wir einfaches Bauholz liefern. Wie sollte man dabei die vorgeschriebene 70%ige Ausnützung des Rundholzes gewährleisten? Statt uns unser Schnittholz für die Erzeugung von Baracken und Holzhäusern zu belassen, sollten wir gehobelte Fussbodenbretter für Frankreich liefern. Allen Ernstes mutete man uns zu, die Schnittwaren für die Holzbauabteilung, bei fehlenden Transportmöglichkeiten, vom Bodensee zu beziehen, und dies obwohl die Holzbau-Lieferungen nach Frankreich drängten. Das gleiche Material wurde von verschiedenen französischen Dienststellen zwei- oder dreimal zur Lieferung freigegeben. Es war ein Wirrwarr ohne Beispiel. [. . .]

Stand anfangs der Barackenbau bei uns im Vordergrund, so änderte sich dies bald, denn das zerstörte Frankreich brauchte Häuser. Wir entwickelten einen Typ «Maison Gernsbach» als Fertigbau, der nach genormten Massen aber in verschiedenen Grössen zu liefern war. [. . .]

Das «Maison Gernsbach» fand reissenden Absatz. Bald erwies sich die Kapazität des Gernsbacher Werkes als zu klein, und wir machten die grössten Anstrengungen, um unser Werk Guldesmühle bei Heidenheim (Amerikanische Zone) mit zur Produktion heranzuziehen. Es waren äusserst schwierige Interzonenverhandlungen, denn wirtschaftlich war die amerikanische Besatzungszone lange Zeit «Ausland». Man sprach von Export und Import und meinte damit nichts anderes als Handel zwischen den Zonen. Wie ich es schaffte, dass die Guldesmühle wirklich für uns mitarbeiten durfte, weiss ich nicht mehr, wohl aber ist mir in Erinnerung, dass das Passieren der Demarkationslinie oft problematisch war.

Aus: Leonore Mayer-Katz, *Sie haben zwei Minuten Zeit! Nachkriegsimpulse aus Baden*, Freiburg 1981, S. 118ff.

Sofern Betriebe nicht – als Prioritätsbetriebe – ausschliesslich oder zu hohem Prozentsatz für den französischen Export arbeiteten, kamen bis 1947 Betriebsstillegungen oder -teilstillegungen vor. In einem Bericht an das badische Wirtschaftsministerium wird für den Bereich des Industrie- und Handelskammerbezirks Schopfheim ein Überblick über die Entwicklung der Industrie, die Versorgung mit Rohstoffen und die Entwicklung des Handels gegeben.

**An das
Badische Wirtschaftsministerium**
Freiburg i. Br.

Schopfheim, den 2. April 1947.

Betrifft: Lagebericht.

Stand 31. März 1947.

Industrie

Wiedereröffnung von Betrieben. – Betriebsschliessungen.

Die im Februar-Bericht gemeldeten Betriebe, die wegen Kohlenmangel vorübergehend geschlossen waren, haben in der Mehrzahl die Produktion wieder aufgenommen, nachdem für den dringendsten Bedarf Kohlen angeliefert wurden. Dies gilt für alle Betriebe, die im Textilsektor aus der erwähnten Ursache stilllagen. – Dagegen konnten die Giessereibetriebe noch nicht wieder anlaufen, da Giessereikoks nach wie vor vollständig fehlt. Auch die Carbidfabrik Wyhlen konnte die Produktion noch nicht wieder aufnehmen. Das gleiche gilt für unsere Getreidemöhlen, bei welchen die erwarteten Getreidezugänge noch nicht eingetroffen sind.

Durch Mangel an Arbeitskräften wurde die Gipsdielenfabrik Gebhardt gezwungen, die Produktion von Hartgipsplatten zu Gunsten der Förderung von Rohgipssteinen zu unterlassen.

Einige Abteilungen der Elektrochemischen Werke Rheinfelden waren wegen Reparaturarbeiten zeitweise geschlossen.

Die Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln bei J.R. Geigy A.G., Grenzach, musste wegen Rohstoffmangels ausgesetzt werden.

Das Zementwerk Kleinkems hat nach Freigabe der benötigten Strommengen die Klinkerherstellung bis zur vollen Abnutzung des Ofenfutters wieder aufgenommen; seit 21. März ruht diese Betriebsabteilung wieder. Neugründungen: Im Berichtsmonat wurden Genehmigungen zur Neuerrichtung industrieller Betriebe nicht erteilt. [. .]

Produktionslage in den wichtigsten Industriezweigen.

Die Beschäftigungslage in der Textilindustrie hat sich nur insofern verändert, als wie erwähnt, die Produktionsruhe, die durch Kohlenmangel erzwungen wurde, die eine erhebliche Zahl von Betrieben erfasst hatte, der Wiederbeschäftigung Platz gemacht hat. So ist das Produktionsvolumen wieder angestiegen, ohne jedoch die optimale Höhe erreichen zu können, da die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte, wie schon früher wiederholt erwähnt, stetig rückläufig ist. [. .]

Die Grossbetriebe der chemischen Industrie des Bezirkes haben im Berichtsmonat die Produktion ohne wesentliche Störungen fortführen können. Soweit Lücken in die Fertigung zufolge des Mangels einiger Rohstoffarten oder aus sonstigen Gründen getreten sind, betrafen sie immer nur einzelne Betriebsabteilungen und änderten das Gesamtbild nicht. Leider ist es noch nicht gelungen, die so drin-

gend notwendige Erzeugung von Kalkstickstoff wieder anlaufen zu lassen, da die benötigten Arbeitskräfte nicht bereitgestellt werden konnten. Wir hoffen, dass der April hier eine Besserung zu bringen vermag.

Die Eisen- und Metallverarbeitung war weiterhin mit Erfolg bestrebt, die Produktion über den Weg der Lohnarbeit durchzuhalten, nachdem die reguläre Materialzuweisung nach wie vor ganz unbedeutend blieb. Unter diesen Umständen musste sich die wegen Koks mangels andauernde Betriebsruhe der Giessereien besonders schädlich auswirken. Die auf die Baustoffindustrie durch das lange Frostwetter stark wirkenden Hemmungen sind wieder behoben und die Produktion hat, soweit Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wieder aufgeholt. Hierbei war es besonders erfreulich, dass genügend Brennstoffe zur Verfügung waren. [. .]

Aussen- und Zwischenzonenhandel.

Warenbewegung:

nach Frankreich: Die Lieferungen haben ein recht beträchtliches Ausmass erreicht und das Geschäft hat weiterhin steigende Tendenz.

übriges Ausland: Im Geschäft mit der Schweiz sind wesentlich neue Gesichtspunkte nicht aufgetaucht. Auffallend ist allerdings eine Abnahme der Bereitschaft zum Kauf zu den noch vor einigen Wochen zugestanden guten Preisen. Es wird wieder scharf kalkuliert, ein Beweis dafür, dass in den valutastarken Ländern der Konkurrenzkampf wieder begonnen hat. Neu ist die Einschaltung der Maschinenindustrie in das Liefergeschäft nach der Schweiz.

Nach den Nordstaaten sind einige kleinere Ausfuhrgeschäfte in Vorbereitung. Schweden, ein begehrtes Absatzgebiet, ist leider sehr zurückhaltend geworden. Es scheint, dass Valuten für die Bezahlung der Einfuhr stark zusammengeschmolzen sind.

Nachbarzonen: Die in Minden getroffenen Vereinbarungen über den Warenaustausch sind in ihren Wirkungen kaum sichtbar. Man hat den Eindruck, dass die Erschwerungen im Warenverkehr zwischen den Zonen eher zugenommen haben.

Bemerkungen und Anregungen

Prioritätsbetriebe: Die Bevorzugung der Arbeiterschaft der Prioritätsbetriebe verursacht zunehmende Unzufriedenheit der nicht berücksichtigten Arbeiterschaft. Deshalb bemüht sich jede Firma um Anerkennung als Prioritätsbetrieb. Gelingt ihr dies nicht, muss sie das allmähliche Abwandern gerade der besten Arbeitskräfte in Kauf nehmen. Es muss irgendwie eine Lösung des schwierigen Problems gefunden werden. Der erste Schritt hierzu wäre zweifellos die Beschaffung zusätzlicher Nahrungsmittel durch die Prioritätsbetriebe selbst. Sei es durch Warenaustausch im Interzonengeschäft oder über die Ausfuhr, wobei ein Teilbetrag des Ausfuhrerlöses für die Warenbeschaffung freigege-

ben werden müsste, die ihrerseits die Bevorzugung der Prioritätsbetriebe ohne Inanspruchnahme des der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Warenbestandes ermöglicht.

Industrie- und
Handelskammer Schopfheim

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut-Tiengen, Generalia 235/2/4.

In der «Anordnung über den Arbeitseinsatz» vom 3. August 1946, die das badische Arbeitsministerium auf der Grundlage einer alliierten Kontrollratsverordnung vom 17. Januar 1946 herausgab, war die Erfassung aller Beschäftigten und Nichtbeschäftigten, ihr Einsatz und die Kontrolle über ihre Verwendung den Arbeitsämtern übertragen. Alle Personen im arbeitsfähigen Alter (männliche zwischen dem 14. und 65., weibliche Personen zwischen dem 15. und 50. Lebensjahr) hatten sich auf den Arbeitsämtern zu melden; Arbeitsunfähige mussten eigens vom Arbeitseinsatz befreit werden. Zur «Befriedigung eines vordringlichen Kräftebedarfs, oder wenn es die Militärregierung befiehlt», war das Arbeitsamt zur Zuweisung von Beschäftigten an bestimmte Arbeitsplätze oder zur Versetzung der Arbeitskräfte von einem Betrieb zum anderen berechtigt; das Recht auf Arbeitsplatzwechsel war stark eingeschränkt und bedurfte der Zustimmung des Arbeitsamtes. Nichtmeldung von arbeitsfähigen Personen auf dem Arbeitsamt konnte den Entzug von Lebensmittelkarten zur Folge haben.

Zu diesen für unsere heutigen Verhältnisse restriktiven Arbeitsbedingungen kam noch die Kontrollratsdirektive Nr. 14 vom 12. Oktober 1945, die einen allgemeinen Lohn- und Gehaltsstopp verfügte – er blieb bis zur Währungsreform in Kraft. Optisch erschien das Lohnniveau zwar relativ günstig; in Relation zu den Schwarzmarktpreisen jedoch waren die Löhne und Gehälter praktisch wertlos.

Um nicht den Hof zu vernachlässigen, bittet ein Bauernsohn, auf dem elterlichen Anwesen arbeiten zu dürfen.

An den
Herrn
Landrat in Lahr.

Schönberg den 22.3.1947.

Ich Unterzeichneter Franz R[. . .] geb. am 27.11.1912 zu Schönberg wohnhaft in Schönberg arbeitete bei Paul Huber Schotterwerk bis Einberufung zur Wehrmacht. Nach der Endlassung[!] arbeitete ich kurze Zeit bei Firma Huber wieder. Ich wurde genötigt bei meinem Nachbarn Anton Himmelsbach der in französischer Kriegsgefangenschaft war, ein 39 ha grosses Hofgut, das ohne jegliche Arbeitskraft war, zu betreuen. Ich leitete den Betrieb[!] bis zur Ankunft des Bauers aus der Gefangenschaft. Nach Ankunft des Betreffenden musste ich daheim im

elterlichen Betrieb aushelfen das[!] 3,69 ha gross ist. In zwischen [!] ist mein Vater gesundheitlich so geschwächt, so dass ich genötigt bin im elterlichen Betrieb tätig zu sein. Die Felder des Betriebes liegen sehr gebirgig und zerstreut und besitzt auser [!] mir, dem Vater nur noch eine Schwester mit einem Kleinkind die mithelfen kann.

Paul Huber Lahr Chef des Schotterwerks führte mich bis jetzt immer noch als Gefolgschaftsmitglied, meldete mich infolge dessen dem Arbeitsamt, diese drohten mir bei nicht sofortiger Aufnahme der Arbeit im Schotterwerk der französischen Behörde zu melden was bereits geschehen ist.

Gegen diese Massnahmen möchte ich Sie Herr Landrat höflichst bitten, dazu Stellung zu nehmen, da ich nicht einsehe, dass in der gegenwärtigen ernährungsschwierigen Lage, mein elterlicher landwirtschaftlicher Betrieb zurück- oder unter gehen soll.

Für obige Bemühungen, meiner Angelegenheit, danke ich Ihnen Herr Landrat zum voraus bestens

[Unterschrift]

Obige Angaben erkläre ich für richtig und befürworte Franz R[...] für die elterliche Landwirtschaft frei zu geben.

Der Bürgermeister:

[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr, Generalia Bund 7b, 29/2/2.

Zur Wiedergutmachung der von den Deutschen angerichteten Kriegsverheerungen und Besatzungsschäden wurden auf der Konferenz von Jalta die Reparationsforderungen geregelt. Neben den sogenannten Restitutionen (das heisst der Rückführung von Gütern, die während der Besatzung von Deutschen aus dem Lande geholt wurden), den Requisitionen und den Entnahmen aus der laufenden Produktion gehörten dazu die Demontagen, das heisst die Entnahmen von industriellen Maschinen und Maschinenparks beziehungsweise der komplette Abtransport ganzer Fabrikinventare. In der französischen Zone als relativ industriearmem Gebiet bildeten diese Demontagen nur *eine* Säule der französischen Reparationsforderungen, die beiden anderen bestanden in der Entnahme von landwirtschaftlichen Produkten sowie in den sogenannten Exploitationshieben, das heisst dem massenhaften Abtransport von Nutzholz. Die Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern sowie Rheinland-Pfalz hatten je zwei Millionen Festmeter Holz aufzubringen.

Im Industriebereich wurden zwischen dem Einmarsch der Besatzungsarmee und dem 15. Juni 1947 im Land Baden allein zirka **15'500 Maschinen** im Wert von etwa 58'000'000 RM **demonstiert** (die Werte für die französische Zone insgesamt: 43'000 Maschinen im Wert von rund 200'000'000 RM, jeweils nach den Preisen von 1938 errechnet). Dabei handelte es sich nur zum kleineren Teil um Maschinen aus Rüstungsbetrieben, vielfach um solche, die nach dem Industrieplan eigentlich besonderer Förderung bedurft hätten. Besonders schwer mitgenommen wur-

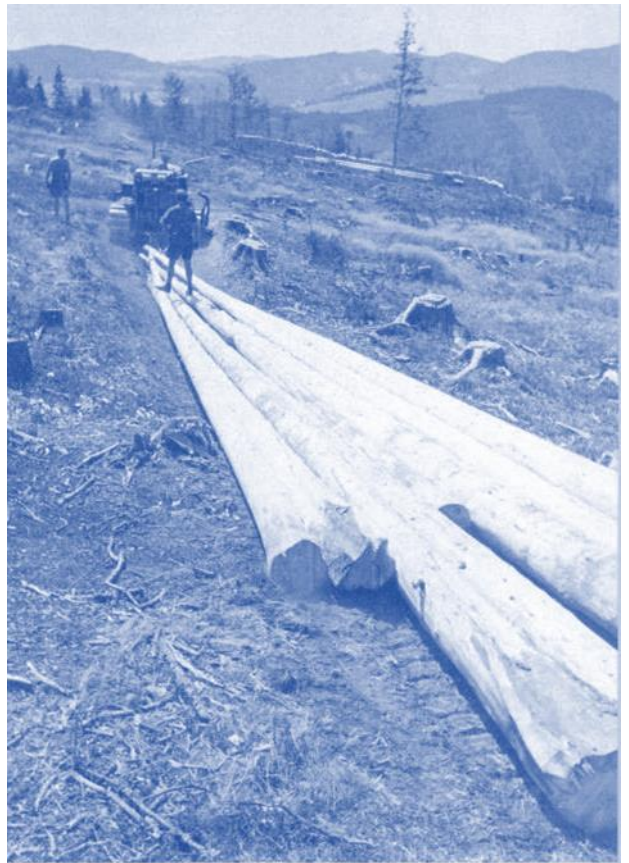
den beispielsweise die Textilindustrie, die rund 2'000 modernste Maschinen verlor, die Landmaschinenindustrie sowie die Werkzeugmaschinenindustrie. Auch die feinmechanische und optische Industrie wurde durch die Entnahme von rund 2'000 Maschinen um 50% der Leistungsfähigkeit von 1936 geschwächt.

Dennoch gaben die französischen Besatzer am 30. Oktober 1947 eine zusätzliche amtliche Demontageliste bekannt, die die Demontage beziehungsweise Teilmontage weiterer 37 Betriebe vorsah. Gegen diese weiteren Demontagen wandte sich Wirtschaftsminister Lais in einer Rede vor dem badischen Landtag am 5. August 1948:

Ich möchte es nicht unterlassen, festzustellen: Sollte mit dieser Demontage auch noch Ernst gemacht werden, dann bleibt uns, die wir der reinen Macht überantwortet sind, nichts übrig als der Appell an das öffentliche Gewissen der Welt, der Appell und die Berufung auf das ewige unveräusserliche Recht auch der Besiegten, ein Leben in menschlicher Würde und Freiheit führen zu dürfen ... Wenn ich mir aber überlege, dass sechs oder sieben Werkzeugmaschinenfabriken portionsweise aus dem Maschinenleib des badischen Landes geschnitten werden, dann will das nichts anderes bedeuten, als wenn in Barbarenzeiten ein Räuberstamm dem ackerbautreibenden Nachbarstamm sämtliche Essen und Ambosse wegnimmt und damit die Möglichkeit, Sensen und Pflugscharen herzustellen. Solche Methoden mögen der Zeit der Völkerwanderung angemessen gewesen sein, aber nicht heutigen Zeiten. Man komme uns auch nicht mit dem Einwurf, dass es das deutsche Volk nach den Verbrechen des Hitlerregimes nicht besser verdient. Ich möchte einmal daran erinnern, dass ein *Talleyrand* nach den Napoleonischen Kriegen, in welchen letzteren doch auch die Völker Europas jahrzehntelang von einem Diktator vergewaltigt wurden, auf dem Wiener Kongress auf entsprechende Einwürfe eines Metternich und anderer Staatsmänner erklärte, er stehe da nicht als der legitime Vertreter Napoleons, sondern seines neuen Souveräns und des gewandelten französischen Volkes. Wohlan, auch wir stehen da als die Vertreter eines umgewandelten deutschen Volkes. Mit der Kastration der deutschen Konkurrenzindustrie und mit der Vorstellung, dass alles den Siegern nütze, was Deutschland schade, kann man aber von uns nicht verlangen, dass man eine Demokratie, und noch viel weniger erwarten, dass man eine neue europäische Ordnung aufbauen könnte.

Meine Damen und Herren, ich habe nicht so offen geredet, um Öl ins Feuer zu gießen, sondern um einmal vor der Geschichte als Warner dazustehen. Verlangt man von uns einen Beitrag zu einem europäischen Wiederaufbau – und wer wollte behaupten, dass der wirtschaftliche und der politische Wiederaufbau Europas ohne Deutschland möglich wäre –, dann sollte man wissen, dass es nur eine Solidarität geben kann. Eine Solidarität, in der einem Teil einseitig untragbare Opfer

Die sogenannten «Franzosenhiebe» im Schwarzwald, hier die Landschaft zwischen Schluchsee und Altglashütten.



auferlegt werden, gibt es nicht. Auf das politische Klima wird es also wesentlich ankommen, wenn Europa gesunden soll. Mit einem System einseitiger ewiger Servitute kann man keine neue Welt aufbauen... Was das Verhältnis zu unserer französischen Nachbarwelt anlangt, so sollte es endlich und in letzter Stunde sein Bewenden haben mit dem seit dem Mittelalter erfolgten fortgesetzten Auseinanderleben. Kürzlich hat ein französischer Staatsmann das Wort geprägt, Frankreich sei nur noch eine «force médiocre». Wohlan, auch der deutsche Traum eines Imperiums ist seit dem Zusammenbruch des «tausendjährigen» Hitlerreiches auch für den Dümmeren in unserem Vaterlande ausgeträumt. Wäre es da nicht mit den Händen zu greifen, was uns im abendländischen Raume nottut? Was uns nottut, ist die Schaffung einer neuen, über alle Länder und Sprachgrenzen hinübergreifenden «res publica», in der Sieger und Besiegte sich endlich die Hände zu einer offenen, ehrlichen und rückhaltlosen Versöhnung reichen, die Begründung einer «res publica» als einer neuen westeuropäischen politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Dinge, in der auch Deutschland die ihm gebührende Rolle in Freiheit spielen kann... Macht man mit der bisher betriebenen Nachkriegspolitik nicht endgültig Schluss, dann schafft man mit sturem Fleiss einen geradezu idealen Nährboden für einen neuen Extremismus in Deutschland. Lasst also nur erst aus Deutschland einen Kadaver werden, dann wird er nicht nur Europa, sondern die ganze Welt verpesten! Und unter diesem Gesichtspunkt möchte ich die Hoffnung hegen, dass in der Frage der Demontage noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde.

Aus: Hans Maier, Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), *Leo Wohleb – Humanist und Politiker. Der letzte Staatspräsident des Landes Baden*, Heidelberg 1969, S. 92 f.

Bereits Anfang 1947 hatte sich die Schwarzwälder Industrie- und Handelskammer in Villingen an das Gouvernement Militaire de Bade gewandt und dieses gebeten, sich bei den massgeblichen Stellen in Frankreich für die Einstellung weiterer Maschinenentnahmen bei der schon besonders hart getroffenen Schwarzwälder Industrie einzusetzen und dabei auf einen allgemeinen politischen Aspekt hingewiesen, wonach die Frage der Wiedergutmachung einem Friedensvertrag vorbehalten sei und nicht aus zonalen Erwägungen heraus entschieden werden dürfe.

Au
Gouvernement Militaire de Bade
Contrôle Economique
Groupe de Cercles No 5
Villingen

[...] Unabhängig davon sei bemerkt, dass die im Rahmen des Friedensvertrages vorgesehene endgültige Festlegung der industriellen Kapazität Deutschlands unter allen Umständen berücksichtigen muss, dass Deutschland nach dem teilweise und zunächst jedenfalls als endgültig zu betrachtenden Verlust seiner landwirtschaftlichen Überschussgebiete im Osten, um seine auf einen Raum von 350'000 qkm zusammengedrängte Bevölkerung von 70 Millionen Menschen überhaupt ernähren zu können, auf eine verstärkte Industrialisierung lebensnotwendig angewiesen ist. Eine den Bestimmungen des Friedensvertrages vorausseilende Kapazitätsherabsetzung der deutschen Industrie, sei es durch völlige Demontage einzelner Betriebe oder durch Maschinenentnahmen, kann, soweit sie zweckmässigerweise zunächst nicht überhaupt unterbleibt, im Übrigen nur aus einem gesamtdeutschen, keinesfalls aber aus einem zonalen, bezirklichen oder gar noch engeren Blickpunkt heraus erfolgen. Es ist zu berücksichtigen, dass, insbesondere ausserhalb der französisch besetzten Zone zahlreiche deutsche Industriezweige durch Kriegshandlungen, vor allem Luftangriffe, bereits empfindliche Kapazitätseinbussen erlitten haben, und dass eine grosse Anzahl von Betrieben in der britischen und amerikanischen Besatzungszone, vor allem aber auch in der russisch besetzten Zone in der Zwischenzeit völlig demontiert wurden. Es geht daher keinesfalls an, im Wege von Maschinenentnahmen womöglich Betrieb für Betrieb auf einen bestimmten Bruchteil seiner in einem bestimmten Jahre gehaltenen Kapazität zurückzuschrauben. Derartige Methoden könnten nur im endgültigen wirtschaftlichen Chaos Deutschlands und damit Europas enden [...]

Der Geschäftsführer:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Fasz. 1094 225/8.

Auf der Demontageliste standen allein zehn Firmen des Bezirks Villingen, die den Kern seiner feinmechanischen und metallverarbeitenden Industrie bildeten. Damit waren dem Kreis allein 15% der dem Land Baden auferlegten Demontagelast zudedacht – zusätzlich zu den Belastungen, die dem Kreis aus früheren Demontageaktionen entstanden waren und einen Kapazitätsverlust von rund 50% bedeuteten. Ein weiteres Schreiben der Villingener Industrie- und Handelskammer versuchte ein Szenario der Folgen weiterer Demontage zu entwerfen und malte ein düs-

teres Bild der sozialen, staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In St. Georgen wandten sich die Vertreter der vier Parteien an die Militärregierung und machten auf die katastrophalen Folgen einer weiteren Demontage in ihrer Stadt aufmerksam.

Industrie- und Handelskammer Villingen, den 12.11.47

Die Auswirkungen der Demontage auf die wirtschaftliche Struktur des Landkreises Villingen.

[...] Am ersten und unmittelbarsten sind von der Demontage die Belegschaften der abzubauenen Betriebe betroffen. Es handelt sich dabei nach dem augenblicklichen, den stark reduzierten Produktionsmöglichkeiten entsprechenden Stand um rund 1'500 Arbeiter und Angestellte, und zwar in Villingen 830, in St. Georgen 550, in Schönwald etwa 120. Um einen richtigen Begriff von der Schwere des geplanten Eingriffs zu geben, erscheint es aber erforderlich, in diesem Zusammenhang als Vergleich die Beschäftigtenzahl eines normalen Friedensjahres anzuführen: Im Jahr 1938 waren in den gleichen Betrieben statt 1'500 etwa 4'000 Menschen beschäftigt. Bleiben wir jedoch bei den derzeit massgebenden Zahlen! Rechnet man zu der oben genannten Zahl von 1'500 Beschäftigten, die rund 11% aller im Kreise Villingen berufsbuchpflichtig Beschäftigten darstellt, die Familienangehörigen hinzu, so dürfte die Gesamtzahl der unmittelbar Betroffenen mit 5'000 nicht zu hoch gegriffen sein. Auch bei nur teilweiser Demontage einzelner dieser Betriebe würde die Zahl immer noch hoch genug bleiben, um ein soziales Problem ersten Ranges zu bilden. Für Villingen steht wohl zweifellos fest, dass die Unterbringung von 830 oder auch nur 600 oder 500 durch die Demontage brotlos gewordenen Arbeitern in ihrem Beruf keinesfalls möglich wäre, da die übrigbleibenden Betriebe der feinmechanischen Industrie im weiteren Sinne bei den derzeitigen Produktionsschwierigkeiten zu einer Aufnahme dieser Kräfte nicht in der Lage wären. Das gleiche gilt, wenn auch nicht mit derselben krassen Unbedingtheit, für St. Georgen und Schönwald. Denkbar wäre natürlich, dass man diese Kräfte – es handelt sich dabei fast ausschliesslich um altbewährte Facharbeiter mit bester Tradition – als Streckenarbeiter, Bau- und landwirtschaftliche Hilfsarbeiter und dergleichen einzusetzen versuchte, womit das Problem freilich keineswegs gelöst wäre. Ausreichende Einkommensmöglichkeiten müssen den Betroffenen gewährt werden, da das klimatisch und damit ernährungswirtschaftlich so ungünstige Hochschwarzwaldgebiet den Lebensunterhalt durch gewerbliche Arbeit unabdingbar fordert. Die Arbeit in der metallverarbeitenden Industrie aber bedeutete und bedeutet für den grössten Teil der Bewohner des Schwarzwaldes die Lebensgrundlage schlechthin. Eine Demontage in dem bis jetzt erkennba-

ren Umfange würde aber einem Entziehen dieser Lebensgrundlage gleichkommen und ist in den sozialen Auswirkungen vorerst nicht zu übersehen. Soviel steht jedenfalls fest, dass der Kreis Villingen ein wirtschaftliches Elendsgebiet würde. Es mag den Gewerkschaften als den dafür vor allem berufenen Organisationen Vorbehalten bleiben, zu der Frage der sozialen Auswirkungen im Einzelnen Stellung zu nehmen. [...]

Der Geschäftsführer:
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Fasz. 1094, 225/4/8.

St. Georgen, den 21. November 1947
i. Schwarzwald

**An die
hohe Militärregierung.**

Der bis jetzt bekannt gewordene Umfang der Industriedemontage hat bei der Bevölkerung der Stadt St. Georgen grosse Bestürzung und Erregung hervorgerufen; werden doch etwa 550 hochqualifizierte, bodenständige Fach- und Spezialarbeiter, das sind rd. 40% aller in der hiesigen Industrie Beschäftigten mit etwa 2'000 Familienangehörigen betroffen. Weitere einige hundert Personen, die bei andern Betrieben als Vorlieferanten, z.B. Eisengiessereien, feinmechanischen Kleinbetrieben und Handwerks- und Handelsbetrieben, in enger Verbindung mit den Demontagebetrieben beschäftigt und wirtschaftlich von diesen abhängig sind, sind in ihrer Existenz bedroht.

Bei der klimatisch ungünstigen Lage der Stadt St. Georgen mit 860-1'000 m ü. d. M. bildet die Industrie die hauptsächlichste Erwerbsgrundlage unserer 6'000 Einwohner zählenden Industriestadt. Die zur Demontage vorgesehenen Werke sind mit der Entwicklung der Technik aus kleinen Handwerksbetrieben im Verlauf von 7-9 Jahrzehnten entstanden und haben sich auf dem Gebiet der Feinmechanik und Elektrotechnik sowie des mittleren Werkzeugmaschinenbaus betätigt.

Durch die seit dem Zusammenbruch durchgeführten Maschinenentnahmen beträgt die verbliebene Restkapazität der Demontagebetriebe nur noch einen Bruchteil des Jahres 1938.

Gemeinderat und Bürgerschaft sind sich dessen bewusst, dass die Schäden des Hitlerkrieges durch höchste Anstrengungen aller Kräfte und durch härteste Massnahmen gegen Schuldige gesühnt werden müssen. Mit der vorgesehenen Demontage wird aber einem Grossteil der hiesigen Bevölkerung jegliche Lebensexistenz entzogen.

Wir bitten daher die hohe Militärregierung, uns die jetzt noch vorhandenen Rest-

bestände der umseits bezeichneten Betriebe und damit die einzige Möglichkeit zur Wiedergutmachung und, darüber hinaus zu einer noch möglichen, bescheidenen Lebenserhaltung, mit der Hoffnung auf eine demokratische Zukunft zu belassen.

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen:

[Unterschrift]

Die Ortsvereinsvorsitzenden der BCSV:

[Unterschrift]

der demokratischen Partei:

[Unterschrift]

der sozialdemokratischen Partei:

[Unterschrift]

der kommunistischen Partei: [Unterschrift]

Der Vertreter der Gewerkschaften:

[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, 1094, 225/4/8.

In der scharfen Ablehnung der Demontagepläne waren sich – wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen und Akzentuierungen – alle gesellschaftlichen Gruppen der französischen Zone einig. Mit dem Argument, dass eine Durchführung der angekündigten Demontagepläne die Arbeiterschaft, die ohnehin die Hauptlast des Krieges und des Wiederaufbaus zu tragen hatte, am meisten treffen müsste, wandten sich die Gewerkschaften besonders häufig mit Appellen an die Besatzungsbehörden und die badischen Vertretungsorgane. Ihr Argument lautete: Demontage der Industrie gleich Demontage der Demokratie! Auf dem Höhepunkt der Diskussion und der Erregung über die französischen Eingriffspläne – einen Tag später sollte die badische Regierung zurücktreten! – veröffentlichte der badische Gewerkschaftsbund am 25. August 1948 eine Erklärung, die die Vertreter der Gewerkschaften aller drei Westzonen anlässlich der 9. Interzonenkonferenz in Enzisweiler bei Lindau gemeinsam abgegeben hatten.

Badischer Gewerkschaftsbund

Freiburg, den 25. Aug. 48

An den Herrn Staatspräsidenten!

An die Badische Regierung!

An den Badischen Landtag!

[...] Nach früheren Versprechungen von massgeblicher Allierter Seite durfte angenommen werden, dass die Zeit der Demontagen der Vergangenheit angehöre. Mit der Annahme des Marshallplanes und der Einbeziehung Westdeutschlands in diesen Plan verstärkte sich diese Annahme zum Gefühl der Gewissheit. Umso

grösser ist die Bestürzung im Volk und der Arbeiterschaft nach der Bekanntgabe der neuen Demontagebefehle.

Die erneut angeordneten Demontagen greifen tief in die Produktionskapazität ein, die für die Friedensbedürfnisse des deutschen Volkes unentbehrlich ist. Dieser Eingriff ist umso grausamer, als nach den Zerstörungen durch den Krieg die noch erhaltenen Produktionsanlagen ohnehin nicht ausreichen, die Versorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten.

Die Fortsetzung der planmässigen Vernichtung von Arbeitsplätzen treibt die betroffenen und bedrohten Kreise zur Verzweflung, zu Protest- und Widerstandsaktionen. Die Arbeiterschaft wehrt sich leidenschaftlich gegen die unsittliche Zumutung, den eigenen Arbeitsplatz zu zerstören und damit ihre und ihrer Familien Existenz zu vernichten. Ganze Ortschaften sind durch die anbefohlenen Demontagen zum Untergang verurteilt. Wenn reine Friedensindustrien, wie z.B. die Uhrenfabrikation, auf eine Restkapazität reduziert werden, die nur einen Bruchteil selbst derjenigen entspricht, die nach dem Industrieplan der Alliierten erhalten bleiben sollte, begreift die Bevölkerung, dass diese Massnahmen ganz andere Ziele als die militärischer Sicherheit verfolgt. Sie versteht, dass es nackte kapitalistische Profitinteressen sind, dass es sich nur um Beseitigung einer unbequemen Konkurrenz handelt, und dass für solche Interessen die Machtmittel der Besatzungsmächte eingesetzt werden.

Durch diese offenkundige Tatsache wird das moralische Ansehen der Besatzungsmächte in den Augen der Bevölkerung erschüttert. Die deutsche Arbeiterschaft muss auch den Glauben an die Aufrichtigkeit der mit dem Marshallplan verknüpften Absichten verlieren, dass eine vernünftige Ordnung der gesamt-europäischen Wirtschaft einschliesslich der Deutschen, das Ziel des Planes sei.

Die Propaganda gegen den Marshallplan, die ihn als kapitalistisches imperialistisches Manöver darzustellen versucht, gewinnt an Boden.

Die Gewerkschaften sind sich bewusst, dass ohne Steigerung der Produktion eine erträgliche Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht erreicht werden kann. Sie sind dauernd bemüht, ihren Einfluss auf die Arbeiter in diesem Sinne einzusetzen. Diese Bemühungen werden aber durch die aufreizenden Demontagen dauernd gestört. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass die entnommenen Fabrikanlagen der ausländischen Konkurrenz zur Verfügung gestellt und dadurch die Wiederaufnahme eines Exports mit den eingangs erwähnten Auswirkungen verhindert wird. Die beabsichtigte Demontage hat nichts mit der auch von den Gewerkschaften gutgeheissenen Wiedergutmachung zu tun, sondern ist in erster Linie eine Begünstigung privatkapitalistischer ausländischer Interessen. Die Entnahme der Fabrikanlagen trifft auch nicht die wirklich Schuldigen am Krieg, sondern die Arbeiterschaft, die dadurch ihre Existenzgrundlage verliert. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Fasz. 1094, 225/4/8.

Während die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte schon im Laufe des Jahres 1946 die Reparationsforderungen einstellten und auf eine wirtschaftliche Rekonsolidierung ihrer Zonen hinarbeiteten, beharrten die Franzosen auch weiterhin auf ihren Demontageforderungen. Oberst Halff, Leiter der Wirtschaftsabteilung in der französischen Militärregierung, vertrat die französischen Demontagen vor der Presse mit folgender Erklärung: «Der Wert der damit zur Verfügung stehenden maschinellen Einrichtungen einschliesslich der einzelnen Werkzeugmaschinen, deren Ablieferung bereits im Gange ist, beziffert sich auf rund 100 Millionen Mark. Diese Entnahme steht für die Nationen, die Opfer der nationalsozialistischen Aggression geworden sind, in überhaupt keinem Verhältnis zu den Verlusten, die ihnen zugefügt wurden. Für die Wirtschaft der französischen Besatzungszone stellen all diese Entnahmen von maschinellen Einrichtungen einschliesslich der veröffentlichten Liste nur eine unwesentliche Belastung dar.» Ferner sprach Halff von einer kriegs- und aggressionsbedingten «übertrieben gigantischen industriellen Mechanisierung» und einer «Supermechanisierung», für die die deutsche Friedenswirtschaft weder über die Rohstoffe noch über die Absatzgebiete verfüge. In den kommenden Jahren werde die deutsche Wirtschaft ihr Gleichgewicht wieder finden, um «der Bevölkerung einen Lebensstandard zu sichern, der noch wesentlich über dem vieler anderer europäischer Länder liegen wird» («Südkurier», 18. November 1947). In der Tat wirkten sich die von den Franzosen durchgeführten Demontagen nicht so verheerend aus, wie man in Deutschland zunächst befürchtet hatte; aus heutiger Sicht lässt sich die Reaktion auf deutscher Seite als klar übertrieben und lediglich psychologisch erklären. Es ist ganz im Gegenteil eher die Frage, ob die Demontagen nicht einen Modernisierungs- und Innovationsschub bewirkten; ganz sicher aber hatte Friedrich Kuhn mit seiner Prophezeiung recht, die er im folgenden Stimmungs- und Lagebericht vom Dezember 1947 vertrat: dass die demontierten Betriebe dem Nehmerland letztlich sehr wenig nützen würden und sich in fünf bis zehn Jahren geradezu zum Nachteil der Siegermächte auswirken würden.

Friedrich Kuhn, Monatsbericht vom 22. Dezember 1947:

Es ist richtig, dass der ganze Industrieapparat Deutschlands, ich sehe dabei von der Kriegsindustrie vollkommen ab, in der Nazizeit stark aufgebläht wurde und auf Jahre hinaus nicht in Betrieb genommen werden kann, weil die nötigen Rohstoffe, Arbeitskräfte usw. fehlen. Insofern wären manche Demontagen, die von Deutschland gefordert werden, ein Opfer, das wir tragen könnten. Fragt man andererseits nach dem Gewinn, welchen die Siegermächte von der Überführung deutscher Fabriken sehr oft haben werden, dann muss man feststellen, dass dieser recht kümmerlich ist und in keinem Verhältnis steht im Allgemeinen zu dem ungeheuren Aufwand an Arbeitskräften und Transportmitteln, welche der Abbruch der Betriebe und die Überführung erfordern. Diese werden dadurch dem europäischen Wiederaufbau, der doch die vordringlichste Angelegenheit ist, entzogen. Beim Abbruch und Abtransport wird bekanntermassen so viel zerstört, dass der

Gewinn, der den Reparationsempfängern dadurch erwächst, sehr bescheiden ist im Vergleich zu dem entstandenen Aufwand. In einer wirtschaftspolitischen Betrachtung habe ich neulich gelesen, dass nur etwa 10% des Wertes der abgebrochenen Betriebe auf Reparationskonten gutgeschrieben werden können. Was soll es auch heissen, wenn z.B. in der französischen Zone Seifenfabriken, in der englischen Zone z.B. die Persilwerke in Düsseldorf abgebrochen werden? Als könnte die körperliche Reinlichkeit des deutschen Volkes irgendwelche Gefahr für die Siegermächte oder ihre Wirtschaft darstellen!

Letzten Endes bin ich der Überzeugung, dass die vorgesehenen Demontagen in 5 bis 10 Jahren sich geradezu zum Nachteil der Industrie der Siegermächte auswirken werden. Ich glaube, diese Auffassung einwandfrei beweisen zu können. Hierfür führe ich folgendes Beispiel an:

Nach dem ersten Weltkrieg musste Deutschland seine ganze Handelsflotte ausliefern. Es war also gezwungen, diese von Grund auf neu zu bauen. Die Folge war, dass Deutschland um das Jahr 1930 und schon früher die modernste Handelsflotte der Welt besass, wodurch die englische Handelsmarine gewaltig ins Hintertreffen geriet. In gleicher Weise hat auch die deutsche Luftwaffe bei Beginn und zu Anfang des Krieges ihre Übermacht gewonnen. Sie war im Besitz ausschliesslich neuer und modernster Maschinen, während z.B. die französischen Apparate, abgesehen von ihrer zahlenmässigen Unterlegenheit, stark veraltet waren. In gleicher Weise geriet Deutschland dann ins Hintertreffen, als nach Eintritt Amerikas in den Krieg dessen Industrie modernste Apparate am laufenden Band erzeugte. – Genau so wird die deutsche Industrie einmal nach ihrem Wiederaufbau die modernsten Einrichtungen besitzen und so derjenigen anderer Länder zu einer gefährlichen Konkurrenz werden.

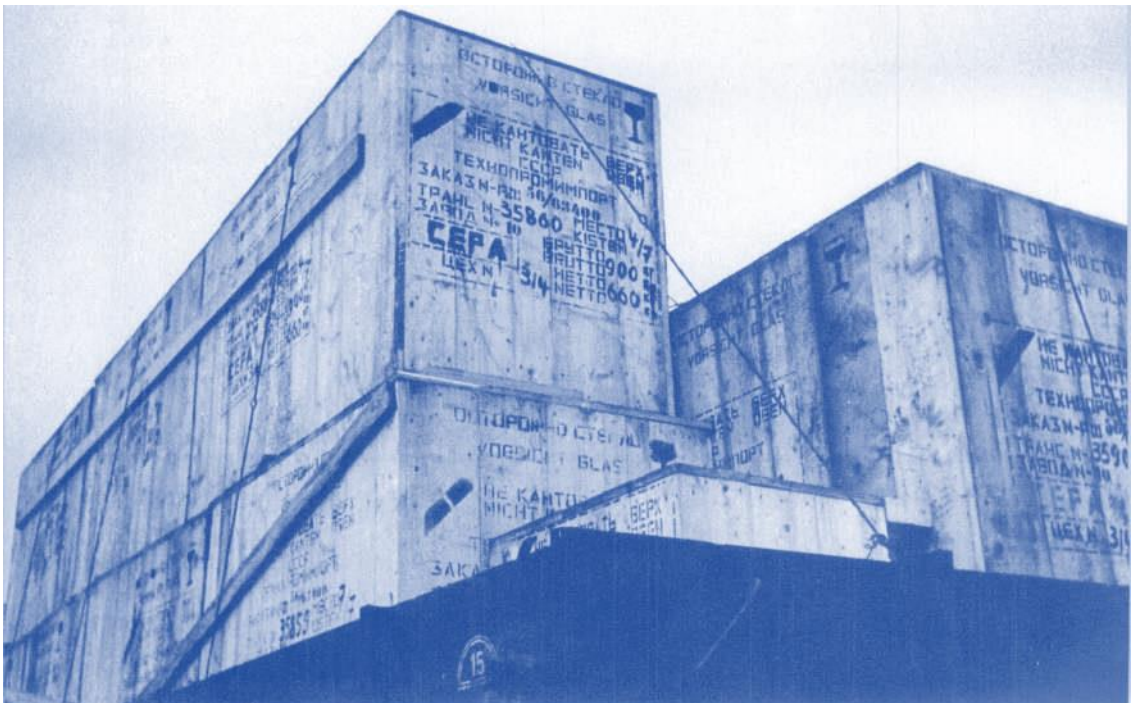
Von diesen Gesichtspunkten aus wäre es meines Erachtens besser, man würde von der Demontage teilweise absehen, wodurch die wirtschaftliche Lage Deutschlands der Gegenwart auf weiten Gebieten erleichtert würde, und würde andere Anlagen auf Abbruch verkaufen oder gar in die Luft sprengen, um einen unnötigen Einsatz von Arbeitskräften zu vermeiden, die anderswo dringend gebraucht werden.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, vorläufige Fasz.-Nummer 266.

Die Potsdamer Vereinbarungen über Reparationen sahen vor, dass die Sowjetunion und andere Ostblockländer über Reparationen aus der sowjetisch besetzten Zone hinaus 25% der im Westen vorgenommenen Demontagen erhielten, wenn sie dafür Sachlieferungen in Höhe von 15% des Werts der Demontagen leisteten. Die US-Zone stellte diese Demontagen für die UdSSR im Frühjahr 1946 ein, während die französische Militärregierung diese bis 1948 in vollem Umfang weiterbetrieb. So kamen Teile des Aluminiumwerks Wutöschingen nach Jugoslawien, und aufgrund der (teilweise falschen) Annahme, dass im Rheinfelder Degussa-Werk intensive Kriegs-



Aufgrund eines alliierten Abkommens stand der Sowjetunion zum Ausgleich ihrer immensen Kriegsschäden ein Teil des Reparationsaufkommens der Westzonen zu. Dazu gehörte auch die Wasserstoffsuperoxid-Anlage des Rheinfelder Degussa-Werks. Sie wurde im Frühjahr 1947 demontiert und auf Eisenbahnwaggons verladen.





forschung betrieben worden sei, war deren Wasserstoffsuperoxid-Betrieb, einmal in die Liste der Reparationsgüter aufgenommen, den Russen zur Demontage überlassen worden. Diese demontierten die Anlage bis Ende 1946/ Anfang 1947 und transportierten sie in vier Güterzügen ab (vgl. Fotos auf Seite 162 f.).

Das übermässig aufgeblähte Geldvolumen sowie die stark verminderte Kaufkraft der Reichsmark liessen – unter rein ökonomischen Aspekten – eine Währungsreform immer notwendiger erscheinen. Als sie am 18. Juni 1948 von den Westalliierten verkündet wurde, bedeutete dies eine klare Entscheidung für das kapitalistische Wirtschaftssystem, von dem die CDU im Ahlener Programm ein Jahr zuvor noch gemeint hatte, dass es den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei.

Zwar von den Alliierten bestimmt, doch von Deutschen in Einzelfragen durchaus mitgetragen, wurde die Währungsreform nun einseitig zu Lasten des «kleinen Mannes» durchgeführt. Hatten die Gewerkschaften als grösste gesellschaftliche Organisation «eine einheitliche, ganz Deutschland umfassende Währungs- und Finanzreform unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen» gefordert, «bei der Sachwerte und Geldvermögen gleich behandelt werden müssen» (Scherer/Schaaf, S. 643), so wurde durch den nun gewählten Währungsschnitt gerade den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten die Hauptlast am verlorenen Krieg aufgebürdet. Grund- und Hausbesitzer oder Inhaber von Produktionsstätten dagegen kamen ohne grössere Verluste davon. Ausser Bombengeschädigten und Flüchtlingen gab es nun eine weitere Schicht von Hilfsbedürftigen: die Währungsgeschädigten. Der Mythos vom Neubeginn unter gleichen Voraussetzungen wird also den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Realitäten in keiner Weise gerecht.

Über diesen negativen Begleiterscheinungen dürfen die positiven Aspekte der Währungsreform indes nicht unerwähnt bleiben: Geld erhielt seine Kaufkraft wieder zurück, das Warenangebot erhöhte sich ungemein, der Schwarzmarkt hörte auf zu existieren. Nach entbehrensreichen Jahren herrschte allmählich wieder Optimismus, das Vertrauen in die eigene Kraft kehrte zurück und bewirkte vollends einen raschen wirtschaftlichen Genesungsprozess in den Westzonen.

Dass die Währungsreform auch einen Meilenstein auf dem Weg zur Spaltung Deutschlands darstellte, wurde vielen erst aus nachträglicher Sicht erkennbar und hatte seine tieferen Gründe in den immer mehr zutage tretenden Divergenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.

Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Währungsreform waren anfangs skeptisch bis ablehnend, teilweise kam es zu erbitterten Protesten. In der Wirtschaft wurde der Umschwung abwartend und vorsichtig aufgenommen.

Wandsprüche wie «Iss und trink, solang' Dir's schmeckt, schon zweimal ist das Geld verreckt» lassen vermuten, die neue Mark sei mit leichter Hand ausgegeben worden. Dieser Annahme widerspricht allerdings der folgende Bericht des Arbeitsamtes Villingen vom 26. Juni 1948.

Einkäufe werden nur in den allerdringendsten Fällen vorgenommen, so dass der Handel und das Gewerbe, welche ebenfalls bar jeglicher Zahlungsmittel sind, vor der Notwendigkeit stehen, alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen um die Kauflust zu heben. Eine grosse Anzahl von Industrie- und Handwerksbetrieben haben für einige Tage Betriebsferien angeordnet, um sich zu reorganisieren, ihre finanziellen Verhältnisse neu zu ordnen und um letzten Endes die Entwicklung der nächsten Tage abzuwarten. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 282, 225/3/6.

Dagegen erwarteten Banken und Sparkassen ein Abflauen des Sparwillens auf breiter Front und standen vor der heiklen Aufgabe, die Idee des Sparens neu zu popularisieren.

Die Sparkassen im Wandel der Zeiten

Verehrte Hörerinnen und Hörer!

Die heutige Lage der Sparer und der Sparkassen ist durch die Auswirkungen der Geldneuordnung im Sommer des vergangenen Jahres gekennzeichnet. Im Zuge der Währungsreform haben viele Millionen von arbeitsamen, tüchtigen und bescheidenen Menschen die Frucht ihrer jahrelangen Mühen und Arbeit eingebüsst. Sie fühlen sich in ihren Hoffnungen auf ein sorgenfreies Alter und auf wirtschaftliche Besserstellung ihrer Familien getäuscht. Der zweimalige, fast völlige Verlust der Ersparnisse innerhalb einer Generation musste den Sparwillen auf das Schwerste treffen. Zwar wissen wir, dass die beiden verlorenen Weltkriege zu den Verlusten geführt haben, und doch müssen die psychologischen Gegebenheiten und Auswirkungen einer Währungsumstellung sowie soziale Rücksichten gebührend gewürdigt werden. Leider haben bis jetzt die Sparer die äussersten Härten der Geldreform aushalten müssen. Die Sparkassen haben tiefes Verständnis für die materiellen und schweren ideellen Schäden, die ihren Sparern dadurch entstanden, dass zunächst Spargroschen bis zu 540,- RM einfach mit der DM-Kopfquote untergingen. Sie haben auch die im 4. Währungsgesetz verfügte Streichung von 70% der zweiten Hälfte der umgestellten Beträge im Interesse nicht nur der Sparer, sondern wegen der schockartigen Erschütterung des notwendigen Vertrauens ausserordentlich bedauert. Durch konstruktive Vorschläge, zuletzt und mit bescheidenem Erfolg im vorläufigen Lastenausgleich, hat die Sparkassenorganisation angestrebt, die schlimmsten Härten abzumildern. [...]

Das Leben nimmt seinen Fortgang mit all seinen Forderungen im Alltag und wenn keine Sparkassen bestünden, müssten sie in dieser Notzeit geschaffen werden, danken sie doch ihre Existenz gerade dem Streben des Menschen, mit Vernunft

zu wirtschaften, zu sorgen gegen Not, friedlich zu arbeiten und zu ordnen. Sie sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil einer freien und gesunden Wirtschaft. Je stärker unsere Kapitaldecke sein wird, desto mehr Kredite und Baudarlehen können zur Hebung der Produktion und zur Schaffung von Wohnungen ausgegeben werden. Weil unsere eigene Kapitaldecke dem Krieg zum Opfer fiel – Krieg ist Feind nicht nur der Menschheit, sondern jeder gesunden und vernünftigen Wirtschaft –, liegt es in eigenstem Interesse des schaffenden Menschen, wieder nach Kräften dazu beizutragen, dass sich Kapital als unentbehrlicher Produktionsfaktor neben der Arbeit neu bildet. An einer Steigerung des Sozialprodukts haben alle Anteil. Wir brauchen dazu aber auch ein neues Vertrauen, das unter den Deutschen selbst wie im Verhältnis zu den Nachbarländern und -Völkern wieder hergestellt werden muss und nur durch aufrichtige, friedliche Leistung und Zusammenarbeit gefunden werden kann. [...]

Quelle: Vortrag im Südwestfunk, 29. März 1949.

Die Währungsreform bedeutete auch das Ende der Bewirtschaftung und der meisten Preisvorschriften, die nun einem «Leistungswettbewerb» unterworfen wurden. Lediglich für Rohstoffe und die wichtigsten Nahrungsmittel wurden Übergangsregelungen festgelegt. Für den bis Oktober geltenden Lohn- und Gehaltsstopp wurde eine Lockerung lediglich in Aussicht gestellt. Die aufgrund des Nachholbedarfs zum Kaufen veranlassten Bezieher der Kopfprämie von zunächst 40,- und später weiteren 20,- DM bezahlten nun mit dem wenig verbliebenen Ersparnis Waren aus gehorteten Beständen zu sprunghaft gestiegenen Preisen und hatten so ein weiteres Mal das Nachsehen.

Ausgabe des Kopfbetrages	
Sonntag, 20. Juni	
7-12 Uhr und 13.30-20 Uhr	
Einzuzahlen in Altgeld	RM 60.–
Rückzahlung in neuer Währung zunächst	DM 40.–
Spätere Nachzahlung	DM 20.–

Quelle: Stadtarchiv Singen, XIII 6/41.

Gegen diese Folgen der Währungsreform, zum Teil auch gegen sie selbst, fanden überall gewerkschaftliche Proteststreiks statt, die mit einem 24stündigen Generalstreik von rund zwölf Millionen Gewerkschaftern im November 1948 in der Bi-Zone ihren Höhepunkt fanden. Demonstrationen gegen Preiswucher gab es auch in Südbaden.

Todes-Nachricht

Hiermit erfüllen wir die mehr als traurige Pflicht, allen Freunden und Bekannten mitzuteilen, daß unsere so innigstgeliebten

Millionenbeträge

durch die Währungsbombe in ein besseres Jenseits befördert wurden.

Um stille Teilnahme bitten wir heute noch

Im Hornung 1949

Die Tiefberührten.

Die Trauerfeier hat bereits stattgefunden und wurde vom Bestattungsinstitut in der Appenweierer-Straße mit viel Aufwand und Nacharbeit peinlichst genau und kostenlos durchgeführt.

Nach der Währungsreform hatten die Menschen einmal mehr Gelegenheit, Galgenhumor zu beweisen.

**Ortsausschuss
der Gewerkschaften
Neustadt/Schwarzwald**

Neustadt/Schwarzwald, den 24. August 1948

An das
Landratsamt
Neustadt/Schwarzw.

Anlässlich einer Demonstration gegen Preiswucher und Preissteigerungen finden im ganzen Lande Baden am Donnerstag den 2. September 1948 nachmittags 14.00 Uhr öffentliche Protestkundgebungen der Gewerkschaften statt.

Im Kreisgebiet Neustadt finden in nachstehenden Orten und Lokalen Protestversammlungen statt:

Neustadt	Neustädter-Hof
Lenzkirch	Rathaussaal
St. Blasien	Ochsen
Schluchsee	Schiff
Bonndorf	Gasthaus Sonntag
Bonndorf (Steinasäge)	im Betrieb

Schluchsee-Werk	im Betrieb
Rothaus (Staatsbrauerei)	im Betrieb
Oberbränd (Firma Schwörer)	im Betrieb
Löffingen	Restauration Fritschi

Wir bitten die Genehmigung hierzu erteilen zu wollen.

Der Ortsausschuss der Gewerkschaften
Der Geschäftsführer
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Neustadt, P 43 50/1/1.

Negative Auswirkungen hatte die Währungsreform zunächst auch auf die Landwirtschaft. Die Kluft zwischen niedrigem Erzeugerlös und hohen Preisen für Geräte machte für die Landwirte Arbeitskräfte und auch landwirtschaftliche Maschinen unerschwinglich.

Landwirtschaftsamt Villingen

Villingen/Schw., den 6. August 1948

Monatsbericht vom 1. Juli bis 31. Juli 1948

[...] Landwirtschaftliche Preise und Märkte:

Die vor der Währungsreform in der Landwirtschaft bezahlten Löhne waren weit übersetzt und konnten nur deshalb gehalten werden, weil das Geld insgesamt für den landw. Betrieb seine Bedeutung mehr oder weniger verloren hatte. Neben freier Kost und Logis bezahlte der Landwirt RM 50,- in bar. Dazu kamen nicht selten noch Schuhwerk und Bekleidungsstücke, die unentgeltlich [!] gestellt werden mussten. Diese Aufwendungen für eine männliche Arbeitskraft entsprechen im Jahr etwa dem Werte von 80 Ztr. Roggen bei den heutigen Preisverhältnissen, während vor dem Kriege zur Entlohnung eines Knechtes etwa 20-25 Ztr. Roggen aufgewendet werden mussten. Das derzeitige Preisgefüge mit den bereits jetzt schon beginnenden Absatzschwierigkeiten, beispielsweise in Gemüse, muss auf die Dauer gesehen, vor allem, wenn durch einen entsprechenden Lastenausgleich eine Belastung des Betriebes hinzukommt, zur Verarmung der Landwirtschaft insgesamt führen. Wie soll bei einem derzeitigen Preisgefüge in der Zukunft der Landwirt seine Produktionskosten verringern, wenn ihm die Anschaffung von Maschinen und Geräten, die die Produktion verbilligen, unmöglich gemacht wird. Die derzeitige Spanne zwischen Milcherzeugerpreis und Verbraucherpreis ist viel zu hoch und im Hinblick darauf, dass der Landwirt die teure Buttermilch für Aufzuchtzwecke wieder abnehmen muss, untragbar. Es erhebt sich die Frage, wer den Erlös für das bei der Einstellung gewonnene Fett hat? Auf jeden Fall bestimmt

nicht der Landwirt. Die derzeitig bestehende Kluft zwischen den viel zu niederen landw. Erzeugerpreisen und den viel zu hohen Marktpreisen der Industriewaren müsste unter allen Umständen ausgeglichen werden.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 784, 225/4/3.

Kennzeichnete die Jahre 1945 bis 1948 eine wirtschaftliche Stagnation, so setzte mit der Währungsreform eine rasche Aufwärtsentwicklung ein. In Baden war die BIGA – die Badische Industrie-, Handwerks- und Gewerbeausstellung – das erste Signal für diesen Trend. Sie wurde in Freiburg vom 2. Juli bis 15. August 1948 veranstaltet. Rund 120'000 Menschen besuchten die Ausstellung, darunter viele Gäste aus dem europäischen und sogar aussereuropäischen Ausland.

Haus für Wiederaufbau Freiburg i. Brsg., den 9. Sept. 1948 **und Wirtschaftswerbung** **Ausstellungsleitung**

Ergebnis der BIGA.

Aufgrund der von OFICOMEX zur Verfügung gestellten Unterlagen darf festgestellt werden, dass der Erfolg gegenüber mancher kritischen Einstellung ein recht erfreulicher war. Die BIGA-Exporte erreichten einen Betrag von 31/2 Millionen Deutsche Mark. Die Geschäftsabschlüsse verteilen sich auf 23 Länder. Von den europäischen Käufern steht die Schweiz an erster Stelle. Beachtliche Einfuhren aus Deutschland tätigten Frankreich, Belgien und Holland. Die aussereuropäischen Länder verzeichnen zum Teil Einfuhren aus BIGA-Exporten, die die Höhe der Einfuhren der europäischen Länder übertrafen.

Die ausgeführten Erzeugnisse waren vor allem Radioapparate, alsdann wurden u.a. ausgeführt: Rechenschieber und Rechenmaschinen, Uhren, elektrische Türöffner, Eisen- und Stahlspäne, Artikel der Feinmechanik usw. [...]

Unangenehm bemerkbar machte sich das Fehlen der Maschinenindustrie, die zum grössten Teil auf die Beteiligung an der Ausstellung infolge noch bestehender Lieferschwierigkeiten verzichtet hat.

Das Inlandsgeschäft konnte statistisch nicht erfasst werden. Nach den gemachten Beobachtungen war es aber ebenfalls nicht unbeträchtlich.

Neben dem eigentlichen Inlandsgeschäft lief der von der Ausstellungsleitung ausnahmsweise den Ausstellern genehmigte Handverkauf, der in vielen Branchen recht beträchtliche Umsätze brachte. Der Handverkauf ermöglichte vielen Ausstellern es im Augenblick der Währungsreform überhaupt erst, die Kosten für die personelle Besetzung der Ausstellungsstände aufzubringen, während er später



Die Badische Industrie-, Handwerks- und Gewerbeausstellung wurde kurz nach der Währungsreform eröffnet und galt als erstes Wirtschaftsbarometer.

durch die schnelle Abstossung der Läger [!] gegen Kassazahlung bedeutsam war für Lohn- und Gehaltszahlungen der in Frage kommenden Betriebe.

Der Fremdenverkehr – vor allem in Freiburg selbst – hatte ebenfalls eine rege Belebung durch die Exportschau zu verzeichnen. Von einer grossen Anzahl gemeldeter Privatquartiere konnte Gebrauch gemacht werden, wodurch vielen Familien in den kritischen Tagen der Geldknappheit wesentlich geholfen wurde. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr, Generalia – Kulturpflege/Allgemeines.

Das unvermittelte Ansteigen der Arbeitslosenzahlen nach der Währungsreform hatte mehrere Ursachen. Viele, die wertloser Lohn von der Arbeit abgehalten hatte, meldeten sich nun auf den Arbeitsämtern, auch waren die Belegschaften vor Juni 1948 stark überbesetzt gewesen. Hinzu kamen Tausende von Flüchtlingen, die eine Anstellung suchten. 1950 betrug die Arbeitslosenquote bundesweit 10,3%, um danach ständig abzunehmen. Der Anteil der Vertriebenen an dieser Quote war dreimal so hoch wie der der Einheimischen.

Arbeitsamt Lörrach
Nebenstelle Müllheim

Müllheim, den 24. Februar 1950

***Bericht
über die Arbeitsmarktlage im Monat Februar 1950.***

Allgemeine Übersicht:

Wie in allen übrigen Arbeitsamtsbezirken hat sich auch im Kreis Müllheim die allgemeine Arbeitsmarktlage im Laufe des Monats wesentlich verschlechtert, was seinen Niederschlag in der weiteren Zunahme der Arbeitslosen findet. Während es im Monat Januar hauptsächlich das Baugewerbe war, das infolge eingetretenen Frostwetters zu Entlassungen schreiten musste, waren es im Monat Februar kleinere Handwerksbetriebe, die infolge Mangel an Aufträgen ihre Fachkräfte entliessen. Sogar Handwerksmeister, die nur einen Gesellen beschäftigen, haben diesen entlassen. Bedauerlich ist, dass vielfach junge Menschen, die eben ihre Lehre beendet haben, nicht das Glück haben, als Gehilfe weiter beschäftigt zu werden, weil die betroffenen Meister behaupten, den Gesellenlohn nicht aufzubringen. Einzelne Handwerksmeister auf dem Lande gehen dazu über, ihren verheirateten Gesellen zu entlassen, um an dessen Stelle einen jüngeren ledigen Gehilfen einzustellen, der in Kost und Wohnung genommen werden kann und dadurch weniger Barlohn erhält. Allgemein klagen die Handwerker über schlechten Geldeingang, keiner hat Lust auf Pump zu arbeiten. Ganz besonders schlecht

ist die Arbeitsmarktlage im Kraftfahrzeughandwerk geworden. Die vielen Neuanschaffungen von Personen- und Lastkraftwagen und das Ausscheiden der alten, dauernd reparaturbedürftigen Wagen bietet den Kraftfahrzeug-Werkstätten kaum mehr Arbeitsmöglichkeiten. Auch in der Industrie ist es eher zu Entlassungen als zu Neueinstellungen gekommen. So ist es begreiflich, dass unter diesen Verhältnissen die Vermittlungen wesentlich zurückgegangen sind. Gegenüber dem Vormonat haben die Arbeitssuchenden und die Arbeitslosen um 61 zugenommen. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Müllheim, P 198, U 39/3/3.

In der Leistungs- und Aufbaubilanz, die das Badische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Mitte 1950 für das «Land Baden» aufmachte, haben sich die positiven Auswirkungen der Währungsreform erst mittelbar niedergeschlagen. Dennoch können sich die «badischen Leistungen» mit zum Teil dreistelligen Zuwachsprozenten (verglichen mit 1945) durchaus sehen lassen. So war die Beschäftigtenzahl in der Industrie von 1946 bis 1949 von 80'329 auf 123'134 (= 53,28%) gestiegen. Noch deutlicher zeigte sich der Aufwärtstrend bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Sie betrug 1946 im Monatsdurchschnitt 9'096'000, 1949 bereits 17'613'000 (Zunahme um 93%). Der Bruttoproduktionswert in der badischen Industrie, bezogen auf den Preisstand von 1936/38, lag 1947 bei 451,9 Millionen RM, 1948 bei 497,4 Millionen RM/DM und 1949 bei 774,0 Millionen DM. Der Auslandsumsatz, der 1946 noch bei 65,2 Millionen RM lag, betrug 1948 beinahe wieder 100 Millionen RM/DM. 430 industrielle Betriebe wurden seit 1945 neu geschaffen oder erweitert. (Alle Angaben nach Ministerialblatt der Landesregierung von Baden, Ausgabe A, vom 30.8.1950, S. 156 f.)

Welches Deutschland soll es sein? Demokratisierung und politischer Neubeginn

Als General Koenig am 15. Dezember 1945 mit der Verordnung Nr. 23 die Bildung politischer Parteien wieder zuließ, wurde endlich auch in der französischen Zone eine Entwicklung eingeleitet, die in den übrigen Zonen bereits viel weiter gediehen war. Das nur allmählich wieder einsetzende politische Leben, d.h. die Rückverlagerung politischer Kompetenzen in deutsche Hände, basierte auf der Eigenart französischer Besatzungspolitik, die sich jegliche Eingriffsmöglichkeiten vorbehalten wollte. Diese Vormachtstellung schien den Franzosen nur haltbar, wenn man den deutschen Stellen «ein Mitspracherecht in allen entscheidenden Lebensfragen versagte» (Konstanzer, S. 205).

Von Politik konnte aus deutscher Sicht in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine Rede sein: die politische Entscheidungsgewalt lag ausschliesslich bei den Alliierten. An dieser Tatsache änderte auch nichts, dass sich die Besatzungsmächte von Anfang an auf die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen verliessen, bedeutete dies doch keinesfalls einen Schritt zur Wiederherstellung deutscher Verwaltungshoheit oder zur Reorganisation deutscher Staatlichkeit. Die Franzosen besannen sich vielmehr ihrer Erfahrungen aus der Kolonialzeit und behielten sich nach dem System des «indirect rule» die «alleinige legislative Befugnis» vor, während «den deutschen Stellen die Ausführung dieser Weisungen oblag. Wo gesetzgeberische Rechte an deutsche Stellen delegiert wurden, standen sie unter dem Vorbehalt eines Vetorechts der Militärregierung» (Arbeitskreis, S. 58). Es gehörte also zu den Prinzipien zumal der französischen Besatzungspolitik, sich zurückzuhalten und in allen Angelegenheiten deutsche Stellen als verlängerten Arm zu benützen; die französische Militärregierung verweigerte im Juli 1946 der deutschen Verwaltung sogar die Zustimmung, französische Anordnungen gegenüber der Bevölkerung als solche auszuweisen. Es ist schon an anderer Stelle (s. S. 9) auf den prägenden Einfluss französischen Sicherheitsdenkens als Kern der Besatzungspolitik eingegangen worden, aber er ist für den politischen Bereich besonders hervorzuheben: nach drei Kriegen innerhalb von drei Generationen versuchte Frankreich, den Erbfeind an der Ostgrenze ein für allemal auszuschalten und sich einer möglichen Wiedererstehung des Deutschen Reiches um jeden Preis zu widersetzen. Aus Deutschland sollte allenfalls eine – territorial reduzierte – föderierte Union ohne wirkliche Zentralmacht werden, weshalb eine weitgehende und langfristige politische Kontrolle durch die wiedererstandene Hegemonialmacht Frankreich nur folgerichtig war. Unter solchen Vorzeichen kann der Versuch der Rückgewinnung politischer Handlungs- und Entscheidungsspielräume auf deutscher Seite bis ins Jahr 1948 hinein auch als Abwehrkampf gegen die spezifisch französische Besatzungspolitik beschrieben werden (Weinacht, CDU, S. 84).

Die Reorganisation des politischen Lebens begann gleichwohl nicht erst mit der Wiederzulas-

sung politischer Parteien Ende 1945. Auch in Südbaden entstand eine breite Bewegung sogenannter Antifas (Antifaschistische Ausschüsse oder Antifaschistische Komitees), die sich unter verschiedenen Bezeichnungen entweder bald nach Kriegsende oder im Laufe des Jahres 1945 konstituierten. Ihre Zusammensetzung und Leistung, ihr Selbstverständnis und ihre Arbeitsweisen entziehen sich einer generalisierenden Betrachtung. Örtlichen Gruppen, die nur kurz existierten, standen effizient organisierte Zusammenschlüsse gegenüber, die Mitgliedsausweise ausgaben und ein enges Organisationsnetz geknüpft hatten. Einige verbanden ihr Wirken mit weitergehenden Perspektiven in Fragen der Entnazifizierung, ja des gesellschaftlichen Neuaufbaus, während sich die Arbeit anderer Gruppen in der tagespolitischen Bewältigung der gerade anstehenden Probleme erschöpfte; in einigen Orten wurden Betriebsausschüsse gegründet, die meisten Gruppen jedoch legten ihrer Arbeit einen eher traditionellen Politik- und Öffentlichkeitsbegriff zugrunde. Dieses uneinheitliche Bild der Antifas ist einmal auf die unterschiedliche Duldungs- beziehungsweise Verbotspraxis der örtlichen Militärregierungen zurückzuführen; in einigen Fällen wurde die Kontinuität einer einzelnen Antifa-Gruppe durch einen Wechsel in der Militärregierung in Frage gestellt, und schliesslich belegen mehrfache Umbenennungen ein und derselben Antifa-Gruppe auch den eigenen Wandel hinsichtlich Selbstverständnis, Zusammensetzung und Strategie. So wurde etwa aus der Freiburger «Sozialistischen Aufbaugruppe» die «Antifaschistische Aufbaugruppe» und schliesslich die «Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft». Gemeinsam hingegen war allen Antifas die «politische Perspektive der Einheit auf der Basis eines antifaschistischen Konsenses» (Kiessmann, S. 125). So reichte die Zusammensetzung im Allgemeinen von der liberalen und christlichen Seite bis hinüber ins kommunistische Lager; trotz der Überparteilichkeit dominierte in vielen Orten jedoch das sozialistische Element. Dies belegt bereits die Namensgebung, in der sich die Kontinuität einer vornehmlich von Arbeiterparteien und Gewerkschaften getragenen Widerstandsbewegung dokumentiert – kristallisierten sich doch die Antifa-Gruppen meist aus jenen losen Diskussionsgruppen heraus, die die Nationalsozialisten nie ganz hatten zerschlagen können und die gerade im Bereich des proletarischen, dann aber auch katholisch-kirchlichen Milieus gegen Kriegsende wieder verstärkt aufgetreten waren. In solchen Zirkeln und Gruppen fanden vor 1945 bereits erste Sondierungen über politisches Selbstverständnis und wiederaufzubauende politische Kerne zur späteren politischen Reorganisation statt, wurde über eine «Politik nach Hitler» debattiert und waren erste programmatische Festlegungen vorgenommen worden. Im Bereich der Schweizer Grenze stiessen – vor allem in Singen – frühzeitig kommunistische Remigranten hinzu, die sich schnell um erste organisatorische Vorarbeiten, Kontakte und lokale Weichenstellungen bemühten. Letztlich jedoch trugen die Antifas alle Kennzeichen von Übergangsorganisationen, denen nach der Zulassung von Parteien kaum wirkliche Chancen verblieben. Ihr politischer Konsens war gewissermassen rückwärts gerichtet, am Widerstand gegen den Nazismus orientiert, während es für den zu leistenden Aufbau – verständlicherweise – keine gemeinsame Konzeption gab. Dies gilt ebenso für die als Zusammenfassung aller Antifas gedachte Bewegung «Das neue Deutschland – Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau in der französischen Zone», die der ehemalige Pfarrer und südbadische Kommunistenführer Erwin Eckert im Herbst 1945 ins

Leben rief. Als sich die anfangs für diese Dachorganisation gewonnenen Persönlichkeiten des bürgerlichen Lagers wieder distanzieren und dann auch aus den Reihen der Kommunisten selbst Kritik kam, musste Eckert sich eingestehen, dass «es besser ist, wenn jetzt nach der Zulassung der politischen Parteien die Bewegung als organisatorischer Zusammenschluss aller Antifaschisten aufhört zu existieren» (Arbeitskreis, S. 70). Auch die örtlichen Antifas lebten kaum länger, zum Teil wurden sie von der Militärregierung wieder verboten oder aufgelöst; obschon als stabilisierende Ordnungsmomente im Allgemeinen geduldet, widersprach doch ihre nationale, konsequent deutsche Interessen verfolgende Orientierung den föderalistisch bis separatistisch ausgerichteten Deutschland-Interessen der Franzosen. Insgesamt müssen die Antifas so als früheste Form aktiver Betätigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit im politisch-vorparteilichen Raum gelten. Vor allem für das linke Spektrum bildeten sie das Keimstadium für spätere Parteienbildung.

Die Verzögerung der Zulassung politischer Vereinigungen in der französischen Zone betraf auch die Gewerkschaften. Im Gegensatz zur Selbstorganisation der Wirtschaft, deren Interessen die Industrie- und Handelskammern bei blosser Auswechslung ihrer personellen Führung praktisch ohne Unterbrechung vertraten, wurde ein Gewerkschaftsrecht erst wieder am 10. September 1945 eingeführt; die faktische Anerkennung von Gewerkschaften erfolgte dann gegen Jahresende. Zugelassen waren zunächst nur örtliche Gewerkschaften und Fachgewerkschaften, deren Zusammenschluss zu Ortskartellen ab April 1946 erlaubt wurde. Durften sich im lokalen Bereich nun wieder Gewerkschaften aller Berufe vereinigen, so war dies auf Landesebene erst ab 1947 gestattet; im gleichen Jahr entstand auch der Badische Gewerkschaftsbund. Kritiker der französischen Besatzungspolitik sehen in dieser dezentralen Zulassung eine bewusste Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, um eventuelle Proteste gegen die französische Wirtschaftspolitik in der Zone zu verhindern oder zu erschweren. Die Organisation landesweiter gewerkschaftlicher Streiks im Jahre 1948 gegen die französischen Demontagepläne haben gezeigt, wie berechtigt die Befürchtungen der Militärregierung waren.

Obwohl die Gewerkschaften bis 1948 aufgrund eines von den Alliierten verfügten Lohnstopps tarifpolitisch wenig wirksam werden konnten (sie waren bereit, Lohnforderungen zugunsten eines zügigen Wiederaufbaus zurückzustellen), vollzog sich der personelle und organisatorische Wiederaufbau der Gewerkschaften auch in Südbaden rasch. Dazu trug nicht zuletzt eine offenkundig gewerkschaftsfreundliche Zeitstimmung bei, während das Ende des kapitalistischen Wirtschaftsliberalismus bis weit in die Reihen der späteren CDU hinein als endgültig betrachtet wurde. So erstreckten sich die politischen Vorstellungen der südbadischen Gewerkschaften nicht allein auf Ziele wie Mitbestimmung und Vollbeschäftigung, sondern auch auf Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft, Sozialisierung und volkswirtschaftliche Planung. Als im Juni 1946 mit dem «Badischen Gewerkschaftler» nach 13 Jahren erstmals wieder ein Gewerkschaftsorgan in Baden erschien, drückte der Vorsitzende des Freiburger Gewerkschafts-Ortsausschusses, Peter Kappes, die diesbezüglichen Erwartungen so aus: «Die Gewerkschaften werden und müssen in Zukunft ihren gesamten Einfluss auf das ganze Wirtschaftsleben so ausüben, dass die Werk-tätigen, auf deren Schultern doch die Hauptlast für den Wiederaufbau auf wirtschaftlichem und

sozialem Gebiet liegen wird, zu dem ihnen zustehenden Recht kommen» (Der badische Gewerkschaftler, Juni 1946, Nr. 1, S. 1). Diese über den sozialen Bereich hinausgehenden Ziele, die auch Produktionsprogramme und Betriebsanlagen, Einführung neuer Produktionstechniken und Arbeitsweisen, Betriebserweiterungen und Fusionen, Investitionen und Preisbildung umfassten, wurden im wirtschaftlichen Aktionsprogramm des Badischen Gewerkschaftsbundes festgeschrieben und zogen ihre Begründung aus der Erfahrung wirtschaftlicher Krisen, von Arbeitslosigkeit und der Förderung des Nationalsozialismus durch Industrie und Wirtschaft. Auch der Badische Landtag konnte sich diesen damals weithin plausibel erscheinenden Forderungen nicht verschliessen und kam solchen Vorstellungen über die rein sozialen Belange der Arbeiterschaft im Betriebsverfassungsgesetz von 1948 insofern entgegen, als er dem Betriebsrat bei Rüstungsproduktion und Konzern- sowie Monopolbildung ein Vetorecht zugestand. Alle anderen wirtschaftspolitischen Forderungen dagegen sollten sogenannten Fachkommissionen zur Entscheidung vorbehalten bleiben und durch ein Fachkommissionengesetz geregelt werden. Dieses jedoch stiess nach langer Vorbereitung auf die Ablehnung der Besatzungsmacht. Mit dem Argument des amerikanischen Militärgouverneurs Clay, dass «eine Bundesregierung [...] nicht lebensfähig sei, wenn einige Länder sozialistisch regiert würden, andere marktwirtschaftlich und wieder andere gemischt» (Badstübner/Thomas, S. 331), hatte Washington auf Frankreich erfolgreich Druck ausgeübt. Dieses Veto der Alliierten bildete freilich nur *eine* Station auf dem Wege der Suspendierung gesellschaftlicher Neuordnungskonzeptionen – erinnert sei nur an die aller Demokratie hohnsprechende Aussetzung eines Artikels der hessischen Verfassung, nachdem durch ihn mit 72%iger Mehrheit ein den Amerikanern im Ergebnis nicht genehmes wirtschaftspolitisches Plebiszit in der Sozialisierungsfrage erzielt worden war.

Im Prozess der Parteienbildung besaßen die Linksparteien einen organisatorischen Vorsprung, wie eine vorbereitende Landesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokraten in Freiburg noch vor der Zulassung der Parteien belegt. Dort hatte man sich auf eine Neuorientierung als «Sozialistische Partei» festgelegt, womit der nach dem Kriege weit verbreiteten Stimmung im Sinne einer Vereinigung der beiden grossen Linksparteien von vor 1933 Rechnung getragen wurde. Für viele Kommunisten und Sozialdemokraten war die gemeinsame Verfolgung durch den Nationalsozialismus zur prägenden Erfahrung geworden, aus der sie nicht zuletzt organisatorische Konsequenzen zu ziehen gedachten. Schliesslich war in der Basis der beiden Parteien die Einschätzung fast allgemein, dass die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 und die gescheiterte Verhinderung des Faschismus im Wesentlichen auf die Spaltung der Arbeiterbewegung zurückzuführen war.

Auch die KPD hatte den Einheitsgedanken programmatisch formuliert: zuerst durch den Berliner Aufruf vom 11. Juni 1945, mit dem sie an die Volksfrontvorstellungen der 30er Jahre anknüpfte, durch Aufgabe ihrer revolutionären Tradition vor 1933 eine Brücke für ein breites demokratisch-antifaschistisches Erneuerungsbündnis zu bauen versuchte und unter Ausschliessung des sowjetischen Entwicklungsweges eine parlamentarisch-demokratische Republik in der historischen Entwicklungslinie von 1848/49 anstrebte; dann aber in Südbaden selbst, wo sie sich trotz Forcierung einer getrennten Wiedergründung als treibende Kraft eines Zusammen-

schluss mit der SPD erwies. Daran fühlte sich auch die badische Sozialdemokratie bis Mitte 1946 gebunden – trotz seit Anfang 1946 wachsenden Drucks der vorherrschenden einheitsfeindlichen Schumacher-Linie. Als die Badische Sozialistische Partei auf dem Parteitag im November 1946 schliesslich ihren Sonderweg beendete und sich wieder in «Sozialdemokratische Partei» umbenannte, war die politische Einigung aus Gründen gescheitert, die in der Hauptsache über Südbaden hinausgriffen und letztlich zum guten Teil gar weltpolitischer Natur waren.

Aufgrund der südbadischen Sozial- und Konfessionsstruktur, der bodenständigeren und weniger radikalen Arbeiterschaft und der überhaupt moderateren sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen konnten die beiden Linksparteien bei den ersten Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 nur rund ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinigen, bei den nachfolgenden Landtags- und Bundestagswahlen nur je ein schwaches Drittel. Insbesondere die Chancen der Kommunisten, deren Einfluss als vom Nationalsozialismus besonders verfolgte Gruppe direkt nach 1945 zeitweilig unverhältnismässig gross war, wurden langfristig durch die Entwicklung in der sowjetischen Zone beziehungsweise in der DDR und den dadurch genährten Antikommunismus beeinträchtigt. In diesem Zusammenhang spielte sicherlich auch die anfangs unverhohlene antikapitalistische Einstellung mancher bürgerlichen Partei eine Rolle, die der Linken Wind aus den Segeln nahm.

Aber auch für die Sozialdemokraten mussten die Wahl-»Erfolge« enttäuschend bleiben, die die Partei nicht über die Stammwähleranteile der Weimarer Republik hinauskommen liessen. Ganz offensichtlich hatte die Sozialdemokratie in Baden Probleme, ihren Wählern zu vermitteln, dass sie mehr sein wollte als Arbeiterpartei, obschon ihr Weg von der Arbeiter- zur Volkspartei wies. Diese Entwicklung deutete sich bereits im Sommer 1947 an, als die Sozialdemokratische Partei sich an einer Koalition mit der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV) beteiligte; diese Verbindung brach allerdings bereits nach einem dreiviertel Jahr in der Frage der Agrarreform wieder auseinander. Wie sehr sich die Sozialdemokratische Partei in ihren programmatischen Aussagen auf ein konfessionell und mental so eindeutig geprägtes Wählervolk einzustellen und defensiv zu reagieren hatte, belegen immer wieder ganz grundsätzliche Rückbezüge auf den Stellenwert christlicher Politik. «Da wird immer wieder die Frage gestellt, ob Christentum und Sozialismus sich vereinen lassen», heisst es beispielsweise in einer Parteiverlautbarung vom Frühjahr 1947, «warum aber stellen die Redner der BCSV nie die Frage, ob Kapitalismus und Christentum zusammenpassen? Ist etwa kapitalistische Ausbeutung der Schaffenden, ist eine privatkapitalistische planlose Wirtschaftsordnung christlicher als eine sozialistische Wirtschaft der Bedarfsdeckung, die in erster Linie den Armen, den Mühseligen und Beladenen, dem arbeitenden Volk das Leben sichern will? Echte, wirkliche Nächstenliebe kann nur durch den Sozialismus verwirklicht werden». (Badisches Tagblatt, 14. Mai 1947)

Nicht nur das Traditionsgeflecht und die Solidarstrukturen der Arbeiterbewegung hatten sich gegenüber dem Nazismus als «uneinnehmbares Bollwerk» erwiesen, sondern auch das christlich-katholische Element. Nicht zuletzt aus dieser Erfahrung des Widerstands heraus ist die bemerkenswerteste parteigeschichtliche Neuschöpfung nach 1945 zu verstehen, die mit der Idee einer überkonfessionellen Union die alte Trennung der Bekenntnisse wie die Spaltung der politischen Konfessionsparteien der Weimarer Republik (Zentrum und Evangelischer Volksdienst) über-

wand: die CDU. Zunächst freilich gab es zwei rivalisierende Konzeptionen: die Wiedergründung des alten Zentrums als konfessionelle weltanschauliche Kampfpartei, betrieben durch den Prälaten Föhr, vor 1933 Führer des badischen Zentrums; auf der anderen Seite eine bürgerliche Sammlungs- und Volkspartei, deren Geschlossenheit es erlauben sollte, der Herausforderung von Kommunismus und Sozialismus wirkungsvoll entgegenzutreten. Letztere Konzeption vertrat der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber bereits seit Mai 1945, und seine Haltung entsprach den Positionen der Christlichen Arbeitsgemeinschaft um Professor Franz Büchner und Constantin von Dietze, für die der Geist des Widerstandes gegen den Nazismus ebenso verbindlich war wie die christliche Soziallehre. Im Herbst 1945 gab Gröber mit der Autorität seines Amtes den Ausschlag und setzte die Idee einer überkonfessionellen Partei durch, die am 31. Januar 1946 ihre Zulassung als Badische Christlich-Soziale Volkspartei beantragte und diese am 8. Februar 1946 zusammen mit der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei erhielt. Die Umbenennung in CDU erfolgte auf der zweiten Landesdelegiertenkonferenz im Frühjahr 1947. Kennzeichen der BCSV war im Vergleich zu den Linksparteien ein offenkundiger Pragmatismus; zur tragenden Idee der neuen Partei war neben dem christlichen Element das Bekenntnis zum Föderalismus geworden, der sich bereits in der Namensgebung ausdrückte. Insofern der Föderalismus als entlastende Ersatzideologie taugte, hatte er freilich auch eine problematische Seite; bereits im Wiederaufbauprogramm der BCSV hatte es geheissen, das badische Volk habe als «Erbe einer lebendigen, christlichen und freiheitlichen Überlieferung [...] niemals aufgehört, dem Nationalsozialismus und dem preussischen Militarismus einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen» (Arbeitskreis, S. 78). Mit einem solchen, der geschichtlichen Wahrheit einfach widersprechenden Rückzug auf «Heimat» mogelte man sich um eine politische Analyse des Geschehenen herum und schuf ein Angebot, das Auseinandersetzung sagte und Entlastung bewirkte, weil so die Verantwortung für das Geschehene flugs einem landesfremden Zentralismus aufgebürdet wurde. Auch in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen verschwand Ende der 40er Jahre einiges an unmittelbaren Nachkriegseinsichten im letztlich allein massgeblichen Bekenntnis zum liberalen Wirtschaftskapitalismus, in dessen Zeichen nun so manche restaurative Tendenz segelte, die zuvor noch vollkommen obsolet gewesen wäre. Wo indes das Programm der BCSV nicht schon auf Sozial- und Konfessionsstruktur, auf Mentalität und regionale Traditionen der badischen Bevölkerung zugeschnitten schien, wirkten solche mit dem Föderalismuskonzept verbundenen Entlastungs- und Identifikationsangebote auf ihre Weise, ganz zu schweigen von der Starthilfe, die diese Partei durch die Furcht vor einer vereinigten starken Linkspartei erhielt: vom Start weg erwies sich die BCSV/CDU als weit überlegene politische Kraft, die unangefochten jede Wahl auf örtlicher, Kreis- oder Landesebene gewann – freilich nicht zuletzt mit Hilfe der Schubkraft einer ausgebauten katholischen Infrastruktur und eines weithin dominierenden Einflusses von Kanzel und klerikaler Autorität nicht nur auf dem «flachen Lande». Ebenfalls in Freiburg konstituierte sich die Liberale Partei, deren Zulassung als letzte am 16. März 1946 erfolgte. Ein Programmwurf vom Januar 1946 sprach sich für die Reduzierung staatlicher Eingriffe auf ein Minimum aus, was dem – damals zurückhaltend formulierten – Bekenntnis zu einem liberalen Wirtschaftskapitalismus gleichkam. Gegenüber den liberalen Hoch-

burgen Württembergs war der Erfolg der Demokratischen Partei in Baden verhaltener, wenn gleich immer noch beachtlich. Die Stimmanteile lagen bei den Wahlen stets deutlich über 10% und reichten mitunter nahe an die der Sozialdemokraten heran.

Wiederzulassung und Entstehung der Parteien beendeten die rein administrative Phase deutscher «Politik» unter den Bedingungen des Besatzungsregimes; parallel dazu begann nun ein Prozess allmählicher, wenn auch sehr zurückhaltender Reorganisation deutscher Selbstverwaltung und Staatlichkeit. Die Einsetzung von Vertretern öffentlicher Körperschaften geschah nun nicht mehr durch Verfügung der französischen Militärregierung, sondern durch demokratische Wahlen. Sie fanden zuerst auf unterster, also lokaler Ebene statt – am 15. September 1946 (zum Vergleich: in der amerikanischen Zone bereits ein halbes Jahr früher). Auch mit den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 hinkte die französische Politik um ein halbes Jahr hinter der amerikanischen her, bezeichnend war vor allem die starke französische Zurückhaltung in der Einräumung von deutschen Kompetenzen. «Wir waren sehr skeptisch, ob man da überhaupt hingehen sollte», erinnert sich Walter Faller, ein Lörracher Kreistagsparlamentarier der ersten Stunde, denn «die Landräte wurden uns einfach vorgesetzt, wir hatten oft gar nichts zu sagen» (Badische Zeitung, Ausgabe Lörrach, 22. Oktober 1986).

Auch auf Landesebene kannte Baden als oberste deutsche «Vertretung» lediglich eine «Badische Landesverwaltung», das heisst eine Reihe von Ministerien, die dem französischen Oberdelegierten für Baden, General Schwartz, im Zuge der endgültigen Festlegung der Zonengrenzen im Juli 1945 von Karlsruhe nach Freiburg gefolgt waren (es waren dies das Ministerium für Inneres, Finanzen sowie für Unterricht und Kultus; bis Ende 1945 kamen Abteilungen für Justiz und Wirtschaft, Anfang 1946 für Arbeit sowie Landwirtschaft und Ernährung hinzu). Mit der Eröffnung der Landesversammlung im November 1946 trat an die Stelle der «Badischen Landesverwaltung» ein Kabinett von sechs Staatssekretären und vier Staatskommissaren, das von General Pène in Abstimmung mit den vier zugelassenen politischen Parteien ernannt wurde. Eine demokratisch legitimierte Regierung aber stellte erst die erneut von Leo Wohleb geführte, aber nicht sehr lange bestehende Koalition aus BCSV und Sozialdemokraten dar, die aus den am 18. Mai 1947 erstmals durchgeführten badischen Landtagswahlen hervorgegangen war.

Doch zur Regelung der Kompetenzen gab es kein klärendes Statut, weil es für die Ziele der französischen Deutschlandpolitik günstiger war, die Ministerien «in einem rechtlich nicht definierbaren Zustand einer unselbständigen, genauestens kontrollierten, zur Verschwiegenheit über ihre Arbeitsanweisungen verpflichteten Auftragsverwaltung» zu belassen (Badische Geschichte, S. 213). Politisch waren die deutschen Ämter also weitgehend bedeutungslos, für ganze Geschäftsbereiche (wie die Wirtschaft) – die als *domaines réservés* galten – war die deutsche Gesetzgebung nach der Ordonnance Nr. 95/Arrête Nr. 218 «absolut unzuständig» (Scharf/Schröder, S. 86), in anderen Bereichen waren legislative Massnahmen vom vorherigen französischen Einverständnis abhängig. Zwar waren die provisorischen Regierungen der Länder am 4. Dezember 1946 durch General Koenig ermächtigt worden, bis zum Inkrafttreten ihrer Verfassungen im Rahmen der Verordnungen Vorschriften mit Gesetzeskraft zu erlassen – aber fak-

tisch waren die Franzosen bis zum Ende der Besatzungszeit mit weitreichenden Interventionsmöglichkeiten ausgestattet. Auch als im Frühjahr 1947 endlich die Tür zur Parlamentarisierung aufgestossen wurde, konnten deutsche Kompetenzen durch ein ausgeklügeltes System umgangen werden – in der deutschen Öffentlichkeit jedoch sollte ein Bild zügiger Demokratisierung vermittelt werden. In Wirklichkeit jedoch waren alle Gesetze vor ihrer Bekanntmachung der Militärregierung vorzulegen, die zu behandelnden Themen bedurften der französischen Billigung, bevor sie im Parlament zur Sprache kamen, und erst 1948 erhielt dieses das Recht, auch den Etat zu beraten.

So war auf deutscher Seite mehr und mehr der Eindruck der Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf Demokratisierung und tatsächlichem Verhalten der Franzosen entstanden, der Diskrepanz aber auch zwischen der Förderung deutscher Eigenverantwortlichkeit in der Bi-Zone und der auffallenden Zurückhaltung der Franzosen in diesem Punkt. In dieser Entwicklung lag politischer Zündstoff, der sich selbst unter den Bedingungen einer politisch nur bedingt organisierbaren deutschen Öffentlichkeit entzünden musste. Seine vernehmbarste und spektakulärste Entladung erfuhr er schliesslich im Rücktritt der beiden Landesregierungen von Hohenzollern und Baden am 6. beziehungsweise 26. August 1948. Klaus-Dietmar Henke hat diese beiden Demissionen schlüssig als Quittung für eine «Politik des Als-ob» (in Scharf/Schröder, S. 89) interpretiert, die zwar Parlamentarisierung propagierte, den Länderparlamenten jedoch ihre Rechte weitgehend vorenthielt und sie so als «Verantwortungskulisse» (Peter Altmeier, zitiert bei Henke in Scharf/Schröder) ohne wirkliche Verantwortungsübertragung missbrauchte. Auch die Tätigkeit der Beratenden Landesversammlung unterlag solcher Kontrolle und Intervention der Militärregierung. Ihre Aufgabe war vor allem die Ausarbeitung einer Verfassung in Zusammenarbeit mit der Regierung; zusammengetreten war sie erstmals am 22. November 1946. 40 ihrer Mitglieder waren durch die ersten Kreistagswahlen im Oktober 1946 mitbestimmt worden, die restlichen 21 setzten sich aus Mitgliedern der Gemeindeparlamente aus Orten mit mehr als 7'000 Einwohnern zusammen. Anlässlich der ersten badischen Landtagswahlen im Mai 1947 wurde die badische Verfassung von den Wählern mit nahezu 68% der Stimmen angenommen; parlamentarisch hatte sie die Stimmen der beiden Linksparteien gegen sich. Ihre tragenden Gedanken bestanden in der föderativen Idee und der an zentraler Stelle beschworenen badischen Tradition, in einer verhalten festgeschriebenen christlichen und einer betont sozialen Orientierung. In ihrem föderalistisch-altbadischen Aspekt jedoch war die Verfassung vom 29. Mai 1947 bald überholt: nach nur sechs Jahren Bestand, mit der Schaffung des Südweststaates, verlor ein beachtliches Zeugnis badischen politischen Selbstverständnisses seine Geltung.

General Koenig, Oberkommandierender der französischen Truppen in Deutschland (links), und der → badische Ministerpräsident Leo Wohleb auf dem Höllhof bei Gengenbach 1948.

Nicht Haß: Verständigung!

Pas de haine! mais de la compréhension réciproque

Nicht Zwang: Freiheit!

Pas de contrainte! mais la liberté



Für die Diskussion einer «Politik nach Hitler» spielte das Exil, voran die Schweiz, eine herausragende Rolle. Zwar hatte es in Südbaden selbst eine Anzahl loser Gruppen und Gesprächskreise gegeben, die weltanschaulichen Zusammenhalt übten und sich auch politisch austauschten und berieten, aber eine planmässige, auf die Schaffung einer Demokratie nach dem Sturz Hitlers zielende Arbeit war unter den Bedingungen nationalsozialistischen Terrors kaum zu verwirklichen gewesen.

Den hervorragendsten Beitrag für ein nachfaschistisches Deutschland leistete die 1943 ins Leben gerufene Bewegung «Freies Deutschland», ein schweizerischer Ableger der nur wenig früher in der Sowjetunion von deutschen Kriegsgefangenen und politischen Emigranten gegründeten Organisation gleichen Namens. Diese überparteiliche, aber unter massgeblicher kommunistischer Führung stehende Organisation strebte «die Einheit aller antifaschistischen Deutschen in der Schweiz auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zur Vernichtung des Nationalsozialismus und Militarismus» an und vertrat die «Errichtung einer freien, unabhängigen demokratischen Republik, Anerkennung der Gesamtverantwortung und Mitschuld des deutschen Volkes an Hitlers Raubkrieg, freiwillige Wiedergutmachung, Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten im Sinne der Beschlüsse von Teheran und Jalta, Wiederaufbau Deutschlands durch radikale Demokratisierung aller Verwaltungen von unten nach oben» (Langhoff, Klappentext).

Noch vor dem 8. Mai 1945 überschritten Remigranten «illegal» die Grenze nach Deutschland, um – vor allem im Raum Singen – im Sinne dieser Ziele tätig zu werden. Zur Aktivität der Bewegung «Freies Deutschland» gehörte auch die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Gesandtschaft in Bern; ihr wurden unter anderem auch Berichte über die Stimmung in der deutschen Bevölkerung zugestellt. Der erste dieser Berichte vom Oktober 1943, der sich auf die Bodenseegegend bezieht, behandelt auch die Erwartungen für die Zeit nach dem Sturz Hitlers. Ein Auszug aus dem etwa zehneitigen Bericht:

Was sagt man zu der Frage: Was kommt nach Hitler?

Die Auffassung, dass nach dem Krieg der Sozialismus kommt, ist in allen Schichten weit verbreitet. Die Arbeiter in dem betreffenden Gebiet begrüßen das, einschliesslich der christlichen und der sozialdemokratischen Arbeiter. Ein ehemaliger Bezirksrat der Zentrumspartei – ein Arbeiter – sagte in verschiedenen Unterhaltungen, dass der Sozialismus die gegebene Wirtschaftsform für Nachkriegsdeutschland sei (selbstverständlich muss ich darauf hinweisen, dass man sich unter Sozialismus verschiedenes vorstellt). Die Intellektuellen, mit denen ich Verkehr hatte, stehen ein für den Sozialismus aus menschlichen, wirtschaftlichen und aus Gründen der Gerechtigkeit. Mir ist das Beispiel eines Arztes bekannt, der in seinem Kreise eine rege Propaganda gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus betreibt. Er stützt sich dabei grundsätzlich auf Beispiele aus der Praxis der Sowjet-Union.

Es ist festzustellen, dass tatsächlich eine tiefe sozialistische Sehnsucht in den Massen vorhanden ist.

Anders ist die Lage bei den Bauern und bei den Mittelständlern. Diese glauben, dass sie durch den Sozialismus alles verlieren würden. Sie nehmen aber ebenfalls ohne Weiteres an, dass der Sozialismus unvermeidlich ist.

Über ein demokratisches Deutschland diskutiert man wenig. Die Meinung ist vorherrschend, dass nur die Kommunisten allein ans Ruder kommen. Der Freiheitssender des Befreiungskomitees in Moskau wurde damals schon hier und da gehört. In kleinen Kreisen diskutierte man auch über das Programm des Freien Deutschland. Eine Massendiskussion über das neue demokratische Deutschland ist jedoch noch nicht festzustellen.

Ich muss sagen, dass in diesen Fragen, «Was kommt nach Hitler?», noch die grösste Verwirrung herrscht. Allgemein wird die Forderung auf Bestrafung der Kriegsverbrecher und ihre Verbannung erhoben.

Aus: «Allmende. Eine alemannische Zeitschrift», 3. Jg. (1983), Heft 7, S. 38.

«Mit dem Gesicht nach Deutschland» lebte auch ein Kreis von Politikern mehr bürgerlichsozialdemokratischer Prägung um den Freiburger Reichskanzler Dr. Joseph Wirth, den ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und den bayerischen Sozialdemokraten Dr. Wilhelm Hoegner, der sich von Zürich aus an der Exildiskussion über die Schuld an der deutschen Katastrophe und die demokratische Zukunft Deutschlands beteiligte. Auch wenn die Debatten und Streitigkeiten um Deutschland nach 1945 keinen Einfluss auf die politische Praxis hatten, gehören sie doch in den grossen Zusammenhang der Wiederaufrichtung deutscher Demokratie und sind als Zeugnisse der Zeit aufschlussreich. Im folgenden Abschnitt erinnert sich Wolfram Dufner, nachmals Botschafter der Bundesrepublik in Sambia und Singapur, an die Arbeitsgemeinschaft «Das Demokratische Deutschland», mit der er als junger, in die Schweiz entkommener Student und Aushilfsarbeiter in Berührung kam.

Mit deutschen Exilpolitikern kam ich laufend in der Arbeitsgemeinschaft «*Das Demokratische Deutschland*» zusammen. In deren Sekretariat im zweiten Stock eines Mietshauses in der Dreikönigstrasse fand ich eine bescheiden dotierte, aber lehrreiche Nachmittagsbeschäftigung, wobei ich viele Persönlichkeiten der Emigration kennenlernte. Ich sass im Vorzimmer ihres Leiters und ihrer Symbolfigur, des behäbigen, humorigen Altreichskanzlers Dr. Joseph Wirth, und tippte die meiste Zeit Adressen für den kommerziell aufgezogenen Liebesgaben-Paketdienst in die hungernde Heimat. Zu der Gruppe namhafter Exilpolitiker zählten auch der frühere preussische Ministerpräsident Otto Braun und der spätere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner. Ich beteiligte mich an ihren Zusammenkünften und erwartete bedeutende Impulse für eine neue deutsche Republik. Aber ich begegnete mit wenigen Ausnahmen einem ehrenwerten Parterre korporanter älterer Herren, die viel von ihrer eigenen Existenz in der ruhigen Schweiz

sprachen und wenig von einer entschlossenen persönlichen Mitwirkung in ihrer unglücklichen Heimat, sobald es die Umstände erlauben würden. Als Emigranten konnten sie die blutigste Umwälzung der jüngeren deutschen Geschichte ohnehin nicht aus dem eigenen Erleben kennen. Es war ihnen nicht zu verdenken, dennoch hatte ich mir vorgestellt, Politiker müssten dort sein, wo sie gebraucht würden. Die Persönlichkeiten des «DDD» kamen aus Weimar und dachten weiterhin in den Kategorien von Weimar, als ob die Diktatur und der Zweite Weltkrieg nicht einen anderen deutschen Menschen geprägt hätten.

Dabei genoss die Vereinigung in der Schweiz einen guten Ruf und hatte in ihrem Mitteilungsblatt ein Sprachrohr, das der deutschen Not gewiss nicht gleichgültig gegenüberstand. In die Zukunft hinein wirkte die in vielen mühsamen Sitzungen, oft im Zürcher Bahnhofsbuffet, erarbeitete und vor allem von dem als Parteigründer, Föderalist, Finanz- und Innenminister und schliesslich als Regierungschef erfahrenen Dr. Wirth geprägte Vorlage für eine deutsche Verfassung. Sie nahm sich die Weimarer, schweizerische und amerikanische Verfassung zum Vorbild, ging jedoch für eine zukünftige deutsche Staats- und Wirtschaftsordnung von einem ständischen und auf gesellschaftlichen Traditionen fussenden Modell aus, das nicht klar skizziert war und das meines Wissens hernach im Parlamentarischen Rat in Frankfurt auch nicht weiter erörtert wurde.

Hiervon abgesehen finden sich gewisse Vorstellungen jenes Entwurfs im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wieder. Sie waren zusammengefasst in der Schrift: «Das Demokratische Deutschland – Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne». Ihre Präambel enthielt eine für die damalige Situation mutige und vorausblickende Forderung: «Das ganze deutsche Volk für alle seit 1933 begangenen Untaten verantwortlich machen zu wollen, ist reine Rachsucht. Wer das deutsche Volk tadelt, nicht die Kraft gehabt zu haben, das verhasste Joch der Tyrannei abzuschütteln, hat von der Macht und Brutalität von Gewaltssystemen keine Vorstellung.» Es wurde bereits vor einer Spaltung der Nation gewarnt: «Möchte man das deutsche Volk *leben* lassen, so käme es nicht mehr zur Ruhe, wollte man die deutsche Nation in Stücke hauen. Das deutsche Volk *ist* ein Ganzes geworden.»

Sodann stellte man Grundsätze auf für die «Errichtung der Deutschen Bundesrepublik (DBR)», die von einer Bundesregierung nach Schweizer Kollegialsystem regiert werden und deren Vorsitz jedes Jahr wechseln sollte. Für die künftige Sozialpolitik wurde bereits das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer formuliert.

Aus: Wolfram Dufner, *Frühe Wegweisungen. Chronik einer alemannischen Jugend 1926-1950*, Konstanz 1982, S. 140ff.

Im Herbst 1945 wurde mit der Bewegung «Das neue Deutschland – Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau in der französisch besetzten Zone» eine Dachorganisation aller Antifa-Komitees und Antifa-Aufbaugruppen ins Leben gerufen, die «alle Antifaschisten ohne Rücksicht auf deren weltanschauliche und politische Bindungen zu einer Aktionsgemeinschaft für den Aufbau eines neuen Deutschlands» zusammenfassen sollte. Die Ziele der Bewegung waren im Einzelnen: Mobilisierung aller antifaschistischen Kräfte zur Ausmerzung der Reste des Nazismus und der Reaktion in allen Lebensbereichen; Aktivierung für eine innere Bereitschaft zur Wiedergutmachung nazistischer Verbrechen; Initiativen für die Überwindung der Not; Schaffung einer überparteilichen und überkonfessionellen antifaschistischen Einheitsorganisation der Jugend. Geschäftsführender Vorsitzender war Erwin Eckert, dem zentralen Präsidium gehörten der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und Staatsrat Professor Carlo Schmid an. Obschon die geplante Zulassung politischer Parteien unmittelbar bevorstand und die Programmatik von «Das neue Deutschland» sich um positiv formulierte Aufgaben bemühte, besass die Dachorganisation wenig Chancen, weil die gemeinsame antifaschistische Grundlage angesichts divergierender politischer Programme mit der Zeit immer schmäler wurde. Noch Ende Februar 1946, zu einem Zeitpunkt, da der Initiator Erwin Eckert bereits von seiner Organisation wieder abgerückt war, bildete «Das neue Deutschland» im Bodenseegebiet noch immer die ideelle Basis der Zusammenarbeit unter den verschiedenen politischen Gruppierungen und Parteien, wie sie in einem Artikel des «Südkurier» beschworen wurde.

Nunmehr beginnen die inzwischen erlaubten Parteien («anti-nazi et démocratique», wie es in der Verordnung heisst) sich zu bilden. Sie stellen ihre unterschiedlichen Parteiprogramme auf und werben Mitglieder. Soll damit unser bewährter Antifa-Block gesprengt werden? Es wäre ein Verhängnis, wenn die so verheissungsvoll geschlossene Einheit nunmehr im Parteienkampf auseinanderfallen würde! Denn, trotz aller Parteiunterschiedlichkeit, bleibt für die antinazi-demokratischen Parteien noch genug Gemeinsames zu tun. Wahrlich genug, angesichts der Aufgabe der materiellen und ideologischen Ausrottung des Nazismus. Die Säuberung der Behörden und Ämter ist längst nicht abgeschlossen, die Reinigung der freien Wirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel – ausschliesslich durch deutsche Ausschüsse durchzuführen! – steht erst bevor. In Politik, Wirtschaft und Kultur ist noch höchste Wachsamkeit vonnöten. Die Demokratisierung selbst ist eine ungeheure Aufgabe. Ernährung, die gesamte Bedarfsbefriedigung, die wirtschaftliche Rekonstruktion, die Wiedergutmachung, Fragen der Jugend, des Kriegsgefangenenaustauschs, der Ostflüchtlinge usw. usf. – das sind alles dringende gemeinsame Aufgaben, wobei es keinerlei Parteidifferenzen geben sollte. Unsere örtlichen Antifa-Blocks müssen daher unbedingt bestehen bleiben. Sie werden sich organisatorisch als überparteiliche Zusammenschlüsse in Form von antifaschistisch-demokratischen Blocks der Parteien umstellen.

Was sie mit ihren parteilosen Mitgliedern, dieser unentschiedenen Masse, machen werden, bleibt eine offene Frage. Jedenfalls sollte keine Partei vorzeitig aus unserer Antifa-Einheit ausbrechen und das böse Odium der Spaltung und Splitterung auf sich laden. Was die gemeinsame Not und die kameradschaftliche Arbeit zusammengefügt hat, darf jetzt nicht leichtfertig auseinandergebrochen werden. Nicht zuletzt haben wir auch die moralische Aufgabe, im zukünftigen Parteiengetriebe einmalige Methoden von Gehässigkeit und unsachlichen Ausschreitungen gegeneinander nicht wieder aufkommen zu lassen. Die neue Demokratie, zu welcher wir durch die Potsdamer Beschlüsse ermuntert worden sind, ist keine leichte Aufgabe. Dieses Problem der «Volks-Herrschaft» wird im Wettstreit der Parteien politisch, wirtschaftlich und sozial sehr gründlich zu klären sein. Sollte das nicht ernstlich und sachlich geschehen, nicht mit billigen Schlagworten? Nicht demagogisch oder verhetzend, sondern belehrend und überzeugend? Hierzu würde die Antifa-Einheit die vielleicht einzig mögliche Voraussetzung gewährleisten.

Deshalb wollen alle gut Gewillten in der kommenden schweren Notzeit beieinanderbleiben und zusammenstehen. Die Schrecken des Faschismus liegen zwar hinter uns, aber seine katastrophalen Folgen müssen wir auch in Zukunft alle miteinander tragen, die bereits festzustellenden Störungen einträchtig abwehren und die Erziehung zur Demokratie, zum Frieden und zur Freiheit bleiben gemeinsame Aufgaben einer möglichst breiten antifaschistischen Einheitsfront. Wir wissen noch nicht, welche und wieviel Parteien in der französischen Zone entstehen werden. Aber ob Christlich-Demokratische Union, ob Liberal-Demokraten, ob Sozialisten oder Kommunisten, sie alle werden erkennen, dass Zusammenarbeit und Einheit der machtvollste Antrieb für den Neuaufbau unserer Wirtschaft und unseres neuen Staates sind. Der einzige Garant für die Erfüllung der alliierten Beschlüsse von Potsdam, ja für den Bestand der deutschen Nation. Denn nie wieder darf das alte militaristische, imperialistische reaktionäre Nazi-Deutschland auferstehen, ein neues Deutschland der Arbeit, kraftvoller Demokratie und ehrlichen Friedens muss aufgebaut werden. Der freie antifaschistische Block aller demokratischen Kräfte wird sein stärkstes Fundament sein und bleiben.

Aus: «Südkurier», 26. Februar 1946.

In Deutschland selbst bildeten die antifaschistischen Komitees und Aufbaugruppen die ersten Formen politischer Aktivität, in denen sich – der Begriff selbst wurde in diesem Zusammenhang vermieden – so etwas wie ein politischer Wille manifestieren konnte. So auch in Südbaden. Eine überblickartige Darstellung, wo überall solche Gruppen existierten, fehlt bislang – sie würde aber wohl eine erstaunliche Menge solcher Gruppen zu verzeichnen haben. Im Landkreis Müllheim beispielsweise bestanden Ende 1945 allein sieben antifaschistische Aufbaugruppen mit recht in-

interessanten politischen Orientierungen (in Klammern jeweils Zahl der Mitglieder und Richtung): Müllheim-Badenweiler (9; KPD – SPD – Parteilose), Staufeu (9; Christlich-demokratische Partei – SPD – KPD), Beilingen (ca. 20, sämtliche politischen Parteien), Neuenburg (ca. 50; sämtliche politischen Parteien), Ballrechten-Dottingen (ca. 10; Zentrum), Laufen (7; Deutsche Volkspartei), Sulzburg (ca. 40; sämtliche politischen Parteien).

Die Müllheimer Antifa hatte ihre Genehmigung erst am 17. November 1945 erhalten und war gleichzeitig mit der Mitteilung der Genehmigung durch den Landrat Bachmann «zu diesen Anfängen einer politischen Parteibildung» beglückwünscht worden. Im selben Brief berichtete der Landrat auch von einer weiteren Veranstaltung zum Thema politische Parteien, die die allgemeine Ansicht ergeben habe, die vor 1933 bestehenden Parteien sollten nicht wiedergegründet werden; vielmehr sei «der Zusammenschluss aller aufbauwilligen demokratisch gesinnten Mitbürger unter Ausschluss aller destruktiven Elemente das Gebot der Stunde» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Müllheim, Zug. 1977/29, Nr. 65). Im Folgenden setzt sich ein Vorstandsmitglied der Müllheimer Antifa mit den Ausführungen des Landrats auseinander und gibt Einblick in deren Probleme und Selbstverständnis.

Müllheim, den 25. November 1945.

Herrn
Landrat Bachmann
Müllheim

Im Besitze Ihres mir freundlich zgedachten Schreibens vom 22.11., wofür ich bestens danke, erlaube ich mir persönlich, nicht etwa im Auftrage der Antifa, zu erwidern:

Mit Ihrer Auffassung, dass die alten ehemaligen Parteien nicht grundsätzlich mehr ins Leben zurückgerufen werden sollen, gehe ich völlig einig, ich wünsche mir vielmehr einem [!] Zusammenschluss all der Menschen, die in den vergangenen Jahren der Hitlerherrschaft einen klaren Kopf und eine anständige Gesinnung beibehalten haben. Verschiedenheiten der Weltanschauung und der wirtschaftlichen Existenz des Einzelnen können in seiner Zugehörigkeit zu einer Parteigruppe wohl ihren Ausdruck finden, auch kann innerhalb dieser Parteien jeder eine Verbesserung und Sicherung seiner wirtschaftlichen Lage erstreben, ohne dass es dabei zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten kommen muss. [...]

Wenn Deutschland heute gewiss kein Land mehr ist, in dem es «Kapitalisten» geben wird, so ist deshalb der Kampf gegen den unglückbringenden Einfluss des Kapitals noch lange nicht unnötig, denn eben das Kapital ist international und die Kapitalisten aller Länder waren die treibenden Kräfte des zweiten Weltkrieges. Hitler als der vom Kapital ob seiner grenzenlosen Brutalität als der richtige Mann erkannt und reich unterstützt, hätte nie von sich aus zur Macht kommen können. Alle Staatsregierungen der Welt tragen mit Schuld am Kriege, weil der Einfluss des Kriegsgewinns erstreben[den]

Kapitals zu gross war. Die Zusammenarbeit der «Proletarier aller Länder» ist in dieser Hinsicht «leider» noch sehr nötig. Gerade das deutsche Volk hat deshalb besonderen Grund, mit dem arbeitenden Volk aller Länder zusammenzuarbeiten, denn das arme Volk muss die meisten Opfer bringen.

Was die Antifa betrifft, möchte ich betonen, dass sie eine ausgesprochene Abwehrorganisation ist, und deren derzeitige Existenz[!] wäre gar nicht nötig, wenn die Nazis nicht mit geradezu unverschämter Zähigkeit sich überall festklammern und auch mit allen Mitteln sich gegenseitig decken und unterstützen würden. Es ist für Nazis bezeichnend, täglich bei den Erhebungen der französischen Gendarmerie festzustellen, dass keiner zu seinen vergangenen Taten steht, sondern sich in feigster Weise herauszulügen versucht. Wenn Sie wüssten, wie schwer es ist, nur einen standhaften Zeugen für irgendein von den Nazis begangenes Verbrechen zu finden, dann würden Sie, Herr Landrat, die Ziele der Antifa nicht als negativ bezeichnen. Als Beispiel nur der Hinweis, dass es bis jetzt nicht gelungen ist, einen einzigen Nazi in Müllheim festzustellen, der zugibt, bei der Judenaktion und dem Polenhängen in Niederweiler dabei gewesen zu sein. Die französische Gendarmerie wäre völlig hilflos, wenn nicht die Leute antifaschistischer Einstellung ihnen zur Hand gingen.

Dass die Franzosen im Hinblick auf diese Tatsache leicht zu der irrigen Ansicht kommen können, dass das ganze deutsche Volk Nazis oder sehr naziähnliche Leute sind und sie dementsprechend behandeln, kann man ihnen nicht übelnehmen. Die Rücksicht auf den anständigen Teil der deutschen Bevölkerung und die auf eine Gerechtigkeit gebietet es, dass eine gründliche Säuberung durchgeführt wird. Ganz zu schweigen von den Folgen einer evtl. Wiedererhebung des Nazismus, an die ich persönlich nicht glaube, die aber tatsächlich in manchen Naziköpfen noch lebend[ig] ist. Wie sieht es aber nun mit der Säuberung aus? Leute an führender Stellung scheuen sich nicht zu sagen, dass es von einem Beamten eine Gemeinheit sei, wenn er der französischen Gendarmerie Auskunft gibt über Nazis schlimmster Sorte, die sich zudem noch etwas zuschulden kommen liessen. Oder es äussert sich ein Herr dahin, dass Leute, die im Ermittlungsdienst der franz. Gendarmerie mithelfen, wohl sehr gut bezahlt, im Übrigen aber sehr verachtet seien. Ich kann Ihnen aus persönlicher Erfahrung sagen, dass ich weder bezahlt noch verachtet, seitens der Franzosen, bin. Das Gerechtigkeitsgefühl gegenüber den Franzosen verlangt es zu erwähnen, dass die Erhebungen gewissenhaft und sehr sachlich geführt werden. Jeder muss durch Unterschrift zu seinen Aussagen stehen. [...]

Wenn es eben keine Partei der Entrechteten geben soll, worin ich mit Ihnen völlig einig gehe, dann muss jetzt Gerechtigkeit geübt werden. Ich habe besonderen Grund, Herr Landrat gerade Sie dazu um Ihre Mithilfe zu bitten. Die sogenannten «Kleinen», Mitläufer, Idealisten usw. kennt man schon, denn die waren mensch-

**Für Demokratie, Völkerverständigung,
Frieden und Menschlichkeit**

Kämpft die Antifa - „DAS NEUE DEUTSCHLAND“
Darum Männer und Frauen von Villingen u. Umgebung, erscheint in Massen bei der

Großkundgebung

am Sonntag, 30. Dez., vorm. 10 Uhr im Theater am Ring

Es sprechen **Redner der früheren und kommenden demokr. Parteien**
Es wirkt mit

Streichorchester Erdmann / Männer- und gemischter Chor
„Freundschaft und Liederkranz“

Die gesamte Bevölkerung ist herzlich eingeladen!

Für das Komitee: J. Fuchs, Zehnder, Kuppel, Schleicher, Maus, Heuft

Mit massenwirksamen Veranstaltungen versuchte die Antifa, dem noch nicht organisierten politischen Leben erste Impulse zu geben. Hier die Ankündigung einer Grossveranstaltung Ende 1945 in Villingen.

lich betrachtet immer anständige Kerle, wenn sie auch Nazis waren. Vor denen habe ich auch heute noch genau so Respekt wie vor denen, die sich heute noch als Nazis zu ihrer alten Überzeugung bekennen. Leider ist mir bis heute nur ein Einziger dieser Sorte begegnet. Alle andern waren eigentlich gar keine Nazis, sie waren nur gezwungen mitzumachen etc.

Mein Wunsch wäre es bestimmt, wenn die Antifa ihre Aufgabe bald möglichst als beendet betrachten könnte, weil ein neues, ein anderes, sauberes Deutschland herangewachsen ist. Die Erreichung dieses ersten Ziels soll keineswegs hindern das grosse Ziel des Wiederaufbaus des Vaterlands und der demokratischen Rechte des Volkes fest im Auge zu behalten.

Friedrich K[...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Müllheim, Zug. 1977/29, Nr. 65.

Nächst den Antifas waren es die Gewerkschaften, die auf Wiederzulassung drängten. Ihrem Aufbauplan waren jedoch bis in den Herbst hinein enge Schranken gesetzt. Untätig war man jedoch auch hier

nicht geblieben; der Wille zur Tat, der von der Notwendigkeit von Einheitsgewerkschaften ausging, wurde teilweise in den Antifas umgesetzt, teils richtete sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen, besonders im Ernährungsbereich. Als dann mit dem 10. September 1945 ein neues Gewerkschaftsrecht die Wiedergründung von Gewerkschaften erlaubte, war durch die Sieger nur an eine «Wahrnehmung der Berufsinteressen» gedacht; die Gewerkschaften sahen sich «jeglicher Kontrolle unterworfen, die von der Militärregierung für notwendig erachtet» wurde (Artikel 15 der Verordnung).

Dabei war die Stellung des gewerkschaftlichen Gedankens nach dem Kriege auch in Südbaden stark, weil das Bewusstsein einer ausschlaggebenden Mitschuld der Industrie am Aufstieg Hitlers relativ ausgeprägt und verbreitet war. Auf dieses Argument konnte sich denn auch die Forderung der Gewerkschaften nach wirtschaftlicher Demokratie und weitgehender Mitbestimmung stützen. Die «sieben Gebote jedes Gewerkschafters» nehmen diese Forderungen auf und sehen in ihnen wesentliche Bedingungen für eine demokratische Erneuerung:

Erstes Gebot: Einheit aller Werktätigen!

Zweites Gebot: Soziale Demokratie!

Drittes Gebot: Ein fortschrittliches demokratisches Arbeitsrecht!

Viertes Gebot: Volles Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in den staatlichen Verwaltungen und der gesamten Wirtschaft!

Fünftes Gebot: Wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Frau!

Sechstes Gebot: Demokratische Jugendschutz- und Erziehungsgesetze!

Siebentes Gebot: Wir glauben an die demokratische Erneuerung des deutschen Volkes!

Aus: *Programm zum 1. Mai 1946 in Lörrach*, herausgegeben vom Gewerkschaftsausschuss der Fach-Gewerkschaften für das Wirtschaftsgebiet des Landkreises Lörrach, Lörrach 1946.

War die Zulassung der Antifa-Organisationen und der Gewerkschaften einer vor-politischen Phase zuzurechnen, so begann die parteipolitische Willensbildung mit der Zulassung demokratischer und antinazistischer Parteien, die mit der Verordnung Nr. 23 des Commandant en Chef Français en Allemagne vorn 13. Dezember genehmigt und durch die Verfügung Nr. 25 des Administrateur Général vom selben Tag geregelt wurde. Im Gegensatz zur Gründung der Gewerkschaften, die zu ihrer Schwächung nur auf lokaler Ebene zugelassen wurden, ging die Organisation der Parteien von oben nach unten vor sich: zuerst mussten die Parteien Landesverbände konstituieren, und eine Tätigkeit auf kommunaler Ebene konnte nur entfalten, wer der Landesleitung angeschlossen war, deren Programm auch auf lokaler und Kreisebene verbindlich war. Das Verfahren der Parteizulassung sollte vor allem ein Maximum an Kontrolle und Interventionsmöglichkeiten durch die Besatzungsmacht ausschöpfen. Formell lief die Gründung eines Ortsvereins einer Partei so ab:

1. Der Landesvorstand der betreffenden Partei stellt bei dem Landratsamt, das für die zu grün-

dende Ortsgruppe zuständig ist, den Antrag auf Zulassung; beizufügen sind die Fragebogen für die Vorsitzenden des künftigen Ortsvereins.

2. Das Landratsamt reicht den Antrag an den Kreisdelegierten der Militärregierung ein und gibt eine Zweitschrift ans Badische Ministerium des Inneren.
3. Der Ortsverein erhält durch das Landratsamt den Bescheid der Militärregierung ausgehändig.

Auch zugelassene Parteien hatten für jede Veranstaltung Genehmigungen zu beschaffen; untersagt waren jegliche Kritik an der Politik der Besatzungsmacht und die Teilnahme an überzonalen Treffen. Bis in den Mai 1948 hinein war überdies die Erwähnung des Begriffs «Deutschland» in der Parteibezeichnung verboten – weshalb sich für die sozialdemokratische, kommunistische und demokratische Partei jener Zeit immer nur die Kürzel SP, KP und DP finden. Die Sozialistische Partei (identisch mit der sozialdemokratischen Partei), die Kommunistische Partei sowie die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) erhielten ihre Genehmigung Anfang Februar 1946, die Demokratische Partei erst Mitte März.

Im Folgenden legen die zuerst zugelassenen Parteien den wesentlichen Inhalt ihrer Programme dar; ihnen folgt ein Auszug aus dem allgemeinen und wirtschaftspolitischen Teil des Programms der Demokratischen Partei.

Badische Christlich-soziale Volkspartei

Die Badische Christlich-soziale Volkspartei, als deren Gründer die vorläufigen Vorstandsmitglieder der frühere Reichstagsabgeordnete Carl Diez, Radolfzell, Kreisoberschulrat Dr. Fleig, Freiburg, der frühere Landtagsabgeordnete, Oberstudienleiter Dr. Person, Freiburg, Schlosser Wirth, Freiburg, und Oberstudienleiter Wohleb, Freiburg, gezeichnet haben, will ohne Unterschied des Standes und Bekenntnisses alle Bewohner Badens sammeln, die sich ihrem vorläufigen Programm für den Wiederaufbau anzuschliessen gewillt sind.

Die Partei wendet sich schärfstens gegen jede Art von Diktatur, insbesondere den Nationalsozialismus, und fordert in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Wirtschaft die Verwirklichung der Grundsätze des Christentums und einer gesunden Demokratie. Sie wird das Gesamtwohl über jede Parteipolitik stellen und die unveräusserlichen Rechte des Individuums, besonders der Eltern, wahren. Sie bekämpft jeden Militarismus und strebt nach enger, friedlicher Zusammenarbeit mit allen Nachbarn. Sie lehnt den Zentralismus ab und fordert für Baden ein staatliches und kulturelles Eigenleben, ohne sich den Notwendigkeiten der Einigung der deutschen Länder in allen die Länder gleichmässig angehenden Fragen zu verschliessen. Der geistige Neuaufbau des badischen Volkes im Sinn der Menschlichkeit ist nach der Überzeugung der Partei nur durch das Christentum verbürgt. Staat und Kirchen sollen also unter Wahrung ihrer Selbständigkeit auf allen Ge-

bieten Zusammenarbeiten, um der materiellen Not und dem geistigen und moralischen Zerfall zu steuern.

Die Partei beruft sich darauf, dass das badische Volk in seiner Mehrheit christlich fühlt und denkt und den Ungeist des Materialismus in jeder Form von sich weist. Daraus ergibt sich die Forderung eines sozialen Staates, der, auf dem genossenschaftlichen Gedanken aufbauend, keine Vorrechte kennt, sondern jedem das Seine gibt; denn die Wirtschaft steht im Dienst des Menschen und seiner höheren Lebensaufgaben. Jeder Übergriff des Kapitalismus muss deshalb wegen seiner Gefahren auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet verhindert werden. Eine auf der Grundlage des privaten Eigentums aufgebaute Wirtschaft soll gewährleistet sein, soweit das Gesamtwohl nicht darunter leidet und die Notzeit Ausnahmen fordert. Daraus ergibt sich besonderer Schutz für den Mittelstand, in Landwirtschaft und Handwerk, Gewerbe und Handel. Eine ausgedehnte Wohlfahrtspflege unter Führung von staatlichen, gemeindlichen und kirchlichen Stellen soll der augenblicklichen Not abhelfen.

Die Partei will einen Aufbau des Staates von der christlichen Familie aus über die in ihren Grundlagen christliche Schule zu einer nach Rechten und Pflichten selbständigen Gemeinde und über sie zu einem Staat, dessen Regierung von einer Mehrheit einer nach demokratischen Grundsätzen zusammengesetzten Volksvertretung bestimmt wird und nach den Beschlüssen des in dieser Volksvertretung zusammengefassten Volkswillens das badische Volk verantwortlich führt.

Sozialistische Partei, Land Baden

Der staatliche, provinzielle und gemeindliche Aufbau erfolgt nach demokratischen Gesichtspunkten. Alle leitenden Stellen in der gesamten öffentlichen Verwaltung müssen mit Personen besetzt sein, die den nazistischen und militaristischen Geist stets grundsätzlich ablehnten. Von diesem Geiste muss auch die Gesetzgebung erfüllt sein.

Zum Schutze der Arbeitskraft muss ein einheitliches Arbeitsrecht und ein grosszügiges, die sozialen Versicherungsgesetze zusammenfassendes Versicherungswerk geschaffen werden. Die Gewerkschaften sind Träger des Arbeitsvertrages und die berufenen Organe zur Mitarbeit an einer produktiven Um- und Neugestaltung der Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit des schaffenden Volkes.

Es darf kein Bildungsprivileg der Besitzenden mehr geben. Alle Erziehungs- und Bildungseinrichtungen müssen der Jugend und den Erwachsenen nach Bedürfnis und Fähigkeit zugänglich sein. Das Schul- und Bildungswesen ist nach einheitlichen Grundsätzen zu gestalten. Kirche und Staat haben verschiedene Aufgaben-

gebiete und sollen daher grundsätzlich getrennt sein. Die Freiheit religiöser Betätigung ist gesetzlich zu gewährleisten.

Die Steuergesetzgebung muss den Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berücksichtigen und von sozialem Geiste erfüllt sein.

Bodenschätze, Energie- und Kraftquellen, Banken und Produktionsstätten, die der kapitalistischen Interessenpolitik dienen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen. Der Grossgrundbesitz ist in rationeller Weise aufzuteilen. Eine grosszügige landwirtschaftliche Produktionspolitik muss die Grundlage unseres Aufbaues im Interesse der Landwirtschaft und Verbraucher bilden.

Die Sozialistische Partei vertritt die grossen Gedanken der Völkerversöhnung und eines Weltfriedens, der auf dem festen Fundament der Erkenntnis der Völker beruht, dass die Wirtschafts- und Kulturgüter der Erde nur dem Fortschritte der Menschheit und nicht ihrem Untergange dienen dürfen. Deshalb ist die Sozialistische Partei auch von der Notwendigkeit einer organischen Einheit aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung stehen, und einer vorbildlichen Zusammenarbeit der Sozialisten aller Länder in einer sozialistischen Internationale überzeugt.

Die Gründer der Partei: Ph. Martzloff, F. Geiler, Dr. F. Leibbrandt, F. Schieler, K. Ruf, E. Schmalz, W. Engler.

Kommunistische Partei

Das Hitlersystem ist geschlagen. Not und Elend hat es uns hinterlassen. Obwohl die deutsche Kommunistische Partei ihren Kampf gegen das Hitlerregime nie aufgab und ungeheure Opfer bringen musste, können wir leider nicht behaupten, dass wir Deutschen spürbar dazu beitragen, dieses verfluchte System zu stürzen. Es waren die alliierten Truppen Frankreichs, Englands, Amerikas und vor allem die Rote Armee der Sowjet-Union, die Hitler zu Fall brachten. Nun hat die französische Besatzungsbehörde der Kommunistischen Partei wieder die Legalität gegeben. Dadurch haben wir die Möglichkeit, unserer Bevölkerung die unmittelbaren Forderungen der Kommunistischen Partei klarzulegen, deren Durchführung dringend notwendig ist, um aus den chaotischen Zuständen herauszukommen. Schaffung einer wirklich demokratischen Republik, die die Fehler von 1918 nicht wiederholen darf, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Radikale Säuberungen in allen öffentlichen und privaten Stellen von aktiven und getarnten Nazis. Bildung einer Regierung, die aus den antinationalsozialistischen Parteien hervorgehen muss.

Einheitliche Lebensmittelverteilung in unserer Zone und darüber hinaus im gesamten deut-

schen Gebiet. Jedmögliche Unterstützung der Bauern durch Lieferung von Düngemitteln und anderen Produkten, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Enteignung des Grossgrundbesitzes von über 100 Hektar.

Beschaffung von Wohnraum, um das Wohnungselend zu meistern.

Instandsetzung der Betriebe und Sicherstellung von Rohstoffen zur Steigerung der Gebrauchsartikelerzeugung, Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften.

Aufbau eines freien, kulturellen Lebens.

Beschlagnahme der Vermögen aller grossen Naziaktivisten und Kriegsgewinnler.

Einführung eines Steuersystems mit progressiver Steigerung. Austausch der Kriegsgefangenen gegen Naziaktivisten.

Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit den Völkern der freien Nationen.

Die restlose Durchführung der obengenannten Punkte macht die Einheit der Arbeiterklasse zum dringendsten Gebot der Stunde. Schaffen wir die Einheit der Arbeiterklasse, dann sichern wir die Zukunft unseres Volkes.

Alfred Müller, Jakob Treffeisen, Urban Keller, Erich Hoske, Hans Judas, Walter Krebs.

Aus: «Badische Zeitung», 8. Februar 1946.

Demokratische Partei

Das Fundament des demokratischen Staates baut sich auf den Freiheitsrechten auf. Das Ziel ist, einen Staat der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gerechtigkeit und Ordnung zu schaffen. [...]

Die demokratische Partei fordert auf dem Gebiet der Innenpolitik unter schärfster Kampfansage gegen jede Diktatur und unter Ablehnung des Klassenstaates den Volksstaat. [...] Die Beamtenschaft muss vorbehaltlos auf dem Boden der Demokratie stehen. [...] Die Parteienzersplitterung ist zu bekämpfen. Politische Gegensätze müssen in sachlicher Weise ausgetragen werden. [...] Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit gehören zu den Fundamentalbegriffen der Demokratie. [...]

Die Wirtschaft dient der Wohlfahrt aller Menschen. Das Privateigentum ist zu schützen. Freiheit und Selbstverantwortlichkeit sind ebenso notwendig wie die Erhaltung der leistungsfähigen und selbständigen Existenzen in Handel, Handwerk und Gewerbe. [...] Sozialpolitisch ist das Recht auf Arbeit sicherzustellen. Ausreichende und gerechte Entlohnung unter Anerkennung und Mitwirkung der Gewerkschaften durch tarifliche Regelung sichern den sozialen Frieden.

Aus: Heinz G. Huber, *Probleme der Wiederaufbauphase nach 1945*, Karlsruhe o.J.

Ergebnisse der Gemeindewahlen in Südbaden vom 15. September 1946

Wahlberechtigte 674 321		Abgegebene Stimmen 564 390			davon gültig 537 062	
Kreis	KP	SP	BCSV	DP	Sonstige (F=Freie Listen V=Verschied. Listen)	
Konstanz Stadt	1 699 (2)	3 492 (4)	10 158 (14)	2 877 (4)	642	
Konstanz Land	2 458	4 157	13 466	2 345		
Donaueschingen	955 (15)	2 442 (14)	11 004 (176)	1 628 (15)	F 5 545	
Säckingen	1 247 (3)	3 356 (18)	12 046 (241)	1 097 (3)	F 1 823 (47)	
Stockach	610 (6)	775 (9)	8 631 (234)		Einheitslisten: 4 407 (101)	
Überlingen	635 (2)	1 419 (7)	11 519 (256)	1 342 (1)	F 3 652 (116)	
Villingen	1 683 (4)	3 429 (13)	12 035 (121)	2 201 (6)	F 4 300 (75)	
Waldshut	1 138 (4)	1 242 (10)	11 508 (314)	728 (6)	F 2 640 (78) V 3 137 (66)	
Freiburg Stadt	4 161 (3)	9 701 (8)	23 736 (19)	8 312 (6)		
Freiburg Land	164	1 730 (13)	15 789 (300)	200 (3)	F 4 125 (154)	
Emmendingen	1 743 (9)	6 208 (53)	21 301 (233)	669 (1)	F 4 154 (42) V 1 412 (25)	
Kehl	1 468 (11)	2 839 (24)	4 751 (51)	1 767 (17)	F 6 812 (105) V 423 (12)	
Lahr	1 741 (3)	2 834 (15)	12 238 (92)	4 468 (22)		
Lörrach	4 845 (16)	9 548 (55)	15 978 (175)	6 353 (56)	F 4 135 V 1 421	
Müllheim	590 (?)	2 322 (23)	7 634 (134)	1 605 (15)	F 2 291 (88) V 2 275 (39)	
Neustadt	509 (4)	1 566 (12)	10 337 (222)	1 080 (13)	F 2 147 (43) V 836 (5)	
Offenburg	1 711 (3)	3 238 (12)	20 913 (195)	2 293 (5)	F 3 744 (59) V 1 764 (21)	
Wolfach	873 (2)	3 277 (24)	12 006 (145)	605 (4)	F 1 309 (23)	
Baden-Baden	1 095 (1)	2 974 (4)	7 898 (13)	4 062 (6)		
Bühl	429	1 730 (6)	22 579 (202)		F 1 464 (29) V 790 (18)	
Rastatt	2 741 (9)	7 423 (45)	20 723 (168)	2 807 (9)	F 5 448 (43)	
Baden total	32 044 (85)	75 030 (383)	287 666 (3498)	45 005 (191)	F 80 000 (1676) V 17 317 (116)	

() = Anzahl der Gemeinderatssitze.

Aus: „Der Neue Tag“, 17. September 1946, S. 3.

Im Bewusstsein gemeinsamer Verfolgung und in der Einschätzung, dass die Uneinigkeit der politischen Linken für Hitlers Machtergreifung mitverantwortlich war, hatte der Gedanke der Wiedervereinigung von sozialdemokratischer und kommunistischer Partei einen hohen Stellenwert in der politischen Diskussion (Vergleichbares galt auch für die Überwindung des konfessionellen Prinzips bei den christlichen Parteien). In manchen Städten, so in Singen und Freiburg, aber auch in den beiden Parteien des Landes, war dieser Gedanke einer Vereinigten Arbeiterpartei besonders lebendig, und er blieb es erstaunlich lange. Nachdem in Singen der lokale Plan einer solchen Vereinigten Arbeiterpartei

zugunsten eines Aufbaus der beiden Arbeiterparteien zurückgestellt war, forderte der «Aktionsausschuss der SPD und KPD Singen» im November 1945 seine «sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen auf, jeder innerhalb seiner Partei für den Gedanken der Einheit zu wirken und im ganzen Seegebiet durch Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse zwischen KPD und SPD den Boden für den endgültigen Zusammenschluss beider Parteien in ganz Deutschland vorzubereiten» (Stadtarchiv Radolfzell, Akten IX/363-2/ 1945-47). Auf der Ebene des Landeskommissariatsbezirks Konstanz rief der Aktionsausschuss der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei jedoch nicht zur Schaffung einer Einheitspartei, sondern lediglich einer Einheitsfront auf.

Entschliessung des Aktionsausschusses der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei im Landeskommissariatsbezirk Konstanz zur Schaffung einer Einheitsfront

19. Januar 1946

Gemeinsame Not und Widerstand der Sozialisten und Kommunisten unter dem Hitlerterror und die kameradschaftliche Arbeit in der antifaschistischen Bewegung seit der Kapitulation haben in den Mitgliederkreisen der beiden Arbeiterparteien einen starken Einheitswillen zur Folge. Allgemein vertreten die Mitglieder den Standpunkt, dass es in Zukunft nie mehr eine gegenseitige Bekämpfung der beiden Parteien geben darf, die gemeinsam auf die wissenschaftliche Lehre von Karl Marx zurückgehen. Der Ausschuss steht auf dem Standpunkt, dass der gemeinsame Wille sofort zu einer Aktionsgemeinschaft in allen Kreisen führen muss. Im Vordergrund steht: 1. Frieden und Freiheit zu sichern durch die restlose Ausmerzung von Nazismus, Militarismus und Reaktion aus dem öffentlichen Leben;

1. eine kämpferische Demokratie in Deutschland aufzubauen mit voller demokratischer Selbstverwaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Um diese für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidenden Ziele zu erreichen, muss jegliche Zersplitterung und gegenseitige Bekämpfung innerhalb der Arbeiterbewegung aufhören. Deutschlands Zukunft beruht auf der Einigkeit seiner Arbeiterklasse! Unser Ausschuss fordert die badische Landesleitung ihrer Parteien auf, im gleichen Sinne zur Einheitsfront Stellung zu nehmen und schlägt vor, die Frage der einheitlichen Aktion der SP und KP in gemeinsamen Mitgliederversammlungen der Parteien zu besprechen.

Für die Sozialdemokratische Partei:
Beurer, Konstanz
Weiler, Erwin, Singen
Fuchs, Julius, Radolfzell
Prof. Kirchheimer, Franz, Konstanz
Frank, Karl, Überlingen

Für die Kommunistische Partei:
Goguel, Rudi, Konstanz
Reigl, Anton, Singen
Dr. Bittel, Karl, Überlingen
Wohlrath, Gerhard, Singen
Schmid, August, Stockach

Aus: Schaaf/Scherer, S. 608 f.

Nachdem die Sozialistische Partei auf ihrem ersten Parteitag Mitte Februar 1946 in Villingen auf ihre Frage an die KP, ob diese ihre Politik «völlig unabhängig von fremden Einflüssen» bestimmen werde, ein vorbehaltloses Ja erhalten hatte, wurde am 7. März von den Landesvorständen der beiden Parteien die Bildung eines Ausschusses zur Beratung aller wichtigen Fragen beschlossen.

Unterdessen war in Singen, dem eigentlichen Zentrum der Einigungsbemühungen, die Entwicklung noch weiter gediehen. Dort hatte sich bereits am 26. Dezember 1945 eine Aktionsgemeinschaft von SP und KP auf ein 14 Punkte umfassendes Aktionsprogramm geeinigt. Im März 1946 trat diese Aktionsgemeinschaft sogar mit einem «Organ der Werktätigen, Gewerkschaften und Genossenschaften», der «Volkszeitung», an die Öffentlichkeit. Als diese Zeitung nach den ersten beiden Nummern ohne Angabe von Gründen im April 1946 von der französischen Militärregierung verboten wurde, zeigte es sich, dass die Gegner einer Einheitspartei in Baden nicht nur in der Schumacher-Fraktion der SP sassen, sondern auch in Paris. Langfristig gesehen bildete die ablehnende Haltung Schumachers das Haupthindernis für eine Vereinigung, unterstützt sowohl durch das zunehmende Zerwürfnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion als auch die Ereignisse bei der Entstehung der SED in der sowjetisch besetzten Zone, wo Funktionäre der ehemaligen Sozialdemokratie entweder in Gefängnissen verschwanden oder politischen Pressionen ausgesetzt waren. In den beiden anderen Westzonen wurde der Einheitsgedanke bereits am 6. Januar 1946 abgelehnt, und so war es auch in Südbaden nur eine Frage der Zeit, wie lange die – bewusst als Sozialistische Partei wiedergegründete – südbadische Sozialdemokratie ihren Sonderweg noch gehen konnte. Da die weltpolitische Entwicklung für die Gegner einer Einigung arbeitete und sich die Vorbehalte der alten Sozialdemokraten gegen die KPD hartnäckig hielten, wurde auf dem Landesparteitag der Sozialistischen Partei – die sich nun wieder in «Sozialdemokratische Partei Land Baden» umbenannte – im November 1946 allen Vereinigungsbestrebungen eine endgültige Absage erteilt. Allenfalls politische Zweckbündnisse auf kommunaler Ebene kamen noch zustande, wie etwa in Zell im Wiesental aus Anlass einer Bürgermeisterwahl, vermutlich schon im September 1946.

Abmachung

zwischen der *Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Zell i. W.* und der *Kommunistischen Partei, Untergruppe Zell i. W.*

Von dem Grundsatz ausgehend, dass auf das Zeller Rathaus ein fortschrittlicher Bürgermeister einziehen soll, haben sich die beiden Arbeiterparteien bereit gefunden, einen gemeinsamen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl aufzustellen, mit der Verpflichtung der Durchführung [laut] folgendem Programm:

1. Erfassung und scharfe Kontrolle über den unterbelegten Wohnraum nach den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 und der Ortssatzung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot. Beschaffung von Baumaterialien, die dazu Verwendung finden durch Veränderung und Vergrößerungen den erforderlichen Wohnraum zu vermehren.
2. Abschluss einer fortschrittlichen Betriebsvereinbarung zwischen dem aus geheimen Wahlen hervorgegangenen Betriebsrat und dem Gemeinderat.

3. Anerkennung und Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechtes in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.
4. Angleichung der Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten an die Preise.
7. Bereitstellung öffentlicher Mittel für Ausgebombte, Kriegsversehrte, Hinterbliebene, Heimkehrer, Flüchtlinge und die durch das Hitlersystem Geschädigten. Regelung und Festlegung der sozialen gemeindlichen Unterstützungen erledigt in letzter Instanz der Gemeinderat.
11. Vor allem gegenseitige Unterstützung zur Lösung aller kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Fragen auf sozialer und demokratischer Grundlage.
12. Im Bedarfsfalle, aber mindestens vierteljährlich, verpflichten sich beide Parteien zur Überprüfung und einer gemeinsamen Ausrichtung der Gemeindepolitik zusammen zu finden.

SPD., Ortsverein Zell i. W.

KPD., Untergruppe Zell i. W.

Quelle: Privatarchiv Fritz Eiche, Zell i. W.

Die Erinnerungen eines Mannes der ersten Stunde an die Gründung eines BCSV-Ortsvereins in Oberkirch-Nussbach macht deutlich, weshalb die BCSV günstigere Startchancen als andere Parteien hatte: die Verflechtung mit der Mentalität der Bewohner ist offensichtlich, programmatische Überlegungen nennt Carl Benz nicht zufällig erst an zweiter Stelle. Ausserdem wird die Schubkraft des «katholischen Apparats» deutlich, der die BCSV in jeder erdenklichen Weise unterstützte.

[...] In allen Parteien, die damals entstanden, war der Wille wirksam, das Aufkommen eines neuen Nazismus zu verhindern. [...]

Die Leute waren politisch vielfach mehr interessiert als heute. Die BCSVP hat vor Wahlen Versammlungen abgehalten, Flugblätter verteilt. Wichtig für die politische Überzeugungsarbeit waren damals die Stammtische. Wenn ich irgendwo in eine Wirtschaft kam, setzte ich mich an den Stammtisch, die Leute sassen neben mir und es wurde diskutiert über das politische Tagesgeschehen. Das politische Interesse war damals mit Sicherheit grösser. In Nussbach fanden in allen vier

Gasthäusern, der «Sonne», dem «Schwanen», der «Linde» und der «Blume», Versammlungen der BCSVP statt.

Auch der Pfarrsaal diente unserer Partei als Versammlungsort. Ich selbst habe öfters auch interne Mitgliederversammlungen durchgeführt. Bei der Gründung der Ortsgruppe Nussbach habe ich gewusst, welche Leute ich ansprechen konnte. Bei Wahlen gab es nie Schwierigkeiten, freiwillig haben sich immer genügend Helfer zusammengefunden. Wir haben damals die Wahlkämpfe mit bescheidenen Mitteln durchgeführt im Gegensatz zu heute, wo Geld und Werbemanagertum die wichtigste Rolle spielen. «Familie, Demokratie, Völkerfriede auf christlicher Grundlage» waren programmatische Schwerpunkte der Partei. Die Ideen, die das Programm der BCSVP bestimmten, kamen aus dem «Volksverein für das katholische Deutschland», aus den «Christlichen Gewerkschaften», wer vor 1933 bereits engagiert war, ist auch nach 1945 in der Politik wiederzufinden. [...] Von den christlichen Parteien in Frankreich und im Elsass wurden wir sehr unterstützt und genossen jede Rückendeckung. Vor allem der Episkopat hat uns in jener Zeit sehr viel bedeutet, wegen der schwierigen Lage der Kirche im Nationalsozialismus war die Verbindung zwischen Priestern und engagierten Laien sehr eng. Zugute kam der BCSVP der katholische Korpsgeist. Trotz des Verbotes wirkte der katholische Gemeinschaftsgeist von Christlichen Gewerkschaften, des «Volksvereins für das katholische Deutschland», des «Katholischen Jungmännervereins» und des «Kolpingsvereins» weiter. Wir gleichgesinnten Katholiken hatten uns schon im Kriegsgefangenenlager zusammengefunden.

Nach: Tonbandinterview Heinz G. Huber mit Carl Benz, 1979, Ortsarchiv Nussbach.

Christentum und Sozialismus, Demokratie und Faschismus, das waren in der Nachkriegszeit zentrale Begriffe der politischen Diskussion. Schlagworte, gewiss, ungenau und formelhaft, aber eben doch Hinweise auf eine grundsätzliche Neuorientierung. Der Nationalsozialismus hatte in einem grausigen Lehrstück vorgeführt, wozu totalitäre Machtkonstellationen in einer schwachen Demokratie fähig waren. Wie konnte, wie musste man sich gegen solche Verfehlungen in Zukunft absichern, welche Konzeption war die richtige?

Der folgende Text ist ein Auszug aus der Rede des späteren badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb vor den Delegierten der Landestagung der BCSV am 24. Februar 1946. Im ersten Teil geht Wohleb auf die tragende ideologische Basis seiner Partei ein, den Föderalismus, der im bürgerlichen Lager damals nicht von ungefähr eine auffallende Renaissance erlebte. Im Allgemeinen versuchte der Föderalismus, die Entstehung des Nationalsozialismus mit der Zerstörung der föderalen Strukturen und der Zentralisierung des Reiches zu erklären, wodurch ihm natürlich die Verdrängung des viel wesentlicheren gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ursachenkomplexes gelang. Obwohl Wohleb im Folgenden so weit geht und dem Grosskapital

vorwirft, «unser Volk an den Militarismus und Nationalsozialismus ausgeliefert» zu haben, stellt sein föderalistischer Erklärungsansatz mit der Unterstellung eines vergewaltigten Baden doch eine problematische Entlastung und Brücke für alle dar, die die eigentlichen Ursachen der Katastrophe verdrängen und nicht wahrhaben wollten.

[...] So sehr wir als Teil des deutschen Volkes an das Ganze denken, so wenig wollen wir einen Zweifel daran lassen, dass wir unbedingt auf dem Boden des Föderalismus stehen und deshalb als badische Volkspartei für den Neubau unseres Staates ein staatliches und kulturelles Eigenleben fordern, unbeschadet der Notwendigkeiten der Einigung in den Fragen, die alle deutschen Länder gleichmässig betreffen. Denn wir bekämpfen, ohne etwas vorwegzunehmen und einer künftigen Entwicklung vorzugreifen, unbedingt und aus Überzeugung den seelenlosen Zentralismus, der uns in dieses Unglück geführt hat; auch den Unitarismus haben wir nur als Schrittmacher für den Zentralismus kennengelernt. Wir wollen nicht zu denen gehören, an denen die Ereignisse der letzten Jahrzehnte spurlos vorübergegangen zu sein scheinen. Nicht aus unserem Land ist der gefährliche Wirrwarr gekommen, welcher die gesunde demokratische Einstellung von 1918/19 verfälscht hat. [...]

Allen Gesinnungsfreunden in den deutschen Ländern, mögen sie sich CDU oder CSU oder sonst irgendwie nennen, senden wir brüderliche Grüsse und freuen uns mit ihnen ihrer Wahlerfolge; wir wollen auch gerne mit ihnen Zusammenarbeiten, aber sie dürfen uns nicht übelnehmen, wenn wir Wert darauflegen und stolz darauf sind, uns *Badische* Christlich-Soziale Volkspartei zu nennen, und für uns den Aufbau eines badischen demokratischen Staates fordern. Als Voraussetzungen hierfür sehen wir an die schärfste Ablehnung jeder Art von Diktatur, insbesondere des Nationalsozialismus, für alle Zukunft. Ebenso scharf lehnen wir aber auch ab den preussischen Militarismus, den wir mitsamt dem Kapitalismus mit dafür verantwortlich machen, dass wir in dieses Unglück geraten sind. Dem Nationalsozialisten billigen wir noch seinen sturen Parteifanatismus zu. Ohne den Militarismus der Fachleute, welche die Grenzen unserer militärischen Leistungsfähigkeit genau kannten und trotzdem wie wahnsinnige Spieler unsere Jugend, das ganze Volk und sozusagen die Welt in den Abgrund hineingezwungen haben, wäre der Nationalsozialismus nicht zum Zug gekommen, hätte sich nicht gehalten und nicht grössenwahnsinnig die Welt herausgefordert. Und das Grosskapital hat im Jahr 1932 um des elenden Linsengerichts der versprochenen Zerschlagung der Gewerkschaften willen unser Volk an den Militarismus und Nationalsozialismus ausgeliefert.

Aus: *Leo Wohleb, Humanist und Politiker. Der letzte Staatspräsident des Landes Baden*, hrsg. von H. Maier und P.L. Weinacht, Heidelberg 1969, S. 171 ff.



Wahlkampf der CDU in Baden.

Geht Wohleb im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Teil seiner Rede einen Weg der unverbindlichen Balance zwischen den gesellschaftlichen Kräften, hat der folgende Text Rolf Gustav Haebblers einen anderen Hintergrund. Er entstammt einem 1947 erschienenen, 1948 bereits in einer Auflage von 50'000 Exemplaren vorliegenden Buch mit dem Titel «Demokratie – Sinn oder Unsinn?», in dem der 1888 in Baden-Baden geborene Lehrer und Schriftsteller, Pazifist und SPD-Landtagsabgeordnete (von 1923 bis 1925 und 1928/29) die Demokratie als ein für alle gesellschaftlichen Bereiche geltendes Prinzip darstellt, das verschiedene Formen gesellschaftlicher Kontrolle und der Verstaatlichung kennt. Unverkennbar knüpft Haebbler damit an die Theorie der sogenannten Wirtschaftsdemokratie an, wie sie in der Weimarer Republik entwickelt wurde.

Die Probleme des modernen Lebens – die Probleme der modernen Wirtschaft – sind nur noch in den Formen einer sozialen Demokratie zu lösen: nicht nach der «Tüchtigkeit» des Einzelnen in individualistischer Freiheit, die immer nur Ungleichheit schafft, sondern nach dem Willen der Mehrheit. Die Mehrheit aber steht heute gegen den manchesterlichen Freiheitsbegriff, dessen Schrankenlosigkeit zu wirtschaftlichen Krisen und politisch letzten Endes zu Kriegen geführt hat. Aber gleichviel, ob wir nun eine mehr oder minder gebändigte liberalistisch-kapitalistische Wirtschaft oder einen mehr oder weniger konsequenten Sozialismus als ökonomisches Prinzip haben; in jedem Falle ist es Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft, für möglichst beste berufliche Ausbildung zu sorgen. Denn auf beruflicher Qualität beruht aller wirtschaftliche Wohlstand; die Arbeit aller ist die Grundlage moderner Gesellschaft. Für Nichtstuer und blosser Nutzniesser ist in einer echten Demokratie kein Platz.

So sehr nun viele Berufe auf Berufung beruhen mögen, das Ganze der beruflichen Tätigkeit ist in dem industrialisierten Gefüge der modernen Wirtschaft nicht mehr abhängig von der natürlichen Ungleichheit, sondern strebt mehr und mehr einem Zustand sozialer Gleichheit zu. Alle schaffen an einem, dem gleichen Werk. Die moderne Demokratie muss schon deshalb eine soziale Demokratie sein. Das bedeutet, dass mehr und mehr neben dem Unternehmer der Arbeiter ein demokratisches Mitbestimmungsrecht in der Produktion erhalten wird; dass der Grossunternehmer als individueller Besitzer verschwindet und dass an seine Stelle der sozialisierte Grossbetrieb tritt: in vielerlei Formen. Sozialismus und Sozialisierung ist in einer echten Demokratie nicht irgendein Schema, sondern eine Vielfalt: Kommunalisierung, Verstaatlichung, Nationalisierung, genossenschaftliche Bildungen oder etwa die Einschaltung von Gewerkschaften als Mitbetriebsinhaber und ähnliches sind nur verschiedene mögliche Formen der Sozialisierung. Alle diese ökonomischen Wandlungen der Betriebsformen aber sind Demokratie:

denn sie entspringen dem Bestreben, Gleichheit herzustellen und dem Wirtschaftswillen der Mehrheit des Volkes Raum zu geben. Die Wirtschaft ist in einer modernen Demokratie nicht mehr das Reservat eines privaten, individuellen, unternehmerischen Willens. Die Freiheit des Einzelnen, die individuelle Freiheit, an welche die liberale Demokratie des 18. und 19. Jahrhunderts auch im ökonomischen Sektor noch als Lösung wirtschaftlicher Probleme glaubte, hat sich als gefährlicher Irrweg erwiesen: An ihre Stelle tritt heute in steigendem Masse das demokratische Prinzip der sozialen Gleichheit und das Mitbestimmungsrecht aller Schaffenden.

Die Dinge sind freilich heute noch im Fluss, und überall wird um eine Lösung des grossen demokratischen Problems Freiheit-Gleichheit gerungen. Es ist ein sehr schwieriges Problem und es hat tiefere Ursachen und schwerwiegendere Folgen, als vielleicht mancher heute glaubt. Es ist jenes grosse Problem der modernen Wirtschaftsgestaltung, das heute als sogenannte West- und Ostorientierung die Welt gefährlich spaltet. Man kann diesen Zwiespalt auf eine einfache demokratische Formel bringen, welche zugleich die Situation der Demokratie von heute charakterisiert: der Westen will Freiheit, aber auf Kosten der Gleichheit; der Osten will Gleichheit, aber auf Kosten der Freiheit... Die grosse Frage des Schicksals geht dahin: gelingt es, eine Synthese zu finden?

Aus: Rolf Gustav Haebler, *„Demokratie – Sinn oder Unsinn?“*, Reutlingen 1947, S. 115ff.

Den eigentlichen antikapitalistischen Kurs vertrat – neben der Kommunistischen Partei – die Gewerkschaft. Gestützt auf die Erfahrung des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht und die profitbringende Versklavung von Millionen Zwangsarbeitern sowie im Bewusstsein, dass die Lasten des Wiederaufbaus auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung lagen, forderte sie eine weitgehende Beschränkung der Unternehmermacht. Sie stand damit im wachsenden Gegensatz zum liberalen und christlichen Lager; zwar forderte auch die BCSV die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und betonte, dass die Wirtschaft im Dienste des Menschen zu stehen habe, zugleich aber bewertete sie unternehmerisches Eigentum als freiheitlichen Wertgaranten.

Die Rolle und die Aufgabe der Betriebsräte

Die Betriebsräte spielen heute eine noch viel grössere Rolle wie damals. Durch die ungeheuren Zerstörungen und die Zuspitzung der Klassengegensätze haben sie am Neuaufbau Deutschlands und in der Wiedergutmachung eine grosse Aufgabe zu erfüllen. Sie sind die Organe der Demokratie in den Betrieben. Sie können aber ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie mit der notwendigen Machtvollkommen-

heit ausgerüstet sind. Sie müssen im Betrieb um die volle Gleichberechtigung mit dem Unternehmer kämpfen. Die Grundlage des neuen demokratischen Deutschlands ist die Neugestaltung der Wirtschaft, die Durchführung der Industriereform in der Weise, dass die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird, dass die Betriebe der Kriegsinteressenten den Landesverwaltungen übereignet werden, dass anstelle der alten faschistischen und imperialistischen Grossbanken das neue System der Landesbanken ausgebaut wird.

Die Grundlage dieses Planes ist das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften. Der neue Plan bedeutet eine Beschränkung der Ausbeutung der Arbeiter. Er schafft die Möglichkeit, dass die Produktion auf der Grundlage der demokratischen Rechte des vollen Mitbestimmungsrechts der Entwicklung der Demokratie gesteigert wird. Wir wollen die Durchführung einer Wirtschaftsplanung, die die volle Entfaltung aller Produktionsmittel, aller Rohstoffe, garantiert, die die gerechte Verteilung aller Produkte sichert, die es den besten Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften ermöglicht, eine Kontrolle der Verwaltung durchzuführen. Die Wirtschaftsorgane, die Industrie- und Handelskammern, sowie die Handwerkskammern müssen demokratisiert werden. Die Gewerkschaften müssen hier entscheidenden Einfluss gewinnen. Wir sind der Meinung, dass auf diesem Wege der Wirtschaftsplanung und des Neuaufbaues der Wirtschaft es möglich sein wird, die ganze Volksinitiative zu entfalten, damit die Produktion gesteigert, die Bevölkerung besser versorgt wird und damit die Städte schneller aufgebaut werden. Nur so ist es auch zu verhüten, dass die Lasten des verlorenen Hitlerkrieges wieder auf die Schultern der Massen abgewälzt werden. [...]

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die tiefe Krise der kapitalistischen Herrschaft ermöglichen der Bourgeoisie immer weniger, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Mögen die reaktionären Unternehmer, die den Hitlerfaschismus und den Krieg finanziert haben, die Konsequenzen aus dieser Lage ziehen. Nach 12 Jahren Naziterror, während denen die Arbeiter den Ausbeutern als willenlose Sklaven ausgeliefert waren, können nun wieder in freier demokratischer Wahl Betriebsräte gewählt werden. Sie sollen der Schutzwall sein gegen neue Übergriffe der Reaktion und in Verbindung mit den Gewerkschaften und der Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der beste und zuverlässigste Garant sein für ein neues, besseres, demokratisches Deutschland.

Aus: Protokoll über die Landeskonzferenz der Gewerkschaften in der französischen Zone Badens am 2. Juni 1946 in Offenburg, o. O. o.J., S. 9-12.

Der Verfasser des nächsten Textbeispiels zur gesellschaftlichen Neuordnung ist der seit 1930 am Bodensee lebende Dr. Bittel, treibende Kraft im Überlinger Antinazi-Komitee und einer antifaschistischen Blockbildung im Bodenseeraum mit Ausstrahlung auf den gesamten südbadi-

schen Raum. Die folgenden Ausführungen bildeten den Schlussvortrag einer Schulungsreihe für Kommunisten und Sozialdemokraten im Spätjahr 1945, die auch als Broschüre erschien.

Eine neue Situation – ein neuer Weg

[...] Das Nazi-Deutschland hat militärisch kapituliert; nunmehr wird der Militarismus mit seiner Kriegsmaschinerie und seiner Rüstungsindustrie vollständig zerstört. Militaristischer und imperialistischer Geist müssen zusammen mit aller Nazi-Ideologie total ausgerottet werden. Der Staatsapparat ist vollständig zerschlagen, er muss von Grund auf in den Gemeinden und Ländern neu aufgebaut werden. Das reaktionäre Preussentum ist vernichtet, seine Junkerfestungen sind geschleift und überall wird die Bodenreform durchgeführt werden. Das Finanzkapital, die Schwerindustrie, die Trusts und Konzerne, die gesamten grosskapitalistischen Bastionen werden ihrer Monopolstellung durch die Potsdamer Bedingungen beraubt. Wir haben also in Deutschland durch die Niederringung des Faschismus und Monopolkapitalismus, dank des opferreichen Kampfes der grossen Alliierten (nicht durch den eigenen Befreiungskampf des deutschen Proletariats, was unsere historische Schuld ist!) eine vollständig veränderte politische und wirtschaftliche Situation. Die neue Demokratie kommt diesesmal nicht auf dem Boden eines revolutionären Umsturzes (wie 1918) zur Durchführung, sondern auf der Gegebenheit einer totalen Kapitulation. Auf Trümmern und aus einem wirtschaftlichen Chaos muss der Neuaufbau begonnen werden.

Das soll auf dem Wege der Demokratie geschehen. Alle politisch fortschrittlichen antifaschistischen demokratischen Kräfte stehen gemeinsam vor ihrem Start. Die bürgerlichen Parteien, völlig überrumpelt durch die plötzliche Niederlage Hitlers (an dessen Wunderrettung sie noch grossenteils glaubten), wachen allmählich aus ihrem Schock auf und suchen sich mehr oder minder programmlos für diese gewaltige Aufgabe zu sammeln. Die deutsche Arbeiterklasse, die in ihrem Widerstand gegen die Nazi niemals aufgehört hatte, die aus ihrer materialistischen Geschichtsauffassung diesen Zusammenbruch voraussah und herbeiführen half, ist die erste gewesen, die im Chaos zugriff und ihre Parteien aufs Schnellste wieder organisieren konnte. Alles kommt nun darauf an, in Einigkeit und Einheit neu in die gemeinsame Parteiarbeit zu gehen. Mit allen Mitteln gilt es die politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie zu erkämpfen, damit endlich der Weg zum Sozialismus frei werde.

Aus: *Demokratie und Sozialismus*, Singen 1946 (= Sozialistische Schulungshefte, 1. Heft).

«Hören Sie mir bloss mit der Demokratie auf! Ist das vielleicht Demokratie, wenn...» «Natürlich, Herr Müller, das ist keine Demokratie. Das sind einfach die Folgen der Nazidiktatur, des Faschismus, der immer noch in so vielen Köpfen spukt. Und es sind die Folgen der Tatsache, dass wir vorerst noch unter dem Befehl der Siegermächte stehen!» «Na also», sagt der ehemalige Mitläufer Müller, «da haben Sie's! Von Demokratie keine Spur.»

So leitete Rolf Gustav Haebler sein bereits genanntes Buch «Demokratie – Sinn oder Unsinn?» ein. Dieses «kleine Vorgespräch» benennt recht gut die Hypothek der jungen Demokratie: Apathie und politisches Desinteresse. Sie dürfen nicht ungenannt bleiben, wenn es um die Kennzeichnung des politisch-staatsbürgerlichen Klimas der Jahre nach 1945 geht. Missbrauchter Idealismus, fehlgeleitete Energien und Unbelehrbarkeit bedingten, nicht zuletzt in der Jugend, ein Mass von Desinteresse und Abseitsstehen, das jeden kritischen Beobachter der damaligen Zeit zur Besorgnis verleitete. Aus Anlass der bevorstehenden Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 15. September beziehungsweise 13. Oktober 1946 setzte sich Leo Wohleb mit der Erscheinung politischer Abstinenz auseinander und richtete einen dringenden Appell an das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein.

[...] Die kläglichsten sind die Wahlfeiglinge, die Angst haben vor einem Bekenntnis, die abwarten wollen, um zu gegebener Zeit zur etwaigen Mehrheit zu stossen. Nicht viel besser sind die so klugen Wahllauen. Sie sagen, es wird doch nicht besser, es ist alles gleich. Sie meinen, sie hätten ihren Frieden, wenn sie hinter ihrem – ungeheizten – Ofen sitzen und schimpfend zusehen, ob ihnen nicht einer das Holz in den Keller bringt.

Verständnis haben wir für die Verzweifelten, Verständnis und Mitleid. Wir versprechen ihnen nichts, aber wir rufen ihr Verantwortungsbewusstsein für den Nächsten an, da sie ernste Menschen sind.

An das Verantwortungsbewusstsein appellieren wir auch bei dem und jenem, der Bedenken hat zu wählen, weil ihm der Wahlvorschlag nicht gefällt. Er ist empört, Namen zu finden, die ihm nicht passen; er vermisst Namen, vielleicht sogar ... den eigenen. Aber wir hoffen, er wird sich besinnen und grosszügig an das Ganze denken und es nicht seinem Egoismus opfern zu wollen.

Der gefährlichste Gegner, meine Anwesenden, ist der Nichtwähler. Ist er Christ, so versündigt er sich an sich, an Volk und Land. Wahlrecht ist im demokratischen Staat Wahlpflicht. In höchster Lebensgefahr – und darin sind wir – ist es menschliche und christliche Pflicht, sich einzusetzen mit aller Hingabe für das, was Not tut und was man für recht hält.

Aus: *Leo Wohleb, Humanist und Politiker. Der letzte Staatspräsident des Landes Baden*, hrsg. von H. Maier und P.L. Weinacht, Heidelberg 1969, S. 178f.

Zwischen dem 22. November 1946, dem ersten Zusammentreffen der Beratenden Landesversammlung, und dem 21. April 1947 war in 16 Sitzungen und in Zusammenarbeit mit der Regierung ein Verfassungsentwurf erarbeitet worden, über den zunächst das badische Parlament zu befinden hatte und der dann anlässlich der ersten Landtagswahlen am 18. Mai 1947 auch dem badischen Wähler zur Abstimmung vorgelegt wurde. Im Vorfeld der Verfassungsberatungen und -abstimmung wurden auch ausserparlamentarisch verschiedene Erwartungen formuliert, so beispielsweise durch die zonenweit vertretenen «Frauenringe». Diese Bewegung, von mehreren aus dem bürgerlichen Lager stammenden Frauen wie Elisabeth von Glasenapp, Annie Hedinger, Dora von Stodtmann, Doris Oberst, Dr. Freda Wuesthoff und Leonore Mayer-Katz gegründet, verstand sich als überparteiliche und überkonfessionelle Vereinigung von Frauen, für die seit der Zulassung am Jahresende 1946 die Friedensarbeit im Vordergrund stand. Bewusst setzte sich der Frauenring vom Frauenbild der zurückliegenden Zeit ab und wählte für seine Arbeit Formen des politischen und sozialen Engagements, wie sie der Stärkung der Rolle der Frau als vielfacher Alleinerzieherin und Alleinernährerin in der Nachkriegszeit auch wirklich zukamen.

[...] wir setzten von den Frauenringen Baden-Baden, Tübingen und Lindau aus den Schwerpunkt unserer Forderungen an die Verfassunggebende Landesversammlung mit einem gemeinsamen Antrag wie folgt:

1. «Es obliegt der Regierung, Bestrebungen und Arbeiten für einen dauernden Frieden zu fördern.
2. Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig.
3. Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte.
4. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit gleiche Entlohnung.
5. Die der Familie gewidmete häusliche Arbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet.
6. Das gesetzliche Güterrecht ist so umzugestalten, dass die Frau an dem während der Ehe erworbenen Vermögen angemessen teilhat.»

Inzwischen hatte uns die Stadt erlaubt, unsere öffentlichen Veranstaltungen im Gemeinschaftsraum des Altersheims im Quettig abzuhalten, da es ja immer noch keine öffentlichen Säle oder unbeschlagnahmten Gaststätten gab. Dort diskutierten wir diese Artikel sehr energisch mit einem in Baden-Baden wohnhaften Fachmann, der bei der Beratung der neuen Verfassung ein gewichtiges Wort zu sprechen hatte. Wir wurden gehört, und die Verfassung des Landes Baden von 1947 erhielt in den genannten Punkten folgenden Wortlaut:

In Art. 2 (Grundrechte) heisst es u.a. «Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten» (wörtlich unser Text).

In Art. 21 (Grundpflichten und Gemeinschaftsleben) steht in Abschnitt 1/ Absatz 2: «Die der Familie gewidmete häusliche Arbeit der Frau wird der Berufsarbeit

gleichgeachtet» (wörtlich unser Text). «An dem während der Ehe erworbenen Vermögen soll der Frau ein angemessener güterrechtlicher Anteil zustehen» (sinngemäss unser Text).

In Art. 37, Abschnitt III, Arbeit und Wirtschaft, heisst es: «Männer und Frauen stehen bei der Wahl und Ausübung des Berufs gleich. Verrichten sie gleiche Arbeit, so haben sie Anspruch auf gleiche Entlohnung» (sinngemäss unser Antrag).

In Art. 37, Staatsaufbau, Abschnitt I, Die Staatsgewalt und ihre Ausübung, heisst es: «Jede Handlung, die geeignet ist, die friedliche Zusammenarbeit der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Krieges vorzubereiten, ist verfassungswidrig und verboten. Es ist auch Aufgabe des Staates, Bestrebungen und Arbeiten für einen dauernden Frieden zu fördern» (fast wörtlich unser Text).

Aus: Leonore Mayer-Katz, *Sie haben zwei Minuten Zeit. Nachkriegsimpulse aus Baden*, Freiburg 1981, S. 146L

Einwohner des Landes Baden!

Ihr habt Euch in Freiheit eine demokratische Verfassung gegeben und habt in voller Unabhängigkeit Eure Vertreter gewählt.

Eure junge Demokratie steht einer ungeheuren Aufgabe gegenüber, denn sie muss ihre Pfeiler auf den Trümmern und dem Elend aufbauen.

In Euren Bemühungen könnt Ihr auf die Unterstützung der Vertreter der Militärregierung zählen, die umso besser Eure Schwierigkeiten verstehen als ihr eigenes Land, durch den Krieg erschöpft, denselben Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Die friedliche Arbeit und die von allen gemachten Anstrengungen sind die einzigen Waffen der Demokratie, welche auch die zu überwindenden Schwierigkeiten sein mögen.

Lasst Euch nicht entmutigen!

In allen Ländern, deren Boden durch den Krieg berührt wurde, ist die Ernährungslage zur Zeit schwierig. Sie kann nur durch die Arbeit der Bauern auf den Feldern und der Arbeiter in den Fabriken behoben werden. Die Militärregierung hofft, dass jeder seine Pflicht kennt. Jeder, der sich ihr entzieht, würde die Not des badischen Volkes willkürlich verschlimmern, dies könnte nicht geduldet werden.

Freiburg i. Br., den 3. Juni 1947.

Le Commissaire de la République

Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire du Pays de Bade Signé:

P. Pêne

Aus: Andreas Bader, *Stadt und Landkreis Waldshut im Spiegel ihrer Heimatzeitung. Südkurier 1945-1964*, Konstanz o. J., S. 56.

Die badische Verfassung vom 22. 5. 1947, die nur etwa sechs Jahre Bestand haben sollte (bis zur Konstitution der Verfassung des Landes Baden-Württemberg am 11. 11. 1953), wies einen relativ deutlichen konfessionellen Akzent auf, der «mitten in den Wirren des Zusammenbruchs das sittliche und gesellschaftliche Fundament des Landes wiederherstellen» wollte (Huber, S. 30). Sie vertrat aber auch Kompromisse, z.B. in Form der christlichen Gemeinschaftsschule, wie sie in anderen Teilen Süddeutschlands erst Jahre später Wirklichkeit wurde.

Die badische Verfassung enthielt – auch noch für heutige Verhältnisse – bemerkenswerte Forderungen: neben dem Recht auf Bildung (Grundrechte, Art. 13) das Recht auf Arbeit (Grundpflichten und Gemeinschaftsleben, Art. 37), und die Arbeitsbedingungen mussten so beschaffen sein, «dass sie die Gesundheit, die Würde, das Familienleben und die kulturellen Ansprüche des Arbeitnehmers sichern» (Art. 41). Bei der Gestaltung und Verwaltung von Wirtschaftsbetrieben wurde den Arbeitenden das Mitbestimmungsrecht (Art. 39) eingeräumt, und die häusliche Arbeit der Frau fand sich immerhin so respektiert, dass sie «der Berufsarbeit gleichgeachtet» (Art. 21) war. Auch durfte kein Badener zum Waffendienst gezwungen werden (Grundrechte, Art. 3).

Die insgesamt 130 Artikel der Verfassung waren in fünf Hauptabschnitte gegliedert, deren erster die Grundrechte festlegte (Art. 1-20), der zweite «Grundpflichten und Gemeinschaftsleben» (Art. 21-49), der dritte den «Staatsaufbau» (Art. 50-121), der vierte den «Schutz der Verfassung» (Art. 122-126); der fünfte enthielt die Schlussbestimmungen. Im Folgenden einige zentrale Artikel:

Verfassung des Landes Baden

Im Vertrauen auf Gott hat sich das badische Volk, als Treuhänder der alten badischen Überlieferung, beseelt von dem Willen, seinen Staat im demokratischen Geist nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes und der sozialen Gerechtigkeit neu zu gestalten, folgende Verfassung gegeben:

Erster Hauptabschnitt

Grundrechte

Art. 1

Das badische Volk bekennt sich zu dem Grundsatz, dass jeder Mensch, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und des Glaubens unveräußerliche und geheiligte Rechte besitzt. Diese Menschenrechte werden ausdrücklich bestätigt und stehen unter dem Schutz der Verfassung.

Art. 2

Alle Bewohner Badens, ohne Unterschied der Herkunft, der Rasse, der Religion und der politischen Überzeugung, sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Es bestehen

keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Geschlechts. Niemand darf seiner Abstammung, seiner Rasse, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen wegen bevorzugt oder benachteiligt werden.

Art. 3

Kein badischer Staatsbürger darf zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden.

Art. 4

Die Glaubens- und die Gewissensfreiheit sowie die ungestörte Religionsausübung werden gewährleistet und stehen unter staatlichem Schutz. [...] Art. 5

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Sie darf durch die öffentliche Gewalt nur auf Grund eines Gesetzes angetastet werden. [...] Art. 8

Jedem badischen Staatsbürger steht es frei, sich in Baden aufzuhalten und niederzulassen, wo er will, Grundstücke zu erwerben und jeden Erwerbszweig zu betreiben, Arbeitsort, Arbeitsplatz und Arbeitgeber zu wählen. Einschränkungen bedürfen eines Gesetzes.

Art. 9

Alle badischen Staatsbürger sind nach Massgabe der Gesetze, entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen, zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.

Art. 10

Jedermann hat das Recht, innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes seine Meinung durch Reden, Schriften, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äussern, solange er die durch die Verfassung gewährten Freiheiten nicht durch Missbrauch dieses Rechtes bedroht oder verletzt. In der Ausübung dieses Rechtes darf ihn kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. [...] Art. 13

Jeder junge Mensch hat, seiner Begabung entsprechend, das Recht auf Bildung und die Pflicht zur Bildung. Es ist Aufgabe des Staates, die der Verwirklichung dieses Grundsatzes entgegenstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hemmungen zu beseitigen. [...]

Art. 15

Das Eigentum wird nach Massgabe der Gesetze gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Das durch Arbeit und Sparsamkeit erworbene Eigentum genießt besonderen Schutz, insbesondere bei der Besteuerung.

Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.

Enteignung oder Überführung in genossenschaftliches Eigentum oder sonstiges Gemeineigentum kann zum Wohl der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage

gegen angemessene Geld- oder Naturalentschädigung vorgenommen werden. Über die Entschädigung entscheiden im Streitfall die Gerichte. Das Nähere bestimmt ein Gesetz. [...]

Art. 18

Allen Staatsbürgern steht das Recht zu, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können durch Gesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. [...]

Zweiter Hauptabschnitt

Grundpflichten und Gemeinschaftsleben

Abschnitt III: Arbeit und Wirtschaft

Art. 37

Jedermann hat ein Recht auf Arbeit. Die Arbeit ist sittliche Pflicht.

Volkswirtschaftliches und soziales Ziel ist, allen Schaffensfähigen und Schaffenswilligen eine für sie geeignete und auskömmliche Arbeit zu sichern. Die Arbeit steht unter dem Schutze des Staates. Sie wird durch den Staat gegen Missbräuche, Ausbeutung, Betriebsgefahren und gesundheitliche Schädigungen geschützt.

Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich. Verrichten sie gleiche Arbeit, so haben sie Anspruch auf gleiche Entlohnung. [...]

Art. 39

Die Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Unternehmungen haben ein Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und an allen sie berührenden Angelegenheiten.

Art. 41

Es ist ein Arbeitsrecht zu schaffen, das dem Arbeitnehmer einen gerechten Lohn, ausreichende Freizeit und Urlaub gewährleistet.

Art. 43

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechen. Das Ziel ist die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle.

Art. 46

Der Zusammenschluss von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und der Monopolbildung ist unzulässig.

Art. 48

Selbständige Klein- und Mittelbetriebe in Gewerbe, Handwerk und Handel sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und besonders vor Überlastung und Aufsaugung zu schützen. Zu diesem Zweck ist die genossenschaftliche Selbsthilfe auszubauen.

Im April 1946 hatten die Alliierten ein Betriebsverfassungsgesetz erlassen, das als Rahmengesetz gedacht war und deshalb einer Ergänzung durch Ländergesetze bedurfte. Im Vorfeld dieses am 24. September 1948 erlassenen badischen Betriebsrätegesetzes erreichten die sozialen und politischen Auseinandersetzungen einen neuen Höhepunkt. Der Badische Gewerkschaftsbund hatte eigene Forderungen nach Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft eingebracht, die über den sozialen Bereich hinausgingen und auch den wirtschaftspolitischen Bereich umfassten. Als die Unternehmer- und Wirtschaftsverbände diese weitergehende Mitbestimmung ablehnten, rief der Badische Gewerkschaftsbund seine Mitglieder für den 19. Dezember 1947 zu einer landesweiten Protestaktion auf. «Wollen wir schaffenden Menschen noch einmal den Weg des Verderbens unter Führung der alten Kräfte gehen?» fragten die Gewerkschaften ihre Mitglieder. Die Polizei beobachtete diese in allen grösseren Orten stattfindenden Protestversammlungen. Hier ein Protokoll aus Weil am Rhein:

**Staatliche Kriminalpolizeistelle
Lörrach**
3596/47

Weil a. Rh., den 19.12.1947.

Betrifft: Protestkundgebung der Arbeitergewerkschaft am 19.12.47 in der Eisenbahnerkantine in Weil a. Rh.

Am 19.12.1947 gegen 15 Uhr fand in der Eisenbahnerkantine in Weil eine Protestkundgebung der Arbeitergewerkschaft statt. Die Kundgebung wurde von dem Vorstandsmitglied Geiss eröffnet. Es waren 60 Teilnehmer anwesend. Geiss erteilte dem Referenten Benz aus Lörrach das Wort, der über das Betriebsrätegesetz, das im Landtage zur Genehmigung vorliegt [sprach]. In dem vorliegenden Betriebsrätegesetz soll nur ein Beratungsrecht für die Gewerkschaften verankert sein, während die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht verlangen. Dieses Mitbestimmungsrecht sei in der Weimarer Verfassung unterlassen worden, weshalb eine Mitschuld an dem Entstehen des 3. Reiches die Gewerkschaften getragen hätten. Diesem wolle man diesmal vorbeugen, indem das Mitbestimmungsrecht und nicht nur das Mitberatungsrecht verlangt wird. Den Versammlungsteilnehmern wurde diese Entschliessung zur Diskussion gestellt, und da keine erfolgte, wurde zur Abstimmung geschritten, wobei einstimmige Annahme verzeichnet werden konnte.

Zur näheren Erläuterung führte der Redner aus, wie sich das Mitbestimmungsrecht auszuwirken habe. Die Gewerkschaften wollen wissen, was mit den produzierten Waren geschieht, wohin sie kommen und mit welcher Gewinnerzielung sie abgesetzt werden, wobei die Gewerkschaft auf Gewinnbeteiligung Wert lege und nicht nur der Unternehmer als solcher. Der Redner erklärte, dass die Gewerkschaft alles daransetzen werde, um dieses Mitbestimmungsrecht zur Durchfüh-

rung zu bringen, selbst wenn Regierungssturz oder Volksabstimmung notwendig werden sollte[n]. Das Mitbestimmungsrecht würde von der Gewerkschaft verlangt werden, weil es im Artikel 39 der Badischen Verfassung verankert sei.

In seinen weiteren Ausführungen erwähnte der Redner, dass es keinen Schwarz- oder Tauschhandel mehr gäbe, wenn das Mitbestimmungsrecht zur Durchführung komme, da die Gewerkschaft dieser heute bestehenden Korruption Einhalt gebieten könne und immer auf dem Laufenden [!] wäre, was mit der vorhandenen Ware geschehe.

Die Kundgebung wurde gegen 16.20 Uhr geschlossen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Krim[inal-] Sekretär.
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, Fasz. 1483.

Die gewerbliche Wirtschaft einschliesslich des Handwerks im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Konstanz verabschiedete zur Frage des Mitbestimmungsrechts und der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen folgende Resolution:

Gegen das übersteigerte Mitbestimmungsrecht

Das Mitbestimmungsrecht ist zum Kernproblem aller Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geworden. [...]

Ein Mitbestimmungsrecht, wie es von dem Deutschen Gewerkschaftsbund in den Betrieben nunmehr verlangt wird, kommt praktisch auf eine Einschränkung in der Eigentumsverfügung in einem Ausmasse heraus, wie es in keinem industriellen Land der Welt bisher existiert hat oder auch nur versucht wurde. Ein derartiges Mitbestimmungsrecht müsste das Unternehmertum seiner schöpferischen Kräfte berauben, die Kreditaufbringung durch die freien Kapitalmärkte unmöglich machen, die Aufbauentwicklung Westdeutschlands behindern und Arbeitslosigkeit und Flüchtlingselend vergrössern. Die Grösse der Gefahr ergibt sich aus den nachfolgenden Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Paritätische (d.h. gleich starke) Besetzung aller Aufsichtsräte nach Vorschlägen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften.

Schaffung von aufsichtsratsähnlichen Organen bei allen Unternehmen von einer bestimmten Grösse, auch wenn sie nicht Aktiengesellschaften sind.

Schaffung von überwachenden Ausschüssen in allen Betrieben mit mehr als 20 Mann Belegschaft.

Im Gesamten bedeutet die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung eine Ausdehnung über das personelle und sozialrechtliche Gebiet hinaus, in wel-

chem eine verständige Arbeitgeberschaft schon von jeher ihre Arbeitnehmer gesetzlich oder freiwillig beteiligte, auf das Gebiet der wirtschaftlichen Lenkung und Planung, ohne dabei das persönliche Risiko des Unternehmens zu tragen.

So sehr die an dieser Resolution beteiligten Vertreter der Wirtschaft ein friedliches Zusammenleben und eine friedliche Zusammenarbeit mit ihren Arbeitnehmern bejahen, so hartnäckig müssen sie sich zur Wehr setzen, wenn unter dem Begriff des Zusammenwirkens ein Machtstreben einzelner Organisationen, in diesem Falle der Gewerkschaften, zum Vorschein kommt, welches eine unerwünschte Konzentration wirtschaftlicher Macht in klarster Prägung bedeutet. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut, Generalia P 14 231/1/5.

Das Badische Betriebsrätegesetz vom Herbst 1948 kam den gewerkschaftlichen Vorstellungen stärker entgegen als andere vergleichbare Gesetze in den westlichen Zonen. Dennoch wurden im Wesentlichen nur die sozialpolitischen Vorstellungen des Gewerkschaftsbundes auf gegriffen. Was die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaft betraf, so sollte dieser Bereich sogenannten Fachkommissionen vorbehalten sein. Ein endlich verabschiedetes Fachkommissionengesetz scheiterte jedoch am Einspruch der Militärregierung. Mit dem Aufsatz «Genossenschaftliche Wirtschaft. Ein Beitrag zur Sozialisierungsfrage» schaltete sich der «Badische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V.» in die Diskussion um den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wiederaufbau ein. Er stellte das genossenschaftliche Prinzip als eine Chance zur Entschärfung der sozialen Konflikte und Verteilungsungleichheiten hin, die insbesondere der gegebenen historischen Situation entspreche. Auch wenn das Genossenschaftsprinzip in seiner wirtschaftlichen Bedeutung untergeordnet blieb, so ist doch die solidarische und naturrechtlich begründete Konzeption als Dokument der Nachkriegszeit bemerkenswert.

Die neuen Parteien, die berufen sind, den Wiederaufbau durchzuführen, sind sich in einem Punkte einig, und zwar in der Erkenntnis, dass die neue Staats- und Gesellschaftsform nur auf sozialer Grundlage aufgebaut werden kann. Man will sich von dem Kapitalismus, der uns ins Verderben geführt hat, und von dem falschen Individualismus, der bewirkte, dass die Besitzenden den Nichtbesitzenden ein sklavenähnliches Joch auflegten, abwenden. Das Gebot der Gerechtigkeit und Nächstenliebe verlangt von uns, dass wir den Millionen Menschen, die vollständig mittel- und heimatlos heute umherirren, wieder eine menschenwürdige Lebensmöglichkeit bieten und dass wir auch den wirtschaftlich Schwachen stets einen ausreichenden Anteil am Sozialprodukt sichern. Wie kann diese Sozialreform, d.h. die Umstellung von der kapitalistischen zur sozialen Wirtschaft geschehen? Jedes unpersönlich gewordene Eigentum muss in Gemeineigentum über-

führt werden, um den Missbrauch wirtschaftlicher Macht gegenüber den Einzelmenschen und dem Staat zu verhindern und um den Nichtbesitzenden einen Anteil am Volksvermögen und Volkseinkommen zu sichern. [...] Das Gross- und Schlüsseleigentum, wie die Bodenschätze (Bergwerke), Schwerindustrie, Industriekonzerne aller Wirtschaftszweige, Grossbanken dürfen nicht mehr nur von wenigen Menschen oder Familien beherrscht werden. Sie müssen in das Gemeineigentum, der in diesem Werk tätigen oder wie bei den Genossenschaftsbanken der durch diese geförderten Menschen auf genossenschaftlicher Grundlage überführt werden. Mit der Genossenschaft, der besten und ursprünglichsten Wirtschaftsform, wollen wir die wirtschaftliche Erneuerung durchführen. Alles, was über den Einzelbetrieb des Bauern, Handwerkers, kleineren und mittleren Fabrikbetrieb, des Kaufmanns hinausgeht und eine grössere Kapitalkraft erfordert, soll nicht mehr in der kapitalistischen Form bestehen, sondern in der genossenschaftlichen Gesellschaftsform, wo das Kapital dient und nicht herrscht. Jeder Betriebsangehörige wird Miteigentümer als Genossenschaftsmitglied. Die Mitgliedschaft erfordert die Erwerbung eines Geschäftsanteiles in einer bestimmten Höhe mit der Übernahme einer ebenso grossen Haftsumme. [...]

Wenn wir die Überlegung anstellen, ob Staats- oder Genossenschaftsbetriebe, dann müssen wir noch Folgendes beachten. Die freie Konkurrenz ist für eine Volkswirtschaft ein Faktor, der nicht entbehrt werden sollte; denn diese Konkurrenz sichert die gute Leistung, fleissige Arbeit, saubere Geschäftsmoral und den höchstmöglichen Ertrag. Diese freie Konkurrenz ist, wenn mehrere Genossenschaftsbetriebe das gleiche Produkt herstellen, oder dieselbe Leistung ausführen, gewährleistet, im Gegensatz zu dem Staatsbetrieb, der allein den Zweig beherrscht und jeden Wettbewerb ausschaltet. [...]

Die soziale Frage ist nur dann gelöst, wenn das Kapital entthront und die arbeitenden Menschen das Mitbestimmungsrecht über alle wichtigen Fragen erhalten. Auf diese Weise kommen wir zu einer Entproletarisierung unserer Gesellschaft. Alle Menschen sind vor ihrem Schöpfer gleich und haben, wenn sie gegenüber der Gemeinschaft ihre Pflicht tun, ein gleiches Anrecht auf das was die Erde uns bietet. Sie haben alle das gleiche Recht auf Freiheit, Gesundheit und Wohlergehen.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Überlingen P 43, 219/31.

Eine Darstellung gesellschaftlicher Neuordnungspläne in Südbaden wäre unvollständig, ginge sie nicht auch wenigstens am Rande auf die auffallende Renaissance separatistischer Tendenzen ein, die nicht nur eine rheinische und eine bayerische, sondern auch eine kräftige südbadische Variante kannte. Hatte schon der Föderalismus das Zentralstaatsprinzip etwas fahrlässig in den unverdienten Rang einer Ursache des Nationalsozialismus erhoben, so ging der Separatismus

darin noch weiter und verabsolutierte eine – völlig richtig beobachtete – Nebenerscheinung: dass nämlich das föderale Element Hitlers totaler Machtausübung im Wege war. Der Umkehrschluss aber, dass die Aufkündigung der Schicksalsgemeinschaft mit der eigenen Nation die Rettung einer Region bedeuten würde, machte den Separatismus zu einem reaktionären Unternehmen – umso mehr, als alle südbadischen Lösungen in Richtung stammlich-alemannischer oder schwäbischer, mehr oder weniger konfessioneller, jedenfalls ständestaatlich-korporativer Modelle tendierten. Es gibt gewiss gute Gründe, in der preussischen Geschichte wichtige Traditionen (und seien es missbrauchte!) zu erblicken, die geradewegs in den Nazismus geführt hatten, und es gibt ebenso gute Gründe, im Föderalismus den Garanten wichtiger kultureller und geschichtlicher Eigenständigkeit und Eigenart zu sehen, ja auch einen wichtigen Schutz vor kulturellsprachlicher Uniformierung und vor zentralistischen Übergriffen – bei den besprochenen Tendenzen am Ende des Zweiten Weltkrieges jedoch sollte mittels weitverbreiteter Preussenvorbehalte (die im Badischen durch die Flüchtlingsfrage ohnehin virulent waren) eine alte Aversion neu angefacht werden, um die Sonderinteressen einer fragwürdigen Politik voranzubringen und von der historischen Mitschuld abzulenken. Wer indes die Vorstellung vom armen badischen Rotkäppchen vertritt, das der böse preussische Wolf verschluckt hat, sollte zuvor nochmals einen Blick auf die NSDAP-Stimmanteile in Baden und in Preussen werfen.

Den südbadischen Separatismus repräsentierten vor allem zwei Namen: Dr. Bernhard Dietrich, Arzt und katholischer Publizist sowie nach 1945 Bürgermeister von Singen, und Dr. Otto Feger, Historiker und Stadtarchivar von Konstanz. Beiden war während des Nationalsozialismus die Ausübung ihres Berufes untersagt.

Dr. Dietrich (1897-1961) hatte Ende 1946 von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten, die von ihm betriebene Gründung des «Schwäbisch-alemannischen Heimatbundes» zu organisieren; dieser wurde zur propagandistischen Plattform für die Bewegung «Alpenland im Abendland» beziehungsweise für die «Alpine Union». Damit knüpfte Dr. Dietrich an eine süddeutsch-französische Bindung an, die auch General de Gaulle am 4. Oktober 1945 in Freiburg, freilich in europäischer Einkleidung, angeregt hatte. In zwei selbstverlegten Broschüren, «Alpenland» und «Separatismus!», hat Dr. Dietrich seine Gedanken veröffentlicht. Hier Auszüge aus «Alpenland»:

Wir denken zuerst an die Wiedervereinigung der Alemannen, Schwaben, Altbayern und Österreicher. Dabei ist das Ziel keineswegs eine zentralistische Zusammenfassung. Sie sollen unter sich freiheitlich verbunden sein, ähnlich wie die Schweizer Kantone, sie sollen aber einer gemeinsamen Ordnungs- und Verwaltungshoheit angehören, mit anderen Worten, sie sollen Bundesländer eines neu zu errichtenden Staates sein. Um dieses tun zu können, wollen wir vorerst eine klare Säuberung und Inventur unserer Heimat vornehmen, wir wollen zuerst unser eigenes Gesicht wiederhaben, um geben und empfangen zu können. Wir wollen, ohne die Schweiz irgendwie anzugreifen, doch engste Anlehnung an sie, die allmählich zu

einem intensiven kulturellen und wirtschaftlichen Austausch führen soll, ohne die bisherigen Hemmungen. Wir wollen weiterhin die engste Anlehnung an Frankreich, dem gegenüber wir keinerlei Feindschaft empfinden. Wir glauben, dass wir die Franzosen besser kennen als sie uns, ungezählte unter uns verstehen die französische Sprache oder haben mindestens französische Sprachkenntnisse. [...]

Wir wollen selbstverständlich nicht die Abkapselung gegen die anderen deutschen Stämme, wir wollen aber endlich die uns gebührende Selbständigkeit, die uns gegen Übergriffe des Nordens schützt und unser Eigenleben garantiert. Wir erstreben kein Ghetto, wir wollen im Gegenteil aus dem preussischen Ghetto heraus, um endlich wieder freie und frische Luft zu atmen. Man komme uns nicht mit einfältigen Vorwürfen wegen Separatismus oder Partikularismus. Der Kampf um sich selbst ist ein natürliches Recht, oder gibt es nur die Pflicht, sich fressen zu lassen? Wir verlangen im Namen des Rechts und der Freiheit unsere Selbstbestimmung. Die überlebte Begriffswelt des Nationalismus wird im neuen Abendland sowieso keine Geltung mehr haben.

Was wir also fordern, ist die Gründung des föderalistischen Staates «Alpenland», der in sich das Gebiet von Wien bis Genf und das zugehörige Alpenvorland umfasst, wobei unter Alpenvorland das alemannische, schwäbische und altbayerische Gebiet verstanden wird. Dieser Staat besäße ungeheure Energiequellen, eine wohlgepflegte Ernährungswirtschaft und einen ausgiebigen Waldbestand als wirtschaftliche Grundlagen. Ausserdem ist aber das ganze Gebiet gern besuchtes Touristen- und Erholungsland. Der Staat hätte zwei klar erkennbare Hauptlinien, Wien-Genf und Wien-Paris. Ein von allen beteiligten Kreisen wohlgepflegter kultureller und wirtschaftlicher Austausch könnte nur von grösstem Nutzen sein. Die Beteiligten könnten auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer Kultur das erste und vornehmste Kernstück eines neuen und christlichen Abendlandes bilden, dem sich Zug um Zug durch die Ausweitung der Beziehungen die anderen Länder anschliessen könnten. Eine Tür zum neuen abendländischen Werden wäre aufgetan. Zu vorgezeichnetem Tun ist reines Denken und aufrichtiges Wollen notwendig. Der alte Begriff der Souveränität muss aufgegeben werden. Man muss wissen, dass der Geist lebendig macht. Ich gebe zu, dass der Arme geistig beweglicher und aufgeschlossener ist als der Besitzende, aber sind deshalb seine Ideen weniger wahr? Es scheint im Gegenteil, dass auch Völker zuerst äusserlich verarmen müssen, um frischer Luft und neuen fruchtbaren Ideen Einlass zu gewähren. Furchtbares im Namen der Gottlosigkeit ist geschehen, Fruchtbares im Namen Gottes kann geschehen.

Mit Gott ins neue Alpenland!

Neben Friedrich Metz, dem verdienten Landeskundler, der seinen zu Beginn der 20er Jahre in der Zeitschrift «Der Schwäbische Bund» entwickelten «Rheinschwaben»-Plan 1948 nochmals aufgriff, war es vor allem Dr. Feger (1905-1968), der als Theoretiker des alemannischen Separatismus gelten kann. Er arbeitete mit Dr. Dietrich – wenn auch nicht spannungsfrei – im «Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund» zusammen und vertrat einen im Vergleich zu Dr. Dietrich weniger konfessionellen und mehr demokratisch geprägten Separatstaat, dessen Konturen er zweifellos bestechend in einer politischen Kampfschrift mit dem Titel «Schwäbisch-alemannische Demokratie» (Konstanz 1946) entwarf. Ob die immense Auflage von 200'000 Exemplaren auf eine grosszügige, weil den französischen Deutschlandinteressen entgegenkommende Förderung durch das französische Lizenzierungsbüro zurückging oder die separatistische Stimmung in Südbaden tatsächlich ein solches Interessenpotential hergab, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Auch für die Länder im Südwesten des alten Reiches, für den alemannischen Teil Badens und für Württemberg, stellt sich die Frage nach der zu schaffenden politischen Organisation. Vielleicht mehr als für alle andern deutschen Landschaften ist in unserer Heimat zu prüfen, ob nicht völlig neue Formen zu finden sind, unter Verzicht auf manches, was in den letzten hundert Jahren künstlich geschaffen wurde, und unter Besinnung auf Traditionen, die sich in früheren Zeiten aus der Eigenart dieser Landschaft und ihrer Bewohner heraus entwickelt haben. Man mag dabei der Ansicht sein, dass sich für den Südwesten insofern eine günstigere Situation als für andere Landesteile ergibt, als die Formen, die unter Berücksichtigung aller inneren und äusseren Verhältnisse am zweckmässigsten scheinen, auch am besten der Tradition des Landes, seinen geographischen, historischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, und vielleicht auch dem Willen der Mehrheit seiner Bewohner entsprechen. Es ist dies die politische Autonomie des schwäbisch-alemannischen Südwestens auf demokratischer Grundlage.

Die nachfolgenden Untersuchungen sollen dartun, dass ein derartiges autonomes Staatswesen

- den historischen Traditionen des Landes entspricht,
- am ehesten zu einer unserer Eigenart entsprechenden Demokratie führt, – Garantien für den künftigen europäischen Frieden und für den Frieden des eigenen Landes bietet,
- und die Voraussetzungen zu einem gesunden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben schafft.

Wir Schwaben tragen unsern Teil zu dieser Rettung bei, indem wir den Weg weisen. Dies tun wir, indem wir zunächst unser eigenes Haus in Ordnung bringen und es beschützen und bewahren vor allen in Wahrheit reichsfeindlichen Einflüssen, auch soweit sie unter dem Reichsgedanken getarnt sind. Friedrich d. Gr. und Bismarck, die Väter des grosspreussischen «Reiches», waren in Wahrheit Reichs-

feinde, die wesentlich den Untergang der alten Reichsidee mit verursacht haben. Ihre Nachfolger im Geist, die die Reichsidee vorschoben, um wieder ihren preussischen Zentralstaat zu schaffen, sind die wahren Reichsfeinde der Gegenwart.

Die alte Reichstradition liess den einzelnen Gauen und Stämmen ihre staatliche und politische Freiheit, und zwar in einem Umfang, der den heutigen Zentralstaatstheoretikern unfassbar wäre. Und doch war dieses Reich in der Zeit der Salier und Staufer eine Macht von europäischem Format. Darin unterscheidet sich in der Wirkung die geistige und moralische Fundierung einer Macht von der politisch-militärischen; der preussisch-deutsche Zentralstaat hat es glücklich so weit gebracht, dass heute auch der letzte Quadratmeter deutschen Bodens unter fremder Kontrolle ist. Die moralische Macht ist immer die wirksamere und nachhaltigere. [...] Wir Schwaben nehmen heute wieder das Recht des Vorstretes in Anspruch im Kampf um des Reiches Not. Nie war diese Not grösser, der Kampf schwerer. Es muss doch endlich einmal die Tragik aus dem Schicksal des Deutschtums gelöst werden, durch die es seit Generationen sich selbst und der Menschheit eine Gottesgeisel gewesen ist! Aus der reichen Begabung und Intelligenz, aus der ehrlichen Begeisterungsfähigkeit unseres Volkes muss doch einmal der Giftstachel entfernt werden können, der uns fast mit der erschreckenden Regelmässigkeit von Naturgesetzen unter allen Völkern verhasst macht. Seit einem Jahrhundert und länger sind unsere Staatsmänner, unsere Militärs und unsere Philosophen der Welt in gleichem Masse gefährlich geworden, und die Welt hat entsprechend feindlich reagiert; politischer Zerfall und geistige Isolierung waren die Folge, beide in gleichem Masse unerträglich und für die Zukunft des Volkes gefährlich. Es war schon seit Langem, nicht erst seit unserer Niederlage, keine Ehre mehr, im Ausland den deutschen Reisepass vorzuzeigen. An so wenig Orten waren wir geachtet, beliebt; instinktiv hat das Gefühl der Welt uns abgelehnt, einmütig, geschlossen, ohne Kompromisse. Es ist unmöglich zu sagen, es sei dies immer die Schuld der andern gewesen.

Vielleicht ist es die historische Mission des Schwabentums, dem deutschen Volke einen neuen Weg in die Weltöffentlichkeit zu zeigen. Wenn wir den wahren, auf Freiheit, Recht, Friede und Menschlichkeit gegründeten Volksstaat eigenen Gepräges schaffen, der für alle Zeiten den alten Machtstaat beseitigt; wenn wir, nicht unter dem Zwang des verlorenen Krieges, sondern freiwillig und für alle Zeiten, auf Grossmachtpolitik alten Stils verzichten – ihre Zeiten sind ohnedies vorbei –, um in Gross-Europa mitzuarbeiten; wenn wir die Gefahr beseitigen, dass die alten Ideen weiterwirken, und dass hinter den abziehenden Besatzungstruppen eines Tages eine neue deutsche Expansion ihr Haupt erhebt; wenn wir darauf verzichten, die Völker bevormunden zu wollen auf Grund unserer besonders hervorragenden Eigenschaften und Tugenden; wenn wir nichts anderes

sein wollen als gleichwertige Mitarbeiter am europäischen Hausbau und gute Nachbarn unserer Nachbarn – dann wird auch das deutsche Volk einer neuen und würdigen Zukunft entgegensehen können.

Eine autonome alemannische Demokratie kann diesen Weg weisen.

Aus: Otto Feger, *Schwäbisch-alemannische Demokratie*, Konstanz 1946, S. 226 ff.

Flüchtlinge und Kriegsgefangene

Zu den grössten Leistungen der vier Besatzungszonen bzw. ihrer staatlichen Nachfolger gehört ganz sicher die Aufnahme und Ansiedlung eines nach Millionen zählenden Flüchtlingsheeres – umso mehr, als beides eine immense Belastung des Wiederaufbaus bedeutete. Am erstaunlichsten ist dabei wohl, dass die Integration dieser Flüchtlinge im Wesentlichen innerhalb einer Generation gelang und die damit verbundenen Probleme nicht zum sozialen Sprengsatz heranreiften.

Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa war die Antwort auf die Eroberungs- und Vernichtungsstrategien der Nationalsozialisten. Als solche wurden sie durch das Potsdamer Abkommen sanktioniert, in dem die Alliierten – mit Ausnahme Frankreichs, das an dieser Konferenz nicht beteiligt war – zu der Ansicht gelangten, dass «eine Überführung der deutschen Bevölkerung oder deutscher Bevölkerungselemente, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn geblieben sind, nach Deutschland vorgenommen werden muss» (Arbeitskreis, S. 39). An diese Abmachungen fühlte sich Frankreich, obschon es die allgemeinen Ziele des Abkommens unterstützte, nicht gebunden, weil es die wirtschaftlichen Ziele seiner Besatzungspolitik durch diese Umsiedlungsmassnahmen tangiert glaubte; zudem scheute Frankreich eine Mitwirkung an dieser Umsiedlungspolitik, weil es damit ein Stück jener Tendenz zur Zentralstaatlichkeit zu fördern glaubte, gegen die es sich aus sicherheitspolitischem Kalkül so vehement sträubte. Deshalb hielt Frankreich seine Zone über Jahre hinaus für Flüchtlinge gesperrt, so dass ihr Anteil an der Bevölkerung relativ unerheblich blieb. Während die amerikanische Zone einen Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung von 16,3% (absolut: 2,7 Millionen), die britische einen solchen von 13,9% (3 Millionen) und die russische sogar einen von 20,8% aufwies, waren im Oktober 1946 lediglich 1,5% aller in der französischen Zone lebenden Menschen Flüchtlinge. Diese knapp 80'000 Menschen waren Heimatvertriebene, die entweder aus Österreich, Elsass-Lothringen oder Dänemark in kleinen offiziellen Transporten eingetroffen oder einzeln in die französische Zone gelangt waren, obwohl die Zuzugsbeschränkungen sehr restriktiv gehandhabt wurden und für eine Genehmigung der Nachweis eines Wohn- und Arbeitsplatzes verlangt wurde. Im Allgemeinen erhielt nur eine Zuzugsgenehmigung, wer nachweisen konnte, dass er in der französisch besetzten Zone nahe Verwandte hatte.

Dennoch war Ende 1945 ein dem Innenministerium unterstehendes «Landesamt für Umsiedlung» mit Sitz in Freiburg gegründet worden. Diesem wurden «alle mit den Aus- und Einwanderungen deutscher Volkszugehöriger im französischen Besatzungsgebiet Badens zusammenhängenden Aufgaben» übertragen, darunter «vor allem die Rückführung der Umquartierten aus anderen Besatzungszonen und die bevorstehende Aufnahme der aus dem Osten Ausgewiesenen» (Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Generalia 3151). Schon diese Aufzäh-

Ausschuß für die Kriegsgefangenen Aufruf an die Bevölkerung von Baden

Unter der Mitwirkung folgender Persönlichkeiten Badens:

Dr. **Bund**, Ministerialdirektor, Leiter des Wirtschaftsministeriums, Präsident der Landesverwaltung

Dr. **Ott**, Ministerialdirektor, Leiter des Erziehungs- und Kultusministeriums

Dr. **Hausser**, Ministerialdirektor, Leiter des Innenministeriums

Dr. **Zürcher**, Leiter der Justizverwaltung

Exzellenz Dr. **Conrad Gröber**, Erzbischof in Freiburg

Dr. **Köhlewies**, evangelischer Landesbischof

Karl **Eisenmann**, Landgerichtsdirektor, Vorsitzender des Oberrates der Israeliten

Präsident Dr. **Kreuziger**, Präsident des deutschen Cartreverbandes

Freiherr **Zähringer**, Leiter der Arbeiter-Wahlkartei Freiburg

Prof. Dr. **Jansson**, Rektor der Universität Freiburg

würde als Ehrenschnuß für die Hilfe an deutsche Kriegsgefangene gebildet, der folgenden Aufruf an die Bevölkerung richtet:

Die Wiedererrichtung der Postverbindungen zwischen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und ihren Familien ist wieder gesichert, sie werden häufig Liebesgabenempfehlungen an deutsche Kriegsgefangene möglich sein.

Die deutsche Bevölkerung ist auferufen, bei der Spendung von Liebesgaben, die vorerst nur in der Form der allgemeinen Sammlung von Gaben für die Kriegsgefangenen vor sich geht, nach Kräften mitzuwirken. Ausschüsse werden in Stadt und Land von Sammlung durchzuführen. Die Mitwirkung des internationalen Roten Kreuzes ist gesichert. Sie gibt die moralische Gewähr für die richtige Weiterleitung und Verteilung der gesammelten Gegenstände.

Alle Kreise der Bevölkerung die Ausschüsse und die ständigen und kommissarischen Behörden werden Ihre Kräfte anspannen, um die die Werk der Menschlichkeit, das die Militärregierung in dankenswerter Weise angeleitet hat, zu einem guten Ende zu führen.

Help Euren Kriegsgefangenen!

Der Landesausschuß von Baden

Vorsitzender: von Prékado

DRUCK C. A. SCHWARZ, KONSTANZ

Die Sorge um die Kriegsgefangenen wurde von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen.

lung macht deutlich, wie wenig einheitlich man sich den gemeinhin mit der Sammelbezeichnung «Flüchtlinge» umrissenen und zusammengefassten Personenkreis vorzustellen hat. Entsprechend den Erlassen des Badischen Ministeriums des Innern vom 9. April 1946 (Nr. 4106) und 9. Juli 1946 (Nr. 9053) sowie des Landesamtes für Umsiedlung vom 10. August 1946 (U 350) galten als Flüchtlinge «alle Personen, die aus dem Ausland oder aus einem der unmittelbaren Verwaltung einer fremden Macht unterstellten deutschen Landesteil seit der Besetzung durch die Kriegseinwirkungen gezwungen zugezogen sind oder noch zuziehen, sofern der Zuzug aus einem Ausweisungsgebiet für deutsche Reichs- und Volkszugehörige erfolgte und wenn diese Personen am Zuzugsort weder heimat- noch niederlassungsberechtigt sind», ferner «alle Personen dieserart, die – sei es als entlassene deutsche Kriegsgefangene oder Internierte – in ihr Heimatgebiet deshalb nicht zurückkehren können, weil dieses Ausweisungsgebiet darstell» (Stadtarchiv Freiburg, C 5/2735).

Als Heimatvertriebener nach dem badischen Landesgesetz für die Heimatvertriebenen galt hingegen, «wer als deutscher Staatsangehöriger oder Volkszugehöriger am 1. September 1939 oder zu einem späteren Zeitpunkt, jedoch vor dem 8. Mai 1945, seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt ausserhalb des Bereiches der vier Besatzungszonen und der Stadt Berlin oder im Saargebiet hatte, von dort im Zusammenhang mit dem Krieg geflüchtet ist oder ausgewiesen wurde, dorthin nicht zurückkehren kann und auf Grund seiner ordnungsgemässen Aufnahme seinen ständigen Aufenthalt in Baden genommen hat». Durch Verordnung der Landesregierung konnten auch andere Flüchtlingsgruppen, die als echte Heimatvertriebene anzusehen waren, aber den genannten Voraussetzungen nicht entsprachen, dem Gesetz unterstellt werden.

In einem mehr pragmatischen Sinne lassen sich vier Gruppen unterscheiden:

- die Evakuierten;
- die aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas Zwangsausgewiesenen (Vertriebenen);
- die Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone beziehungsweise aus der DDR;
- die Displaced Persons (DPs), ein recht unpräzise definierter Personenkreis, der auf seine Repatriierung wartete.

Zeitlich am frühesten äusserte sich das Evakuiertenproblem. Seit 1943 waren im Produktionsprozess Entbehrliche – meist Mütter, Kinder und Alte – aus bombengefährdeten Gebieten in vornehmlich ländlich-kleinstädtische Gebiete evakuiert worden. Mit zunehmender Intensivierung des Luftkrieges nahm auch die Evakuierung zu und vermischte sich gegen Kriegsende immer mehr mit den Fluchtbewegungen aus den deutschen Ostgebieten (Kiessmann, S. 40). Aufgrund der späten Öffnung der französischen Zone für Flüchtlinge stellte die Anwesenheit der Evakuierten hier zunächst das eigentliche «Flüchtlings»problem dar. Für 1947 (Stand: 1. April) waren von den insgesamt 3,1 Millionen Evakuierten aller vier Zonen in der französischen Zone 350'000 registriert; im Bezirk des Landeskommissärs Konstanz (Stadtkreis Konstanz sowie die Landkreise Konstanz, Überlingen, Stockach, Donaueschingen, Villingen, Neustadt, Säckingen und Waldshut) Ende 1945 etwa 30'000. Für das Zahlenverhältnis zwischen Evakuierten und Flüchtlingen mögen die Zahlen des Landkreises Stockach stehen, wo laut Lagebericht vom Oktober 1946 1'470 Evakuierten 372 Ost- und 120 Westflüchtlinge gegenüberstanden.

Zur Regelung der Rückführung der Evakuierten in ihre Heimat hatte das Badische Innenministerium Ende 1945 zwei Kategorien von Evakuierten geschaffen, von denen die zweite – solche Evakuierte, die sich weder beruflich noch in Haushalten betätigten und keine örtlichen Bindungen hatten – bevorzugt in ihre Heimat zurückgeschafft werden sollte, notfalls unter Zwang wie Entzug von Lebensmitteln und Fürsorgebeiträgen. Tatsächlich jedoch zog sich die Rückführung der Evakuierten sehr lange hin und war selbst nach dem Erlass des Bundesevakuierengesetzes 1953 noch nicht abgeschlossen.

Der Hauptteil der aus Ostmitteleuropa erfolgten Zwangsumsiedlungen entfiel auf Gebiete östlich von Oder und Neisse. Seit Kriegsende waren von dort bis 1951 3,5 Millionen Menschen vertrieben beziehungsweise zwangsumgesiedelt worden. Aus der Tschechoslowakei kamen bis 1950 annähernd 3 Millionen, aus anderen osteuropäischen Staaten knapp 1,9 Millionen Menschen (nach Kiessmann, S. 41). Diese verteilten sich auf alle vier Zonen. Die von der sowjetischen Besatzungszone ausgehende Fluchtbewegung setzte um 1947/48 in nennenswertem Ausmass ein – zu einem Zeitpunkt, da die Fluchtbewegung aus den Ostgebieten bereits ihren Höhepunkt überschritten hatte. Im Gegensatz zu der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge aus den Ostgebieten machte die Eingliederung der mitteldeutschen Flüchtlinge weniger Probleme, da ihre Berufs- und Altersstruktur weit günstiger waren.

Displaced Persons schliesslich, d.h. ausländische Zivil- und Zwangsarbeiter, bildeten in den vier Zonen bis zu ihrer Repatriierung ein besonderes Problem. Sie zählten in Südbaden nach Zehntausenden, in Offenburg beispielsweise hielten sich bei Kriegsende allein etwa 4“000 Deportierte auf. Ihr Schicksal ist, zumindest für den südbadischen Bereich, bisher keiner Darstellung für wert befunden worden, wogegen es eine ganze Reihe vor allem journalistischer Darstellungen gibt, die den Schrecken einer Fremdarbeiterplage mit Plünderungen, Vergewaltigungen, Morden, Erpressungen und sonstigen Racheakten in den farbigen Bildern auszumalen wissen. Nicht, dass solche Ereignisse nicht stattgefunden hätten (wenn auch die Displaced Persons keine aus dem Rahmen fallende Kriminalitätsrate aufwiesen); aber es stellt einer Demokratie ein schlechtes Zeugnis aus, wenn darüber hauptsächlich Darstellungen existieren, die den Zusammenhang zwischen Ursache und Folgen auf den Kopf stellen, von dem rassistischen Denken, auf das dabei untergründig spekuliert wird, ganz abgesehen. Wer indes nicht von der Deportation eines nach Millionen zählenden Heeres von Fremdarbeitern und deren jahrelanger Ausbeutung reden möchte, der sollte auch über die verständlichen – wenngleich nicht immer entschuldbaren – Reaktionen dieser Menschengruppe nach der Kapitulation schweigen. Oft bedeutete nicht einmal die Befreiung ein Ende des Leidensweges dieser Menschen. So waren in Offenburg in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai 1945 «Explosionen von Zeitminen [erfolgt], welche von verantwortungslosen abziehenden deutschen Truppen gelegt worden waren und durch die 114 schlafende Russen getötet wurden» (Köhler, S. 16). Die Rückführung dieser bis dahin meist in Lagern lebenden Fremdarbeiter erfolgte teils durch die 1943 ins Leben gerufene «United Nations Relief and Rehabilitation Administration» (UNRRA), teils auf eigene Faust («Wilde Rückwanderung»). Insbesondere diese letzte Gruppe war es, die, oft als kleine Trupps organisiert, zu Fuss die Heimat zu erreichen suchte und mitunter als «Schrecken der einheimischen Landbewohner» erlebt wurde (Stanislaus Stepien, S. 48).

Die ablehnende Haltung der französischen Besatzungsmacht gegen eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen in ihre Zone wurde im Laufe des Jahres 1947 revidiert, als sich die Franzosen der Forderung der anderen Besatzungsmächte nach einem Flüchtlingsausgleich immer weniger verschliessen konnten. Besondere Brennpunkte des Flüchtlingsproblems – und des Flüchtlingselends – waren die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die beide einen Flüchtlingsanteil von über 30% aufwiesen, oder auch Bayern mit über 20%. So kam es im Laufe des Jahres 1948 zu grösseren Flüchtlingszuteilungen an die französische Zone, wobei zwischen dem alliierten Kontrollrat und den Behörden ein Flüchtlingsanteil von 10% der Bevölkerung ausgehandelt wurde. In absoluten Zahlen hätte dies einen Zustrom von 120'000 Flüchtlingen bedeutet.

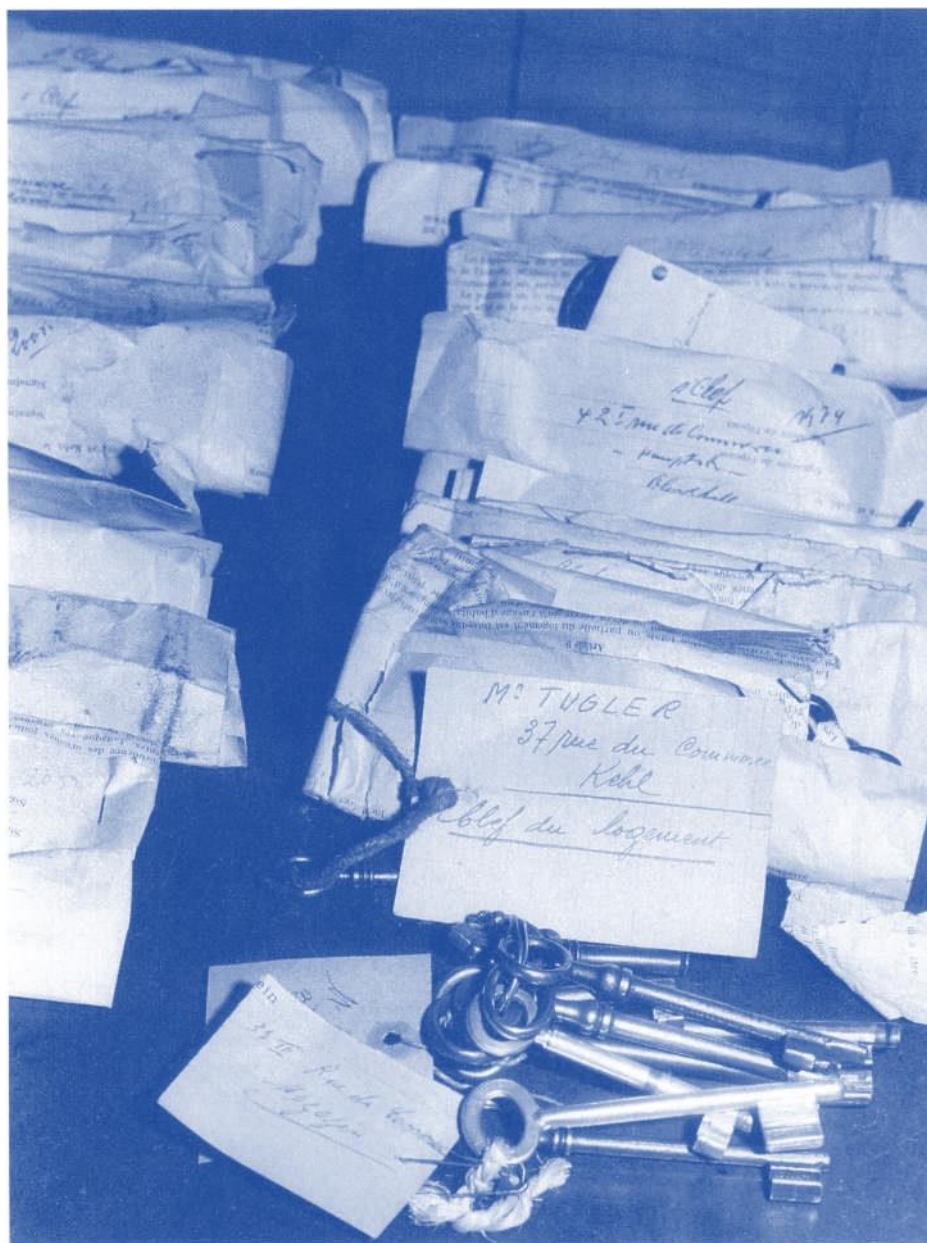
Dieser Anteil war nach Angaben des Leiters des Amtes für Umsiedlung, Steinmeyer, bereits im Frühjahr 1949 erreicht, ohne dass die Zuteilung weiterer Flüchtlingskontingente damit beendet gewesen wäre. Eine eigentliche Verschärfung der Situation ergab sich insbesondere, als die Bundesregierung 1949 die Auflage erhielt, 1950 300'000 weitere Heimatvertriebene aus den überlasteten Ländern umzusiedeln, wovon auf das Land Baden 48'000 entfielen. Davon waren bis Ende Oktober 1950 38'000 eingetroffen, die Unterbringung des Überhangs von 10'000 Flüchtlingen konnte bis Frühjahrsbeginn 1951 im Wesentlichen abgeschlossen werden. Diese Kontingente und ihre badischen Anteile waren allerdings innerhalb des Landes nicht gleich verteilt; Gemeinden mit bis zu 20% und darüber standen solche mit relativ geringem Flüchtlingsanteil gegenüber. Wie für die anderen Zonen stellte die Aufnahme, Unterbringung und soziale Integration der Flüchtlinge für die französische Zone auf allen Ebenen eine ausserordentliche Belastung dar; die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme – Ernährung, Kleidung, Wohnungsfrage, Arbeitsplätze – war unvermeidbar. Andererseits darf nicht unterschlagen werden, dass die Flüchtlinge selbst ein grosses Arbeitskräftepotential darstellten, das, wenn auch erst Jahre später, für den Wiederaufbau wichtig wurde.

Von Anfang an war nicht nur eine vorübergehende Aufnahme, sondern eine endgültige Eingliederung der Flüchtlinge Ziel der Flüchtlingspolitik. Auch nach der Ankunft in einem der Umsiedlungslager in Offenburg, Donaueschingen, Villingen, Herten nahe Rheinfelden, Säckingen und Waldshut, wo eine medizinische Erstbetreuung stattfand und die als Grundlage der Eingliederung dienende persönliche Datenerfassung abgewickelt wurde, war eine Zuweisung noch so bescheidener Privatquartiere oft nicht möglich, ganz zu schweigen etwa von den grossen Flüchtlingsdurchgangslagern in Freiburg-Betzhausen, Rastatt und Altschweier bei Bühl, die – wie auch andere Flüchtlingslager – auf einen längeren Verbleib der Flüchtlinge eingerichtet waren. Was unter den Voraussetzungen allgemein knappen Wohnraums und eines sich erst langsam wieder entwickelnden Wohnungsbaus blieb, war hauptsächlich die Requirierung und Beschlagnahme privaten Wohnraums, den die Kreisämter für Umsiedlung in Zusammenarbeit mit den Wohnungsamtern nachzuweisen hatten – gesetzliche Grundlage dafür war das Kontrollratsgesetz Nr. 18, welches das Reichsleistungsgesetz als juristische Grundlage ablöste. Besonders vorangetrieben wurde auch die Gewinnung von Wohnraum durch Teilung, den Umbau von Geschäftsräumen und vor allem durch den Ausbau von Dach- und Kellergeschossen (vgl. auch das Kapitel «Zerstörung und Wiederaufbau»).

Nächst der Beschaffung von Wohnraum war die Vermittlung von Arbeit die wichtigste Integrationsmassnahme. Lange war die Arbeitslosigkeit unter Flüchtlingen überproportional hoch. Negativ für die Integration der Heimatvertriebenen wirkten sich Diskriminierungstendenzen unter den Einheimischen aus, wie sie vor allem im Bereich der Lager zu beobachten waren. Benachteiligungen wurden aber auch dadurch gefördert, dass die lokalen Behörden im Allgemeinen von Einheimischen besetzt waren. Auch hier kamen wichtige psychologische und mentalitätsbedingte Faktoren zum Tragen, die neben sozialen und materiellen Hindernissen zusätzlich eine Rolle spielten. So berichtete beispielsweise der «Südkurier» vom 7. März 1947 über eine Kreisversammlung in Säckingen, dass «gegen Personen, die für die Lage und das Los der ankommenden Flüchtlinge kein Verständnis zeigen, mit drastischen Mitteln vorzugehen sei». In der Tat wurden die Flüchtlinge nirgends mit offenen Armen empfangen, und zusätzlich zur ohnehin bestehenden Skepsis gegenüber den Fremden sorgten sprachliche und mentale, politische und konfessionelle sowie allgemeine kulturelle Unterschiede und Lebensart für Vorbehalte, Spannungen, Reibungspunkte und Ressentiments – ganz abgesehen davon, dass Einheimische unter den waltenden Umständen in den Flüchtlingen unliebsame Konkurrenten um eine ohnehin geringe Lebensqualität erblicken mussten.

Um so wichtiger war es, dass die Vertriebenen von sich aus aktiv wurden und Formen der Gemeinschaftsbildung und der Interessenorganisation entwickelten – ohne dass es ihnen freilich immer gelungen wäre, in revanchistischem Sinne missbrauchbare Sondertraditionen zu vermeiden und daraus abgeleitete Ansprüche auf die alte Heimat als illusionär zu erkennen. Am wertvollsten war die gemeinte Identitätswahrung sicher dort, wo sie als eigener Beitrag zum politischen, sozialen und kulturellen Leben verstanden werden konnte und so am wirkungsvollsten an der Integration mitwirkte – wurden doch auf diese Weise am ehesten Vermischungsprozesse mit den Einheimischen eingeleitet. Dass diese Vermischung in der Stadt meistens besser gelang als in ländlichen Gebieten mit ihrem gewachsenen Traditionsgefüge, ist allgemeine Erfahrung und wird darüber hinaus durch zahlreiche Versuche von Flüchtlingen belegt, von ländlichen Zuweisungsorten in Städte zu gelangen.

Diese Integration der Vertriebenen stellte nicht nur die Gemeinden, sondern auch das Land Baden vor schier unlösbare Probleme, so relativ bescheiden sich die Grössenordnungen zunächst auch ausnahmen. Sollte sich das Flüchtlingsproblem nicht zum sozialen Sprengsatz auswachsen, so musste sich die Sozialpolitik vorrangig auf die Flüchtlinge konzentrieren, die mit ihrer wenigen geretteten Habe vor einem völligen Neubeginn standen. Im Verein der Massnahmen, die den von Krieg und Kriegsfolgen am meisten geschädigten Bevölkerungsgruppen helfen sollten, stand das Lastenausgleichsgesetz ganz vorn, ohne dass es die Besitzverhältnisse wirklich antastete. Seine Leistungen wären jedoch ohne die sonstigen Hilfestellungen der öffentlichen Hand, insbesondere der Kreise und Gemeinden, unzureichend gewesen. So vergab beispielsweise Anfang 1950 die Stadt Bühl kostenlos Grundeigentum und gewährte Zweithypothesen in Höhe von 3'000 DM; Vergleichbares geschah in vielen anderen Orten wie z.B. Kenzingen oder Triberg. Andere Gemeinden beschränkten sich auf Darlehen, gaben Baumaterialien kostenlos oder zum Selbstkostenpreis ab und stellten ihre Fuhrparks zur Verfügung.



Beim schrittweisen Abzug der Franzosen aus Kehl wurden die seit Kriegsende beschlagnahmten Häuser wieder frei. Mit Namensschild versehen und in Papiersäckchen verpackt, lagen die Hausschlüssel auf der «Mairie de Kehl» für die Hauseigentümer bereit.

Vergessen werden darf aber auch nicht die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, voran die Caritas, die Fürsorgeeinrichtungen schuf, zahlreiche Lebensmittel-, Geld- und Kleidersammlungen durchführte und mit Wärmestuben, Nähstuben, Beratungsstellen, Gemeinschaftsküchen, Kindergärten und Werkstätten ein hilfreiches Netz sozialer Hilfsdienste für die besonderen Brennpunkte sozialer Not unterhielt. Ihre Arbeit kam insbesondere den Flüchtlingsfrauen zugute, die einen überproportionalen Anteil an den Vertriebenen stellten und auch die Hauptlast des Flüchtlingschicksals zu tragen hatten, indes auch durch zeitweiliges Hinauswachsen über tradierte Rollenbilder die Hauptleistungen bei seiner Bewältigung vollbrachten.

Über der Darstellung der Lage der «fremden Flüchtlinge» sollten nicht zwei kleinere Episoden vergessen werden, die «einheimische Flüchtlinge» betrafen. Ende 1944 war die Bevölkerung Kehls evakuiert worden; da die Stadt nach französischen Plänen Frankreich angegliedert werden sollte, wurde den Einwohnern bei Kriegsende die Rückkehr nach Kehl verweigert. Im April 1949 schliesslich einigten sich die Westmächte darauf, Kehl solange unter französischer Verwaltung zu belassen, bis Frankreich mit einer deutschen Regierung zu einem positiven Verhandlungsergebnis über die Rückgabe der Stadt an einen deutschen Staatsverband käme. Diese Rückgliederung wurde am 8. April 1953 abgeschlossen. Bis es soweit war, mussten Tausende von Kehler Einwohnern in den umliegenden Landkreisen leben, manche fast ein Jahrzehnt lang.

Die zweite Evakuierung betraf den sogenannten Jestetter Zipfel, für den am Abend des 14. Mai 1945 die französische Besatzung Räumung anordnete: bereits am nächsten Tag war das gesamte Zollausschlussgebiet zu verlassen. Betroffen von dieser Massnahme waren die Gemeinden Lottstetten, Jestetten und Altenburg; das einzige Zugeständnis war, dass die Insassen der Jestetter Heilstätte bleiben durften. In Dettighofen hatte sich die Bevölkerung auf eine notdürftige Aufnahme der Ausgewiesenen vorbereitet; von dort war die Verlegung der Evakuierten auf die Gemeinden Griessen, Ühlingen, Krenken, Aichen, Gutenberg, Riedern am Wald, Indlekofen, Weilheim, Rohr und weitere Orte vorgesehen. Erst im August 1945 durfte die Bevölkerung der drei Gemeinden in ihre Häuser zurück. Eine – wenig einleuchtende – Erklärung von französischer Seite lautete, militärische Notwendigkeiten hätten die Massnahme unumgänglich gemacht.

Evakuierte, Flüchtlinge und Heimatvertriebene

Bevor sich das Land Baden für die Flüchtlingsströme und den Flüchtlingsausgleich unter den Ländern öffnete, überwog die Zahl der Evakuierten die der Flüchtlinge und Umgesiedelten beträchtlich. Bei der einheimischen Bevölkerung, zumal auf dem Lande, hinterliessen die Evakuierten allerdings einen Eindruck, welcher der späteren Aufnahme von Flüchtlingen nicht gerade förderlich war. Die meisten der aus den Industriegebieten Mannheims und Westfalens stammenden Evakuierten betrachteten sich hier «als Gäste des Führers», schrieb der Landrat von Stockach am 19. November 1945 an den Landeskommissär Konstanz. «Zum grossen Teil lehn-

ten sie irgendwelche ernstliche Beschäftigung ab. Seit der Besetzung durch die Franzosen haben sich namentlich die Frauen bei der bäuerlichen Bevölkerung dadurch missliebig gemacht, dass sie mit den Soldaten fraternisierten und ihre französischen Soldaten vielfach dazu benützten, ihnen beim Hamstern auf dem Lande behilflich zu sein. Die Stimmung ist deswegen gegen diese Evakuierten vielfach recht feindselig» (Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Fasz. 3151). Hier Angaben über die Zahlenstärke der «displaced persons», die sich in den zum Landeskommissär Konstanz gehörenden Landkreisen am 18. März 1946 aufhielten, getrennt nach den einzelnen Herkunftszonen:

	Französische Zone	Britische Zone	Amerikanische Zone	Sowjetische Zone	Ausländer	zusammen
Stadtkreis Konstanz	310	321	412	522	98	1 663
Landkreis Konstanz	654	361	538	703	38	2 294
Landkreis Waldshut	716	911	641	370	36	2 674
Überlingen	1260	2601	211	590	61	4 723
Villingen	488	520	490	366		1 864
Säckingen	351	1050	493	531		2 425
Donaueschingen	635	925	635	384	-	2 601
Stockach	736	758	991	480	-	2 965
insgesamt						21 188

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Fasz. 3151.

Eine der Voraussetzungen für die Unterbringung von Umsiedlern und Vertriebenen war die Rückführung der zahlreichen Evakuierten («Umquartierten») in ihre Herkunftszone, die auf dem Wege der Gegenseitigkeit zwischen den vier Besetzungszonen erfolgte und in Baden in der ersten Aprilhälfte 1946 einsetzte. Zu diesem Zweck waren Anfang 1946 in Offenburg, Donaueschingen und Lörrach Durchgangslager gebildet worden, von wo aus die Rückfahrt in Sammeltransporten angetreten wurde; die Beförderung erfolgte aufgrund eines Heimkehrerausweises. Ausgenommen von der Rückführung waren lediglich Personen, deren Herkunftsgebiet zum Ausweisungsgebiet für Deutsche erklärt worden war, sowie für die Wirtschaft wichtige, nicht voll ersetzbare Arbeitskräfte.

Der Abtransport in die englische Zone

Reges Leben an der Milchrampe des Offenburger Bahnhofs

Zur Zeit wird die Rückführung in die englische Zone durchgeführt. Damit ist das Durchgangs- und Sammellager Offenburg wieder in den Mittelpunkt vieler Betrachtungen gerückt. In der «Badenia» und «Am Holderstock» versammeln sich die Menschen, die durch die Kriegseignisse aus der englischen Zone verschlagen wurden und nun wieder dorthin zurückkehren müssen.

Am Mittwoch waren es etwa 1'000 Personen, die auf der Milchrampe unterhalb des Hauptbahnhofes auf ihren Abtransport warteten. [...]

So musste man in den 58 zur Verfügung stehenden Wagen noch etwas mehr zusammenrücken, um einen Teil der ziemlich Enttäuschten mitnehmen zu können. Das war aber insofern wieder nicht ganz einfach, als die einzelnen Wagen nach Städten geordnet, also die Hamburger, Düsseldorfer, Dortmunder usw. jeweils zusammen untergebracht waren. Diese Anordnung erleichtert die Aufteilung des Transports an seinem Bestimmungsbahnhof Siegen und zeigt gleichzeitig, dass die Organisation sonst wohldurchdacht und erprobt ist.

Das wurde auch von den Umquartierten anerkannt, die sich über ihre Unterbringung und Verpflegung in Offenburg lobend aussprachen. Sie sahen, dass Ausserordentliches für sie getan wurde. Ihr Gepäck wurde mit Autos vom Lager bis an den Güterwagen geführt und nicht auf 100 Kilo Höchstgewicht überprüft. Es wurde in den Wagen verstaut, die auch seinen Eigentümern zugeteilt waren. Das Gepäck von 25 Menschen und diese selber füllten einen Wagen gut aus. Von der Bratpfanne bis zum Kinderbettchen waren alle schleppbaren Utensilien vertreten. Der vornehme Lederkoffer leistete die selben Dienste wie die einfache Holzkiste. Alt und Jung, Arm und Reich, Vogel und Hund, traten ihre meist nicht unfreiwillige Heimreise an. Offenburgs «Ausländer» waren nur schwach vertreten.

Viele dieser Menschen fahren ins Ungewisse, vertauschen die Stube mit der Kellerwohnung. Aber die Notwendigkeit zwingt manchmal auch zu Härten. Baden braucht Platz für die ihm zugeteilten Umsiedler und die eigenen zurückkehrenden Söhne. Es sind die Folgen von Hitlers Krieg, die wir noch Jahre verspüren müssen.

Aus: «Ortenauer Zeitung», 21. Juni 1946.

Nachdem die Evakuierten grösstenteils in ihre Herkunftszonen zurückgebracht worden waren, öffnete sich im Frühjahr 1948 die französische Zone für den Flüchtlingsstrom aus Osteuropa, der zunächst zum beträchtlichen Teil in Schleswig-Holstein untergebracht worden war. Von dort aus ging es in die badischen Landesdurchgangslager beziehungsweise gleich in Kreisdurchgangslager, die nach einem Runderlass des Amts für Umsiedlung vom 25. Februar 1947 in jedem Landkreis zu errichten waren. Hier fand eine erste medizinische Betreuung statt sowie die Erhebung der persönlichen Daten, die für die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung von Bedeutung waren. Gemäss einem vom Kreisamt für Umsiedlung erarbeiteten Schlüssel wurden die Flüchtlinge nach einiger Zeit in die Gemeinden des betreffenden Kreises umgelegt. Ein Erfahrungsbericht des Badischen Ministeriums des Innern zeigt die Mängel der Organisation auf:

Betr.: Erfahrungen bei der Unterbringung des 1. Flüchtlingstransports aus Schleswig-Holstein.

Bei der Ankunft des 1. Flüchtlingstransports aus Schleswig-Holstein wurden verschiedene Mängel festgestellt, die durch geeignete Massnahmen sehr leicht abzustellen sind. Wir geben Ihnen daher anschliessend einen Bericht über die beim Empfang, bei der Verteilung und Unterbringung des 1. Flüchtlingstransports aus Schleswig-Holstein gemachten Erfahrungen.

Da der Transport nachts bzw. in den frühen Morgenstunden eintraf, wurde es als äusserst angenehm empfunden, dass meist entweder ein starker Bohnenkaffee mit Brot und Butter oder aber ein sonstiges Heissgetränk zur Verfügung stand. In einigen Kreisen wurde sofort ein warmes Essen (Eintopf) ausgegeben, was grossen Anklang fand. Es ist zu bedenken, dass die letzte warme Verpflegungsstation für alle Transporte Hanau sein wird, so dass also, obwohl die Flüchtlinge ausreichend Marschverpflegung mit sich führen, ein starker Bedarf nach heissen Getränken vorherrscht, sofern die Transporte in den frühen Morgenstunden eintreffen. Die Kreisämter für Umsiedlung sollten daher für eine ausreichende Verpflegung der für ihren Landkreis vorgesehenen Flüchtlinge sorgen. [...]

Es ist ferner darauf zu achten, dass genügend Personal am Bahnhof ist, auch zum Ausladen des Gepäcks, und dass auch ausreichend weibliche Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die sich der durch die Bahnfahrt ermüdeten kleinen und grösseren Kinder annehmen können und die den Frauen hilfreich zur Hand gehen. Welche Organisationen der freien Wohlfahrtspflege hierzu eingesetzt werden, wird örtlich verschieden sein, auf alle Fälle müssen genügend Pflegerinnen am Bahnhof zur Verfügung stehen. [...] Bei der Verteilung der Flüchtlinge im Kreisdurchgangslager hat es sich als sehr vorteilhaft erwiesen, wenn der erste Beamte des Landratsamts mit dem Kreisbeauftragten für Umsiedlung und dem Vertreter des örtlichen Arbeitsamts *individuell* jeden einzelnen Fall prüft und durch eine persönlich-menschliche Aussprache mit den einzelnen Flüchtlingen in ihnen das Gefühl erweckt, dass wirklich alles getan wird, um berechnete Wünsche zu erfüllen und den Neubürgern eine neue Heimat zu geben.

Es ist ferner vereinzelt vorgekommen, dass die Flüchtlinge dann in die Gemeinden transportiert wurden, ohne dass das Bürgermeisteramt davon verständigt war. Das führte dazu, dass die Kraftwagen mit den Flüchtlingen in den betr. Gemeinden eintrafen, und dass niemand da war, der sich um sie kümmerte. Die gleichen Erfahrungen sind bereits bei früheren Transporten gemacht worden. Wir nahmen an, dass die Kreisämter für Umsiedlung aufgrund ihrer jahrelangen Praxis auch ohne besonderen Hinweis eine solche Fehlleitung vermeiden würden. [...]

Es wurde als sehr angenehm empfunden, wenn im Kreisdurchgangslager oder in der Kreisstadt ein kurzer Empfang der Flüchtlinge durch den Landrat und andere geeignete Persönlichkeiten erfolgte. Dies sollte, sofern genügend Zeit zur Verfügung steht, überall getan werden. Bei dieser Gelegenheit kann der Landrat oder der erste Beamte oder der Kreisbeauftragte für Umsiedlung in der Begrüßungsansprache die Flüchtlinge auf die sie erwartenden besonderen Verhältnisse des Landkreises hinweisen. Die Flüchtlinge sollten dabei auch auf die Eigenart der Bevölkerung, auf die besonderen Notstände im Landkreis und auf alles das aufmerksam gemacht werden, was sie beachten müssen, um sich reibungslos in die neue Heimat einzugliedern.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns nach Eintreffen und Verteilung eines Flüchtlingstransports einen kurzen Erfahrungsbericht übersenden würden.

Der Landesbeauftragte für Umsiedlung
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Neustadt, Fasz. 353, 52/1/2.

Parallel zur Arbeit der Landes- und Kreisdurchgangslager lief die Organisation auf den Wohnungssämtern der Gemeinden. Franz Bühler, damals Leiter der Rheinfelder Wohnungsbehörde, erinnert sich an die «Arbeit vor Ort» so:

Frage: Herr Bühler, Sie waren damals Leiter des Wohnungsamtes, hatten also direkt mit der Verteilung der Flüchtlinge auf den vorhandenen Wohnraum zu tun. Wie lief das im Einzelnen ab?

Franz Bühler: Durch Beschluss des Gemeinderates wurde eine Flüchtlingskommission gegründet, die von den Parteien paritätisch besetzt war. Als Leiter der städtischen Wohnungsbehörde wurde ich auch Vorsitzender dieser Flüchtlingskommission, und in dieser Eigenschaft war ich mit der Erfassung des Wohnraums in Rheinfelden betraut. Das geschah mittels Karteikarten: Jedes Haus, jede Wohnung wurde von uns vermessen und bewertet, auch die Wohnqualität und die Belegung. Und danach wurde dann nach sozialen Gesichtspunkten zugeteilt.

Frage: Das war natürlich die beste Möglichkeit, sich unbeliebt zu machen!

Franz Bühler: So ist es. Zumal ich damals als der «rote Bühler» verschrien war. Aber an diese Aufgabe hat sich sonst keiner herangetraut, damit wollte sonst niemand etwas zu tun haben. Ich konnte mich entscheiden, wie ich wollte: wenn ich jemandem Flüchtlinge zuwies, hiess es: «Das haben wir dem Kommunisten Bühler zu verdanken.» Und die Flüchtlinge sagten: «Zuerst haben wir durch die Kommunisten Haus und Heimat verloren, und jetzt steckt uns ein Kommunist in so ein

Spielende Kinder vor dem Übergangwohnheim Freiburg-Betzhausen. Die aus dem Dritten Reich stammende Umzäunung wurde auch während der französischen Besatzung für das Flüchtlingslager beibehalten.



Anstehen im Übergangwohnheim Freiburg-Betzhausen.



Loch.» Also das war delikater und heikel, ich konnte es eigentlich niemandem recht machen. Und doch wurde meine Arbeit anerkannt; mein System der Wohnraumerfassung auf Karteikarten galt als vorbildlich, und dass ich meine Arbeit unbeeinflusst und objektiv und sozial gerecht durchgeführt habe, musste man mir auch bestätigen.

Frage: Wie ging es denn nun praktisch vor sich? Haben sich Wohnungsinhaber nicht gegen die Zuweisung gewehrt oder schon gegen die Aufnahme des Wohnraumes?

Franz Bühler: Doch. In drei oder vier Fällen musste ich mir durch die Drohung, die Polizei hinzuzuziehen, Zugang verschaffen. Aber sonst hat mir mein Ausweis die Türen geöffnet. Da gab es natürlich die verschiedensten Tricks. Manchmal waren mehr Leute in der Wohnung als hineingehörten, um eine starke Belegung vorzutäuschen. An einen Fall erinnere ich mich, da hatte ich schon alles im Haus aufgenommen und vermessen, und wie ich schon beim Gehen war, denke ich, das Haus ist ja von aussen viel grösser, werde stutzig und vermesse neu, und siehe da: die hatten einen Kleiderschrank vor die Zugangstür zu einer weiteren Wohnung gerückt. Solche Fälle gab's also auch.

Frage: Und gegen die Zuweisungen von Flüchtlingen haben sich die Leute nicht gewehrt?

Franz Bühler: Ich bin zuerst zu den Pfarrern gegangen, zunächst zum Geistlichen der St. Josefspfarrei, weil ich mir sagte, jetzt ist zunächst einmal das Christentum gefordert. Der Pfarrer der St. Josefskirche hatte acht oder neun Räume mit seiner Haushälterin. Und da hab ich also gesagt, er solle doch den Worten Taten folgen lassen, aber er hat mir nachgewiesen, welches Zimmer er wofür braucht: das Wohnzimmer privat, das Studierzimmer zum Ausarbeiten der Predigten, ein Zimmer für Eheberatung, ein Gästezimmer für Besuch usw. Ich hab dann nur gesagt: «Ich sehe ja ein, dass sie noch viel zu wenig Räume haben, aber trotzdem kriegen sie eine Familie zugewiesen.» Nicht viel anders war es bei den anderen katholischen Pfarreien in Nollingen und Warmbach, einer wurde sogar aggressiv. Der evangelische Pfarrer Mennicke dagegen, der Familie hatte und viel eingeschränkter lebte, sagte spontan: «Jawohl, schicken Sie mir eine Familie.» Das war überhaupt die wichtigste Erfahrung, wenn man verallgemeinern will: je einfacher einer gelebt hat, desto eher war er bereit, jemanden aufzunehmen, noch mehr zusammenzurücken, und wenn er auch nur ein Zimmer mit Klo und Küchenbenutzung abgeben konnte.

Quelle: Gespräch des Verfassers mit Franz Bühler im Juni 1986.

Unter den badischen Städten hatten insbesondere Freiburg und Singen Probleme bei der Aufnahme von Vertriebenen. In Freiburg herrschte aufgrund der relativ grossen Kriegsschäden enormer Mangel an Wohnraum, Singen dagegen erhielt überproportional hohe Zuweisungen.

Das Sitzungsprotokoll eines Wohlfahrtsausschusses aus Freiburg veranschaulicht die schwierige Lage bei der Integration der Flüchtlinge.

Niederschrift

über die Sitzung des Wohlfahrtsausschusses vom 15. Januar 1948, 16.30 Uhr

[...]

Flüchtlingsbetreuung

Direktor Benz gab zunächst einen Überblick über den Stand der Flüchtlingsbetreuung in Freiburg.

Mit Flüchtlingsausweisen ausgestattet sind bis jetzt nach dem Stand vom 17. 1. 1948 13 75 Flüchtlinge. Unter diesen befinden sich 620 Ostflüchtlinge, 103 Dänemarkflüchtlinge, 118 österreichische Flüchtlinge; rund 600 Flüchtlingen konnte ein Flüchtlingsausweis noch nicht ausgestellt werden, weil die Zuzugs- und Niederlassungsberechtigung durch die franz. Militärregierung ihnen bis jetzt noch nicht erteilt worden ist. Da die meisten der Flüchtlinge (rund 90 v. H. mit ihren Angehörigen) in einer wirtschaftswichtigen Erwerbstätigkeit sich befinden, tritt die geldliche Betreuung der Flüchtlinge in Freiburg in den Hintergrund. Lediglich 83 Flüchtlingsparteien mit insgesamt 137 Köpfen werden laufend in öffentlicher Fürsorge unterstützt. Das Hauptgewicht der Flüchtlingsbetreuung besteht in der wirtschaftlichen Betreuung mit Gebrauchsgütern, Haushaltsgegenständen, Wohnungseinrichtungsgegenständen. Aufgrund einer Vereinbarung mit dem städt. Wirtschaftsamt werden von den eingehenden Wirtschaftsgütern jeder Art 10 v.H. für die Verteilung an die Flüchtlinge der Flüchtlingsbetreuungsstelle zugewiesen, bei Möbel 5 v.H. Daneben wurde vom Hauptwirtschaftsamt dem Landesamt für Umsiedlung ein monatliches Textilkontingent von 3 t zur Verfügung gestellt. Die aufgrund dieses Kontingents seitens des Landesamtes zur Verteilung gelangten Waren sind bis jetzt allerdings noch nicht erheblich. Als Flüchtlingstextilgeschäfte für das Stadtgebiet sind durch das Landesamt für Umsiedlung die Firmen Wolladler und Striebel bestimmt worden. Diese erhalten laufend Textilkontingente mit dem Auftrag, diese bei ihren Lieferanten raschmöglichst unterzubringen. Lieferbereitschaftserklärungen, wie dies beim Wirtschaftsamt der Fall ist, werden durch die Flüchtlingsbetreuungsstelle nicht verlangt. Vielmehr werden die Bezugsanweisungen nach dem Grad der Dringlichkeit den Flüchtlingen ausgehändigt.

Zur einstweiligen Unterbringung von Flüchtlingen ist beabsichtigt, ein Flüchtlingsheim raschest einzurichten. Zu diesem Zweck wurde von der franz. Militärregierung die Gastwirtschaft «Zum Augustiner» freigegeben. Die Eröffnung des Heimes soll im Februar ds. Js. noch erfolgen. Untergebracht werden können lau-

fend 20-30 heimatlose Personen. Gedacht ist das Heim in erster Linie für solche Flüchtlinge und sonstige Heimatlose, die in Freiburg einer wirtschaftswichtigen Tätigkeit nachgehen, aber noch keinen Wohnraum gefunden haben. Schliesslich soll das Heim auch der Unterbringung von heimatlosen arbeitsunfähigen und gebrechlichen Personen dienen, die zwar keine Zuzugsgenehmigung nach Freiburg besitzen, deren Rückführung in andere Zonen aber unmöglich ist. Wenn auch die Stadt Freiburg künftig keine Flüchtlinge auf dem Wege über den Zonenaustausch zugewiesen erhalten soll, so ist nach den bisherigen Erfahrungen doch damit zu rechnen, dass immer wieder Flüchtlinge und Heimatlose sich in Freiburg aufhalten werden, deren Rückführung oder Umquartierung meist längere Zeit in Anspruch nimmt. [...]

Quelle: Stadtarchiv Freiburg C 5/2491.

Die Arbeit der Behörden fand durchaus Unterstützung in der Bevölkerung, die für die Heimatlosen spenden und sammeln ging. In Oberkirch nutzte der Bürgermeister für einen entsprechenden Aufruf die Adventszeit, da Weihnachten wie kein anderes Fest «die grosse Sehnsucht nach ‚Daheim‘ erweckt». Das folgende Flugblatt wurde an alle Haushalte verteilt.

Stadt Oberkirch, Advent 1948

An die Bevölkerung von Oberkirch, Butschbach und Ringelbach

Weithin klingt in wenigen Tagen über uns der frohe Jubel der Weihnachtsglocken. In tiefer und stiller Bescheidenheit werden wir uns am heiligen Abend im Kreise unserer Familien zusammenfinden, und das schönste und tiefste all unserer deutschen Feste in Dankbarkeit zu begehen und zu erleben. In tiefer Dankbarkeit wird wohl vor allem und neben dem, was wir heute noch vermissen müssen, der Dank dafür zum Ausdruck kommen, dass uns nach den zurückliegenden Jahren des Krieges die Heimat erhalten blieb. Wenn unsere Herzen nicht verhärtet sind, dann muss uns diese Stunde die Erkenntnis bringen, dass neben uns Menschen sind, die dieses Glück nicht mehr besitzen, die vertrieben sind von Haus und Hof und sich bei uns eine neue Heimat schaffen müssen. Fragen wir uns deshalb schon heute: «Wie feiern unsere Flüchtlinge dieses Fest, das wie kein anderes die grosse Sehnsucht nach ‚Daheim‘ erweckt.» Weil wir wissen müssen, wie die Antwort auf diese Frage lautet, wollen wir uns zum Helfen gemeinsam zusammenfinden. Aus diesem Grunde beabsichtigt die Stadt Oberkirch, mit den Oberkircher Wohlfahrtsverbänden Caritas, Innere Mission, Arbeiterwohlfahrt und Bad. Rotes Kreuz am 24. 12. 48 den Flüchtlingen von Oberkirch, Butschbach und Ringel-

bach eine bescheidene Weihnachtsfeierstunde mit Bescherung zu veranstalten. Zur Mithilfe wird die gesamte Bevölkerung dringend und herzlich eingeladen. [...]

Erwünscht werden Nahrungsmittel, Textilien und Geldspenden. Wir wollen nicht betteln, sondern wir wollen gemeinsam helfen, um grosse Not zu lindern. Die feste Überzeugung, dass niemand sich dieser Bitte fremd gegenüberstellt, sondern dass jeder nach seinem Ermessen bestimmt tatkräftig dieses Werk unterstützt, lässt uns auf ein gutes Gelingen hoffen. Deshalb sei jedem Spender schon heute ein herzliches Vergelts-Gott gesagt.

Ihnen allen wünscht ein frohes Weihnachtsfest

Der Bürgermeister der Stadt Oberkirch
Erwin Braun

[...]

Quelle: Ortsarchiv Nussbach.

Die Zuweisung und Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Orte und Gegenden orientierte sich an den jeweiligen Gegebenheiten, vor allem an der für die Eingliederung so wichtigen Arbeitsplatzfrage.

Gebiete wie der Hochschwarzwald schieden als Ansiedlungs- beziehungsweise Unterbringungsorte fast ganz aus. Im Bereich des Landwirtschaftsamtes Villingen beispielsweise war der Versuch, Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien in landwirtschaftlichen Betrieben unterzubringen, «bisher nahezu erfolglos. Es muss festgestellt werden, dass die Abneigung gegenüber den Flüchtlingen sehr gross ist, verursacht durch die gemachten Erfahrungen. Vielfach haben die Flüchtlingsfamilien eingewilligt, auf dem Hof ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, doch haben sie sehr bald, was zwar vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet, verstanden werden kann, danach getrachtet, eine bessere Lebensexistenz in der Fabrik oder in einem Kleinindustriebetrieb zu erhalten [...]» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 784 225/4/3).

Aus diesen Gründen waren verkehrsgünstig gelegene Gemeinden und Standorte mit einer gewissen Industrie stärker mit Flüchtlingen belegt; das Kreisamt für Umsiedlung Waldshut belegte solche Gemeinden über den Flüchtlingsanteil von 12% (gemessen an der Einwohnerzahl von 1946) hinaus mit einer Zusatzquote von 8%, so dass von den 81 Gemeinden des Landkreises 44 die Normalquote von 12%, 37 dagegen die erhöhte Flüchtlingsquote von 20% aufwiesen. Kein Wunder, wenn deshalb das Waldshuter Amt für Umsiedlung die Aufnahme weiterer Flüchtlinge von der Schaffung neuen Wohnraums abhängig machte. Auch in den meisten anderen Orten stand man mit dem Rücken zur Wand; in Singen fühlte man sich vom Gesetzgeber allein gelassen: «Wir sollten schwimmen, und durch das Wohnungsgesetz sind uns Hände und Füsse gebunden. Wir brauchen die Hilfe des Landes, wenn wir nicht schwerste Folgen sozialer und politischer Art aus dem drohenden Zustand hinnehmen wollen» (Stadtarchiv Singen IX/139).

1950 noch 200 Flüchtlinge für Radolfzell

Letzte Rettung: Vieh- und Markthalle als Massenquartier?

*Gestern war ausserordentliche Stadtratssitzung –
Einstimmiger Entschluss: Keine Flüchtlingsaufnahme mehr möglich*

Bürgermeister Gohl hatte den Stadtrat gestern zu einer ausserordentlichen Sitzung in den Ratssaal eingeladen. Der Grund dafür war in der sich verschärfenden Lage in der Flüchtlingsunterbringung in unserer Stadt zu suchen. Für heute Dienstag ist wiederum eine fünfköpfige Familie angekündigt. Am Donnerstag, 23. November, soll Radolfzell eine fünfköpfige, eine vierköpfige, zwei dreiköpfige Familien sowie eine Einzelperson aufnehmen. Darüber hinaus wird, wie Bürgermeister Gohl weiter bekanntgab, ab 1. Dezember alle vier Tage eine Anzahl Flüchtlinge für den Landkreis Konstanz erwartet. Von diesen Heimatvertriebenen müsse jedoch auch die Stadt Radolfzell einen Teil aufnehmen, so dass in diesem Jahr noch mindestens 200 Flüchtlinge zu erwarten wären. Mit Nachdruck wies der Bürgermeister darauf hin, dass es der Stadt schon bisher nicht gelungen sei, alle bisher eingetroffenen Flüchtlinge unterzubringen, so dass diese nun in Gaststätten leben müssen. Um so weniger sei es daher möglich, die bereits angekündigten Flüchtlinge in Wohnungen einzuweisen. Hier und da habe man zwar die angekündigten Flüchtlinge unterbringen können; doch sei nicht immer die Möglichkeit geboten, einen Herd einzubauen. Eine gemeinsame Küchenbenützung könne man ohnehin nicht zumuten. «Wir sind nicht im Zweifel, dass die Polizei in bestimmten Fällen in Anspruch genommen werden muss, um die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen zu ermöglichen», erklärte der Bürgermeister. Aber auch das habe ja, wie die Vergangenheit lehrte, nicht allzuviel genützt, da die Flüchtlinge sich weigerten, sich gegen den Willen der Inhaber in die Wohnungen einweisen zu lassen.

Die anschliessende Aussprache kennzeichnete den bitteren Ernst der Lage, die nicht mehr gemeistert werden kann. Die Unterbringung der Flüchtlinge scheiterte durchaus nicht am schlechten Willen der Wohnungsinhaber. Aber die Stadt sei nun »restlos an der Wand«. Wie die Lage im Februar/ März sei, könne noch nicht gesagt werden. Durch Umgruppierungen könne vielleicht einiges erreicht werden. Freiburg antwortete, die Flüchtlinge seien eben unterzubringen. Beigeordneter Schmid erklärte, man sei tatsächlich am Ende, wie der Bürgermeister betont habe. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, entweder die Flüchtlinge wieder zurück zu schicken, oder die Markt- und Viehhalle D als Massenquartier für sie einzurichten. Die Protestdemonstrationen der Flüchtlinge würden dann vielleicht der Regierung zeigen, dass es so nicht bleiben könne. Auf dem Marktplatz könne man sie nun einfach nicht stehen lassen. Stadtrat Hahn vertrat die Auffassung, es sei wohl

kaum möglich, die Flüchtlinge in der Markthalle unterzubringen, weil bei diesem Boden auch bei vorgenommenen Verbesserungen durch das Stadtbauamt die Menschen bei längerer Dauer des Aufenthaltes an der Gesundheit Schaden leiden würden.

Speziell aus dieser kleinen Debatte zwischen Beigeordnetem Schmid und Stadtrat Hahn kristallisierte sich dann nach weiteren Ergänzungen durch den Bürgermeister eine Erklärung, die vom Stadtparlament einstimmig angenommen wurde. Es heisst darin, dass die Stadt zur Zeit nicht mehr in der Lage sei, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Sie bitte deshalb, zumal sie ihr Aufnahmesoll zu 23% erfüllt habe, Radolfzell von der weiteren Aufnahme auszunehmen. Würde diesem dringenden und ernststen Appell nicht entsprochen, so bliebe keine andere Wahl als die Halle D des Markthallengeländes notdürftig herzurichten. Die Stadt müsse aber jede Verantwortung für evtl. gesundheitliche Schäden der Flüchtlinge ablehnen.

Das war also das Kernproblem der ausserordentlichen Sitzung des gestrigen Nachmittags. Es überschattete alle anderen augenblicklich schwebenden Fragen in einem solchen Masse, dass es dem Stadtparlament und auch den anderen Zuhörern schwerfiel, sich auf andere Dinge zu konzentrieren. Seit dem Zusammenbruch nahmen wir an allen öffentlichen Sitzungen im Rathaus teil, selten aber erlebte man eine so gedrückte Stimmung in diesem Raum wie gestern, als die vom Volk gewählten Vertreter in einer uns alle aufs Tiefste bewegenden Frage nur noch zu sagen wussten: Wir wissen nicht mehr weiter, wir sind am Ende! Dass aber über diese Binsenwahrheit hinaus, jeder sein Möglichstes tun müsse und wird, um die Serie der Unmenschlichkeit gegenüber den Ärmsten unseres Volkes nicht noch mehr zu verlängern – des sind wir gewiss.

Aus: «Städtkurier» Ausgabe Radolfzell, 14. November 1950.

Auch wenn die französische Zone mit ihrem Flüchtlingsanteil an der Gesamtbevölkerung weit hinter der amerikanischen und englischen Zone zurückblieb, waren die Wohnverhältnisse vieler Städte dennoch katastrophal. So wie Radolfzell – nämlich «restlos an der Wand» – fühlten sich damals viele Gemeinwesen, die den Anforderungen des Flüchtlingsproblems kaum mehr Herr zu werden wussten. Mitunter machte sich die Stimmung der Bevölkerung auf wenig geschmackvolle Weise Luft (vgl. Abbildung S. 240).

Andere Länder und Zonen hatten frühzeitig Flüchtlingsgesetze beschlossen, Württemberg-Nordbaden beispielsweise Anfang 1947. Aufgrund der späten Öffnung für den Flüchtlingsstrom war dies in Baden erst 1950 der Fall.

Der erste Teil des Badischen Flüchtlingsgesetzes enthielt Feststellungen über den Personenkreis, für den das Gesetz geschaffen war, und regelte die Aufgaben der Kreisumsiedlungsämter sowie die Beratung der Umsiedlungsbehörden durch ehrenamtliche Beiräte. Unter der Überschrift «Arbeitsplatz und Wohnraum» informierte die Badische Zeitung über den zweiten und dritten



Lahrer Fasnachtsumzug, um 1949/50.

Teil des Gesetzes, in denen Voraussetzungen für eine soziale Eingliederung geregelt werden und auch Strafbestimmungen enthalten sind.

Der zweite Teil des Gesetzes behandelt die Eingliederung. Sie soll nicht schematisch vor sich gehen, sondern der Flüchtling soll dort eingegliedert werden, wo eine Existenzmöglichkeit für ihn besteht. Dieser Forderung entspricht die Bestimmung, dass «die gegenwärtige Struktur der Kreise und Gemeinden sowie ihre künftige Entwicklung zu berücksichtigen ist».

Da die Schwierigkeiten der Unterbringung der Vertriebenen sehr gross sind, da insbesondere zu wenig beschlagnahmefähiger Wohnraum vorhanden ist und weder die Bevölkerung noch die Gemeindebehörden diesem Problem immer das nötige Verständnis entgegenbringen, werden in dem Gesetz die Gemeinden verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Heimatvertriebenen aufzunehmen, unverzüglich unterzubringen und ihnen Wohnraum gemäss den Vorschriften über die

Wohnraumbewirtschaftung zuzuweisen. Soweit sie dazu nicht in der Lage sind, müssen sie die Vertriebenen anderweitig, in einer Wirtschaft oder in einem Hotel, unterbringen, eine Bestimmung, die unter Umständen eine erhebliche geldliche Belastung der Gemeinden mit sich bringen kann und deshalb von ihnen scharf bekämpft werden dürfte. Eine Unterbringung in Sammellager der Kreise soll nur zur kurzen ersten Betreuung vorgenommen werden. Die Möglichkeit von nachträglichen Austauschmassnahmen innerhalb des Landes oder des Kreises ist durch die Bestimmung des Gesetzes festgelegt, in der Form, dass die Heimatvertriebenen verpflichtet sind, ebenso wie ihrer Einweisung und Unterbringung, auch einer späteren Anweisung zur Umsiedlung Folge zu leisten.

Nach einem Erlass des Innenministeriums sind Heimatvertriebene erst dann von der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen, wenn ihr Vermögen 1'500 Mark übersteigt. Für sie gilt also nicht die Grenze der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 500 Mark. Den Jugendlichen wird vom Gesetz eine angemessene Schul- und Berufsausbildung gewährleistet; für Begabte soll der Besuch höherer Lehranstalten und der Besuch von Fach- und Hochschulen erleichtert werden.

Erst mit der wirtschaftlichen Eingliederung ist das Heimatvertriebenenproblem als gelöst anzusehen. Daher legt das Gesetz den Anspruch auf bevorzugte Einstellung auf einen Arbeitsplatz bei der öffentlichen Verwaltung, im selbständigen Gewerbe, in freien Berufen und in der Privatwirtschaft fest und bestimmt eine Einstellungsverpflichtung im angemessenen Umfang, die zwangsweise vom Arbeitsamt vorgenommen werden kann. Der dritte Teil des Gesetzes enthält Strafbestimmungen, die bisher nur in dem Flüchtlingsgesetz von Rheinland-Pfalz enthalten sind. Sie richten sich gegen die Personen, die die Aufnahme von Vertriebenen verweigern oder ihnen durch Schikanen eine geordnete Haushalts- und Lebensführung unmöglich machen. Dafür ist Gefängnis bis zu einem Jahr und eine Geldstrafe oder eine dieser beiden Strafarten vorgesehen. Sie können auch über jene verhängt werden, die als angebliche Heimatvertriebene die Wohltaten des Gesetzes in Anspruch nehmen oder als Heimatvertriebene sich ihm[!] nicht zustehende Leistungen gewähren lassen.

Aus: «Badische Zeitung», 7. Juni 1950.

Ebenso wie die Schaffung eines Flüchtlingsgesetzes liess die Entstehung einer Interessenvertretung der Vertriebenen im Land Baden lange auf sich warten. Angesichts der oft durch mehrere Jahre Lageraufenthalt eingebüsst Selbständigkeit und um die Integration durch Eigeninitiative zu fördern, wurde in Freiburg im August 1947 ein Ausschuss für Flüchtlingswesen vorgeschlagen, in dem Heimatvertriebene vertreten sein sollten. Ein besonders fixiertes Selbstvertretungsrecht stiess indes bei der Militärregierung auf eine ablehnende Haltung (Stadtarchiv Freiburg, C 5/2735). Von vereinzelt örtlichen Mitwirkungsformen abgesehen, kam es erst auf dem Hö-



Rastatt, Bastion 12, im Jahre 1949: Vor kurzem noch französisches Militärgefängnis mit Todeszellen und Hinrichtungsraum, diente die frühere Festung nach Abzug der Franzosen als Lager für deutsche Ostflüchtlinge.

hepunkt der Flüchtlingszuwanderung zur Bildung einer «Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen in Baden». Im Protokoll der Offenburger Ortsgruppe kommen Selbstverständnis und Zielsetzung der Vertriebenen deutlich zum Ausdruck.

Niederschrift

über die Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft der heimatvertriebenen Deutschen, Ortsvereinigung Offenburg (Baden).

Einem allgemeinen Wunsche Rechnung tragend, hatte ein Gründungsausschuss, bestehend aus den Flüchtlingen Hans Conrad, Franz Dehmel und Friedrich Wedell zum Sonntag, den 22. Januar 1950 die Flüchtlinge zu einer Versammlung nach den Park-Lichtspielen in Offenburg zusammengerufen. Eingeladen waren auch die staatlichen und städtischen Behörden und der Vorstand des Landesverbandes in Freiburg.

Der Beauftragte des Gründungsausschusses, Hans Conrad, konnte zu Beginn der Versammlung zahlreiche Vertreter der Behörden, an ihrer Spitze Herr Landrat Dr. Joachim, begrüßen. Vom vorläufigen Vorstand des Landesverbandes waren erschienen Pfarrer a.D. Dr. Kiefer und Rechtsberater Dr. Formann. Nachdem Herr Conrad kurz den Zweck der Versammlung bekanntgegeben hatte, erteilte er Herrn Dr. Kiefer das Wort zu seinem Referat.

Dr. Kiefer, der selbst als 70-jähriger Mann in Schlesien polnische Gewaltakte über sich ergehen lassen musste, befasste sich mit dem grausigen Schicksalsweg der Millionen von Heimatvertriebenen. Er erinnerte an die Besiedlung der Ostprovinzen durch unsere deutschen Vorfahren vor 700 Jahren; an das alte deutsche Kulturland, das die Geburtsstätte eines Kant, Schopenhauer und Adolf Menzel war; an das Land, das früher die Kornkammer Deutschlands war u.a. Er vergass dabei nicht, der Unzähligen von Brüdern und Schwestern zu gedenken, die man zu Tode marterte; die in Schnee und Eis im Strassengraben ihr Leben lassen mussten; an die Plünderungen und Vergewaltigungen und vieles andere Elend zu erinnern. Diejenigen aber, die diesem «Inferno» entrinnen konnten, seien nun als Bettler nach dem Westen gekommen, wo man sie zum Teil als Almosenempfänger und lästige Eindringlinge betrachtet. Unter dem tiefen Eindruck all dieser Tatsachen, die das Herz zum Bluten bringen, gehe es nicht mehr länger an, dass man diese heimatlos gewordenen Menschen, die ohne ihre eigene Schuld diesem traurigen Schicksal verfielen, noch länger als Stiefkinder betrachte. Es müsse nunmehr Verständnis und guter Wille aufgebracht werden, eine Gleichberechtigung mit den Einheimischen zu erreichen. Dies kann aber nur durch Zusammenschluss aller Heimatvertriebenen erzielt werden.

Als zweiter Redner sprach der Rechtsberater des Landesverbandes, Herr Dr. Formann. Er unternahm es, in grossen Zügen Zweck und Ziel der Interessengemeinschaft aufzuzeigen, die alle Flüchtlinge erfassen, ihre Rechte wahren und sie mit Rat und Tat unterstützen will. Das Hauptziel sei die Ermöglichung einer Existenzgründung, sowie die planmässige Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Herr Hans Conrad dankte beiden Rednern für ihre Ausführungen und stellte beide Referate zur Aussprache. Da keine Wortmeldungen erfolgten, stellte er den Antrag auf Gründung einer Ortsvereinigung der Interessengemeinschaft. Es ergaben sich keine Widersprüche, damit galt die Gründung als vollzogen.

Der Gründungsausschuss
[drei Unterschriften]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Offenburg, Generalia Fasz. 805K Nr. 70 U 62/2/3.

Vor dem Hintergrund besonders der wirtschaftlichen und beruflichen Eingliederung der Flüchtlinge kam es gleich nach Gründung der ersten Ortsgruppen der «Interessengemeinschaft der heimatvertriebenen Deutschen» zur Zusammenarbeit mit den örtlichen und Landkreisbehörden. So bat beispielsweise das Waldshuter «Kreisamt für Umsiedlung» in Rundschreiben die Vorsitzenden der Heimatvertriebenenorganisation darum, «das Thema wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge alsbald in Ihren Kreisen auf breitester Grundlage zur Diskussion zu stellen. Wir sind sehr wohl der Auffassung, dass gerade aus der Mitte der Flüchtlinge heraus zweckmässige und sachdienliche Vorschläge unterbreitet werden können. Es befinden sich unter ihnen zweifellos Persönlichkeiten aller Berufsstände mit wirtschaftlichem Weitblick und Wagemut, die sich über ihre eigene und die wirtschaftliche Zukunft ihrer Schicksalsgenossen bereits Gedanken gemacht haben» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Waldshut, Generalia 235/2/4). Am Beispiel anderer Ortsgruppen wiederum lässt sich eine mangelnde Berücksichtigung von Flüchtlingsvertretern in kommunalen Gremien feststellen; das Protokoll einer Mitgliederversammlung der Ende 1949 gegründeten Heimatvertriebenen-Ortsgruppe von Rheinfeldern/Baden lässt dafür umso deutlicher die Bemühung um Integration und Einleben in die neue Heimat wie eine Vielfalt kultureller und sozialer Aktivitäten erkennen.

Protokoll zur 4. Mitgliederversammlung

[...]

Die 4. Mitgliederversammlung wurde um 15.20 Uhr vom 1. Vors.[itzenden] Kalus eröffnet. In der Begrüssungsansprache gedachte er besonders der neu hinzugekommenen Heimatvertriebenen. Leider musste auch heute die Feststellung gemacht werden, dass ein grosser Teil, der schon länger in Rheinfeldern ansässig ist, zu den monatlichen Versammlungen nicht erscheint ...

Frau Marquardt sprach anschliessend einen Prolog, «Heimat», der sehr beifällig aufgenommen wurde. Da uns[e]re Singschar neu aufgebaut wird unter der Stabführung von Herrn Henschel, trat dieselbe heute nicht auf. Die Mitglieder sangen das Lied: «Nach der Heimat möcht' ich wieder» ... Nun sprach der 1. Vors.[itzende] ausführlich über die Verwendung der Hausratshilfe u[nd] machte auf Fehler u[nd] Mängel aufmerksam. Desgleichen ermahnte er, auch Sonntagsarbeiten zu vermeiden, um sich nicht unnötigen Komplikationen auszusetzen. In längerer Ausführung sprach er über den Lastenausgleich u[nd] unterstrich dabei nochmals, dass der Heimatvertriebene die Wiedergutmachung seines Verlustes der Heimat sowie die Einbusse [!] von Hab u[nd] Gut verlangen muss und dass diese Massenvertreibung, die in Jalta und Potsdam besiegelt wurde, nicht Sache der Deutschen alleine sei, sondern ein europäisches Problem geworden ist. In einer Resolution wurde der Beschluss gefasst, dass das Wort «Flüchtling» durch «Heimatvertriebene» ersetzt wird.

In allen Sachen, die persönlichen Charakter tragen, wurde erneut auf die Sprechstunden im Rathaus hingewiesen. Des Weiteren wurden die Namen derer verlesen, die ihre Hausratshilfe auf der Stadtkasse abholen können. Auch wurde die Ausgabe von Bekleidung u[nd] Trockenmilch bekanntgegeben. Beiträge für die Sterbekasse können heute beim Kassierer entrichtet werden, desgleichen werden am Schluss der Versammlung Mitgliedskarten vom Schriftführer ausgegeben. [...] In ausführlicher Debatte wurde über Bauangelegenheiten, Kreditbeschaffung u[nd] Fahrpreiserlässigung gesprochen. Kamerad Gogalla richtete an die Mitglieder den dringenden A[p]pell, in ihrem persönlichen Auftreten sauber u[nd] anständig zu sein, zusammenzuhalten u[nd] den Glauben an die Heimat nicht zu verlieren.

Die Sammelbüchse erbrachte DM 19.13. Herr Pumperla fragte an, ob die I.[nteressen] G.[emeinschaft der Heimatvertriebenen] schon Sitz u[nd] Stimme in der Wohnungskommission habe. Die Frage wurde vom 1. Vorsitzenden] verneint (Schreiben des Stadtrates mit Ablehnung des Antrags). Des Weiteren fragt Herr Pumperla an, ob es nicht möglich wäre, eine bescheidene Bücherei ins Leben zu rufen. Der Kulturwart Mayer bat in dieser Sache um Bücherspenden und um die Mitarbeit der Herren Pumperla u[nd] Butter. Beide Herren sagten ihre Mitarbeit zu.

Die Versammlung, die von ca. 150 Mitgliedern besucht war, sang nun gemeinsam das Lied: «Im schönsten Wiesengrunde». Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergaben, schloss der 1. Vorsitzende] Kalus um 17.55 die Versammlung.

Rheinfelden, den 8. Juni 1950 F[ür] d[ie] R[ichtigkeit]

Karl Mayer, Schriftführer

Kriegsgefangene

Kurz bevor die Franzosen in das Hochrheintal einrückten und die letzte Frontlücke schlossen, gelang Hunderten von deutschen Soldaten die Flucht über die schweizerische Grenze. In der neutralen Schweiz wurden sie als Militärinternierte – also nicht als Kriegsgefangene – in Lagern untergebracht. Der 1926 in Konstanz geborene und nachmalige Botschafter der Bundesrepublik in Sambia und Indonesien, Wolfram Dufner, erinnert sich.

Mein letzter Beitrag für das Dritte Reich geschah unheroisch ohne Blut und Schüsse, ein blosser Ablauf der sich überstürzenden Ereignisse. In den Waldbergen der Wutach, zur Schweizer Seite hin, lauerten Bewaffnete der Waffen-SS-Schule Radolfzell auf Wehrmachtsangehörige und Flüchtige. Jetzt wurden sie zu Bestien an ihren Landsleuten, nachdem die Schweiz sie nicht internieren wollte – eine Minute vor 12! Die Scharfschützen knallten auf ihre Kameraden des Heeres und selbst des «Volkssturms» der alten Männer. Es hiess auf der Hut sein und auf jedes Geräusch im Wald achten. Im Haselgebüsch hatte ich mein Fahrrad versteckt in der Hoffnung, es nachholen zu können, eine wahnwitzige Idee aus heutiger Sicht. Aber ich hatte ja gelernt, mich nach Sternen und mit dem Kompass in schwierigem Gelände zurechtzufinden.

Zwei Stunden nach Mitternacht leuchtete mir im Wald das Schweizerkreuz am Grenzposten entgegen. In meinen Augen standen Tränen. Der Druck des letzten Jahres, der letzten Tage und Stunden entlud sich in diesem bewegenden Augenblick. So wie der Erlösungstag schmerzlicher wirkt als der lange Lauf des Schreckens. Leben und Freiheit waren mir geschenkt.

Eine Patrouille eidgenössischer Wehrmänner tauchte auf und sagte «Grüezi», als ob sich Bekannte in der Zürcher Bahnhofstrasse begegneten. Nachdem ich ihnen mein Wort gab, dass ich nicht zur Waffen-SS gehörte, unterblieb jede förmliche Inquisition. Es kam zu einem geradezu feierlichen Tausch: Ich händigte meine Pistole aus, gab gewissermassen meinen Degen ab nach letztem Waffengang und empfing in ihrer Blockhütte Brot, Käse und einen Becher Kakao. Sie sprachen das thurgauische Alemannisch, und wir verstanden uns. Noch einmal, gegen alle Vernunft und von der Vorstellung gepackt, dass ich mich von meinem treuen Gefährten und braven Diener, dem Fahrrad, nicht trennen dürfte, schlich ich den gefährlichen Hang bergab und zog meinen letzten Jungenbesitz aus dem Gestrüpp. In das Aufnahmелager Schleithelm radelte ich dann auf Schweizer Pfaden durch den heller werdenden frühen Morgen. Einige 100 Schicksalsgenossen, vom Kindersoldaten bis zum ergrauten Volkssturm, lagen erschöpft auf dem Stroh, dankbar für das glückliche Los. Da mir das Kainsmal, das tätowierte Erkennungs-

zeichen der Waffen-SS fehlte, wurde ich nicht zurückgewiesen, sondern war ab dem 24. April 1945 Militärinternierter der Schweizer Eidgenossenschaft.

Jenseits der Wutachbrücke war Deutschland. Seltsame Rückschau auf die nun feindliche Heimatseite, in die jede Minute die französischen Vorhuten einrückten konnten. Einige Hundert, die ihre Waffen abgelegt hatten, warteten auf die zugesagte Öffnung der Schranken zur Schweiz. Es ging plötzlich alles sehr schnell. Gepanzerte Fahrzeuge erschienen. Motorengeheul und einzelne Schüsse hatten sie angekündigt. Weisse Tücher wehten. Schreie, Schieben nach der Wutachbrücke. Farbige Soldaten mit Maschinenpistolen begannen ihr Werk der Umzingelung. Nur kurz, unerklärlich weshalb, öffnete sich der Schlagbaum in die Freiheit; nicht allen Kameraden gelang die Flucht auf helvetischen Boden. Nach wenigen Minuten war die letzte Frontlücke am Oberrhein geschlossen.

Der Kampf war aus. Lange verfolgte mich dieses Bild verzweifelter Menschen. So hatte ich mir den Sturm auf die Bastille vorgestellt.

Als wir in Dreierreihen durch Schaffhausen geführt wurden, flogen Unrat und faule Eier aus den Fenstern, Bürger riefen «Sauschwabe» und «Chaibe Nazi». Es war ihnen nicht zu verdenken. Die lange aufgestaute Angst vor dem drohenden Tyrannen entlud sich an uns greifbaren Exemplaren von Hitlers Wehrmacht. Im Schulquartier von Winterthur konnte unsere auf über 1'000 Mann angeschwollene Truppe nicht bleiben, man rechnete mit tätlichen Übergriffen auf unsere Herberge beim Maiumzug der «Partei der Arbeit». Erst im Strohlager der weiten Stadthalle von Baden im engen Limmattal kamen etwa 700 Internierte zur ersten Ruhe, die restlichen wurden auf andere Notlager verteilt. Welches Aufatmen, festen Boden unter den Füßen zu haben und dem Sturm entronnen zu sein!

An die 10'000 deutsche Soldaten drückten in jenen Frühlingstagen vom Oberrhein, Vorarlberg, dem Jura und aus den italienischen Alpen in die neutrale Schweiz. Sie war für diesen Ansturm zuwenig vorbereitet, baute aber in Kürze eine im Grossen und Ganzen bewundernswert funktionierende Organisation für die Bewältigung dieses Menschenstroms auf.

Aus: Wolfram Dufner, *Frühe Wegweisungen. Chronik einer alemannischen Jugend 1926-1950*, Konstanz 1982, S. 126f.

Die meisten badischen Kriegsgefangenen befanden sich in russischer und französischer Gefangenschaft. Am 26. April 1945 war der 1895 in Stuttgart geborene Naturfreund und Wandervogel Emil Birkert bei Waldau im Südschwarzwald von französischem Militär aufgegriffen worden, nachdem sich seine Einheit einen Tag zuvor aufgelöst hatte. Von Freiburg aus erreichte Birkert zusammen mit rund 2'000 weiteren Deutschen nach dreitägigem Fussmarsch Strassburg. Birkerts Hoffnung, als Zivilinternierter eingestuft zu werden, zerschlug sich bald.

Mit hundert Gefangenen kam ich in das berüchtigte KZ Struthof in den Hochvogesen. Als wir dort ankamen, war das Lager mit Nazifunktionären aus dem Elsass und Frauen und Kindern Evakuierter aus dem Rheinland belegt. Die Wachleute waren Männer aus der elsässischen Widerstandsbewegung, von denen die meisten einen aus rotem Tuch ausgeschnittenen Sowjetstern an der Brust befestigt hatten. Das Leben im KZ erfolgte nach den Maximen der übrigen KZ. Stundenlange Appelle, Holzfällen, im Steinbruch arbeiten, Erdarbeiten, Kartoffelkäfer sammeln. Schlechte Verpflegung. Bei den Wassersuppen dachte ich daran, dass unsere Truppen das Elsass leergefressen hatten. Nach zwölfjährigem Antifaschistenleben wurde ich nun durch den Wolf gedreht.

Hundrackermüde wurden wir auch des Nachts belästigt. Ab und zu wurde in nächtlicher Stunde die Barackentür aufgerissen und der Befehl erscholl «alles mit Gepäck antreten». Dann wurden die Strohsäcke durchsucht nach Messern und scharfen Gegenständen. Nach der Untersuchung konnten wir die Baracke wieder betreten und die Nachtruhe fortsetzen. Nachdem ein Gefangener entflohen war, erfolgte wieder um Mitternacht das Kommando «alles heraustreten». Vor der Baracke standen Hocker und dahinter Männer mit Haarschneidemaschinen. Auf einfache Art wurden uns die Haare geschnitten. Die Schneidemaschine setzte vorn an der Stirn an und fuhr bis zum Nacken. Mit dieser Bantu-Neger-Frisur konnten wir wieder die Baracke betreten. Dieser Haarschnitt sollte weitere Flucht verhindern.

In den qualvollen Nächten, wenn der Magen knurrte und der Hunger den Schlaf verscheuchte, dachte ich an Knut Hamsun, an sein Buch «Hunger», das einstens den jungen Schriftsteller berühmt gemacht und seine Existenz sichergestellt hatte. Oder an den anderen grossen Nordländer, den Schweden Sven Hedin, auf seinem Fussmarsch durch die asiatische Wüste, dem Verdursten nahe. Wie fühlte ich mich diesen Männern nahe. Wie bohrt und nagt es in einem. Die einseitige Kost führte zu Entkräftigung. Jedes übrige Fett ist schon längst geschwunden. Dicht spannt sich die Haut über das Knochengestüt. Allgemeine Schwäche, Herzbeschwerden, geschwollene Beine, Magen- und Darmerkrankungen herrschten im Lager und forderten ihre Opfer.

Im Herbst 1945 erfolgte die ersehnte Entlassung. Ein Omnibus brachte uns nach Bühl in Baden. [...]

Es war ein sonderbares Gefühl, sich wieder frei bewegen zu können. Nach mancherlei Unterbrechungen auf der Heimfahrt kam ich endlich nach Stuttgart. Zu Hause angekommen, packte ich meine Montur und alles was ich am Leibe trug, in den Waschkessel zum Verbrennen. Dann wusch ich mich von Kopf bis Fuss tüchtig ab, um alle die Läuse loszukriegen, der ich im KZ nicht mehr Herr wurde. Frisch gewaschen und von Läusen befreit begann ein neues Leben.

Aus: Emil Birkert, *Am Rande des Zeitgeschehens*, Stuttgart 1983, S. 206.

Grosse Verdienste um das Schicksal von Kriegsgefangenen haben die Suchdienste. Deren Kreisorganisationen veranlassten die Gemeinden, sogenannte Heimkehrerlisten anzulegen. Anhand dieser Verzeichnisse wurden Fragebögen ausgegeben, deren Angaben der Aufhellung des Schicksals und Verbleibs weiterer Kriegsgefangener dienen.

Um das Los der Kriegsgefangenen – auch das der ehemaligen, inzwischen heimgekehrten – zu erleichtern, wurde Ende 1945 ein badischer Landesausschuss für Kriegsgefangenenhilfe gegründet. Seinen Ehrenausschuss bildeten Vertreter von Ministerien, der beiden grossen Kirchen wie der Israelitischen Vereinigung, der Wohlfahrtsverbände, der Freiburger Universität sowie der Dichter Reinhold Schneider. Die Aufgabe dieses Landesausschusses bestand in der Initiierung und Durchführung von Sammlungen sogenannter Liebesgaben. Zusätzlich trat an die Stelle des aufgelösten Roten Kreuzes in der französischen Zone Anfang April 1946 das «Badische Hilfswerk», das sich ebenfalls der ideellen und materiellen Fürsorge der Kriegsgefangenen widmete.

Sammlung für die Kriegsgefangenen

Unter Hinweis auf den bereits veröffentlichten Aufruf an die Bevölkerung bringe ich die am nächsten Samstag stattfindende *Sammlung von Kleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen* nochmals in Erinnerung. Neben Leibwäsche sind alle wärmespendenden Stücke wie Decken, Pullover, Westen, Unterwesten, Schals, Halstücher, Kopf- und Ohrenschützer, Pulswärmer, Handschuhe, Taschentücher, Socken, Handtücher, Schuhe u.a. m. erwünscht. Es werden ferner benötigt alle Gebrauchsgegenstände wie z.B. Rasierzeug, Kämme, Kleider- und Schuhbürsten, Zahnbürsten, Scheren, Stopf- und Flickzeug usw.

Für entlassene Kriegsgefangene werden Anzüge (auch einzelne Teile) und Mäntel sowie Kopfbedeckungen gebraucht.

Helfen Sie dem edlen Werk der Menschlichkeit, das die Militärregierung in dankenswerter Weise eingeleitet hat zu einem guten Erfolg.

Die Sammelstücke werden ab 8 Uhr morgens in den Wohnungen abgeholt.

Singen (Hohentwiel), den 14. November 1945.

Der Bürgermeister:
Dr. Dietrich.

Quelle: Stadtarchiv Singen IX/125.

War erst einmal der Kontakt zu den Kriegsgefangenen wiederhergestellt, versuchten die Angehörigen, die Entlassung zu erwirken. Laut Bestimmungen, die Anfang 1947 die französische Militärregierung in der deutschen Presse bekanntgab, konnte «in Anbetracht des dringend erforderlichen Bedarfs an Arbeitskräften für den Wiederaufbau Frankreichs [...] diesen Gesuchen im Allgemeinen nicht stattgegeben werden. Endgültig entlassen werden können nur:

1. Kriegsgefangene, die arbeitsunfähig sind. [...]
2. Kriegsgefangene, die unter eigener Lebensgefahr französischen Staatsangehörigen das Leben gerettet haben.» («Südwestdeutsche Volkszeitung», o. D., in: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Freiburg, P 15 U 20/1/2)

Mehr Chancen hatten Kriegsgefangene, die in der französischen Zone selbst lebten und bestimmten Mangelberufen angehörten (wie Landwirt, Förster, Bahn- und Postbeamter, Tierarzt, Bergarbeiter, Elektriker oder Lehrer) oder sich in antifaschistischer Weise betätigt hatten. Die Eingaben um Entlassung durften grundsätzlich nur an deutsche Stellen gerichtet werden. Gesuche um Freilassung von deutschen Kriegsgefangenen, die sich in Frankreich befanden, wurden seit Anfang 1946 von der Militärregierung überhaupt nicht mehr behandelt.

Offenburg, den 13. August 1946

Sehr geehrte Frau P[...]!

Ich erhielt Ihre Zeilen vom 6. ds. Mts. und verstehe Ihre Sorge um Ihren Sohn, der sich noch in Gefangenschaft befindet, durchaus. Um der Gerechtigkeit willen muss ich Ihnen aber leider mitteilen, dass die vielfachen Bemühungen, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen in die Wege zu leiten, bisher vollkommen negativ geblieben sind. Es bestehen über die Einreichung von Gesuchen seitens der Militärregierung genaue Vorschriften, nach denen z. Zt. vollkommen ausgeschlossen ist, Jugendliche, die sich in französischer Kriegsgefangenschaft und auf französischem Boden befinden, frei zu bekommen. Etwas leichter wird die Angelegenheit dann, wenn sich deutsche Kriegsgefangene im französisch besetzten Gebiet Badens befinden. Sollte sich Ihr Sohn einmal im französisch besetzten Gebiet Badens oder Württembergs befinden und Ihnen dies bekannt sein, so bin ich sehr gerne bereit, für ihn ein Gesuch einzureichen, sofern er nicht Offizier und nicht Mitglied der Partei war. Für solche ist nämlich die Einreichung eines Entlassungsgesuchs ebenfalls verboten. [...]

Mit freundlichen Grüßen
[Unterschrift]
Bürgermeister.

Quelle: Stadtarchiv Offenburg 5/6609.

Um sich an Ort und Stelle über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener zu informieren, besuchte eine Gruppe deutscher Journalisten im Sommer 1947 mehrere französische Kriegsgefangenenlager, wo sie sich frei und ungehindert umsehen und mit deutschen Gefangenen unterhalten konnten. Einleitend nennt der Korrespondent des «Südkurier» das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich «ein besonders dorniges Gebiet», das an das Schicksal der vielen

zwangsverschleppten ausländischen Arbeitskräfte während des Nationalsozialismus erinnere, die noch nicht einmal der kämpfenden Truppe angehört hätten. Dann fährt er fort:

Der Offizier der Direction Générale des Prisonniers de Guerre, Paris, der uns vor dem Besuch der Lager empfing, überreichte uns ein kurzes Dokument mit der grundsätzlichen Stellungnahme zum Problem der Kriegsgefangenen, wie Frankreich es im Jahre 1947 sieht. Nach diesem Dokument befanden sich am 1. Januar 1947 630'000 Kriegsgefangene der Achse in französischer Hand. Das Dokument weist darauf hin, dass die Zahl dieser Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten keineswegs gleichkommt mit der Summe der Personen, die Deutschland während der Besatzungszeit aus Frankreich gezogen hat.

Die Haltung Frankreichs gegenüber den Kriegsgefangenen bestimmt, sagt das Dokument weiter, die Achtung der internationalen Verpflichtungen, die Frankreich unterzeichnet hat. Frankreich hat in Anwendung dieser Prinzipien im Anfang grosse Schwierigkeiten gehabt. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Armee befand sich die grosse Masse der deutschen Kriegsgefangenen in dem verarmten und desorganisierten Frankreich, zu einem Zeitpunkt, da die Versorgung des Landes nur mit grösster Mühe aufrechterhalten werden konnte. Das erste Lager, das wir besuchten, war das Depot Nr. 9222 Noisy-Le-Sec.

Mit einer gewissen Beklemmung und kaum wagend, den Jungen hinter dem Stacheldraht in die Augen zu sehen, schreiten wir durch das schmale Tor, das zu ihnen führt. Der begleitende französische Offizier lässt den Vertrauensmann rufen, und dann können wir uns frei und ungehindert mit den Kriegsgefangenen unterhalten. Unsere erste Frage lautet: «Was ist denn das Schlimmste?» Und die Antwort prompt: «Der Stacheldraht.» Und hier und da picken wir auf unserem Rundgang durch die Kaserne Einzelne heraus, um mit ihnen zu reden. Einzelschicksale, wie sie dieser irrsinnige Krieg nach sich gezogen hat. Einzelschicksale, die ganz noch unter den Folgen des Krieges stehen: die Frau oder die Eltern in dieser oder jener Zone, hier ausgebombt, dahin verschlagen, der Bruder an dieser Front, der Vater an jener – und trostlos das Schicksal, wie man es ansieht. Dann die Frage nach der Verpflegung und die Antwort «Jetzt geht es». Das Lager, so erfahren wir, ist ein Lager, von dem aus Arbeitskommandos zusammengestellt und ausgeschickt werden, in das aber auch die Arbeitskommandos aus den verschiedensten Gründen zurückkehren, sei es, weil der eine oder andere auf Entlassung wartet, sei es, weil ärztliche oder zahnärztliche Behandlung nötig sei, oder sei es, weil an einer anderen Stelle ein Arbeitskommando aufgelöst wird. Im Lager selbst befinden sich eine Bibliothek sowie Räume für ärztliche Behandlung.

Ein Kriegsgefangener aus Sachsen kam eben aus Orléans zurück, wo er als Dreher in einer Metallfabrik tätig ist. «Und jetzt sind Sie also hier, um sich neue Zähne machen zu lassen, wäre das denn nicht ohne die Reise gegangen?» Der kleine pfiffige Sachse zuckte mit den Schultern: «Zuständigkeit – Papierkrieg.»

Wenn wir an die Zeiten dachten, da wir selbst noch in Kasernen sassen, verstanden wir auch die Frage, die immer wieder gestellt wurde, die Frage nach der Entlassung. Wie oft hatten wir sie selbst gestellt, ohne dass Stacheldraht um uns war. «Wann ist der Druck zu Ende?» Die offizielle Antwort darauf ist, dass der letzte deutsche Kriegsgefangene Ende 1948 entlassen sein wird. Nach dem Abkommen Frankreich-USA sind bisher zehn Kategorien abgestellt worden, von denen drei bereits entlassen sind. Diese zehn Kategorien sollen bis April 1948 entlassen sein, weitere Kategorien sind in Aufstellung. Frankreich hat in die ersten Kategorien solche Kriegsgefangenen eingereiht, die mit der Tat den Nazismus bekämpft haben. Die Entlassung ehemaliger Offiziere, der Aktiven und der Reservisten erfolgt nach anderen Grundsätzen. Neben der Entlassung oder meistens im Zusammenhang damit, bewegt die Kriegsgefangenen am meisten die Frage des freiwilligen Verbleibens als Zivilisten in Frankreich. Bei diesen Erwägungen, ob freiwillig verbleiben oder nicht, spielt natürlich die Tatsache des Wohnortes in der einen oder anderen Zone eine grosse Rolle, und Betrachtungen stellen die Kriegsgefangenen an. Natürlich sehen wir ein, dass uns Frankreich nach dem Sieg hierbehält, damit wir am Wiederaufbau tätig sind, aber sie sollen nicht immer kommen und sagen, sie selbst seien auch fünf Jahre Kriegsgefangene gewesen, denn während dieser fünf Jahre waren wir ja auch nicht gerade besonders frei oder fein heraus. [...] Das, was wir 1947 in Frankreich in zwei Lagern für deutsche Kriegsgefangene und auf verschiedensten Arbeitskommandos, auf Bauernhöfen und in Fabriken gesehen haben, scheint uns ein Beweis zu sein, dass Frankreich die Regeln der Genfer Konvention innehält. Das Dasein eines Kriegsgefangenen ist nirgendwo schön. Dies Problem wird erst dann gelöst sein, wenn der Krieg ausgerottet ist.

Dr. W. L.

Aus: «Südkurier», 19. August 1947

Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen zog sich bis in die 50er Jahre hin. Die folgenden Zahlen aus einem durchschnittlichen Landkreis und der grössten Stadt Südbadens sollen die schleppende Rückkehr der ehemaligen Wehrmachtangehörigen dokumentieren.

Im Oktober 1946 befanden sich noch 1'676 im Landkreis Villingen beheimatete Kriegsgefangene in Lagern, darunter 720 in französischen, 24 in englischen, 307 in amerikanischen und 317 in russischen Lagern. Am 31. Dezember 1947 befanden sich noch 1'513 Freiburger in Kriegsge-

fangenschaft, darunter in englischer 174, in französischer 578 und in russischer 670; am 1. August 1948 waren es immerhin noch 959.

Vor allem die Fürsorge-, Sozial- und Ernährungsämter wurden durch die Heimkehrer vor besondere Aufgaben gestellt. Die aus russischer Gefangenschaft Heimkehrenden z.B. kamen grösstenteils krank und mit Hungerödemen behaftet an; andere waren ausgebombt oder hatten ihre Angehörigen verloren. Das Städtische Wohlfahrtsamt Freiburg unterstreicht in einem Schreiben an das Bürgermeisteramt seine Verpflichtung, diesen Männern besondere Hilfe zu gewähren.

Stadt. Wohlfahrtsamt
Stadt. Fürsorgeamt

Freiburg im Breisgau, den 27. Nov. 1947

– Direktion –

Heimkehrerbetreuung betr.

Immer wieder kann man aus dem Kreise der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft Unzufriedenheit und Enttäuschung, wenn nicht gar Verbitterung feststellen im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die den Heimkehrern erwachsen, bis sie wieder Fuss gefasst haben und in das Berufsleben eingegliedert sind. War das Schicksal dieser Kriegsgefangenen, die nun mindestens schon über 2/2 Jahre, ja oft erheblich länger hinter Stacheldraht ihr trostloses Dasein fristen mussten, besonders hart, und richtete sich ihr ganzes Sinnen während dieser Zeit nach dem Tage der Heimkehr, dann haben sie anlässlich ihrer Rückkehr vielfach das Gefühl, dass die Heimat für die sie in gutem Glauben kämpften, sie freundlich aufnehmen und begrüssen musste. Es dauert meistens längere Zeit, bis sie die vollkommen veränderten Verhältnisse begriffen haben und sich diesen angleichen können. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade in den ersten Wochen nach der Heimkehr aus Gefangenschaft ein besonderes Entgegenkommen und Wohlwollen und eine wirksame Hilfe vonnöten ist. Leider ist auf dem Gebiet der Heimkehrerbetreuung vieles versäumt worden. Die dementsprechende Stimmung der Heimkehrer ist daher verständlich.

Wir halten es für eine Ehrenpflicht der Stadtverwaltung, den Heimkehrern eine besondere Fürsorge und Betreuung angedeihen zu lassen und sich um ihre vielfachen Sorgen anzunehmen, besonders aber denjenigen Heimkehrer[n], die bei der Rückkehr sich in krankem Zustand befinden oder die als Ausgebombte oder Flüchtlinge vor einem vollständigen Nichts stehen. Obwohl es in erster Linie [als] Aufgabe der Verbände der freien Wohlfahrtspflege betrachtet werden kann, sich dieses Betreuungszweiges anzunehmen, halten wir doch für erforderlich, dass die Stadtverwaltung durch besondere Hilfsmassnahmen den Heimkehrern dasjenige Wohlwollen und Entgegenkommen zur[!] Ausdruck bringt, das sie von der Heimatstadt erwarten. [...]

Um nun eine Hilfe in die praktische Tat umzusetzen, unterbreiten wir folgende Vorschläge:

1. Sämtliche Heimkehrer erhalten anlässlich ihrer erstmaligen Anmeldung bei dem zuständigen Polizeirevier einen *Heimkehrerausweis* nach beifolgendem Muster ausgehändigt. Dieser Ausweis soll zur bevorzugten Abfertigung der Heimkehrer vor amtlichen Stellen und in den Ladengeschäften für die ersten 4 Wochen nach der Rückkehr dienen. Mit diesem Ausweis ist u. E. den Heimkehrern bereits eine wesentliche Hilfe geleistet, wenn man ihnen in dieser Zeit das lange Anstehen erspart. [...]
2. Das Wohlfahrtsamt nimmt diejenigen Heimkehrer in besondere Betreuung, die als alleinstehende [!], totalfliegergeschädigte [!] oder Flüchtlinge vor einem Nichts stehen und besonderer Hilfe dringend bedürfen. Die Betreuung soll darin bestehen, dass in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsamt, der Hilfs-Stelle für Fliegergeschädigte, der Flüchtlingsbetreuungsstelle sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege diese Heimkehrer unverzüglich in den Besitz der allerdringlichsten Bekleidungsstücke, Schuhe usw. kommen. [...]
3. Denjenigen Heimkehrern, insbesondere Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft, die sich in aussergewöhnlich schlechtem Gesundheitszustand befinden, soll eine Erholung im Krankenhaus für Heimkehrer in Biberach-Riss vermittelt werden. Wir berichten, dass wir bereits über 40 Heimkehrern auf diese Weise eine 6-8wöchige Erholung vermittelt haben. Nachdem das Bad. Finanzministerium für die Durchführung eines 2-3wöchigen Erholungsurlaubs für etwa 1'000 Heimkehrer Mittel zur Verfügung gestellt hat, ist die Finanzierung der Erholungsaufenthalte, die gemäss dem Erlass des Ministeriums des Innern Nr. 13274 vom 20.8.47 über das Kriegsversehrtenfürsorgeamt zu erfolgen hat, gesichert.
4. Die Heimkehrer, die sich in besonderer Notlage befinden, werden laufend den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zu besonderer wohlwollender Betreuung gemeldet.
5. Heimkehrer, die krank sind und deren Familienangehörigen bisher Familiennotunterstützung bewilligt wurde, wird diese Notunterstützung bis zur Wiederherstellung der Gesundheit bzw. bis zur Arbeitsaufnahme oder der Gewährung von Renten nebst den mit der Familiennotunterstützung verbundenen besonderen Vergünstigungen gemäss der Verfügung des Oberbürgermeisters – Abt. I-II und 1a – vom 23.9.47 für sich und ihre Familienangehörigen weitergewährt. [...]
6. Nachdem der Zentralernährungsausschuss in Baden-Baden die Gewährung einer besonderen Heimkehrerzulage entsprechend dem Vorbild anderer Besatzungszonen abgelehnt hat, ist eine ernährungsmässige Besserstellung der Heimkehrer nur im Wege der grosszügigen Gewährung von Krankenzulage möglich. Das Wohlfahrtsamt bleibt jedoch bestrebt, bei Verteilung von Le-

bensmittelspenden die notleidenden Heimkehrer besonders zu berücksichtigen. Wir bitten, diese Vorschläge genehmigen zu wollen, und das Wohlfahrtsamt mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen.

[Unterschrift]

Quelle: Stadtarchiv Freiburg C5/2583.

Vermisste wurden nicht nur den Suchdienststellen gemeldet; auch per Rundfunk und Zeitungsanzeigen wurde nach Aufschluss über ihren Verbleib geforscht, wie z.B. in folgender Anzeige aus dem «Südkurier».

Obergefr. Artur S[...]. Fpn. 19 803, geb. am 16. Sept. 1909. Wollmatingen. Letzte Nachr. aus Radom. 3. Jan. 43. Welcher Kamerad kann Nachricht geben? Johann S[...], Maurermeister, Konstanz-Wollmatingen. Kindlebildstr. 39.

Obergefr. Hans K[...], Fpn. 12063 E. Wer kann Auskunft geben? Nachr. an Frau Marthe B[...], Konstanz, Markgrafenstrasse 8a.

Feldpost-Nr. 45 454 und 44 096. Auskunft erbeten über Hauptm. Otto E[...], H. K. A. A. 145/2. Batt., am 23. August 1944 bei Casaci bei Akkerman in Bessarabien auf V. B. Frau Anneliese E[...], Karlsruhe-Rüppurr, Rosenweg 15.

Oberfunkmeister Alfons D[...], Fpn. 22102 A. Regt. 335, DIv. 205 (Kurland). Welcher Heimkehrer kann Nachr. geben? Julius D[...], Konstanz (17a), Linde 4.

San. Obergefr. Oskar M[...], geb. am 3. Jan. 09, Marsch-Kp. V/205/22, von Swinemünde aus nach Kurland eingeschifft, etwa 10. oder 12. April 45. Welcher Heimkehrer kann über meinen Mann Auskunft geben? Frau Käthe M[...], Konstanz, Löhrystrasse 2.

Obergefr. Franz H[...], geb. 11.9.09, Stab 6. Armee, Fpn, 36 097. Letzte Nachr. v. 16.8.44 aus Rumänien. Wer kann Auskunft geben? Frau Alma H[...], Insel Reichenau über Konstanz.

Stalingrad. Fpn. 41697 D. Schmiedeält. Uffz. Karl A[...]. Wer kann Nachricht geben über meinen Mann? Frau Otti A[...], Allensbach/Bodensee.

Obergefr. Paul P[...], Fpn. 00 351 B. Letzte Nachr. 20. Juni 44. Welcher Kamerad kann Auskunft geben? Julius D[...], Konstanz, Inselgasse 30.

Uffz. Hermann M[...], Fpn. 36921, Pionier-Regt., Stab 667. Letzte Nachr. von Straussberg bei Berlin 11.4. 45, zuvor in Kurland. Wer kann Auskunft geben über dessen Verbleib? Frau Olga M[...], Insel Mainau i. B.

Stabsgefr. Willi M[...], geb. 10.6.19. Zul. v. Jan. 45 bis April in Konstanz als Ausbilder in der Stammkomp. Letzte Nachr. 20. April 45 vor seinem Abtransport

z. Einsatz nach Radolfzell. Welcher Kamerad oder dam. Rekrut der zurückgekommen ist, kann Nachr. geben? Farn. H[...], Konstanz, Gebhardstrasse 28. Feldw. Karl H[...] v. Gren.-Ausb.-Batl. 222. 1. Kp., Wreschen/Warthegau. Letzter Brief v. 16. 1. 45. Welcher Kamerad weiss etwas über den Verbleib meines Mannes? Frau Walburga H[...], Durbach bei Offenburg/Bd., Laubeng. 174.

Zitiert nach: *Südkurier. Die 40 Jahre 1945-1985. Zeitgeschichte aus der Zeitung*, Konstanz 1985, Blatt 2.

In sämtlichen damals wichtigen Produktionszweigen der französischen Zone wie z.B. der Forst- und Holzwirtschaft (Sägewerke, Barackenbau) wurden deutsche Kriegsgefangene zu Arbeiten herangezogen, und zwar fast ausschliesslich bei der Produktion für die Besatzungsmacht. Für die Unterbringung waren die Betriebe selbst zuständig, während die Bewachung im Allgemeinen von der Militärbehörde gestellt wurde. Insbesondere Aussenarbeiten reizten viele Kriegsgefangene zur Flucht. Wo sie überhandnahm, verlangten die französischen Militärbehörden die Stellung von Ersatzgefangenen, so beispielsweise in Villingen im Februar 1946. Zwar richtete der Landrat des Kreises einen verhaltenen Protestbrief an die Besatzungsbehörden, in dem er jedes Verständnis der Bevölkerung dafür leugnete, dass «kreisangehörige badische Kriegsgefangene, die bereits entlassen sind, dafür büssen sollen, dass die preussischen Staatsangehörigen, die sich hier als Kriegsgefangene aufhalten, durchbrennen in der Aussicht, in ihrer Zone sich unbehelligt bewegen und aufhalten zu können» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 1104 225/4/8) – an der Forderung selbst konnte er nichts ändern. Welche Empörung die Franzosen mit ihrer harten Haltung entfachten, belegt der Protestbrief von sechs solcher Geiseln.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Rottweil, den 20.2.46

Im Auftrage der am hl. Abend 1945 erneut in die Kriegsgefangenschaft geratenen ehem.[aligen] Wehrmachtsangehörigen aus Villingen fühle ich mich endlich verpflichtet, bei Ihnen, Herr Landrat, anzufragen, warum wir eigentlich dazu auserkoren wurden, die Lücke auszufüllen, die durch die Flucht einiger Gefangener vom Kriegs-Gef.[angenen]-Lager Villingen entstand.

Für die Betroffenen, d.h. für uns also kann es nur einen Grund geben, der einigermassen stichhaltig wäre, dass der grössere Teil von uns P[artei]g[enossen] waren. Warum aber wir ausgerechnet als Kriegsgef. [angene] wieder büssen müssen, was andere verschuldet haben, ist uns nun keineswegs klar, denn dafür sprechen folgende Tatsachen:

I. Das Naziregime hat nie danach gefragt ob wir in die HJ bzw. in die Partei wollten. Als junge Generation wurden wir einfach dazu gezwungen, in die HJ ein-

zutreten, um dann anschliessend ohne jegliches Befragen in die Partei übernommen zu werden. Es geschah meistens auch dann, wenn der Betreffende schon bei der Wehrmacht eingezogen war, also praktisch ohne Wissen und Willen des Betreffenden. Einige andere, die übergangen wurden und angeblich der Partei nicht angehört hätten, nachdem sie eine Zeitlang Soldat waren und somit das verbrecherische Treiben unserer Regierung, während des Krieges, durchschaut hatten, sich geschämt, der NSDAP anzugehören. Dem grössten Teil der jungen P[artei]g[enossen] ging es nicht anders, und sie bereuten es tief, dass sie der Partei angehört hätten. [...]

II. Warum hat man gerade solche Wehrmachtsangehörige, die entlassen waren, ausgesucht, welche bereits ihre Notstandsarbeiten erfüllt hatten und in einem festen Arbeitsverhältnis standen? Ausserdem arbeiteten die Betreffenden in der Hauptsache für die franz.[ösische] Besatzungsmacht bzw. am Wiederaufbau unserer Heimat, z.B. Eisenbahn, Barackenbau etc. Andere dagegen, die auch entlassen wurden, haben nie daran gedacht, ihre Notstandsarbeit zu erfüllen bzw. in ein Arbeitsverhältnis zu treten. Viele der e. a. drückten sich ja heute noch vor jeglicher Arbeit, in dem sie angeblich mit Dutzenden von Krankheiten befallen sind. Darunter befinden sich ja auch manche aktive Nazis!

III. Warum wurden fast in der gleichen Zeit politische Häftlinge, dessen [!] grösster Teil aktive P[artei]g[enossen] waren, aus den Lagern f[ür] politische Verbrecher entlassen, während wir, die ja nur Angehörige einer irreführten Generation, sogen.[annte] P[artei]g[enossen], eingesperrt wurden und nun büssen sollen? Wir besaßen ja nicht einmal einen Ausweis, der auf feste Zugehörigkeit zur NSDAP hinweisen konnte. Überhaupt war unsere Zugehörigkeit eine rein provisorische.

Ausserdem befinden sich auch noch solche Personen in Freiheit, die irgendeiner der Verbrecherorganisationen, z.B. der Waffen-SS etc., angehört und noch nie Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegten.

Dies alles, sehr geehrter Herr Landrat, veranlasste uns, die bestimmt zu Unrecht zum 2. Mal in Gefangenschaft gebracht wurden, Ihnen dieses Schreiben zu senden. Ich glaube bestimmt, dass die Gründe, die wir hier anführen, gerechtfertigen [!], einen Austausch mit aktiven Nazis vorzunehmen. Vor allen Dingen solche, die nie Soldat waren und sich durch ihre Parteizugehörigkeit vom Wehrdienst drückten.

Wir hoffen nun, Herr Landrat, dass wir in Ihnen einen Fürsprecher betr. dieser Angelegenheit gefunden haben, der sich verständnisvoll unserer Sache annehmen wird, damit wir uns in Zukunft verstärkt dem Wiederaufbau unserer Heimat widmen können!

Hochachtungsvoll !

[sechs Unterschriften]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 1104, 225/4/8.

Kultur

Die erstaunliche Blüte, die die Kultur nach 1945 für einige Jahre erlebte, ist einmal der bemerkenswerten Kulturpolitik der französischen Besatzung zu verdanken, die bereits damals die Anerkennung und Bewunderung der Zeitgenossen fand, aber ganz allgemein auch der Befreiung vom nazistischen Ungeist und seinem völkischen Provinzialismus. Insoweit sich Recht und Moralität als menschlicher und sozialer Massstab wieder einfanden, Solidarität und friedlicher Austausch unter den Völkern wieder prinzipiell Geltung bekamen, war Kultur mehr als nur ein beliebiges Stichwort der Nachkriegszeit – sie wurde zum integralen Moment, zum Ausdruck des Willens zu einer zivilen und gesitteten Existenz, zu einer Art gemeinsamem Nenner, auf den die als edel und human erkannten Bestrebungen und Hoffnungen der Menschen gebracht werden konnten. Kultur – das war nun plötzlich nach zwölf Jahren nationaler Abkapselung, kulturpolitischer Gängelung und ideologischer Dienstbarmachung der Künste zum Inbegriff einer neuen Art zu leben und zu denken geworden. Literatur und Musik, Theater und bildende Künste sollten nach dem eben zurückliegenden Schock wieder zu ihrer eigengesetzlichen Form finden und leitende Impulse für einen demokratischen Aufbau geben, sollten das Ihre dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Entwicklung sich nie mehr von der Verbindlichkeit der in der Kultur sich ausdrückenden menschlichen und freiheitlichen Ideale entfernte. Insofern waren die unmittelbaren Nachkriegsjahre nicht nur Jahre der Stagnation und Resignation, sondern auch eine Zeit des vorsichtig keimenden Optimismus und der Zuversicht, ja des Aufbruchs und der Euphorie. Man war noch einmal davongekommen, und die Kultur wurde für viele zum Träger eines neuen Lebensgefühls. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dieser Aufbruchsstimmung, die in der Kultur jener Jahre einen idealistischen und überhöhten Ausdruck fand, ist rückblickend von einer Zeit der schönen Not gesprochen worden.

All dies unterstellt auch im Bereich der Kultur einen Neuanfang von Grund auf, und doch erscheint die These von der Stunde Null in mehr als einem Sinne fragwürdig. Wie immer wir uns heute jener Zeit nähern, es sind oft mehr die Kontinuitäten als die Brüche, die uns als tragende Elemente der Nachkriegszeit bewusst werden. Schliesslich fanden auch die kulturellen und literarischen Anfänge jener Zeit nicht einfach in einem Vakuum statt. Es gab natürlich kulturelle Traditionen, an die angeknüpft wurde, literarische und musikalische, dramaturgische und bildnerische Stile und Vorgaben, kulturelle Erwartungen und Gewohnheiten; Überbleibsel der während der Zeit des Nazismus entstandenen Kultur und Ansätze einer neuen bestanden nebeneinander, oft basierend auf kulturellen Institutionen mit eigenem Gewicht und eigener Dynamik. In diese Situation hinein «platzte» nun die französische Kulturpolitik, ohne deren Direktiven und Lizenzen in jenen Jahren nicht viel lief.

Alle diese Faktoren prägten das kulturelle Gesicht des vom Kriege relativ verschonten Landes Baden und verbanden sich zu einem kulturellen Leben, dessen Lebendigkeit immer wieder beschworen und rühmend beschrieben wurde. Diese Lebendigkeit lässt sich z.B. an einer Fülle von Verlagen belegen, die wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden schossen und sich über das ganze Land erstreckten – mit auffallender Konzentration am Bodensee und im Dreiländereck, im Breisgau und in der Ortenau sowie in Baden-Baden, wo – kein unwichtiger Faktor in einer Zeit schwieriger Postverbindungen und unterbrochener Verkehrswege – nur kurze Wege zu den französischen Lizenzstellen bestanden. Ihre Programme reichten vom Rückgriff auf Antike und Klassik bis zur Präsentation marxistischer Grundlagentexte in Massenaufgaben, von zeitgeschichtlicher und politischer Literatur über eine vielfältige Erlebnis-, Besinnungs- und Rechenschaftsliteratur bis hin zur religiösen und schöngeistigen Literatur zeitgenössischer Autoren. Typisch war für diese Verlagslandschaft ihr publizistischer Charakter, der sich schon im Äusseren der Broschüren, Hefte und Schriften niederschlug. Dies freilich nicht nur, weil für Bücher Papier und Bindemaschinen fehlten, sondern weil das Broschierte dem transitorischen Charakter der Nachkriegszeit in einem tieferen Sinne entsprach, war doch diese Zeit eine Zeit der Bestandsaufnahme und Rechenschaft, der Besinnung und des Ausblicks, der grundsätzlichen Vergewisserung und des Nachholbedarfs. Bücher, zumal dicke, blieben da die Ausnahme – wer hätte sie in jener Zeit lesen und vor allem schreiben sollen? Nein, die geistige Situation der Zeit war auch vom äusseren Erscheinungsbild ihrer Literatur her aufs gedrängt Summarische, programmatisch Zielweisende gerichtet. Die Tiefe des deutschen Falls und die Unglaublichkeit dessen, was nun nach und nach ans Licht kam – riefen sie nicht geradezu nach Erklärern und Deutern, Bekennern und Wegweisern? Jedenfalls glaubten nicht wenige in jenen Tagen, auf ihre Profession ein verlegerisches Metier gründen zu sollen; der Rückblick auf das Vergangene und erst halb Begriffene sollte die Situation der Gegenwart erhellen, aus der Rückwendung zum Humanismus und den hergebrachten weltanschaulichen und religiösen Orientierungen sollten Massstäbe für eine neue Zukunft gewonnen werden.

«Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Deutung der Gegenwart und die Vorschau auf die Zukunft», bemerkte damals ein Kritiker, «laufen auf höchsten Touren. Welches Publikum auch immer angesprochen wird, der Mann, die Frau, der Jugendliche, das Kind, es regnet Massstäbe, die uns an die Hand gegeben werden, und die Berufenen scharen sich um den harmlosen Leser» (zit. nach Glaser, S. 102). Und auch Clemens Münster, der in den Frankfurter Heften vom Juni 1946 in der Situation der Literatur und dem Bedürfnis der Leser eine ungeheure Chance für Verleger erkannte, sah in der ganzen Betriebsamkeit mehr Leerlauf und ungute Routine als nützliche Notwendigkeit: «Das meiste von dem, was jetzt an billigen Rezepten gegen wirkliche oder vermeintliche Krisen der verschiedensten Art zu vernehmen ist, an Krankengeschichten und Diagnosen überstandener Übel, an romantischen Anknüpfungsversuchen an endgültig Versunkenes und inniger Beschäftigung mit Entlegenem, an Geschichtskonstruktion und Geschichtsdichtungen, die sich als Deutungen ausgeben [...] – diese beginnende Verlagstätigkeit dokumentiert im Grunde eine Flucht vor der Wirklichkeit [...]. Die Manuskripte, die wir brauchen, müssen erst noch geschrieben werden» (S. 7).

Was Münster als allgemeinen Befund notiert hatte, bestätigte für die französische Zone Alfred Döblin, der in seiner Eigenschaft als Lektor der französischen Zensurstelle in Baden-Baden enttäuscht bilanzierte: «Wieviel Krampf und Verworrenes, und vor allem wieviel Verblasenes, das ich für mystisch hielt. Und dazwischen wieviel Bemühung von hundert einsamen Schreibern, die zum ersten Mal wieder schreiben konnten, ohne sich zu fürchten, und die nun etwas herauschrien, meist Deklamation und tief gefühlte Rhetorik. Sie schrieben in ihren armseligen Räumen, sie wussten nicht hin und nicht her. Sie hatten wenig gelesen und gelernt, und da verfielen sie darauf zu schreiben und auf diese Ideen. Der Boden brachte zuerst nur Gras und Unkraut hervor» (Döblin, S. 373).

Dass die Literatur und Publizistik der Nachkriegszeit Krampfhaftes und Verworrenes, Verblasenes und Mystisches zuhauf hervorbrachte, ist leicht erklärbar. Zwölf Jahre lang wurden die Menschen unter der Käseglocke geistiger Isolation gehalten, was niemand ohne Verlust an Substanz und Wissen überstand. Mangel an gedanklicher Weite und literarische Unerheblichkeit waren die Folgen des Abgeschnittenseins von der Welt und was in ihr vorging, aber auch eines ihm folgenden Klimas, das in der Situation des totalen gesellschaftlichen Zusammenbruchs zweifellos ein neues Pathos und ein Verständnis von Kultur förderte, das vom Weihevollen und Erhabenen bestimmt war. Hilflloser Moralismus und verquere Metaphorik, spekulative Bemühtheit und das oft schmale Wissen der Zuhausegebliebenen bestimmten deshalb vieles, was sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinandersetzte (oder eben auch nicht) – von der Fähigkeit zu politischem Denken ganz zu schweigen, sofern nicht gleich die offenkundige Flucht in die höheren Bezirke reiner Menschlichkeit und die Gipfelwelt klassischer Geisteskultur angetreten wurde. Nicht, dass die Barbarei der zurückliegenden Epoche nicht auch im Rückzug auf das Ewige und Humane eine Absage erfahren hätte, aber letztere war mehr idealistische Ablehnung aus (zu) später Einsicht als radikale Inventur und gültige Auseinandersetzung mit dem gerade Zurückliegenden als historischer und sozialer Erscheinung.

Unverkennbar ist das Urteil Döblins auch von der Erfahrungswelt des Exilanten geprägt, der natürlich am besten beurteilen konnte, wie sehr die Daheimgebliebenen den Anschluss an die bisherige Entwicklung verloren hatten. Denn es war unstrittig mehr als nur die Unfähigkeit, sich gegenseitig in die Lage des anderen zu versetzen. War das Leben im Exil – meist in Ländern, in deren Sprache dem Exilanten zu schreiben verwehrt war – wirklich ein bequemerer Lebens, so etwas wie ein erzwungener, aber im ganzen doch recht abwechslungsreicher Aufenthalt? Was wusste der Daheimgebliebene von den existentiellen Gefährdungen und dem Elend des Exils, von den Entbehungen und Anfechtungen, die es bereithielt? Zwar konnte – mit den Worten Thomas Manns – der Exilant gut tugendhaft sein und Hitler die Meinung sagen, aber war das alles? Und machte sich andererseits der Exilant ein Bild von den Schwierigkeiten des im Lande Gebliebenen, der notgedrungen alle Auflagen erfüllte und so die Gewähr hatte, auch weiterhin veröffentlichen zu können? Stand dem Emigranten klar genug vor Augen, welche Versuchung darin lag, sich inmitten des erfüllten oder gewussten Unrechts auf eine Insel der Innerlichkeit zurückzuziehen?

Solche gegensätzlichen Positionen mussten zwangsläufig nicht nur Verdächtigungen und Missverständnisse, Argwohn und Aneinandervorbeireden provozieren – die beiden Lager bildeten auch verschiedene Welten; Christoph Meckel hat sie in seinem Roman «Suchbild» am Beispiel

seines Vaters Eberhard Meckel in ihrer inneren Gegensätzlichkeit beschrieben: «Während Brecht, Döblin und Heinrich Mann emigrierten, Loeke und Barlach in Deutschland zu Tode erstickten, während Dix und Schlemmer in süddeutschen Dörfern untertauchten, Musiker, Wissenschaftler und Regisseure verschwanden, Kollegen diffamiert, verfolgt, verboten, Bücher verbrannt und Bilder beschlagnahmt wurden, schrieb er ruhige Verse in traditioneller Manier und baute ein Haus, in dem er alt werden wollte.» Diese Haltung, die für sich den Begriff «Innere Emigration» beanspruchte, brachte Meckel auf die schlüssige Metapher: «Die Naturlyrik richtete sich in der Laubhütte ein, aber die Laubhütte stand auf eisernem Boden und war von Mauern aus Stacheldraht umgeben.» (Frankfurt 1983, S. 21 ff.)

Die Unüberbrückbarkeit der Positionen zeigte sich bei Alfred Döblin, dem aus amerikanischem Exil in französischen Besatzerdienst Zurückgekehrten, von seinen Kollegen deshalb viel beargwöhnten und oft geschnittenen Arzt und Dichter; sie zeigte sich an Max Barth, dem Waldkircher Schriftsteller, dem nach 17jährigem Exil ein Wiedereinstieg in die Publizistik nicht gelang und der doch nur mit einem einzigen Gedanken zurückgekommen war: gebraucht zu werden und das Seine beizutragen zum Aufbau eines demokratischen Deutschland. Sie zeigte sich an der Kontroverse zwischen den beiden sich einst so nahestehenden Schriftstellern Thomas Mann und Wilhelm Hausenstein aus Hornberg über Innere Emigration und Exil, und sie zeigte sich schliesslich vor allem in der Tatsache, dass das Exil für die geistige Fundierung eines demokratischen Deutschland letztlich unerheblich blieb – was rezipiert und nach und nach dem kulturellen Fundus einverleibt wurde, waren die bekanntesten Künstler des Exils (zu ihnen zählte Döblin damals noch nicht!) und ihre Werke, nicht aber die Erscheinung des Exils insgesamt und an sich.

Die geblieben waren, hatten nicht alle so den Verlockungen der Nazis um Ämter und Pfründe, um Ausstellungs- und Publikationsmöglichkeiten widerstanden wie Dix, Schlemmer, Hofer und Hubbuch im Bereich der bildenden Kunst, Reinhold Schneider, Friedrich Georg Jünger, Rolf Gustav Haebler, Traugott von Stackeiberg, Anton Fendrich und Wilhelm Hausenstein im Bereich der Literatur. Doch auch die genannten (und mit ihnen einige andere) änderten, soweit sie der Literatur angehörten, wenig an jenem für die Zeit nach 1945 konstatierten «Verlegen ohne Autoren» beziehungsweise an jener «Literatur ohne Autoren». Den Verlegern floss damals auch in der Südwestecke belangvolle Literatur nur in Massen zu; von «epischer Dürre» gar sprach «Das Goldene Tor» (Heft 1/46, S. 91). Wenn Südbaden als Kulturlandschaft dennoch Interesse auf sich gezogen hat, so auch deshalb, weil es damals viele Künstler und Verleger aus bombengefährdeten Gebieten beziehungsweise aus der Tristesse städtischer Trümmerlandschaften in die (fast) heil gebliebene Idylle vornehmlich des Bodenseegebietes, des Breisgau oder des Ufgau gezogen hat. Bildende Künstler wie Heckel, Herzger, Stuckert, Macketanz oder Honigberger, die zum Teil durch Bomben ihre Ateliers verloren hatten, Künstler wie Dix, Schlemmer und Max Ackermann, für die der Umzug nach Südbaden den Charakter einer Distanzierung vom Nationalsozialismus trug, blieben hier hängen; Literaten wie Hagelstange, Plivier, Oelfken oder Weisenborn kamen im Zuge der Nachkriegsereignisse hierher und bereicherten die Kunstlandschaft, nicht anders der junge und noch unbekanntere Stephan Hermlin, der im Oberbadischen Verlag gleich mit drei Titeln sein Debüt als Lyriker und Übersetzer französischer Lyrik gab.

Nicht zu vergessen Verleger wie Curt Weller, Johannes Asmus, Werner Wulff, Verlage wie Alber, Keppeler oder Bühler, die ihre Zelte teils noch während des Krieges in Südbaden aufgeschlagen hatten und sich nicht zuletzt durch die Herausgabe wichtiger Exilwerke verdient gemacht haben. Ebenso wurde das Konstanzer Theater – eines von angeblich zehn unzerstörten unter rund 300 in ganz Deutschland – durch Schauspieler und Regisseure wie René Deltgen, Johannes Wiemann, Gustav Knuth, Lola Müthel, Lina Carstens oder Heinz Hilpert zu einer Stätte erster Kräfte und damit zum Paradebeispiel der oft zitierten «grossen Zeit der kleinen Bühnen».

Wenn zuvor von einem vorwiegend publizistischen Charakter der Nachkriegskultur die Rede war, so gilt dies vor allem für zahlreiche Kulturzeitschriften, denn deutlicher noch als die Broschur entsprach die Zeitschrift dem Charakter der Zeit. Das Bedürfnis, sich zu Wort zu melden, der Hunger nach Erklärungen für die zurückliegende Epoche, die Neugier auf die seitherige Entwicklung in anderen Ländern, die Fülle der künstlerischen und kulturellen Aktivitäten, die Orientierung an den geistigen Strömungen der Zeit, all dies verlangte viel mehr das Unabgeschlossene und Ephemere der Zeitschrift als die Endgültigkeit und Abgeschlossenheit des Buches. Schliesslich war die Zeitschrift der genuine Ort für jene geistigen Manifestationen, die stets untrügliches Kennzeichen von Notzeiten und tiefen Sinnkrisen sind. Nach zwölf Jahren der Verpönung des Intellekts, in denen nicht diskutiert, sondern gehandelt worden war, fand sich der Leser so plötzlich wieder inmitten einer vielfältigen Zeitschriftenkultur, die deutlicher als der Buchmarkt ein Forum der Auseinandersetzung und der Zukunft war.

Von dem runden Dutzend allgemeiner Kulturzeitschriften, die in der französischen Zone erschienen, wurden die meisten in Südbaden herausgegeben; Baden-Baden als der Sitz der Militärregierung war in jenen Jahren nach Berlin, Stuttgart und Frankfurt der wichtigste Erscheinungsort für Zeitschriften. Im Konstanzer Südverlag erschienen gleich zwei Zeitschriften: die von Ludwig E. Reindl herausgegebene «Erzählung», die seit Anfang 1947 monatlich auf Fortsetzung angelegte Prosawerke erzählender Art bot, und die splendid aufgemachte «Vision», die ein halbes Jahr später zu erscheinen begann und vornehmlich kenntnisreich ausgewählte Literatur der klassischen, aber auch neueren Zeit mit Aussagewert für die aktuelle Zeitsituation präsentierte. In Offenburg erschien bereits seit Ende 1945 die noch heute existierende Zeitschrift «Dokumente», die sich zusammen mit ihrer französischsprachigen Zwillingausgabe «documents» Verdienste um die deutsch-französische Verständigung und Aussöhnung erworben hat. Ebenfalls Ende 1945 startete in Freiburg die Halbmonatszeitschrift «Die Gegenwart» – sie befasste sich, ihrem Titel und Mitarbeiterkreis um die frühere «Frankfurter Zeitung» entsprechend, mit aktuellen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen; für ihr Niveau standen Namen wie Benno Reifenberg und Bernhard Guttman. Am Sitz der französischen Militärregierung selbst erschienen die Zeitschriften «Lancelot» und «Das Goldene Tor» sowie, bis 1948, die noch heute existierende Zeitschrift «Merkur»; als wichtigstes Forum für moderne Kunst verstand sich das ebenfalls in Baden-Baden erscheinende «Kunstwerk».

Fast noch erstaunlicher als diese Fülle von Kulturzeitschriften war ihre Verbreitung. «Das Goldene Tor» beispielsweise rangierte mit 35'000 Exemplaren zu seinen besten Zeiten noch am unteren Ende der Auflagenzahlen, und andere lagen mit ihrer Auflage – eine wohl einmalige Si-

tuation für Zeitschriften dieser Art – über der vieler Tageszeitungen. «Die Gegenwart» beispielsweise war mit 40'000 Exemplaren gestartet und erreichte als höchsten Verkaufsstand 220'000 Exemplare, wobei nicht etwa ein ausgeschöpftes Leserpotential, sondern der begrenzte Papiervorrat diese Marke setzte. Verlag und Herausgeber der «Vision» z.B. baten ihre Leser, die Zeitschrift im Freundes- und Bekanntenkreis zirkulieren zu lassen, da die Auflage in keinem Verhältnis zur Nachfrage stand. Doch gerade das Beispiel «Vision», deren Einzelheft 8 RM kostete, zeigt, dass die damaligen Auflagen und mit ihnen das völlig überhitzte Kulturklima nur möglich waren, weil sonst fast nichts (und das wenige nur auf Marken) zu haben war. So investierten damals viele in Bücher und Zeitschriften – oft weniger aus Neigung und Interesse als aus Verlegenheit und weil man Tauschartikel brauchte.

Nach ziemlich genau drei Jahren war das kurze, aber heftige Strohfeuer einer bemerkenswerten Kulturkonjunktur abgebrannt, die Kultureuphorie in sich zusammengesunken. Vorbei war es mit ausverkauften Theater- und Konzertvorstellungen, vergriffenen Auflagen – das durch allgemeine Warenknappheit genährte Kulturklima, das eine so untypische Nachfrage begünstigt hatte, änderte sich schlagartig mit dem Tage der Währungsreform. Da es auf der Grundlage einer reformierten Währung mehr und mehr frei käufliche und lange entbehrte Waren gab, wurde das äusserst knappe Geld nun dafür ausgegeben. Im Bereich der Kultur kam es zu einer demontageartigen Situation mit katastrophalen Zusammenbrüchen; ein Grossteil der verlegerischen Neugründungen ging ein, Zeitschriftenauflagen sanken auf Bruchteile ab, Theater kämpften um ihre Existenz. Die Gesellschaft ging zur Tagesordnung über – das kulturelle Nachkriegsintermezzo war zu Ende.

Dieses Normalmass, auf das die Kultur nach der Währungsreform zurückfiel, lässt einen klaren Blick auf die Art der zurückliegenden Blüte zu. Die Deutschen hatten die tiefste Krise ihrer Geschichte erlebt, und unzweifelhaft hatten sie der Kultur bedurft, um ein wesentliches Stück ihrer Selbstsicherheit und Überlebensenergie wiederzugewinnen, um zu erkennen, dass nicht Deutschland – als dessen Inbegriff ihnen die unvergänglichen Werte und Werke seiner Kultur erscheinen mochten –, sondern der Nationalsozialismus untergegangen war. Darin besteht sicherlich eine der Erklärungen für das Phänomen Klassikerbedürfnis, von dem Ludwig E. Reindl in Bezug auf das Theater gesprochen hat. Der Begriff deutet indes auch auf etwas Zwiespältiges und will vor allem deutlich machen, wie fragwürdig eine Identifizierung von Kultur mit dem Elegisch-Weihevollen klassischer Kulturschöpfung ist, wie relativ schnell das Trost- und Erbauungsbedürfnis erschöpft sein kann, sobald nur – wie ja seit der Währungsreform geschehen – die Grundlagen dafür einmal weggefallen sind. Insofern hat die gesellschaftliche und politische Entwicklung freilich auch gezeigt, dass Kultur weniger unverzichtbarer Bestandteil gesellschaftlichen Neuaufbaus als vielmehr ein Stück Fluchtmöglichkeit aus Nachkriegsmisere und Alltagsnot gewesen ist, ein Stück weit auch Möglichkeit, der immerwährenden Sorge ums Überleben für kurze Zeit zu entgehen. Vor allem aber ermöglichte diese Verdrängung die leichte Unterhaltung, wie sie Werner Köhler (S. 76) am Beispiel des Offenburger «Mittelbadischen Theaters» für die Zeit von Anfang 1947 bis Mitte 1948 anhand des Spielplans ausgewiesen hat: 32 Operetten-, 30 Lustspiel- und drei Revueaufführungen standen 18 Aufführungen anderer, zum Teil nicht identifizierter Stücke gegenüber.

Als ein Mittel gegen Apathie und Resignation ist auch die Kulturpolitik der französischen Besatzung bewertet worden, wenn auch nicht alle Autoren darin so weit gehen wie der Lörracher Friedrich Kuhn, der – mit der Erstattung ungeschminkter Monatsberichte an das Gouvernement des Landkreises Lörrach betraut – der Kulturpolitik der Franzosen schlichtweg Verschleierung ihrer auf ökonomische Ausbeutung gerichteten Besatzungspolitik vorwirft und gar Parallelen zum nazistischen «Kraft durch Freude»-Programm zieht. Andere Kritiker, wie Hansmartin Schwarzmaier, haben den Gedanken einer kompensierenden Funktion der französischen Kulturpolitik ebenfalls nahegelegt, aber auch ihre werbende, um Gemeinsamkeiten bemühte Natur nicht verkannt und schliesslich die unbestreitbare Qualität dieser Kulturpolitik als aus einer Art Profilneurose geboren erklärt, wonach die Franzosen als kleinste Besatzungsmacht mit ihrer Kulturpolitik der von den Amerikanern geborgten militärischen Stärke ihre originäre Leistung entgegengesetzt hätten (Schwarzmaier, S. 144).

In der Tat setzte die französische Militärregierung mit ihrer Kulturpolitik die positivsten Akzente, und auch die Kennzeichnung einer um «Gemeinsamkeiten werbenden Kulturpolitik» kann man durchaus vertreten. Am deutlichsten zeigen sich diese Gemeinsamkeiten in den drei grossen Baden-Badener Ausstellungen der Jahre 1946 bis 1948, von denen die erste – gewidmet den Beziehungen Badens und Frankreichs – geradezu als Zeichen des guten Willens gedeutet werden kann (wenngleich die Ausstellung, wie sollte es anders sein, mit «Baden» dem separatistischen Konzept der damaligen französischen Deutschlandpolitik folgt). Das Vorwort zu dieser Ausstellung enthielt gar eine Art Reaktion auf Vorwürfe, wie Friedrich Kuhn sie geäussert hatte: «Ich glaube», so der Directeur de l'Education Publique, Raymond Schmittlein, «dass die Veranstalter Wert darauf legen zu betonen – und man muss sie dazu beglückwünschen –, dass das kulturelle Leben seine unverjähren Rechte besitzt und dass es, um dem Geist seinen gebührenden Platz wieder einzuräumen, nicht erst nötig ist, abzuwarten, bis Gaststätten wieder eröffnet und Läden von Kunden wieder aufgesucht werden.» Daraus eine zynische «Spiele-vor-Brot-Haltung» abzuleiten, einen die grundlegenden Lebensbedürfnisse ignorierenden «Primat des Geistes», geht an der Sache und Intention der französischen Besatzungspolitik wohl vorbei – so verständlich die Erregung über fehlende Kalorien aus der Erbitterung der Zeit heraus und aus Sorge um die Glaubwürdigkeit der Demokratie auch war. Einwände verdient diese Kulturpolitik indes dort, wo sie in besonderer Weise mit den Widersprüchen der französischen Deutschlandpolitik verknüpft war. So versprachen die Franzosen, Deutschland in den Kreis der demokratischen Völker zurückzuführen – aber oft genug atmete die französische Kulturpolitik Sendungsbewusstsein und ein unterschwelliges Überlegenheitsgefühl, oft genug schienen die Deutschen am ehesten dann zu wirklichen Demokraten zu werden, wenn sie so zu leben und zu denken lernten wie die Franzosen. Solche Eindrücke mochten es sein, die Alfred Grosser – auch in Bezug auf die französische Kulturpolitik – von einem «pharisäisme de la rééducation» sprechen liessen. Damit machte sich aber nicht nur ein ansatzweises französisches Hegemonialdenken gegenüber Deutschland bemerkbar, sondern auch der französische Zentralismus, dessen antiföderalem Element alles Eigene und Andersartige unterworfen werden sollte. Am erkennbarsten scheiterte das französische Kultur- und Erziehungskonzept denn auch dort, wo deutsche

Traditionen und Besonderheiten am größten übergangen und missachtet wurden: im Schul- und Bildungswesen. Während die Hochschulpolitik der Franzosen im Zeichen kultureller Zusammenarbeit stand und auch hinsichtlich der Gründung neuer Hochschulen (wie in Mainz, Speyer und Germersheim) positive Aspekte aufwies, war die Schulpolitik der französischen Besatzer mit ihren weitgehend der französischen Lehrerbildung und dem französischen Schulsystem nachempfundenen Reformabsichten zum Scheitern verurteilt: weder hatten sie den inhaltlichen Widerstand des katholischen Milieus und der Lehrerschaft in Rechnung gestellt noch ins Kalkül gezogen, dass die Zeit bei allmählich geringer werdendem Einfluss der Franzosen für die Deutschen arbeitete.

Hingegen war die französische Kulturpolitik überall dort besonders erfolgreich, wo sie sich dem Miteinander und der Annäherung der nationalen Standpunkte verschrieb, der Diskussion der unterschiedlichen Positionen. In diesem Sinne sind Jugendpolitik, aber auch bestimmte Teile der Kulturpolitik (wie Verlags- und allgemein die Medienpolitik) als Herzstück französischer Kulturpolitik bezeichnet worden.

Die Militärregierung des Kreises Lörrach eröffnete eine kleine Informationsschrift über Geschichte und Sehenswürdigkeiten des Kreises mit einer Übersetzung von Johann Peter Hebels «Die Wiese». Unter den vielen Hebel zgedachten Rollen – eben noch galt er als Kündler alemannischen Volkstums – ist die des literarischen Vermittlers sicherlich nicht die unangemessenste. Zugleich ist die Eröffnung einer solchen Schrift mit einem Gedicht Hebels eine Reverenz vor dem literarischen Genius der Landschaft, die etwas Symptomatisches hat: es ist immer wieder zuerst Kultur – ob eigene oder fremde –, was Frankreich den Deutschen zu bieten hat.

La Wiese

(d'après le poète alémanique Jean Pierre Hebel)

Salut à toi, ô Wiese, charmante fille du Feldberg !
Ecoute-moi bien, je veux t'honorer de mes poésies.
Mon chant va t'accompagner sur ta route joyeuse.
Ton haleine parfume l'air et verdit les herbes,
Les emplit de sève et donne aux fleurs le coloris
Qui attire oiseaux, abeilles et les oisons de Todtnau.
Utzenfeld est déjà passé. Voici Schönenbuchen
Où nous entendons la Sainte Messe à la chapelle.
Déjà nous arrivons aux premières maisons de Schönau.
Kastel est parcouru. Allons, allons toujours plus loin,
Descendons la vallée, là-bas vers les mines de Hausen.
Mais il n'y a pas de répit. Glissons sur les prés de Hausen
Et sautons les barrages. Nous courons à Fahrnau,

Et voilà passée la paroisse de Schopfheim.
Maulburg est déjà là. Regarde la maisonnette
Föhri cachée par l'ombre, et là-bas, l'église de Hollstein.
En aval de Steinen, la route est franchie. Tu arrives
Au pays des vignes de Hauingen, Haagen et Rotteln.
Tumringen est passé. Voici les prairies de Lörrach.
Vois-tu la ville bien ordonnée, ses toits et ses frontons?
Brombach t'envoie ses vaches. Voici les poulains de Lörrach
Qui te saluent, hennissant et sautant de gaieté.
Et de Zell jusqu'à Riehen, sur tous les arbres et buissons,
Les oiseaux accompagnent ta course de leurs mélodies.

Aus: *Gouvernement Militaire de Lörrach, Petit Tableau du Cercle de Lörrach*, Lörrach o. J., S. 3.

Seit Anfang 1946 ging die französische Militärregierung dazu über, auf Landkreisebene Kultur organisieren zu lassen. Im Rahmen der bestehenden Landkreisselbstverwaltung wurden Kulturabteilungen eingerichtet, die um die Neu- oder Wiedenzulassung kultureller Vereine bei den französischen Stellen nachzusuchen hatten, wobei die kulturelle Breitenarbeit (Gesang- und Musikvereine) Vorrang hatte. Darüber hinaus benötigten die Vereine für Veranstaltungen jeweils Genehmigungen, so dass sie also doppelter Kontrolle unterlagen.

In vielen Orten war es jedoch schon früher zu kulturellen Initiativen gekommen, wie z.B. in Lörrach. Bereits im Herbst 1945 hielt der dortige Kulturreferent Selbstverständnis und Programm seines Büros in einem zehneitigen Papier fest, aus dem einige zentrale Passagen wiedergegeben werden sollen.

Die Aufgaben des Presse- und Kulturamtes:

Anregen, Betreuen und Leiten, dieses muss der Grundakkord des Amtes sein. Wir stehen an der Schwelle eines Neubeginns. Unser Volk wartet auf die helfenden Hände, auf ein zielstrebiges Handeln von Seiten ihrer Behörden. Was man am Anfang versäumt hat, dieses ist später schwer aufzuholen. Vertrauen gewinnt man immer am besten in den entscheidendsten Situationen; in der tiefsten Not wird der Freund offenbar. Wollen wir Freunde sein durch unser eigenes Können und durch unseren persönlichen Einsatz in der tiefsten Stunde der Tragik unseres Volkes. Geben wir ihm das, was ihn die Blicke wieder aufwärts und vorwärts richten lässt. [...] Es werden wieder die Gesangsvereine erstehen, Sport- und Turnorganisationen, die Naturfreunde und sonstige kulturelle Vereinigungen. Mehr als zwölf Jahre wurde das deutsche Volk in einer geistigen und kulturellen Zwangsjacke festgehalten. Hier müssen diejenigen Kreise, die in der Lage waren, sich seit 1933

bis heute weiter fortzubilden, das Neue zu studieren und nicht bei 1933 stehen zu bleiben, helfen. In diesen geistigen Hungerjahren entstand eine schemenhafte, typisierte Literatur und Kunst und Wissenschaft. Zwölf Jahre haben ein gewaltiges kulturelles Manko mit sich gebracht. Dieses gilt es zu überwinden und aufzuheben. Hier setzt die Beratung und Betreuung ein. Jugenderziehung und Erwachsenenbildung sind eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben, denen wir uns zu unterziehen haben, und das Kultur- und Presseamt kann dazu einen wesentlichen und wichtigen Beitrag leisten.

Deshalb muss sich das genannte Amt folgenden Aufgabenkreis schaffen:

- a) Ausbau einer Volksbibliothek;
- b) Gründung einer Volkshochschule;
- c) Herausgabe von Literatur- und Pressematerial;
- d) Betreuung der kulturellen Organisationen;
- e) Mitarbeit und Betreuung bei der Herausgabe von Vereinspresseerzeugnissen;
- f) Referentenvermittlung für Veranstaltungen;
- g) Theaterwesen;
- h) Filmwesen;
- i) Ausstellungen.

Dieses sind Hinweise, die als grundlegende Skizzierungen des Aufgabenkreises des vorgenannten Presse- und Kulturamtes zu gelten haben. [...]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, Fasz. 1494.

Ende 1945/Anfang 1946 entstanden in schneller Folge in fast allen grösseren Orten des Landes Baden Kulturbünde – Ausdruck einer allgemeinen Kultur- und demokratisch-kulturellen Erziehungs-Euphorie, deren Hintergründe auch damit erklärbar sind, dass in Bereichen wie Wirtschaft und Politik noch nicht allzuviel realisiert werden konnte. Die Kulturbünde verstanden sich überparteilich und arbeiteten auf demokratischer Grundlage, waren offen für alle parteilichen und weltanschaulichen Richtungen unter Ausschluss alles Nazistischen und Militaristischen.

Mit Genehmigung des franz.[ösischen] Militärgouvernements hat sich in Stadt und Kreis Überlingen ein freier Kulturbund gegründet, an dessen Spitze ein Fünferausschuss steht. Dieser Ausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der bildenden Künste, der Werkkunst, des Theaters, der Architektur, der Musik und des Schrifttums, die dem Landrat in allen kulturwichtigen Fragen beratend, begutachtungswichtigen Fragen beratend, begutachtend und vorschlagend zur Seite stehen. Der Kulturbund ist eine berufsständische Vereinigung der verantwortlich

denkenden, freien und sich ihrer Aufgabe bewussten Künstler, Gelehrten und sonstigen Kulturschaffenden.

Der Landrat: Dr. Illner.
Der Fünferausschuss: Walter Braunfels,
Werner Gotheim, F.G. Jünger,
Christian Lahusen, Fridolin Metzger.

Aus: «Südkurier», 12. Dezember 1945

Intakte und gut funktionierende antifaschistische Gruppen, wie es sie zum Beispiel in Singen und Überlingen gab, waren oft auch im Kulturbereich Anbieter und Veranstalter von Kursen und Kulturprogrammen. In diesen Programmen wurden die wichtigsten Publikumsbedürfnisse angesprochen, aber auch Zeichen gesetzt für eine neue, demokratische Bildungspolitik. Gleichzeitig standen oder fielen solche Angebote und Programme mit den Personen, die sie betreuten und formulierten; gerade in dieser Beziehung war die Nachkriegszeit auch eine Zeit der Einzelpersönlichkeiten. Geistiger Mentor nicht nur des folgenden Überlinger Kulturprogramms, sondern auch der hinter ihm stehenden Antinazibewegung in Überlingen, war Karl Bittel, der als Historiker der Genossenschaftsbewegung und Wandervogel schon vor 1933 einen Schwenk von der unabhängig-freisozialistischen Bewegung zum Kommunismus vollzogen hatte und nach einer Zeit der Haft auf dem Heuberg in Hödingen bei Überlingen sich einen internationalen Ruf als Paracelsus- und Franz Anton Mesmer-Forscher erworben hatte. Nach 1945 gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, bestimmte das Programm des Volksverlags Singen mit, wurde Chefredakteur der «Volkszeitung», später der kommunistischen Zeitung «Unser Tag» («Der neue Tag»).

Überlinger Vortragsreihe

Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr im Rathaus

	21. November:
<i>Tami Oelfken</i>	Mut zur Wahrheit (Die Überwindung unserer geistigen Krise)
	28. November:
<i>Dr. Poensgen</i>	Was bedeutet uns heute die bildende Kunst?
	5. Dezember:
<i>Dr. Valentin</i>	Die wirtschaftliche und geistige Erneuerung
	12. Dezember:
<i>Otto Flake</i>	Nietzsche, das Ende einer Philosophie

Eintrittskarten zu 1,50 Mark im Vorverkauf Franziskanerstrasse 11

Weitere Vorträge

Pfarrer E. Eckert

Ernst Wolff

Paul Kroedel

Dr. Kirchheimer

Studienr. Dr. Weber

Dr. Karl Bittel

Prof. Dr. Kurt Wegener

Das neue Deutschland

Subjektive und objektive Schuld

Völkerprobleme der franz. Revolution

Penicillin, ein neues Heilmittel

Frankreich und seine Sprache

Wille zur Freiheit

Ergebnisse der modernen Agrar-Meteorologie.

Antinazibewegung in der französischen Zone

Kreisgruppe Überlingen

Kulturausschuss

Aus: Oswald Burger u.a., *Nationalsozialismus in Überlingen und Umgebung*, Friedrichshafen 1984, S. 262.

Charakteristisch für den Kulturbetrieb nach 1945 waren die vielen Verlagsneugründungen, hervorgerufen durch den geistigen Zusammenbruch und immensen Nachholbedarf auf literarischem Gebiet. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 begannen die ersten Verlage und Druckereien mit der Herstellung von Büchern und – mehr noch – Broschüren. Dazu bedurfte es jedoch einer Lizenz für den einzelnen Verlag wie für das jeweilige Verlagsprodukt; mit der Lizenzierung selbst war dann auch Papierzuteilung, Druck und Absatz geregelt. Einzelheiten sind in einer Verordnung des Bulletin Officiel vom November 1945 festgehalten.

1946 existierten angeblich über 800 Lizenznehmer in der französischen Zone, kleine und kleinste Verlage, die mit dem geistigen Umbruch eine Chance für sich erkannten und zu nutzen suchten.

Eine dieser Neugründungen war der Oberbadische Verlag Singen, der vor allem durch sein literarisches Profil aus der Masse der übrigen Verlage herausragte. Hier erschienen die ersten Bücher Stephan Hermlins («Der Leutnant Yorck von Wartenburg», «Die Strassen der Furcht»); hier erschien die erste deutsche Ausgabe von Hans Mayers «Die geistigen Strömungen der Zeit», in denen mit der Entwicklung in der französischen Philosophie und Literatur bekanntgemacht wurde, sowie Lizenzausgaben von Wassermann, Kästner, Emil Ludwig und anderen. Richard Jäckle, einer der beiden Geschäftsführer des Verlages, erläutert Zustandekommen und Arbeit des Unternehmens.

Frage: Herr Jäckle, der Oberbadische Verlag Singen, dessen Geschäftsführer Sie zusammen mit Ihrem Bruder René waren, war eine Fortführung des Volkswille-Zeitungsverlages, den die Nazis 1933 verboten hatten. Wie sind Sie denn an das alte Eigentum der SPD-Zeitung wieder herangekommen?

Richard Jäckle: Nach 1933 waren die Volkswille-Gebäude und die Druckerei zuerst der Firma Stadler in Konstanz überlassen worden, bis etwa 1935/36. Dann

wurde die beschlagnahmte Druckerei an die Firma Macklot in Karlsruhe verkauft, die Gebäude an die Firma Elektro-Schindler in Singen. Die Macklotsche Druckerei hat den Betrieb als kleine Akzidenz-Druckerei weitergeführt. Die Zeitungsrotation wurde samt Zubehör verschrottet. Kurz vor der Besetzung Singens beschlagnahmte eine SS-Propaganda-Einheit den Betrieb und stellte Flugblätter in englischer Sprache her. Eine Schlagzeile dieser Pamphlete lautete: «Christliche Soldaten Roosevelts, vereinigt euch mit den deutschen Truppen zum Kampf gegen den Weltbolschewismus!» In etwa drei Tagen war dieser Spuk zu Ende, die französische Armee hatte bei Neuhaus (Randen) die Schweizer Grenze erreicht, ein anderer französischer Truppenteil bei Ludwigshafen den Bodensee. Mein Bruder René, der – dienstverpflichtet – bei dieser SS-Einheit arbeiten musste, erlebte den Abzug und die zuvor erfolgte Verbrennung der Flugblätter im Hof der beiden Gebäude. Zwei Tage später wurde Singen von den Franzosen besetzt. Mein Bruder und ich ergriffen die Initiative, den Druckereibetrieb wieder für die SPD zurückerstattet zu bekommen. Mit Hilfe des damaligen Bürgermeisters Dr. Dietrich verfügte die Besatzungsmacht, dass eine Gruppe ehemaliger Sozialdemokraten den Betrieb übertragen bekam. Früher als die Amerikaner und Engländer errichtete die französische Militärregierung dann bei den Gerichten Restitutionskammern, die den Druckereibetrieb der inzwischen gegründeten GmbH übertrugen. In der Zwischenzeit hatten wir versucht, eine Zeitung herauszugeben.

Frage: Und woher kamen die Aufträge in der ersten Zeit?

Richard Jackie: Die haben uns überwiegend die Franzosen erteilt. Als sie gehört haben, da ist eine Druckerei, die Papier hat, da sind sie gekommen und haben Formulare machen lassen, wir haben manchmal Tag und Nacht für die Franzosen geschafft. Natürlich haben wir auch von dem Papier mitgezehrt, und umgekehrt hat bei der Militärregierung in Baden-Baden, wenn's ans Papierzuteilen ging, auch eine Rolle gespielt, dass wir für die Franzosen gedruckt haben. Mein Kollege Bofinger in Tuttlingen dagegen hat um jeden Bogen kämpfen müssen.

Frage: Und wie fing es mit der Verlagsproduktion an?

Richard Jackie: Aus dem «Antifaschistischen Büro» war eine Buchhandlung mitentwickelt worden. Die haben bei uns die ersten Broschüren drucken lassen – «Die Hölle von Majdanek» ist mir als Titel noch gegenwärtig, das waren so 16 bis 32 Seiten starke Broschüren im A-6-Format, und dann kam später die Absprache zwischen Gerhart Wohlrat (Vertreter der KPD) und mir, dass sie einen eigenen Verlag aufmachen, das war der Volksverlag Singen, der kommunistisch orientiert war, während wir von unserer Seite dann einen sozialdemokratischen Verlag machten, den Oberbadischen Verlag Singen. Diese Verlagsentwicklungen verliefen in etwa parallel, wobei man sich tolerierte und gegenseitig respektierte, bis sich die Wege trennten. Es kam dann die weltpolitische Verschärfung hinzu.

Frage: Wer war denn nun in der Oberbadischen Verlagsanstalt wofür zuständig?

Richard Jäckle: Die Idee zum Verlag kam meinem Bruder René und mir, wobei die interne Teilung so war, dass René sich primär um den Verlag und die kaufmännische Seite kümmerte, während ich mich den technischen Aufgaben zuwandte. Wir waren beide Geschäftsführer, wobei mein politisches Engagement – Stadtrat in Singen, Landtagsabgeordneter in Freiburg, Landesvorsitzender der SPD in Baden – meine Tätigkeit in der Druckerei einengte.

Frage: Und wie kam es zur Buchproduktion?

Richard Jäckle: Wir waren beide, mein Bruder und ich, wie andere von einem solchen Betätigungsdrang erfüllt – nach 13 Jahren der Untätigkeit –, dass wir überhaupt keine Schwierigkeiten sahen, sondern uns einfach Aufgaben stellten: z.B. Literatur herauszubringen, die unserer politischen Grundeinstellung entsprach oder die im Dritten Reich verboten war. Dabei setzten wir uns keinen zu engen Rahmen, etwa nur parteipolitisch, sondern tendierten auch gleich ins Schönegeistige. Da war durch den Kontakt zu Carl Posen in Zürich eine Verbindung entstanden, die uns Lizenzen für Jakob Wassermann und andere brachte. Dann war da «Der Leutnant Yorck von Wartenburg» und weitere Titel von Stephan Hermlin...

Frage: Nun hatte Hermlin ja damals noch keinen Namen in Deutschland, er war eben aus dem Exil in der Schweiz gekommen...

Richard Jäckle: Aber das war ein Buch über den Widerstand, und das hat ausgereicht. Es gab über diesen Sektor keine Bücher. Und dann: alles, was auf dem Büchermarkt damals aufkrezte, wurde auch verkauft bzw. gekauft. Ein bekannter Sortimentler hat damals in Singen eine eigene Vertriebsstelle für die französische Zone aufgemacht, im heutigen Café Schrempp, und wir wurden von den Leuten gedrängt, ihnen unsere Bücher und Broschüren zum Verkauf zu geben. Wir hatten auch beim «Yorck» mehr Bestellungen, als die Auflage betrug, und das war 20'000. Diese Nachfrage änderte sich dann schlagartig mit dem Tage der Währungsreform.

Quelle: Gespräch mit dem Verfasser im Februar 1983.

Neben den zahllosen Verlagen jener Zeit prägten vor allem Zeitschriften die Medienlandschaft der Nachkriegszeit. Wie Alfred Döblin rückblickend schrieb, traten sie 1946/47 «geradezu in Rotten auf». Einen beispielhaften Querschnitt des damaligen literarischen Angebots liefert das Inhaltsverzeichnis der Literaturzeitschrift «Vision», die im Südverlag Konstanz erschien.

Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift «Vision»

Joseph von Eichendorff: <i>Mahnung</i>	1
Immanuel Kant: <i>Zum ewigen Frieden</i>	2
Franz Kafka: <i>Ein Hungerkünstler</i>	24
Walther von der Vogelweide: <i>Liebeslied</i>	28
Ferdinand Gregorovius: <i>Die Landschaft Athens</i>	29
Wilhelm von Humboldt: <i>Über die Aufgaben des Geschichtsschreibers</i>	31
Karl Jaspers: <i>Diskussion und Polemik</i>	39
Hugo Ball: <i>Zur Kritik der deutschen Intelligenz</i>	42
Leopold von Stolberg: <i>An das Meer</i>	50
Gottfried Kinkel: <i>Briefe aus Amerika 1851/52</i>	51
Carl von Martius: <i>Brasilianischer Urwaldtag</i>	59
Ludwig Tieck: <i>Die wilde Engländerin</i>	61
Karl Thylmann: <i>Briefe 1914-1916</i>	67
Ricarda Huch: <i>Die Juden</i>	74
Friedrich Hölderlin: <i>Die Bücher der Zeiten</i>	80
Robert Dvořák: <i>Technik, Macht und Tod</i>	82
Franz Janowitz: <i>Das Reglement des Teufels</i>	91
Rudolf Alexander Schröder: <i>In ein Schweizer Stammbuch</i>	94
Herbert Roch: <i>Grimmelshausens Simplicissimus</i>	95
H.J.Ch. von Grimmelshausen: <i>Trost der Nacht</i>	100
Johann Nikolaus Forkel: <i>Über Bachs Klavierspiel</i>	101
Gerhart Hauptmann: <i>Abschied</i>	104
Stimmen der Welt:	
<i>Charles Baudelaire: Einer Malabaresin • Sammlung</i>	105
<i>Percy Bysshe Shelley: Sonett • Freiheit</i>	106
<i>Walt Whitman: Ich träumte • Am Strand</i>	107
<i>Alexander Puschkin: Echo • Das Denkmal</i>	108
<i>Bo Djü-J: An die geflüchteten Brüder</i>	109

Aus: «Vision. Deutsche Beiträge zum geistigen Bestand», Jg. 1 (1947), Heft 1.

Döblin selbst glaubte, «in diesem Stimmengewirr auch etwas sagen zu müssen» – so entstand seine heute fast schon legendäre Zeitschrift «Das Goldene Tor». Der Titel war als Symbol für die Freiheit und Solidarität der Völker gemeint; programmatisch wollte die Zeitschrift die vom Nazismus unterbrochene geistige Kontinuität wiederherstellen helfen. Am sichtbarsten hat Döblin dazu beigetragen, indem er sein Blatt den Autoren des Exils öffnete – unter anderem Brecht, Feuchtwanger, J. R. Becher, Fried, Annette Kolb, L. Marcuse, Heinrich Mann, Hans Mayer. Die Zeitschrift erschien erstmals im September 1946 im Verlag Moritz Schauenburg,

Lahr (1.-4. Jahrgang), mit dem 5. und letzten Jahrgang im Verlag für Kunst und Wissenschaft in Baden-Baden. Ihre Höchstaufgabe erreichte die Zeitschrift 1947 mit 35'000 Exemplaren. In einem Geleitwort erläuterte Döblin Sinn und Aufgabe seiner Zeitschrift:

Geleitwort von Alfred Döblin in «Das Goldene Tor»

[...] Wie werden wir es anstellen?

Wer wird uns helfen?

Für die Entrümmung und das Abräumen im Geistigen haben wir die Instrumente des Urteils und der Kritik. Wir wollen die guten Dinge, für die wir einstehen, und die entstellt und aus dem Gesichtskreis gerückt waren, wieder an ihren Platz stellen und sind gewiss, damit Spalten schliessen zu helfen und zu stärken. Verschüttet war über ein Jahrzehnt eine ungeheure Masse von seelischer und geistiger Kraft im Lande. Während man die Kohle der Bergwerke und das Erz der Minen aufs Äusserste ausbeutete zu unheilsamen Zwecken, liess man das Gute, das jeder in sich trug, unausgenutzt. Die Kräfte stehen wieder zur Verfügung. Wir werden uns aber keinen Illusionen hingeben und nicht erwarten, nun eine doppelt und dreifach reiche Ernte einzubringen. Es ist in Deutschland anders als in Frankreich, wo während der Besetzung der erbitterte unterirdische Kampf die Kräfte steigerte und jene junge originelle Literatur der Resistance ins Leben rief, die eine vitale Funktion erfüllte. Wir werden an die Verhinderung und Absperrung in Deutschland denken. Man wird sehen, es lebt und regt sich hier wieder, der Geist ist nicht erschlagen, die Erholung ist gewiss.

Verschüttet und nicht vorhanden für das Land waren die Kräfte, die man zu tausenden einsperrte und ins Ausland jagte. Auf ihre Stimme warten viele im Lande. Das «Goldene Tor» lässt die Exilierten ein. Wir werden auf diesen Blättern ihre Worte lesen.

Dass wir das Fenster nach dem Ausland weit öffnen, versteht sich von selbst. Man lebt weder in der Gesellschaft noch unter Völkern allein: für die Deutschen, die mehr übersetzten als andere, keine Neuigkeit.

Das Gesicht dieser Zeitschrift wird, wie es die Umstände mit sich bringen, nicht sofort bestimmt hervortreten.

Die Grundzüge werden aber, aus Geleitwort und Inhalt, erkenntlich sein. Das Wort haben die Autoren.

Aus: «Das Goldene Tor», Jg. 1 (1946), Heft 1, S. 6.

Doch auch Döblins Zeitschrift gelang es nicht, das Exil als bedeutenden und massgeblichen Teil des deutschen Geistes durchzusetzen. Was bis in die siebziger Jahre hinein zur Kenntnis genommen wurde, war nicht das Exil als Gesamterscheinung und Phänomen, sondern waren einzelne

Exilschriftsteller wie Thomas Mann und Erich Maria Remarque, Vicky Baum und Carl Zuckmayer, Bert Brecht und Anna Seghers – sie wurden dem Literaturkanon einverleibt, um sie konnte sich die Literaturwissenschaft nicht herumdrücken. Vom Standpunkt des «Literatur-Offiziers», der für die Lizenzierung der Druckwerke in der französischen Zone zuständig war, unternahm Döblin bereits 1946 einen Vergleich zwischen im Ausland und in Deutschland selbst entstandener Literatur der Jahre 1933 bis 1945.

Die beiden deutschen Literaturen

In der kurzen Zeit, die ich nun auf deutschem Boden verbringe, benutzte ich die Gelegenheit, durch den Blick in Manuskripte Lektüre der verschiedenen Zeitungen und in Gesprächen, mir ein ungefähres Bild von den literarischen Tendenzen, jedenfalls in diesem Teil des Landes zu machen. Ich möchte hinzufügen, dass ich vorher in Amerika mit einem bemerkenswerten Teil der exilierten Schriftsteller zusammenlebte, und noch vorher mit anderen Teilen in Frankreich. Wie verhalten sich diese beiden Literaturen zueinander?

Was man hier im Lande zu lesen bekommt, ist im Unterschied zu den Produkten am Ende des vorigen Weltkrieges weder inhaltlich revolutionär, noch revolutionär oder neu im Formalen. Damals, 1918 hatte man den auf der Höhe stehenden schon absinkenden Expressionismus, die Oh Menschliche Literatur und die Arbeiterdichtung.

Von der letzten Art ist mir einiges hier in Gedichtform, aber nicht originell, bestimmt nicht stürmisch und gar nicht mit Zukunftsgewissheit vor Augen gekommen.

Vorherrscht eine Neigung zur Vertiefung, zur religiösen Versenkung, zur christlichen Frömmigkeit. Jedoch schreibt das, worauf ich stiess, jedenfalls bisher keine eigene Handschrift. Man bemerkt überhaupt, auch bei den Lesern, dass man sich rückwärts orientiert und gern bei Klassikern, bei beruhigten, formal feststehenden oder auch bei mystischen Autoren halt macht.

Man muss dazu gleich zweierlei bemerken: Erstens regt sich überhaupt wenig, und alles, was sich zeigt in Deutschland wird ja in militärisch besetzten und kontrollierten Gebieten hervorgebracht – und zweitens befindet sich ein grosser Teil der Jugend in den Gefangenenlagern, und es könnte sein, dass sie später andere und neue Züge in die Literatur hineinträgt.

Man hört auch viel von Hölderlin, der sich langsam, wie es scheint, zu einem Gestirn erster Grösse auswächst, was schon vor dem Kriege begann und sich im Krieg steigerte, wo man eine Hölderlin-Weltausgabe herausbrachte. Warum Hölderlin? Er liegt in der Linie der Vertiefung. Man sieht ihn als eine Art Prophet,

einen Religionsgründer, der heidnisches mit christlichem verschmilzt und Deutschland ideell erhob (dabei die wirklichen Deutschen ablehnte).

Von Heinrich von Kleist und von Schiller hört man wenig, von Goethe spricht das Ausland mehr als Deutschland.

Die Neigung zur Vertiefung kann man verschieden sehen. Einmal als die natürliche Tendenz sich unter den heutigen Umständen zu sichern und zu festigen, das andere Mal als Ausweichungsbewegung, als Eskapismus.

Wie steht es um die Emigrantenliteratur 1933-45? Sie erfuhr nicht solchen einheitlichen Druck wie die innerdeutsche. Aber für sie gilt doch auch etwas allgemein und durchgreifend: Der Boden wird den Schriftstellern ruckartig weggerissen, und zu der materiellen Not der meisten tritt eine zunehmend geistige Strangulierung. Diese letztere ergibt sich bei dem Eintritt in die fremdsprachige Sphäre und in Folge des Mangels an Kontakt mit der Umwelt.

Was schrieb man hier? Wenig Eskapismus, und den nur findet man bei Autoren, denen windstille Positionen vergönnt blieben. Im Allgemeinen schlug man um sich so gut man konnte. Es wurden heftige Kampfbücher geschrieben. Der deutschen Zustände wurde unaufhörlich gedacht. Die Auseinandersetzung riss nicht ab. In Romanen, Lyrik und Drama, auch in Biographien wurden die Dinge drüben scharf reflektiert. Man schilderte sie teils direkt und kritisierte sie, teils in durchsichtigen historischen Parallelen. Wie gesagt: nur wenige schlüpfen abseits und flüchteten in mythische Wolken. Es starben und verkamen viele. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Emigration die Autoren schwach und defätistisch machte.

Vergleiche ich die beiden Literaturen, so möchte ich feststellen, die Aussenliteratur hat ihre Autoren im Allgemeinen frisch und kämpferisch rüstig erhalten. Sie hat viele starr gemacht und die Möglichkeiten in ihnen nicht zur Entwicklung kommen lassen. Man ist hier formal rege geblieben.

Hingegen ist im Land der Diktatur, ausser der massenhaften Produktion der Hörigen, zu viel geschrieben worden, und viel mehr als draussen. Aber auch hier entwickelte sich eine Asphyxie [Atemstillstand, Ohnmacht; Anm d. Hrsg.], eine andere Art, diesmal bedingt durch die Verknappung des zum geistigen Leben nötigen Raums. Und weil man zu mehr oder weniger kompletter Stummheit gezwungen war, wurde man schliesslich schlaff und weich. Man wurde auf abseitige Themen, entfernte Historie – aber im Unterschied zur Aussenliteratur ohne Zeitbeziehung – gedrängt, ferner auf «Liebe» und auf unschädlichen Pietismus. Die Emigration wirkte nicht in die Freiheit ihrer Autoren hinein, die Diktatur legte ihre Hand auf die Geistessubstanz selber der Autoren. Natürlich verminderten

sich auch hier die Entwicklungsmöglichkeiten. Und formal musste man steckenbleiben und verarmen, da das Damoklesschwert des Kulturbolschewismus über allen hing, so dass die Autoren, in Leisetreter verwandelt, nur (man muss es schon aussprechen) ein langweiliges, schöngeistiges Schrifttum hervorbrachten. Wenn sie jetzt in die natürlich nicht komplette Freiheit treten, so bringen sie nolens volens die alte Druck- und Kümmerhaltung mit.

Die Emigranten, von denen wohl allmählich zahlreiche jüngere zurückkehren werden auf den ihnen zukommenden Platz im Land, werden sich ebenso wie die Heimatautoren erst die Luft mit dem neuen Sauerstoff vollpumpen müssen. Die Situation lässt sich nicht sofort begreifen, die Kontakte stellen sich nicht sofort her. Mit den Rückkehrern würde aber vieles rascher vorwärts gehen. [...]

Es ist leicht zu sehen, dass das Land, welches seine Zwangsideologie hat aufgeben müssen, heute mehr als sonst frische, verantwortliche und aktive Köpfe braucht. Einige fragen, ob angesichts der heutigen Verelendung überhaupt eine Literatur möglich ist. Möglich ist vieles, fragt sich nur, welche nötig oder wünschenswert ist. Es wird Raum da sein bei der schweren Apathie und Niedergeschlagenheit für die eskapistische und rückwärtsblickende Literatur. Es scheint aber, als ob der Lesehunger etwas anderes wünscht: man will wissen, von draussen hören, will neue Anregung und die Zufuhr neuer Kräfte. Die läuft neben jedem Willen zur Vertiefung, von dem ich sprach.

Was also besonders nottut, ist eine neue realistische Literatur, welche mit dem Rückständigen der alten Lug- und Verdrängungsliteratur aufräumt, ein Schrifttum, das klar und ohne Schwulst formuliert, das kritisiert und parteipolitisch nicht gefesselt ist. Es soll künstlerisch wagemutig sein, und nicht zuletzt: die Tore zum Ausland weit aufstossen.

Aus: «Badener Tagblatt», 12. Januar 1946.

Neben der Literatur stand die Kunst- und Ausstellungstätigkeit zentral für französische Kulturpolitik. Mit gross herausgestellten Ereignissen wie Kunst- und Geschichtsausstellungen am Ort der Militärverwaltung selbst sollten immer wieder Zeichen gesetzt werden, so auch mit der Ausstellung «Frankreich-Baden» im Sommer 1946. Titel und Thema zielten auf den gegenseitigen Austausch über Jahrhunderte mit Hinweisen auf gemeinsame Geschichte, gemeinsame Traditionen und eine lange Reihe kultureller Berührungspunkte. Kritiker jedoch sahen in der Konzeption dieser Ausstellung auch einen kulturpolitischen Nachvollzug französischer Deutschlandpolitik, die sehr bewusst nicht Deutschland, sondern «nur» Baden meinte. Anhand einiger Passagen der Broschüre, die zur Ausstellung erschien, kann sich der heutige Leser selbst ein Bild machen.

Die Ausstellung «Frankreich-Baden», so bescheiden sie auch sein mag, ist ein Ereignis in den kulturgeschichtlichen Beziehungen unserer Länder.

Es ist die erste Ausstellung grösseren Stiles, die seit Einstellung der Feindseligkeiten in Deutschland veranstaltet wird. Dieser Tatsache muss man umso grössere Bedeutung beimessen, wenn man sich daran erinnert, dass noch zur gleichen Zeit im vorigen Jahre für die Bewohner dieser Gegenden der Krieg zum ersten Male seit 150 Jahren mit seiner ganzen tragischen Wirklichkeit in Erscheinung trat. Knapp ein Jahr ist also vergangen, und schon war es möglich, den internationalen Kulturaustausch wieder aufzunehmen und eine Schau wie die vorstehende Ausstellung «Frankreich-Baden» zu bieten. Ich glaube, dass die Veranstalter Wert darauf legen, zu betonen – und man muss sie dazu beglückwünschen –, dass das kulturelle Leben seine unverjährenen Rechte besitzt und dass es, um dem Geiste seinen gebührenden Platz wieder einzuräumen, nicht erst nötig ist, abzuwarten, bis Gaststätten wieder eröffnet und Läden von Kunden wieder aufgesucht werden. Es ist wohl kaum notwendig, hier zu sagen, welche Summe von Aufwand erforderlich war, um den bereits seit Monaten gefassten Plan auszuführen: das ist der schwere Tribut, den wir noch dem Kriege zahlen müssen und den wir ohne Zweifel noch lange nach ihm zahlen werden. Er hat als Folge, dass die unbedeutendste materielle Einzelheit, über die sich früher niemand den Kopf zerbrochen hat, heute im Vordergrund aller Sorgen steht und dass es ebenso schwer ist, sich ein paar Dutzend Reissnägel zu besorgen wie Gemälde von Rang aus Paris kommen zu lassen.

So wie sich die Ausstellung «Frankreich-Baden» heute in ihrem – bewusst – beschränkten Rahmen dem Beschauer darbietet, dürfte sie geeignet sein, Erinnerungen wachzurufen, die sowohl Franzosen als auch Badenern Veranlassung geben, auf ihre Nationen stolz zu sein. Damit wäre auch die Grundlage geschaffen für eine wahre Freundschaft und gegenseitige Achtung. Wenn zu einer Zeit, wo der Rhein noch als Schranke aufgefasst werden konnte, die beiden Völker sich trotzdem nicht trennen liessen, so kann dieser Strom heute in einem Zeitalter, wo Grenzbegriffe sich auflösen wollen, als ein Band der Freundschaft angesehen werden.

Aus: G. M. Z. F. O., Direction de l'Education Publique, Beaux-arts (Hrsg.), *Exposition France – Pays de Bade, Frankreich – Baden. Ausstellung Kurhaus Baden-Baden*, Mai-Juni 1946, S. 11 und 13 f.

Nach zwölfjähriger Zwangsunterbrechung wurde die erst 1927 ins Leben gerufene «Badische Secession» 1947 wiedergegründet; im Herbst desselben Jahres trat sie mit einer Ausstellung erstmals wieder an die Öffentlichkeit. Ihr gehörte damals an, was in der badischen Kunstszene Rang und Namen hatte. Die nahezu vierhundert Exponate boten ein repräsentatives, aber wenig ein-

heitliches Bild badischer Gegenwartskunst. In einem Artikel der Badischen Zeitung unterzieht Dr. Rupert Giessler die Ausstellung einer kritischen Würdigung.

Das Menschenbild der Zeit in seiner Problematik oder seiner Klärung tritt in dieser Ausstellung, von Porträtbildern abgesehen, kaum in Erscheinung. Nur Erich Heckel, von dem auch eine Reihe schöner Landschaften gezeigt wird, stellt einen maskenhaft geschminkten Clown-Menschen vor den Spiegel, aus dem ihm erschreckt sein wahres Gesicht entgegentritt. Das Grauen der Zeit spricht aus den Zeichnungen Müller-Hufschmids, bleibt aber ohne Antwort im kalten Entsetzen befangen. Rudolf Schlichter sucht in einem allzu literarisch erdachten Bild «Lebendiges sprengt Totes» eine Deutung der Zeit. (Wie sehr Schlichters Begabung auf graphischem Gebiet liegt, zeigen eindringlich die grosslinigen Zeichnungen.) Wenn man noch Johannes Thiels ausdrucksstarkes Aquarell «Auf der Brücke» mit dem bedrängten Menschenzug als Bild menschlicher Not der Zeit betrachtet, ist der Kreis der unmittelbar von der Situation der Gegenwart sprechenden Werke erschöpft.

Sonst herrschen Landschaften, Blumen und Stilleben vor. Auch Otto Dix, der jetzt am Bodensee lebt, tritt zarter auf, als man es bei ihm gewohnt ist: ein duftig vibrierendes Blumenstück mit Muschel und Stein, ein kraftvolles Pilzstilleben und einige Pastellzeichnungen, freilich neben zwei farbig starken Mummenschanzszenen, deren Vehemenz vom Urcharakter des Narrentanzes als Dämonenbeschwörung geprägt ist. Wilhelm Schnarrenbergers Liebe zu den kleinen Dingen macht zerbrechlich fein gemaltes Porzellan transparent und gibt einem Bild mit Gläsern einen hell tönenden gläsernen Klang; ein Beispiel, wie künstlerische Wirkung nicht vom Gegenstand abhängig ist, sondern von der Einfühlung des Künstlers in das Wesen der Dinge und von ihrer malerischen Bewältigung. Der Name eines Lithos von Hugo Troendle (München) könnte über allen seinen Werken stehen: Pastorale; sie atmen auch in den monumental empfundenen Gemälden eine weltabgewandte Ruhe ländlichen Friedens. In anderer Art sind Emil Bizers (Badenweiler) schöne, mit zarten Tönen gemalte Landschaften (Grisaillen) aus ähnlichem Geist; auch hier weht die Ruhe der Natur über dem Bild. Samten sind die Früchte eines Stillebens dieses feinnervigen Malers, dessen lyrisch empfundene Zeichnungen trotz ihrer modernen Ausdrucksweise an graphische Meisterwerke des achtzehnten Jahrhunderts auf den ersten Blick erinnern mögen. [...]

Aus: «Badische Zeitung», 10. Oktober 1947.

Der Maler Walter Wohlschlegel wurde Anfang Juni 1945 aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft entlassen. Da sein Karlsruher Atelier zerstört war, wechselte er in die französische Zone über, wo auch seine Familie lebte. 1946 konnte er wieder ans Malen denken. Die nun frei zugängliche Kunst anderer Länder und das Ende der Abschirmung von äusseren Einflüssen wurde Wohlschlegel zur Offenbarung und stimulierte seine Kreativität.

Skizzen, Aquarelle, Ölbilder entstanden, man hatte sich langsam wieder als Maler empfunden. Durch Befürwortung von Georg Schmidt, dem bedeutenden Kunsthistoriker und Direktor des Basler Kunstmuseums, erhielt ich schon im Sommer 1946 von den Franzosen die Erlaubnis, zweimal wöchentlich für Studienzwecke nach Basel zu gehen. Man lief wie betäubt durch die Säle. Alles war neu und umwerfend – Matisse, Picasso, Braque, Klee, Kandinsky und dann immer wieder Cezanne, van Gogh! Alles so unerhört lebendig und stark. Geistig und künstlerisch litten wir ja im «Reich» an permanenter Auszehrung. Nun musste man einen neuen Weg suchen, d.h. durch Arbeiten den weiteren Weg finden. [...]

In dieser Zeit, oder schon vorher, stand das grosse schöne Atelierhaus vom Dichter-Maler Burte im Park des Läublehofes in Weil-Rhein leer. Burte, nachdem er von den Franzosen aus dem Gefängnis entlassen war, hatte Stadtverbot für Lörrach und Weil. So konnte ich mit gutem Gewissen das Atelier mieten (der Läublehof, das Atelierhaus und der schöne Park mussten dann später einer Autostrasse weichen). In diesem schönen grossen Raum entstand so manches neue Bild. Stilleben, Landschaften, die mir nicht genügten, an denen ich dann aus der Vorstellung heraus weitermalte. Das meiste hat später meiner Kritik nicht standgehalten, wurde übermalt oder vernichtet. In der Rückschau war es eine schöne, besinnliche Zeit. Das Trauma der Nazizeit, des Krieges, verblasste langsam – man atmete wieder. Verkaufen konnte man in dieser Zeit noch und noch, doch das Geld war ja nichts wert.

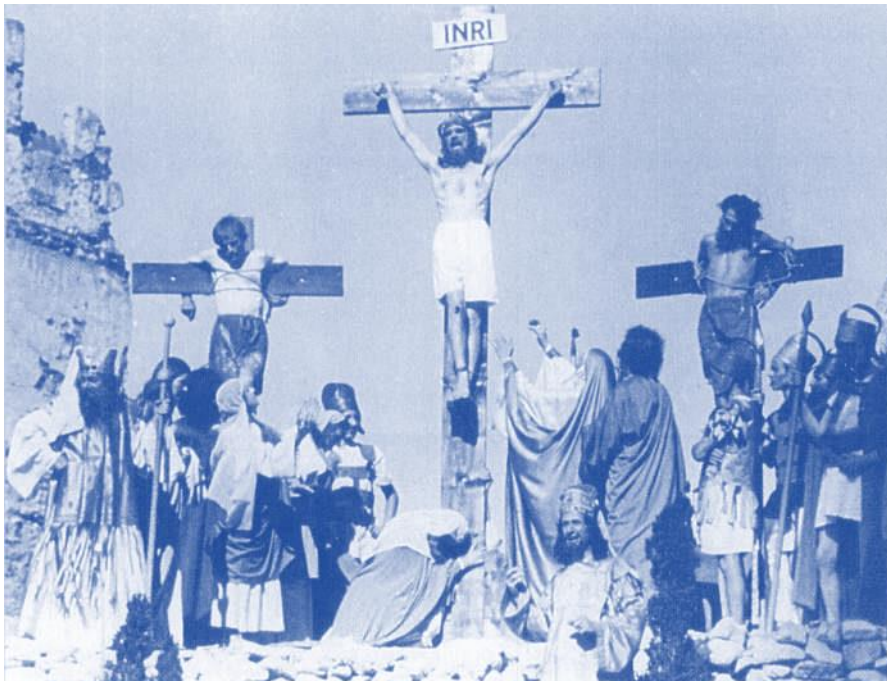
Aus: Walter Wohlschlegel, *Lebens-Bilder*, Freiburg 1982, S. 22f.

Von den nennenswerten Bühnen Südbadens waren Konstanz und Baden-Baden unzerstört geblieben; das Grosse Haus des Freiburger Stadttheaters war fast vollständig zerstört und unbespielbar. Bis zu seiner Wiedereröffnung am 30. Dezember 1949 verfügte die Stadt in Form der behelfsmässigen Kammerspiele seit 1946 wieder über eine Spielstätte.

Die Nachkriegssituation mit ihren meist stellungs- und beschäftigungslosen Theaterleuten begünstigte auch an kleinen Bühnen spektakulär anmutende Nachkriegsprogramme und -Spielzeiten; nachgerade legendär ist heute die Ära Hilpert am Deutschen Theater Konstanz. Aber auch in kleineren Städten kam es zu einer ganzen Reihe von Theaterneugründungen, so unter anderem in Villingen, Lörrach und Offen-



Freiburger Passions-
spiele zwischen den
Trümmern der Stadt.



burg. In Offenburg versuchte Willy Neef mit seinem Ortenauer Landestheater (Eröffnung: 4. und 5. Juli 1946) einen Theatergastspielbetrieb für den süd- und mittelbadischen Raum aufzuziehen (Ortenauer Zeitung, 31. Mai 1946), dem trotz Gastregisseurinnen wie Lina Carstens und Elisabeth Flickenschildt kein dauernder Erfolg beschieden war. Auch Ilse Becker, die zuvor das Theater in Villingen geleitet hatte, startete mit dem Mittelbadischen Theater einen erfolglosen Versuch von Offenburg aus. Nachfolgend der Spielplan der Spielzeit 1948/49 des Stadttheaters Freiburg mit einem für die Nachkriegszeit weithin repräsentativen Repertoire – auffallend der hohe Anteil klassischer und französischer Autoren.

Der Spielplan des Schauspiels

Goethe: *Tasso • Die Geschwister – Die Mitschuldigen*

Kleist: *Das Käthchen von Heilbronn*

Claudel: *Der seidene Schuh*

Shakespeare: *Othello*

Calderon: *Der Richter von Zalamea*

Molière: *Die Schule der Frauen*

Strindberg: *Ostern*

Giraudoux: *Siegfried*

Montherland: *Die tote Königin*

Pagnol: *Zum goldenen Anker*

Priestley: *Ein Inspektor kommt*

Tschechow: *Der Kirschgarten*

Hauptmann: *Die Ratten*

Brecht: *Mutter Courage*

Billinger: *Der Gigant*

Wolf: *Der arme Konrad*

Coubier: *Aimée*

Der Spielplan der Operette

Millöcker/Mackeben: *Die Dubarry*

Dostal: *Monika*

Raymond: *Maske in Blau*

Kalman: *Gräfin Mariza*

Benatzky: *Im weissen Rössl*

Quelle: Stadtarchiv Freiburg C5/2130.

Baden-Baden gilt nicht nur als Stätte russisch-deutscher Beziehungen, sondern ebenso sehr als eine solche französisch-deutscher Geschichte. Als Hauptsitz der französischen Militärregierung war die Stadt in besonderem Masse vom Flair französischer Kultur und französischer Lebensart

geprägt. In einem Kulturbericht schildert Susa Ackermann den Hauch von Exotik und den «frischen Wind», die der Stadt durch das neue Kulturleben zuteil geworden waren.

Baden-Baden unter der Lupe

Alle, die wir in Baden-Baden jetzt leben, weil wir hier arbeiten, hadern verschiedene Male am Tage aus tiefstem Herzen mit unserem Geschick. Die Gründe hierfür sind allseitig so hinreichend bekannt, dass man nicht näher darauf eingehen muss. Aber wir hadern doch irgendwie mit einem Unterton heimlicher Liebe und Anhänglichkeit. Alle Fragen, die gerade Ernährung oder Unterkunft betreffen, werden dadurch zwar nicht leichter, aber doch erträglicher.

Denn ob wir von Süd oder West, von Norden oder Osten nach Baden-Baden verschlagen wurden, dem romantischen, etwas überlebten Zauber dieses kleinen Kurortes kann man sich nicht entziehen. Alles ist wie eine reizende, operettenhafte Kulisse, unzerstört aus einer früheren Zeit hinübergerettet, aber eben unzerstört, und das ist, trotz aller Härte der täglichen kleinen Dinge, wichtig. [...]

Nach Paris glaubt man sich ausserdem versetzt, weil man soviel wie sonst nirgends in der französischen Zone französisch sprechen hört. Bunte Uniformen beherrschen in der Überzahl das Strassenbild. Südlich bunt ist auch die Aufmachung der Französinen.

Vielfältig und bunt ist ebenfalls alles, was die Franzosen in ihrem Gefolge nach Baden-Baden mitbrachten an interessanten Theaterereignissen, Kinovorführungen oder Kunstausstellungen. Wenn ich zu Beginn sagte, dass wir mit Baden-Baden mit einem uneingestandenem Unterton heimlicher Anhänglichkeit hadern, so sind es nicht zuletzt diese künstlerischen Veranstaltungen, die uns die vielgeschmähte kleine Stadt eben doch lieben lassen. In keiner anderen Zone wird soviel Interessantes geboten wie in der französischen (mit Ausnahme von Berlin, aber das ist eine andere Sache). Es ist keineswegs leichte Kunst, die uns von den Franzosen gebracht wird. Sie machen sich das Herantasten an unsere geistige Bereitschaft mitnichten einfach, sondern geben uns bewusst einen Ausschnitt aus ihrem derzeitigen Ringen um neue Kunstformen, ja sie stellen dieses sogar zur Debatte. Wir waren seit 1933 von diesem geistigen Ringen in Europa ausgeschlossen, lebten unter den uniformierten und von oben diktierten Parolen Münchener Kunstausstellungen, waren auch in Literatur und Theater so «gleichgeschaltet», dass seither ausserhalb unserer Grenzen aufgelebte und heute wieder ihrem Ende zugehende Bewegungen, wie etwa der Surrealismus, für viele unter uns Neuentdeckungen bedeuten. Leichter war es gewiss den Franzosen, beispielsweise in ihrer grossen Kunstausstellung im Sommer im Baden-Badener Kurhaus, nur bekannte

Impressionisten wie Renoir, Monet, Manet, van Gogh zur Schau zu stellen. Man zeigte uns daneben noch Picasso, Chirico, Dali, Bonnard, Vuillard, Chagall oder Stichproben der jüngsten Malergeneration, rollte vor uns im Querschnitt ein Panorama der heutigen französischen Malerei an sich auf, um deren Form nach den harten Geschehnissen der letzten Jahre lebendiger und vielfältiger denn je gerade in Paris gerungen wird. [...]

Aber das Theaterpublikum von heute wird wohl, diesseits sowohl als auch jenseits des Rheines, nicht mehr durch das einfache Konversationsstück, sei es noch so meisterhaft durchgeführt, angesprochen. Der Umbruch ist für das Theater wie auch in der Malerei oder Literatur stark da. Die Entwicklung von rein psychologischen Dialogen, verfänglich amüsanten Situationen hinweg zu einer fast antik herben Ausdrucksform, ja wagen wir getrost das Wort Tragödie, wird mit jedem Tage klarer. Vor allem in einer Stadt, die jeweils alle Probleme des Theaters so lebendig und leidenschaftlich diskutiert, wie dies in Paris geschieht, zeichnet sich diese Tendenz naturgemäss besonders stark ab. Ein gutes Stück der besten französischen Leistung auf diesem Gebiet auch nach Baden-Baden gebracht zu haben, unter die Kritik der Deutschen, die nach geistigen Dingen heute wieder hungriger denn je sind, dafür sei Dank gesagt. Es ermöglicht uns, obgleich die Grenzen noch fest geschlossen bleiben, wieder an der Debatte teilzunehmen, und es wird leidenschaftlich diskutiert, wie man immer wieder in den Pausen während der Vorstellungen im Kleinen Theater oder im Freundeskreis feststellen kann.

Dies ist auch, mögen es viele über ihrem knurrenden Magen oft nicht wahrhaben wollen, das wirkliche Verdienst der französischen Zone. Man denkt in ihr, mehr als anderswo in Deutschland, «europäisch». Es ist möglich, an Hand von Leistungen, die sowohl von der französischen als auch von der deutschen Seite kommen (wie kürzlich Giraudoux's «Undine» in der ausserordentlich feinfühligsten deutschen Übersetzung des Schauspielers Schoenhals, der auch die männliche Hauptrolle spielte), Vergleiche anzustellen. Alles Geistige wird gefördert und eine Fülle von Anregungen gebracht.

Aus: «Die Quelle», 1. Jg. (1947), Heft 1, S. 102ff.

Ein Schwerpunkt der Kulturarbeit jener Zeit lag auf der Vermittlung französischer Kultur: «Journées de culture française» (in Lörrach, Oktober 1946), «Meister französischer Malerei» (Freiburg, Spätherbst 1947), «Französische Wandteppiche der Gegenwart» (Freiburg, 1946), «Georges Braque» (Freiburg, 1948), «Meister französischer Graphik der Gegenwart» (Freiburg, 1948), «Fernand Leger» und «Georges Rouault» (beide 1948). Daneben spielte Frankreich fast

immer eine grosse Rolle bei den zahlreichen Kulturwochen, wie etwa in Konstanz. Den Badenern stand, wo nicht die Welt selber, so doch deren Kultur wieder offen.

Begegnung und Beginn

Nach der Kulturwoche in Konstanz (1.-14. Juni [1946])

Im Licht und der Brise des Bodensees, an den Ufern einer uralten Kulturbindung, bot sich die Atmosphäre für eine geistige Begegnung dar, die auf zeitlich so düsterem Hintergrunde erfolgte. Hier wurde es vielen erst klar, wie gründlich ein ungeistiger Machtrausch in seine Hohlheit zurückgeschlagen worden war, der alle Volkskräfte missbraucht und von den völkerverknüpfenden Bindungen abgeschnitten hatte. Zum erstenmal seit der Besetzung Deutschlands wurde in einem gross angelegten internationalen Programm die Musik und Literatur Europas und Amerikas dargestellt und damit ein Anfang gemacht, auf geistigem Gebiet die Verbindung Deutschlands mit der Welt wieder herzustellen. Dass zugleich der einheimischen Bevölkerung nach vielen Jahren der Abgeschlossenheit Einblick in das künstlerische Schaffen der Völker gegeben wurde, dürfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Auf den Brettern, in den Ausstellungssälen, im Konzertsaal, auf der Leinwand, im Vortragssaal, im Diskussionszimmer vollzog sich der Austausch einer lange Jahre an den deutschen Grenzen gestauten geistigen Welt. Einen weiten Raum nahm die Musik ein; man hörte Werke von Bartók, Francois, Hindemith, Honegger, Milhaud, Ravel, Prokofieff etc. Es wurden literarische und kunstwissenschaftliche Vorträge gehalten (über «Die Kunst im Fehlurteil der Zeit», sehr gut, von Roh-München, über russische Ikonen, französische Malerei, über die Ausgewanderten etc.). Einige Schriftsteller lasen Eigenes vor (wie Becher, Götz u.a.), englische, amerikanische, französische, russische Dichtung wurde in guten Übertragungen von den Übersetzern (Kemp-München, Hennecke-München etc.) gegeben. Man sah von Brecht das Stück «Mutter Courage», Giraudoux «Amphytrion», vom Amerikaner Nold er''' «Our Town». Daneben hatte man eine französische und deutsche Kunstaussstellung. Es gab Fachgespräche über die Kunstprobleme der Zeit. Persönlich empfanden es alle Besucher beglückend, zum erstenmal seit der Besetzung wiederum mit geistigen Menschen aus den verschiedensten Zonen zusammen sein zu können. Alte Beziehungen wurden erneuert, neue geknüpft. So war die ganze Veranstaltung als Kundgebung für die Zusammengehörigkeit der Völker zugleich ein erster Schritt zur Eingliederung Deutschlands in die Völkerfamilie.

* richtig: [Thornton] Wilder.

Aus: «Das Goldene Tor», Jg. 2 (1946), Heft 1, S. 95f.

Wie schon von der Konstanzer Kulturwoche gingen auch von anderen Orten Südbadens Impulse für eine musikalische Erneuerung aus, voran Baden-Baden, wo Heinrich Strobel im November 1945 mit dem Aufbau einer eigenen Musikabteilung des Südwestfunks begonnen hatte. Strobel, der 1935 nach Paris emigriert war, baute 1946 innerhalb kurzer Zeit ein leistungsfähiges Orchester auf, das von dem 1933 nach den USA emigrierten Otto Klemperer dirigiert wurde. 1947 wurde Wolfgang Fortners Symphonie uraufgeführt, und wiederum ein Jahr später kam Werner Egks «Abraxas» in einer Konzertsfassung heraus. In diese Zeit (1950) fiel schliesslich auch die Gründung der «Donauessinger Musiktage», die heute Weltgeltung haben.

Die massierte Aufführung von klassischen und zum grossen Teil Werken der französischen Moderne nahm einen Gedanken praktisch vorweg, den Heinrich Strobel in der Zeitschrift «Das Goldene Tor» (Heft 1/1947) vertiefte. Strobel wandte sich gegen die nationalistische und hybride Einschätzung, «die grosse, bedeutende, tiefe, die wahre Musik» sei «nur von Deutschen geschaffen», und erklärte diese vermeintliche künstlerische Hegemonie mit einer lange zurückreichenden «Verdrehung». Ohne den Stolz auf die deutsche Musik zu verleugnen, empfahl Strobel den Blick nach draussen, um so den wirklichen Anteil deutscher Musik ermessen zu können.

Der letzte deutsche Musiker von Weltgeltung ist Richard Wagner. Sein Einfluss war ungeheuer, besonders in Frankreich. Richard Strauss ist im grossen geschichtlichen Zusammenhang nur als Fortsetzung von Wagner (und Liszt) zu verstehen. Er hat weniger Neues gebracht, als das von Wagner geschaffene Neue auf dem Gebiet des Orchesterkolorits ausgeweitet. Was in Deutschland um diese Zeit (von etwa 1860 bis 1914) sonst sich musikalisch ereignete: Bruckner, Brahms, Reger, Pfitzner, Mahler hat ausschliesslich innerdeutsche Bedeutung. Auf die Entwicklung der Weltmusik hatten diese Meister, so bedeutend sie sind, keinen Einfluss. Inzwischen sind in anderen Ländern neue Kräfte erschienen, die der Weltmusik eine entscheidende neue Richtung gaben, vor allem Claude Debussy und Igor Strawinsky. Ihr Einfluss mag in Deutschland geringer sein als in anderen Ländern – weil eben Deutschland an seinem romantischen Erbe zehren konnte – das Faktum bleibt bestehen, dass die neueste (und zwar grundsätzliche) Wendung der Musik von den grossen Komponisten anderer Länder getragen wird. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts ist die deutsche Musik nicht mehr die gebende (wie man allgemein glaubt), sondern die nehmende. Die Stilwandlung von der funktionellen zur neuen, nicht leitergebundenen Harmonik, von der sinfonischen zur konzertanten Form, gar nicht zu reden von den neuen Lösungen des Problems «musikalisches Theater» – dies alles ging im Ausland vor sich. Selbst Paul Hindemith war, im grossen Zusammenhang gesehen, zunächst ein vom Ausland Nehmender, bevor er die Höhe der Weltgeltung erreichte. Es liegt ein tiefer (und für uns tief beschämender) Sinn in der Tatsache, dass ausgerechnet das nationalistische

sche «Dritte Reich» seinen einzigen grossen Komponisten versties, und zwar nicht aus den berühmten «rassischen» Gründen, sondern einfach, weil es diese «Weltqualität» nicht ertragen wollte.

So liegen die Dinge. Daraus ergibt sich die Aufgabe: Aktive Auseinandersetzung mit allem, was früher und was heute «draussen» geschaffen wurde. Dabei genügt es freilich nicht, einfach die bislang unbekanntesten Werke einmal aufzuführen. Das ist eine äusserliche Methode, die heute meist von der Konjunktur bestimmt wird. Was wir brauchen, ist eine vollständige Umstellung unseres Musikunterrichts – in der praktischen Übung wie in der theoretischen Unterweisung. Nur dann können wir die richtige Perspektive zur Musik der Welt wiedergewinnen. Nur dann können wir uns als nützliches und produktives Glied wieder in die Weltmusik einordnen.

Heinrich Strobel, *Über die Weltgeltung der deutschen Musik*, in: «Das Goldene Tor», Jg. 2 (1947), Heft 1, S. 89.

Dem geistigen Nachholbedarf der Nachkriegszeit entsprach eine gesteigerte Vortragstätigkeit, die auf allen Gebieten den Anschluss an die seither stattgefundenen Entwicklung der Nationen, an den Stand ihrer kulturellen und wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften anstrebte. Freilich war dabei die Tendenz zu einem pseudoakademischen Stil, zu abgehobener Wissensvermittlung gegeben. Dagegen setzte der Journalist und Redakteur Friedrich Munding (1887-1964), Mitglied der Konstanzer Antifa-Bewegung und späterer Mitbegründer der Demokratischen Partei Badens, sein Konzept einer Volkshochschule, die ihre Funktion in der Ergänzung der schulischen Allgemeinbildung wie in der Brechung von Bildungsprivilegien sah, sich aber auch – und das war die eigentliche Konsequenz aus der gerade zurückliegenden Zeit – staatsbürgerliche Aufgaben vornahm. Aus einem Leitartikel, betitelt «Die Volkshochschule»:

Eine unabdingbare Forderung für eine tatsächliche und reale Demokratie ist es aber, dass jedes an Besitz oder Beziehungen gebundene Bildungsmonopol gebrochen und die freie Entfaltung und harmonische Entwicklung der geistigen Anlagen eines Jeden zur Selbstverständlichkeit wird. Nur so kann ein Volk zum wirklichen Träger einer Kultur und eines in sich ruhenden und immerfort sich erneuernden Staatswesens werden. Ein Volk, das aus innerer Erkenntnis und äusserer Notwendigkeit die[!] Gewalt und Vorrechte von Geburt oder Stand grundsätzlich abschwört, kann nur einen Adel gelten lassen: den des Geistes. Das bedeutet nicht mechanische Gleichmacherei, die Leben und Entfaltung nicht weniger hindert wie Privilegien. Es bedeutet vielmehr im besten Sinn Auslese und dauernden Ansporn. Der Begabte und Beharrliche soll an seinen Platz und zu seiner Geltung kommen, wie auch der Träge und Unbegabte an den seinigen.

Der Staat hat bisher schon Erkleckliches geleistet durch seine Aufwendungen für

die Schulen. Sehen wir aber davon ab, dass über jeder Tür «Bezahlen!» stand, so bleibt der Mangel übrig, dass er nur mit dem Elementarunterricht in der Volksschule die breiten Massen erfasste und damit erst die Voraussetzungen für eine homogene Bildung schuf. Mit der Volksschule war bisher der Bildungsgang für die meisten abgeschlossen. Weiter zu kommen war schwer und hing meistens nicht vom Talent und Bildungsbedürfnis, sondern vom Zufall ab.

Hier kann die Volkshochschule als Ergänzung die wertvollsten Dienste leisten. Sie kann unter Zugrundelegung der elementaren, in der Volksschule gewonnenen Kenntnisse das Wissen ergänzen, erweitern und am konkreten Beispiel nutzbar machen. Sie kann ihre Hörer vor allem auch systematisch und hinreichend ausgiebig mit den Problemen des Tages vertraut machen, die der Entscheidung eines Jeden überantwortet und für ihn und die Gemeinschaft oft lebenswichtig sind. Eine Demokratie kann auf die Dauer nur dann Bestand haben, wenn Entscheidungen des souveränen Volkes mit vollem Verstand und in Kenntnis der zur Diskussion stehenden Probleme getroffen wird[!]. Sonst ist sie nur Fiktion, sogar augenscheinliche Sinnlosigkeit und zudem ein gefährlicher Zustand, denn der ungebildete Wähler wird notwendigerweise das Opfer von Demagogen werden und zuletzt der Tyrannis anheimfallen.

Aus: «Südkurier», 7. Januar 1947.

Vergleichbare Absichten und Ziele lassen sich für die Freiburger Volkshochschule formulieren, die am 3. Mai 1946 wiedereröffnet wurde. Dass sie bereits im ersten Semester rund 1'700 eingeschriebene Hörer aufzuweisen hatte, ist nicht allein mit dem geistigen Nachholbedarf zu erklären; die Anfänge der lebendigen Freiburger Volkshochschultradition reichen bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Interessant ist eine statistische Erhebung über die soziale Herkunft der Hörerkreise im Jahr 1946: Arbeiterschaft 1,9%, Handwerker 6,7%, Lehrlinge 3,5%, Beamte 30,1%, 25,7% beziehungsweise 15% sind Schüler respektive Studierende, 3,3% Akademiker, 4,6% Lehrer, 6,1% Hausfrauen, 2,8% haben soziale Berufe (nach Stadtarchiv Freiburg C 5/2203). Nachfolgend «Sinn und Ziel der Volkshochschule» aus dem ersten Programmheft nach dem Kriege und die erste Hälfte des Programmangebots des Wintersemesters 1946/1947:

Nach langer Unterbrechung nimmt die Volkshochschule ihre bewährte Freiburger Tradition in zeitgemässer Form wieder auf.

Die Volkshochschule will jedem helfen, den Zugang zu den wesenhaften Bereichen der Kultur zu gewinnen.

Vor allem wendet sie sich an die Jugend!

Ihr Ziel ist nicht Anhäufung von Wissensstoff, sondern Bildung des ganzen Menschen in seinem

Verhältnis zu sich selbst, zum Mitmenschen, zum Volk, zur Menschheit, zum Weltganzen und seinem Sinn.

Dadurch will sie zugleich Brücke sein über alles Trennende von Ständen und Klassen, Parteien und Weltanschauungen hinweg zur Geist- und Lebensverbundenheit aller, die den Weg suchen aus der Not unserer Zeit zu einer werthafte Zukunft. Um diese zu sichern erwächst der Volkshochschule in eins damit die Aufgabe, den für das deutsche Volk neugewonnenen Boden der individuellen, kulturellen und demokratischen Freiheit gegen alle auch verdeckten Angriffe des Faschismus zu verteidigen und dessen Grundprinzipien zu bekämpfen, wo und in welcher Gestalt sie sich auch immer zeigen mögen.

Aus: *Volkshochschule Freiburg im Breisgau: Eröffnung, Sommer-Semester 1946* (= 1. Programmheft), Stadtarchiv Freiburg C 5/2203.

Volkshochschule Freiburg; Arbeitsplan Wintersemester 1946/47

- Kurs 1 Der Mensch von heute und der Christusglaube • Deissler, Vorlesung
- Kurs 2 Lebensfragen im Spiegel gegenwärtiger Dichtung • Wolfinger, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 3 Es gibt einen Gott • Maschke, Vorlesung
- Kurs 4 Einführung in die Philosophie (Forts.) • Fleig, Vorlesung Philosophie der
- Kurs 5 Kunst • Riemensperger, Arbeitsgemeinschaft Gewissen, Gut und Böse •
- Kurs 6 Reiner, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 7 Über den Humor • Bollinger, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 8 Probleme menschlichen Seelenlebens • Rombach, Arbeitsgemeinschaft

- Kurs 9 Psychologische Typen • Rombach, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 10 Pestalozzi • Albrecht, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 11 Unsere Familie, ihr Heim und ihre Fei ergestaltung • Reisch, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 12 Grosse Staatsdenker • Wolf, Vorlesung
- Kurs 13 Der Zeitspiegel. Überblick über die politischen Tagesfragen • NN, Vorlesung
- Kurs 14 Rechtsfälle des täglichen Lebens • Schönke, Arbeitsgemeinschaft Grund-
- Kurs 15 fragen der Wirtschaftsordnung • Hensel, Arbeitsgemeinschaft

- Kurs 16 Arbeitsrecht. Hessel, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 17 Sozialreform und betriebliche Sozialpolitik • Koberstein, Arbeitsgemeinschaft
- Kurs 18 Durchschreibebuchführung mit Bilanz- und Steuerwesen. Lohnbuchhaltung • Schwarz, Arbeitsgemeinschaft

- Kurs 19 Wirtschaftsrechnen, Kontokorrentrechnen, bürgerliches Rechnen • Schwarz, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 20 Warum sollen die Hand- und Kopfarbeiter etwas von den Gewerkschaften wissen? • Kappes, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 21 Goethes Faust I und II • Ruppel, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 22 Deutsche Dichtung im Zeitalter des Barock • Geisler, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 23 Französische Dichtung im 19. Jahrhundert • Dotter, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 24 Zeitgenössische französische Dichter • NN, Vorlesung in französischer Sprache
 - Kurs 25 Lebenswege in Biographien. Columbus, Schliemann, Kneipp usw. • Wichert, Vorlesung
 - Kurs 26 Mittelalterliche Kultur im südwestdeutschen Raum • Spörl, Vorlesung
 - Kurs 27 Die Vereinigten Staaten von Amerika • Herzfeld, Vorlesung Kurs 28 Die deutsche Plastik des 13. Jhs. • Schürenberg, Vorlesung Kurs 29 Erziehung zum musikalischen Hören • Hammerstein, Arbeitsgemeinschaft
 - Kurs 30 Einführung in die moderne Musik • Genzmer, Vorlesung [...]
- Quelle: Stadtarchiv Freiburg, C5/2203.

1947 kam es in Baden zur Wiedergründung eines Schriftstellerverbandes. Obwohl der Vorsitzende Heinrich Berl in seiner Ansprache virulente Themen wie das Verhältnis zwischen Exilanten und Daheimgebliebenen, die Situation der Literaturversorgung oder die Entnazifizierung der Künstler auf griff, vermochte er seinem Verband keine wirkliche geistige Perspektive zu weisen.

Zunächst steht fest, dass er [der Schriftsteller, Anm. d. Hrsg.] mit dem Schicksal des deutschen Volkes verhaftet ist, mag er nur widerwillig dem schwindelnden Aufstieg gefolgt sein oder sich durch Emigration von ihm abgelöst haben. Man hat mit Recht von einer inneren und einer äusseren Emigration gesprochen. Wir gehören zur inneren Emigration. Wir haben getan, was wir tun konnten. Aber wir sind mit dem Schicksal des deutschen Volkes verhaftet. Wie dieses vor den Trümmern steht, stehen wir vor einem geistigen Trümmerhaufen. Unsere erste Aufgabe ist es, den Bruch zwischen der inneren und äusseren Emigration auszuheilen. Wir müssen den Beweis antreten, dass wir einen ebenso schweren und vielleicht noch gefährlicheren Kampf gegen die Verführer des deutschen Volkes geführt haben. Unsere Gedan-

ken waren verummt mit historischen Kostümen, unsere Gesichter verdeckt mit geheimnisvollen Masken. Wir haben vielleicht gelegentlich auch ein Wort der scheinbaren Zustimmung gesagt, um unser gefährliches Spiel zu verschleiern. Draussen brauchte die Wahrheit nicht verkleidet zu werden. Entkleiden wir jetzt die Wahrheit und legen wir jetzt die nackten Leiber nebeneinander. Ich glaube, wir brauchen uns voreinander keineswegs zu schämen.

Es war ein Franzose, Prevost-Paradoi, der im Zweiten Kaiserreich das Wort schrieb: «Es lebe die Bedrückung, denn sie verhilft dem Gedanken, alle seine Mittel zu entfalten und verleiht ihm seinen ganzen Wert...»

Es war ein kompliziertes, weit verästeltes System der Tarnung, denn wir lebten ja nicht im Vakuum, sondern unter hohem Atmosphärendruck. Unter Umständen war man gezwungen, einen hohen Würdenträger der Partei als Deckungsschild zu nehmen. Unter Umständen war man gezwungen, ein Lippenbekenntnis abzulegen. Entscheidend ist allein die lautere Absicht.

Wer im Konzentrationslager sass, war unschädlich gemacht. Wer sich hinter einem komplizierten System verbarg, konnte Widerstand leisten. Es gab eine «Widerstandsliteratur», wenn auch in einem anderen Sinne als in Frankreich, wo sie offen auftrat. Vergessen wir nicht: Frankreich war damals ein besetztes Land mit zahllosen unkontrollierbaren Gebieten, in Deutschland wurde aber nicht nur jede Stadt und jedes Dorf überwacht, sondern jede Strasse, jeder Block, jedes Haus, jede Wohnung. Dort war es vielleicht das Netz des Fischers, hier war es das Netz der Spinne. Es gibt eine Kontinuität der deutschen Literatur, die mitten durch das Dritte Reich hindurch geht. Ihr Vorhandensein wird es ermöglichen, die Brücke von der inneren zur äusseren Emigration zu schlagen.

Aus: Heinrich Berl, *Die geistige Situation des deutschen Schriftstellers*, Baden-Baden 1947, S. 11-13.

Nicht nur die Autoren schlossen sich zusammen, sondern die Kulturschaffenden insgesamt. Die Bildung von Dachverbänden war Mode und Ausdruck der Zeit; erreicht wurde damit wenig. Dennoch gehören die Organisationen mit ihren Arbeitsausschüssen und Fachreferenten zum Bild der kulturellen Euphorie und des Aufbruchs.

Südwestdeutscher Kulturring

Die Kulturschaffenden Südwestdeutschlands haben sich zusammengeschlossen. Eine neue Organisation. Wir wollen hoffen, dass dieser Bund aller Kulturschaffenden in der französischen Zone keine blosse «Organisation» sein wird, und wenn man die zwei Tage überdenkt, den 8. und 9. November 1946, da in Baden-Baden 150 Männer und

Frauen der geistigen Arbeit sich trafen, hat man das sichere Gefühl: hier wurde mehr gewollt, viel mehr als eine neue Organisation. Denn was an Organisatorischem getan und beschlossen wurde, war zwar ebenso nützlich wie notwendig; aber es war nicht das Wesentliche. Wesentlich waren an dieser Tagung zwei Dinge: die Vorträge und das Sichfinden. Wesentlich war der Geist, der in einem ganz allgemeinen Sinne ein Aufatmen war: dass ein ebenso ernsthafter wie lebendiger Wille in so vielen Menschen unserer südwestdeutschen Heimat vorhanden ist, bereit – nun, so abgegriffen dies Wort auch sein mag, es gibt kein anderes – bereit zum Aufbau. Zum Bau eines kulturbewussten, kulturverantwortlichen Organismus – und eben nicht einer Organisation nur –, der sich zusammensetzen soll aus Menschen, die guten Willens sind, die Verantwortung für die deutsche Zukunft spüren, und die etwas können: Dichter, Schriftsteller, Journalisten, Verleger, Maler, Bildhauer, Architekten, Musiker, Philosophen, Historiker. [...]

Man beschränkte sich auf das Fundament und auf das Aufschlagen des Gerüsts – mehr zu verlangen, mehr zu wollen, wäre nicht ein organischer Aufbau, sondern doch nur eine organisierte Fassade gewesen. Es wurden fünf Arbeitsausschüsse gebildet: für Literatur, Presse, Rundfunk, Bücherei und Verlage; für die bildenden Künste, also Malerei, Plastik, Architektur, Kunstgewerbe; für das Erziehungswesen, also Universitäten, Volkshochschulen, Volksbildungswerke, Jugendbildungswerk; für Theater, Kino, Puppen und Laienspiele.

Aus: «Das Volk», 23. November 1946.

Auch die kulturellen Vereinigungen entstanden wieder – nicht zuletzt solche, die sich auf regionale Traditionen oder anerkannte Grössen berufen konnten. 1947 entstand auch der Hebelbund neu.

Hebelbund

Sitz Lörrach

Lieber Hebelfreund!

«S währt alles churzi Zyt», sagt J.P. Hebel, aber heutzutage braucht auch Manches [!] lange Zeit, bis es durch Instanzen und allerhand Hindernisse hindurchgeschleust ist, und wir trösten uns damit, dass «Gut Ding will Weile haben». Und so kommen wir heute erst mit unserem wahrhaft «guten Ding» an die Öffentlichkeit und auch zu Ihnen in den Angelegenheiten unseres «Hebelbundes» und der Werbung von Mitgliedern für ihn.

Die Sache selbst ist Ihnen gewiss nicht unbekannt. Die Hebeltage von 1946 und 1947, die Ausstellung der Persönlichkeit unseres grossen alemannischen Heimatdichters an Dorfabenden,

in Rundfunk und Film, sowie die Beachtung, die J.P. Hebel auch in der Presse des In- und Auslandes seit bald 2 Jahren erfahren durfte, sind schon sichtbare Zeichen der bisherigen Arbeit des Bundes. Sie zählen daher vielleicht schon zu den erfreulichen Menschen unserer Gegenwart, die bereits «pöpperlet» und bescheiden angefragt haben, wie man sich in diese Mitarbeit einschalten und Mitglied des Hebelbundes werden kann. Hören Sie heute unsere Antwort! Zunächst gibt Ihnen der angefügte Auszug aus unseren Satzungen näheren Aufschluss über Organisation und Ziel des Hebelbundes. Weiter werden Sie daraus entnehmen, wie Sie Mitglied werden können. Da Sie aber gewiss nicht allein stehen wollen mit Ihrer Liebe zu Hebel – solcher stillen Freunde gab's zu allen Zeiten genug –, so ist uns gerade das ein besonderes Anliegen, dass landaus – landab, stadtein – stadtaus, dorfhin – dorfher solche «Vereinigungen der Hebelfreunde im Hebelbund» entstehen, die unser wichtiges Werk treiben und von der Begeisterung und Initiative eines «Statthalters» zusammengehalten werden sollen. So und jetzt sind Sie so gut und unterschreiben die beigefügte Beitrittserklärung und schicken sie uns zu! Und wir sind überzeugt sowohl, dass es bei Ihnen selbst keiner langen Besinnung bedarf, als auch, dass es von nun an wirklich nur «churzi Zyt währ», bis unsere gute Sache in Gang kommt und alter, urchiger Hebelgeist unser Alemannenland wieder ergreift mitten in der grossen Ode und Leere, die über unser Volk gekommen ist.
Empfangen Sie treuen Heimat- und Hebelgruss!

Josef Pfeffer, Bürgermeister
Ehrenpräsident

Richard Nutzinger, Pfarrer
Präsident

Quelle: Stadtarchiv Freiburg C5/2012.

Unter dem Motto «Überwindung der Grenzen» wurde 1947 in Lahr ein deutschfranzösisches Schriftstellertreffen veranstaltet. Auf deutscher Seite nahmen unter anderem teil: Walter Dirks, Ludwig Döderlein, Alfons Erb, Eugen Kogon, Eckart Peterich, Josef Thielmann und Franz Josef Schöningh. Weit entfernt, sich mit rein ästhetischen Fragen und Problemen des Metiers zu beschäftigen – also «Lahr pour Lahr» zu betreiben, wie ein Beobachter witzelte –, stellte man sich dem Problem geistiger Nachbarschaft, der Überwindung von Misstrauen, Hass und Vorurteilen. Jean du Rivau, Organisator des Treffens und Herausgeber der Zeitschrift «Dokumente», die sich zusammen mit ihrer französischen Schwesterzeitschrift «Documents» in besonderem Masse der deutsch-französischen Annäherung annahm und es bis heute tut, hielt die Eröffnungsansprache.

Überwindung der Grenzen

Ansprache zur Eröffnung des deutsch-französischen Schriftstellertreffens in Lahr
Von Jean du Rivau

Mit grosser Freude heissen wir Sie hier alle willkommen und danken Ihnen, dass Sie unserem Rufe gefolgt sind. In Ihrem und in meinem Namen darf ich bei dieser Gelegenheit zugleich all den hochgestellten Persönlichkeiten Dank sagen, die es möglich gemacht haben, dass wir uns hier in voller Freiheit versammeln, um unsere Ideen auszutauschen, miteinander Fühlung zu nehmen und uns gegenseitig besser kennen zu lernen. [...]

Die eine bestimmte Gruppe von Menschen, einen bestimmten Lebensbereich umfassende Liebe entspricht einer natürlichen Veranlagung. Diese Liebe muss zunächst da sein, damit sie sich dann auf alles ausweiten kann, was Mensch heisst.

Ein Patriotismus, der lediglich ein Akt des Selbstschutzes oder der Selbstverteidigung wäre, muss heute abgelehnt werden. Insofern, als er Liebe nur zu einer Gruppe ist, bedeutet er seinem Wesen nach Beschränkung, Verarmung, Abriegelung. Er geht gegen die Veranlagung des Menschen, gegen das allgemeine Streben, über sich hinauszukommen und sich einem Nächsten zuzuwenden, den man «den Ausländer» nennt.

Ein solcher Patriotismus erzeugt also Gegensatz. Die Tatsache, dass es eine Vielzahl von Vaterländern gibt, lässt sich mit einer Liebe, die exklusiv wäre, nicht vereinbaren. Jede nationale Gruppe tendiert dahin, eine autonome Gruppe zu bilden, mit eigener Kultur, mit eigenen Interessen, die denen der anderen oft entgegengesetzt sind, und darin liegt ein Anreiz zu einer gewissen Ausschliesslichkeit, die in Wirklichkeit Totalitarismus ist. Und dieser Totalitarismus ist es, den wir verdammen, denn er ist die Quelle alles Egoismus' und aller verheerenden Katastrophen. «Der Egoismus des Mächtigen ist die höchste Form der Moral», sagt Nietzsche.

In der wunderbaren Mannigfaltigkeit an Menschen, an Veranlagungen, spiegelt sich der Reichtum der Schöpfung wider.

Es gibt also eine Mannigfaltigkeit an Reichtum, an Werten. Wer sich ihr verschliesst, beraubt sich ihrer. Wer sie verwischt, hebt sie auf.

Eben diese Mannigfaltigkeit der Gaben, der Werte verurteilt durch sich selbst jenen falschen Internationalismus, der den erstgegebenen, mir nächsten Wert nicht gelten lässt, der von vornherein meine Zugehörigkeit zu meiner Zeit, zu meinem Lebensbereich, zu meinem Lande ausser Betracht lässt und aus mir gleich und unvermittelt einen Universalmenschen machen will. [...]

Es gibt also einen verirrten Patriotismus – es ist der, der nur sein eigenes Volk, eben weil es das eigene ist, lieben und alle anderen von der Liebe ausschliessen lässt.

Da gibt es ferner einen, wenn auch rechten, so doch steckengebliebenen Patriotismus – es ist der, der in Liebe zu seinem eigenen Volk und in Achtung vor den anderen Völkern besteht, wobei diese Achtung aber auf das begrenzt ist, was die Gerechtigkeit gebietet.

Da gibt es schliesslich aber den Patriotismus in seiner höchsten Form – es ist der, der zwar die Liebe zum eigenen Volke einbegreift, diese Liebe aber einer universalen Liebe integriert und einfügt. Das bedeutet einen Begriff der Gerechtigkeit, der überhöht und sublimiert wird durch eine Liebe zu allem, was Menschenantlitz trägt.

Das hat nichts zu tun mit dem Unsinn eines Kosmopolitismus, dem die konkrete «Nächstenliebe» nichts gilt, der sich dafür aber in einer vagen «Fernstenliebe» ergeht. «Nicht obwohl, sondern weil wir Patrioten sind, müssen wir alle Menschen lieben», wie Fessard es ausgedrückt hat.

Das Vaterland über alles setzen heisst, es mindern, heisst, seine Berufung zu nichte machen, heisst, ihm seinen Anteil an der gegenseitigen Bereicherung versagen, heisst sogar, diese Bereicherung verneinen. Es bedeutet, jenen Elan verkümmern lassen, der zu einem menschheitlichen Stadium der Entwicklung antreibt. [...]

Da der grösste Reichtum eines Landes der ist, welcher aus seinem Herzen und aus seinem Denken kommt, war es nur natürlich, Sie, meine Herren, die Sie beides verkörpern, die Sie führend und richtunggebend in Ihrem Lande stehen, zuerst zusammenzurufen.

Aus: «Dokumente. Internationale Beiträge zu kulturellen und sozialen Fragen», 3. Jg, (1947), Heft 8, S. 452-454.

In einer Situation knappen Buchangebots und gestiegener Nachfrage hätten Büchereien eine besondere Funktion und Aufgabe gehabt. Meist jedoch fiel ihr Bestand aufgrund der systematischen Säuberung von demokratischen Werken seit 1933 und der Ausrichtung nach nationalsozialistischen Grundsätzen tendenziös aus. Um so wichtiger waren Initiativen in der Bücherversorgung, wie sie bereits im Sommer 1945 durch die Singener Antifa auf die Beine gestellt wurden. Aus Bücherspenden sowie aus der geretteten Bibliothek des von den Nazis hingerichteten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Max Maddalena richteten sie eine Bücherstube ein. Für Ende 1945 plante auch die Antinazibewegung Überlingen die Eröffnung einer solchen Bücherstube.

Die Volksbücherei Singen (Hoh.)

August-Ruf-Strasse 22

wurde am 1. August 1945 eröffnet.

In ihrer Leihbibliothek hat sie einen Teil der vor dem Vernichtungswahn der Nazis geretteten fortschrittlichen Literatur zusammengetragen, um sie der Öffent-

lichkeit zur Verfügung zu stellen. Es sind hauptsächlich von den Nazis bisher verbotene Bücher. Aus der Liste der Verfasser nennen wir folgende:

Heinrich Heine	Balabanoff
Rathenau	Larissa Reisner
Thomas Mann	L. Panteljew
E.E. Kisch	Dimitroff
Henri Barbusse	August Bebel
Romain Rolland	Friedrich Engels
Emile Zola	Karl Marx
Charles de Coster	Lenin
Oskar Maria Graf	Stalin
Kurt Eisner	Rosa Luxemburg
Remarque	Karl Liebknecht
Upton Sinclair	Ferd. Lasalie[!]
Blasko Ibannez	u. v. a.
Gorki	

Versäumen Sie nicht, sich eine Lesekarte unserer Leihbibliothek zu sichern.

Aus: *Städte im Osten klagen Hitler an!*, Singen 1945, S. 2.

Auch die französische Besatzungsmacht wurde in der Frage der Literaturversorgung aktiv. In den sogenannten «Weltschau-Vereinen», die in einer ganzen Reihe von Städten entstanden – z.B. Konstanz, Überlingen, Freiburg, Offenburg, Villingen und Lörrach –, sollte den Deutschen Gelegenheit gegeben werden, die Denk- und Anschauungsweise anderer Völker kennenzulernen, natürlich vor allem die der Franzosen selbst. Diese Initiative stand im Rahmen des Umerziehungsprogramms, wodurch der Zulauf von deutscher Seite relativ begrenzt war. Auch wurde von deutscher Seite aus gerügt, dass «von einer Rentabilität in keiner Weise die Rede sein kann», während «die tatsächliche Einflussnahme der Militärregierung so stark ist, dass von einem deutschen Unternehmen eigentlich nicht gesprochen werden kann, wenn auch nach draussen hin die Angelegenheit in deutsche Hände gelegt ist» (Schreiben des Oberbürgermeisters von Konstanz vom 14. Januar 1948). Im September 1947 wurde in der Freiburger Dreisamstrasse 1 die in Kürze zu erwartende Eröffnung der Büchersammelstelle «Bücher aus aller Welt» angekündigt, die aus einer Bücherverkaufsstelle, einer Leihbücherei und einem Lesesaal bestehen sollte. Eine parallele Einrichtung unter der Bezeichnung «Centre d'information» war kurz zuvor in Offenburg eröffnet worden. Aus einem Schreiben des Kreisdelegierten Robert vom 27. August 1947 an den Offenburger Bürgermeister wird Näheres über diesen Weltschau-Verein ersichtlich:

Delegierter für die Militärregierung des Kreises

an den
Herrn Bürgermeister von Offenburg.

Betrifft: Eröffnung des Bücher- und Bilderdienstes «Bücher aus aller Welt»

Ein Bücher- und Bilderdienst wird in Offenburg, Hauptstrasse 7 eröffnet werden. Dieser Bücherdienst wird eine Leihbibliothek mit Lesehalle und eine Buchhandlung enthalten, die ermächtigt wird, alle französischen, deutschen und ausländischen Werke, die in den Listen der Direction de l'Information G.M.Z.F.O. (Leitung des Informationsdienstes der Militärregierung der franz. Besatzungszone) stehen, gegen Markzahlung zu verkaufen.

Der Zutritt zu diesem Laden ist ausschliesslich der deutschen Kundschaft vorbehalten.

Der Bücherdienst in Offenburg wird durch deutsches Personal geleitet, das von der Stadtgemeinde entlohnt wird, die für das richtige Funktionieren und die Unterhaltung dieses Bücherdienstes verantwortlich sein wird.

Jedoch bleiben die Organisation und die Verwaltung der Kontrolle der Militärregierung Offenburg unterstellt.

Ich bitte Sie, über diese Entscheidung alle deutschen Dienststellen (Schulen, Volkshochschule, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Jugendhäuser usw.), die Ihnen unterstellt sind, zu informieren und sie aufzufordern, sich an den Bücherdienst Offenburg zu wenden, um ihre Bücherwünsche zu befriedigen.

gez. Robert.

Quelle: Stadtarchiv Offenburg 5/6889.

Auch die Aufbauarbeiten im Bereich deutscher Bibliotheken blieben mühsam und spärlich. Im Rahmen des (vom Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts geschaffenen) Landeskulturamts wurde eine Abteilung Landesamt für Bibliotheken eingerichtet, dessen Leitung ab 1. Juli 1946 dem Direktor der Freiburger Universitätsbibliothek, Professor Dr. Rest, übertragen wurde. Er sollte «schützend bei der Erhaltung der Bestände und beratend und helfend beim Neuaufbau der Bibliotheken jeder Art» mitwirken. Eine Fragebogenaktion wurde gestartet, fand aber bei den rund 1'700 Gemeinden nur geringes Echo. «Wenn mir auch die vielerlei materiellen Sorgen [...] nicht unbekannt sind [...], so bitte ich doch, auch die geistige Not nicht ausser Acht zu lassen [...]. Ich richte deshalb Ihr Augenmerk nochmals auf die Wichtigkeit der Einrichtung bzw. Weiterführung einer Dorfbücherei» (Stadtarchiv Lörrach, HA 3312/4/445). Mit diesen Worten versuchte Professor Rest jene Gemeinden zu überzeugen, die überhaupt nicht auf die Fragebogen reagiert hatten.

Wenn man der Einschätzung des Baden-Badener Romanciers Otto Flake folgt, versteht sich

diese «Buchabstinenz» eigentlich von selbst: er setzt Kalorien *vor* Kultur. So erklärt sich denn auch die ironisch-distanzierte Beschreibung der kulturellen Szene Baden-Badens durch den Skeptiker Flake in dessen Roman «Old Man». Da er sich indes den Arbeitsangeboten der Franzosen schlecht entziehen konnte, ertrotzte er sich (in der Person des Mertens) seine eigenen Konditionen.

Ein Presseamt, geleitet von einem Journalisten, der nun die Uniform eines Obersten trug, füllte das grösste Hotel bis unters Dach. Die schönen Künste erhielten einen Commandant, die Erziehung einen General, Buchwesen und Zensur eine Hierarchie.

Hatte er noch vor kurzem gesagt, ewiger Sonntag sei, so überstürzten sich nun die Ereignisse, wenn auch nur auf dem geistigen Gebiet. Die Wirtschaft und die Politik zu regeln, sei wichtiger, erklärte er Laurent, man sattle das Pferd von hinten auf. Laurent entgegnete, anfangen müsse man irgendwo. Aus Frankreich kam alles, was sich auf Deutsch verstand – Germanisten, Presseleute, Referenten, Elsässer und sprachgewandte Juden. Laurent führte Mertens Besucher zu. Kaum hatte ein Kapitän, der Hölderlin übersetzte, das Studio verlassen, so trat ein Leutnant ein, der sich mit demselben Dichter befasste, ohne vom Vorgänger den Namen zu kennen. Einer hatte seinen Grad durch eine Arbeit über Justus Möser erworben, ein zweiter durch eine Untersuchung über Rilke.

Ein Journalist bat um ein Interview und erklärte, sein Auftrag sei, festzustellen, was die Deutschen dächten. Er zeigte seine Hefte, worin man lesen konnte, was im Milchladen eine Hebamme gesagt hatte, im Strassenbahnwagen eine Schaffnerin. Die Sätze wurden ungeschminkt wiedergegeben, wie sie gefallen waren. Was also dachte ein Professor der Philosophie? fragte er und schraubte sein Stylo auf.

Mertens zögerte einen Augenblick, es konnte eine Falle sein. Dann sagte er: «Geben Sie den Deutschen das Gefühl des Rechtszustandes, bewilligen Sie ihnen Schutz vor Willkür, stellen Sie die Ernährung sicher, und der Rest wird Bereitschaft, wird Aufatmen sein.»

Der Pariser schrieb es nach und versprach, die Nummer mit dem Interview zu schicken. Mertens wartete umsonst darauf.

Im Kurhaus wurde die erste Kunstaussstellung eröffnet, Mertens erhielt eine Einladung. Während der Reden trug ihm der Kurdirektor in einer Ecke sein Anliegen vor: die Reihe der Vorträge zu beginnen. Es ging nicht gut an, sich zu weigern, jedoch das Thema machte Pein.

Dem Kurdirektor lag daran, es rasch zu erfahren, und er trug ihm vor, warum. Mertens betrachtete unterdessen ein Bild, das vor ihm hing. Ein Jüngling griff darauf mit grosser Gebärde über Gebirge und Wälder zur Sonne hin.

Ein Satz, der in Agathes Notizen stand – die Deutschen hätten hoch gegriffen und

sich vergriffen, fiel ihm ein. Er wandte sich dem Kurdirektor zu und sagte, über das Ende einer Idee wolle er sprechen, über Preussens Sturz. Als aber jener erwähnte, dass der Text der Zensur vorzulegen sei, zog er seine Zusage zurück und schritt dem Ausgang zu. Der Kurdirektor holte ihn mit Laurent ein; Laurent erklärte, er werde diese Frage regeln, und Mertens gab dem Deutschen die Erlaubnis, den Vortrag anzukündigen.

Aus: Otto Flake, *Old Man*, Kassel, 1947, S. 212 f.

Mit der sarkastisch beschriebenen Kunst- und Kulturinflation hat Flake zweifellos ein Stück weit recht. Nach Kultur bestand enormer Bedarf, und es wurde ihm entsprochen, wo immer es ging. Zu den wenigen Waren, die frei, das heisst ohne Marken zu haben waren, gehörten Bücher und Zeitschriften, die deshalb vielen auch als Wertanlage oder Tauschobjekte dienten. In welchem Masse dadurch dem Markt Bücher entzogen wurden, zeigt die Rede Heinrich Berls auf dem Gründungskongress des Südwestdeutschen Autorenverbandes, auf dem er dieses Problem als kulturpolitische Herausforderung für Autoren darstellte.

Ein Buch, das heute erscheint, ist morgen schon vergriffen. Es wird vielfach als Tauschmittel oder als Wertanlage verwendet. Wir sind der Willkür des Absatzes ausgesetzt und können nichts dagegen unternehmen.

Dadurch tritt die Situation ein, dass der wirklich Interessierte vom Erwerb eines Buches vielfach ausgeschlossen bleibt. Er wendet sich in seiner Verzweiflung an den Autor. Der Autor muss ihm aber meist zur Antwort geben, dass er selbst nur einige Exemplare besitzt. So kommt er um den geistigen Ertrag seiner Arbeit, um dessentwillen er gerade das Buch geschrieben hat. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? Offenbar nur dadurch, dass der Autor in das Verhältnis Verleger-Sortimenter stärker eingeschaltet wird. Er muss das Recht haben, einen Teil der Auflage zu beanspruchen, um sicher zu gehen, dass der ernsthaft Interessierte tatsächlich in den Besitz seines Buches gelangen kann.

Aus: Heinrich Berl, *Die geistige Situation des deutschen Schriftstellers*, Baden-Baden 1947, S. 24.

Die Währungsreform Mitte 1948 wirkte sich auf ganze Bereiche der Kulturindustrie verheerend aus. Gewiss: die Kulturnachfrage war übersteigert und überhitzt gewesen – aber nun waren Theater und Verlage, Zeitschriften und Konzertreihen, vom bisherigen Zuspruch verwöhnt, in ihrer Existenz gefährdet. Das knappe Geld wurde nun, da zurückgehaltene Waren wieder frei verfügbar waren, anders ausgegeben und «angelegt», neue Prioritäten wurden gesetzt. Man konnte sich, nach den Entbehrungen der zurückliegenden Jahre, wieder satt essen, investierte in Hausrat, Einrichtung und Wohnung.

Im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Plänen, in Freiburg die Volksbühnenbewegung aus der Zeit vor 1933 wieder ins Leben zu rufen und so auch die arbeitende Bevölkerung wieder stärker ans Theater zu binden, stellte die Zeitung «Unser Tag» Überlegungen zum Zusammenhang von Kulturkonsum und Währungsreform an und forderte eine demokratische Massenkultur, die für alle erschwinglich sei.

Der Überhang an Zahlungsmitteln vor der Währungsreform brachte es mit sich, dass für kulturelle Zwecke, wie Theater-, Kino- und Konzertbesuch das Geld sehr locker sass. Die Veranstaltungen waren meistens übersetzt. Das wurde mit einem Schlag nach der Währungsreform anders. Überall sah man dasselbe Bild: schwachbesuchte Theatervorstellungen und Konzerte. Auch das Kino wurde zunächst betroffen, erholte sich aber schnell wieder. Bei anderen kulturellen Veranstaltungen hingegen ist der frühere Besucherstrom bis heute noch immer in weitgehendstem Masse versiegt.

Ist nun das Interesse an derartigen Veranstaltungen so stark zurückgegangen, weil das Dargebotene dem Geschmack des Publikums weniger zusagt und die Erwartungen der Besucher nicht erfüllt werden, oder sind es wirtschaftliche Gründe? Wenn man die wieder gefüllten Kinos betrachtet, so könnte man glauben, dass die wirtschaftliche Frage keine Rolle spiele.

Die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger ziehen den Besuch des Kinos vor. Aber warum sind sie kinofreudiger? Man kann ruhig sagen, dass dafür finanzielle Gründe ausschlaggebend sind. Ein Kinoplatz belastet den Geldbeutel kaum halbsoviel wie ein Theaterplatz. Das Problem der Hebung des Theater- und Konzertbesuches ist in erster Linie eine Frage der Höhe der Eintrittspreise. Gelingt es, die Theaterpreise für weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung erträglich zu gestalten, so werden manche Kinobesucher das ausgegebene Geld dem Theater zuwenden und dort ständige Besucher werden. Auf diese Weise könnte man weitere Kreise für das Theater gewinnen, die bisher noch abseitsstanden.

Aus: «Unser Tag», 15. März 1949.

Die Tatsache, dass nach der Währungsreform traditionelle kulturelle Einrichtungen (wie z.B. Theater) für die Masse der Bevölkerung immer schwerer zugänglich waren, stellt zweifellos das grösste kulturpolitische Versäumnis der Nachkriegszeit dar. Warnende Stimmen erhoben sich plötzlich, aufgeschreckt vom ganz natürlichen Wunsch der Menschen, nach Jahren der Not und Entbehrung ihren Lebensstandard endlich zu verbessern. Von ihrer verständnislosen, elitären Warte aus übersahen diese selbsternannten «Hüter der Kultur» oft, dass Kultur eben mehr ist als nur Bühne, Buch und Beethoven. Doch statt eine demokratische Breitenkultur zu fordern, wurde vor allem das Kino als Stätte billigen Massenvergnügens verteufelt. Deutlicher als mit dem folgenden Kassandraruf könnte man den Verfall der eben noch gültigen Kultureuphorie kaum dokumentieren.

[...] Wir müssen gestehen, dass heute bei aller äusseren Betriebsamkeit des Kunstlebens, hier wie allerwärts, die Kunst nur noch für einen kleinen Kreis von Menschen Lebensbedürfnis und Herzensnotwendigkeit ist. Etwas grösser ist die Zahl derer, für die es zum guten Ton gehört, für Dinge der Kunst Interesse zu haben oder sich doch wenigstens einen solchen Anschein zu geben. Die Mehrzahl des Volkes, der Querschnitt geht durch alle Schichten hindurch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, Beruf, Rang und Stand, Religion und Staatszugehörigkeit, sucht kulturelle Befriedigung im Kinobesuch und in möglichst pausenloser Betätigung des Radioapparates. Irgendwie muss dabei wohl die Technik im Spiel sein. Aber sollten wir deshalb zu einem neuen Kreuzzug aufrufen? Die Kinos zerstören, die Radioapparate zerschlagen? Rückkehr zu einem «einfachen Leben»? Wir würden unsere Seele nicht wiedergewinnen und würden nur neues Unglück über die Menschen bringen. Es gibt kein Zurück in der Geschichte. Auch hat Gewalt noch nie die Geister bekehrt. Von der Erkenntnis nur kann das Heil kommen. Der Materialismus muss durch sich selbst überwunden werden. Ein schmaler Lichtstreif ist am Himmel zu sehen. Wir wollen das heilige Feuer hüten und die Fackel tragen von Haus zu Haus.

Aus: Rudolf Kratz, *Bildende Kunst am Oberrhein*, in: «Freiburger Almanach» 1950, Freiburg, S. 121.

1946 hatten die «Konstanzer Kulturwochen» ein furioses Zeichen kulturellen Aufbruchs weit über die lokalen Abmessungen hinausgesetzt. Doch wer sie für den Beginn einer neuen kulturellen Ara hielt, sah sich getäuscht. Mentalität und kulturelle Vorlieben der Einwohner waren anders geartet, die vielzitierte «Ara Hilpert» blieb Zwischenspiel, begünstigt durch besondere Konstellationen der Nachkriegszeit. Rudolf Hagelstange, damals schon auf der anderen Seite des Sees lebend, charakterisierte in seinem Artikel ebenso sarkastisch wie amüsant den Rückfall Konstanz' in eine Art höherer Verschlafenheit am Beispiel des Abgesangs Hilperts. Was da als Sprung aus kultureller Regsamkeit ins Behäbig-Saturierte erscheint, hatte zugleich etwas Allgemeingültiges: es war der Beginn einer restaurativen Grundstimmung, in der die Kultur vor allem affirmativ befangen war und Bildung vor dem Horizont des Wiederaufbaus gesehen wurde. Es war, wie Erich Kästner formulierte, die Zeit des «motorisierten Biedermeier».

Dornröschen am Bodensee

«Prinz» Hilpert und die Konstanzer

Man hat in der letzten Zeit über Gebühr viel von Konstanz gesprochen. Um es genauer zu sagen: man hat sehr viel von Heinz Hilpert gesprochen, der auf dem Boden der alten Konzilstadt sein Zelt aufgeschlagen hatte. Und da er es gerade eben wieder abgebrochen hat, steht zu erwarten, dass man in Zukunft kaum noch Anlass sehen wird, sich ihrer zu entsinnen.

Die alteingesessenen Konstanzer dürften in der Stille ihres Herzens nie daran gezweifelt haben, dass es nur ein Zelt bleiben würde. Als man von ihnen mehr als Duldung erwartete, schlugen sie trotz des milden Winters den Mantelkragen hoch und liessen erleichtert den Prinzen ziehen, der das gute Dornröschen aus seinem Schlaf wecken und ihm seinen Namen geben wollte. Sie wollen kein «Deutsches Theater» in Konstanz machen. Sie wollen Konstanzer Theater in Konstanz und – von dieser Seite her – ihre Ruhe haben.

Eine Stadt, die so dicht an der Schweiz liegt, dass man beim Spaziergehen Acht haben muss, nicht gegen einen Grenzpfahl zu rennen, auf die nie eine Bombe fiel, die ein gutes Schöppchen schätzt und es seit je gegen gutes Entgelt mit unausbleiblichen Besuchern zu teilen gewillt war, die zudem nur 40'000 Einwohner zählt – diese Stadt ist zu Unrecht gewisser Ambitionen verdächtigt worden, die heute unrentabel, ja kostspielig sind. Die Fähre von Meersburg her brachte im letzten Sommer mehr Autos als je über den Bodensee, und in jedem sass ein Zahler. Wer gute Geschäfte macht, hat ein Gefühl für schlechte. Die Kunst ist heute ein schlechtes. Aber Zuschussgeschäfte sind überhaupt keine Geschäfte.

1946 sah das anders aus. Da startete man eine imponierende Kunstwoche, und so mancher Zugereiste wurde aufmerksam auf die prächtige Naturkulisse, die diese Stadt für solche und ähnliche Unternehmungen zweifellos darstellt. Es gab (und gibt noch) Verlage, die sich regten. Es gab auch Kräfte, die nicht auf einen Hilpert verzichten wollten und dem «Deutschen Theater in Konstanz» treu und eifervoll den Schild hielten. Uraufführungen wie Zuckmayers «Barbara Blomberg», Hofmannsthal's «Bergwerk zu Falun» und manche andere Aufführung übten magnetische Kraft [aus]. Aber es war, was die Konstanzer selbst anging, die gute Miene eines Unbeteiligten; bestenfalls ein Strohfeuer. Ströme von Druckerschwärze könnten es nicht am Leben halten.

Man mag das bedauern oder nicht – es ist nicht zu ändern. Alle haben das einsehen gelernt, und damit sind die Dinge wieder zurecht gerückt: die Kirche, will sagen: das Konzil kommt wieder ins Dorf. Ein schönes, mit einigen alten Bauten und guten Bürgerstrassen sich dekorierendes Mittelstädtchen, das grössenmässig überhaupt nur im städtearmen südlichen Baden Gewicht hat, dehnt sich behaglich am See und wartet auf Frühlings-, Sommer- und Herbstgäste. Man wird Feuerwerke veranstalten, Regatten, Gesellschaftsfahrten – die Dampferflottille, eine verstärkte, rüstet schon dafür – hin und wieder ein Schauturnen, denn Konstanz hat hervorragende Kunstturner, man wird den Fasching zu feiern wissen, ein unterhaltsames Provinztheater spielen; das städtische Orchester wird sich, konzertierend und in Oper und Operette, erfolgreich um eine dauerhafte Basis bemühen – kurz: es wird alles wieder so sein, wie es wohl früher einmal war. Der Wein wächst nahe, und der See hat gute Fische. Alles, was das Leben angenehm macht,

steht zur Verfügung. Man lässt den heben Gott einen guten Mann sein und Hilpert den Göttingern.

Die Stadt wird nicht mehr das sein, was sie eine Zeitlang schien oder scheinen wollte. Aber sie liegt weiterhin am Bodensee, und jeder Stein steht in ihr noch auf dem anderen. Wer wollte daran zweifeln, dass Dornröschen – auch ohne den Prinzen – ein hübsches Ding ist?

Rudolf Hagelstange, zitiert nach: Michael Koch, *Theater in Konstanz. 1'000 Jahre Theaterspiel*, Konstanz 1985, S. 192f.

Die Zeit der boomartigen Nachkriegskultur war nach 1948 noch in einem weiteren Sinne vorbei: bereits 1947 war die Vorzensur für Druckerzeugnisse gefallen und durch eine Kontrolle *nach* Erscheinen gesetzt worden; 1949 fiel die Zensur sowie die bislang gültige Lizenzpflicht. Damit war der Weg ins Verlagswesen nicht mehr an eine Zulassung der französischen Besatzungsmacht gebunden, was eine völlige Umstrukturierung der seit der Währungsreform ohnehin gewandelten Verlagsszene bewirkte. Nun kamen verstärkt wieder die sogenannten Altverleger zum Zuge, von denen manche, politisch teilweise erheblich belastet, eine Konjunktur des «ewig Gestrigen» heraufführten – nicht ohne massgebliche Assistenz eines politischen Klimas, das vom Kalten Krieg und krudem Antikommunismus geprägt war.

Der erst 1950 aus dem New Yorker Exil heimgekehrte alemannische Schriftsteller Max Barth (1896-1970) hat diesen Aspekt des geistigen und kulturellen Klimas bissig vermerkt und – dies vor allem mit Blick auf das Exil als Gesamterscheinung, das für das Selbstverständnis der jungen Republik unerheblich blieb – als ein kennzeichnendes Moment gesellschaftlicher Restauration beschrieben.

Das neue, entthlerte Deutschland ist ein wunderbarer Boden für Biographien lebender und toter Fürstlichkeiten, Schilderungen des Lebens des Führers und seiner Komplizen, Ehefrauen und Generäle, und für die Autobiographien der grossen Mitschuldigen, die immer mächtig antinazistisch waren, die ganze Zeit hindurch, in der sie an hervorragender Stelle alles taten, Hitler und seiner Politik von Erfolg zu Erfolg zu verhelfen. Rechtfertigungsschriften wie die Bücher Schachts und Paps hätte wohl in keinem anderen Volk eine hochstehende Persönlichkeit und Stütze des verdammenswerten Systems vorlegen dürfen, ohne auf allgemeine Verachtung oder Empörung zu stossen. Nur den Deutschen darf man sagen, man habe an hervorragender Stelle für das Naziregime gearbeitet, weil man Gegner des Nazismus gewesen sei, ohne ausgepiffen zu werden. Überhaupt sind's die Deutschen gar nicht gewesen: sie waren alle in der inneren Emigration, solange die Schweinerei währte, und als alles zusammenkrachte, waren sie die pursten Antinazis, die man sich denken kann. Gegen die Antinazis von 1945 sind wir Antinazis von 1933 nur ein kleiner Dreck.

Aus: Max Barth, *Flucht in die Welt. Exilerinnerungen 1933-1950*, hrsg. von Manfred Bosch, Waldkirch 1986, Titelseite.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Die Staaten der Anti-Hitler-Koalition hatten wiederholt die Eliminierung des Nationalsozialismus als ein Ziel erklärt, das «ein der Vernichtung des Militarismus gleichrangiges Ziel der Besiegung und Besetzung Deutschlands» (Deuerlein, S. 124) sei. Entsprechend definierte auch die Konferenz von Potsdam die Entnazifizierung als ein besonderes Ziel der Besatzungspolitik, ohne dass die Alliierten auf den verschiedenen zwischenzeitlichen Konferenzen mehr als allgemeine Vorstellungen dazu entwickelt hätten. Deshalb blieb es im Wesentlichen bei dem gemeinsam formulierten Kriegsziel, dass der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und sicherzustellen sei, dass Deutschland nie wieder den Frieden der Welt stören könne. Hinter dieser Formel mit ihren vier «D-Zielen» – Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung – verbargen sich freilich verschiedene Absichten und Konzepte, denen wiederum unterschiedliche Interpretationen des Nationalsozialismus zugrunde lagen. Die politische Führung der UdSSR, nach deren politischer Doktrin der Faschismus als eine Folge kapitalistischer Krisenbewältigung galt, musste anders reagieren als die USA, deren deutschlandpolitisch tonangebende Gruppen im Nationalsozialismus bald eine Form kollektiver Kriminalität, bald eine Konsequenz deutscher Eigenart sahen (Niethammer, S. 34).

So fiel die Entnazifizierung in den einzelnen Besatzungszonen unterschiedlich aus; aber auch innerhalb der Zonen gab es je nach strukturellen Gegebenheiten und Voraussetzungen divergierende Vorstellungen und Ziele, die in Industrieregionen ganz anders aussahen als etwa im handwerklich, kleinbetrieblich und landwirtschaftlich geprägten Südbaden. Hier liess sich die in Potsdam beschlossene Dekartellisierung wirtschaftlicher Monopole nur auf einen relativ schmalen Bereich anwenden, so dass sie als politische Forderung allenfalls von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien vertreten wurde. Auch die Bodenreform wurde in Südbaden eher unter dem Gesichtspunkt der Schaffung neuer Siedlerstellen für Flüchtlinge und Vertriebene als unter dem der Brechung der Macht des Grossgrundbesitzes diskutiert, der zwar einen Anteil von 36% am gesamten Bodenbesitz aufwies, mit 4% Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche jedoch relativ unerheblich blieb. Entsprechend spät legte die Militärregierung ein Agrarreformgesetz vor, an dessen Durchführung (die den Länderregierungen überlassen blieb) die badische Parlamentsmehrheit indes wenig Interesse zeigte. Dennoch war es die Frage der Agrarreform, an der Ende 1947 durch Ausscheiden der SPD die bis dahin bestehende Allparteienregierung zerbrach. Auch in der französisch besetzten Zone waren es somit rein personelle Massnahmen, die den Bereich der Denazifizierung ausmachten: auf der einen Seite der Nürnberger Prozess («Hauptkriegsverbrecherprozess»), auf der anderen die sogenannte Entnazifizierung, der sich die Bevölkerung zu unterziehen hatte.

In Nürnberg tagte der Internationale Militärgerichtshof ab Herbst 1945 fast ein Jahr lang – begleitet und gefolgt wurde dieses Militärtribunal von einer Reihe weiterer Kriegsverbrecherprozesse in den einzelnen Zonen, so z.B. in Rastatt für die französische Zone. Für die ca. 19'000 Personen, die hier während des Jahres 1945 als nazistische Funktionäre und Aktivisten verhaftet wurden (Kiessmann, S. 87), richtete die Militärregierung Internierungslager ein.

Obwohl durch die Verhandlungen in Nürnberg und das weltweite Echo darauf weitesten Teilen der deutschen Bevölkerung erstmals ein zusammenhängendes Bild der Nazi- und Kriegsverbrechen vermittelt wurde, waren die im engeren Sinne als Entnazifizierung bezeichneten Massnahmen von nachhaltigerer Wirkung, weil von ihnen die Deutschen unmittelbar betroffen wurden. Wie in der US-Zone zeichnete sich auch in der französischen Zone die Entnazifizierung durch einen Schematismus aus, der an den Realitäten des Nationalsozialismus weitgehend vorbeiging. Hier wie dort wurde in den Fragebögen nach der Zugehörigkeit zu nazistischen Organisationen und der Bekleidung nazistischer Funktionen gefragt und überwiegend danach geurteilt, anstatt dass nach belasteten Namen vorgegangen worden wäre. So wurde die Frage «Mensch oder Schema?» zur Grundfrage der Entnazifizierungspraxis. Erst mit dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, das im Frühjahr 1946 in der US-Zone in Kraft trat und sinngemäss auch in der französischen Zone als Grundlage des Verfahrens akzeptiert wurde, war dem Grundsatz der individuellen Behandlung des Einzelfalls stattgegeben: «Aussere Merkmale wie die Zugehörigkeit zur NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder einer sonstigen Organisation sind nach diesem Gesetz für sich allein nicht entscheidend für den Grad der Verantwortlichkeit. Sie können zwar wichtige Beweise für die Gesamthaltung sein, können aber durch Gegenbeweise ganz oder teilweise entkräftet werden.» (Art. 2 Abschnitt 2) Gleichwohl blieb der bürokratische Schematismus für die gesamte Dauer der Entnazifizierung ein akutes Problem, hatten sich doch die französischen Stellen der Militärregierung nicht nur die Kontrolle, sondern auch die letztinstanzliche Entscheidungskompetenz in der Beurteilung aller Fälle vorbehalten.

Die Durchführung der Entnazifizierung dagegen war in deutsche Hände gelegt. Im Herbst 1945 wurden in jedem Stadt- und Landkreis Untersuchungsausschüsse gebildet, die mit der Voruntersuchung, der Überprüfung der Fragebögen und der Ausarbeitung von Sühnevorschlägen betraut waren. Diese Unterlagen gingen dann an den für das ganze Land Baden zuständigen Landesreinigungsausschuss in Freiburg; diese Behörde wiederum leitete die Unterlagen und Vorschläge an die Entnazifizierungsstellen der Militärregierung weiter (sogenanntes Verwaltungsverfahren).

Auch wenn in der französischen Zone der Anteil der zu entnazifizierenden Personen weit geringer war als in den anderen Besatzungsgebieten, waren die Gefahren dieser Vorgehensweise abzusehen: der Stau an Bagatellfällen liess die zuständigen Gremien diese begrifflicherweise vorziehen, um der Masse der vom Gesetz Betroffenen einen schnellen Bescheid zustellen zu können. Während es hier jedoch, unter dem noch frischen Eindruck der zurückliegenden Ereignisse, zu relativ harten Urteilen kam, entgingen die internierten schwerer Belasteten oft einer Verurteilung aufgrund des grösseren zeitlichen Abstandes und immer offenkundiger werdender Mängel und Widersprüche des Verfahrens.

Um diese Gefahr – die Kleinen zu hängen und die Grossen laufenzulassen – zu vermeiden, schlug der der KPD angehörende Staatsrat für politische Säuberung, Erwin Eckert, eine Aufwertung der vor Ort untersuchenden Basis-Ausschüsse vor, die ihre Urteile künftig erstinstanzlich fällen sollten – eine Verfahrensreform, bei der zwar den erklärten Regimegegnern eine sinnvolle Schlüsselrolle zugefallen wäre, die aber nicht die Zustimmung der Besatzungsmacht finden konnte, welche damit die Kontrolle des Verfahrens aus der Hand gegeben hätte. Stattdessen wurde mit der «Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus» vom Frühjahr 1947 ein modifiziertes, quasi juristisches Verfahren eingeführt, das sogenannte Spruchkammerverfahren. Der organisatorische Rahmen der Verordnung (Artikel 21-26) sah einen von der Landesregierung ernannten Staatskommissar für politische Säuberung vor, dem – hierin von einem paritätisch besetzten Beirat unterstützt – die ordnungsgemässe Durchführung der Entnazifizierung übertragen war. Am Ort der Regierung (Freiburg) wurden die ebenfalls von je einem Parteien- und Gewerkschaftsvertreter besetzten Spruchkammern errichtet. Ihnen hatten – wie im Verwaltungsverfahren – die Untersuchungsausschüsse in den Kreisen und Stadtkreisen zuzuarbeiten. Dieses Spruchkammerverfahren war im Frühjahr 1946 zuerst in der amerikanischen Zone eingeführt worden, vermochte den Mängeln und der bestehenden Kritik an der Entnazifizierungspraxis indes kaum Rechnung zu tragen. Wohl aber hatte sich mit dem neuen Verfahren der Charakter der Entnazifizierung überhaupt geändert: war es ursprünglich ihr Sinn gewesen, kompromittierte und belastete Personen von verantwortlichen Stellen im neuen Staat fernzuhalten, um den demokratischen Aufbauprozess nicht zu gefährden, so verkehrte sie sich im Spruchkammerverfahren mehr und mehr zu einer Art politischem Rehabilitationsverfahren. Dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft erstand aufgrund der zunehmend nachsichtiger werdenden Beurteilung und durch eine Praxis, die «oftmals keineswegs gerechtfertigte politische Unbedenklichkeitsbescheinigung» betrieb, eine schwerwiegende Belastung, die als «Renazifizierung einen der Grundtatbestände der zweiten Republik» ausmachte (beide Zitate: Henke, S. 19 und 24).

Hatte schon das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts die alliierte Kontrolle über die Entnazifizierung gelockert, so erliess der Bundestag im Dezember 1950 Richtlinien, die die Bundesländer zu einer übereinstimmenden Regelung über den Abschluss der Entnazifizierung veranlassen sollten. Danach waren mit Beginn des Jahres 1951 Entnazifizierungsverfahren mit dem Ziel der Einstufung in die Belastungskategorien 3 bis 5 (Minderbelastete, Mitläufer und Unbelastete bzw. vom Gesetz nicht Betroffene) nicht mehr möglich; anhängige Verfahren waren niederzuschlagen, und Betroffene der Kategorien 1 und 2 (Hauptverantwortliche und Schuldige) konnten bis Frühjahr 1951 eine günstigere Einstufung beantragen.

Das Land Baden entsprach diesen Bestimmungen mit einem Gesetz über die Vereinfachung der politischen Säuberung vom 26. Mai 1950. Gegenüber der vornehmlich juristischen Argumentation des Bundes erinnerte der für die politische Säuberung zuständige Staatskommissar Dr. Nunier an die ursprünglich politische Bedeutung der Entnazifizierung und argumentierte gegen eine Politik des dicken Schlussstriches: es könne nicht Sinn der Abschlussgesetzgebung sein, allen schwer Belasteten, die sich bisher versteckt oder gut getarnt irgendwo aufgehalten hätten,

wieder freien Anlauf zu neuer politischer Betätigung im Sinne der Nazi-Ideologie zu geben (Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung, Betrachtungen zur Abschlussgesetzgebung in der Entnazifizierung, vom 20.11.1950; Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Säckingen, Generalia, P 33 69/13). Bundespolitisch schienen solche Überlegungen eher hintanzustehen, wurde doch der Abschluss der Entnazifizierung durch zwei weitere Gesetze flankiert, die das Ende des antifaschistischen Konsenses der Nachkriegsgesellschaft verdeutlichen.

Am 19. September 1950 erliess die Bundesregierung einen Beschluss zur «politischen Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung», der sich formal gegen rechte wie linke staatsfeindliche Gesinnung und Handlungen richtete, in der Praxis jedoch die politische Ausgrenzung kommunistischer Positionen und eine Disziplinierung der Linken bewirkte. Zu den bald auch als verfassungsfeindlich eingestuften und behandelten Organisationen gehörte schliesslich auch die «Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes» (VVN), deren Mitglieder sich so nicht nur um ihre gesellschaftliche Anerkennung als Widerstandskämpfer, sondern auch um ihren Anspruch auf Wiedergutmachung gebracht sahen.

Artikel 131 GG dagegen schrieb eine bundesgesetzliche Regelung für die öffentlichen Bediensteten vor, die «aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen» ausgeschieden und noch nicht wieder eingesetzt waren. Das entsprechende Gesetz, das im Mai 1951 in Kraft trat, öffnete dann 150'000 aufgrund der Entnazifizierung ausgeschiedenen Beamten wieder Versorgungsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten. Die Wiedereingliederung dieser Bedienstetengruppe wäre problemlos gewesen, wenn mit ihr nicht auch wieder zahllose schwer Belastete durch Schlupflöcher in den Staatsdienst gelangt wären. So aber kam es, dass vielfach hochgradig belastete Juristen (für diesen Berufsstand ebnete das Gesetz 131 besonders viele Wege) im Namen des Volkes wieder Recht sprachen.

Der Prozess der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus lässt sich nicht betrachten, ohne seine Voraussetzungen zu berücksichtigen: zunächst einmal wurde die Bereitschaft, die eigene Schuld anzuerkennen, zu einem guten Stück unter den Trümmern eines ins Land zurückgetragenen totalen Krieges verschüttet; dann litt sie zweifellos unter der Besonderheit der Stunde, die die Deutschen in angstvoller Erwartung hielt, was nun werden würde und wie die Sieger mit den Deutschen zu verfahren gedächten. Je mehr die Besatzungspolitik in den folgenden Jahren ihre Widersprüche, Fehler und Fragwürdigkeiten entfaltete (Rachedenken, Willkür in den ersten Besatzungsmonaten, Hunger, Entnazifizierungspraxis usw.), desto grössere Teile der deutschen Bevölkerung konnten sich angesichts dieses »verlängerten Unrechts unter alliierter Vorzeichen« subjektiv entlastet fühlen und wähnen, nun *auch* das Ihre mitgemacht zu haben. Dann waren da politische Parteien, die mitunter durch problematische Entlastungsversuche dem Wähler liebedienerisch entgegenkamen – so sprach beispielsweise die BCSV für die Badener eine Art Kollektivamnestie aus, wenn sie wenig wahrheitsgemäss formulierte: «Erbe einer lebendigen, christlichen und freiheitlichen Überlieferung, will das badische Volk, das niemals aufgehört hat, dem Nationalsozialismus und dem preussischen Militarismus einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, den ihm gebührenden Platz in der Gemeinschaft seiner süddeutschen Nachbarn wieder einnehmen» (Arbeitskreis Regionalgeschichte, S. 78). Und schliesslich

arbeitete solchen Entlastungseffekten mehr und mehr ein verstärkter Antikommunismus zu, in dessen Verlauf – überspitzt ausgedrückt – Hitlers Kampf gegen den Bolschewismus schliesslich eine gewisse Folgerichtigkeit annahm. Die vom Ausland aufrechterhaltenen Vorwürfe betrafen nach Meinung breiter Bevölkerungskreise allenfalls Randerscheinungen, für die nicht das ganze deutsche Volk, sondern einige – im Übrigen zur Verantwortung gezogene – Nazis die Verantwortung trugen, und was an Schuld noch blieb – war es nach Meinung viel zu vieler nicht längst getilgt durch die reichlich bemessenen Wiedergutmachungsleistungen?

Die hierfür aufgewendeten Mittel – bisher rund 85 Milliarden DM, im Jahr 2000 werden es ca. 100 Milliarden sein – scheinen in der Tat beträchtlich. Sie sind es aber – unter manchem Aspekt – mehr von der Quantität her als von den Modalitäten und Praktiken der Zuerkennung; für irgendeine Art selbstgerechter Zufriedenheit oder Genugtuung bietet indes gerade das Kapitel Wiedergutmachung wenig Anlass. Auch wenn die überlebenden Opfer die tatsächlich gezahlten Summen zu Beginn sich niemals hätten vorstellen können – vorstellen können hätten sie sich auch nicht jene mit Durchführungsbestimmungen und Berechtigtenüberprüfung verbundenen bürokratischen Brückierungen, durch die viele Opfer zu Bittstellern wurden, sich viele der Unglaubwürdigkeit geziehen sahen und an eine Art zweiter Selektion in Entschädigungswürdige und -unwürdige erinnert fühlten.

Dennoch war für die Bundesrepublik der Gedanke einer Wiedergutmachung verpflichtend, schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit des demokratischen Neuanfangs und einer Rückkehr in den Kreis der Völker. Zumindest stellte die Wiedergutmachung die moralische Voraussetzung für die Westintegration dar.

Allerdings bezog sich der offiziell herausgestellte «Kategorische Imperativ Wiedergutmachung», die «moralische Schuld Wiedergutmachung», nie auf das Millionenheer der meist aus Osteuropa stammenden Zwangsarbeiter; für die Wandlung der inneren Einstellung zum Nationalsozialismus genügte den offiziellen Stellen stets noch der Beweis der Wiedergutmachung gegenüber den Juden. Und nicht anders als den Zwangsarbeitern ging es noch bis vor kurzem anderen Opfergruppen: den Sinti und Roma, den Trägern der rosa (Homosexuelle), der schwarzen (sogenannte Asoziale) oder blauen KZ-Winkel (sogenannte Arbeitsverweigerer), den Zeugen Jehovas und den Zwangssterilisierten, die allenfalls durch die Hintertür des sogenannten Härteausgleichs gewisse (reduzierte) Leistungen zugesprochen bekamen (und keineswegs zu beanspruchen hatten). All diese Gruppen konnten umso leichter übergangen werden, als eine öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Verfolgungsschicksal sich erst Jahrzehnte nach Kriegsende herausbildete. Und obwohl die Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes von einem Verdienst spricht, das sich die Opfer des Nazismus *aller* Art erworben hätten, schuf es für viele Kommunisten gar einen Auschlussstatbestand. Insbesondere lassen auch Begründungen aufhorchen, mit denen die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung selbst von höchsten Justizorganen verneint wurde; so führte man beispielsweise gegen Sinti und Roma eben jene «asozialen Eigenschaften» ins Feld, die bereits unter den Nationalsozialisten Anlass zur Verfolgung gewesen sind. Vergleichbares wurde über Zwangssterilisierte formuliert: sie seien unter Gesetze gefallen, wie es sie auch anderswo gegeben habe. Solche Urteile kamen nachträglichen Rechtfertigungen gleich, und nationalsozialistische Dispositionen lebten auch in der «steinernen, bürokratischen Abwesenheit elementaren

menschlichen Mitgeföhls» fort, «wie sie erst das Dritte Reich hervorgebracht hat» (Dörte von Westernhagen, in: «Die Zeit», 5. Oktober 1986).

Siegerjustiz ohne wirkliche rechtliche Grundlage oder Gericht der Völker über die Barbarei des Nazismus – zwischen diesen Polen bewegte sich die zeitgenössische Einschätzung der Nürnberger Prozesse, in denen seit November 1945 fast ein Jahr lang über die Verbrechen des Faschismus zu Gericht gesessen wurde. Die dabei zum ersten Mal in vollem Umfang erkennbar gewordenen Verbrechen riefen in der deutschen Bevölkerung weithin Entsetzen, Unglauben und Abwehrreaktionen hervor.

Neulich hörten wir Leute vor der Lesestube in Singen beim Betrachten der Veröffentlichungen über die KZ sagen: «So etwas ist doch gar nicht möglich, das bringt doch ein Deutscher gar nicht fertig!» Leider, liebe Landsleute, entsprechen diese Worte nicht den Tatsachen! Leider haben, zu unserer Schande, 12 Jahre Hitlerregime und 6 Jahre Hitlerkrieg bewiesen, dass unser Volk sich von einer Meute hochmütiger, blutgieriger und dabei feiger Meuchelmörder führen liess. Und nun, da die grauenhaften Taten auf gedeckt werden, wenden wir uns schauernd ab und sagen: «So etwas ist doch nicht möglich!» Das aber ist Selbstbetrug! Wir müssen lernen, den Tatsachen in die Augen zu sehen. Denn nur dann werden wir imstande sein, den Nazismus wirklich zu überwinden, ihn mit Stumpf und Stiel ausrotten zu helfen.

Trotz der hunderttausend tapferen Deutschen, die als Antifaschisten längst vor den heute aufgedeckten Greueln der letzten Jahre in den KZ, Zuchthäusern und auf den Richtblocks zugrunde gingen, waren wir nicht fähig, allein mit dem Mordgesindel fertig zu werden. So fällt die Schmach der Nazityrannei auf unser ganzes Volk. Heute müssen wir gemeinsam mit den Besatzungstruppen für die Tilgung dieser Schmach kämpfen und arbeiten.

Aus: *Städte im Osten klagen Hitler an!*, Singen 1945, S. 5.

Angeklagt waren in Nürnberg neben den Hauptkriegsverbrechern auch die nazistischen und militaristischen Organisationen des Dritten Reichs wie das Führerkorps der NSDAP, die Gestapo, SD und SS. Im Übrigen galt aber nach wie vor der Grundsatz der individuellen Verantwortlichkeit des Einzelnen. Damit sollte und konnte kein moralischer Freispruch für das deutsche Volk insgesamt verbunden sein, wohl aber, wie Robert Haerdter in der in Freiburg erscheinenden Zeitschrift «Gegenwart» interpretierte, «eine Begünstigung unserer Bereitwilligkeit und eine Festigung unserer Entschlossenheit, den Neubau des politischen Lebens unseres Volkes im Geiste absoluter Wahrhaftigkeit zu beginnen» (Jahrgang 1, 1945/46, Heft 2/3, S. 11).

In einem vergleichbaren Sinne, wenn auch in der Sache härter, argumentierte Alfred Döblin, der unter dem Pseudonym Hans Fiedeler eine in grosser Auflage verbreitete Schrift unter dem Titel «Der Nürnberger Lehrprozess» veröffentlichte. Hier erscheint der Kriegsverbrecherprozess als ein Gericht der Geschichte, dessen Urteil den Deutschen den Weg zur Freiheit öffnen will.

In früheren Zeiten blieben Vorgänge, wie sie in diesem Prozess verhandelt werden, ohne Ahndung und ohne wirkliche, bindende Folgen. Man wünschte und suchte, man fand aber kein Gericht. Man musste das Urteil in der betreffenden Angelegenheit der «Geschichte» überlassen und begnügte sich praktisch mit einer sehr vergänglichen Neuordnung der Machtverhältnisse. Man konnte nicht anders. Es grauste einem, aber man resignierte. Man wurde pessimistisch und fatalistisch, manchmal auch zynisch, – gutes Wetter für Verbrecher. Aber es blieb einem nichts übrig, als darauf zu rechnen, dass später einmal einer mit einer gesprochenen oder papiernen Verdammung die bluttriefende Angelegenheit abschliessen würde. [...] «Was», murmelt der misstrauische Deutsche, «was redet man da von Gerechtigkeit? Seit wann ist das ein Gerichtssaal? Ich sehe nichts davon. Ich sehe bloss, dass sich Ausländer, denen es durch ihre materielle Übermacht gelungen ist, uns zu schlagen, ihren Sieg bis zum letzten auszunutzen, und zwar in einer Weise, die wirklich nicht fair ist.

Kriegsgefangene, wehrlose, noch diffamieren wollen, Leute, die einfach ihre Pflicht taten, die ihr Vaterland verteidigten, so wie sie es verstanden, und sie dafür noch bestrafen wollen, das ist neu.

Ob es würdig ist, ist eine andere Sache. Nein, sagt es doch offen: Hier handelt es sich um Rache und um Beseitigung des Gegners unter juristischer Maske.»

Er bleibt dabei. Er bewegt sich nicht.

Dieser Deutsche spricht ähnlich wie die Angeklagten. Man bestreitet dem Gericht seine Kompetenz. Es könne schon darum keine Gerechtigkeit aus diesem Gerichtshof hervorgehen, weil er sich aus feindlichen Ausländern zusammensetze.

Man muss fragen: Welche Männer sollen wohl den Gerichtshof bilden? Ein Gericht soll und muss doch stattfinden, unter allen Umständen. Die Frage, ob Gericht oder nicht, kann angesichts der zur Verhandlung stehenden Vorgänge, angesichts dieses nun aufgedeckten, raffiniert ersonnenen und ausgeführten Überfalls auf schwache und friedliche Völker, angesichts der Ausraubung ganzer Länder, während man zugleich Menschen verschleppte, versklavte, in Lagern folterte und hungern liess, – nein, diese Frage kann überhaupt nicht aufgeworfen werden. Darüber besteht wohl Klarheit bei der Mehrzahl unter uns.

Wer also soll, wo grosse Nationen klagen, das Gericht bilden? Etwa wir selber?

Über uns zu Gericht sitzen, in eigener Sache, weil wir, gerade wir, und allein wir unparteiisch wären? Aber wir hatten ja Gelegenheit gehabt, schon längst ein solches Gericht zu bilden. Die ganze Welt hat darauf gewartet. Wo sah man, wenn man einzelne Fälle beiseitelässt, im Krieg unsere Unabhängigkeit, unseren Willen, einzuschreiten?

Wir berufen uns auf den Terror, der uns verhinderte. Er bestand. Aber erstens hat andere Völker der Terror nicht an wirksamen Aktionen gehindert. Und dann benahmen sich zahllose bei uns – (leugne es, wer kann) – gar nicht so, als ob sie den Terror überhaupt als Terror empfunden hätten. Es scheint, zahllose waren im Fall vieler hier vorgebrachter Verbrechen nicht unparteiisch. Sie billigten sie. Manche billigten sie noch heute. Also sollen sie ihr eigenes Gericht bilden? Um die Angeklagten weisszuwaschen? Die Empörung der ganzen Welt würde sich gegen diesen Anspruch erheben.

Es bleibt für die Welt dabei:

Die Deutschen haben jahrelang unter der Herrschaft dieser Männer, der Rädelführer, der Hauptkriegsverbrecher gestanden. Sie konnten sie aus der Nähe beobachten. Sie wussten, was gespielt wurde, und sind ihnen bis zum blutigen Ende gefolgt. Die Behauptung, nichts gesehen und gehört zu haben, ist traurig und faul. Aber selbst wenn sie wahr wäre, gäbe das den Deutschen den Rechtstitel, nachdem andere gesehen und gehört und geduldet haben, nachdem andere kamen und für sie zugriffen und die Verbrecher fesselten, das Amt des Richters zu verlangen? Bürgt die gesamte Haltung der Deutschen und ihr während dieser Jahre bewiesener Geisteszustand für ein gerechtes Gericht?

Auf der anderen Seite: die Amerikaner, Franzosen, Russen, Engländer und die kleinen Nationen wissen und wussten. Und sie haben ihre Hand und ihr Wissen nicht in der Hosentasche versteckt. Dass es nun mit den Verbrechern zu Ende ist, hat die Welt – und haben wir – ihnen, und allein ihnen zu verdanken.

Wer ist also würdig und berufen, auf dem Richterstuhl zu sitzen? Im Übrigen: seien wir unvoreingenommen und warten wir ab, wie sich das von den Alliierten gestellte Gremium als Gericht erweist. Wir wollen es beobachten und sehen, ob es ein Gericht oder etwas anderes ist.

Aus: Hans Fiedeler, *Der Nürnberger Lehrprozess*, Baden-Baden 1946, S. 6ff.

Der «Südkurier» begleitete seit Anfang 1946 den Nürnberger Prozess mit einer «Deutsche Anklage» betitelten Serie, deren Urheber «Südkurier»-Chefredakteur Dr. Fritz Harzendorf war. Als «Ergänzung des Nürnberger Prozesses» verstanden, sollte sie aufzeigen, «wessen wir Deutsche selbst, über die Anklagen der Alliierten hinaus, die vergangene Epoche – und zu einem grossen Teil freilich auch uns selbst – zu beschuldigen haben» («Südkurier», 4. Januar 1946). Eingeladen zur Behandlung der Fragen waren die Professoren Gustav Radbruch, Romano Guardini, Karl

Jaspers, Gerhard Ritter und Eduard Spranger, die Schriftsteller Ernst Jünger und Ricarda Huch sowie ein Gewerkschaftsführer und ein Soldat. Aus «besatzungspolitischen Gründen» («Südkuurier 1945», Broschüre o.J., S. 7) jedoch konnte die Serie nicht wie geplant weitergeführt werden. Im einleitenden Artikel erklärte Harzendorf zunächst «Sinn und Zweck der Deutschen Anklage».

Der internationale Charakter des Nürnberger Prozesses verweist uns Deutsche auf die Rolle des Zuschauers und Zuhörers, der dort erst einmal die Wahrheit erfahren und kennenlernen soll, die den meisten von uns bisher vorenthalten oder nur in entstellter Form bekannt geworden ist. Wir können in Nürnberg aus vielen Gründen nicht als Kläger auftreten, vor allem darum nicht, weil die Verbrechen, die dort zur Aburteilung stehen, nicht primär an Deutschen und an Deutschland verübt worden sind. Vielmehr ist Nürnberg für uns nur die Gelegenheit zu erkennen, dass und in welchem Umfang der Nationalsozialismus die Deutschen zu jenen Verbrechen als Werkzeuge missbraucht hat. Darum verfolgen wir den Prozess mit dem Gefühl einer brennenden Scham, die aus der mit dem Fortschreiten des Prozesses zunehmenden Erkenntnis der Wahrheit erwächst. Je klarer diese wird, umso deutlicher begreifen wir aber auch, dass die Verantwortlichen des Dritten Reiches nicht nur gegenüber der Welt, sondern auch gegenüber ihrem eigenen Volk schuldig geworden sind, wenn auch diese Schuld auf einer anderen Ebene liegt und in einem anderen Sinn verstanden und beurteilt werden muss.

Es ist notwendig und unvermeidlich, Art und Mass dieser Schuld eindeutig und unverwischbar vor uns selbst und vor der Geschichte festzustellen. Notwendig ist dies, damit die Einsicht in diese Schuld Gemeingut aller Deutschen werde; denn nur aus solcher Einsicht kann die radikale Abkehr von der Vergangenheit möglich werden. Unvermeidlich ist es, weil nur eine eindeutige Klärung der Schuldfrage die Grundlage bieten kann, auf der sich die Deutschen unter sich versöhnen und gleichzeitig hoffen können, auch den Weg der Versöhnung mit den anderen Völkern zu finden.

Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Wer aber einmal begriffen hat, welches Verbrechen durch den Nationalsozialismus auch am deutschen Volk begangen worden ist, darf sich durch keine wie immer geartete Rücksicht der Pflicht entziehen wollen, als Anwalt des verletzten Rechtes und damit als Ankläger aufzutreten. [...]

In Nürnberg hat die Weltöffentlichkeit den Vorrang, ihre Anklage zu führen und ihr Urteil zu sprechen und zu vollstrecken. Unabhängig und nicht präjudiziert von dem Urteil, das dort gefällt wird, muss das deutsche Volk zu einem eigenen Urteil über das Verbrechen gelangen, das an seinem Wesen und an seiner Geschichte in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft begangen worden ist. Ihm kann und darf es nicht genügen, dass die Kriegsverbrecher vom Internationalen

Gerichtshof abgeurteilt und bestraft werden. Denn für uns Deutsche handelt es sich um die Selbstreinigung, die allein aus der Erkenntnis des geschehenen Unrechts hervorgehen kann. Diese Erkenntnis sachlich zu ergründen und zum Gemeingut der Deutschen zu machen, ist Sinn und Zweck der Deutschen Anklage, die zu erheben wir uns entschlossen haben.

Aus: «Südkurier», 4. Januar 1946.

Die These der Kollektivschuld spielte (und spielt bis heute) in der Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus eine zentrale Rolle. Sofern ihre Ablehnung nicht einfach als wohlfeiles Alibi missbraucht wurde, hat ihr – von anfänglichen angloamerikanischen Stimmungen und Kräften abgesehen – kaum je ein verantwortlich Denkender das Wort geredet; schon deshalb nicht, weil dies die Existenz eines anderen, nicht-nazistischen Deutschland übersehen hiesse. Von Kollektivschuld zu sprechen würde «nur die These des Nationalsozialismus von den guten und schlechten Rassen, von den hochwertigen und minderwertigen Völkern für alle Zeit festhalten», wie der Journalist Hermann Sprang in der von Franzosen herausgegebenen «Anthologie der deutschen Meinung» (S. 113f.) schrieb.

Etwas anderes als die an die Sippenhaftung der Nazis erinnernde Kollektivschuld stellen aber die von Theodor Heuss ins Gespräch gebrachte «Kollektivscham» und die mehr pragmatisch und rechtlich orientierte «Kollektivhaftung» dar. Eine mit diesen Punkten verbundene Sichtweise vertrat auch der aus Freiburg gebürtige ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth, der erst 1948 aus der Schweiz in seine Heimatstadt zurückkehren konnte. In einer 1945 veröffentlichten Broschüre «Das demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau [...]» heisst es:

Selbst in mannigfacher Weise Opfer der Tyrannei, nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, haben sogar die Pflicht, die lautere Wahrheit zu sagen: Die Verantwortung für die ungeheuren Verbrechen der Feinde der Menschheit lehnen wir für den anständigen Teil des deutschen Volkes ab. Wir unterwerfen uns aber freiwillig den wahren Grundsätzen der Gerechtigkeit. Denn nur auf ihnen kann nach dem zweiten furchtbaren Weltkrieg eine neue Welt aufgebaut werden. Gerecht ist aber dies: Alle Verbrecher samt ihren Helfershelfern, gleichviel welchen Ranges und Standes, die sich an wehrlosen Menschen vergangen haben, müssen von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden. Der Schaden, der vom sog. Dritten Reich angerichtet wurde, wird vom deutschen Volke nach Kräften wieder gutgemacht werden. Gerecht ist aber auch dies: Der anständige Teil des deutschen Volkes darf mit der Verbrechergesellschaft, die den deutschen Staat seit 1933 vergewaltigt hat, nicht in einen Topf geworfen werden. Wir sprechen überhaupt diesem sog. Dritten Reich, dessen Machthaber sich durch Täuschung, Betrug und andere

ungeheuerliche Verbrechen in den Besitz der Staatsgewalt gesetzt haben, den Rechtscharakter ab.

Gerecht ist zweifellos auch dies: Nicht nur zwischen Tätern und Opfern, sondern auch zwischen Vergewaltigten und Missbrauchten, zwischen ausgepichteten Schurken und einer ahnungslosen und verführten Jugend besteht offensichtlich ein Unterschied. Das ganze deutsche Volk für alle seit 1933 begangenen Untaten verantwortlich machen zu wollen, ist reine Rachsucht. Wer das deutsche Volk tadelt, nicht die Kraft gehabt zu haben, das verhasste Joch der Tyrannei abzuschütteln, hat von der Macht und Brutalität von Gewaltssystemen keine Vorstellung.

Gerecht ist schliesslich doch auch die Einsicht, dass das gegenwärtige furchtbare Weltunglück nicht nur von seinen unmittelbaren Urhebern, sondern auch durch blinde Duldung des Unrechts mitverschuldet worden ist.

Allein, Vorwürfe und noch so berechtigte Anklagen schaffen keine neue Welt, bringen weder Brot noch Obdach noch dauernden Frieden. Wenn wir nicht im Abgrund des Nichts versinken wollen, müssen wir die sittlichen Werte der abendländischen Welt wieder anerkennen und zur Geltung bringen.

Aus: Joseph Wirth, *Das demokratische Deutschland*, zitiert nach: Gernot Erler und Karl-Otto Sattler (Hrsg.), *Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch*, Freiburg 1980, S. 61.

Die Jahrgänge zwischen 1920 und 1930 waren in besonderem Masse Opfer des Nationalsozialismus. Sie hatten während des Kriegs und erst recht danach ideell und materiell die Hauptlast zu tragen. Als eigentliche Kriegsgeneration verfügten sie – im Gegensatz zu den Älteren – kaum über andere als durch den Nationalsozialismus geprägte Erfahrungen. Um so fataler war für die meisten der desillusionierende Zusammenbruch und in der Folge die unmittelbare Nachkriegszeit, als immer schrecklichere, unfassbare Wahrheiten über das einst so überzeugt vertretene und verteidigte Regime ans Tageslicht kamen.

Unsere ganze Kinder- und Jugendzeit aber ist untrennbar verknüpft mit dem Namen des Dritten Reiches. Wir können unsere Erinnerungen nicht wie ein Bild aus dem Rahmen, der Nationalsozialismus heisst, ausschneiden. Er gehörte zu uns, und wir fanden dies natürlich. Er hat sich unser klug bemächtigt und schenkte das, was ein junger Mensch sich wünscht.

Es gibt keinen anderen Weg, um von ihm endgültig freizukommen, als sich mit aller Schärfe einzuprägen, dass alles das, was uns gefiel, nur Äusserlichkeit, Menschenfang war.

Die Glieder greifen ineinander: Um uns zu gewinnen, sammelte man uns bei Sport und Spiel, Musik und Tanz, man zeigte uns Filme, Theaterstücke und auf

den Fahrten die deutsche Heimat. Um aber die Welt zu gewinnen, zeigte man der Welt – uns. Schaustücke, Kulissen, Fassaden. Wir waren dazu bestimmt, das grosse Ablenkungsmanöver gelingen zu lassen – abzulenken von den Grausamkeiten, die hinter unseren lebendigen Mauern geschahen. Zu beneiden die heutigen Buben und Mädels, die rasch und bedenkenlos und selbstverständlich das Heute leben. Sagte eine Dreizehnjährige: Ich möchte den Hitler in tausend Fetzen reissen! Sie malte diese Exekution in farbigen Bildern minutenlang aus. Wir, die wir ungefähr zehn Jahre älter sind, können nicht mehr – oder noch nicht – so urteilen. Die Wurzeln unseres Denkens und Fühlens gründen in diesen für uns so sorglosen, aber tausendfach verfluchten zwölf Jahren. Wir kamen vielleicht gar nicht so sehr gerne in den Dienst. Der Zwang passte uns nicht. Aber es kam sicher eine Stunde, die uns änderte und wandelte, in der wir ein «Opfer des Nationalsozialismus» wurden. Nein, man sollte dieses Wort nicht sarkastisch gebrauchen, zu viel Blut der wahren Opfer ist geflossen – während wir als Mauer alles verdeckten. Doch die Stunde, die uns zu Getreuen machte, trat an uns heran. Es mag eine nächtliche Feier am flammenden Holzstoss gewesen sein, ein Ring junger Menschen um das Feuer, und eine leise rauschende Fahne; es mag ein Gedicht oder ein Lied gewesen sein, das zu uns sprach, das Begeistern weckte. Es mögen im Geschichtsunterricht die ständig gezogenen Parallelen zwischen grosser Vergangenheit und grosser Gegenwart gewesen sein, oder bei einem Aufmarsch die Rhythmen unserer vorwärtsdrängenden Bewegungen. Und wir ahnten nicht, dass der Trommeln Grollen, der Schrei der Hörner und Fanfaren die Klage der Verfemten und Verfolgten unterdrücken musste. Andere Zeiten kamen. [...]

Es war die Jugend, die nicht meineidig werden wollte, auch wenn sie langsam die Schuld und das Verbrechen der Führer begriff. Es war die Jugend, die das Wort Treue so heilig und ernst nahm, dass sie auch dann noch zu ihren Führern stand, als diese schon im Begriff waren, sich durch Selbstmord jeder Verantwortung zu entziehen.

Dann freilich war es die furchtbarste Enttäuschung der deutschen Jugend, als sie erfuhr, dass sie selbst von ihrem Führer in der Stunde der grössten Not verlassen und verraten worden war. Dass ihre Liebe, ihre Treue, ihr Glaube Unwürdigen gehört hatte. Da zerbrach alles.

Es ist und bleibt alles Wahrheit und Tatsache, dass es die deutsche Jugend war, die am stärksten und bis zuletzt zu Adolf Hitler stand. Diese Wahrheit kann niemand verschönern und beschönigen.

Wenn es diese Tatsache ist, nach welcher die Welt urteilt und verurteilt, dann muss sie uns schuldig sprechen. Zu unserer Entschuldigung aber haben wir als machtvollen Verteidiger wiederum die Wahrheit. War nicht unser Denken und Handeln sauber und lauter, als wir unter die Fahne traten? Könnte uns die Welt

im Ernst für so verworfen und pervers denkend halten, dass sie glauben könnte, wir alle hätten einem Manne solche unbedingte Gefolgschaftstreue geleistet, wenn wir von ihm gewusst hätten, dass er ein Verbrecher ist? Wenn wir von ihm gewusst hätten, dass er uns alle einmal, auch seine Jugend, mit leichten Worten abtun könnte, so wie er sie in seinen letzten Tagen gebrauchte: «Die Überlebenden dieses Krieges sind ja doch nur die Minderwertigen, die Guten sind an der Front gefallen!» Welch ein Gegensatz zu seiner Sprache sechs Jahre zuvor.

Viele traurige Wahrheiten aus den Tagen des Dritten Reiches sind heute enthüllt. Damals aber waren sie uns unsicher und verborgen.

Es muss jedoch auch einmal von uns selbst die reine Wahrheit gesagt werden. Ich habe so geschrieben, wie meine Freunde und ich selbst fühlen und denken. Viele von euch werden mir widersprechen, weil sie anderes erfahren und erlebt haben. Aber was ich euch gesagt habe, bekenne ich euch als meine Wahrheit. So mögen nun die anderen über uns urteilen.

Marlies Müller, in: *Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage*, Konstanz 1948, S. 75 ff.

Die Zeit nach 1945 war auch die Stunde der Erklärer und Deuter. Verständlich, dass eine Zusammenschau der nun mehr und mehr bekanntgewordenen, als ein System erkennbaren Kriegs- und Gewaltverbrechen eine wahre Flut von Broschüren hervorbrachte, in denen gefragt wurde, wie «es» dazu kommen konnte – bedenklich jedoch die vorherrschende Flucht ins Ominöse, ins Numinose, zu Begriffen wie Dämonie des Bösen und tragische Verstrickung.

Reinhold Schneider, der die NS-Zeit in innerer Emigration verbracht hatte und den Begriff als zu wohlfeiles Alibi dennoch ablehnte, gehörte zu denen, die ihren Glauben nicht als Rechtfertigungsfassade für das eigene Handeln betrachteten, sondern sich gerade aus christlichen Wurzeln um eine Auseinandersetzung mit ihrer Schuld bemühten. In seinen vielgelesenen *Schriften zur Zeit* versuchte Schneider eine Antwort auf die Frage, was das Gebot der Wahrhaftigkeit in Bezug auf die eigene Mitschuld vom Christen fordere.

Und noch einmal – aus einer Sorge, die keine Ruhe lässt, – wage ich es zu sagen, was ich gesagt habe und allein sagen wollte: unsere Auseinandersetzung mit Adolf Hitler ist nicht zu Ende und kann nicht zu Ende sein; in gewisser Weise sind wir vor der Ewigkeit mit ihm verbunden. In ernstlicher Gewissenserforschung müssen wir trachten, frei zu werden; zu ihr aufzurufen und anzuleiten ist die erste Sache Aller, die Verantwortung tragen für das Ganze, für Heute und Morgen, und deren Herz stark genug ist, für das Volk und die Welt zu schlagen. Den Ort der Entscheidung hätte die Gewissenserforschung wohl erst erreicht mit der Frage eines jeden an sich selbst, was er getan hätte, sofern Adolf Hitler gesiegt hätte. Niemand, keine geistliche und keine weltliche Autorität, hat ein Recht, die

Antwort auf die Frage nach der inneren Beteiligung des Einzelnen durch eine Entscheidung an der Oberfläche und von oben her vorweg zu nehmen und damit das Gewissen zu ersticken. Mit der unbarmherzigen Antwort auf seine quälendsten Fragen beginnt die Reinigung, könnte sich unser und Aller Leben erneuern; sie erst würde den Schutt aus der Trümmerstadt unserer Seele räumen. Gerüstet mit dem Entschlusse, diese Wahrhaftigkeit zu vollziehen, koste sie was sie wolle, und sie von innen her sichtbar zu machen nach dem Masse unserer Verantwortung, dürfen wir vielleicht hoffen, das Gericht der Geschichte, und das heisst für uns: das Gericht über diese unsere Zeit zu bestehen.

Aus: Reinhold Schneider, *Schriften zur Zeit*, Baden-Baden 1948, S. 38 ff.

Die Notwendigkeit der Entnazifizierung als Voraussetzung gesellschaftlichen Neuaufbaus nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war in der öffentlichen Diskussion unumstritten – sowohl was die Form einer inneren Abkehr als auch die Entfernung Belasteter von verantwortlichen Posten betraf. In einer Stellungnahme für den «Südkurier» begründete der Säuberungskommissar beim Landeskommissär Konstanz, Professor Franz Kirchheimer, die Notwendigkeit einer konsequenten Entnazifizierung indirekt mit dem totalen Verfall des sittlichen Rechtsbewusstseins.

Der Zusammenbruch des Nazisystems veranlasste seine einstigen Schildhalter zu einer allgemeinen Flucht aus der Verantwortlichkeit. Angesichts des den Pgs. drohenden Verlustes aller Stellungen und jeglichen Einflusses versuchen diese ehemaligen Aktionäre der als «Partei» getarnten verbrecherischen Gesellschaft ihren Anteil geringfügig erscheinen zu lassen oder als erzwungene Einlage darzustellen. Die Liquidation des auf den Hang des deutschen Volkes zum Militarismus und zur nationalen Überheblichkeit aufgebauten Unternehmens trifft nicht nur die Fanatiker und Doktrinäre, sondern muss auch die grosse Masse der Mitläufer und einstigen Nutzniesser des Nazismus zum Fall bringen. Heute wollen die kleinen Funktionäre der Partei nur Beiträge eingezogen haben, und der Dienst in der SA und bei den anderen Gliederungen wird wider das bessere Wissen als unpolitisch bezeichnet. Die Mehrzahl der Pgs. hat «Schutzjuden» gehalten oder beruft sich auf die gegen den Druck der übergeordneten Amtswalter bewahrte kirchliche Haltung. Man wurde von der «Partei» verfolgt, mit dem Ausschluss bedroht und zumindest beruflich gehemmt. Nun erinnert sich der einstige Herrenmensch der schirmenden Eigenschaft mancher Weiberröcke, schmeichelt den vom Sklavensjoch befreiten Siegern, beugt den Nacken unter das Kreuz und bespeit die einst umjubelten braunen Götter. Wie würden diese Abtrünnigen im Falle eines deutschen Sieges ihre Fragebogen beantwortet haben? Der kleine Blockleiter offen-

bart sich dem Prüfer als der politische Soldat und der SA-Mann ist der Marschierer für eine Ideologie, der nur der mangelnde Enderfolg die Anhänger geraubt hat. Zahlreiche der heute um ihre Stellung ringenden kleinen Funktionäre würden in goldbetressten Uniformen zu Bütteln und Henkersknechten der Partei für die besetzten Länder bestellt worden sein.

Heute sind sie vor Gericht gezogen und mit dem Abstreifen des Braunhemdes ist ihre in den Tagen des Glanzes gezeigte Haltung zerbrochen. Geblieben ist eine menschliche Erbärmlichkeit, die angesichts der früheren Ansprüche als ekelhaft bezeichnet werden muss. Sie kann aber nicht über die Tatsache täuschen, dass die unter dem Zwang des Zusammenbruches der Organisation behauptete Abkehr vom Nazismus den Rückfall keinesfalls ausschliesst. Das deutsche Volk ist bis in das Mark von seiner verderblichen Ideologie verseucht. Sie hat ihm die Sinne in einer unvorstellbaren und nachhaltenden Weise vernebelt. Frontsoldaten und Offiziere des Naziheeres geniessen die alte Verehrung, ohne dass man die Schlechtigkeit der verfochtenen Sache und die Fülle des von der Wehrmacht begangenen Unrechtes bedenkt. Wer heute noch von «Terrorangriffen» spricht, hat die Propagandathesen der Goebbelszeit nicht überwunden. Im Taumel des Sieges hätte das deutsche Volk seine Leiden nicht auf die Rechnung des Nazismus geschrieben und der Rauch der Krematorien in den KZs. würde unbeanstandet geblieben sein!

Bei dieser Sachlage bedarf weder die Notwendigkeit noch das Ziel der Säuberung einer Erläuterung. Die Kollektivschuld der Partei muss von ihren Mitgliedern beglichen werden. [...]

Sobald die der Menschheit geschlagenen Wunden vernarbt sind, werden wenigstens die zur Erkenntnis der Schuld gelangten Pgs. zu einer gehobenen Lebensform zurückfinden können. Gegenwärtig heisst es sühnen!

Aus: «Südkurier», 16. Oktober 1945.

Neben der öffentlichen Verwaltung richtete sich die Forderung nach Entnazifizierung vor allem auf die private Wirtschaft. In der Überzeugung, dass der Nationalsozialismus ohne die massive Unterstützung aus den Kreisen der Industrie niemals hätte zur Macht gelangen können, gingen erste Impulse hierzu von der politisch organisierten Arbeiterschaft aus. Das wohl früheste Zeugnis einer solchen Aktion ist das Flugblatt des Betriebsrats der Aluminium-Walzwerke Singen GmbH vom 4. Juni 1945, das aufgrund der allerersten alliierten Richtlinien herausgegeben wurde.

Politische Bereinigung – Warum?

Der Vorhang hat sich über den letzten Akt der grössten Tragödie der Weltgeschichte gesenkt. Noch liegt es wie ein Bann über unserem Volk – immer wieder

hört man die Fragen «Haben wir das verdient?» und «Warum kam das alles?» [...] Erste, von den Alliierten gegebene Richtlinien liegen vor. Wir geben sie nachstehend bekannt, um allen Klarheit zu geben.

A) Aus unserer Firma sind sofort alle Personen zu entlassen, die gegenwärtig sind oder früher waren:

1. Vor dem 1. April 1933 Mitglieder, oder zu irgendeiner Zeit Beamte der NSDAP.
2. Vor dem 1. April 1933 Mitglieder, oder zu irgendeiner Zeit Offiziere und Unteroffiziere der SS (jedoch mit der Massgabe, dass diese Bestimmung hinsichtlich der Waffen-SS nur auf Offiziere im Range eines Unterscharführers oder einem höheren Range Anwendung finden soll).
3. Vor dem 1. April 1933 Mitglieder, oder zu irgendeiner Zeit Offiziere der SA mit dem Rang eines Scharführers oder einem höheren Range.
4. Zu irgendeiner Zeit Offiziere der HJ mit dem Rang eines Stammführers oder einem höheren Range, einer Mädelführerin oder einem höheren Range.
5. Zu irgendeiner Zeit Offiziere des RAD mit dem Rang eines Arbeitsführers oder einem höheren Range.
6. Vor dem 1. April 1933 Mitglieder, oder zu irgendeiner Zeit Beamte oder Offiziere einer der übrigen in den Gesetzen Nr. 2, 5 oder 77 der Militärregierung angeschlossenen Verbände oder betreuten Organisation der NSDAP.
7. Zu irgendeiner Zeit Mitglieder der Generalstäbe oder des Generalstabskorps.
8. Zu irgendeiner Zeit Beamte oder Angestellte irgendwelcher Art im Dienste der Gestapo oder des Sicherheitsdienstes (SD).

B) Bei den politischen Leitern ist durch die Betriebsbeauftragten zu beurteilen, ob der Einzelne weiterhin betrieblich tragbar oder untragbar ist. Die endgültige Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses liegt bei den zuständigen Dienststellen der Besatzungsarmee. [...]

Das deutsche Volk ist nun in den tiefsten Abgrund seiner Geschichte gestürzt. Harte, friedvolle Arbeit wird uns nach einer langen Bewährungszeit wieder einen Platz in der Völkerfamilie sichern. Wir rufen alle anständigen deutschen Männer und Frauen zur Mitarbeit auf, die ohne um des persönlichen Vorteils willen gesinnt sind, am Neuaufbau von Ordnung, Sitte und Gesetz mitzuhelfen. Tragen wir würdig unser Los und versuchen wir gutzumachen! Möge eine Verständigung aller Völker untereinander [...] zu einem dauerhaften, glücklichen Frieden führen.

Aus: Käte Weick, *Widerstand und Verfolgung in Singen und Umgebung. Berichte, Lebensbilder und Dokumente*, Stuttgart o. J. [1982], S 269f.

Mit der politischen Säuberung im Bereich der privaten Wirtschaft waren die englische und amerikanische Besatzungszone vorangegangen. Die französische Militärregierung schuf im Spätjahr 1945 eine entsprechende Handhabe mit der Zulassung von Betriebsausschüssen, die den Untersuchungsausschüssen in den Landkreisen zuarbeiten sollten. Fragebogen waren hier einzureichen für alle Gesellschafter (auch die stillen), Aufsichtsräte, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, leitenden Angestellten und Betriebsangehörigen, die Mitglieder oder Anwärter, Funktionäre oder fördernde Mitglieder von NSDAP, SS, SA, NSDStB, NSD, NSKK, NSFK, NS-Frauenschaft, HJ, BDM, Jungvolk, Jungmädels, Stahlhelm, Schlageterbund und Jungdeutschem Orden waren oder seit 1933 Positionen und Ehrenämter in den Organisationen der Wirtschaft bekleideten (wie Reichs-, Wirtschafts- und Fachgruppenleiter, deren Beigeordnete, Wehrwirtschaftsführer und dgl.).

Die folgende Rededispotion entstand aus Anlass eines Betriebsappells in der Kantine der Schusterinsel in Weil am Rhein und belegt Aufgaben und Zielsetzungen betrieblicher Entnazifizierung.

Der Ermittlungsausschuss für den Landkreis Lörrach hat mich beauftragt, in allen Betrieben der Industrie, des Handels und des Handwerks zu sprechen in der Frage der Säuberung. [...]

Er hat die Aufgabe, in allen Betrieben der Industrie, des Handels und des Handwerks im Land- und Stadtkreis Lörrach zu ermitteln, bezüglich jener, die sich in der Vergangenheit im Dienste des Nazismus auf irgendeine Art und Weise vergangen haben. Der Ermittlungsausschuss [...] hat nur Vorschläge zu unterbreiten dem eigentlichen Säuberungsausschuss, der dann an[!] letzter Instanz mit dem General Spaath die Entscheidung fällt.

Sie sind sich wohl darüber klar, dass wir in der französischen Zone im Vergleich zur amerikanischen Zone in der Art und Weise der Säuberung andere Wege gehen. In der amerikanischen Zone hat man beispielsweise zuerst an Hand der pol.[itischen] Fragebogen gesäubert und den Betreffenden darnach die Möglichkeit gegeben, sich gegen diese Massnahme zu wehren. [...] Wir sind wohl der Meinung, dass die Frage der Säuberung in erster Linie eine Angelegenheit aller jener darstellt, die als Antifaschisten und Demokraten in der Vergangenheit sich nicht auf irgendeine Weise die Finger beschmutzt haben. Wir vom Ermittlungsausschuss wären ausserstande, den Stadt- und Landkreis zu säubern, wenn wir nicht im Voraus schon Ihre tatkräftige Unterstützung hätten. [...]

Sie sind sich wohl darüber klar, dass man nicht allgemein von einer Säuberung spricht, sondern dass man sich selbst fragt, was man dazu beizutragen hat, um aus den Reihen des eigenen Betriebs das Material zusammenzutragen, um eine gerechte Säuberung durchführen zu können. Im Wesentlichen ist es Ihre Aufgabe, uns behilflich zu sein. Wer hat in Ihrem Betrieb nach dieser Richtung hin gearbeitet? Es schliesst das nicht aus, dass wir nur den sog. PG oder den sog. SS, SA

oder den übrigen Formationen folgen, wir sind uns wohl darüber klar, dass es PG gab und solche in andern Formationen, die trotz ihrer PG-Mitgliedschaft anständig geblieben sind und dass es Leute gab, die nicht PG waren und die sich trotzdem die Finger beschmutzt haben. [...]

Daher erfasst die Säuberung nicht nur nach der Richtung der Zugehörigkeit zur Partei oder einer andern Formation die Leute, sondern wer im Dienste des Nazismus gestanden und Vorteile daraus gezogen hat. Das muss die Grundlage sein, auf der Sie Ihre Säuberung vollziehen. Allgemein nach den Richtlinien für unser französisch besetztes Gebiet von General Sp.[aath] herausgegeben, bezieht sich die Säuberung auf alle jene Betriebe, die 50 Arbeiter und Angestellte beschäftigen oder ein[!] Kapitalnennwert von RM. 500'000,- ihr Eigen nennen. [...]

Der Ermittlungsausschuss hat das Recht, im Einzelfalle Sühnemassnahmen aufzuerlegen, Sühnemassnahmen nach der Richtung der Entlassung aus dem Betrieb, Zurückstufung im Gehalt und von höherer leitender Stelle zum einfachen Arbeiter. Solche Vorschläge sind zu unterbreiten dem eigentlichen Säuberungsausschuss in Freiburg. [...]

Jeder Beschuldigte wird die Möglichkeit haben, sich gegen die Beschuldigung zu verteidigen. Es ist also Ihre Aufgabe im Betrieb, alle Beschuldigten schriftlich zu erfassen. [...] In den Kreis dieser Säuberung werden auch eingeschlossen alle die, die noch in der Kriegsgefangenschaft sich befinden und noch zu Ihrem Betrieb zählen, auch alle jene, die am 25. 4. 1945 aus Ihrem Betrieb ausgeschieden sind. Es dürfte wohl, wie die Erfahrung zeigt, wichtig sein, auch denen nachzugehen. Oft kommt es vor, dass belastete Personen im Erwarten der Säuberung es vorgezogen haben, ihren bisherigen Arbeitsplatz aufzugeben und vielleicht vorübergehend keine Beschäftigung anzunehmen, um bei der Säuberung nicht erfasst zu werden. [...]

Quelle: Nachlass Fritz Eiche, Zell i.W.

Der Planungsrückstand der französischen Militärregierung bei der Entnazifizierung war beträchtlich. Die Widersprüche der Praxis und ihre Folgen für die Stimmung der Bevölkerung veranlassten den Bürgermeister der Gemeinde Ludwigshafen am Bodensee, dem Beauftragten für die politische Säuberung beim Landeskommisariat Konstanz detaillierte Vorschläge für eine bessere Überwachung der ehemaligen Parteimitglieder zu machen. Bemerkenswert ist auch sein Hinweis auf die bald so bedeutsame günstige Wirkung, die der sich abzeichnende Konflikt zwischen Ost und West für die ehemaligen Nazis haben sollte.

**Der Bürgermeister
der Gemeinde
Ludwigshafen a.S.**

Ludwigshafen a. S., den 28. Nov. 1945

An Herrn Dr. Kirchheimer
Landeskommissariat
Konstanz

Sehr geehrter Herr Doktor!

[...] Heute wende ich mich an Sie, weil ich von antifaschistischer Seite dazu aufgefordert wurde. Auch die praktische Erfahrung hier auf dem Bürgermeisteramt veranlasst mich, Ihnen einige Beobachtungen und Vorschläge mitzuteilen.

In der Entnazifizierung des öffentlichen Lebens macht sich eine gewisse Richtungslosigkeit bemerkbar, die unter der Bevölkerung teils Beunruhigung, teils Genugtuung hervorruft. Einer anfänglich oft zu unterschiedslosen Härte des Vorgehens hat heute eine manchmal unbegreifliche Gleichgültigkeit gegenüber dieser Aufgabe Platz gemacht. Die Folge davon ist die Ermutigung der Parteianhänger, die zudem von einem angloamerikanischrussischen Konflikt das grosse Wunder des Jahres für sich erhoffen. In gar nicht seltenen Fällen macht die Besatzung Gebrauch von Parteileuten, ohne sich um ihre politische Vergangenheit zu kümmern. Die zentrale Beurteilung durch den Fragebogen ist viel zu schwerfällig und mechanisch, es wird notwendig sein, die örtlichen Stellen viel mehr zu hören.

Dass eine exaktere Unterteilung der Belastungen als im Gesetz 52 möglich ist, bedarf keiner Erörterung. Ebenso wünschenswert wäre aber auch eine baldige Festsetzung der Sühne in Form von vorläufiger Gefangenschaft, Entzug der Ehrenrechte, Steuererschwerungen, Nichtanrechnung von Dienstjahren usw. Unverkennbar erwartet die Besatzungsbehörde von uns eine entschlossene Initiative, nachdem sie erkannt hat, dass dies Problem von aussen her nicht zu lösen ist.

Von grösster Wichtigkeit für die Überwachung der Antinazifizierung[!] durch die lokalen Stellen ist es, dass die Beurteilung in einer Kennkarte festgelegt wird, die dem Inhaber ständig nachfolgt. Diese Kennkarte muss mit dem Empfang der Lebensmittelkarten verbunden sein, so dass der Gekennzeichnete selbst für ihr Vorhandensein zu sorgen gezwungen ist. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, meine Vorschläge an den zuständigen Stellen zur Sprache zu bringen, ich hätte sie Ihnen sehr gern persönlich vorgelegt, aber Benzin- und Zeitmangel haben mich daran gehindert, wieder nach Konstanz zu kommen.

Mit besten Grüssen bin ich
Ihr ergebener
W. Mollweide

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landeskommissär Konstanz, Generalia 3/53.

Gleich nach dem Einmarsch der französischen Truppen wurden die Voraussetzungen für die Internierung führender Nationalsozialisten in leerstehenden Lagern geschaffen. Diese erhielten von den Franzosen die offizielle Bezeichnung Konzentrationslager (Camp de Concentration), auch wenn von einer Ähnlichkeit zwischen ehemaligen deutschen KZs und dem französischen «Camp de Concentration» keine Rede sein kann. Internierungslager bestanden u.a. in Freiburg, in Lahr-Dinglingen, Villingen, Emmendingen und Brombach und unterstanden der Administration Pénitentiaire bei der Militärregierung. Die Inhaftierten erhielten 75% der Lebensmittelzuteilung der Zivilbevölkerung, bei Arbeitseinsatz wurden Zulagen gewährt. Aus einer Eingabe an den Landrat von Lahr gehen Einzelheiten des Lagers Lahr-Dinglingen wie Ausstattung, Belegung und Finanzierung hervor.

Camp de concentration Lahr-Dinglingen

Lahr-Dinglingen, le 1.2.1946

An den Herrn Landrat in Lahr

Nach einer im Mai vergangenen Jahres ergangenen Anordnung des Gouvernement Militaire Lahr war der Landrat beauftragt worden, im Kreis ein Lager einzurichten. Das ehemalige Arbeitsdienstlager in Lahr-Dinglingen erschien hierfür für geeignet. Es standen zur Verfügung 1 Verwaltungsbaracke, 8 Wohnbaracken und die erforderlichen Sonderräume (Küche, Waschraum etc.).

Das Lager wurde nach Durchführung der erforderlichen Instandsetzungsarbeiten Ende Mai eröffnet.

Personell und disziplinar untersteht das Lager der Militärregierung. Lagerdirektor ist z. Zt. Capitaine Therry, dem ein Dolmetschersekretär und ein Wirtschaftsverwalter beigegeben sind. Ausserdem ist ein deutscher Polizeibeamter zur Dienstleistung zum Lager abkommandiert.

In finanzieller Hinsicht wurde der Landkreis von der Militärregierung zur vorläufigen Kostentragung verpflichtet. [...] Um die Zuschüsse des Kreises möglich[s]t zu reduzieren, wurde vom Landratsamt die Erhebung eines Unkostenbeitrags der Internierten in Höhe des in den Gefängnissen üblichen Satzes (1.50 RM täglich) bei[m] Gouvernement beantragt und von dort genehmigt. [...]

Ursprünglich war das Lager mit ca. 120 Internierten belegt; später kamen dann Kriegsgefangene für die Dauer von zwei Monaten hinzu (deren Verpflegung übrigens in den obigen Unkosten mitenthalten ist). Im Dezember wurde jedoch eine Erweiterung des Lagers zur Aufnahme von zunächst 600 Internierten angeordnet, die alsbald durchzuführen war. Es wurde hierzu nördlich vorgelagertes Gelände, das im Eigentum der Stadt steht, dem Lager angegliedert. An Baracken standen

die Einrichtungen des Lagers Ettenheimmünster zur Verfügung, die fast vollständig überführt wurden. Zur Zeit ist das Lager mit rund 500 Internierten belegt. Eine weitere Vergrösserung ist im Gang. Die Neuzugänge kommen aus den Kreisen Emmendingen und Villingen, deren Lager nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden. Nachdem so ein Zentrallager für mehrere Kreise geschaffen ist, wird eine Neuregelung der Finanzierungsfrage notwendig sein. [...]

Camp de concentration der
Wirtschaftsverwalter
[Unterschrift]

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr, Generalia Zug. 1979/81, Bund 32.

Der Versuch, die Freilassung eines inhaftierten Lehrerkollegen zu erwirken, gab dem Lörracher Kreisschulrat Friedrich Kuhn Gelegenheit zu Beobachtungen im Freiburger Interniertenlager. Sein Bericht gehört zu den wenigen Zeugnissen über Interniertenlager, die sich auf persönlichen Augenschein stützen.

Friedrich Kuhn, Monatsbericht vom 23. September 1947:

[...] Zunächst fiel mir auf, dass die Lagerinsassen im Allgemeinen gut aussahen. Auf mein Befragen erklärten sie mir, dass man über die Kost nicht klagen könne. Die ganze Organisation liegt ausschliesslich in den Händen von Häftlingen, auch die Aufsicht bei den Arbeitskommandos. So kann es vorkommen, dass mancher «Schwerbelastete» als Kappo über einen «Minderbelasteten» zu verfügen hat. Innerhalb des Lagers ist jeder Häftling frei. Er kann sich überall bewegen und mit jedem sprechen, was er will. Der Ton war offensichtlich sehr frei. Ich traf im Lager auch einige mir von früher her bekannte Kollegen. Einer der Häftlinge sagte mir: «Ich habe nur als deutscher Mann meine Pflicht getan.» Von einer «Besserung» in der politischen Einsicht kann, wie dieser Ausspruch beweist, und wie mir der Lagergeistliche ebenfalls versicherte, in gar keiner Weise die Rede sein. Es befinden sich in dem Lager junge Burschen von 16 bis 18 Jahren und Männer, die über 70 Jahre alt sind, auch Kranke, die vom Arzt längst haftunfähig geschrieben sind.

Bei meiner ablehnenden Einstellung gegenüber den Internierungslagern muss ich doch ausdrücklich erwähnen, dass die Häftlinge ein geradezu beneidenswertes Dasein führen, gegenüber uns, die wir uns in Schutzhaft der Gestapo befunden haben, die wir monatelang in einer kleinen Zelle in Einzelhaft gehalten wurden, wo wir einem langsamen Hungertode preisgegeben waren und wo wir während

des alltäglichen halbstündigen Spazierganges im Hof in gebührendem Abstand hintereinander gehen mussten und kein Wort miteinander sprechen durften.

Was ich an den bestehenden Internierungslagern auszusetzen habe, ist die Tatsache, dass dort Schwerbelastete und Harmlose auf unabsehbare Zeit und rein willkürlich ohne Gerichtsurteil festgehalten werden.

Nach geraumer Zeit, während der es mir aber keineswegs langweilig geworden war, wurde ich dann endlich zum Lagerleiter gerufen. Ich befand mich in Begleitung des Lagergeistlichen, der mich vorstellte. In dem Zimmer befanden sich noch Oberst V., dem als Leiter der Sûreté das letzte Wort bei einer Inhaftierung zukommt. Der Empfang war äusserst kühl, ungefähr so, wie ein Häftling irgendeine Bitte vorzutragen hat. Trotzdem ich durch entsprechende Zeugnisse mich darüber auswies, dass ich in der Bekämpfung des Nationalsozialismus wahrscheinlich mehr gewagt habe als die beiden Herren zusammen. Der Oberst lehnte es glatt ab, meine Schreiben überhaupt in die Hand zu nehmen und zu lesen. Sein Verhalten empfand ich als ausgesprochen unhöflich, zum mindesten hatte ich erwartet, dass er sich dem Lagergeistlichen gegenüber von seinem Sitz erhebt und sich mit ihm mit einigen Worten unterhält. Schon diese verletzenden äusseren Formen, unter welchen sich der Empfang abspielte, machten auf mich einen niederschmetternden Eindruck. Wenn wir beide schwerbelastete Nazis gewesen wären, hätte man uns nicht übler empfangen können. Bezüglich des Lehrers wurde mir der Bescheid erteilt, dass ehemalige Ortsgruppenleiter zur Zeit nicht entlassen werden können.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, vorläufige Nummer 266.

Von einer erfolgreichen Intervention bei der französischen Militärregierung gibt der Bericht von Leonore Mayer-Katz Zeugnis. Während des Nationalsozialismus verfolgt, gehörte sie nach 1945 zu den Frauen der ersten Stunde in Baden-Baden. An einer Schaltstelle zwischen Besatzungsmacht und Kommunalverwaltung hatte sie als Vorstandsmitglied des Frauenrings persönlichen Einblick in so manche fragwürdige Entscheidung der Entnazifizierungsstellen. Mit Mut und Ausdauer versuchte sie, bei der Militärregierung auf grundsätzliche Fehler in der Praxis der Entnazifizierung hinzuweisen.

So bahnte ich mir [...] einen Weg zu dem Verantwortlichen für Fragen der Entnazifizierung der französischen Besatzungszone. Er hatte sein Büro im Hotel Stephanie. [...] Endlich wurde ich gerufen. «Sie haben zwei Minuten Zeit, um ihr Anliegen vorzutragen» – das war die militärische Begrüssung dieses strengen Offiziers, und mir war klar, mehr als diese zwei Minuten gab es nicht. Ich führte ganz konzentriert etwa das Folgende aus:

«Zwei Minuten sind zu kurz für das, was ich vorzubringen habe. Nehmen Sie zur

Kenntnis: Ich bin politisch unbelastet. Meine Mutter war im KZ, ich selbst bin der Gestapo mit Mühe entronnen.

Ich vertrete Frauen, die daran arbeiten, in Deutschland eine echte Demokratie wieder aufzubauen.

Durch meine Tätigkeit 1945 in der Verbindungsstelle zwischen dem Rathaus und dem örtlichen Militärgouvernement und durch meine derzeitige Tätigkeit in verschiedenen Organen der Wirtschaft sind mir eine Vielzahl von Fehlurteilen im Entnazifizierungsverfahren bekannt geworden. Sie bestrafen den politischen Irrtum, statt des politischen Verbrechens. Ich besitze eine Liste von Fällen, bei denen ich Ihnen die Fehlurteile beweisen kann.

Ich weiss, dass Sie als Franzose gerecht sein wollen. Sie gehen den falschen Weg. Sie schaffen Märtyrer, anstatt den Willen der Menschen zu stärken, eine freie Demokratie aufzubauen.» Die zwei Minuten waren vorbei.

Seine unnahbare Miene war nachdenklich geworden. «Sie haben recht. Zwei Minuten sind zu kurz. Ich werde Ihnen einen anderen Termin geben. Wir dürfen nicht unter Zeitdruck stehen!»

Es kam dann wirklich zu dem zweiten Gespräch, das mindestens zwei Stunden dauerte, und es beschäftigten uns dabei nicht nur die Liste der Einzelfälle, sondern das grundsätzliche Problem.

Ich stellte ihm dar, dass nach meiner Auffassung für die Bestrafung der Schuldigen die normalen Gesetze der Justiz ausreichend seien. Wenn meine Mutter von jener verzweifelten Frau erzählte, die am Kriegsende aus einem anderen Konzentrationslager nach Theresienstadt gebracht worden war, deren Kind durch einen Lageraufseher mit den Beinen gehalten, vor ihren Augen so lange mit dem Kopf gegen einen Baum geschlagen worden war, bis es tot war, so war dies ein Mörder. Niemand kann behaupten, dass man Derartiges «befehlen» kann. Ich plädierte dafür, nicht mit Sondergesetzen, sondern mit normalen Gesetzen zu arbeiten. Wer Grausamkeiten verübt oder gar gemordet hatte, solle bestraft werden, wer aber einem politischen Irrtum unterlegen war, solle durch das Verfahren den Willen zur Wiedergutmachung in sich wecken.

Das Gespräch dauerte lange und war sehr ernst. Als ich das Material für dieses kleine Buch aus vielen Quellen zusammenstellte, fiel mir auch das Konzept in die Hände, das ich als Forderungskatalog zu diesem zweiten Gespräch im April 1947 mitgenommen hatte. Ich gebe es wörtlich wieder:

1. Die in Freiburg gefällten Urteile sind oft ungerecht und deswegen in ihrer Wirkung gefährlich. Sie untergraben die Arbeit der neuen Demokratie, da die ungerechten Entscheidungen eine grosse Zahl unversöhnlicher Feinde der Demokratie, nicht nur in den Reihen der ehemaligen Nationalsozialisten schaffen.
2. Eine Amnestie müsste bald und möglichst weitgehend erfolgen. Vorschlag: alle Parteimitglieder ohne Amt.

3. Für die Übrigen muss es grundsätzlich Revisionsmöglichkeiten geben.
4. Die Durchführung muss, wie in der amerikanischen Zone, erst nach vollendetem Revisionsverfahren erfolgen.
5. Die Spruchkammern müssen örtlich sein. Richter muss ein Jurist sein. Wenn Freiburg als notwendig erachtet wird, so hätte es nur das Recht, die Urteile aufgrund der Verhandlung auf ihre Sachlichkeit hin zu überprüfen und bei Beanstandungen – unter Hinweis auf die beanstandeten Punkte – die Urteile zur nochmaligen Überprüfung an die örtlichen Stellen zurückzugeben.
6. Zweck muss sein, Naziverbrecher zu erfassen und zu bestrafen, Mitläufern wieder die Möglichkeit zu geben, ihren Irrtum gutzumachen, indem sie aktiv in den Arbeitsprozess an den ihnen angemessenen Plätzen eingeschaltet werden und damit am Wiederaufbau mitwirken. Schlüsselstellungen dagegen müssen grundsätzlich mit politisch einwandfreien Persönlichkeiten besetzt werden, die etwaigen nationalsozialistischen Tendenzen von vornherein, schon aus innerem Muss und innerer Erkenntnis heraus, begegnen.

Es dauerte nicht lange, bis ich wieder zu dem Sachbearbeiter für Entnazifizierungsfragen in das Hotel Stephanie gerufen wurde. Er liess mich wissen, dass unser Gespräch dazu beigetragen habe, als erste Massnahme auf dem Gebiet der Revision des Entnazifizierungsverfahrens eine Jugendamnestie zu erlassen. [...] Tatsächlich kam die Jugendamnestie für alle nach dem 1. Januar 1919 Geborenen, soweit sie kein Amt hatten, am 1. Juli 1947 heraus, und es hiess am Schluss, dass sich das Wohlwollen der Militärregierung vorerst der Jugend zugewandt habe, da diese mehr Opfer als Nutzniesser nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gewesen sei. In der Verordnung wurden weitere Erleichterungen vor allem für Werk-tätige angekündigt.

Aus: Leonore Mayer-Katz, *Sie haben zwei Minuten Zeit! Nachkriegsimpulse aus Baden*, Freiburg 1981, S. 140 ff.

Bei Kriegsende hatten sich etwa 15'000 aktive Nazis und Funktionäre im gesamten Gebiet der französisch besetzten Zone ihrer Verantwortung durch Flucht entzogen. Durch Bekanntmachungen vom 8. und 29. Mai 1945 wurden Angehörige der Behörden verpflichtet, Personalbogen mit Angaben zu ihrer früheren Tätigkeit abzugeben. Am 14. Juni folgte eine neue Anordnung, wonach aus dem deutschen Verwaltungsdienst zu entlassen sei, wer bereits vor der Macht-ergreifung Mitglied der NSDAP gewesen sei. Im Herbst 1945 schliesslich wurde dann mit der Anordnung, dass in den Kreisen und Städten für die Voruntersuchung und die Fragebogenüberprüfung Untersuchungsausschüsse und in Freiburg eine zentrale Landesreinigungskommission zu errichten seien, die erste Phase der eigentlichen Entnazifizierung eingeleitet. Durch ergänzende Kontrollratsdirektiven (Nr. 24 und 38) vom Januar bzw. Oktober 1946 wurde das Ent-

nazifizierungsverfahren zonenübergreifend vereinheitlicht; so wurden u.a. die für die Einstufung der Einzelnen massgeblichen Kategorien (Hauptbelastete, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer bzw. Unbelastete) verbindlich. Die vor Ort arbeitenden Untersuchungsausschüsse leiteten die ausgefüllten Fragebogen zusammen mit Sühnevorschlägen und Empfehlungen nach Freiburg weiter, von dort erhielt die Militärregierung die Akten zur Entscheidung (sogenanntes Verwaltungsverfahren).

Die schwache Stelle dieses Entnazifizierungsmodus lag verfahrenstechnisch in seiner starken Zentralisierung, die einen nur schleppenden Gang der politischen Säuberung erlaubte und einen Abschluss in weite Ferne rückte. Über 60 Ausschüsse im ganzen Land reichten wöchentlich je 50 und mehr Sühnevorschläge bei den zentralen Säuberungskommissionen in Freiburg ein, die sich der Aktenflut nicht gewachsen zeigten, so dass die Stapel unerledigter Fälle mit jedem Tag anwuchsen («Südkurier», 30.7.1946).

An diesen Mängeln änderte auch die «Landesverordnung über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus» vom 29. März 1947 wenig. Zur Bemessung der Schuld wurde ein erweitertes Kategoriensystem für politische Belastung eingeführt, das zwischen Aktivisten, Militaristen und Nutzniessern unterschied. Für diese und die übrigen unverändert beibehaltenen Kategorien wurde ein Katalog von Sühnemassnahmen (Artikel 9-20) aufgestellt, der von zehnjähriger Haft und Berufsverbot bei den Hauptschuldigen bis zu Versetzung, Rückstufung, Geldstrafen oder Verlust des passiven Wahlrechts bei Mitläufern reichte. Die Artikel 27-36 regelten den Verfahrensmodus; danach hatte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses die Akten zusammenzutragen, den Betroffenen einer der genannten Gruppen zuzuweisen sowie in nicht-öffentlicher Sitzung und bei einfacher Stimmenmehrheit Höhe und Art der Strafe zu bestimmen. Diese Entscheidungen waren beim Staatskommissar bekanntzugeben, der sie im Amtsblatt veröffentlichte und ins Strafregister eintragen liess. Unter bestimmten Umständen bestand gegen diese Entscheidungen Widerspruchsrecht.

Im Gegensatz zu den anderen Besatzungszonen hatten jedoch im Land Baden nicht alle über 18jährigen einen Fragebogen auszufüllen, sondern nur ein relativ enger Personenkreis, der sich im Wesentlichen auf den öffentlichen Dienst und die freie Wirtschaft erstreckte. Zahlenmässig betroffen waren hiervon seit Beginn der Entnazifizierung bis Ende 1949 (innerhalb von etwa fünf Jahren also) 237'698 Personen, was rund 20% der badischen Bevölkerung entsprach. Von diesen blieben 112'955 Personen ohne Sühnemassnahmen bzw. waren «vom Gesetz nicht betroffen». Der Grossteil dieser Entscheidungen (187'639) fiel in die Zeit, bevor das «Landesgesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus» Gesetzeskraft erlangte (15.4.1947). Von diesen blieben die meisten Entscheidungen (100'035) ohne Sühnemassnahmen, während 87'604 Entscheidungen mit Sühnemassnahmen endeten und 9'128 Personen als «schuldig» eingestuft wurden (alle Zahlenangaben nach «Statistische Angaben für die Monate Oktober, November und Dezember 1949 des Badischen Staatskommissariats für politische Säuberung vom 10. Januar 1950», Staatsarchiv Freiburg P 148, 219/4/8).

Als Grundlage für das Entnazifizierungsverfahren dienten Fragebogen, die zweisprachig abgefasst waren und sich auf die Form der Mitgliedschaft bei der NSDAP bezogen.

Mit dem Schicksal der Kollegen, die durch Entnazifizierungsmassnahmen betroffen waren, setz-

GOVERNEMENT MILITAIRE EN ALLEMAGNE

Fragebogen - Questionnaire

WARNUNG. Im Interesse der Klarheit ist dieser Fragebogen in deutsch und französisch verfaßt. In Zweifelsfällen ist der französische Text maßgeblich. Jede Frage muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, unrichtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt wird, sind weitere Bogen anzuhäften.

AVERTISSEMENT. Dans l'intérêt de la clarté ce questionnaire est écrit en allemand et en français. En cas de contestation le texte français est seul valable. Répondre à chaque question dans le sens où elle est posée. Toute omission et toute déclaration fautive ou incomplète seront poursuivies disciplinairement, comme désobéissance aux ordres militaires. En cas de besoin, joindre des feuilles supplémentaires.

A. Personal — Personnel

Name Nom	Zuname Surnom	Vornamen Prénoms	Ausweiskarte Nr. Carte d'identité No.
Geburtsdatum Date de naissance		Geburtsort Lieu de naissance	
Staatsangehörigkeit Nationalité		Gegenwärtige Anschrift Adresse actuelle	
Ständiger Wohnsitz Domicile permanent		Beruf Profession	
Gegenwärtige Stellung Position actuelle		Stellung, für die Bewerbung eingereicht Emploi sollicité	
Stellung vor dem Jahre 1933 Position avant 1933			

B. Mitgliedschaft in der NSDAP.

1. Waren Sie jemals Mitglied in der NSDAP?
Ja Nein
2. Daten
3. Haben Sie jemals eine der folgenden Stellungen in der NSDAP bekleidet?
 - a) REICHSLEITER oder Beamter in einer Stelle, die einem Reichsleiter unterstand? Ja Nein
Titel der Stellung Daten
 - b) GAULEITER oder Parteibeamter innerhalb eines Gaues?
Ja Nein
Daten Amtsort
 - c) KREISLEITER oder Parteibeamter innerhalb eines Kreises?
Ja Nein
Titel der Stellung Daten Amtsort
 - d) ORTSGRUPPENLEITER oder Parteibeamter innerhalb einer Ortsgruppe? Ja Nein
Titel der Stellung Daten Amtsort
 - e) Ein Beamter der Parteikanzlei? Ja Nein
Titel der Stellung Daten
 - f) Ein Beamter der REICHSLEITUNG der NSDAP?
Ja Nein
Titel der Stellung Daten
 - g) Ein Beamter im Hauptamt für Erzieher? Im Amte des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP? Ein Direktor oder Lehrer in irgend einer Partei-ausbildungsschule? Ja Nein
Stellung Daten
Name der Einheit oder Schule
 - h) Waren Sie Mitglied des KORPS DER POLITISCHEN LEITER?
Ja Nein
Daten der Mitgliedschaft
 - i) Waren Sie ein Leiter oder Funktionär in irgend einem anderen Amte, Einheit oder Stelle (ausgenommen sind die unter C unten angeführten Gliederungen, angeschlossenen Verbände und betreuten Organisationen der NSDAP)?
Ja Nein
Titel der Stellung Daten
 - j) Haben Sie irgendwelche nahen Verwandten, die irgend eine der oben angeführten Stellungen bekleidet haben?
Ja Nein
Wenn ja, geben Sie deren Namen und Anschriften und eine Bezeichnung deren Stellung

B. Affiliation au parti Nazi

1. Avez-vous été membre du NSDAP?
oui non
2. Dates
3. Avez-vous tenu une des positions suivantes dans le NSDAP?
 - a) REICHSLEITER ou agent d'un Service dirigé par un Reichsleiter? oui non
Titre de la position Dates
 - b) GAULEITER ou agent du parti dans la juridiction d'un Gau? oui non
Dates Lieu du Service
 - c) KREISLEITER ou agent du parti dans la juridiction d'un Kreis? oui non
Titre de la position Dates Lieu du Service
 - d) ORTSGRUPPENLEITER ou agent du parti dans la juridiction d'une Ortsgruppe? oui non
Titre de la position Dates Lieu du Service
 - e) Agent dans la Chancellerie du parti (Parteikanzlei)?
oui non
Dates Emploi
 - f) Agent dans la REICHSLEITUNG DU NSDAP?
oui non
Titre de la position Dates
 - g) Agent dans le Hauptamt für Erzieher (Office principal d'Education)? Dans l'office du Mandataire du Führer pour la surveillance de l'Education intellectuelle et politico-philosophique du NSDAP? Directeur ou instituteur dans une école d'éducation du Parti? oui non
Titre de la position Dates
Nom de l'unité ou de l'école
 - h) Avez-vous été membre du KORPS DER POLITISCHEN LEITER? oui non
Dates
 - i) Avez-vous été chef ou fonctionnaire dans un organisme, unité ou service quelconque (les formations, organisations auxiliaires et organismes affiliés surveillé par le NSDAP indiqués sous la lettre C exceptés)? oui non
Titre de la position Dates
 - j) Avez-vous des parents proches ayant occupé une des positions citées ci-dessus?
oui non
Si oui, indiquez nom, adresse et position

te sich auch der Lehrer Gustav Künstle in seinem stellvertretend erstatteten Monatsbericht an die Lörracher Militärregierung auseinander. Dabei zeigte er Verständnis für die Situation des Lehrers (besonders auf dem Land), rügte aber auch das Nichtwahrhabenwollen eigener Schuld.

Gustav Künstle, Monatsbericht vom 22. November 1947:

Ich lasse mir nicht Mangel an Mitleid mit dem Schicksal der Berufskollegen vorwerfen. Ich nehme teil am harten Schicksal jener schwachen Kollegen, die 1933 allzu rasch den Weg in die Partei fanden, um wenigstens Sicherheit ihrer persönlichen Existenz zu finden. Sie tragen heute schwer daran. Aber war der Eintritt in die Partei überhaupt nötig? Zeigen nicht so viele Fälle, dass auch der Nichtpartei-genosse im Schuldienst bleiben konnte – allerdings ohne die Möglichkeit des Aufstiegs in eine gehobene Stelle? Wurde irgendeiner gezwungen, in die Partei zu gehen? Was konnte ihm geschehen, wenn er den Eintritt standhaft ablehnte? Ich selbst habe noch 1941 den Eintritt abgelehnt und mir geschah nichts. Freilich hatte der Nichtpartei-genosse hart zu kämpfen, wenn er eine Verbesserung seiner persönlichen Existenz erreichen wollte. [...]

Will einer ehrlich bleiben vor sich selbst, so hat er an die Brust zu schlagen und zu bekennen, dass auch er, der Nichtpartei-genosse, seinen Teil an der Schuld des deutschen Volkes zu tragen hat. Sind wir Nazigegner 1933 auf die Barrikaden gestiegen? Haben wir unsere Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigt? Haben wir nicht als Konzession an das Regime unseren Beitritt zum NSLB, NSV, zum Luftschutzbund erklärt? Sind wir nicht zu Zeiten einmal wankend gewesen, wir einziges Prozent Neinsager im Haufen der 99% Bejahenden? Kamen wir uns nicht gelegentlich als Fremdkörper im eigenen Volke vor trotz allem Wissen um Massenpsychologie? Haben insbesondere wir Lehrer und späteren Soldaten nicht auch dem «Führer» Beamten- und Soldateneid abgelegt? Heute gibt es so viele, die Mitglieder der Widerstandsbewegung gewesen sind oder gewesen sein wollen. Haben wir einmal Verbindung mit diesen Kreisen gesucht und gefunden? Haben wir überhaupt von der Existenz dieser Untergrundbewegung gewusst? Es scheint mir, dass zu viele ihren stillen, damals in tiefster Brust verschlossenen Widerstand gegen die Nazi heute als Widerstands»Bewegung» ausgeben, um sich vor sich selbst und andern als Opfer, als Schuldlose auszugeben. Aber es ist meine Überzeugung, dass wir alle unser Päckchen Schuld an dem, wie es kam, zu tragen haben. Es scheint mir auch, dass das Alibi derer, die heute behaupten, in die Partei gegangen zu sein, um sie umso besser von innen her aushöhlen zu können, etwas dünn ist. Ich habe keinen gekannt, es hat sich mir auch keiner offenbart, trotzdem zu erwarten gewesen wäre, dass jene NS-Borkenkäfer gerade unter den Nichtpartei-genossen Vertraute gesucht hätten. [...]

Wie verhielt sich damals der zum Pg. gewordene Lehrer zu uns? Wir wurden belächelt, und das war das Mindeste. Wir wurden über die Achsel angesehen und das war das Gegebene. Wir wurden gedrückt und belauert, und ich bin dessen sicher: Wir wurden im geheimen beneidet um unseren Mut. Geholfen hat uns selten einer.

Und wie verhält sich der ehemalige Lehrerparteigenosse heut gegen den rehabilitierten damaligen Neinsager? Der Neid spricht aus ihm, wenn man heute still oder laut den Vorwurf von diesen Herren zu hören bekommt, weshalb man damals nicht auch in die Partei eingetreten sei? Es wird bezweifelt, dass der Nichteintritt bewusster Ausdruck der Gegnerschaft, sondern behauptet, dass der Eintritt in jedem Fall erzwungen, aufgenötigt, dass er nicht zu umgehen gewesen sei, es wird in wenigen Fällen zugegeben, dass er Ausdruck mangelnder Standhaftigkeit gewesen sei. Die grosse Masse der Lehrer ist noch nicht so weit zu erkennen und zu bekennen, dass sie mit ihrem Mitmarschieren Schuld auf sich geladen habe. Ja, es kommt sogar vor, dass in völliger Verkennung von Schuld und Sühne, von Grund und Folge, Ursache und Wirkung der Entlassene übersprudelt von Vorwürfen gegen den neuen Staat, der ihn zum bitteren Lose verurteilt habe, dass er den Hitlerstaat heute noch verteidigt und alle Schuld an den gegenwärtigen schlechten Verhältnissen der neuen Demokratie aufbürdet. Mancher dieser Leute hat vollkommen den Sinn für Recht und Unrecht verloren, er vertritt heute noch jene Regel von Recht und Unrecht in Hitler-Deutschland: Was mir nützt, ist Recht, was nicht, ist Unrecht. Also: Der Schaden, den ich durch meine Entlassung erlitten, ist ein Unrecht des neuen Staates. Wenn ich wieder eingestellt werde, ist das Unrecht gesühnt! Der neue Staat kann sich beglückwünschen zu solchen Erziehern!

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lörrach, Vorläufige Nummer 266.

Die Massnahmen der Entnazifizierung erstreckten sich auch auf den kulturellen Bereich. Wer beispielsweise freiberuflich einer künstlerischen Tätigkeit nachging und öffentlich auftrat, bedurfte hierzu eines vom Badischen Ministerium für Kultus und Unterricht ausgestellten Betätigungsscheines, der erst nach der politischen Rehabilitierung ausgegeben wurde. Erste, wenn auch vage Anordnungen zur Säuberung der öffentlichen Büchereien und Buchhandlungen hatte die Militärregierung im Bulletin Nr. 10/11 vom 21. November 1945 bekanntgegeben; danach mussten bis zur Veröffentlichung von Listen «aus dem Verkauf gezogen werden alle Bücher, Revuen, Zeitschriften, die nationalsozialistische, rassistische, faschistische, antidemokratische, militaristische, pangermanistische, imperialistische, unbotmässige oder den verbündeten Mächten zuwiderlaufende Ideen verbreiten oder die den Vorschriften der Militärregierung nicht entsprechen». Die Massnahmen der Entnazifizierung im Bereich der Literatur und des Buchwesens liefen in Baden höchst uneinheitlich ab. Im Landkreis Lahr waren die Bibliotheken bereits am 1. September 1945 wieder geöffnet, öffentliche und Schulbibliotheken erst ein Jahr später, wobei

die Bezeichnung «*Volksbücherei*» nicht gestattet wurde. Gleichwohl gab das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht am 23. 10. 1948 die Angliederung eines Landesamtes für *Volksbüchereien* an das Landesamt für Bibliotheken bekannt. Vergleichbare Unstimmigkeiten traten bei der Wiedereröffnung von Werksbüchereien auf.

Die Abgabe von NS-Literatur wurde auch der Bevölkerung zur Pflicht gemacht. Insbesondere traf diese Verordnung einen politisch belasteten Personenkreis im Rahmen des Gesetzes 52, das die Kontrolle beschlagnahmten Vermögens regelte. In Singen bildeten die ausgesonderten Nazibestände den Grundstock einer wissenschaftlichen Bibliothek zur NS-Literatur, da ein wissenschaftlicher Gebrauch dieser Literatur von der Besatzungsbehörde geduldet wurde. Wie die Einziehung und Säuberung von nazistischer Literatur in der Praxis aussah, schildern anschaulich die Erinnerungen des Lörracher Lehrers Philipp Hieber.

Eines Tages rief mich der Unterrichtsoffizier Kapitän Leber zu sich auf sein Büro. Wenn man gerufen wurde, musste man immer damit rechnen, dass man etwas angestellt hatte. Aber Herr Leber schlug mir vor, die befohlene Säuberung der Bibliotheken durchzuführen. Auf meinen Einwand, dass ich selbst PG gewesen sei, meinte er, darüber wisse er Bescheid. Aber ich sei ja dienstenthoben und ich könnte mir auf diese Weise wieder mein Monatsgehalt verdienen. Ich sagte zu, bekam ein Büro und drei Klassenzimmer in der Handelsschule und eine Sekretärin. Alles, was angeliefert werde, müsse gezählt, geordnet und schriftlich fixiert werden. Denazifiziert werden sollten alle Schulbüchereien, die der Spitäler, der Volksbüchereien, die Rathausbibliotheken, ja, die der Gefängnisse. Von Todtnau bis Kandern wurde alles, was NS-verdächtig war, hierher geliefert. Mit Kuhfuhrwerken kamen sie aus dem kleinen Wiesental, mit Electrokarren andere, mit Handkarren erschienen Lehrer und Schüler aus den Nachbargemeinden. Tausende von Büchern wurden angefahren. Es gab in Lörrach nie einen grösseren Buchladen, in dem sich mit der Zeit die Bücher bis zur Decke türmten. [...] Diese Säuberung war ganz in Ordnung. Die Gruppierung wuchs uns allerdings mit der Zeit über den Kopf, als immer neue Säcke auf dem Boden ausgeleert wurden. In den Pausen standen die Handelsschüler vor dem Büro und bettelten uns um Bücher an. Als ich einen fragte, warum er denn unbedingt Hitlers «Mein Kampf» haben wollte, sagte er gutmütig, dass die französischen Soldaten dafür 4-6 Schachteln Zigaretten bezahlen würden.

Kritischer wurde es, als die Schulen auch die Landkarten abliefern mussten, auf denen das linke Rheinufer als deutsch eingezeichnet war. Auch das war noch verständlich, wenn es sich um Ausgaben handelte im Sinne von Grossdeutschland. Aber man konnte da zurückgehen bis auf Karl den Grossen, wenn man die Anordnung stur auslegte. Denn die Geschichte kann eben nicht rückwärts nach Be-

lieben korrigiert werden. Zum Glück war Hauptmann Leber begründeten Einwänden gegenüber nicht unbedingt unzugänglich. Es gelang, durch Aussprache hier manches zu retten. Ja, einmal amüsierte er sich köstlich, als eine Dorfschullehrerin ihre vielleicht einzige Erdkundekarte dadurch rettete, dass sie einfach alles, was linksrheinisch war, herausschnitt.

Manche Schriftsteller, die als nazistisch abgestempelt waren, waren verboten mit allen Werken. So wurde z.B. H. Burte mit seinem Gesamtwerk eingezogen. Ich machte Herrn Leber darauf aufmerksam, dass zur gleichen Zeit z.B. in Konstanz seine «Madlee» beim Buchhändler verkauft wurde. So gelang es auch hier, manches zu erhalten.

Aus: Philipp Hieber, *50 Jahre Hans-Thoma-Gymnasium. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte*, hrsg. von der Vereinigung der Freunde der Hans-Thoma-Schule, Lörrach o.J., S. 82 ff.

Nach übereinstimmendem Historikerurteil gehörte die Entnazifizierung nicht zu den Bereichen, in denen sich die französische Militärregierung durch besondere Energie und Konsequenz auszeichnete. Das hatte teilweise mit der starken Durchsetzung des französischen Militärapparates mit ehemaligen Beamten des Vichy-Regimes zu tun, die während der Besetzung Frankreichs mit den Deutschen kollaboriert hatten, hing aber auch mit einem besonderen Verständnis von Demokratisierung und Umerziehung zusammen, wonach es den Deutschen vor allem an einer hinreichend ausgebildeten demokratischen Tradition mangelte. An dieser Stelle sollte nun die Umerziehung (Rééducation) ansetzen, die weniger inhaltlich umrissen war als von ihrer Dauer her: so, wie die Franzosen die propagandistischen Erfolge der Nazis vor allem am Beispiel der deutschen Jugend studieren konnten, müsste nun eine auf Jahrzehnte geplante Beeinflussung der Jugend im demokratischen Geiste erfolgen – galt es der französischen Militärregierung doch als «erwiesen, dass die deutsche Jugend zu gewinnen ist» (Raymond Schmittlein, in: Vaillant, S. 168). Nicht zufällig also standen die institutionalisierten Formen der Erziehung und Ausbildung (Schulen, Lehrerbildung) im Mittelpunkt der französischen Umerziehungsbestrebungen. Der Stellenwert der Jugend innerhalb der Rééducation kommt auch im folgenden Abschnitt zum Ausdruck, der einem Aufsatz mit dem Titel «Die Umerziehung des deutschen Volkes» entnommen ist. Diese Arbeit hat insofern Bedeutung, als sie Anfang 1948 verfasst wurde, also einen bereits an der Besatzungspraxis und konkreten Erfahrungen orientierten Reflexionsstand wiedergibt, und überdies den Leiter der Abteilung für Bildung und Erziehung bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden, Raymond Schmittlein, zum Verfasser hat.

Nicht selten ist zu hören, die Deutschen werden sich nicht ändern, sie haben das Kriegerische im Blut und sind eine beutegierige Nation, die vom Untertanengeist durchdrungen ist und nichts kennt als die Knute. Urteile dieser Art, abgesehen davon, dass sie Unwissenheit über die Geschichte des Landes und die Größe seines humanistischen Wirkens offenbaren, sind unhaltbar, weil sie eine Theorie un-

terstellen, die der Hitlerschen Rassentheorie, nach der es Sklaven- und Herrenvölker geben soll, zum Verwecheln ähnlich ist. Der einzige Unterschied bestünde diesmal darin, dass die Deutschen das niedere Element bilden. Vielleicht ist es unnützlich, sich bei einer so fadenscheinigen Konzeption aufzuhalten, die ökonomische, soziale und politische Ursachen, die die Entwicklung eines Volkes, insbesondere die Art, in der es seine nationale Einheit begreift, bedingen, überhaupt nicht berücksichtigt.

Nun ist es aber eine Tatsache, dass das aktuelle deutsche Nationalgefühl, dieses übertriebene nationalistische Gefühl, an dem wir uns heute stossen, das Ergebnis der romantischen deutschen Erziehung des 19. Jahrhunderts, des Bismarckschen Imperialismus und der Schule des Nationalsozialismus ist. Eine lange demokratische Herrschaft würde gewiss ganz andere Ergebnisse zeigen. Es stellt sich die Frage, ob die Mächte, die heute in Deutschland die Souveränität ausüben, nicht eine massgebliche Rolle beim Aufbau eines Bildungssystems zu spielen haben, das geeignet ist, mehrere Jahrzehnte des Ringens um Demokratie einzusparen.

Aus: Raymond Schmittlein, *Die Umerziehung des deutschen Volkes*, in: Jerome Vaillant (Hrsg.), *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949*, Konstanz 1984, S. 163.

Die Ernsthaftigkeit eines politischen Neuanfangs hatte sich nicht nur an der politischen Selbstreinigung und an der demokratischen Umerziehung zu beweisen, sondern ebenso an der Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der Hitlerherrschaft.

Die Anfänge der Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus waren lokal verschieden und gingen oft auf private Initiative zurück. Am 24. 10. 1945 verkündete die Gazette Officielle Nr. 8 die Schaffung einer «Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus». Diese Anordnung schrieb die Betreuung aller deutschen Reichsangehörigen vor, die in KZs, Zuchthäusern oder Gefängnissen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen gefangengehalten worden waren bzw. dort ihre Angehörigen verloren hatten. Dieser Badischen Landesstelle mit ihren acht Zweigstellen (in Freiburg, Baden-Baden, Villingen, Singen, Konstanz, Lahr, Säckingen und Lörrach) oblag die Wahrung der Interessen der Verfolgten und die Ausarbeitung von Richtlinien, nach denen die Betreuung zu erfolgen hatte. Zu den Leistungen gehörten finanzielle Unterstützungen, Ernährungsbeihilfen (wie zum Beispiel eine zweite Lebensmittelkarte), Stellung von Haushaltsartikeln und die Bereitstellung von Erholungsplätzen in eigenen Heimen, ausserdem die Bevorzugung bei der Vermittlung von Arbeit und bei der Zuweisung von Wohnraum. Die Zahl der anerkannten Betreuten lag Ende 1946 bei 3227, die Zahl der gestellten Anträge betrug 5729. Entschädigungen und Wiedergutmachungsleistungen für erlittene Haft, Schäden und Benachteiligungen im beruflichen Fortkommen u. ä. sah erstmals der Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes vor, der 1949 der Militärregierung zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Pro Haftmonat wurde ein Betrag von 150,- DM bezahlt, wobei gewisse Entschädigungssummen unter Hinweis auf die Finanzlage nicht überschritten werden

durften. Die Rückerstattung geraubter Vermögen – vor allem jüdischer – regelte die Verordnung Nr. 120 der Militärregierung. Jedoch fürchteten deutsche Stellen hier die Reaktion der Ariseure (wie die nichtjüdischen Aufkäufer der oft weit unter Wert erworbenen jüdischen Besitzungen genannt wurden), die sich durch die Forderung nach Rückerstattung von Eigentum meist entrechtet fühlten. Sie schlossen sich denn auch zu einer «Bundesvereinigung für loyale Restitution» zusammen und besaßen eine vom Baden-Badener Oberbürgermeister Ernst Schlapper repräsentierte Monatsschrift, die «bis 1954 gegen die Rückerstattung Sturm lief, dabei geschickt auf die latenten, von den Nazis eingehämmerten antijüdischen Ressentiments spekulierend» (Dörte von Westernhagen, in: «Die Zeit», 5. Oktober 1984). Restitutionskammern waren den Landgerichten Freiburg, Offenburg, Konstanz und Waldshut angegliedert. Der folgende Abschnitt war dem Jahresbericht 1945/46 der «Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus» vorangestellt und belegt den Anspruch dieser Opfer auf gesellschaftliche Anerkennung, die ihnen jedoch in der Realität der Nachkriegszeit – moralisch wie materiell – oft genug versagt blieb.

Die ehemaligen politischen KZ.-Häftlinge sollen die Wachsamsten sein in der neuen Demokratie Deutschlands

Ende April und Anfang Mai 1945 öffneten sich – herbeigeführt durch den schnellen Vormarsch der Vereinten Nationen – die Tore der Konzentrations- und Arbeitslager, der Zuchthäuser und Gefängnisse, in denen Menschen aller Länder gefangen gehalten wurden. Nur einem geringen Teil derer, die durch nazistische Justiz diesen Stätten des Grauens zugeführt wurden, war es vergönnt, den «Hitlerischen Erziehungsanstalten» lebend zu entkommen. Millionen blieben – weil sie Kämpfer gegen den Faschismus waren, viele mussten ihr Leben hingeben, weil sie einer fremden Rasse angehörten, oder aber weil ihre Religion nicht die eines Hitler war, ihr letzter Gang war der zu den Folterstätten, die auf Befehl Hitlers und seiner Mordgesellen in reichem Masse bestanden.

Wir beugen gleichzeitig in Trauer vor allen denen unser Haupt, die als Kriegsgefangene in die Gewalt der deutschen Vernichtungslager gelangten. Hunderttausende derer wurden bewusst dem Hunger und Seuchen rücksichtslos ausgesetzt, wie die vielen entdeckten Massengräber beweisen.

Wir Lebenden denken in voller Ehrfurcht dieser Opfer, und wir müssen versuchen, neben den lebenden Opfern des Nationalsozialismus auch an den Völkern der Erde, deren Blutzoll ein gewaltiger ist, vieles wiedergutzumachen.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Lahr, Generalia, Zug. 1979/81, Bund 38.

Die etwa seit 1984 in der Öffentlichkeit erstmals breiter diskutierte Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern geht auf Forderungen zurück, die von den Betroffenen bereits kurz nach Kriegsende gestellt worden waren. Der nachstehend abgedruckte Beschluss des Villingener Landrates belegt diese Forderungen am Beispiel der Landarbeiter, die in diesem Zusammenhang oft vergessen werden. Teile des genannten Schreibens waren jedoch insofern überholt, als der Militärgouverneur von Baden, General Schwartz, bereits am 13.8.1945 eine Dienstnote herausgegeben hatte, die die deutsche Seite von Forderungen polnischer Zwangsarbeiter freistellte. Weiter heisst es dort: «Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Schuld, die, sollte sie in den Friedensverhandlungen zur Diskussion kommen, der deutschen Verwaltung anheimgestellt wird. Um jedoch die evtl. Rechte der Interessierten festzustellen, sind diese beauftragt, sich bei den Arbeitsämtern eine Bescheinigung ausstellen zu lassen über die Art und Dauer ihrer Arbeit, Lohnbetrag und der tarifmässige Lohn[!] für Deutsche für die gleiche Arbeit» (Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 1289, 225/5/3). Von deutscher Seite wurden diese Forderungen später nie anerkannt. Auch im Bereich der Industrie sind Zwangsarbeiter aus dem Osten nie entschädigt worden, ganz zu schweigen von den Opfern der Lager und KZs.

Eine etwas andere Situation bestand bei den jüdischen Zwangsarbeitern, deren Entschädigungsansprüche von der «Conference on Jewish Material Claims against Germany» vertreten wurden. Die Claims Conference konnte zwar nach langen Verhandlungen einige Firmen zu (bescheidenen) Zahlungen bewegen, zu einer generellen Regelung verstand sich der BDI indes nicht. Die Angst, Zahlungen könnten als Schuldeingeständnis gewertet werden, war grösser, so dass die Claims Conference ihre Bemühungen einstellte, «irgendein gütliches Übereinkommen zu erreichen, das als Symbol für die Bereitschaft der deutschen Industrie hätte dienen können, ihren ehemaligen Sklaven helfen zu wollen» (Ferencz, S. 226).

Villingen, den 29. August 1945

Nachträgliche Forderungen der polnischen Arbeiter.

Beschluss

An den Herrn Militär-Gouverneur

Die Polen, die in den letzten Jahren bei den Landwirten des Kreises als landwirtschaftliche Arbeiter untergebracht waren und sich jetzt im Lager befinden und nicht mehr arbeiten, stellen durch ihren Führer, Herrn Ogrusko Polakow, der in der Villa Diegel in St. Georgen wohnhaft ist, an ihre früheren Arbeitgeber sehr namhafte Forderungen.

Sie verlangen u.a. für nicht gewährten Urlaub pro Jahr 40 RM. Ferner dafür, dass ihr Lohn geringer gewesen sei als der von deutschen landwirtschaftlichen Arbeitern und sie auch an Sonn- und Feiertagen hätten arbeiten müssen, für jeden Arbeitstag 1 RM Nachzahlung. Ausserdem verlangen sie die Lieferung von Männer-

und Frauenkleider[n]. Da die polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter zum Teil bis 5 Jahre lang bei den einzelnen Bauern beschäftigt waren, ergeben sich Nachzahlungsbeträge von 1'500,- bis 2'000,- RM für einzelne polnische Arbeitskräfte. Diese Nachforderungen bringen eine starke Beunruhigung in die bäuerliche Bevölkerung des Kreises, wodurch die Arbeit der Landwirte und Bauern nicht gefördert wird.

Ich wäre Ihnen daher sehr zu Dank verbunden, wenn Sie die Frage entscheiden wollten, ob diese nachträglichen Forderungen der polnischen Arbeiter berechtigt sind, und wenn Sie die Forderungen für berechtigt halten, um Entscheidung, in welcher Höhe diese Nachzahlungen erfolgen müssen.

Gleichzeitig bitte ich um Entscheidung, ob die früheren Arbeitgeber der polnischen Arbeiter verpflichtet sind, für die Polen, die sich jetzt im Lager befinden und nicht mehr arbeiten, die Kosten für die Unterbringung im Lager zu bezahlen, da seitens der Lagerverwaltung in einzelnen Fällen entsprechende Anforderungen an die Bauern gestellt werden.

Quelle: Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Villingen, Generalia 1289, 225/5/3.

Grundlage für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts bildete im Land Baden das «Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus» vom 10. Januar 1950. Hierauf hatte sich die Verfasserin des nachfolgenden Schreibens gestützt, als sie für vier Jahre KZ-Haft eine Entschädigung geltend machte. Diese wurde abgelehnt, weil das Gesetz Wiedergutmachung nur im Falle von Schädigungen vorsah, die politisch-weltanschauliche Gründe hatten. Die Antragstellerin sah sich so genötigt, ihre menschliche Handlungsweise zu rechtfertigen und, den Anforderungen des Gesetzes entsprechend, als weltanschaulich motiviert darzustellen.

An das Bad. Amtsgericht

2.7.51

– Wiedergutmachung –

Unterm 26. Juni 51 hatte ich bereits gegen den Beschluss vom 4.6.51 des Bad. Ministerium der Finanzen Freiburg/Br., mit welchem mein Antrag auf Gewährung einer Haftentschädigung abgelehnt wurde, Einspruch eingelegt, welchen ich wie folgt begründe:

In der Präambel des Landesgesetz[es] über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 10. Jan. 1950 im Lande Baden wird u.a. ausgeführt, dass das durch die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus verübte Unrecht nach Kräften wiedergutmachen ist. Hiervon liess ich mich bei der Begründung meines Entschädigungsantrages leiten, da es doch einwandfrei feststeht, dass mir ein grosses Unrecht zugefügt wurde, lediglich desshalb [!], da ich entgegen den natio-

nalsozialistischen Gepflogenheiten polnische Kriegsgefangene auch als Menschen betrachtete und diese aus weltanschaulichen Gründen als Menschen behandelte. Deshalb wurde ich durch die Gestapo verfolgt und, wie es jedem zivilisierten Staate Hohn spricht, im Alter von 60 Jahren über 4 Jahre ohne jedes Gerichtsverfahren in ein Konzentrationslager eingesperrt und in einer willkürlichen Weise, die jedes menschliche Empfinden und Mass vermissen lässt, bestraft. Ich war und bin heute noch der Auffassung, dass die Verbringung eines Menschen in das grösste Frauen-Konzentrationslager ohne jedes Gerichtsurteil in jedem Falle eine nationalsozialistische Verfolgungsmassnahme darstellt.

Es gilt nun zu beweisen, dass ich aus weltanschaulichen Gründen s/Zt. gehandelt hatte, damit gem. § 1 des E[ntschädigungs] Gesetzes] vom 10.1.50 die 2. Voraussetzung gegeben ist. Hierbei ist festzustellen, dass bei mir ein lediglich in Zuneigung und Sympathie bestehendes Verhältnis nicht vorhanden war. Auch wenn aus einer dort vorliegenden Erklärung des Herrn Bürgermeister hervorgeht, dass ich mich bei meiner Handlungsweise lediglich von rein menschlichen Erwägungen leiten liess, so lagen doch weltanschauliche Gründe bei mir vor. Nicht nur, dass ich der nationalsozialistischen Theorie der Herrenrasse nicht verfallen bin, sondern mich auch von den Strafvorschriften, welche vom nationalsozialistischen Regime zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25. 11. 39 erlassen wurden mit dem Verbot des Umgangs mit Kriegsgefangenen, was allein auf nationalsozialistischer Auffassung beruhte, nicht abhalten lies[!], meine Leitvorstellung von innerem Zusammenhang des Lebens, der Natur und der Menschen, die es den Menschen ermöglicht, auf ihrer Grundlage allen Dingen ihren Wert und Rang zu verleihen und das Leben sinnvoll zu gestalten, aufrechtzuerhalten. Wird diese Tatsache entsprechend gewürdigt, so kann nicht übersehen werden, dass ich nur aus weltanschaulichen Gründen im ehem.[aligen] 3. Reiche verfolgt wurde, somit auch gem. § 1 des E[ntschädigungs] G[esetzes] entschädigungsberechtigt bin, für erlittene Haft. Aber auch ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden ist mir durch die ungerechtfertigte Inhaftierung zugefügt worden, da ich meine eigene Landwirtschaft nicht betreiben konnte.

Infolge meines hohen Alters und schlechten Gesundheitszustandes unterbreitete ich dem Bad. Ministerium der Finanzen einen Vergleichsvorschlag, wonach alle meine Ansprüche gegen das Land Baden, gegen eine Entschädigung von DM 2'500,-, zahlbar sofort nach Zustimmung des Wiedergutmachungsausschusses, befriedigt sind. [...]

Quelle: Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart.

Enttäuschungen blieben auch denen nicht erspart, die sich vor den Nazis ins Ausland gerettet hatten. Im Fall des Journalisten und Schriftstellers Max Barth (1896-1970) aus Waldkirch bestanden sie nicht allein in den sechseinhalbtausend Mark Wiedergutmachung, die ihm für 17 Jahre materiell elenden Exils in sieben Ländern 1958 zuerkannt wurden, sondern mehr noch in der Tatsache, dass das Exil für das Selbstverständnis des neuen Staatswesens ohne Belang blieb. Wie Barth blieb den meisten die gesellschaftliche Entwicklung fremd, vor allem wegen ihrer politischen und moralischen Unbestechlichkeit und Integrität. Diese Emigranten- und Exilantentugenden waren gewiss unbequem – der demokratischen Entwicklung wären sie freilich zuträglich gewesen. So aber war für die junge Bundesrepublik weiterhin eine Traditionsbildung ungebrochen, die – nach dem Wort Alexander Mitscherlichs – ihr Leitbild eher im Ritterkreuzträger verkörpert sah als im Exilanten. Entsprechend verbittert fiel das Urteil der Exilanten aus, wo die Sprache auf die Verhältnisse im neuen Gemeinwesen kam.

Ich hatte in sieben Ländern gelebt (nicht Omnibusrundtouren gemacht), die ganze Exilszeit dazu benutzt zu lernen, wusste sehr viel über Länder, Menschen, Geschehnisse, Zustände usw. und hoffte, in der Heimat etwas beitragen zu können. Was mir zuteil wurde, war hochnäsige Ablehnung auf fast allen Seiten: die Daheimgebliebenen wussten in ihrer Ignoranz, der Ignoranz derer, die über die Welt nichts wussten, alles besser und fuhren einem übers Maul. Es war ein Elend, zu sehen, was da zusammengeschrieben wurde: Kenntnisse anzuwenden, zu verwerthen gabs keine Gelegenheit, selbst wenn man gedruckt wurde, wurden von ignoranten Hand Sprache, Aussagen, Tatsachen gefälscht – eben nach dem kleinen Wissen, das dem deutschen Spiessbürger eigen ist, der hinter den finstern Mauern des Nazismus gelebt hatte und weder Horizont noch Detailkenntnisse der Welt erwerben konnte. [...] Man war durchaus bedacht, besorgt und bemüht, dafür zu sorgen, dass das neue Deutschland historisch als normal und folgerichtig aus dem alten erwachsen zu sehen sei; dass kein Knoten, keine Verwachungs- und Vernarbungsstelle im schlank und gerade gewachsenen Stengel zu erkennen sei, darum durfte es zwischen 1933 und 1945 kein anderes Deutschland gegeben haben als das ihre, das der Mitmacher. [...]

Max Barth, zitiert nach: Manfred Bosch, *Epitaph für Max Barth*, in: D'Deyflsgiger, Freiburg 1986, Heft 12.

Diese wenig schmeichelhaften Töne bestätigen den so gern vollmundig vorgetragenen «Neubeginn in Freiheit» nicht. Gegen eine andere Vokabel – die oft so leicht kippende, in zufriedene Selbstgefälligkeit umschlagende «Wiedergutmachung» – wendet sich die Freiburger Schriftstellerin Lotte Paepcke in ihrem Roman «Ich wurde vergessen». «Es wurde nicht wieder gut»: so schliesst dieser «Bericht einer Jüdin, die das Dritte Reich überlebte» (Untertitel). In ihrem literarisch nicht minder wertvollen und menschlich ebenso bewegenden Buch «Ein

kleiner Händler, der mein Vater war» beschreibt Lotte Paepcke das Schicksal ihres Vaters, der den Verfolgungen mit knapper Not ins Exil entging und nach 1945 wieder in seine Heimatstadt Freiburg zurückkam. Die Autorin hält aber auch den Riss zwischen den Opfern und den Tätern, den Überlebenden und denen, die geschehen liessen, im Bewusstsein – das Buch hätte es verdient, ein Stachel in unserem so bestechlichen, der Schärfung so bedürftigen Gewissen zu sein.

Wer waren sie? Die da restaurierten und wohnten? Die Bewohner, wer? Fleissig waren sie und tüchtig. Und freundlich zu dem kleinen alten Herrn. Sie hatten hier in den Apotheken auch seine Lieblingstabletten, die er früher immer am Vormittag genommen hatte: wenn so gegen zwölf Uhr der Morgen verbraucht war und doch die Mittagszeit noch nicht reif, dann hatte er sie zur Stärkung genommen. In ganz Amerika bekam man sie nicht. Jetzt lag das alte Döschen wieder in seiner Hand, und wenn er es in seiner Rocktasche fühlte, war es ihm wie eine Beteuerung. Ja, nett, fleissig, tüchtig waren sie hier. Wenn man bedachte, was sie in kurzer Zeit wieder hergestellt hatten, nachdem sie doch ganz besiegt worden waren...

Auch im Heim waren sie freundlich zu ihm, meist Leute aus der alten guten Gesellschaft der Stadt. Pensionierte Beamte, Ehepaare, Alleinstehende, manche kannten ihn von früher. Es war einer darunter, mit dem hatte in alter Zeit der Vater musiziert, ein Geiger. Gut hatte er gespielt. Nur hatte er ihn zur Hitlerzeit dann nicht mehr gegrüsst. Es war ein Schrecken für den Vater, als es an seiner Zimmertür klopfte, und der Mitspieler trat herein. Er wollte es sich nicht nehmen lassen, den Freund gleich zu begrüssen, in herzlicher Freude geschehe es. Eine schreckliche Zeit liege ja nun hinter ihnen, die für alle, ja für sie alle so Schweres gebracht habe. Man sehe nur den Zustand der geliebten Stadt. Aber jetzt sei Friede und ihnen beiden, den Mozart- und Schubertfreunden, hoffentlich ein ruhiger Lebensabend beschieden. Der Vater hoffte ebenfalls und nickte.

Wer war jener? Wer waren sie?

Der kleine Amerikaner ging und ging Tag für Tag durch die Stadt und liebte sie noch immer. An jener Stelle, wo die Salzgasse in die Lange Gasse übergang, hatten die Gestapomänner gesagt, es eile jetzt. Wo die Strassenbahn hielt, war er mit anderen Häftlingen zusammengedrängt worden. Vor dem Bau mit den neuvergoldeten Schnörkeln, Landratsamt heute, stiess ein weiterer Trupp Häftlinge zu ihnen. Die Tür zu seinem Haus war schön wie früher, neu gefirnisst. Sie öffnete und schloss sich jetzt für andere Bewohner. Die eingetretenen zwei Steinstufen hoben sich eine über die andere, unverändert.

Nahm das alles von ihm Notiz? Betraf da etwas ihn?

All diese freundlichen Feinde! Wie viele Geiger mochten wohl hier wohnen, die ihn im Stich gelassen hatten? Wie viele Geschäftsleute, Handwerker, Beamte, wie viele Namen aus dem Einwohnermelderegister waren damals von seinem Namen

getrennt worden? Ein Strich, ein «J» auf einer Sonderkennkarte, eine Drohung mit Tod: Stadt und Bewohner hatten sich in den Bereich von Leben und Macht erhoben und nichts mehr gewusst von ihm in der Tiefe. Und wie zuvorkommend liessen sie ihn heute, den alten Fremden, vorausgehen durch eine Tür, wie dienstwillig erfüllten sie in den Geschäften seine Wünsche.

Und der Vater verjüngte sich unter der erneuerten Möglichkeit zu leben.

Nur, ein Deutscher konnte er nicht mehr werden. Zwar war er der Sprache wieder froh. Es war so leicht, die kleine deutsch geschriebene Stadtzeitung zu lesen und während dem Frühstück ihre überschaubaren Mitteilungen zu überfliegen, anstatt sich durch das Amerikanisch der New York Times hindurchzuarbeiten und sich um ihre globalen Probleme zu mühen. Und wie einfach war hierzuland der Sonntag, wo einem ein paar Seiten Erbauliches in die Hand gelegt wurden, während man in New York einige Pfund Zeitung nach Hause tragen musste.

Nur, ein Deutscher wurde er nicht mehr. Denn die Einzelnen, die zu ihm gehalten hatte, konnten nicht die Angst aufwiegen vor der anonymen Masse aller Unbekannten um ihn her. Wie sollte er wissen, wer von all den Freundlichen und wie viele ihn hatten umbringen wollen? Die Deutschen hatten ihm ihr Nein gesagt, und sein Leben war nicht mehr imstande, an Zurücknahme oder ein neues Ja zu glauben. Wer einmal Flüchtling wurde, bleibt es. Zerstückte Heimat wird nicht repariert. So blieb die Drohung mit Tod als ein dünner Schwaden Geruches in der Luft, und der Zurückgekehrte war allein inmitten höflicher guter Gesellschaft.

Keine Tragik war im Rückkehrer. Er freute sich allen Entgegenkommens. Aber sein Herz, das sich von Heimat ernährt hatte, hatte den Durchzug des wilden Windes aus Angst und Fremde erlebt. Es hatte eine radikale Auskältung mitgemacht, hatte sie überstanden und schlug noch. Aber es schlug nicht mehr mit den Deutschen. Es gab kein Anknüpfen an gemeinsame Vergangenheit, denn es gab keine Durchgangsstrasse durch Gaskammern und Kamine.

Doch sah er zu, was sie machten, wie sie lebten, sie alle um ihn her. Gern war er freundlich mit den Freundlichen und bot zur Erleichterung auch wieder seine Witze an. Mit der neu verfügbaren Sprache war ihm die Fähigkeit zurückgekommen, Worte zu heiterer Kombination zu verbinden, sie Saltos schlagen zu lassen oder sie als Bällchen unter die Leute zu werfen. Die Spässe schufen eine so leichte Übereinkunft, alle Mitbürger meinten, dass sie diesen witzigen kleinen Juden ja schon immer gerngehabt und nie an Böses gedacht hatten. Denn die Heiterkeit, die der Vater in ihnen weckte, befreite sie zum Guten in sich, an das sie jederzeit gerne glaubten.

Er aber benutzte die Spässe wieder, um den Erdboden um ein kleines Stück zu verlassen.

Endlich nun war ich von meinem Mitleid befreit. Es war geschehen, was ich für undenkbar gehalten hatte. Ich hatte nichts dagegen tun können, dass ein Vater, der der meine war, in den Pogrom des zwanzigsten Jahrhunderts geriet. Viele Väter hatte er verschlungen, der meine hatte überlebt. Es gingen wieder starke deutsche Männer umher, wie ich sie früher als Kind bewundert hatte, weil sie wohl besser schützen könnten als mein kleiner Vater. Sie hatten gut getötet. Er aber ging wieder unter ihnen einher, und sie lächelten einander zu.

Aus: Lotte Paepcke, *Ein kleiner Händler, der mein Vater war*, Gütersloh 1978, S. 98ff.

Anhang

Editorische Notiz

Die Wiedergabe der Textdokumente erfolgt grundsätzlich originalgetreu. Ausnahmen wurden lediglich aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit bei umfangreicheren Briefköpfen gemacht. Auslassungen sind durch [...] gekennzeichnet; Anmerkungen, Erläuterungen und Zusätze des Herausgebers stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Die originalgetreue Wiedergabe von Dokumenten umfasst auch die Übernahme von Fehlern des Stils und der Orthographie, sofern es sich ersichtlich um mehr als bloße Flüchtigkeitsfehler handelt, die für die Art eines Dokuments untypisch sind. Insbesondere wurden Fehler dort mitübernommen, wo sie von Aussagewert über Herkunft und Verfasser eines Dokuments im Sinne sozialer Authentizität sind. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde auf solche Fehler nicht immer durch [!] hingewiesen, wohl aber dort, wo es Missverständnisse oder eigene Korrekturversäumnisse auszuschliessen galt. Sperrungen oder sonstige Hervorhebungen in den Dokumenten wurden durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

Namen wurden überall dort anonymisiert, wo es sich nicht um Personen des öffentlichen Lebens handelt, deren Nennung einem historischen Interesse entspricht.

Für Anregung und Kritik, Hilfe und Beratung sowie freundliches Entgegenkommen möchte sich der Autor bei folgenden Damen und Herren, Freunden und Gesprächspartnern herzlich bedanken: Andreas Bader, Waldshut; Hans-Günter Bäurer vom StA Stockach; Fritz Besnecker vom Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Stuttgart; Franz Bühler, Rheinfelden; Fritz Eiche, Zell; Frieda Faller, Schopfheim; Franz Götz vom StA Radolfzell; Dieter Hensle vom StA Freiburg; Hans Hoog vom StA Lörrach; Heinz G. Huber, Nussbach; Richard Jäckle, Singen; Reinhild Kappes vom StA Singen; Wolfgang Kollbau, Rheinfelden; Albrecht Salewski von der Hegau-Bibliothek Singen; Käte Weick f, Singen; Mechtild Wolf vom Archiv der Degussa, Frankfurt; Bernd Ottmad, Uwe Fahrer, Cornel Hirth, Erdmuthé Krieg, sämtlich Staatsarchiv Freiburg; Michael Friedmann und Nikolaus Harter vom StA Offenburg sowie allen anderen Mitarbeitern der benützten Archive.

Manfred Bosch

Abkürzungen

AMFA	= Administration Militaire Française en Allemagne
BCSV(P)	= Badisch Christliche Volkspartei
BDA	= Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber
BDI	= Bundesverband der Deutschen Industrie
BDM	= Bund Deutscher Mädel
BIGA	= Badische Industrie-, Handwerks- und Gewerbeausstellung (Freiburg)
CARE	= Cooperation for American Remittances to Europe
DDD	= Das Demokratische Deutschland
DGB	= Deutscher Gewerkschaftsbund
DP	= Demokratische Partei
Fpn	= Feldpostnummer
G.M.Z.F.O.	= Gouvernement Militaire en Zone Française d'Occupation
HJ	= Hitlerjugend
KP(D)	= Kommunistische Partei (Deutschlands)
LEA	= Landesernährungsamt
LRA	= Landratsamt
MMAA	= Mission Militaire pour les Affaires Allemandes
NSD	= Nationalsozialistischer Dozentenbund
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	= Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFK	= Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	= Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSLB	= Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSV	= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o. D.	= ohne Datum
Of(f)icomex	= Office du Commerce Extérieur
o. J.	= ohne Jahr(esangabe)
o. O.	= ohne Ort(sangabe)
Pg. (PG)	= Parteigenosse
RAD	= Reichsarbeitsdienst
SA	= Sturmabteilung (Hitlers politische Kampftruppe bis 1934)
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone
SD	= Staatssicherheitsdienst
SHAEF	= Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
SP(D)	= Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Partei (Deutschlands)
SS	= Schutzstaffel (nationalsozialistische Gliederung)
StA	= Stadtarchiv
UNRRA	= United Nations Relief and Rehabilitation Administration

Ungedruckte Quellen

Archive

Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten,
Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart
Archiv des Bundes der Vertriebenen, Ortsgruppe Rheinfelden
Firmenarchiv der Degussa, Frankfurt
Gemeindearchiv Nussbach bei Oberkirch
Staatsarchiv Freiburg
Stadtarchiv Baden-Baden (Nachlass R.G. Haebler)
Stadtarchiv Freiburg i. Br.
Stadtarchiv Konstanz
Stadtarchiv Lörrach
Stadtarchiv Offenburg
Stadtarchiv Radolfzell
Stadtarchiv Singen
Stadtarchiv Stockach

Privat

Fritz Eiche †, Zell
Frieda Faller, Schopfheim
Heinz G. Huber, Nussbach
Richard Jäckle, Singen
Käte Weick †, Singen

Gespräche

Carl Benz †, Nussbach (Heinz G. Huber)
Franz Bühler, Rheinfelden
Richard Jäckle, Singen

Gedruckte Quellen

Zeitungen, Zeitschriften, Periodika

- «Badener Tagblatt», Baden-Baden
- «Badische Narrische Nachrichten», Offenburg (Fasnachtszeitung)
- «Badische Zeitung», Freiburg
- «Badisches Tagblatt»
- «Buhler Tagblatt»
- «Das Goldene Tor», Lahr/Mainz
- «Das Volk», Freiburg
- «Der badische Gewerkschaftler», Freiburg
- «Der neue Tag» (spater: «Unser Tag»), Singen bzw. Offenburg
- «Die Gegenwart», Freiburg
- «Die Quelle», Urach
- «Dokumente», Offenburg
- «Frankfurter Hefte»
- «Freiburger Almanach»
- «Ministerialblatt der Landesregierung von Baden», Freiburg
- «Ortenauer Zeitung»
- «Sudkurier», Konstanz
- «Vision», Konstanz

Literaturverzeichnis

Aufgenommen wurden nur diejenigen Titel, auf die in den Kapiteleinleitungen und in den Quellenkommentaren in Kurzform hingewiesen wurde.

- Abeishäuser, Werner, *Wirtschaft und Besatzungspolitik in der französischen Zone 1945-1949*, in: Scharf/Schröder, *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949*, Wiesbaden 1983.
- Aller Anfang ist schwer. Bilder zur hundertjährigen Geschichte der Degussa*, Frankfurt 1973.
- Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage*, Konstanz 1948.
- Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg (Hrsg.), *Alltagsnot und politischer Wiederaufbau. Zur Geschichte Freiburgs und Südbadens in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg*, Freiburg 1986 (= Stadt und Geschichte. Neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg i. Br., Heft 9).
- Bader, Andreas, *Stadt und Landkreis Waldshut im Spiegel ihrer Heimatzeitung. Südkurier 1945-1964*, Konstanz o. J.
- Badische Geschichte. Vom Grossherzogtum bis zur Gegenwart*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979.
- Badstübner, Rolf / Siegfried Thomas, *Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955*, Köln 1975 (= Kleine Bibliothek 73).
- Brücher, Max, *Freiburg im Breisgau 1945. Eine Dokumentation*, Freiburg 1980.
- Deuerlein, Ernst, *Potsdam 1945. Ende und Anfang*, Köln 1970.
- Döblin, Alfred, *Autobiographische Schriften und letzte Aufzeichnungen*, hrsg. von Edgar Pässler, Frankfurt / Wien / Zürich 1978.
- Erdmann, Karl Dietrich, *Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten*, München 1980 (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Band 22).
- Ferencz, Benjamin B., *Lohn des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter. Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte*, Frankfurt / New York 1986.
- Glaser, Hermann, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band 1: *Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948*, München 1985.
- Harmssen, G. W. (Hrsg.), *Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik*, Bremen 1951.
- Harzendorf, Fritz, *So kam es*, Konstanz 1946.
- Henke, Klaus Dietmar, *Politik der Widersprüche. Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Scharf/Schröder, *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949*, Wiesbaden 1983.
- Huber, Heinz G., *Probleme der Wiederaufbauphase nach 1945. Regional- und lokalgeschichtliche Ansätze unter Einbeziehung von Projektverfahren in einer 10. Klasse. Zulassungsarbeit für die pädagogische Prüfung für das Lehramt an Gymnasien*, Karlsruhe o. J.

- Kiessmann, Christoph, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 31984
(= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Band 193).
- Köhler, Werner, *Politische und gesellschaftliche Strukturen der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in
Offenburg. Restauration oder Neubeginn? Zulassungsarbeit für das Staatsexamen im Fach Geschichte*, Frei-
burg 1980.
- Konstanzer, Eberhard, *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart / Berlin / Köln /
Mainz 1969.
- Langhoff, Wolfgang, *Die Bewegung Freies Deutschland und ihre Ziele*, Zürich / New York 1945.
- Lauffer, Rudolf, *Industrie und Energiewirtschaft im Land Baden 1945-1952. Südbaden unter französischer
Besatzung*, Freiburg/München 1979 (= Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte,
Band 28).
- Niethammer, Lutz, *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Berlin/Bonn 1982.
- Schaaf, Peter / Peter Scherer, *Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden
1848-1949*, Stuttgart 1984 (= Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutsch-
land, Band 1).
- Scharf, Claus / Hans Jürgen Schröder (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische
Zone 1945-1949*, Wiesbaden 1983 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Ge-
schichte, Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 14).
- Shikorr, Rolf, *Die Entwicklung der badischen SPD von 1945-1949. Zulassungsarbeit für das Lehramt an
Grund- und Hauptschulen*, Freiburg 1980.
- Schwarzmaier, Hansmartin (Hrsg.), *Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein*,
Karlsruhe 1980 (= Oberrheinische Studien, Band V; Landesgeschichte und Zeitgeschichte).
- Stepien, Stanislaus, *Die Ausländer in Nachkriegsdeutschland*, in: Dieter Galinski / Wolf Schmidt
(Hrsg.), *Jugendliche erforschen die Nachkriegszeit. Materialien zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte
1984/85*, Hamburg 1984.
- Südkurier 1945. Beispiele aus der Arbeit einer Regionalzeitung*, Konstanz 1967.
- Vaillant, Jerome (Hrsg.), *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente*,
Konstanz 1984.
- Weinacht, Paul Ludwig, *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart / Berlin /
Köln / Mainz 1978 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 2).
- Westernhagen, Dörte von, *Wiedergutmacht? Eine Bilanz*, in: DIE ZEIT, 5. Oktober 1986.

Sachregister

- Ablieferungsmoral (bäuerliche) 146
Ablieferungspflicht (bäuerliche) 107, 113, 122
Administration Militaire Française en Allemagne (AMF A) 12
Administration Pénitenaire 323
Ährenlesen 107
Agrarreform 177, 205, 304
Ahlener Programm 164
Aktiengesellschaften 138, 213
Aktionsausschuss Singen 196
Alemannen 216 ff.
Algerien 18
Alliierte 9, 193, 205, 212, 221, 304, 318f.
Alliiertes Kontrollrat 10, 78, 92, 116, 135, 150, 225
«Alpenland im Abendland» 216 ff.
«Alpine Union» 216
Altverleger 303
Amnestie 326
Anbauflächen 87, 94, 107, 126
Anbaupläne 92
Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft (Freiburg) 174
Antifaschistische Aufbaugruppe (Freiburg) 174
Antifaschistische Ausschüsse 174, 185f., 187ff., 294
Antifaschistisches Büro (Singen) 270, 294
Antikommunismus 177, 308
«Antinazibewegung in der französischen Zone» 269
Arbeit (Recht auf) 194, 209, 211
Arbeiter (landwirtschaftliche) 123
Arbeiterbewegung 176f.
Arbeiterdichtung 274
Arbeiterschaft 177, 182
Arbeiterwohlfahrt 112, 236
Arbeitsämter 140, 142f., 150, 164, 171 f., 336
Arbeitseinsatz 142, 150, 23 7, 323
Arbeitsfähigkeit 116
Arbeitskommandos 251, 324
Arbeitskräftemangel 75, 88, 133, 148, 160
Arbeitslöhne 123, 143, 150, 166, 171, 175
Arbeitslosigkeit 140, 142, 171, 213, 226
Arbeitsmarktlage 171 f.
Arbeitspflicht 70
Arbeitsrecht 192, 211
Arbeitsunlust 144
Arbeitszeit 143
Arbeitszeitbeschränkung 135
Architektur 267
«Ariseure» 335
«Asoziale» 308
Assemblée Constituante 16
Aufbaugesetz 56
Aufbauhilfen 133
Aussenhandel 149
Ausstellungen 264, 267, 276ff., 283
Baden-Württemberg 209
Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV[P]) 64, 112, 117, 177ff., 190f., 198, 199f., 307
Badische Gebäudeversicherung 54
Badische Gemeindeordnung 65
Badische Heimathilfe (New York) 131
Badische Industrie-, Handwerks- und Gewerbeausstellung (BIG A) 169f.
Badische Landeskreditanstalt 79
Badische Landesregierung 56, 158f., 207
Badische Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus 334
Badische Landesverwaltung 179
Badische Secession 277f.
Badischer Genossenschaftsverband (Schulze Delitzsch) e.V. 214
Badischer Gewerkschaftsbund 158f., 175f., 212
Badischer Landesausschuss für Kriegsgefangenenhilfe 249
Badischer Landtag 152, 158f., 176, 180, 207
Badisches Hilfswerk 249
Badisches Ministerium des Innern 73, 105, 120, 179, 223f., 230f., 254
Badisches Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung 114
Badisches Ministerium für Unterricht und Kultus 179, 297, 331
Badisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 136, 139, 147ff., 172
Badisches Rotes Kreuz 236
Badisches Staatskommissariat für Ernährung 97, 102, 105, 179
Badisches Staatskommissariat für Wiederaufbau 56, 71
Barackenbau 55, 135, 147, 256
Bauämter 68, 70
Bauern 90, 92, 98, 107, 113, 123, 145f., 183
Baugewerbe 56, 171
Baumaschinen 55

Bausparen 82
 Baustoffe 55 f., 57, 67f., 70f.
 Baustoffzuteilungen 73, 76
 Bauwirtschaft 55 f., 66, 75 f., 135
 Beamten (schaft) 194
 Beflagung 32 f.
 Bekleidung 88, 120, 141, 168
 Belastete 64
 Beratende Landesversammlung 179f., 207
 Berliner Aufruf (der KPD) 176
 Besatzungspersonal 88
 Betriebsausschüsse 174, 320
 Betriebsräte 176, 203 f.
 Betriebsrätegesetz (badisches) 212, 214
 Betriebsschliessungen 139f., 147
 Betriebsverfassungsgesetz 176, 212
 «Bewegung Freies Deutschland» 182 f.
 Bewirtschaftungssystem 88
 Bezugskarten 74, 92 f., 125
 Bildende Kunst 261 f., 267, 276 ff., 291
 Bildung (Recht auf) 209
 Bildung(spolitik) 192, 265, 286f., 333f.
 Bizone 94, 132, 135f., 137, 166, 180
 Bodenschätze 215
 Brot(rationen) 99, 101, 106, 115
 Brückensprengungen 68
 Buchhandlungen 331
 Bücher 299, 331
 «Bücher aus aller Welt» 295
 Büchereien 267, 291, 294 ff., 331
 Bürgermeister 15, 21, 39f., 95, 97, 108
 Bund der Fliegergeschädigten in Baden 73
 Bund deutscher Mädel (BDM) 320
 Bundesentschädigungsgesetz 308
 Bundesevakuiertengesetz 224
 Bundesregierung 85, 225, 307
 Bundesverband der deutschen Industrie
 (BDI) 142, 336
 Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber
 (BDA) 142
 «Bundesvereinigung für loyale Restitution» 335

 Camp de Concentration 323 f.
 Caritas 112, 128, 228, 236
 Caritas-Suchdienst 128
 «Caritas – Vertriebene und Flüchtlinge» 128
 Centre d'Information 295
 Christlich-Demokratische Union 164, 175,
 177f., 200
 Christliche Arbeitsgemeinschaft 179
 Christliche Soziallehre 178
 Clearingstellen 95

 Commandement en Chef Français en Allemagne
 13 f.
 Conference on Jewish Material Claims against
 Germany 336
 Containment 138
 Cooperation for American Remittances to Europe
 (CARE) 94, 128

 Darlehen 226
 «Das demokratische Deutschland» 183 f.
 «Das neue Deutschland – Antifaschistische
 Bewegung für demokratischen Aufbau in der
 Französischen Zone» 174f., 185
 Débloccage 122, 147
 Dekartellierung 136, 304
 Délégations de Cercle 14
 Délégations de District 14
 Délégations Supérieures 14
 Demokratische Partei (DP) 179, 194f.
 Demokratische Volkspartei 64, 112, 117
 Demokratisierung 16, 116, 134, 173 ff., 185, 202
 f., 304
 Demontage 133f., 136f., 146f., 151, 152ff., 155ff.,
 158ff., 175
 Demontage (unilaterale) 136
 Denkschriften 84ff., 114f., 116f., 156ff.
 Denunziantentum 23, 30
 Deportation 224
 Deutsche Besatzung (in Frankreich) 132, 134
 Deutsche Demokratische Republik (DDR) 177,
 223
 Deutsche Mark 138, 165 ff.
 Deutsche Spaltung 133, 138
 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 142, 213
 Deutsch-französische Erbfeindschaft 17
 Deutsch-französische Verständigung 44, 181, 262,
 277, 292 ff.
 Deutsch-französisches Verhältnis 9, 41, 44 f., 51 f.
 Devisen 88, 136
 Direction Générale des Prisonniers de
 Guerre 251
 Displaced Persons 223 f., 229
 domaines réservées 179
 Donaueschinger Musiktage 285
 Düngemüller 145, 194
 Durchgangslager 229

 Einheitsfront 186, 196f., 205
 Einheitsgedanke 176, 194f.
 Einheitsgewerkschaften 190
 Einheitspartei 195f.

- Einmarsch (der Alliierten) 17, 34, 136, 151
 Einzelhandel 110, 134, 144
 Eisenbahn 54
 Eiweiss 101 f., 115
 Emigrantenliteratur 275
 Emigration s. Exil
 Energie (Wirtschaft) 133, 136, 141, 148
 Enteignung 210
 Entnahmen aus der laufenden Produktion 135, 151
 Entnazifizierung 15, 304ff., 322, 325 f., 327f., 333
 Entrümmerung 56, 62ff., 65 ff., 74
 Ermittlungsausschüsse 320 f.
 Ernährungsämter 92 ff., 122
 Ernährungsausschüsse 48
 Ernährungsgefälle 93
 Ernährungskrise 99, 101 ff., 107, 113 ff.
 Ernte(erträge) 87, 92, 107, 114, 120, 126
 Europa 152 ff.
 Evakuerte 73 f., 223 f., 228ff.
 Evakuierung 228
 Evangelischer Volksdienst 177
 Exil 260, 273 ff., 303
 Exilliteratur 182, 260ff., 271, 289, 303, 339
 Exploitationshiebe 151, 153
 Export 92, 134ff., 147, 159, 169, 172
 Expressionismus 274
- Facharbeiter 55, 66, 133, 156f., 171
 Fachgewerkschaften 175
 Fachkommissionen 176, 214
 Fachkommissionengesetz 176, 214
 Fachschulen 241
 Familien (politik) 192, 207, 209
 Felddiebstahl 93, 103f., 108
 Feldhüter 93, 108
 Fertigwaren 133, 140f.
 Fett 101 f., 106, 115, 119
 Film 267, 300 f.
 Firmen
- Aluminium-Walzwerke Singen 318
 - Aluminiumwalzwerke Wutöschingen 141
 - Benzin-Benzol-Vertrieb Bochum 136
 - Carbidfabrik Wyhlen 148
 - Degussa Rheinfelden 135, 162 f.
 - Elektrochemische Werke Rheinfelden 136, 148
 - Elektro Schindler Singen 270
 - Feinkost-Klipfel 95
 - J.R. Geigy A.G. 148
 - Genossenschaft Mönchweiler 145
 - Gewebe G.m.b.H. Lörrach 144
 - Gipsdielenfabrik Gebhardt 148
 - Gottlieb 94
 - Heinzmann, Mönchweiler 145
 - Huber-Schotterwerk 150f.
 - Hugenschmidt Lebensmittel 95
 - IG-Farben 136
 - Jahresuhrenfabrik A. Schatz Söhne, Triberg 119
 - Jaudas, Lörrach 95
 - Kaiser-Kaffeegeschäft Lörrach 94
 - Kaufhaus Richter 95
 - Kilian-Stoffe 95
 - Kiauser Lörrach 95
 - Koch Käsegeschäft Lörrach 95
 - Löwenapotheke Lörrach 95
 - Lonza-Werke 140
 - Macklot Karlsruhe 270
 - Chr. Mann Waldshut 141
 - Mannesmann-Stahlblechbau AG 136
 - Mayer, Schuhhaus, Lörrach 94
 - Oberle OHG Villingen 96
 - Ohmes, Fröhlich & Terrachemie Freiburg 73
 - Papierwerke Albruck 140
 - Persilwerke Düsseldorf 161
 - Pfister-Muchenberger 95
 - Reemtsma 136
 - Roeder, Freiburg 72
 - Gebr. Scharpf, Waldshut 141
 - Schupp, Lörrach 94
 - Schwarzwälder Metallwarenfabrik Schwer & Co. 119
 - Stadler, Konstanz 269
 - Thoma Stoffe, Lörrach 95
 - Unmuth-Schuhe 95
 - Verbrauchergenossenschaft Lörrach 95
 - Vortisch, Lörrach 95
 - Willmann Stoffe, Lörrach 95
 - Wolladler & Striebel, Freiburg 235
- Fleisch 115
 Fleischproduktion 88
 Fliegerangriffe 50, 155, 223
 Fliegerschäden 71, 73, 155, 254
 Flucht (von Kriegsgefangenen) 256 f.
 Flüchtlinge 23, 56f., 58, 78, 80f., 88, 112, 164, 171, 185, 216, 221 ff., 253
 Flüchtlingsausgleich 225, 228
 Flüchtlingsbetreuung 235
 Flüchtlingsfrauen 228
 Flüchtlingsgesetze 239 ff.
 Flüchtlingskommissionen 232
 Flüchtlingslager 233

Flüchtlingswohnungsbauprogramm 80 f.
 Föderalismus 178, 199f., 215ff.
 Forstwirtschaft 134, 256
 «Frankreich-Baden» (Ausstellung) 276f.
 Französische Militärregierung in Berlin 14
 Französischer Sektor in Berlin 88
 «Franzosenhiebe» 153
 Fraternisieren 229
 Frauen 145, 207, 209, 229, 326
 Frauenarbeit 208
 Frauenring 207, 325
 Freiburger Passionsspiele 280
 Freigaben (von Produktion) 135, 147
 Fremdarbeiter 135, 224
 Fremdenverkehr 171
 Friedensarbeit 207
 Friedensproduktion 139, 160
 Friedensvertrag 154f.
 Fürsorge 224, 235, 241
 Fürstenbergische Verwaltung 60
 Futtermittelknappheit 108

Gebietsverluste 87
 Geiseln 24f., 28, 256f.
 Gemeinschaftsküchen 228
 Gemeinschaftsschule 209
 Gemeinschaftsverpflegte 89
 Gemüse 88, 111, 119, 168
 Generalstreik 166
 Genfer Konvention 252
 Genossenschaften 210f., 214, 268
 «Gesetz 52» 322, 332
 Gestapo 23, 309, 324, 326, 338
 Getreide 87, 93, 148
 Gewerbe 165, 192, 213
 Gewerkschaften
 - christliche 199
 - freie 64, 96, 98, 112, 114f., 117, 142, 157f.,
 164, 166, 175, 189ff., 192, 200, 204
 Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden 96
 Gleichberechtigung 207, 209, 211
 Gouvernement Militaire de Bade 155
 Gouvernement Militaire en Zone Française
 d'Occupation (G.M.Z.F.O.) 14f., 16
 Grauer Markt 93
 Grossbanken 204, 215
 Grossgrundbesitz 193 f., 304
 Grossindustrie 12, 202 ff.
 Grosskapital 199 f., 205, 215
 Grundgesetz 184
 Grusspflicht 24, 30f.

Halbfabrikate 133
 Hamstern 93f., 102f., 105, 107, 120, 229
 Handel(sbetriebe) 91, 132, 138, 141, 147ff., 157,
 165, 192, 211
 Handwerker, sbetriebe) 69, 70, 75, 141, 157, 171,
 192, 211, 213
 Handwerkskammern 142f., 204
 Hebelbund 291
 Heimatvertriebene 221, 223
 Heimkehrer 84f., 253f.
 Heimkehrerzulage 254
 Hilfsaktionen 127
 Hitler-Jugend (HJ) 53, 257, 314ff., 318, 320
 Hochschulen 241, 265
 Holz 70, 109, 141, 151, 256
 Homosexuelle 308
 Humanismus 259
 Hungersnot 100f., 114

Industrie
 - Baustoff- 56, 141, 149
 - chemische 135, 148
 - Eisen- und Metall- 141, 149, 156, 169
 - elektrotechnische 157
 - feinmechanische und optische 137, 152, 156f.,
 159, 169
 - holzverarbeitende 133, 135, 146f.
 - Lebensmittel- 135
 - Papier- 135
 - Rüstungs- 132, 135, 139, 151
 - Textil- 141, 144f., 148f., 152
 - Werkzeugmaschinen- 137, 152, 169
 Industrie (betriebe) 68, 122, 132, 148 ff., 172, 190
 Industrie- und Handelskammern 95, 122, 139, 142f.,
 154 ff., 175, 204, 213
 Innere Emigration 261
 Innere Mission 112, 236
 Innerlichkeit 260
 Institut für Besatzungsfragen 88, 137
 Integration (der Flüchtlinge) 226, 235, 240, 244
 «Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen in
 Baden» 243 f.
 Internierte 223, 323 ff.
 Internierungslager 65, 305, 323 ff.
 Interzonenkonferenz (der Gewerkschaften) 158
 Israelitische Gemeinde 114, 116
 Israelitische Vereinigung 249

Journées de culture française 283
 Juden 188,308, 335, 339f.
 Jugend(liche) 185, 190, 192, 206, 241, 314ff., 327
 Jugendamnestie 327

Jugendpolitik 265, 267, 333 f.
 Jungdeutscher Orden 320
 Jungmädels 320
 Jungvolk 320

Kabylen 20
 Kalorien (bedarf) 87 ff., 92 f., 101 ff., 106, 115f.,
 125, 134
 Kalter Krieg 138
 Kapitalismus 192, 200, 202, 214f.
 Kapitalmangel 81
 Kartoffeln 92, 98, 100f., 106, 113, 115, 120ff.,
 130
 Katholische Jugend 104, 199
 Kaufkraft 164
 Kinder 120f., 127, 129, 223, 228
 Kindersterblichkeit 115
 Kirchen 114, 192, 199, 249
 Klassiker 260, 263, 274, 281
 Kohle 55, 109, 133, 136, 140, 148
 Kollektivschuld 305 ff., 313 ff., 318
 Kolpingverein 199
 Kommunisten 308
 Kommunistische Partei (Deutschlands)
 (KPD) 64, 112, 117, 176ff., 193f., 196f., 2 70
 Kompensation 68, 70, 93, 96, 104, 122f., 145
 Konferenz von Jalta 10, 151, 182, 245
 Konferenz von Potsdam 132, 161, 186, 205, 221,
 145, 304
 Konferenz von Quebec 10
 Konkurrenz 215
 «Konstanzer Kulturwochen» 284, 301
 Kontrollrat 14
 Konzentrationslager 24, 31, 33, 290, 309, 318,
 323f., 326, 334f., 338
 Konzertleben 49
 Kopfbetrag 138, 166
 Kraft durch Freude (KdF) 264
 Krankheiten 115f.
 Kredite 133, 166
 Kreisämter für Umsiedlung 225, 237, 244
 Kreisdurchgangslager 230 ff.
 Kreisernährungsämter 97
 Kreisernährungsausschüsse 114, 122
 Kreishandwerkerschaft 143
 Kreisverwaltungen 139
 Kriegsbeute 136
 Kriegsgefangene 69, 85, 88, 109, 222, 246 ff.
 Kriegsgefangenenlager 69, 199, 250 ff.
 Kriegsgefangenschaft 55, 84, 150, 185, 246ff.,
 250, 279, 310, 321
 Kriegsmassnahmen 15

Kriegsverbrecher 183, 311
 Kriegsversehrte 109, 142
 Kriegsversehrtenfürsorgeamt 254
 Kulturämter 266 ff.
 Kulturaustausch 277
 Kulturbünde 267ff.
 Kulturpolitik (französische) 16, 258, 264
 Kunstmuseum Basel 279

Laissez passer 47, 50
 Landesamt für Bibliotheken 297, 322
 Landesamt für Umsiedlung 221, 223, 225, 230f.,
 235
 Landesamt für Volksbüchereien 322
 Landesdelegiertenkonferenz (sozialdemokratische)
 17, 176
 Landesdurchgangslager 232
 Landesernährungsamt 92, 124
 Landesernährungsausschuss 115
 Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer
 des Nationalsozialismus 237
 Landeskommisär Konstanz 95, 228
 Landesplanung 57
 Landesreinigungsausschuss 305, 327f.
 Landesverordnung über die Befreiung von
 Nationalsozialismus und Militarismus 328
 Landeswohnungsbauprogramm 80 f.
 Landeswohnungsgesetz 57
 Landflucht 124
 Landkreis (e) 15,320
 Landräte 15,41,95, 141, 179, 228, 231 f., 256,
 323f., 336f.
 Landwirtschaft 146, 168f., 192 ff.
 Landwirtschaftsämter 143, 145, 168f., 237
 Lastenausgleich 74, 165, 168, 245
 Lastenausgleichsgesetz 57, 79, 226
 Lebensmittel 88ff., 94, 116f., 125, 135, 145
 Lebensmittelbewirtschaftung 94, 125
 Lebensmittelimporte 88
 Lebensmittelkarten 90, 124, 142, 150, 322
 Lebensmittelproduktion 88, 116f., 135
 Lebensmittelversorgung 8 8 ff.
 Lehrer (schäft) 45, 265, 330
 Lehrerbildung 333
 Leistungsvermögen 134
 Lesebücher 45
 Lichtspieltheater 50
 Liebesgaben 183,249
 Literatur 258ff., 274ff., 291
 Lizenzen 258f., 269, 274, 303
 Londoner Sechsmächtekonferenz 138
 Lustspiel 263

Marokkaner 18, 34f., 50, 52
 Marshallplan 138, 158f.
 Maschinenpark 87, 136, 168
 Mietpreisüberwachung 57
 Militärinternierte 246 f.
 Militarismus 9, 205, 304, 306 f., 317
 Misshandlung 36, 52
 Mission Militaire pour les Affaires Allemandes
 (MM A A) 12
 Mitbestimmung 175, 184, 190, 198, 202, 204, 209,
 211f., 213f.
 Mitläufer 188, 306, 327f.
 Mittelbadisches Theater 263, 281
 Mittelbetriebe 211
 Mittelstand 191
 Monatsberichte 98, 107, 330 f.
 Monopole 132, 135 f., 176, 204 f., 211
 Morgenthau-Plan 43
 Mütter 100, 113, 223
 Munition 25
 Musikleben 284 ff.

 Nachbarschaftshilfe 94, 127
 Nähstuben 228
 Nahrungsmittelentnahme 125
 Nahrungsmittelproduktion 87
 Nationalsozialismus 178, 185f., 191, 196, 199, 263,
 304 ff.
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 (NSDAP) 14, 38, 64, 143, 257, 305, 309, 319f.,
 327
 Nationalsozialistische Frauenschaft 320
 Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
 (NSV) 330
 Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
 (NSDStB) 320
 Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB) 330
 Nationalsozialistisches Fliegerkorps
 (NSFK) 320
 Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps (NSKK)
 320
 Normalverbraucher 42, 98 f., 99, 106
 «Notgemeinschaft Villingen» 83 f.
 Notquartiere 54, 57
 Notunterstützung 254
 Nürnberger Prozess 304f., 309 ff., 312f.

 Oberkommando der Wehrmacht 19
 Oberrheinstrecke (Eisenbahn) 133
 Obst 88, 102f.
 Öle 87, 100, 106
 Offene Stellen 140

 Of(f)icomex 136, 169
 Operette 263
 Opfer des Nationalsozialismus 308, 334 ff.
 Ortsgruppenleiter 21, 325
 Ortskartelle (gewerkschaftliche) 175

 Papierzuteilung 269 f.
 Parlamentarischer Rat 184
 Partei der Arbeit (Schweiz) 247
 Parteien 116, 158, 173f., 185f., 190f.
 Parteizulassung 190f.
 Parteigenossen 256 f., 317, 320 f., 326, 330 f., 332
 Partikularismus 217
 Partisanen 21
 Photoapparate 21, 25 ff.
 Plakate (Beschädigung von) 24 ff.
 Plünderungen 15, 21f., 91, 94f., 224, 243
 Polen 21, 61, 95, 188, 336f., 338
 Politische Häftlinge 257
 Politische Säuberung (s. auch Entnazifizierung)
 193, 304ff., 318f., 320
 Popotes 50
 Preisniveau 136, 138f., 168
 Preiswucher 166f.
 Prioritätsbetriebe 92, 135, 147, 149f.
 Privateigentum 191, 194, 202f., 210, 213f.
 Produktionsauflagen 135
 Produktionsbeschränkungen 135
 Produktionslenkung 135
 Produktionsniveau 134
 Protestkundgebungen 166 f., 212 f.

 Radioapparate 18 f., 24f.
 Radio London (BBC) 19
 Radio München 49
 Ravenna-Viadukt 69
 Razzien 102
 Reichsarbeitsdienst (RAD) 319
 Reichsmark 138
 Reiseverkehr 47
 Religions- und Bekenntnisfreiheit 193, 210
 Reparationen 37, 88, 134, 137, 151, 160f.
 Repatriierung 223 f.
 Requisitionsämter 37, 39
 Requisitionswesen 15, 34, 37ff., 81, 88, 134, 151
 Résistance 273
 Restitution 151, 335
 Rheinschiffahrt 136
 Rheinschwaben-Plan 218
 Rohstoffe 90, 133, 135f., 140f., 147ff., 160, 166
 Rohstoffmangel 68 f., 148
 Roma 308

Rotes Kreuz 249
 Rückerstattung geraubter Vermögen 335
 Rückkehrer 70
 Rüstungsproduktion 176
 Rundfunk 255, 291
 Russen 224

Saatgut 87, 92, 123, 127, 145
 Sammellager 238f., 241
 Sammeltransporte 229
 Schädlingsbekämpfungsmittel 88
 Schieber 96
 Schlachtvieh 88, 90, 97
 Schlachtwertklassen 97
 Schlageterbund 320
 Schülerspeisungen 94, 128
 Schulkinder 101, 120
 Schulwesen 45, 50, 192, 265, 333
 Schusswaffen 24 f.
 Schutzhaft 324
 «Schutzjuden» 317
 Schutzstaffeln (SS) 14, 23, 246f., 257, 270, 309, 319f.
 «Schwäbisch-alemannischer Heimatbund» 216, 218
 Schwarzmarkt 56, 93, 109, 150, 164, 213
 Schwarzschlachtungen 105
 Schweizer Hilfsaktionen 94
 Schweizerisches Grünes Kreuz 129
 Schweizer spende 118, 127
 Schwerarbeiter 100
 Schwerindustrie 205, 215
 Schwerkriegsbeschädigte 85, 127
 Section Industries Diverses 147
 Selbstjustiz 15
 Selbstversorger 89 f.
 Separatismus 215 ff.
 Sinti 308
 Soforthilfegesetz 57
 Sondervergünstigungen 92, 135
 Soziale Frage 215
 Sozialhilfeabgabe 57
 Sozialisierung 175f., 193, 202f., 214
 Sozialistische Aufbaugruppe (Freiburg) 174
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 197
 Sozialistische / Sozialdemokratische Partei (Deutschlands) (SP[D]) 64, 112, 117, 176f., 192, 197, 269 ff.
 Sozialpolitik 214, 226
 Sozialprodukt 166, 198, 214
 Sozialreform 214

Spahis 35
 Sparkassen 128, 165f.
 Sparvermögen 138
 Sperrstunden 24ff., 45, 47
 Sprachkurse 45 f.
 Sprengkammern 69
 Spruchkammern 306, 327
 Staatskommissare 179, 306
 Staatssekretäre 179
 Staatssicherheitsdienst (SD) 309, 319
 Städteplanung 74 f.
 Stahl 55
 Stahlhelm 320
 Steuergesetzgebung 193f.
 Steuern 140, 144
 Stimmungsberichte 40 f., 43, 52 f., 102f., 105 ff., 120, 123, 160f., 182
 Strafmassnahmen 31 f., 39, 47ff.
 Studienplätze 66
 Sturm-Abteilung (SA) 14, 317, 320
 Suchdienste 249, 255
 Südwestdeutscher Autorenverband 289, 299
 Südwestdeutscher Kulturring 290 f.
 Südwestfunk (SWF) 285
 Südweststaat 180
 Sühnemassnahmen 328
 Sühnevorschläge 305, 328
 Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF) 12
 Sûreté 17, 43, 325
 Surrealismus 282

Tabak 94, 117
 Tauschwirtschaft 62, 93, 95, 105, 143 ff., 145, 263
 Teilselbstversorger 89 f.
 Telefonverkehr 25 ff.
 Textilien 88, 94, 135, 141, 144f., 148
 Theater 49, 259, 262f., 267, 279ff., 300
 Transport 55, 70, 91, 133, 147
 Trikolore 30
 Trucksystem 143f.
 Trümmerbeseitigung 72, 76 f.
 Trümmerverwertung 56, 72
 Truppenparaden (französische) 32

Übergangswohnheim 232
 Überschussgebiete (landwirtschaftliche) 98, 122
 Umerziehung 295, 333 f.
 Umlegungsverfahren 77
 Umsiedlung 221, 229
 Umtauschstellen 110

United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) 58, 61, 224
 Unterernährung 101, 115, 134
 Untersuchungsausschüsse 305, 327f.

Verbraucher 100, 193
 Vereine
 - Musik- 266
 - Sport- 266
 Verfassung (badische) 179f., 208 f.
 Verfassung (hessische) 176
 Verfassungsgebende Landesversammlung 207
 Verfassungsberatungen 207
 Verfolgung jüdischer Mitbürger/innen 188
 Vergewaltigungen 23, 34, 224, 243
 Verhaftungen 44
 Verkehr (swege) 133, 141, 259
 Verlage 259, 291, 302 f.
 - Alber Freiburg 262
 - Johannes Asmus 262
 - Hans Bühler jr. 262
 - Oberbadischer Verlag 261,269ff.
 - Moritz Schauenburg, Lahr 272
 - Keppler Verlag, Baden-Baden 262
 - Verlag für Kunst und Wissenschaft, Baden-Baden 273
 - Südverlag, Konstanz 262, 271
 - Volksverlag, Singen 268, 270
 - Volkswille-Verlag 269
 - Curt Weller, Konstanz 262
 - Werner Wulff, Überlingen 262
 Verordnung zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs 62
 Versailler Vertrag 132
 Versammlungsfreiheit 211
 Versorgungskrise 87
 Versorgungslage 42, 44
 Vertriebene 57, 80f., 171
 Vichy-Regime 16f., 333
 Viehbestand 127
 Vitamine 101f.
 Volksbühne 300
 Volkshochschulen 267, 286ff., 291
 Volksküche 112
 Volkssturm 21, 68, 246
 Volksverein für das katholische Deutschland 199
 Vollbeschäftigung 175
 Vorräte 134

Wärmestuben 228
 Waffendienst 209 f.
 Wahlen
 - Gemeinderats- 179
 - Kreistags-195
 - Landtags- 180, 207
 Warenangebot 164 Warenlager 134
 Warenmangel 135
 Wehrmacht (sangehörige) 24, 28, 68 f., 150, 246, 252, 257, 318
 Wehrwirtschaftsführer 320
 Weihnachtssonderzuteilung 105f.
 Weimarer Republik 177, 184
 Weltanschauung-Vereine 295 ff., 297
 Werksbüchereien 332
 Werwolf 24, 30
 Westwall 66
 Widerstandsbewegung 330
 Widerstandsliteratur 290
 Wiederaufbau (arbeit) 62, 70 f., 13 7, 152, 160, 214
 Wiederaufbaubüros 64, 71
 Wiederaufbauleistungen 81, 83f.
 Wiedergutmachungsleistungen
 - gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus 185, 308, 334 ff.
 - gegenüber Frankreich 132, 134, 1 36, 151, 154, 159, 308
 Wirtschaftsämter 73 f., 139
 Wirtschaftsdemokratie 202, 204, 212
 Wirtschaftskammern 95, 139
 Wirtschafts-Offiziere 123
 Wirtschaftspolitik 132ff., 191 ff., 202f., 204, 213f., 318
 Wirtschaftsverwaltung 134f.
 «Wirtschaftswunder» 139 Wohlfahrtsausschüsse 235
 Wohlfahrtspflege 192, 231, 253 ff.
 Wohlfahrtsverbände
 – freie 94, 228, 249
 – kirchliche 94, 228
 Wohnraum 225
 Wohnraumbeschlagnahme 57, 79
 Wohnraumbewirtschaftung 56, 77, 83, 241
 Wohnraumerfassung 232 ff.
 Wohnraumgewinnung 56, 73, 75, 80 f.
 Wohnungsämter 57, 78, 85, 232
 Wohnungsbau – freifinanzierter 83
 – sozialer 79
 Wohnungsbauförderung 57, 79ff.

Währungsreform 8, 55ff., 74, 79, 81, 105, 125, 137f., 150, 164ff., 168ff., 172, 263, 299f.

Wohnungsbaugesellschaften 79 Wohnungskommissionen 57, 245 Wohnungsnot 59, 78, 84 ff.

Zeitschriften 262 ff.

- «Das goldene Tor» 261, 262 f., 272 f.
 - «Die Gegenwart» 262 f.
 - «Dokumente»/»documents» 262, 292 ff.
 - «Erzählung» 262
 - «Frankfurter Hefte» 259
 - «Kunstwerk» 262
 - «Lancelot» 262
 - «Mercur» 262
 - «Vision» 262 f., 272
- Zensur 260, 299, 303
Zentralausschuss für Ernährung 93, 254

Zentralismus 191, 199f., 215ff.
Zentrum (badisches) 177f., 182
Zeugen Jehovas 308
Zivilarbeiter 224
Zivilgefangene 15
Zone interdite 47
Zucker 87
Zuteilung(smengen) 100, 104
Zuzugsbeschränkungen 54, 221
Zwangsarbeiter 203, 224, 308, 336f.
Zwangsleistungen 70
Zwangssterilisierte 308
Zwangsumsiedlung 224
Zwangsverwaltung (Sequester) 135
Zwischenzonenhandel 149

Ortsregister

- Aichen 228
Albbruck 140
Allensbach 40, 225
Alpenvorland 217
Altbayern 216
Altenburg (Kreis Waldshut) 228
Altglashütten 153
Altschweier (bei Bühl) 225
Amerikanische Zone 12, 47, 50, 65, 92, 122 f., 137, 146f, 155, 161, 179, 221, 239, 305f, 320, 327
Augsburg 49
- Baar 60
Bad Dürkheim 95
Baden (Schweiz) 247
Baden-Baden 14f., 16f, 20f., 39, 44f, 55, 58, 66, 89, 93, 122, 134, 136, 146, 195, 202, 207, 254, 259, 260, 262, 264, 270, 273, 276, 279, 281 ff, 290, 297, 325, 333, 334 f
Badenweiler 122, 187, 278
Ballrechten-Dottingen 187
Basel 127, 279
Bayern 225
Behla 61
Belgien 169
Beilingen 187
Berlin 12,19, 223, 262
Bern 130, 182
Bessarabien 255
Biberach/Riss 254
Blumberg 137
Bodanrück 17
Bodensee (gebiet) 147, 182, 185, 196, 204, 259, 261, 278, 284, 302f.
Bonndorf 167
Bräunlingen 60
Bregenz 18
Breisach 54, 117
Breisgau 259, 261
Bremen 19
Bremerhaven 96
Britische Zone 12, 42, 47, 50, 92f, 104, 117, 146, 155, 221, 229, 239, 320
Brombach 323
Bühl
- Kreis 54f.,58, 89, 195
- Stadt 102, 226, 248
Butschbach (Ortenau) 236
- Dänemark 221
Denzlingen 133
Dettighofen (Kreis Waldshut) 103 f, 228
Donaueschingen
- Kreis 55, 58, 60, 80, 89, 122, 195, 223, 229
- Stadt 60, 127f, 142, 225, 229
Dreiländereck 259
Durbach (Kreis Offenburg) 256
- Elsass 199, 247
Elsass-Lothringen 221
Emmendingen
- Kreis 54f, 58, 80, 89, 195, 324
- Stadt 323
Enzisweiler (bei Lindau) 158
Ettenheimmünster 324
- Fahrnau (Wiesental) 40
Frankfurt 184, 262
Freiburg
- Kreis 54f, 56, 58, 80, 81 f, 89, 195
- Landgericht 335
- Stadt 14, 16, 19f, 33f, 45, 54f., 56, 58, 62ff, 65ff, 71 ff, 76f, 80, 89, 92, 101, 114, 127f, 169, 171, 175f, 178f, 183, 191, 195, 216, 221, 234ff, 241, 247, 249, 252f, 262, 271, 279, 281, 283, 287ff, 295, 300, 306, 313, 323 ff, 326, 327f, 334, 339f
Freiburg-Betzenhausen 225, 233
Friedrichshafen 108f.
Fützen 61
Furtwangen 137, 142
- Geisingen 127
Genf 217
Gengenbach 180
Germersheim 265
Gernsheim 146f.
Gremmelsbach 104
Grenzach 148
Griessen 228
Grossbritannien 9
Guldesmühle (bei Heidenheim) 147
Gutenberg (Kreis Waldshut) 228
- Hagnau 95
Hanau 231
Hausach 135
Hegnau 40

Hertens (bei Rheinfelden) 225
 Heuberg 268
 Hochrheintal 246
 Hochschwarzwald 123f., 156, 237
 Hödingen (bei Überlingen) 268
 Höllental 69
 Holland 169
 Hornberg 261
 Hüfingen 61
 Hügelsheim 108

 Immenstaad 109
 Indlekofen 36 f., 228
 Ippingen (Kreis Donaueschingen) 61

 Jestetten 228
 Jestetter Zipfel 228
 Jugoslawien 161
 Jura 247

 Kandern 332
 Karlsruhe 12, 139, 179, 255, 279
 Kehl
 - Kreis 54f., 58, 80, 89, 195
 - Stadt 146, 227f.
 Kenzingen 226
 Kinzigtal 92
 Kleinkems 133, 148
 Klettgau 102
 Konstanz
 - Kreis 39, 55, 58f., 89, 195, 223, 229, 238
 - Landeskommisärbezirk 39, 196, 223, 229, 321 f.
 - Landgericht 335
 - Stadt 17, 24ff., 30, 35, 38f., 47, 55, 58f., 89, 108f., 128, 130, 142, 195, 213, 216, 218, 223, 229, 255f., 262, 271, 279, 284f., 286, 295, 301 ff., 333, 334
 Krenken 228

 Lahr
 - Kreis 46, 54f., 58, 67f., 89, 150, 195, 240, 331
 - Stadt 39, 120f., 292f., 334
 Lahr-Dinglingen 323 f.
 Lautenbach (Ortenau) 104
 Lenzkirch 167
 Lindau
 - Kreis 12, 18, 195
 - Stadt 109, 207
 Löffingen 168
 Lörrach
 - Kreis 47ff., 49f., 55, 58, 80, 89, 108, 122, 179, 264f., 295, 320

 - Stadt 30, 34, 37f., 40, 42, 47, 49f., 51, 94, 123, 129, 131, 144, 171, 229, 264, 266, 279, 281, 283, 324, 332, 334
 Lottstetten (Kreis Waldshut) 228
 Ludwigshafen (Bodensee) 270, 321 f.
 Ludwigshafen (Rhein) 12, 133

 Mainau 255
 Mainz 265
 Mannheim 228
 Marlen (Ortenau) 104
 Marseille 18
 Meersburg 302
 Minden (Westfalen) 149
 Mönchweiler 145
 Moskau 183
 Müllen 104
 Müllheim
 - Kreis 28f., 55, 58, 80, 89, 105, 107f., 186f., 195
 - Stadt 108, 171, 187f.
 Mugenbrunn 31

 Neuenburg/Rhein 54, 187
 Neuhaus (Randen) 270
 Neustadt
 - Kreis 55, 58f., 89, 195, 223
 - Stadt 167
 New Jersey 131
 New York 131
 Niedersachsen 225
 Niederweiler (bei Badenweiler) 188
 Noisy-Le-Sec 251
 Nollingen (Stadt Rheinfelden) 234
 Nordbaden 132
 Nussbach (bei Oberkirch) 104f., 198f.
 Nussdorf (bei Überlingen) 17

 Oberbränd 168
 Oberkirch 104, 236
 Oberrhein 247
 Öflingen 77 ff.
 Österreich 146, 216, 221
 Offenburg
 - Kreis 43, 54f., 58, 89, 112, 195
 - Landgericht 335
 - Stadt 30, 39, 43, 104f., 110, 112, 133, 224f., 229, 243, 250, 262f., 281, 295, 297
 Orleans 252
 Ortenau 102, 104, 259
 Ostblock 161

Paris 12,217
Pfohren (Kreis Donaueschingen) 61
Pirmasens 104
Polen 221
Preussen 216, 218 f.

Radolfzell 38, 93, 95, 98, 130, 191, 238, 246, 256
Radom 255
Raitbach (Kreis Lörrach) 108
Rastatt
- Kreis 55, 58, 80, 195
- Obergericht 48 f.
- Stadt 8, 17, 80, 89, 128, 225, 242, 305
Reichenau (Insel) 104, 255
Reims 19
Rheinfelden (Baden) 40, 136, 148, 162 f., 232,
244 f.
Rheinland-Pfalz 8, 12, 151, 241
Rheintal 54, 118, 122
Rheinvorland 108
Rheinweiler 54
Ried (Ortenau) 104
Riedern am Wald 228
Ringelbach (Ortenau) 237
Rohr (Kreis Waldshut) 228
Rothaus 168
Rottweil (Landkreis) 118
Ruhrgebiet 10
Rumänien 255
Rust 68

Saarland 8, 12, 88, 133, 223
Sachsen 251
Säckingen
- Kreis 55, 58 f., 77, 195, 223, 229
- Stadt 47, 89, 225 f., 334
St. Blasien 167
St. Georgen 137, 142, 156ff., 336
St. Märgen 17, 21f.
St. Peter 22
Schaffhausen 130, 247
Schleitheim 246
Schlesien 243
Schleswig-Holstein 225, 230 f.
Schluchsee 153, 167f.
Schönberg (Kreis Lahr) 150
Schönwald 156
Schopfheim 28, 40, 148
Schwarzwald 153
Schwarzwald-Baar 137
Schweden 127, 149
Schweiz 149, 169, 182ff., 246f., 302

Schweizer Grenze 54, 246
Sigmaringen 96
Singen 28, 30, 31 f., 33, 45, 47, 51 f., 68ff., 75,
130, 174, 182, 195, 197, 216, 234, 237, 268,
269ff., 294f., 309, 318, 332, 334
Sowjetische Zone (SBZ) 12, 34, 92, 137f., 146,
155, 177, 197, 221, 223 f.
Sowjetunion 9, 109, 138, 161 ff., 164, 182, 197,
304
Speyer 265
Stalingrad 255
Staufen 187
Steinbach (bei Baden-Baden) 102
Stockach
- Kreis 55, 58f., 89, 98, 195, 223, 228f.
- Stadt 45
Strassburg 247
Straussberg (bei Berlin) 255
Struthof 248
Stuttgart 10f., 247, 262
Südwestfalen 137
Sulzburg 187
Sunthausen (bei Donaueschingen) 61
Swinemünde 255

Teheran 182
Theresienstadt 326
Todtnau 332
Triberg 41, 118f., 142, 226
Triburg 104
Tschechoslowakei 221, 224
Tübingen 207
Tuttlingen 127, 270

Überlingen
- Kreis 55, 58f., 89, 195, 223, 229
- Stadt 24, 38, 128, 204, 248, 267, 294, 295 f.
Ühlingen 228
Ufgau 261
Ungarn 221
USA 9, 12, 94, 117, 128, 138, 176, 252, 274, 304

Vatikan 127
Vieux Port 18
Villingen
- Kreis 40f., 54, 58, 85, 89, 105, 106f., 118f., 123,
140, 146, 155ff., 195, 223, 229, 252, 324, 336
- Stadt 39, 40f., 62f., 83ff., 96, 127, 137, 142f.,
145, 154ff., 164f., 168, 189, 197, 225, 237,
256f., 281, 295, 323, 334

Vogesen 248
 Vorarlberg 247

 Waldau (Schwarzwald) 247
 Waldkirch 261,339
 Waldshut
 - Kreis 36f., 55, 58f., 89, 122, 140f., 195, 223,
 229, 244
 - Landgericht 335
 - Stadt 36, 47, 59f., 141, 225, 237
 Wallhausen 39
 Warmbach (Stadt Rheinfelden) 234
 Weil am Rhein 212f., 279, 320 f.
 Weilheim (Kreis Waldshut) 228
 Weisenbach (bei Gernsbach) 146
 Westfalen 228
 Wien 19, 217

 Wiesental 122, 332
 Winterthur 247
 Wolfach (Kreis) 55, 58, 89, 195
 Wollmatingen 255
 Wolterdingen 61
 Wreschen (Warthegau) 256
 Württemberg 179, 218
 Württemberg-Hohenzollern 8, 12, 54, 93, 136,
 151,180
 Württemberg-Nordbaden 239
 Wutöschingen 141, 161
 Wyhlen 148

 Zelli.W. 197f.
 Zimmern (Kreis Donaueschingen) 61
 Zürich 183f., 271

Personenregister

- Ackermann, Max 261
Ackermann, Susa 282
Altmeier, Peter 180
Asmus, Johannes 262
Astfäller, Josef 39, 85
- Bachmann (Landrat von Müllheim) 187f.
Balabanoff, Angelika 295
Ball, Hugo 272
Barbusse, Henri 295
Barlach, Ernst 261
Barth, Max 261, 303, 339f.
Bartók, Bela 284
Baudelaire, Charles 272
Baum, Vicky 274
Bebel, August 295
Becher, Johannes R. 272
Becher (vermutlich William) 284
Becker, Ilse 281
Benatzky, Ralph 281
Benz (Freiburg) 235
Benz (Vorsitzender der BCSV Freiburg) 64
Benz, Carl 198
Bérenghier, Capitaine 39f.
Berl, Heinrich 289 f., 299
Bertsch, Gottfried 131
Beurer (Konstanz) 196
Billinger, Richard 281
Birkert, Emil 247
Bismarck, Otto von 218, 334
Bittel, Karl 196, 204 f., 268 f.
Bizer, Emil 278
Bo Djü-J 272
Bofinger, Druckereibesitzer 270
Bonnard, Pierre 283
Brändli, Karl Johann 129
Brahms, Johannes 285
Braque, Georges 279, 283
Braun (SPD-Vorsitzender Breisach) 117
Braun, Erwin 237
Braun, Otto 183
Braunfels, Walter 268
Brecht, Bert 261, 272, 274, 281, 284
Bringolf, Walther 130
Bruckner, Anton 285
Büchner, Franz 178
Bühler, Franz 232
Bund, Alfred 140, 222
- Burte, Hermann 279, 333
Byrnes, James 14
- Calderon, Pedro 281
Carstens, Lina 262, 281
Cede, Colonel 51 f.
Cezanne, Paul 279
Chagall, Marc 283
Chirico, Giorgio de 283
Churchill, Winston 10, 19
Claudel, Paul 281
Clay, Lucius D. 176
Conrad, Hans 243 f.
Coster, Charles de 295
Coubier, Heinz 281
- Dali, Salvador 283
Debussy, Claude 285
Dehmel, Franz 243
Deltgen, René 262
Dichte, Anton 44
Dietrich, Bernhard 28, 30, 216 f., 249, 278
Dietze, Constantin von 178
Diez, Carl 191
Diez, Theopont 75
Dimitroff, Georgi 295
Dirks, Walter 292
Dix, Otto 130, 261, 278
Döblin, Alfred 44, 260ff., 271, 272ff., 310f.
Döderlein, Ludwig 292
Dostal, Nico 281
Droin, Capitaine 39
Dufner, Wolfram 183, 246f.
Dvořák, Robert 272
- Eckert, Erwin 114, 175, 185, 269, 306
Egk, Werner 285
Ehrlacher, A. 117
Eichendorff, Joseph von 272
Eisenhower, Dwight 19
Eisner, Kurt 295
Engels, Friedrich 295
Engler, Wilhelm 193
Erb, Alfons 292
- Faller, Walter 179
Feger, Otto 216 ff.

Fendrich, Anton 261
 Feuchtwanger, Lion 272
 Fiedeler, Hans (d. i. Alfred Döblin) 310 f.
 Finck, Werner 7
 Flake, Otto 17f., 45, 268, 297f.
 Fleig, Paul 191
 Flickenschildt, Elisabeth 281
 Föhr, Ernst 178
 Forkel, Johann Nikolaus 272
 Formann (Offenburg) 243 f.
 Fortner, Wolfgang 285
 François 284
 Frank, Karl 196
 Fried, Erich 272
 Friedrich der Grosse 218
 Fuchs, Julius 196

Gaulle, Charles de 9f., 16, 19, 216
 Geiler, Franz 64, 193
 Giessler, Rupert 278
 Giraudoux, Jean 281, 283 f.
 Glasenapp, Elisabeth von 207
 Göring, Hermann 23
 Goethe, Johann W. von 45, 275, 281
 Götz, Bruno 284
 Gogalla (Rheinfelden) 245
 Gogh, Vincent van 279, 283
 Goguel, Rudolf 196
 Gohl, Wilhelm 238
 Goldschagg, Berthold 64
 Gollancz, Victor 42
 Gorki, Maxim 295
 Gotheim, Werner 268
 Graf, Oskar Maria 295
 Gregorovius, Ferdinand 272
 Grimmelshausen, H.J.Ch. 272
 Gröber, Conrad 19, 178, 222
 Grosser, Alfred 16, 264
 Guardini, Romano 311
 Guttmann, Bernhard 262

Haag, Hermann 117
 Haas, Monique 44
 Haebler, Rolf Gustav 202 f., 206, 261
 Haerdter, Robert 309
 Hagelstange, Rudolf 261, 301 ff.
 Hahn (Stadtrat Radolfzell) 238
 Half, Oberst 160
 Hamsun, Knut 248
 Harzendorf, Fritz 311 ff.
 Hauptmann, Gerhart 272, 281
 Hausenstein, Wilhelm 261

Hebel, Johann Peter 265 f., 292
 Heckel, Erich 261, 278
 Hedin, Sven 248
 Hedinger, Annie 207
 Heid, Hans 104
 Heine, Heinrich 295
 Hennecke, Hans 284
 Henschel (Rheinfelden) 245
 Hermlin, Stephan 261, 269, 271
 Herzger, Walter 261
 Hess (Bürgermeister Offenburg) 30
 Heuss, Theodor 313
 Hieber, Philipp 332
 Hilpert, Heinz 262, 279, 301 ff.
 Himmelsbach, Anton 150
 Hindemith, Paul 284 f.
 Hitler, Adolf 7, 24, 182, 187, 190, 205, 216, 230, 260, 303, 308, 315f., 332
 Hoegner, Wilhelm 183
 Hölderlin, Friedrich 272, 274, 298
 Hofer, Carl 261
 Hoffmann, Wolfgang 65, 76, 185
 Hofmannsthal, Hugo von 302
 Honegger, Arthur 284
 Honigberger, Ernst 261
 Hoske, Erich 194
 Hubbuch, Karl 261
 Huch, Ricarda 272, 312
 Humboldt, Wilhelm von 272

Ibannez, Blasko 295
 Ichterz (Gemeinderat Breisach) 117
 Illner (Landrat Überlingen) 268

Jäckle, René 269 ff.
 Jäckle, Richard 269 ff.
 Jakobi (KPD-Vorsitzender Breisach) 117
 Janowitz, Franz 272
 Jaspers, Karl 272, 311
 Joachim (Landrat Offenburg) 113, 243
 Jodl, Alfred 19
 Judas, Hans 194
 Jünger, Ernst 312
 Jünger, Friedrich Georg 261, 268

Kästner, Erich 269, 301
 Kafka, Franz 272
 Kalman, Emmerich 281
 Kalus (Rheinfelden) 244 f.
 Kandinsky, Wassily 279
 Kant, Immanuel 243, 272
 Kappes, Peter 64, 175, 289

Karl der Grosse 332
 Keller, Urban 194
 Kemp, Friedhelm 284
 Kiefer (Offenburg) 243
 Kinkel, Gottfried 272
 Kirchheimer, Franz 196, 269, 317f., 322
 Kisch, Egon Erwin 295
 Klee, Paul 279
 Kleist, Heinrich von 275, 281
 Klemperer, Otto 285
 Knuth, Gustav 262
 Koenig, Pierre 14,16, 173, 179, 180f.
 Kogon, Eugen 292
 Kolb, Annette 272
 Krebs, Walter 194
 Kreuz, Benedikt 128
 Kroedel, Paul 269
 Künstele, Gustav 330
 Kuhn, Friedrich 31, 40, 52, 160f., 264, 324 f.

 Laffon, Emile 14,16
 Lahusen, Christian 268
 Lais, Eduard 136,152
 Langhoff, Wolfgang 182
 Lassalle, Ferdinand 295
 Latre de Tassigny, Jean Joseph-Marie de 10,
 13f., 30
 Leber, Capitaine 332
 Léger, Fernand 283
 Leibbrandt, Friedrich 193
 Lenin, Wladimir Iljitsch 295
 Liebknecht, Karl 295
 Liszt, Franz 285
 Löhle, Karl 38
 Loerke, Oskar 261
 Loewe (Gemeinderat Breisach) 117
 Ludwig, Emil 269
 Luxemburg, Rosa 295

 Mackeben, Theo 281
 Macketanz, Ferdinand 261
 Maddalena, Max 294
 Mahler, Gustav 285
 Manet, Edouard 283
 Mann, Heinrich 261,272
 Mann, Thomas 7, 260 f., 274, 295
 Marcellin (Oberst) 33
 Marcuse, Ludwig 272
 Marquardt, Frau 245
 Martius, Carl von 272
 Martzloff, Philipp 114, 193
 Marx, Karl 196, 295

 Matisse, Henri 279
 Mayer, Hans 269, 272
 Mayer, Karl 245
 Mayer-Katz, Leonore 146, 207, 325 f.
 Meckel, Christoph 260 f.
 Meckel, Eberhard 261
 Mennicke, Werner 234
 Menzel, Adolph 243
 Mesmer, Franz Anton 268
 Metternich, Fürst 152
 Metz, Friedrich 218
 Metzger, Fridolin 268
 Milhaud, Darius 284
 Millöcker, Karl 281
 Mitscherlich, Alexander 339
 Moericke, Otto 30, 47ff.
 Möser, Justus 298
 Molière, Jean Baptiste 281
 Mollweide, Werner 322
 Monet, Claude 283
 Montherland, Henry de 281
 Müller (Kommandant) 33
 Müller, Alfred 64,194
 Müller-Hufschmid, Willi 278
 Mützel, Lola 262
 Munding, Friedrich 286f.

 Nägele (Bürgermeister Villingen) 86
 Napoleon 152
 Neef, Willy 281
 Nietzsche, Friedrich 268, 293
 Noeggerath, C. 102
 Nunier, Walter 306
 Nutzinger, Richard 292

 Oberst, Doris 207
 Oelfken, Tami 17f., 261, 268

 Paepcke, Lotte 339 f.
 Pagnol, Marcel 281
 Panteljew, L. 295
 Papen, Franz von 303
 Paracelsus 268
 Pène, Pierre 17, 179, 208
 Person, Karl 191
 Pétain, Phillipe 16
 Peterich, Eckart 292
 Pfeiffer, Josef 30, 292
 Pfitzner, Hans 285
 Picasso, Pablo 279, 283
 Plivier, Theodor 261
 Poensgen, Georg 268

Polakow, Ogrusko 336
 Posen, Carl 270
 Prévose-Paradol 290
 Priestley, John B. 281
 Prokofieff, Serge 284
 Pumperla (Rheinfelden) 245
 Puschkin, Alexander 272

 Radbruch, Gustav 311
 Rathenau, Walter 295
 Ravel, Maurice 284
 Raymond 281
 Reger, Max 285
 Reifenberg, Benno 262
 Reigl, Anton 196
 Reindl, Ludwig Emanuel 262 f.
 Reisinger, Hans 18
 Reisner, Larissa 295
 Remarque, Erich Maria 274, 295
 Renoir, Auguste 283
 Rest (Freiburg) 297
 Ritter, Gerhard 311
 Riveu, Jean de 292 f.
 Robert (französischer Kreisdelegierter) 295, 297
 Roch, Herbert 272
 Roh, Franz 284
 Rolland, Romain 295
 Roosevelt, Franklin D. 270
 Rouault, Georges 283
 Ruf, K. 193

 Schacht, Hjalmar 303
 Scherer (französischer Oberleutnant) 37
 Schieler, F. 193
 Schiller, Friedrich 275
 Schlapper, Ernst 335
 Schlemmer, Oskar 261
 Schlichter, Rudolf 278
 Schmalz, E. 193
 Schmid, August 196
 Schmid, Carlo 185
 Schmid, Josef 238
 Schmidt, Georg 279
 Schmittlein, Raymond 264, 333 f.
 Schnarrenberger, Wilhelm 278
 Schneider, Reinhold 249, 261, 316 f.
 Schoenhals, Albrecht 283
 Schöningh, Franz Josef 292
 Schopenhauer, Arthur 243
 Schröder, Rudolf Alexander 272
 Schumacher, Kurt 177, 197
 Schumann, Robert 40

 Schwartz, Jacques 179, 336
 Schwarzmaier, Hansmartin 264
 Seghers, Anna 274
 Shakespeare, William 281
 Shelley, Percy Bysshe 272
 Sinclair, Upton 295
 Spaath (General) 320 f.
 Sprang, Hermann 313
 Spranger, Eduard 311
 Stackeberg, Traugott von 261
 Steinmeyer (Freiburg) 225
 Stodtmann, Dora von 207
 Stolberg, Leopold von 272
 Strauss, Richard 285
 Strawinsky, Igor 285
 Strindberg, August 281
 Strobel, Heinrich 285
 Stuckert, Rudolf 261

 Talleyrand, Charles M. 152
 Therry, Capitaine 323
 Thiel, Johannes 278
 Thielmann, Josef 292
 Thylmann, Karl 272
 Tieck, Ludwig 272
 Tobler, Colonel 122f.
 Treffeisen, Jakob 194
 Troendle, Hugo 278
 Tschechow, Anton 286

 Ulmann, H. (Breisach) 117

 Valentin 268
 Vuillard, Edouard 283

 Wachenheim (Gewerkschafter Breisach) 117
 Waeldin, Paul 114
 Wagner, Richard 285
 Walther von der Vogelweide 272
 Wassermann, Jakob 269, 271
 Weber (Studienrat) 269
 Wedell, Friedrich 243
 Wegener, Kurt 269
 Weiler, Erwin 196
 Weisenborn, Günther 261
 Weller, Curt 262
 Welte, Albert 17f.
 Whitman, Walt 18, 272
 Wiemann, Johannes 262
 Wilder, Thornton 284
 Willig, C. (Breisach) 117
 Wirth, Joseph 183 f., 313 f.

Wirth, Oskar 191
Wohleb, Leo 114, 179, 180f., 191, 199, 202, 206
Wohlrat(h), Gerhard 196, 270
Wohlschlegel, Walter 279
Wolf, Friedrich 281
Wolff, Ernst 269

Wuesthoff, Freda 207
Wulff, Werner 262
Zola, Emile 295
Zuckmayer, Carl 274, 302

Foto- und Dokumentennachweis

Archiv des Südkurier, Konstanz: S. 32, 91, 99

Archiv Raggenbass, Kreuzlingen/Schweiz: S. 35

Aus Bader, Andreas, *Stadt und Landkreis Waldshut im Spiegel ihrer Heimatzeitung Südkurier 1945-1964*, Konstanz o. J., S. 5: Abbildung Einbandvorderseite oben, S. 22

Aus *Das geschah in Konstanz 1945-1966. Zwei Jahrzehnte Zeitgeschehen*, Konstanz o. J., S. 15: S. 25
Firmenarchiv der Degussa, Frankfurt/M.: S. 162f.

Geiges, Leif, Staufen/Breisgau: S. 69, 97, 153, 227, 242

Lauterwasser, Siegfried, Überlingen: Abbildung Einbandrückseite, S. 128, 181, 296

Aus Maurer, Helmut, *Die Grenzstadt Konstanz* (im Druck): S. 26f.

Ortsarchiv Nussbach

- Löhmer Staatskäszeitung, 1949: S. 167

Privatbesitz: S. 329

Aus Riemer, Hendrik, *Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen 1945-1948*, hrsg. vom DGB-Bodenseekreis, Friedrichshafen 1985, S. 16: S. 11

Aus Schuhmacher, Hans, und Wegmann, Heinz, *Villingen im Spiegel seiner Heimat-Zeitung Südkurier 1945-1962*, Konstanz, o. J., S. 22: S. 189

Staatsarchiv Freiburg

- Plakatsammlung, Nr. 610: S. 29
 - Landratsamt Lahr, Zug. 1979/81, Rubrik XXXIV, P 34/1/1: S. 46
 - Landratsamt Villingen, Zug. 1979/82, Nr. 1429: S. 63
- Stadtarchiv Freiburg
- Fotosammlung, M 70 M: S. 67, 233, 280

Stadtarchiv Offenburg, Plakat- und Fotosammlung

- VIII/186: S. 13
 - 17/645: S. 82
 - 17/197: S. 110
 - ohne Angaben: S. 124
 - VIII/191: S. 201
 - VIII/184: S. 240
- Stadtarchiv Singen

- V 2/168: S. 170
- IX/125: S. 222

Ullstein

- 6 54642-m5: Abbildung Einbandvorderseite unten

Erschienen im
Verlag des SÜDKURIER

Manfred Bosch

ALS DIE FREIHEIT UNTERGING

Eine Dokumentation über Verweigerung, Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich in Südbaden

356 Seiten mit 28 Abbildungen, farbiger Einband

Gerd R. Ueberschär • Rolf Dieter Müller

DEUTSCHLAND AM ABGRUND

Zusammenbruch und Untergang des Dritten Reiches 1945

Band 5 der Schriftenreihe «Wegweiser zu Zeitfragen»

252 Seiten mit 51 Abbildungen,
12 geographischen Karten und zahlreichen Dokumenten, kartoniert

Hermann Riedel

HALT! SCHWEIZER GRENZE!

Das Ende des Zweiten Weltkrieges im Südschwarzwald und am Hochrhein in dokumentarischen Berichten deutscher, französischer und Schweizer Beteiligter und Betroffener

2. Auflage, 464 Seiten mit 54 Abbildungen, farbiger Einband

Wolfram Dufner

FRÜHE WEGWEISUNGEN

Chronik einer alemannischen Jugend 1926-1950

175 Seiten mit 6 Abbildungen, farbiger Einband

Otto Raggenbass

TROTZ STACHELDRAHT

1939-1945

Grenzland am Bodensee und Hochrhein in schwerer Zeit

Mit einem Geleitwort von

Carl J. Burckhardt und ergänzenden Beiträgen von Albert Knoepfli, Hans Rudolf Kurz, Carl Zumstein und einem Nachwort zur Neuauflage von Herbert Berner
2. Auflage, 236 Seiten mit 111 Fotos, Dokumenten und militärischen Karten, Leinen

Michael Geiggas

DIE DEUTSCHE

BODENSEE-ZEITUNG

Versuch einer katholischen Tageszeitung, im Dritten Reich zu überleben

230 Seiten mit 19 Abbildungen,
4 Bildtafeln und 1 geographischen Karte, farbiger Einband

Zu beziehen durch jede Buchhandlung